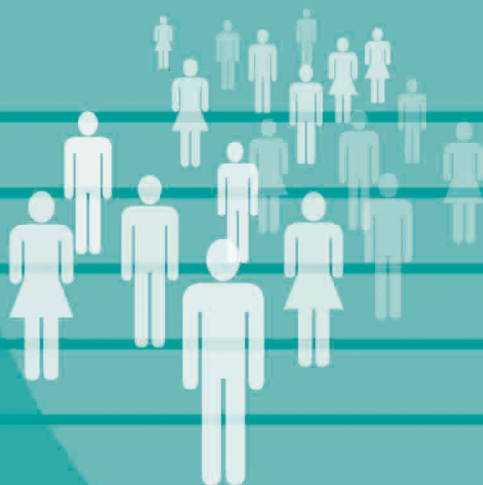


Udo Reifner

Finanzielle Allgemeinbildung

Bildung als Mittel der Armutsprävention
in der Kreditgesellschaft



NOMOS
Verlagsgesellschaft mbH

ifl institut für
finanzdienstleistungen e.V.

Herausgegeben vom
Institut Für Finanzdienstleistungen e.V.

Band 6

Prof. Dr. Udo Reifner

Finanzielle Allgemeinbildung

Bildung als Mittel der Armutsprävention in der
Kreditgesellschaft

Projektabschlussbericht zur ersten Phase des vom
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und
Jugend unterstützten Projektes



NOMOS Verlagsgesellschaft
Baden-Baden

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISBN 3-7890-8362-3

1. Auflage 2003

© NOMOS Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2003, Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der photomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit schließt den ersten Teil eines auf insgesamt drei Jahre angelegten Forschungsprojekts ab, der von 1999 bis 2001 im Institut für Finanzdienstleistungen mit Unterstützung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend durchgeführt wurde. Es sollte die Rahmenbedingungen für die Frage untersuchen, inwieweit eine neue Anstrengung in der Allgemeinbildung möglich und notwendig ist, eine veränderte Nutzung der Finanzdienstleistungen zu ermöglichen, durch die ein stabiler wirtschaftlicher Rahmen für Haushalte begünstigt bzw. Prozesse der Verarmung verhindert werden können. Das Projekt, das vom zuständigen Referat im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aktiv und mit Engagement begleitet wurde, war für das Institut für Finanzdienstleistungen insofern Neuland, als das Institut zwar Bildungsprozesse praktisch mitgestaltet, nicht aber über Bildung geforscht hat.

Deshalb kam es wesentlich darauf an, in Auseinandersetzung mit der jeweiligen Praxis, in der Bildung, Information und Beratung stattfindet, die Kompetenz des Instituts bei der kritischen Begleitung von Finanzdienstleistungen einzubringen und dabei gleichzeitig von den Bildungskompetenzen anderer Träger zu profitieren. Hierzu dienten insbesondere auch zwei projektbegleitende Seminare, die einerseits mit Finanzberatern aus dem Bereich Financial Planning sowie der unabhängigen Investment- und Versicherungsberatung, zum anderen mit Vertretern der Schuldner- und Verbraucherberatung durchgeführt wurden. Die Zwischenergebnisse des Projektes wurden in zwei weiteren Veranstaltungen Vertretern aus Bildungsforschung, Bildungsinstitutionen sowie aus anderen, vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderten Projekten zur Armutsbekämpfung zur Diskussion gestellt. Die Projektlaufzeit war von einem dreimonatigen Aufenthalt des Verfassers an der New York University begleitet, wo Material gesammelt, Initiativen besucht und Interviews mit Banken und Community Development - Gruppen durchgeführt wurden.

Das Projekt ist durch unruhiges Fahrwasser gefahren. Eine Zeit, in der die Finanzwelt euphorische Möglichkeiten suggerierte und viele meinten, die Geschichte von Armut und Reichtum müsse neu geschrieben werden, blieb auch nicht ohne Einfluss auf die Erwartungen und Ziele des Projektes. Die Heterogenität der Projektmitarbeiter¹ hat auch heterogene konzeptionelle Ansätze hervorgerufen und teilweise fruchtbare, aber gegensätzliche Standpunkte produziert: Von der Ansicht, dass das Wissen der Unterschichten „zu wenig“ sei und daher über Schule und Medien an das Niveau einer Finanzgesellschaft herangeführt werden müsse, über einen Schwerpunkt im Umgang mit Finanzanlagen bis hin zur Auffassung, dass der bildungsmäßige Schutz der Interessen des Mittelstandes an der Teilhabe am Kapitalmarkt als Verbraucherschutz zugleich auch Armutsprävention sei, ohne dass man sich um Armut selber kümmern müsse, hat das Projekt die in ihm beschriebenen Varianten selbst durchlebt.

Der Abschlussbericht hat dann auf Materialien der Unterprojekte zurückgegriffen, gleichwohl aber eine eigene Konzeption verfolgt, für die der Verfasser die alleinige Verantwortung trägt. Nach dieser Konzeption von finanzieller Allgemeinbildung wird Bildung als „Herausbildung“ von subjektiven wie objektiven Strukturen verstanden, die

1 Folgende Berufsdisziplinen waren vertreten: Wirtschaftswissenschaften, Soziologie, Rechtswissenschaften, Journalistik, Sozialpädagogik und Ökotoxikologie.

Armut verhindern helfen. Das Projekt blieb damit in dem Rahmen, den die Forschungen am IFF von jeher hatten: der Anpassung wirtschaftlicher Strukturen an die Menschen, die darin leben.

Zu dem Abschlussbericht hat vor allem Dagmar Hayen mit ihrer Arbeit zu den bildungstheoretischen Ansätzen unter C. III., mit ihrer Auswertung der Lehrpläne sowie der Befragung von Ministerien und Schulen unter E.II. beigetragen. Die Untersuchungen zur Beratung durch soziale Organisationen, deren Ergebnisse unter E. III. beschrieben sind, stammen von Daniela Litschke. Die Bildungsmaterialien der anbietenden Wirtschaft, auf der die Evaluation unter E.IV. beruht, hat Stefan Eisele zusammengetragen. Der Teil über die Bildung beruht auf einem Gutachten von durch Marco Habschick.

Für die Hilfe bei der Bearbeitung der vorgeschlagenen Modellprojekte habe ich schließlich Lara Louwien zu danken.

Besonderen Dank dafür, dass das Projekt mit seinen Wechselungen und veränderten Erkenntnissen nicht gescheitert, sondern wie wir glauben zu einem Ergebnis geführt worden ist, das ähnliche Diskussionen hervorbringen und bereichern könnte, haben das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend durch Herrn Ministerialrat a.D. Frank Bertsch und Herrn Albert Klein-Reinhardt mit ihren Beiträgen und ihrem Vertrauen beigetragen.

Großer Dank gebührt auch den vielen Vertretern aus Wissenschaft und Praxis, aus dem Bereich der ökonomischen Bildung, aus Schule sowie Finanz-, Verbraucher- und Schuldenberatung ebenso wie den Journalisten aus Presse und Fernsehen, die uns mit Material und Information bereitwillig geholfen, unser Anliegen unterstützt und als Gesprächspartner der jeweiligen Ergebnisse bei Evaluation und Gestaltung geholfen haben.

Seit 2002 gibt es die unter F. skizzierten Modellprojekte zur Anreicherung bestehender Bildungs-, Beratungs- und Informationsprozesse mit Elementen finanzieller Allgemeinbildung in Hamburger Schulen, bei der Schuldnerhilfe Essen e.V. und der Schuldnerhilfe Köln e.V. sowie in Kooperation mit dem NDR. Wir hoffen in diesen Projekten zeigen zu können, dass es um die Fortentwicklung vorhandener Lerninhalte und –strukturen in der Kreditgesellschaft geht. Geldgeschäfte als Dienstleistungen sind kein Spezialfach sondern in allen Lebensbereichen und damit auch in allen Lerninhalten präsent.

Hamburg, den 08.12.02

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	13
A. Finanzielle Allgemeinbildung gegen Armut	15
I. Heraus-"Bildung" von Finanzdienstleistungen	15
II. Finanzielle und ökonomische Bildung	19
B. Finanzdienstleistungen und Verarmung	24
I. Armut als Prozess: von der Status- zur Verfahrensarmut	25
II. Armut durch Finanzdienstleistungen	27
1. Lebensnotwendigkeit von Finanzdienstleistungen	28
2. Bedrohung durch Finanzdienstleistungen	33
a. Die Armen zahlen mehr	33
b. Die Armen erhalten weniger: Armutsprodukte	35
3. Ausschluss von Finanzdienstleistungen	36
4. Teilhabe oder Mindeststandards	38
III. Armutsprävention bei Finanzdienstleistungen	40
1. Informierte Auswahl	43
2. Rechtlicher Schutz	45
3. Marktmacht	49
a. Solidarität als Verbrauchermacht	49
b. Wege zur Solidarität	53
IV. Anforderungen an finanzielle Allgemeinbildung	58
C. Bildungskonzepte und finanzielle Emanzipation	61
I. Bildung als Prinzip	61
II. Ökonomische Bildung und Financial Literacy	65
1. Ökonomische Bildung in Deutschland	65
2. Financial Literacy in den angelsächsischen Ländern	67
3. Begriff und Ziele der finanziellen Bildung	70
III. Pädagogische Ansätze zur finanziellen Bildung	73
1. Lehrinstanzen: Lehren wo gelernt wird	73
2. Lernziele: aktive und solidarische Verbraucher	75
3. Methodik: Lernen für konkretes Handeln	77
4. Lernmodelle: Lernen an Problemen	83
a. Modelle handlungsorientierten Lernens	83
b. Die Zukunftswerkstatt	84
c. Die Methode der einfachen Heuristiken	87
IV. Zusammenfassung	89

D. Ansatzpunkte für finanzielle Allgemeinbildung in der Praxis	92
I. Funktionen und Zwecke	92
1. Zweck der Nutzung	92
2. Soziale Situation und Nutzungsphase	95
II. Produkte und Situationen	97
1. Aufnahme von Konsumkrediten	97
2. Führen eines Girokontos	102
3. Eigenheimfinanzierung	106
4. Versicherungen	110
5. Geldanlage/Private Altersvorsorge	112
6. Existenzgründung	115
7. Umschuldung	119
E. Die Praxis finanzieller Bildung in Deutschland	122
I. Fragestellungen, Ziele und Methoden der Erhebung	122
II. Schulunterricht in allgemeinbildenden Schulen	124
1. Erhebungsziele und -methoden	124
2. Lehrpläne, Rahmenpläne und Rahmenrichtlinien	126
a. Die Wirtschaftsfächer	126
b. Geld innerhalb der Wirtschaftsfächer	132
c. Zusammenfassung	139
3. Praxis des Unterrichts	140
4. Schulbücher und Unterrichtsmaterialien	144
a. Schulbuch „Überschuldung von Jugendlichen“	145
b. Mathematik-Lehrbücher	152
(1) Allgemeines	152
(2) Lebensfremde Beispiele	152
(3) Problematische Zinsrechnung	153
(4) Liquidität von Anlagen	155
(5) Kredit und Sicherheit vermischt	156
(6) Tilgungen werden außer Acht gelassen	156
(7) Komplexität und Vereinfachung	156
(8) Werbung	157
(9) Zusammenfassende Beurteilung	158
c. Anbietermaterialien	159
d. Schuldnerberatungsstellen und Verbraucherzentralen ¹⁹¹	163
5. Schulprojekte und Initiativen	166
6. Zusammenfassung	169
III. Weiterbildung durch soziale Organisationen	171
1. Verbraucherzentralen	171
2. Schuldnerberatungsstellen	177
3. Zusammenfassung	182

IV. Bildungsinformation der anbietenden Wirtschaft	183
1. Geschäftsbanken	186
2. Genossenschaftsbanken	190
3. Sparkassen	190
4. Versicherungen	193
5. Zusammenfassung	193
V. Aufklärung durch die Medien	195
1. Themenschwerpunkte	196
2. Präsentationsform	199
3. Zielgruppen	201
4. Bildungsanspruch der Redaktionen	203
5. Trends	204
6. Ergebnis	207
VI. Finanzielle Allgemeinbildung in den USA	208
1. Die Kampagne zur „Finanziellen Alphabetisierung“	208
a. Überschuldung und Verarmung	208
b. Was ist „Financial Literacy“?	209
c. Ziele und Methoden der Financial Literacy	210
2. Financial Literacy Programme	213
a. Financial Literacy im Gymnasium	213
b. Bankaufsicht	215
c. Geschäftsbanken	217
d. Schuldnerberatung (Credit Counseling Services)	218
3. Finanzdienstleistungen durch Alternativorganisationen	219
a. Die Organisation der gemeinnützigen Finanzentwicklungsinstitute (CDFIs)	220
b. Financial Literacy durch einzelne CDFIs	222
(1) Bürgerorganisationen	222
(2) Kreditgenossenschaften	224
(3) Community Development Banks	226
4. Zusammenfassung	227
F. Modelle zur Finanziellen Bildung	229
I. Finanzielle Allgemeinbildung in der Schuldnerberatung	230
1. Projektansatz	230
2. Projektziel	231
3. Methodik	231
4. Form und Inhalt	233
5. Evaluation	234
II. Praxisorientierte finanzielle Allgemeinbildung an Schulen	234
1. Projektansatz	234
2. Projektziel	235
3. Methodik	235
4. Form und Inhalte	235

5. Reform innerhalb der Fächer	235
a. Praxissimulation in Projektwochen	236
b. Planspiel Entschuldung	236
c. Bank in der Schule	236
III. Gruppenberatungen in einer Stadtteilfiliale	237
1. Projektansatz	237
2. Projektziel	237
3. Methodik	238
4. Form und Inhalt	239
5. Evaluation	239
IV. Finanzielle Allgemeinbildung im Nachmittagsprogramm des Fernsehens	240
1. Projektansatz	240
2. Projektziel	241
3. Methodik	241
4. Form und Inhalt	242
5. Evaluation	242
G. Literaturverzeichnis	243

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Magisches Viereck finanzieller Grundbildung	13
Abbildung 2: Ökonomische Bildung	22
Abbildung 3: Kreditzuwachs nach Kundengruppen	30
Abbildung 4: Konsumentenkreditvolumen	31
Abbildung 5: Marktregulierung und Zugang	39
Abbildung 6: Reflexiver Gestaltungsprozess zwischen Anbieter und Verbraucher	42
Abbildung 7: Lebensliquidität	93
Abbildung 8: Schulbuchauszug Mathematik zur Zinsrechnung	154
Abbildung 9: Bauspardarlehen im Schulbuch	158
Abbildung 10: Caritas Sozialberatung für Schuldner	183
Abbildung 11: Information Commerzbank	184
Abbildung 12: 7 Plus	188
Abbildung 13: Themen von Fernsehsendungen	197
Abbildung 14: Kreditinformation in den USA	208
Abbildung 15: Ausbildungsdarlehen in den USA	229

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Girokonten	28
Tabelle 2: Kapitallebensversicherungen	29
Tabelle 3: Kredite für Privathaushalte	29
Tabelle 4: Bankenkonzentration in Europa	37
Tabelle 5: Bankfilialen in Deutschland	37
Tabelle 6: Mittel der Armutsprävention und Verbraucherschutz	43
Tabelle 7: Recht, Aufklärung, Gegenmacht	46
Tabelle 8: Praxisnähe und Bildungseinrichtung	75
Tabelle 9: Finanzdienstleistungen und Lernziele	91
Tabelle 10: Finanzdienstleistungen und Lernkonzepte	92
Tabelle 11: Lebensphasen der Produkte und Risikosituationen der Betroffenen	96
Tabelle 12: Auswirkungen von Ratenrückständen	105
Tabelle 13: Phasen und Probleme gescheiterter Baufinanzierungen	107
Tabelle 14: Umschuldungskarussell	120
Tabelle 15: Unterrichtsfächer mit Bezug zu finanzieller Bildung an den allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufen I und II	127
Tabelle 16: Arbeits- und Wirtschaftsansatz im geldbezogenen Unterricht	140
Tabelle 17: Geldthemen im Unterricht	141
Tabelle 18: Kreditkartenschulden und Jahreseinkommen	209

Einleitung

Finanzielle Allgemeinbildung verbindet Geld, Finanzdienstleistungen und Bildung. Verknüpft mit dem weiteren Element der Armutsprävention entsteht ein magisches Viereck subjektiver Voraussetzungen von Wirtschaft, dem teilweise Zaubervirkungen zugeordnet werden. Eine Art Führerschein für die Wirtschaft, ein einheitlicher Pass für den Zugang zum Geldsystem, könnte die Probleme der Überschuldung und der Versorgungsbürokratie zugleich angehen. Wären nicht alle Probleme der Verarmung und Ausgrenzung lösbar, wenn die Kinder bereits in der Schule lernen würden, sich in diesem magischen Viereck zu bewegen, Geld in der Weise zu nutzen, wie es scheinbar viele Tellerwäscher in der Neuen Welt geschafft haben?

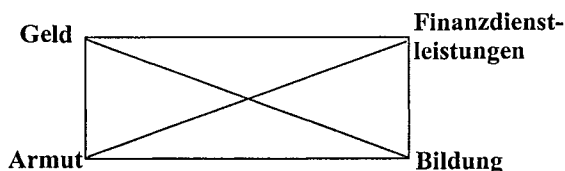


Abbildung 1: Magisches Viereck finanzieller Grundbildung

Der „sparsame“ Mensch, der mit „Geld umgehen“ kann, der für Risiken „vorsorgt“ und das „nachhaltige Wirtschaften“ dem schnellen Konsum vorzieht, der ein „solides“ finanzielles Fundament für Beruf und Haus schafft und sich nicht „leichtfertig“ verschuldet, und „informiert“ und „überlegt“ unter optimaler Nutzung bestehender Angebote sein „Budget optimiert“ – wäre dies die Lösung der Wirtschaftsprobleme, die vor allem wirtschaftliche Krisen so sichtbar werden lassen?

Ein scheinbar so einfacher Wirkungszusammenhang im magischen Viereck wird zum Zauberstab, wenn Armut mit Geldmangel gleichgesetzt wird, Finanzdienstleistungen wiederum den Zugang zu Reichtum und Geld versprechen, wofür die Bildung den Schlüssel bereithält. Man brauchte dann nur noch die Armen zu lehren, wie sie reich werden. Die Probleme von Armut und Reichtum wären dann ohne Strukturveränderungen in der Wirtschaft und ohne staatliche Umverteilungen lösbar.

Die folgenden Überlegungen müssen den Wirkungszusammenhang des magischen Vierecks entmystifizieren. Es gibt dort keine einfachen Gleichungen, und weit wichtigere Faktoren wie Arbeit und Lohn spielen eine erheblich größere Rolle, als es dieses Viereck suggeriert. Gleichwohl werden wir in der ganzen Komplexität, die dieses Viereck bestimmt, einen Bereich übrig behalten, der Wirkungszusammenhänge erkennbar macht und damit Ansätze für finanzielle Allgemeinbildung zur Armutsprävention ermöglichen wird. Dabei wird allerdings zumindest im Rahmen dieser Arbeit ausnahmsweise nicht die Pädagogik, sondern die Frage nach dem wirtschaftlichen Sinn von Lerninhalten und Erlerntem besondere Wichtigkeit haben, weil es - anders als in Literatur und Naturwissenschaften - in der Wirtschaft und erst recht nicht bei den Finanzdienstleistungen klar feststehende Inhalte und Verhaltensweisen gibt, die es zu lernen gilt.

A. Finanzielle Allgemeinbildung gegen Armut

I. Heraus-"Bildung" von Finanzdienstleistungen

In der Kreditgesellschaft hat sich nicht nur das Geld als Verbindungsglied zwischen alle Lebensbereiche geschoben. Darüber hinaus müssen Dienstleistungen in Anspruch genommen werden, die im Finanzbereich erst die Verfügbarkeit des eigenen Einkommens für Konsum, Ausbildung, Freizeit und Urlaub, Kindererziehung und Altersvorsorge, Risikostreuung und Teilhabe an Vereinen, Systemen und wirtschaftlichen Möglichkeiten sicherstellen.² Vor allem für die Unterschichten ist die Nutzung geschäftsmäßiger Kredit- und Sparformen Voraussetzung für den Zugang zu Auto, Haus und Liquidität in Krisenlagen. Das Konto ist für die Bezahlung über EC- und Kreditkarte oder über Einziehungsermächtigungen bei Vermietern, Kaufhäusern und Vereinen notwendig. Private Versicherungen sind entweder Pflicht wie bei Kfz, Gesundheit und Feuer oder aber häufig unabdingbar für eine gesicherte Zukunft wie für Arbeitsunfähigkeit und Hinterbliebenenversorgung.

War es früher vor allem die Fähigkeit des „rationalen Haushaltens“, d.h. sparsam zu wirtschaften und sein Einkommen mit den Bedürfnissen und den hierfür erforderlichen Ausgaben in Einklang zu bringen, so ist heute die Beherrschung der Finanzdienstleistungsangebote ein wichtiges Element, um mit seinem „Geld auskommen“ zu können. Teilhabe am Wirtschaftsleben ist daher heute mit der Teilhabe an Finanzdienstleistungen verknüpft, so dass Armut als Ausschluss von wirtschaftlichen Chancen im unmittelbaren Zusammenhang mit ihrer Nutzung verknüpft erscheint.

Daher kann derjenige, der heute mehr finanzielle oder ökonomische Bildung fordert, auch auf allgemeine Anerkennung zählen. Fast alle Bundesstaaten der USA haben die ökonomische Bildung im Schulfächerkanon aufgenommen. Staaten wie Kalifornien und New York schreiben darüber hinaus auch finanzielles Grundwissen für die Schulen vor. Die englische Regierung hat unlängst eine Kommission zur Förderung der „financial literacy“ ins Leben gerufen. Der deutsche Arbeitgeberverband ebenso wie der Industrie- und Handelstag fordern mehr Wirtschaftswissen in der Schule.

In den USA, wo Finanzdienstleistungen eine noch weit höhere Bedeutung für alle Lebensverhältnisse erreicht haben, wird finanzielle Allgemeinbildung nicht nur für die Schule, sondern praxisnäher dort verlangt, wo ihr unmittelbarer Nutzen spürbar werden soll.³ Die wichtigsten großen Wirtschaftsunternehmen haben sich dort zur JumpStart-Coalition zusammengefunden, die sich die Aufgabe der Förderung der finanziellen Allgemeinbildung verschrieben hat. Auch die großen Banken in den USA und Großbritannien haben entsprechende Programme ins Leben gerufen. In Deutschland hat sich der Deutsche Sparkassen- und Giroverband (DSGV), dessen Mitglieder gesetzlich zur „Förderung des Spargedankens“ verpflichtet sind, mit seinem Service „Geld + Haushalt“⁴ vor allem der Information und Bildung von Eltern in diesem Sektor gewidmet.⁵

2 Eindrücklich beschrieben in Rifkin, J. *The Age of Access, – the New Culture of Hypercapitalism, Where all of Life is a Paid-for Experience*, New York: Penguin Books 2000 = deutsch: *Access - das Verschwinden des Eigentums : warum wir weniger besitzen und mehr ausgeben werden*, Frankfurt/Main [u.a.] : Campus-Verl., 2000

Fast kein Kultusministerium, das nicht in neuester Zeit Anstrengungen publik gemacht hat, die ökonomische Allgemeinbildung in Schulen zu fördern.⁶ Projekte wie „Kids und Knete“ oder Spiele wie „Kohlopolo“, die von der Schuldnerberatung entwickelt wurden, zeigen auch hier große Aufmerksamkeit für dieses Thema. Der amerikanische Kongress ist noch einen Schritt weiter gegangen und hat in seine im Frühjahr 2001 eingebrachten Reformvorschläge für den Privatkonkurs hineingeschrieben, dass nur die zu dem Verfahren der Schuldbefreiung zugelassen werden sollen, die an einem mindestens vierstündigen Kursus zur finanziellen Allgemeinbildung teilgenommen haben.

Wenn der sinnvolle Gebrauch von Kredit, Sparen, Konto und Versicherung der Schlüssel zur Teilhabe an der Privatwirtschaft geworden ist, dann scheint es keiner Erklärung mehr zu bedürfen, dass finanzielle Allgemeinbildung per se ein Mittel zur Armutsprävention ist. Mehr Wissen über Geld, mehr Fähigkeiten mit Finanzdienstleistungen umzugehen, soziale Kompetenz in der Kommunikation mit Banken sind dann die Ziele einer Bildungsoffensive, die gerade auch die Unterschichten erreichen müsste.

Die vorliegende Studie wurde jedoch in einem Institut erarbeitet, das mit seiner Zielrichtung von Verbraucherschutz Kompetenz und Erfahrung bei der Beurteilung des Angebots und der Anbieter erworben hat und sich insofern von den meisten Arbeiten zur Wirtschaftsbildung dadurch unterscheidet, dass die Studien nicht aus dem Bildungsanspruch, sondern aus der Arbeit bei der Analyse der Probleme im Finanzdienstleistungssektor selber betrieben wurden. Einfacher ausgedrückt, das IFF ist weniger Experte für die Dummheit der Verbraucher und wie man sie überwinden kann, denn für die Eignung von Finanzdienstleistungsprodukten sowie ihrer Absatzmethoden für soziale Problemlagen von Verbraucherinnen und Verbrauchern.

-
- 3 Zu den dort tätigen Institutionen und Materialien vgl. National Institute for Consumer Education an der Universität Michigan Direktor Gwen Riechback www.nice.emich.edu. US Familienministerium, www.ree.usda.gov; Ken McEldonney California Consumer Action www.consumer-action.org; Brent Neiser National Endowment for Financial Education www.nefe.org; Ceylane Meyers at www.ncrc.org; National Foundation for Consumer Credit www.nfcc.org; American Express, Visa und MasterCard haben umfangreiche Programme; „Helping People in Your community Understand Basic Financial Services“, Broschüre der Financial Services Education Coalition N.Y. (202-874-6540); Elizabeth Volard, National Council on Economic Education. www.nationalcouncil.org; money book store auch bei dem National Center for Financial Education www.ncfe.org (Paul Richard); Citigroup Foundation „Keeping Your financial Balance,, (1-800-669-2635
 - 4 Der Service umfasst einen Vortragsdienst, eine Budgetberatung und einen Broschürens-service <http://www.dsgv.de/geldundhaushalt/> („Hier erhalten Sie Broschüren rund um die Haushaltsfinanzen und alle Lebensphasen, die in der Regel mit finanziellen Veränderungen verbunden sind, von der Geburt eines Kindes bis zum Eintritt des Ruhestandes. Hier finden Sie auch Unterlagen zur Planung von Einnahmen und Ausgaben und Ratschläge zum Thema Taschengeld für Ihren Nachwuchs.“)
 - 5 Die Stiftungen der Privatbanken sind dagegen bisher wohl eher mit bankfremden Themen beschäftigt wie z.B. die Deutsche Bank Stiftung Alfred Herrhausen "Hilfe zur Selbsthilfe" oder die Citibank Stiftung, die vor allem die Hochbegabtenförderung im Visier hat.
 - 6 Vgl. z.B. die Neugründung des „Bildungszentrum Schule, Wirtschaft, Arbeitsleben“ der Schulbehörde Hamburg ab Herbst 2001

Insofern hat es an einer Vielzahl von Beispielen demonstriert⁷, dass die Wirtschaft erhebliche Möglichkeiten hätte, über Verbraucherprobleme zu lernen, diese in der Produktgestaltung und im Absatz zu vermindern, und durch solidarische Risikoinstrumente unvermeidliche Probleme gleichmäßiger gesellschaftlich zu verteilen. So ist das Institut konstant der These entgegengetreten, dass die Überschuldung ein Problem der Überschuldeten allein sei. Die empirischen Erhebungen über die Ursachen haben dann auch einmütig bestätigt, dass nur ein geringer Teil auf Unkenntnis und Fehlgebrauch zurückzuführen ist, überwiegend aber die im privaten System nicht aufgefangenen sozialen Risiken wie Arbeitslosigkeit, Krankheit und Ehescheidung als Ursachen in Frage kommen.⁸

Im praktischen Beispiel hätte es viele Probleme gelöst, wenn die gescheiterten Baufinanzierer, die massiert Bausparsofortfinanzierungen einer bestimmten Sorte abgeschlossen hatten⁹, dieses für liquiditätsschwache Haushalte verheerende Kombinationsprodukt durchschaut und entsprechend gemieden hätten. Sein Vertrieb über Versicherungsvertreter an der Haustür, seine auch für Fachleute nicht durchschaubare Kostenstruktur und vor allem die enormen Verluste bei auch nur vorübergehender Zahlungsunfähigkeit hätten in den beschriebenen Fällen nicht zur Verarmung von Personen geführt, die sich zumindest sogar kurzzeitig den Bau eines Eigenheimes erlauben konnten. Ähnliches gilt auch für andere Kombinationsprodukte wie den mit einer Kapitallebensversicherung gekoppelten Ratenkredit, dem auch der Bundesgerichtshof Gefährlichkeit und Intransparenz bescheinigt hat.¹⁰

Kann finanzielle Allgemeinbildung den Gebrauch solcher Produkte verhindern, die nicht einmal der Bundesgerichtshof in seinen ersten Entscheidungen richtig erklären konnte? Finanzdienstleistungen sind hier denjenigen gefährlichen Gütern ähnlich, die wie bei Medikamenten oder PKWs in Bezug auf Sicherheit und Gesundheit nicht über die Nachfrage und die Verbraucherinformation allein gesteuert werden können.

Deshalb geht es in der Armutsprävention im Bereich des sozialen Verbraucherschutzes bei Finanzdienstleistungen auch um das „soziale Wissen“ der Anbieter, die nicht nur lernen müssen, Produkte für sozial schwierige Situationen kostendeckend zu produzieren und zu verteilen, sondern für die es zusätzlich auch noch Mechanismen geben muss, die sie zur Vermeidung solcher Risiken anhält.

7 Zu den Forschungen am IFF vgl. <http://www.iff-hamburg.de>. Zu einem Gesamtüberblick auch über andere Literatur vgl. die Datenbank des IFF unter <http://www.money-advice.net>.

8 Vgl. AgV/DRK (Hrsg.) *Schuldenreport 1999*, Nomos: Baden-Baden (Verfasser IFF); Huls/Reifner/Haane/Domont-Naert (Hrsg.), *Overindebtedness of Consumers in the EC Member States: Facts and Search for Solutions*, Brüssel 1994; Korczak *Überschuldung in Deutschland zwischen 1988 und 1999*; Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; München/Weiler, September 2000; Reifner/Ford (Hrsg.) *Banking for People: Social Banking and New Poverty, Consumer Debts and Unemployment in Europe – National Reports*; Berlin 1992

9 Vgl. Reifner, U./Keich, R. *Risiko Baufinanzierung*, 2. Aufl. Luchterhand:Kriftel 1995

10 BGH, NJW 1989, 1667. vgl. bereits BGH BB 88,582; OLG Hamm VuR 87,83; Reifner, *Handbuch des Kreditrechts*, 1991 §21 Rdn. 41f; ders. ZIP 1988, 820f; VuR 86,6; DB 84, 2178, 2182/2183; OLG Hamburg VuR 86,22 gegen OLG Hamburg WM 86,1431 = EWiR § 138 BGB 9/86 (Emmerich); OLG Düsseldorf VuR 1987, 203; Reifner, *Rechtsprobleme des Versicherungskredits*, ZIP 1988, 820f; ders. *Rechtsprobleme der Lebensversicherungshypothek*, *Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirtschaft (ZBB)* (H.12) 1999 S. 349 - 366

Finanzielle Allgemeinbildung der Verbraucher muss daher eine Einheit mit der sozialen Allgemeinbildung der Finanzanbieter formen.

Nur ein gemeinsamer Lernprozess kann verhindern, dass Wirtschaftsbildung zur Anpassung der Menschen an die Wirtschaft statt zu einer menschlichen Wirtschaft führt. Nur wenn sich der Prozess von Bildung demokratisch vollzieht und nicht ein Hinterherlaufen des menschlichen Wissens hinter den Gestaltungen der Wirtschaft bedeutet, bei dem das Interesse des allein individuellen Vorteils die soziale Verantwortung überdecken kann, kann er auch von der Allgemeinheit Unterstützung erfahren.

Finanzielle Allgemeinbildung hat daher aus der Perspektive des sozialen Verbraucherschutzes gesehen eine mehrfache „Bildungsfunktion“:

- Vermittlung des Wissens der Verbraucher über Finanzdienstleistungen im Verhältnis zu ihrem Einkommen und ihren Ausgaben.
- Vermittlung von sozialer Handlungskompetenz und Kritikfähigkeit gegenüber unverständlichen Produkten und Anbietern.
- Vermittlung von Einsichten in wirtschaftliche aber auch soziale Notwendigkeiten eines Finanzdienstleistungsmarktes, aber auch das Aufzeigen von Alternativen.

Wird dieser Anspruch in der Armutsbekämpfung aufgegeben, weil man ihn für zu hoch hält und unmittelbares Handlungswissen für wichtiger einschätzt als Kritikfähigkeit, so entscheidet man sich letztlich für eine Feudalwirtschaft in den Armutsghettos. Ideologisch sind solche Programme dann zusätzlich prekär, weil sie die gesellschaftlichen Probleme von Armut, Ausgrenzung und Arbeitslosigkeit als Wissensdefizite der Betroffenen definieren. Ihr Scheitern, ihre „Dummheit“ erklärt dann letztlich das Versagen des Systems, und aus Reichtum und Armut wird dann ein Lehrer-Schüler-Verhältnis.

Die Befürchtungen sind dabei nicht abwegig. Amerikanische Untersuchungen zu solch einseitigen Bildungsprogrammen, die der Stimulierung von Selbstbeschäftigung bei Langzeitarbeitslosen durch Nutzung von Kleinstkrediten (Microlending) dienen sollen, weisen auf deren geringe wirtschaftliche Effizienz, ihre autoritäre Struktur, die damit vermittelten Schuldzuweisungen, aber auf ihre hohe politische Akzeptanz und Förderung hin, die durch ihre ideologische Bedeutung zur Rechtfertigung von Sozialkürzungen erklärt werden können.¹¹

Finanzielle Allgemeinbildung, wie sie im Rahmen dieser Studie verstanden wird, ist daher Bildung im ursprünglichen Wortsinn des „Bildens“, wie sie der Bildhauer und Bildner verkörpern, nämlich Herausbildung von sozial angepassten Strukturen im Finanzdienstleistungssektor, die die Veränderung von Angebot und von Nachfrageverhal-

11 Jurik, N./Cowgill, J./Cavender, G. Chasing Dollars: Legislation, Ideology, and Social Service Program Identity – Paper presented to the annual Law & Society meetings, Budapest, Hungary, 2001 (Arizona State University) 2001 (unpublished); Rogaly, B., „Micro-finance evangelism, ‚desitute women‘, and hard selling of a new anti-poverty formula.“ *Development in Practice* 1996, 6:100-112; Bates, T./Servon, L. „Why Loans Won’t Save the Poor.“ *Inc. Magazine*, April 27, 1996; Ehlers, T. / Main, K. „Women and the false promise of micro-enterprise.“ *Gender and Society* 12:424-440, 1999; Howells, L.A. „The dimensions of microenterprise. A critical look at microenterprise as a tool to alleviate poverty.“ *Journal of Affordable Housing and Community Development* 0: 161-182; Jurik, N.C./Cowgill, J. „Women and Microenterprise: Empowerment or Hegemony?“ in: Institute for Women’s Policy Research (Ed) *Women’s Progress on the Past, Blueprint for the Future*, Washington D.C. 1998; Quandagno, J. „Creating a capital investment welfare state: The new American exceptionalism.“ *American Sociological Review* 64:1-11 (1999)

ten gleichermaßen umfassen und dabei die Entwicklung von Armut eindämmen und bekämpfen.

II. Finanzielle und ökonomische Bildung

Finanzielle Bildung bezieht sich auf Geld als den zentralen Gegenstand modernen Wirtschaftens. Gleichwohl ist finanzielle Bildung nicht mit traditionellen Ansätzen ökonomischer Bildung gleichzusetzen. In seiner allgemeinsten Form ist Wirtschafts- bzw. ökonomische Bildung¹² die Vermittlung von Kenntnisse, Fähigkeiten und Kompetenzen, um als Akteur in der bestehenden Marktwirtschaft handeln zu können. In der Schulpraxis werden dabei zwei Rollen in dieser Wirtschaft unterschieden: die berufliche Beschäftigung mit Wirtschaft und diejenige allgemeine Teilhabe an der Wirtschaft, die jedem Menschen als Verbraucher, Einkommensbezieher und Staatsbürger zukommt. Entsprechend unterschiedlich sind daher auch die Bildungskonzepte. Vor allem die Wirtschaftsgymnasien sowie die berufsbildenden Schulen sollen auf diejenigen Berufe in Handel und Industrie vorbereiten, in denen ökonomisches Wissen im Vordergrund steht. Ökonomisches Wissen ist daher unmittelbar berufsqualifizierend. Es geht hier vor allem auch um Fähigkeiten und Fertigkeiten, die etwa den Umgang mit dem betrieblichen Rechnungswesen ebenso betreffen wie das Verständnis gewinnorientierten Wirtschaftens im Wirtschaftskreislauf.¹³

Für das hier interessierende Thema der finanziellen Allgemeinbildung ist dagegen derjenige Teil der wirtschaftlichen „Allgemeinbildung“ an Schulen einschlägig, bei dem es um ein Verständnis für die Mechanismen der Marktwirtschaft geht. Diese allgemeineren Inhalte¹⁴ sollen vor allem in den allgemeinbildenden Schulen dafür sorgen,

-
- 12 Kaminski, Hans, Soziale Marktwirtschaft stärken - Kerncurriculum ökonomische Bildung, Sankt Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2001; Geise, Wolfgang, Ökonomische Bildung zur Bewältigung von Lebenssituationen. - Bergisch Gladbach: Verlag Thomas Hobein, 2001; May, Hermann, Handbuch zur ökonomischen Bildung 5. Aufl. - München [u.a.] : Oldenbourg, 2001; Hemmer, Hans-Rimbert, Armut und Bildung: ökonomische Anforderungen an die Entwicklungszusammenarbeit, in: WissensWert!? (2000), S.79-87; Räther, Harmut, Ökonomische Bildung in der gymnasialen Oberstufe: das Fachgymnasium - wirtschaftlicher Zweig, Diss. Kiel 2000 (mit Literaturangaben S. 213-235) (http://e-diss.uni-kiel.de/diss_441/d441.pdf)
- 13 Vgl. dazu Achtenhagen, F. Das kaufmännische Schulwesen zwischen Tradition und Fortschritt, in: Wirtschaft und Erziehung 50. Jg., Heft 7-8, 1998, 230 ff; Beck, K. Dimensionen der ökonomischen Bildung. Meßinstrumente und Befunde, Nürnberg 1993; Bertelsmann-Stiftung, Heinz Nixdorf Stiftung, Ludwig-Erhard-Stiftung (Hrsg.) Wirtschaft in der Schule. Eine umfassende Analyse der Lehrpläne für Gymnasien, Gütersloh 1999; Dauenhauer, E. Kategoriale Wirtschaftsdidaktik. Anregungen inhaltlicher Neugestaltung, Bd. I Münster 1997; Kaminski, H. Ökonomische Bildung und Gymnasium. Ziele, Inhalte, Lernkonzepte des Ökonomieunterrichts. Initiative Wirtschaft und Gymnasium, Berlin 1996; Metzger, C./Seitz, H. (Hrsg.) Wirtschaftliche Bildung. Träger, Inhalte, Prozesse. Rolf Dubischar zum 60. Geburtstag, Zürich 1995; Reetz, L. Wirtschaftsdidaktik. Eine Einführung in Theorie und Praxis wirtschaftsberuflicher Curriculumentwicklung und Unterrichtsgestaltung, Bad Heilbronn 1984
- 14 Vgl. z.B. im Lehrplan für Wirtschaftsgymnasien zum Thema Wirtschaftstheorie- und Wirtschaftspolitik die volkswirtschaftliche Ausrichtung mit Themen wie „Produktionsfaktoren, Wirtschaftskreislauf, Sozialökonomische Ordnungsideen, Preisbildung, Finanzierung und Absatz im Unternehmen, Wirtschaftspolitik, Internationale Wirtschaft“ (Lehrplan in Schleswig Holstein, 1998 abgedruckt bei nach Räther S. 36 ff)

dass die Wirtschaft insgesamt auf verständigere Verbraucher¹⁵ und Arbeitnehmer, auf rationalere Beobachter der Wirtschaftspolitik und damit auf „vernünftiger“ Bürger treffen soll.

Aber auch in dieser allgemeinen Rolle geht es um Handlungskompetenzen, wenn die Kenntnis von Wirtschaftsinstitutionen und Verfahren zur Teilnahme am Wirtschaftsgeschehen erläutert und eingeübt werden, um die durch Unkenntnis und Unfähigkeit etwa der Verbraucher hervorgerufenen Transaktionskosten in der Volkswirtschaft zu senken. Für den Bereich der Verbraucherpolitik wird von der aufgeklärt gebildeten Nachfrage erwartet, dass sie die Qualität des Angebots in einer Wirtschaft fördert und den Wettbewerb stärkt.

Während die berufsbildenden Wirtschaftsfächer die im Beruf geforderte Identifikation und Anpassung an wirtschaftliches Handeln in den Vordergrund stellen, wird in den allgemeinbildenden Schulen Wirtschaften grundsätzlicher und kritischer verstanden, indem der Kontext von Bildung und Aufklärung, von Kultur und Sprache integriert wird.¹⁶ Der Umgang mit knappen Ressourcen beschränkt sich dabei ebenso wenig auf Geldmangel wie die Geschichte der Arbeit sich auf ihre Kapitalform. Durch den Bezug zu neuralgischen Punkten der Marktwirtschaften wie dem Verhältnis von wirtschaftlicher und politischer Macht, von Gewinnerorientierung und Umweltschutz oder Schutz der sozialen Existenz erhält hier wirtschaftliche Bildung häufig auch den Stellenwert von Wirtschaftskritik. Insbesondere das Thema Verbraucherschutz und Ökologie, Verschuldung der Dritten Welt und Armut in den Industriestaaten dient dabei als Anreiz, Schülerinnen und Schüler auch in wirtschaftlichen Fragen Distanz und Kritikfähigkeit zu vermitteln, die sie in die Lage versetzen sollen, auch nichtwirtschaftliche kulturelle und moralische Ziele unabhängig von ihrem ökonomischen Nutzen zu bewahren.

Der Bereich der finanziellen Bildung ist in gleicher Weise wie die ökonomische Bildung in berufliche und allgemeine Bildung aufteilbar. Während der berufsbezogene Teil etwa in den Berufsschulen zum Bank- und Versicherungsfach ebenso wie in der kaufmännischen Ausbildung eine lange Tradition hat und vor allem in dem Erlernen der Vielzahl von Finanzdienstleistungsprodukten und ihrem Anwendungsnutzen besteht (Scheck, Wechsel, Aktie, Überweisung, Sicherheiten, Kredit) geht es in der vorliegenden Untersuchung um denjenigen Teil finanzieller Bildung, der als Teilmaterie ökonomischer Allgemeinbildung anzusehen ist.

In diesem Bereich ist es sinnvoll, zwischen Grund- oder Allgemeinbildung und Spezialbildung zu unterscheiden. Die Teilnahme aller Bürger als Verbraucher und Einkommensbezieher an einer fast unerschöpflichen Vielzahl professionalisierter Wirtschaftsprozesse lässt realistischer Weise nur eine Bildung zu, die ein allgemeines Zurechtfinden ermöglicht und zugleich die Chance schafft, sich durch gezielte Informa-

15 Vgl. schon grundlegend Gesucht: Scherhorn, Gerhard, der mündige Verbraucher. Grundlagen eines verbraucherpolitischen Bildungs- u. Informationssystems- 2. Aufl. - Düsseldorf: Droste, 1974

16 Zur grundsätzlichen Diskussion zwischen berufsqualifizierenden und allgemeinbildenden Elementen in der Schule vgl. Schweitzer, J. Neue Königswege führen über Loccum. Beratung und Kontroversen zur Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung, in: Die Deutsche Schule, 87. Jg. H.2 S. 132ff; ders. Lohnorientierte Wirtschaftslehre? in: Didaktik der Berufs- und Arbeitswelt, Gießener Hefte zur Arbeitslehre H.4. 1996, 47 ff; Dehnbostel, P. Allgemeinbildung zwischen Schule und Beruf. Zur Bildungstheorie von historischen, beruflichen und gymnasialen Allgemeinbildungskonzepten, Stuttgart 1988

tionsnachfrage handlungsbezogen das notwendige Spezialwissen oder aber entsprechendes Stellvertreterhandeln über angemessene Berater zu verschaffen.

Dabei sind auch hier wiederum zwei relativ getrennte Sparten der finanziellen Bildung zu unterscheiden: die Beschäftigung mit den Finanzen des privaten Haushaltes (Haushaltsökonomie) und die Beschäftigung mit denjenigen Finanzdienstleistungen, die private Haushalte in Anspruch nehmen.

Historisch begann die finanzielle Allgemeinbildung mit „dem Umgang mit Geld“. ¹⁷ „Rationelles Haushalten“, das Führen von Haushaltsbüchern, Sparsamkeit und die Warnung vor leichtsinniger Verschuldung stehen immer noch im Mittelpunkt einer betriebswirtschaftlichen Bildung privater Haushalte. Mit der "Zentralstelle für rationelles Haushalten" und der Vielzahl der von ihr vorgelegten Broschüren ebenso wie mit der Einrichtung entsprechender Lehrstühle an einigen wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten und im Rahmen der Ökotrophologie wird der Haushalt als Kleinunternehmen analysiert und die betriebswirtschaftliche Optimierung seiner Ressourcenverwaltung gelehrt. Dies spiegelt sich auch in Konzepten der finanziellen Allgemeinbildung wider.

Geld soll als knappes Gut erkannt werden, dessen Nutzen man sich erarbeiten muss. Daher steht in dieser Form der Allgemeinbildung auch der Spargedanke im Vordergrund, der nach den Sparkassengesetzen aktiv gefördert und in Einrichtungen wie dem Gesetz über vermögenswirksame Leistungen, der Bausparförderung sowie der steuerlichen Bevorzugung der Kapitallebensversicherung und neuerdings in der staatlich geförderten privaten Rente sogar materielle Unterstützung genießt.

In den USA (und Großbritannien) wird dieser Gedanke neuerlich mit der Kampagne zur Führung eines privaten Entwicklungssparkontos (Individual Development Account (IDA)) bei Banken oder gemeinnützigen Finanzinstitutionen verbunden, bei dem binnen zwei Jahren gekoppelt mit einem Programm finanzieller Bildung bis zu 1.000 \$ aktiv gespart und dann über eine von dritter Seite oder dem Staat aufgebrachte Prämie von weiteren 1.000 \$ eine Belohnung für das Lernen und Sparen angeboten wird.

In einer stark wertorientierten Pädagogik steht der Spargedanke zugleich auch für eine Vielzahl anderer vor allem konservativer Tugenden, wie sie die Freiburger Schule des Ordoliberalismus um Eucken und Röpke ¹⁸ gerade gegenüber dem Eindringen der Finanzdienstleistungen in den Verbraucherbereich vertrat. Solche Tugenden wie Verzicht, Bescheidenheit und Solidität stehen aus volkswirtschaftlichen Gründen dem Verbraucherkredit als Erziehungsmittel kritisch gegenüber, so dass hier die finanzielle Allgemeinbildung im Umgang mit Geld zugleich auch übergeordneten Bildungszwecken dient.

Finanzdienstleistungen werden in einer solchen haushaltsökonomischen Ausrichtung häufig eher als Versuchungen denn als Hilfen zur Bewältigung eines Alltags dargestellt. Das Idealbild für den privaten Durchschnittsbürger verlangt, den Konsum allein aus dem aktuellen verfügbaren Einkommen zu bestreiten, das lediglich durch den Konsumverzicht zu einer Ausgabenhöhe gebracht werden kann, die dann auch hochwertige

17 Vgl. dazu das Literaturverzeichnis in Kaiser, F.-J./Kaminski, H., Geld und Kredit, - Ein Unterrichtsmodell – vv. Mskrpt. Hrsg. Stiftung Verbraucherinstitut Berlin 1980

18 Vgl. die zum Konsumentenkredit kritische Schrift von Röpke, W. Vorgegessen Brot: Kritische Nachlese zur Diskussion über d. Borgkaufwesen Köln[u.a.]: Heymann, 1955; ferner Eucken, Walter, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 6. durchges. Aufl. - Tübingen : Mohr, 1990; ders. Unser Zeitalter der Misserfolge (Hrsg. vom Walter-Eucken-Archiv) Münster : Lit, 2001

Wirtschaftsgüter erreichbar macht. Zunehmende Problembereiche wie Überschuldung und Insolvenz fördern diese Tendenz. In einer patriarchalisch anmutenden Armutspolitik hat der konservative amerikanische Kongress des Jahres 2001 sich für die Pädagogik als Mittel gegen das Anwachsen der Verbraucherinsolvenzen auf 1,5 Mio. pro Jahr entschieden. Vor die Inanspruchnahme der Restschuldbefreiung soll ein obligatorischer Unterricht zu financial literacy treten. In dieser Konsequenz werden dann komplexere Finanzdienstleistungen eher in der Absicht warnend beschrieben, auf ihre Inanspruchnahme zu verzichten. Leichtsinnige Kreditaufnahme und unsinnige Nutzung etwa von Risikoanlagen oder prahlerischer Gebrauch von Statussymbolen des Zahlungsverkehrs wie etwa eine goldene Kreditkarte verschieben dann die Therapie zum Scheitern aus dem System der Finanzdienstleistungen in den Bereich der individuellen Verzichtskompetenzen.

An diesen Ansätzen ist durchaus zutreffend, dass Wirtschaften ohne Verzicht, Ausgabe ohne Sparen, Konsum ohne Konzentration auf das finanziell Machbare und eine Versachlichung der Nutzenbetrachtung bei Finanzdienstleistungen vor allem in den Schichten unterentwickelt ist, denen die familiäre Erfahrung im rationalen Umgang mit Finanzdienstleistungen solche Vorteile bisher nicht nahe gebracht hat. Bei ihnen sind die in der Konsumforschung vor allem von Veblen mit seiner Theorie des "auffälligen Konsums" und von Packard¹⁹ ("Die geheimen Verführer") erarbeiteten Sekundärmotivationen in besonderer Weise vorhanden und gefährlich. Die daraus resultierenden Misserfolge sind zumeist so grundsätzlicher Art, dass sie für einen produktiven Lernprozess zu spät kommen.

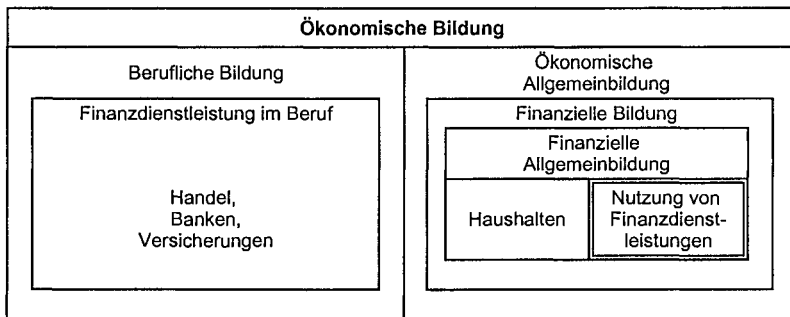


Abbildung 2: Ökonomische Bildung

Gleichwohl lässt sich finanzielle Allgemeinbildung im modernen Kontext einer Kreditgesellschaft nicht mehr ohne weiteres in diesen Rahmen integrieren. Der Verzichts- und Sparrethorik steht eine Gesellschaft gegenüber, die gerade den von Armut eher bedrohten unteren Einkommenschichten tendenziell ohne Kredit und Konto die Teilhabe an allen modernen und produktiveren Prozessen verwehrt. Verzicht führt dabei nicht nur zu den erwünschten Effekten geringerer Verschuldung und Belastung, sondern in weit stärkerem Maße zu einem Ausschluss aus der Wirtschaft schlechthin mit weit

19 Packard, V. Die geheimen Verführer : Der Griff nach dem Unbewussten in jedermann Frankfurt/M. : Ullstein, 1987; dazu Trigg, A.; Veblen, Bourdieu, and conspicuous consumption Journal of economic issues, Bd. 35 (2001), 1, S.99-115

gravierenderen Folgen für die Betroffenen. Zudem lässt sich diese Verzichtslö­gik, die manchen haushaltsökonomischen Ansätzen immer noch anhaftet und die die Lösungen für Knappheitsprobleme im Haushalt auf die Mittel reduziert, die er in seiner internen Wirtschaftsweise ohne Kontakt zum Finanzdienstleistungssektor verfügbar hat, auch nicht rational begründen.

Finanzdienstleistungen sind moderne Produkte für die wirtschaftliche Kommunikation mit anderen sowie die Beziehung zwischen Einkommen und Ausgaben des Nutzers wie es der PKW für die verkehrstechnische Kommunikation, Fernsehen und Internet, Telefon und E-Mail für die sprachliche Kommunikation und die Haushaltsgeräte für die Arbeit zu Hause sind. Auch hier wurden anfängliche Probleme bei den Unterschichten über eine Verzichtslö­gik zu therapieren versucht, während wir zumindest einen Teil dieser Güter heute selbst in Veröffentlichungen der Europäischen Union als unverzichtbaren Bestandteil ("basic needs") eines privaten Haushaltes auch öffentlich garantieren. Dies kommt auch in der gemeinsamen Initiative von Eltern, Lehrern, Wissenschaft, Arbeitgebern und Gewerkschaften zur Wirtschaftsbildung zum Ausdruck, wo es heißt:

Neben der Erwerbsarbeit hat allerdings auch die identitätsstiftende Funktion des Konsums zunehmend an Bedeutung gewonnen. In unserer pluralisierten und zugleich individualisierten Lebenswelt dient dieser immer häufiger als Ausdrucksmittel für individuelle Vorstellungen, Lebenshaltungen, Gruppenzugehörigkeit und soziale Position. Auch hier ergeben sich Anforderungen an die Jugendlichen, zu deren Bewältigung sie Hilfen durch ökonomische Bildung bedürfen (z.B. für den Umgang mit Geld, Kredit, zur Entwicklung eines verantwortungsbewussten Konsumstils u.a.).

Finanzielle Allgemeinbildung ist daher heute als die Allgemeinbildung über die wichtigsten persönlichen Voraussetzungen für die Nutzung von Finanzdienstleistungen und hier vor allem des Kredites anzusehen. Notwendigkeiten, Nutzen und Schaden der Finanzdienstleistungen durch private Haushalte bilden den Ansatzpunkt. Die Vorabbelastung mit allgemeinen Werten wird diesem Anspruch der Auseinandersetzung mit moderner Kommunikation im Dienstleistungssektor nicht gerecht. Im Zentrum dieser finanziellen Allgemeinbildung in der Kreditgesellschaft steht daher auch nicht das Sparen, sondern der Kredit. In ihm ist idealtypisch die Verschiebung zwischen Einkommen und Ausgaben und ihre Kosten in zeitlicher Hinsicht erkennbar. Der Kredit umfasst damit zugleich auch das Sparen, das moderner als Anlage bezeichnet wird. In der Anlage oder dem Investment werden nur die Rollen von Kreditgeber und Kreditnehmer vertauscht. Sparsam Leben ist daher eine übergeordnete Tugend, die nicht in erster Linie in die finanzielle Allgemeinbildung, sondern weit früher in die allgemeine kulturelle Bildung gehört.

Am Kredit wird nicht nur die zeitliche, sondern auch die örtliche Verlagerung von Kaufkraft (Zahlungsverkehr) und mit dem Rückzahlungsrisiko sogar das System der Versicherungen erfahrbar. Die ständige Metamorphose des Geldes über diese Dienstleistungen ist der Prozess, um dessen Bewältigung es geht. Erst aus dieser Perspektive gewinnt dann die Haushaltsökonomie und der Umgang mit dem (eigenen) Geld seine wichtige Bedeutung zurück, weil ohne Sparsamkeit und Verzicht, ohne rationale Auswahl und Übersicht über die eigenen Finanzen die Leistungen des Finanzdienstleistungssystems nur unzureichend, falsch und gefährdend in Anspruch genommen werden können. Die Hausfinanzierung erfordert dann den Spargedanken allein aus Sicherheitsgründen, das Entsparen und das Ansparen ergänzen sich im PKW-Erwerb und eine kostensparende Kontoführung setzt die Übersicht über die eigenen Finanzen voraus,

ermöglicht sie aber auch zugleich, wenn diese Leistungen Entsprechendes vorsehen.²⁰ Dieser Bereich finanzieller Allgemeinbildung findet jedoch trotz der unübersehbaren Anzahl von praktischen Anleitungsbroschüren und Informationsschriften, die sich zumindest vorgeblich diesem Bereich der Nutzung von Finanzdienstleistungen durch breite Bevölkerungsschichten widmen, in der wissenschaftlichen Literatur noch zu wenig Berücksichtigung²¹, obwohl der Umbruch von der Bar- zur Kreditgesellschaft hier eine enorme, nicht nur praktische, sondern auch theoretische Herausforderung darstellt.

Aus diesen Erwägungen heraus ergibt sich die folgende Arbeitsdefinition:

Finanzielle Allgemeinbildung im Sinne dieser Untersuchung betrifft die kritische und an den Bedürfnissen der Nutzer orientierte Vermittlung von Wissen, Verständnis und sozialer Handlungskompetenz im Umgang mit auf Kreditmöglichkeiten aufgebauten Finanzdienstleistungen, die die Menschen außerhalb ihrer beruflichen Sphäre für sich selber benutzen, um Einkommen und Ausgaben, Arbeit und Konsum während ihrer Lebenszeit sinnvoll miteinander in Beziehung setzen zu können.

B. Finanzdienstleistungen und Verarmung

Finanzielle Allgemeinbildung, die auf den Gebrauch und nicht auf die Vermeidung von Finanzdienstleistungen hin orientiert ist, kann als Mittel der Armutsbekämpfung nicht mehr erreichen oder verhindern als der Gebrauch der Finanzdienstleistungen selber.

Diese Kernthese unserer Untersuchung soll das der Bildungsdiskussion eigentümliche emanzipatorische Potenzial gegenüber dem gesellschaftlichen Status quo erhalten und verhindern, dass Bildung ideologische Prozesse der Fehlinterpretation, Schuldübernahme und Ablenkung hervorruft, die andere Akteure im Wirtschaftsleben zulasten der Bildungsempfänger entlasten.

Finanzielle Allgemeinbildung, die sich auf von Finanzdienstleistern im Eigeninteresse angebotene wirtschaftliche Kommunikationsmittel bezieht, ist dabei besonders gefährdet.

Falsche finanzielle Allgemeinbildung kann ebenso unsinnig sein wie das Einüben von Gefährdeten (z.B. Strafgefangenen) in den Gebrauch von Rettungsutensilien (z.B. Feuerlöschgeräte bei Strafgefangenen) für ein Risikofeld (z.B. Zellenbrand), in dem diese Utensilien für diejenigen, die darin unterwiesen werden, aller Wahrscheinlichkeit nicht zur Verfügung stehen werden (die Anstaltsinsassen sind eingeschlossen).

20 So schafft die Kontozugangssoftware für den elektronischen Kontozugang wie Quicken und MS-Money erst eine von Arbeitsaufwand vertretbare Buchhaltungsmöglichkeit für private Haushalte, die dem Standard von Unternehmen nahe kommt.

21 Eine Recherche im Gesamtbibliothekskatalog (<http://www.GBV.de>) der norddeutschen Bundesländer ergab bei der Kombination von finanzieller Bildung keinen einschlägigen Treffer, während bei ökonomischer Bildung 105 Literaturstellen genannt sind.

So können etwa Sparappelle in der Gelderziehung zur Verschuldungsprävention dann, wenn sie an Angehörige von Haushalten unterhalb der Sparschwelle gerichtet sind, von realen Möglichkeiten der Überschuldungsprävention ablenken und zudem noch durch konstruiertes Eigenverschulden Handlungspotenzial für die Durchsetzung von Rechten und Forderungen, die tatsächlich positive Wirkungen haben könnten, zerstören. Vielmehr bedeutet die Unterweisung zugleich auch die Ablenkung von den eigentlichen Rettungsmöglichkeiten.

In der Praxis sind solche Konflikte deutlich, wo sich etwa in den 80er Jahren die Teilzahlungsbanken, denen die Rechtsprechung wucherische Zinsgestaltung attestiert hatte, in der Öffentlichkeit bei Fällen der Überschuldung auf die Sorglosigkeit der Opfer bei der Kreditaufnahme beriefen. Beide Verhaltensweisen stehen in keinem ursächlichen Zusammenhang. Selbst wenn der Kredit sorglos aufgenommen wird, rechtfertigt dies keinen Rechtsbruch bei der Kreditvergabe.

Finanzielle Allgemeinbildung setzt daher in erster Linie die Fähigkeit derjenigen, die diese Bildung nach Ziel, Methoden und Inhalt bestimmen können, voraus, die Bedeutung von Finanzdienstleistungen für die Verarmung ihrer spezifischen Zielgruppe zu bestimmen. Es reichen daher weder ein allgemeines Bewusstsein über Armutsprobleme und gute pädagogische Fähigkeiten noch intensive Kenntnisse über Finanzdienstleistungen aus. Vielmehr beziehen sich die Kenntnisse auf die Wirkungen des Gebrauchs (oder Ausschlusses) von Finanzdienstleistungen auf von Armut bedrohte Bevölkerungsschichten. Für finanzielle Allgemeinbildung ist daher weder der Sozialarbeiter noch der Betriebswirt oder der Pädagoge per se geeignet. Vielmehr handelt es sich im Grundsatz um soziologisches Wissen, das das Grundverständnis in den anderen Disziplinen umfassen muss.

I. Armut als Prozess: von der Status- zur Verfahrensarmut

Nach den offiziellen Armutsstatistiken gilt als arm, wer über kein Vermögen verfügt und dessen Einkommen unterhalb einer Schwelle liegt, die in einem Prozentsatz des jeweiligen Durchschnittseinkommens gemessen darauf hindeutet, dass mit diesem Einkommen die notwendigen Ausgaben zum Lebensunterhalt nicht mehr in ausreichendem Maße getätigt werden können.²² Armut ist damit als Geldmangel definiert. Entsprechend werden staatliche Transferleistungen und andere Formen des Einkommensersatzes als Lösungen des Armutsproblems logisch.

Die Auswirkungen dieser Armut zeigen sich dann in Wohnungslosigkeit, niedrigem Bildungsstand, gescheiterten Familienbeziehungen und ähnlichem mehr. Historisch war dies ein Status in der Gesellschaft, der auf Grund der schlechten Ausgangsbedingungen häufig erblich erschien. Hohe und niedrige Stände korrelierten mit Arm und Reich. Die Unberührbaren in Indien und die landlosen Bauern in Mexiko sind Zeugnis einer solchen gesellschaftlichen Formation.

Auch heute werden bestimmte Gruppen als tendenziell von Armut bedroht angesehen wie allein erziehende Mütter, kinderreiche Familien, Ausländer, Behinderte.

Die Ursache dieser Situation liegt regelmäßig in den nicht ausreichenden Verdienstmöglichkeiten dieser Gruppen. Eine der wesentlichen Probleme der Marktgesellschaft,

22 Siche Armutsbericht der Bundesregierung a.a.O.

dass die Kindererziehungsarbeit als unproduktive Arbeit im wesentlichen unbezahlt bleibt²³, äußert sich dann darin, dass die dort zu leistende Arbeit und ihre Folgen für die Möglichkeiten der Einkommenserzielung durch „produktive“ Arbeit in der Gesellschaft, zu Einkommensarmut führen muss. Bei Krankheit und Behinderung ist zwar der absolute Arbeitsaufwand für die geforderten Leistungen zur Kompensation der Behinderung bzw. zur Genesung häufig sogar höher als bei produktiver Arbeit. Aber auch diese „auf sich selbst geleistete Arbeit“ findet keine adäquate Entlohnung, so dass auch hier der Status entscheidet. Auch die Bildung als eine auf sich selbst und die Qualifizierung der Arbeitskraft geleistete Arbeit gilt in aller Regel nicht als entgeltfähige Leistung, so dass bildungsmäßige oder auch andere Anstrengungen zur Erlangung einer neuen entlohnten Arbeit nicht voll bezahlt werden.²⁴

Soweit eine solche Situation über längere Dauer anhält wie bei Alleinerziehenden oder Langzeitarbeitslosen und auch nicht wie teilweise in der beruflichen Bildung²⁵ als Investition für spätere Sonderrenditen dient, führt sie zu einer dauernden Einkommensarmut. Statusarmut lässt sich somit über Kredite nicht kompensieren, sondern erfordert eine über den Staat vermittelte Kompensation dafür, dass die Marktwirtschaft einerseits Einkommen nur für produktive Arbeit und Investition verspricht, andererseits aber den Menschen als eines der wesentlichen Investitionsobjekte im unproduktiven Bereich von der Warenzirkulation ausschließt.²⁶

Beruhet die Armut auf Gründen, die in der Person der Armen liegen, so wollen wir sie als „statische Armut“ bezeichnen, wenn das Einkommen auf Dauer nicht ausreicht, um die eigene Versorgung sicherzustellen.

In der Kreditgesellschaft verliert diese Form der Armut jedoch tendenziell an Bedeutung. Das Gleichnis vom "Tellerwäscher zum Millionär" transportiert eine Sicht von Reichtum, die zumindest der Statusarmut nicht als Gegensatz, sondern als Entwicklungsschritt gegenübertritt. Wer nichts hat ist dann nicht arm, wenn er die Chance erhält, allmählich zu Reichtum zu kommen. Reichtum ist daher kein Status, sondern ein Prozess, der es erlaubt, immer reicher zu werden. Arm ist dann nicht mehr derjenige, der kein Geld oder Vermögen hat, sondern derjenige, der nicht an dem Prozess des Reichwerdens teilhaben kann oder darf.

Wenn aber über die gesellschaftliche Position die Teilhabe an einem Prozess entscheidet, der Güter und Lebenschancen verteilt, dann kann dieser Prozess nicht nur in

23 Während Kindergeld in Höhe von 300.- DM pro Monat gezahlt wird, beträgt der Pflegesatz für ein in Pflege genommenes Kind ca. 2.100.- DM und die Ausgaben für eine Heimerziehung liegen bei nahe 3.000.- DM pro Monat. Die renditelos investierten Beträge für ein Kind bis zur Fähigkeit, eigenes Einkommen zu erzielen, werden mit ca. 500.000.- DM angesetzt.

24 Ausnahmen sind hier Werkstudenten, berufliche Weiterqualifizierung oder Fortbildungsmaßnahmen des Arbeitsamtes.

25 Studentendarlehen können als eine solche Investition angesehen werden, die zu einem Zusatzeinkommen führen, aus dem dann die Kredite zurückbezahlt werden. Ähnlich arbeiten manche Vertriebsgesellschaften, die mit Einstiegsdarlehen für ihre neuen Mitarbeiter und deren Ausbildung spätere Mehrverdienstmöglichkeiten abschöpfen.

26 Kinder können nicht von ihren Eltern entsprechend ihrem Bildungsstand wie bei Berufsfußballspielern üblich mit Ablössesummen versehen werden, die Krankenkassen müssen keine Ablössesumme dafür bezahlen, dass ihnen durch einen Gesundheitsprozess weitere Aufwendungen erspart werden, die Arbeitslosenversicherung ist mit Ausnahme von Überbrückungsgeldern und Lohnbeihilfen kompensationslos entlastet, wenn der Arbeitslose eine Stelle auf Grund eigener Anstrengungen findet.

eine Richtung weisen. Vom "Tellerwäscher zum Millionär" schließt dann auch die Abstiegsmöglichkeit mit ein. Arm ist dann derjenige, dessen wirtschaftliche Betätigung tendenziell nicht Gewinn (Reichtum), sondern Verlust (Armut) hervorbringt. Diese Armut können wir als "prozedurale Armut" bezeichnen.

Eine solche prozedurale Betrachtungsweise entspricht den Erkenntnissen der modernen Betriebswirtschaftslehre, die Unternehmen nicht mehr nach dem, was sie sind, sondern nach dem, was sie erwerben können, beurteilen. So wird die Qualität eines Unternehmens nicht mehr in erster Linie aus seiner Bilanz, sondern aus seinem Cashflow hergeleitet, das ist die unter Einschluss aller Kreditmöglichkeiten zu erwartende Liquidität. Ein positiver Cashflow in der Zukunft ist dabei wichtiger als ein ausgeglichener Jahresabschluss. Mit dem Life-Time-Value²⁷ hat auch die Wirtschaft beim Verbraucher ein Maß gefunden, das die Summe der zukünftigen Geschäfte dieses Verbrauchers mit ihr angibt und damit die "Erwartungen" an den Tauschprozess über das aktuelle Vermögen stellt.

Die Kreditwürdigkeitsprüfung im Konsumentencredit hat sich dementsprechend verändert. Die „Kreditgeschichte“, d.h. die konstante Fähigkeit in der Vergangenheit, die bei Krediten fälligen Raten pünktlich über längere Zeiträume zu bedienen, hat längst die Stellung von Sicherheiten oder die Erfassung des Vermögens der Kreditnehmer als Evaluationsmittel abgelöst.

Kreditwürdig ist daher, wer Zugang zu Krediten hat(te). Dieser scheinbare Zirkelschluss folgt der Rationalität historisch orientierter Ratingverfahren in der Liquiditätsbetrachtung der Kreditgesellschaft. Kreditwürdigkeit bestimmt sich selber. Die Kreditwürdigkeit für einen neuen Kredit leitet sich aus der Kreditwürdigkeit her, die sich aus alten Krediten ergibt. Nach Art einer Spirale beginnt sie mit geringsten voraussetzungslosen Quantitäten in der Kreditvergabe wie dem ersten Kontoüberziehungskredit oder einem Kreditkartenkredit. Wird dieses Stadium erfolgreich durchlaufen, so erhöht sich das Volumen der Kreditwürdigkeit und neue Kreditformen wie Ratenkredit und schließlich auch Festkredite werden erschlossen. In den Step-by-Step Krediten im Microlending der Dritten Welt ebenso wie in den Armutsvierteln der USA und Frankreichs²⁸ und neuerdings auch in einem Projekt Enigma des Arbeitsamtes Hamburg wird versucht, Armut durch eine solche stufenweise Erhöhung der Kreditwürdigkeit zu bekämpfen.

In der Kreditgesellschaft ist daher arm, wer kreditunwürdig ist und damit keinen Zugang zu Finanzdienstleistungen mehr hat.

II. Armut durch Finanzdienstleistungen

Die Vorstellungen über das Verhältnis von Armut und Finanzdienstleistungen sind historisch durch die Statusarmut geprägt. Wer arm ist, hat kein Geld, wer sehr arm ist, hat Schulden. Entsprechend bestimmt die Bibel im Alten Testament, dass alle sieben Jahre

27 Vgl. dazu Rifkin a.a.O. (Fn. 15).

28 Vgl. dazu Reifner, U. Social Credit by Non-Banks - The Regulation of Microlending in Europe, Campus Ffm 2002.

alle Schulden zu streichen seien und zwar nicht nur diejenigen, die der Schuldner wegen Überschuldung und Insolvenz nicht mehr begleichen kann. Wer sich Geld borgen musste, war in Not und wer dafür Zinsen nahm galt als Wucherer, weil er Geschäfte mit der Not machte statt zu helfen.²⁹ Kredit war ein Ausdruck von Armut und Geldvermögen ein Ausdruck von Reichtum.

Dieses archaische Bild muss in der Kreditgesellschaft grundsätzlich revidiert werden. Finanzdienstleistungen sind die entscheidenden Mittel in dem Prozess, der über Reichtum und Armut entscheidet. Die Art ihres Gebrauchs, der Zugang zu ihnen sowie ihre Wirkungen auf die Nutzer entscheiden über deren zukünftige Chancen im Leben.

Dabei sind Finanzdienstleistungen für alle Menschen zunehmend unentbehrlich und zugleich eine Chance der Armutsbekämpfung. Sie sind aber zugleich auch eine Bedrohung, weil sie den Prozess der Verarmung beschleunigen und damit prozedurale Armut generieren können.

1. Lebensnotwendigkeit von Finanzdienstleistungen

Noch Mitte des 20. Jahrhunderts beschränkte sich das Verhältnis der meisten Bürger zu ihrer Bank darauf, dass sie dort ihr Geld sparten. Andere Finanzdienstleistungen waren kaum verbreitet und teilweise sogar verpönt: Vor allem die Freiburger Schule um Walter Eucken sah in privaten Konsumentenkredit eine Gefahr für die Geldwertstabilität und die Moral der Bevölkerung. Die verantwortungsbewusste Gesellschaft der Sparer werde sich in eine verschwenderisch-verantwortungslose Gesellschaft umwandeln, wenn Privatleuten die vollen Möglichkeiten des Kredits offen stünden. Für den Großteil der Gesellschaft war das Finanzsystem in erster Linie ein Bargeldsystem.

Der Konsum des unteren Einkommensdrittels war traditionell an die Einkommensform unmittelbar angepasst. Prototyp war ein relativ stetiges Einkommen aus einem Normalarbeitsverhältnis, das in Zeiten der Arbeitslosigkeit durch entsprechende Ersatzinkommen verstetigt wurde. Dem entsprach eine Wohnform zur Miete, bei der ein unmittelbarer Transfer der Arbeitseinkommen in die Kapitalform „Wohnen“ erfolgen konnte. Während Grundbedürfnisse wie Bildung, Sicherheit und Marktzugang durch kostenfreie öffentliche Systeme garantiert waren, erfolgte der unmittelbare Konsum auf der Grundlage kleiner monatlicher Ausgaben in einem Prozess, der wenig Kapital erforderlich machte.

Tabelle 1: Girokonten

	Absolut in Mio.	in %
1980	39,0 Mio.	76,5%
1998	67,3 Mio.	82,0%

Quelle: Deutsche Bundesbank

Der typische Arbeitnehmerhaushalt des unteren Einkommensdrittels lebte auch ohne nennenswertes Kapital oberhalb des Existenzminimums, brauchte demnach auch keine Finanzdienstleistungen. Er verfügte selten über mehr Liquidität, als für den unmittelbaren Lebensbedarf notwendig war. Vorsorgeleistungen wurden zum großen Teil noch in nicht-geldlichen Formen über unmittelbare Hilfe der Familien erbracht, z.B. wenn die

²⁹ Zur gesellschaftlichen Ächtung der Wucherer vgl. Dostojewskis Roman „Die Gebrüder Karamazow“.

Großeltern im Haus Aufnahme fanden, die öffentliche Daseinsvorsorge und Sozialhilfe das Minimum garantierte und der Zusammenhalt der Familien zu einer kollektiven Bewirtschaftung von Einkommen und Ausgaben führte.

Das Bild hat sich gründlich geändert. Heute sind selbst die Unterschichten täglich mit Finanzdienstleistungen konfrontiert. Das Girokonto ist in vielen Bereichen zur zwingenden Voraussetzung für die Teilhabe am wirtschaftlichen Leben geworden.

Millionen Kapitallebensversicherungen als moderne Sparform sind an alle Schichten verkauft worden. Ihre Prämien werden vom Girokonto abgebucht.

Einziehungsermächtigungen und damit indirekt auch das Girokonto sind zur satzungsmäßigen Voraussetzung für Vereinsmitgliedschaften gemacht worden. Die EC-Karte, die Geldkarte und die Kreditkarte werden zum privilegierten Zahlungsmittel, das wiederum direkt oder indirekt über die Abbuchungsvollmacht die Existenz eines Girokontos - zudem noch mit einer Überziehungsmöglichkeit - voraussetzen.

Tabelle 2: Kapitallebensversicherungen

	Individuelle Kapitallebensversicherungsverträge in Mrd. €	Alle kapitalbildenden Lebensversicherungssumme in Mrd. €
1980	42.682	64.195
1999	94899	295.524

Quelle: GDV e.V. Statistik Lebensversicherung Stand Mai 2000

Die Bankverbindung ist neben Geburtsurkunde und Wohnadresse zum dritten unverzichtbaren Merkmal des Wirtschaftsbürgers geworden.

Fast 225 Mrd. Euro Konsumkredite, davon 105 Mrd. Euro als Ratenkredite, sind von den Banken an Konsumenten ausgegeben worden. Mehr als eine halbe Bio. Euro stehen im Hypothekenkredit für Eigenheime und Eigentumswohnungen aus.

Der Kontoüberziehungskredit soll als Teil des Zahlungsverkehrs grundsätzlich kurzfristige Schwankungen überbrücken, kann gleichzeitig aber auch als verdeckte Dauerkreditaufnahme missbraucht werden. Der Ratenkredit macht deutlich, dass bei einem gegenüber dem Sparbuch bis zu achtfach höherem Sollzinssatz diese Kredite vor allem dazu dienen, fehlendes Sparvermögen für größere Anschaffungen zu ersetzen und die Überbrückung von finanziellen Engpässen zu finanzieren. Dem entspricht ein Rückgang der Sparquote in den Jahren von 1989 bis 1999 von 13,3 % auf 9 %.

Tabelle 3: Kredite für Privathaushalte

Mrd. €	Konsumkredite	Hypothekenkredite
1980	66836	128831
2001	219800	683000

Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen Nr. 4.4 Mai 2000

Auch in der privaten Vorsorge hat die Bedeutung der Finanzdienstleistungen exponentiell zugenommen. Die Summe der verkauften Kapitallebensversicherungen betrug 1999 Mrd. 295.525 Euro. Darüber hinaus werden als "finanzierte Rente" Beteiligungen auf Kredit im Massenverkehr verkauft, die der privaten Altersvorsorge dienen sollen. Mit der Rentenreform im Jahre 2000 sind die Pensionsfonds sowie die kapitalstockgedeckte öffentlich geförderte Altersvorsorge quasi auch für die Unterschichten obligatorisch geworden, da das allgemeine Rentensystem nicht mehr den Anspruch erhebt, auch in der Zukunft die Altersversorgung voll abzudecken.

Die Ursachen für die wachsende Bedeutung und Inanspruchnahme der Finanzdienstleistungen liegen in der Entwicklung der Sozialstruktur moderner Industriegesellschaften, bei der Konsum, Vorsorge und Einkommenserzielung sich entscheidend wandeln und die Einschaltung von Finanzdienstleistungen immer notwendiger machen. Die Familie als Vorsorge- und Liquiditätsinstrument ist teilweise erodiert. Kindererziehungszeiten, Ehescheidung und Krankheit werden weniger als früher vom Familienverbund getragen und müssen daher individueller mit dem eigenen vergangenen oder dem zukünftigen Einkommen bewältigt werden. Das Normalarbeitsverhältnis hat sich in ein flexibles Instrument gewandelt, bei dem das Einkommen Schwankungen unterworfen ist. Außerdem erfordert heute selbst abhängige Arbeit häufig zunächst Investitionen, wenn z.B. bestimmte Kenntnisse und Qualifikationen Voraussetzung einer Einstellung sind oder die private Nutzung von Computern Bedingung des Arbeitsplatzerhaltes wird.

Konsum, Vorsorge und Einkommenserzielung wandeln sich entsprechend, laufen zeitlich immer stärker auseinander und machen die Einschaltung von Finanzdienstleistungen als Vermittlungsinstrumente immer notwendiger.

Kreditzuwachs

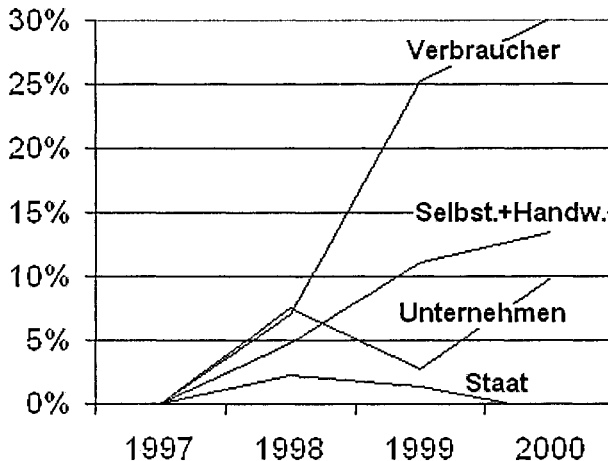


Abbildung 3: Kreditzuwachs nach Kundengruppen

Finanzdienstleistungen eröffnen Zugang zum gesamten eigenen Lebenseinkommen sowie zum Kapital Dritter. Dies lässt es im Normalfall gelingen, den weggefallenen Familienausgleich zu kompensieren. Die vielfältigen Sparformen ermöglichen es dabei, zielgenau und inflationssicher Konsumkapital anzusparen und als Liquiditätsreserve zur Verfügung zu haben.

Wichtiger als die Anlagen sind jedoch die Kredite, die die notorischen Vorleistungspflichten durch die höhere Kapitalintensität des Konsums³⁰ durch Vorgriffsmöglichkeit

30 Wer einen privaten PKW fahren will, der muss seinen Konsum von sechs Jahren im Voraus bezahlen, wenn er den PKW anschafft, während bei der Nutzung der Straßenbahn nur die unmittelbare Nutzung bezahlt wird und daher keine Vorschusspflichten entstehen.

ten auf zukünftiges Einkommen kompensieren helfen. Die meisten Familien erwirtschaften spätestens im Alter ab 40 Jahren Überschüsse. Diese können über Kredite bereits im Alter zwischen 20 und 40 Jahren aktiviert werden. Der Kredit gleicht somit die unterschiedliche Liquiditätssituation verschiedener Lebenszyklen aus.³¹

Auch Liquiditätsgengpässe durch Problemlagen wie Arbeitslosigkeit, Krankheit und Ehescheidung lassen sich mit Krediten überbrücken, auch wenn in diesem Fall die Zusatzkosten in Form von Zinsen und Gebühren nicht durch materielle Vorteile in der Zukunft kompensiert werden.

Entsprechend ist die Kreditaufnahme der Konsumenten zum Motor der Kreditgesellschaft geworden.

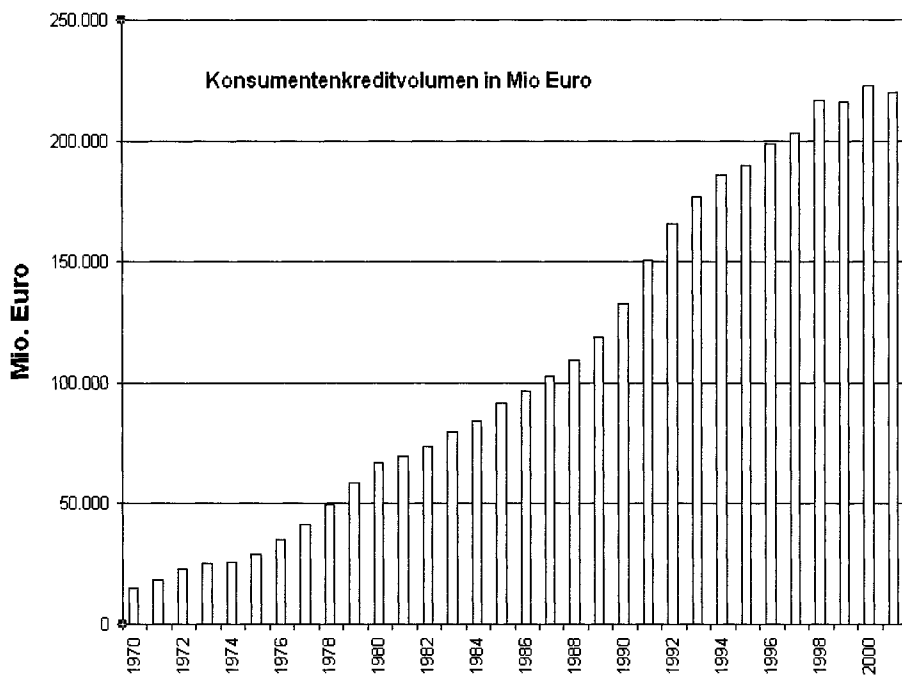


Abbildung 4: Konsumentenkreditvolumen

Die private Verschuldung ist kontinuierlich gerade auch im Verhältnis zum Einkommen gestiegen. Sie macht heute im Verhältnis zum Jahreseinkommen der privaten Haushalte in Deutschland etwa 25 % aus, während es vor 23 Jahren noch gerade 8% waren.

Kreditfunktionen erlauben auch Privathaushalten ein entwickeltes Cash-Management. Der Versicherungssektor bietet eine Vergesellschaftung von Risiken ganzer Gruppen bei Haftpflicht, Leben, Hausrat und Rechtsschutz.

31 Siche dazu etwa die Beiträge bei Kessler, D. (Hrsg.) Cycle de Vie.

Die modernen Mittel des Zahlungsverkehrs und insbesondere das Girokonto mit seinen integrierten Finanzdienstleistungen bilden moderne Ersatzmechanismen für traditionelle Formen der Lebensgestaltung, indem sie einerseits eine Individualisierung des Lebens, zum anderen eine gesellschaftliche Bewältigung individueller Problemlagen ermöglichen. Somit kommt ihnen in entwickelten Gesellschaften ein ähnlicher infrastruktureller Charakter zu wie den Grundversorgungsgütern Wasser, Elektrizität oder Telekommunikation.

Der Kredit geht aber noch weit über den Geldkredit hinaus. In dem traditionellen Sachkredit, der Wohnraummiete, ist das verauslagte Kapital kein flüssiges Kapital, sondern eben eine Immobilie. Aber vor allem neue Formen wie Mobiltelefon-Verträge, bei denen das kostenlos zur Verfügung gestellte Gerät sich durch die Nutzungsgebühren bezahlt machen soll, aber auch viele weitere derartige Verträge, die über eine Mindestzeit laufen, sind im Kern Kredit.

Die explosive Entwicklung der Bedeutung und Nutzung von Finanzdienstleistungen hat für alle Bevölkerungsschichten eine unmittelbare Bedeutung bekommen, also auch für diejenigen, die entweder arm oder von Armut bedroht sind.

Der Druck beispielsweise, sich auch privat für das Alter abzusichern, trifft vor allem diese Schichten, da sie auf kein oder nur wenig vorhandenes Vermögen zurückgreifen können.

Beruf braucht Investition in Bildung
Verzicht auf Verdienst
Bezahlung
Arbeit braucht Vorschuss für Arbeitsmittel
PKW zur Arbeitsstelle
Computer, Internet, E-Mail, Telefon
Konsumtion braucht Investition in
Haushaltsgeräte
Wohnung
Transport

Die Kreditgesellschaft vermittelt den Zugang zu allen Lebensbedürfnissen über das Geldkapital. Kapitalbedarf wird zur allgemeinen Lebensnotwendigkeit, der sich in den Unterschichten, die keinen Zugang zu Eigenkapital haben, als Bedarf an Fremdkapital, d.h. als Kreditbedarf, manifestiert.

2. Bedrohung durch Finanzdienstleistungen

a. Die Armen zahlen mehr

Bei all ihren Chancen, sich am Wirtschaftsleben mit fremdem Kapital zu beteiligen und damit am wirtschaftlichen Fortschritt teil zu haben, sind mit der Kreditgesellschaft auch erhebliche Gefahren verbunden, die sich vor allem im Kredit manifestieren: Jede Kreditaufnahme verteuert den Konsum.

„Die Armen zahlen mehr“, heißt die berühmte Studie aus den USA von David Caplovitz aus dem Jahre 1963.³² Während Caplovitz allein darauf hinwies, dass die Armen in dem von ihm untersuchten New Yorker Stadtteil von skrupellosen Händlern deshalb übervorteilt werden konnten, weil diese bei den Abzahlungsgeschäften allein durch die Unterschrift bereits zu ihrem Geld kamen, für das sie als Sicherheit die in Aussicht gestellten staatlichen Subventionen vereinnahmten, ergibt sich die moderne Kreditbelastung der Armen aus einem weit allgemeineren Mechanismus.

Finanzdienstleistungen werden nach ihren Kosten kalkuliert. Neben der Refinanzierung müssen grundsätzlich auch die Verwaltungs- und die Risikokosten aufgebracht werden. Die Verwaltungskosten beziehen sich auf den Kundenkontakt und nicht auf die Kredithöhe. Da die Armen Kredite mit geringem Volumen aufnehmen, wirken sich die Verwaltungskosten bei ihnen höher aus als bei großen Krediten. Außerdem haben sie mindestens denselben Beratungsbedarf wie die Mittel- und Oberschichten, so dass sich diese Zusatzkosten in relativ höheren Kreditkosten niederschlagen. Zudem führt die Einteilung in Risikogruppen dazu, dass sie auch einen höheren Beitrag zur Risikoabdeckung zahlen.

Dasselbe System besteht im übrigen auch bei Versicherungen und bei Leistungen im Zahlungsverkehr.³³ Je weiter dabei die Informationserfassung in der Gesellschaft geht, desto enger wird der Kreis derjenigen, die mit den besonderen Kosten dieser Gruppe belastet werden. Nach dieser einfachen mathematischen Logik müssen daher die „Armen immer mehr bezahlen“.

Letztlich könnten die Kostenprognosen der Finanzdienstleistungsanbieter so perfekt werden, dass sie diejenigen, die mit hoher Wahrscheinlichkeit insolvent werden und bei denen besondere Kosten und Risiken eintreten, identifizieren und mit den gesamten Einzelfallkosten im voraus belasten. Dann aber ist die Belastung bereits so hoch, dass schon allein deswegen diese Risiken eintreten werden.

32 Caplovitz, D. *The Poor Pay More*.

33 Jacob, K.; Hudson, Sh.; Bush, M.: *Tools for Survival. An Analysis of Financial Literacy Programs For Lower-Income Families*. Dearborn/Chicago: 2000 (Woodstock-Studie) formulieren hier sehr positiv, wenn sie annehmen, dass dieses Problem durch finanzielle Bildungsprogramme in den Griff bekommen werden könnte: „As a consequence of the changing structure of our economy, financial knowledge has become not just a convenience but an essential tool. [...] Without an appreciation of money concepts and an understanding of financial options, people are likely to pay more than they have to for financial services [...]. Low-income families that lack basic financial skills become more vulnerable to sudden economic shocks such as health emergencies or unexpected job losses. [...] The good news is there is evidence that financial education can improve financial literacy and, even more importantly, change financial behavior for the better. Financial education is a necessary – but not a sufficient – condition for reducing poverty.“ (S. i).

Dabei garantieren nur größere Investitionen wie Autos, Haushaltsgeräte, Eigenheime und kostspielige Ausbildungen ein preiswerteres Leben. Denjenigen dagegen, die auf kurzfristige Ausgaben angewiesen sind, bleiben in Bezug auf Preis und Qualität nur die weniger wettbewerbsfähigen Märkte offen, so dass sie nach und nach ans untere Ende der Gesellschaft rutschen. Nach einer US-amerikanischen Studie haben beispielsweise Menschen, die zur Auszahlung ihrer Sozialhilfe nicht am bargeldlosen Zahlungsverkehr teilnehmen können, in ihrem Leben bis zu 15.000 \$ mehr Ausgaben. Zudem liefert Ersparnis mit wachsender Summe auch höhere relative Kapitalerträge, Gebühren sinken mit höheren Umsätzen, Zinssätze sind oft direkt an die Höhe von Krediten gebunden, und schließlich müssen Kleinkreditnehmer oft zusätzliche, sehr kostspielige Produkte erwerben wie z.B. Kreditausfallversicherungen. Die Grenzen zwischen überhöhten Produktkosten und angemessenen Aufschlägen für höheren Bearbeitungsaufwand verschwimmen immer mehr.

Armut potenziert sich im Finanzdienstleistungssektor und wird damit ökonomisch zu einer rationalen prozeduralen Armut.

Da die Kreditgesellschaft zugleich auch eine Informationsverarbeitungsgesellschaft ("information society") geworden ist, gelingt es, immer gezielter bestimmte Gruppen nach ihren Kreditwürdigkeitskriterien voneinander zu trennen und gesondert zu bedienen.

Dadurch, dass im voraus bestimmte Gruppen identifiziert werden können, die wahrscheinlich höhere Kosten verursachen wird aus einer Durchschnittsbelastung aller Nutzer von Finanzdienstleistungen eine niedrigere Belastung der höheren Einkommensgruppen und eine entsprechend erhöhte Belastung der unteren Einkommensgruppen.

Dieses System wird durch die Erhöhung der Informationsverarbeitungskapazität immer ausgefeilter, so dass auf der nächsten Stufe nicht mehr nur eine Splittung in zwei, sondern in wesentlich mehr Gruppen mit weit höheren Kostendifferenzierungen entstehen können.

Nun entspricht dieses System insoweit nur der einfachen Logik, dass Leistung und Gegenleistung einander entsprechen müssen. Seine Problematik erhält es aber dadurch, dass es sich bei dieser Gruppenbildung nicht um Fakten, sondern um Erwartungen handelt. Es wird lediglich erwartet, dass A, B und E erhöhte Kosten bedeuten werden, ein höheres Ausfallrisiko haben und keine weiteren Geschäfte mit der Bank (Life-Time-Value LTV) tätigen.

Tatsächlich ist dies aber nur eine Wahrscheinlichkeit. Eine relevante Anzahl von "Erwartungs-Armen" (wie z.B. E) werden diese Kosten nicht produzieren, gleichwohl aber die erhöhten Kosten sparen. Demgegenüber werden die Reichen (z.B. F) eine Kostenstruktur haben, die eventuell noch über der durchschnittlichen Kostenstruktur der Armen liegt. Gleichwohl wird F nur mit der Hälfte der Kosten wie E belastet werden. E hat es daher doppelt so schwer wie F und kann diesem Schicksal durch eigenes Zutun nicht enttrinnen, weil die Merkmale vergangenheitsbezogen und prozedural sind. Insofern werden auch der Bildung Grenzen gesetzt.

Wird dieser Prozess weiter verfeinert, so führt er schließlich dazu, dass bei einer bestimmten Klientel Kosten prognostiziert werden, die nicht mehr auf diese Klientel über-

gewälzt werden können. Umgekehrt entstehen erheblich verbesserte Gewinne mit einer anderen Gruppe.

Sowohl das Rechtssystem ("Gute Sitten", Zinsbegrenzungen, Aufklärungspflichten) als auch die allgemeine Kundeneinstellung setzt der Ungleichbehandlung der Gruppen bei ein und demselben Produkt Grenzen. Zwar hat bereits die Citibank in Deutschland Ratenkreditzinssätze nach der Einkommenshöhe der Kreditnehmer gestaffelt, weil sie annahm, dass höhere Einkommen ein höheres LTV haben, tatsächlich stößt dies in der Praxis auf erhebliche Ablehnung.³⁴

b. Die Armen erhalten weniger: Armutsprodukte

Dies hat dazu geführt, dass für Arme spezielle Produkte entwickelt und unter Umständen auch über separate Vertriebswege angeboten werden. Dadurch entfällt die Vergleichbarkeit. Die Empörung über die Ungleichbehandlung findet kein unmittelbares Anschauungsmaterial. Armutsprodukte entstehen häufig unsichtbar außerhalb des traditionellen Banksektors, wo „normale“ Produkte für die Armen nicht mehr zugänglich sind. Wo keine Girokonten mehr in Anspruch genommen werden, blühen kostspielige Barverteilungssysteme; wo der Kreditmarkt verschlossen wird, entstehen Kleinstkreditsysteme, die das Leben verteuern und vor allem in Krisen die Armut unentrinnbar machen.

Schon die extremen Unterschiede zwischen Hypotheken- und Ratenkreditzinsen reflektieren nicht nur die Kosten, sondern auch die Klientel. Aber auch im Ratenkredit selbst werden untere Einkommenschichten dazu verpflichtet, Restschuldversicherungen für die Ratenkredite abzuschließen, die die Kosten um bis zu 30 % erhöhen. Solche Versicherungen sind in aller Regel für die Betroffenen sinnlos, weil sie allein das Ausfallrisiko der Kreditgeber, nicht aber die Versorgungsprobleme der Familien der Kreditnehmer im Risikofall lösen. Da die Kredite so vergeben werden, dass die Liquidität dieser Familien aufs äußerste angespannt ist, gleichzeitig aber voraussehbare Engpässe nicht im Produkt mitgeplant sind, sind diese Kunden bei der Notwendigkeit, Zusatzkredit aufzunehmen oder die Raten herabzusetzen an den bestehenden Kreditgeber wie in einem Kartell gebunden. Verlustreiche rational kaum erklärbare Umschuldungskredite sind die Folge, bei denen der sinnlose Neuabschluss von Restschuldversicherungen die Kosten in die Höhe treibt.

Eine besondere Gefahr für die Armen ergibt sich auch aus staatlich geförderten Anlageprodukten wie Kapitallebensversicherungen und Bausparverträgen. Beide Produkte haben mit geschätzten 50 % eine sehr hohe Abbrecherquote. Die Sparpläne werden häufig deshalb abgebrochen, weil die Armen überhaupt nicht über entsprechend liquides Sparvermögen verfügen und nicht selten Kapitallebensversicherungen oder Bausparverträge haben, obwohl sie verschuldet sind und die Kreditrückzahlung die rentabelste Anlage wäre.

34 So ging die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen an die Presse und ließ ein Rechtsgutachten anfertigen, das allerdings zu dem Ergebnis kam, dass lediglich die implizite Hausfrauendiskriminierung ("Kein Einkommen") sowie die Werbung mit dem besten Zinssatz ("unlauterer Wettbewerb") nach geltendem Recht zu beanstanden wären, solange die Wuchergrenze nicht erreicht sei.

Da beide Systeme vor allem als Haustürgeschäfte vertrieben werden, bei denen Unterschichten in besonderer Weise den Überredungskünsten und Falschinformationen erliegen, gleichzeitig aber das System der Abschlussprovision von ein % der Bausparsumme bzw. 3,5 % der Versicherungssumme zu hohen Anfangsabschlüssen verleitet, sind die Bauspar- und Versicherungssummen gerade bei den Unterschichten bei weitem überhöht. Der Abbruch ist vorprogrammiert. Die Anfangsprovisionen werden beim Abbruch zu Lasten der Abschließenden gerechnet. Geringe Rückkaufwerte in den Anfangsjahren bei der Kapitallebensversicherung führen ferner zu absoluten Verlusten und beim Bausparen wird häufig die eigentliche Rendite erst im späteren Kredit gezahlt, den die Ärmeren nicht mehr erreichen.

Bei dem zunehmenden Trend, im Finanzdienstleistungsbereich das Geschäft von der Zinsspanne auf die Dienstleistungsgebühren zu verlagern, schneiden die Unterschichten erheblich schlechter als die Oberschichten ab. Besonders günstige Dienstleistungen erhält man im Internet und beim Online-Banking. Beides setzt aber Anfangsinvestitionen und Anfangs-Know-how voraus, die bei Ärmeren nicht unbedingt vorhanden sind. Während Barabhebungen und Kreditkarten bei einigen Online-Anbietern sogar kostenlos sind, müssen beim persönlichen Konto teilweise hohe Gebühren bezahlt werden.

3. Ausschluss von Finanzdienstleistungen

Der weitere Weg über Kostenerhöhung, Armutserzeugnisse und gesonderte Absatzwege führt letztlich in einen Ausschluss der Ärmsten vom Zugang zu den Finanzdienstleistungen.

Die Banken reagieren auf diese Identifikation der Kosten im personalintensiven Kontakt mit einem Trend zur Automatisierung sowie zur Konzentration der Kräfte auf die gehobene Privatklientel ("private banking").

Innovationskraft, Unterstützung und Service werden dorthin gelenkt, wo das meiste Geld zu verdienen ist. Dies ist eine Folge des stärker werdenden Renditedrucks, der von den Finanzmärkten ausgeht. Der Trend zum „Private Banking“, also zum "Banking für Besserverdienende" ist die Antwort der Banken auf die Renditeinteressen ihrer Eigentümer („Shareholders“), die gegenüber Kunden, Mitarbeitern, der Gesellschaft und anderen „Stakeholders“ wesentlich höher gewichtet werden als früher.

Das bedeutet letztlich auch, dass die Informations- und Bildungsangebote von der Massenkundschaft abgezogen werden. Bei der gehobenen Kundschaft entsteht dann eine Bedarfsmethodik, wie sie auf Grund der größeren existenziellen Bedrohtheit an sich für die untere Schicht weit eher erforderlich wäre. In der Definition einer Großbank stellt sich dies dann wie folgt dar:

Private Banking bedeutet, dass Ihr Berater Sie in jeder Lebenssituation und jedem Lebensabschnitt umfassend berät und für Sie da ist. Vor dem Hintergrund Ihrer persönlichen Wünsche und Ihrer individuellen Situation entwickelt er nicht nur Lösungen im Detail, sondern die besten ganzheitlichen Lösungen. Für Sie ganz persönlich. Übergreifend für die vier Kompetenzfelder "Planen & Anlegen", "Versichern & Vorsorgen", "Bauen & Wohnen" sowie "Geld & Service", die Ihnen die optimale Orientierung über alle Finanzbereiche der Deutschen Bank ermöglichen.³⁵

35 <http://public.deutsche-bank.de/pb/philosophie/shp.nsf/doc/TSPR-4A8N4X?OpenDocument>.

Diese Angebote kosten Geld und Personal. Dies führt negativ dazu, dass in manchen ökonomisch schwachen Stadtteilen keine Finanzdienstleistungsprodukte mehr angeboten werden. In Großbritannien und den USA ist das Massengeschäft bereits weitgehend aus dem Bankgeschäft herausverlagert worden.

Die großen Fusionen und Fusionsankündigungen der letzten Jahre hatten im Wesentlichen auch in Deutschland das Ziel, das Filialnetz und die Belegschaft bei wachsendem Geschäftsvolumen und abnehmender Kundenzahl zu reduzieren.

Bereits 13 % der Haushalte in den USA und 17 % in Großbritannien haben keine Beziehung zu Finanzdienstleistern mehr. Das öffentlich-rechtliche System der Sparkassen mit ihrem Zwang zur offenen Tür³⁶ für alle Bevölkerungsschichten sowie einem Regionalprinzip, dass das in den USA bekannten "Redlining" (der Ausschluss ganzer Bezirke, die auf der Landkarte rot markiert wurden, von der Kreditvergabe), noch keine augenfällige Bedeutung erlangte. Inzwischen aber beklagen sich der Mittelstand, die Existenzgründer aber auch Schwellenhaushalte beim Häuserbau und Kleinkreditnehmer in Deutschland darüber, dass sie von der Kapitalversorgung abgeschnitten werden. Wird dann das Kreditmonopol der Banken aufgelöst, so dürfte sich der Prozess der Belastung der Armen durch Finanzdienstleistungen erheblich beschleunigen.

Tabelle 4: Bankenkonzentration in Europa

Bankenkonzentration in Europa	England	Frankreich	Niederlande	Belgien	Deutschland
Anteil der 5 größten Institute an den Aktiva	?	40,3 %	79,40%	57 %	16,7 %
Zahl der Kreditinstitute pro 100.000 Einwohner	0,7	0,7	1,1	1,0	4,2

Quelle: Handelsblatt v. 21.04.1999 S.35; Eurostat News Release Nr. 28/99; euro-Nachrichten v. 08.04.1999, S. 7

Dabei spielt der Staat mit alternativen Kreditprogrammen wie etwa im Microlending eine eher naive Vorreiterrolle, indem zur angeblichen Überbrückung von Versorgungslücken Alternativangebote gemacht werden, die bereits die Zuständigkeit der Banken für die Kreditvergabe infrage stellen und zugleich eine weiter verfeinerte Gruppenbildung zulassen. Es kann dann auch wenig erstaunen, dass die staatlich unterstützte französische Microlending Organisation ADIE (Association pour le Droit à l'Initiative Économique), die sich der sozialen Kreditvergabe an Arbeitslose verschrieben hat, von der Regierung die Anhebung der Wuchergrenzen verlangte.

In der Politik wird diese Bedeutung gesehen, wenn etwa während der finnischen EU-Ratspräsidentschaft der Justizminister ausführte: „My personal opinion is that the public sector must at least ensure equal availability of basic banking services to all consumer groups on equal, reasonable terms.“

Tabelle 5: Bankfilialen in Deutschland

Bankfilialen in Deutschland	1996
1996	70.338
1997	66.764
1998	63.333

Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank; Die Zeit v. 28.10.99, S. 2

Frankreich und Schweden haben das Recht auf ein Mindestgirokonto bereits gesetzlich verankert, in Deutschland gibt es in einigen Sparkassengesetzen eine entsprechende öffentlich-rechtliche Verpflichtung sowie eine auf Freiwilligkeit beruhende Selbstver-

36 Vgl. Reifner, U. Das Recht auf ein Girokonto, Zeitschrift für Bankrecht 1995, 243-26.

pflichtung der Bankenverbände. Die englische Regierung hat mit einer Sonderkommission über Zugang zu Finanzdienstleistungen diesem Thema hohe Aufmerksamkeit geschenkt. In den USA gibt es mit dem „Gesetz über die gleichen Chancen bei der Kreditvergabe“ (EOCA) spezielle Anti-Diskriminierungsregeln.³⁷

Niemand braucht Geld an sich. Geld ist immer nur Mittel zum Zweck. Geld ist aber ein Mittel zur Befriedigung aller anderen Bedürfnisse, deren Versorgung aus der staatlichen Verteilung oder den familiären Versorgungseinrichtungen herausgelöst dem Markt überantwortet worden sind. Wo früher Armenhäuser und Suppenküchen standen, gibt es heute die Sozialhilfezahlung, wo Familien und staatliche Einrichtungen für das Alter sorgten, dort spielt Versicherung und Investment eine wichtiger werdende Rolle. An die Stelle der „Lohntüte“ ist das Girokonto getreten, und der Kredit überbrückt die Liquiditätsprobleme des Alltags.

Das Girokonto als zentrale wirtschaftliche Postadresse, die Verfügbarkeit zukünftigen Arbeitseinkommens für aktuelle Konsumbedürfnisse über den Verbraucherkredit, der Zugang zum Eigenheim auch ohne Vermögensbildung über den Hypothekenkredit, die Absicherung gegen Risiken, die weder Familie noch Solidarität tragen werden, durch die Versicherungen, der Schutz des Gesparten vor Inflation und Verausgabung sowie die Teilhabe an der gesellschaftlichen Produktivität bei den Anlageprodukten, gehören heute zum essentiellen Bestand von Chancen, ohne die die Menschen von wichtigen Lebensperspektiven ausgeschlossen sind.

Damit deutet sich auch in Deutschland wie schon in anderen Ländern der Welt eine besondere Armutsproblematik an, die einen Teufelskreis zwischen Teilhabe- und Solidarprinzip produziert. Die produktiven Finanzdienstleistungen werden auf die besser verdienenden Schichten konzentriert und so für sie konfektioniert, dass sie für Ärmere, soweit diese überhaupt noch Zugang haben, aus Kosten- und Leistungsgründen uninteressant werden. Daraus entstehen die bereits erwähnten Armutsprodukte. Die zunehmende Marktsegmentierung hat zur Folge, dass sich die sozialen Verbraucherschutzgesetze besonders kostenfördernd auswirken, da sich ihre Wirkungen auf wenige Produkte und Kunden beschränken. Die übrigen Kunden darf man im Zeichen der günstigeren ausländischen Anbieter nicht mit Zusatzkosten belasten.

4. Teilhabe oder Mindeststandards

Als Antwort auf die zunehmenden Diskriminierungstendenzen einer "Zwei-Drittel-Gesellschaft", einer "Entwicklung der zwei Geschwindigkeiten"³⁸ oder der Entstehung der "Vierten Welt"³⁹ als Abbild der Unterentwicklung stehen sich im Rahmen der Marktwirtschaft unabhängig von staatlichen Alternativen grundsätzlich zwei sich teilweise widersprechende Optionen gegenüber:

37 Vgl. ausführlich die Materialien und Diskussionsbeiträge auf der IFF-Konferenz Access to Financial Services in Göteborg September 2000 <http://www.iff-hamburg.de> sowie den Abschlussbericht zum gleichen Thema beim IFF. (in Vorbereitung für 2002 Reifner/Ford (Hrsg.) Banking for People II: Access to Financial Services)

38 Developement à deux vitesses (Ausdruck der französischen Regierung zur Armutsentwicklung).

39 Bewegung "Quatrième Monde" eines Paters in Frankreich.

Die Teilhabe-Option: Das Haupthindernis wird bei dieser Option im mangelnden Zugang zu Finanzdienstleistungen gesehen ("Access to Financial Services").⁴⁰ Daher müssen, wie es vor allem die englische Labour-Politik vorsieht, alle Hindernisse des Zugangs der Armen zu Finanzdienstleistungen einschließlich staatlicher Subventionsalternativen abgebaut werden. Die Mindeststandards bei Finanzdienstleistungen werden so weit abgesenkt, bis ein nach Gewinn und Kosten für die Anbieter tragbarer Zugang der Armen zu produktiven Finanzdienstleistungen erreicht ist. Die Zusatzbelastungen der Armen durch die erhöhten Kosten der Teilhabe sollen dabei durch die Vorteile der verstärkten Teilhabe (Wohneigentum, Konsumgüter, Bildung, Rendite) aufgewogen werden. Gesamtgesellschaftlich sparen Staat und die nicht arme Bevölkerung dadurch, dass an die Stelle von Transferleistungen Eigenleistungen der ärmeren Bevölkerungsschicht treten.

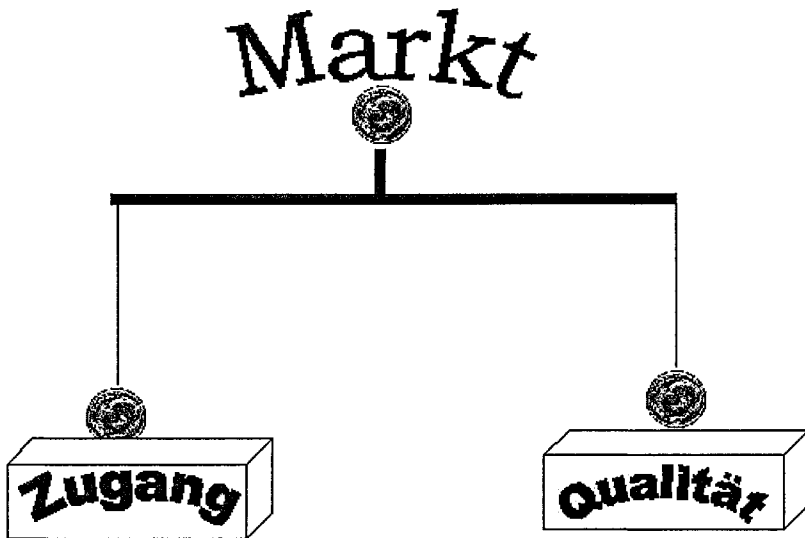


Abbildung 5: Marktregulierung und Zugang

Die Mindeststandard-Option: Die Mindeststandards ("Qualité de Vie") im Bereich des sozialen Solidarprinzips werden so erhöht, dass alle diejenigen, die an dem System teilhaben mit großer Sicherheit in den Genuss produktiver Effekte von Finanzdienstleistungen kommen. Die Zusatzkosten hierfür müssen vom System oder von außen getragen werden. Damit wachsen in diesem System die Ausschlusswirkungen gegenüber den Armen. Mangelnder Zugang wird als Hauptproblem der Marktgesellschaft sichtbar.

40 Vgl. dazu die Studie IFF (Hrsg.) Access to Financial Services: Strategies towards equitable provision, mit Länderberichten aus Deutschland, Frankreich, Schweden und Großbritannien, Hamburg IFF 2000; sowie die Auszüge der Göteborg-Konferenz zu diesem Thema unter <http://www.iff-hamburg.de/4/goeteburg.html>.

Für eine Politik der reinen Marktkräfte sprechen dabei Argumente des Anreizes zur Eigenverantwortung. Zu ihr gehört auch das Vertrauen in das Konkursprinzip, das den Betroffenen immer wieder einen „fresh start“ erlaubt, indem auf Kosten der Gläubiger die Schulden gestrichen werden. Es beurteilt Selbsthilfe positiv und mildert die Konsequenzen seines Scheiterns.

Während das Mindeststandardmodell eventuell Passivität und Subventionsmentalität befördert und Anstrengungen ungleich belohnt, besteht im Zugangsmodell die Gefahr, dass Personen sich selber überlassen werden, die objektiv ohne Eigensteuerungspotenzial nur eine geringe Chance haben, sich auch noch unter den erschwerten Bedingungen eines Marktes von Armutsprodukten selbst zu helfen.

Praktisch kann prozedurale Armut nur durch eine Verbindung beider Prinzipien in der staatlichen Politik wirksam bekämpft werden. Der Zugang zu Finanzdienstleistungen schafft Selbsthilfepotenziale auf dem Arbeitsmarkt ebenso wie Kostensenkungspotentiale im Konsum. Insoweit ist der Zugang nicht nur dort sicherzustellen, wo er unabweisbar ist, sondern auch dort, wo er wünschenswert ist.

Dieser Zugang kann aber nicht um jeden Preis erfolgen. Vielmehr muss gewährleistet sein, dass die Mindeststandards so hoch sind, dass der für den einzelnen Haushalt produktive Einsatz der Finanzdienstleistungen gewährleistet bleibt. Produktiv sind dabei Finanzdienstleistungen für den einzelnen Haushalt, wenn sie auf Dauer einen Vorteil bieten.

Andererseits müssen die Mindeststandards aber auch so niedrig sein, dass Anreize erhalten bleiben, die Finanzdienstleistungen ausschließlich für produktive Zwecke zu nutzen und dabei höhere Risiken und höhere Kosten für die Anbieter einzusparen. Ihre Rückwirkung über die Preise auf die Verbraucher ist daher ein wichtiges Element eines Lernprozesses, in dem der Staat und die Gesellschaft insgesamt für die gleichmäßige Versorgung mit qualitativ akzeptablen Finanzdienstleistungen Verantwortung tragen.

III. Armutsprävention bei Finanzdienstleistungen

Armutsprävention durch Bildung der Betroffenen ist dort ein unmittelbar wirksames Mittel, wo die Betroffenen es selber in der Hand haben, sich vor Armut zu schützen. Lernen Hungrige ihren Garten zu bestellen, so können sie aus dem Gelernten unmittelbaren Nutzen ziehen. Bereits bei der beruflichen Bildung, wie sie die Arbeitsämter für Arbeitslose anbieten, nützt die Bildung für eine bestimmte Tätigkeit nur so viel, wie für diese Tätigkeit auch nach Abschluss der Bildung Arbeitsplätze vorhanden sind, an deren Zugang sich die Bildung orientierte. Ebenso garantiert eine finanzielle Allgemeinbildung weder die Existenz angepasster Finanzdienstleistungen noch ihren Zugang für diejenigen, die diese Bildung erfahren haben. Allenfalls unter den Bedingungen, dass der Verzicht auf (bestimmte) Finanzdienstleistungen das eigentliche Bildungsziel wäre, könnte ein unmittelbarer Erfolg eintreten. In der Tat konzentriert sich ein Teil der Bildung in der Verbraucherinsolvenz ebenso wie die Warnhinweise in der Verbraucheraufklärung auf eine solche Verzichtspraxis.

Schlechte Produkte sollen gemieden werden. Es kommt dann nur darauf an, dass der Verbraucher diese schlechten Produkte identifizieren kann. Nach den vorstehenden Bemerkungen über objektive Entwicklungen im Verhältnis von einkommensschwachen Schichten und Finanzdienstleistungen geht es aber vornehmlich um den Zugang zu pro-

duktiven Finanzdienstleistungen. Vermeidungsverhalten hilft dort wenig, wo andere und bessere Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung fehlen. Deshalb muss sich finanzielle Allgemeinbildung positiv auf den produktiven Umgang mit Finanzdienstleistungen konzentrieren.

Ein solch konstruktiver Ansatz braucht jedoch die Kooperation der Anbieter von Finanzdienstleistern. Sie gestalten das Produkt, entscheiden über den Preis und den Zugang. Von Armut bedrohte Schichten sind nur die Verbraucher. Da in der Marktwirtschaft die Anbieter von Produkten auf dem Markt nicht aus philanthropischen Motiven, sondern zur Gewinnerzielung Produkte kreieren und absetzen, gibt es sogar einen Gegensatz der Interessen in der individuellen Gestaltung der Beziehung Verbraucher - Anbieter. Nach den Mechanismen eines Nullsummenspiels, bei dem der zusätzliche Gewinn der einen Seite sich immer als Verlust der anderen darstellt und die sich bei reinen Geldgeschäften aufdrängen, kann der einzelne Verbraucher nicht erwarten, dass sein Zusatznutzen bei der Armutsprävention auch bei noch so intelligentem und gebildetem Handeln freiwillig vom Anbieter bezahlt wird.

Der Markt ist jedoch nur in der Robinsonade individualisierter Tauschbeziehungen ein Nullsummenspiel. Tatsächlich treten sich Anbieter und Verbraucher als große Gruppen unter Wettbewerbsbedingungen gegenüber. In dieser Konstellation kommt es für den einzelnen Anbieter nicht darauf an, im individuellen Geschäft den maximalen Ertrag zu erzielen. Vielmehr geht es darum, in möglichst vielen Geschäften zugleich den höchst möglichen Ertrag bei den geringst möglichen Kosten zu erzielen. Es geht also nicht um den maximalen, sondern um den optimalen Ertrag im einzelnen Geschäft. Gelingt es z.B., ein einzelnes Produkt abzusetzen, dessen Kosten unverhältnismäßig hoch und dessen Schaden groß ist, so ist dieser maximale Gewinn auf Kosten des Verbrauchers dann kein optimaler Gewinn, wenn dieses Geschäft auf Dritte so abstoßend wirkt, dass sie deshalb diesen Anbieter und vor allem dieses Produkt meiden. Verbraucher haben somit eine kollektive Macht⁴¹, selbst dort, wo sie sich marktkonform individualistisch ohne Rücksicht auf andere verhalten. Mit den beiden kritischen Verbraucherverhaltensformen "exit" und "voice", d.h. Verlassen bzw. Meiden eines Anbieters, oder mit der Beschwerde beziehen sie sich auf diese Macht der gesamten potenziellen Nachfragergruppe. Bei Exit aktivieren sie das Wissen über ein Produkt bzw. eine Produkterfahrung von anderen, um einen Anbieter zu bestrafen. Bei Voice teilen sie ihre Erfahrung dem Anbieter und Dritten mit, und setzen somit indirekt den Marktmechanismus gegen den Anbieter ein.

Diese auf der individuellen Wahlfreiheit im Markt beruhenden Möglichkeiten reichen aber für eine optimale Anpassung von Produkten und Dienstleistungen an die Verbraucher nicht aus. Dies zeigt das allgemein und vor allem rechtlich akzeptierte Paradigma von der Schutzwürdigkeit der Verbraucher. Seine Grundlage hat diese Schutzwürdigkeit darin, dass letztendlich die Verbraucher nicht auf den Konsum verzichten können, während bei fehlender Gewinnerzielungsmöglichkeit die Anbieter auf den Absatz verzichten werden. Der Durstige wird in der Wüste jeden Preis für ein Glas Wasser bezahlen, ohne dass der Anbieter es ihm verkaufen müsste. Seine Ausprägung erfährt es ferner darin, dass Verbraucher weniger Erfahrung mit dem Gut und dessen Absatz haben als die Anbieter ("one shotter" versus "repeat player"), dass vor allem Finanzdienstleistungen teilweise eine Komplexität haben, die auch im Anbieterbereich

41 Katona, G. Die Macht der Verbraucher, Econ:Düsseldorf 1962.

nur noch von Fachleuten beherrscht wird. Eine zusätzliche Informationsasymmetrie entsteht dadurch, dass die Auswirkungen bestimmter Leistungen auf den Konsum teilweise erst in der Zukunft unter Bedingungen eintreten, die für die Anbieter zwar statistisch nicht aber für die Verbraucher im Einzelfall vorhersehbar sind wie Arbeitslosigkeit, Krankheit, Ehescheidung, Unfall, Umzug, veränderte Konsumbedürfnisse etc. Daher reichen die Auswahlfreiheit und die marktmäßigen Möglichkeiten von Exit und Voice nicht aus, um die Verbraucher zu schützen. Über die Bereitstellung von Verbraucherschutzregeln versucht der Staat das Machtungleichgewicht auszubalancieren, wobei sich diese Regeln auf die Information der Verbraucher (informationeller Verbraucherschutz)⁴², auf seinen Schutz in sozial schwierigen Situationen⁴³, in denen keine Freiheit mehr besteht (sozialer Verbraucherschutz) sowie auf den Schutz seines sozialen Umfeldes (kollektiver Verbraucherschutz)⁴⁴ beziehen.⁴⁵ Außerdem wird die kollektive Position der Verbraucher im Markt dadurch gestärkt, dass teilweise mit staatlicher Unterstützung Verbraucherverbände diese Interessen ausdrücken⁴⁶, Warentests für die Verbraucher öffentlich gemacht werden und eine verbraucherspezifische Presse gerade in Finanzdienstleistungen für eine kollektiv auf die Anbieter wirkende Öffentlichkeit sorgen.

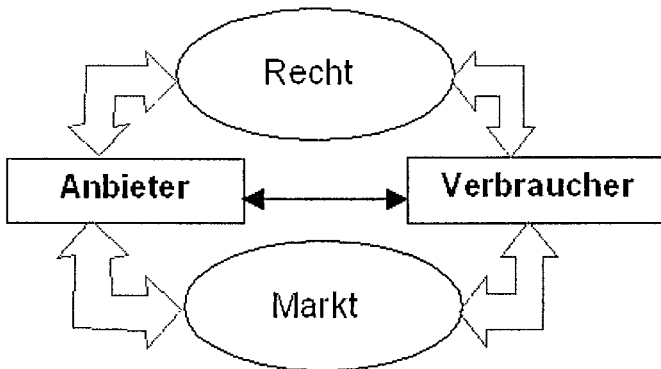


Abbildung 6: Reflexiver Gestaltungsprozess zwischen Anbieter und Verbraucher

Für einkommensschwache von Armut bedrohte Schichten sind diese zusätzlichen Mechanismen von besonderer Bedeutung. Da auf Grund der beschriebenen Diskriminierungstendenzen gegenüber Armut im System der Finanzdienstleistungen das Exit und Voice von denjenigen, die man ohnehin gerne loswerden würde, wenig zählt, sind

42 Z.B. Effektivzinsangabe in Konsumentenkredit; Aufklärungspflichten bei Finanzprodukten.

43 Z.B. Begrenzung von Verzugszinsen in §12 VerbrKreditG; Wucherverbote; Kündigungsschutz; Schadensersatz bei Ausnutzung der Notlage in der Umschuldung etc.

44 Z.B. Generelle Kontrolle von Allgemeinen Geschäftsbedingungen und Wettbewerbsverhalten durch die Verbandsklage, Bankaufsicht bei der Produktgestaltung und Einlagensicherheit.

45 Zu dieser Unterscheidung siehe Reifner, U. Banken und Verbraucherpolitik - Perspektiven einer schwierigen Partnerschaft, Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 1995 H.7 S. 314 ff.

46 Verbraucherzentralen der Länder, Bundesverband Verbraucherzentralen, aber auch Schuldnerberatungsstellen.

die von Armut Bedrohten viel stärker auf die rechtlichen und kollektiven Möglichkeiten angewiesen.

Finanzielle Allgemeinbildung muss sich daher auf diese Mittel der Einflussnahme beziehen (Sekundärinformation) und ihren Gebrauch optimieren. Das Wissen über die Finanzdienstleistungen selber (Primärinformation) reicht nur dort aus, wo informierte Auswahl noch möglich ist. Dies ist bei Anlageprodukten und Versicherungen eher als im Kredit und Zahlungsverkehr gegeben. Ebenfalls gibt es hier mehr Chancen bei Abschluss als in der Abwicklungsphase oder gar beim Scheitern einer Beziehung.

Die vorstehende Matrix gibt sehr cursorisch ein Bild für Handlungssituationen zur Verhinderung von Armut durch eine intelligente Nutzung nicht nur der Finanzdienstleistungen selber (Feld B2), sondern auch durch Mobilisierung verschiedener Einwirkungsmöglichkeiten auf die Anbieter.

Tabelle 6: Mittel der Armutsprävention und Verbraucherschutz

Mittel der Armutsprävention	Abschluss	Verlauf	Scheitern
Auswahl-Anpassungs-Entscheidung	A nlage, Z ahlungsverkehr K redit V ersicherung		
Verbraucherschutz			
informationell	K	Z, A	
sozial	K	K	K
kollektiv			K, A, Z
Marktmacht			
Solidarität	K	K	K
Produktkritik	K		
Staatliche Alternativen	A, K		K

1. Informierte Auswahl

Die individuelle Auswahl-situation ist bei von Armut bedrohten Schichten bei der Kreditaufnahme tendenziell gering. Mangelnde Kreditwürdigkeit reduzieren das Angebot für sie, so dass sich hier im wesentlichen Informations- und Bildungsangebote auf den Bereich der unnötigen Kreditaufnahme beziehen. Wie groß dieser Bereich ist, ist schwer abzuschätzen. Analysen der Gründe von Überschuldung machen Prozentangaben für Kategorien wie "Über die Verhältnisse leben", "sorglose Kreditaufnahme", "Überschuldung auf Grund eigenen Verschuldens", die extrem variieren und zwischen 25 % und 3 % der Fälle liegen.

Letztlich sind solche Untersuchungen wissenschaftlich gesehen wenig seriös, weil Schuldzuweisungen und damit Hypothesen über alternatives eigenverantwortliches Handeln in aller Regel mehr über den Beobachter als über den zu Beobachtenden aussagen.

Für die finanzielle Allgemeinbildung entscheidend ist jedoch lediglich, dass es Entscheidungsspielraum gibt, woran kein Zweifel bestehen kann. Fasst man den Begriff des Entscheidungsspielraums nicht so radikal, dass damit zugleich insgesamt etwa die Kreditaufnahme infragegestellt wird, sondern bezieht Alternativen der Kreditaufnahme mit ein, so dürfte sich das durch Information und Bildung beeinflussbare Verhalten zugunsten der Armutsprävention erheblich erweitern lassen.

Aus der Praxis der Analyse von gescheiterten Kreditnehmern - sei es als Ratenkreditnehmer, als Hausfinanzierer oder als Existenzgründer - ergibt sich jedoch ein deutlicher Paradigmenwechsel gegenüber klassischen Choice-Theorien. Schwerpunkt einer positiven Beeinflussung von Verhaltensweisen bei der Auswahl von Finanzdienstleistungen ist nicht der Blick auf alternative Angebote und die dafür bereitstehenden Parameter.

Die Konzentration der Verbraucheraufklärung auf solche Elemente einer Finanzdienstleistung, die im Wettbewerb eine deutliche Rolle spielen, setzt zweierlei voraus:

1. Der Kunde hätte eine reale Möglichkeit gehabt, eine "bessere" Lösung zu erhalten, wenn er die entsprechenden Parameter wie Auszahlung, Effektivzins, Vermittlerprovision, Disagio bei Kredit, Kontoführungsgebühren, Überziehungsprovision und Kartennutzungsgebühren beim Konto, Prämie und Laufzeit bei bzw. Unkündbarkeit bei der Versicherung sowie Renditesatz und Sicherheit bei der Anlage korrekt verarbeitet hätte.
2. Eine in dieser Form kostengünstigere Finanzdienstleistung wäre auch für ihn persönlich die "bessere" Lösung gewesen. Das ohnehin in den Finanzdienstleistungen dominierende quantitative Denken wird dabei durch die propagierten Parameter, die auch das Ranking in der Presse (idealtypisch im Warentest) beherrschen, zum wichtigsten Element erklärt.

Diese Betrachtungsweise erkennt, dass Finanz"dienstleistungen" selbst in der betriebswirtschaftlichen Literatur nicht mehr als Geldleistungen, sondern als Dienste definiert werden, deren Inhalt die Lösung von Problemen beim Kunden bedeutet. Solche Probleme sind die Unsicherheit im Alter, die Wohnsituation, die Existenzgründung, die Urlaubsreise, die Beziehung zum Arbeitgeber, Vereinen etc., die Bedrohung mit bestimmten Risiken sowie die Gründung eines Hausstandes oder die Herstellung von Mobilität.

Die Güte der Finanzdienstleistung misst sich daher an der Lösung dieser Probleme durch sie. Dabei spielt die Höhe der Kosten im Vergleich auf dem Markt unter Umständen eine untergeordnete Rolle.

Bei Girokonten schossen Online-Banken wie Pilze aus dem Boden, die gebührenfrei Kunden in ihr scheinbar umfassendes Angebot locken wollten. Bei quantitativer Betrachtungsweise hätte es dazu keine Alternative gegeben. Tatsächlich haben vor allem die Mittelschichten von diesen Konten nur als Zweitkonten Gebrauch gemacht, weil in ihnen wesentliche Elemente für ihr Problemlösungsbedürfnis (z.B. Auslandsüberweisungen, persönliche Beratung, Aushandeln von Überziehungsrahmen etc.) fehlten. Für untere Einkommensschichten wären solche Konten ohnehin fatal, weil in ihnen alles das fehlt, was sie zur Bewältigung ihrer Liquiditätsprobleme im Alltag brauchen. Eine Fehlleitung auf Kostenparameter führt darüber hinaus auch noch zur bewussten Ausnutzung solcher Fehlbildungsanstrengungen, wenn Banken mit niedrigen Anfangszinssätzen bei variablen Krediten für die ersten 6 Monate werben, um dann die so gewonnene Kundschaft um so stärker mit höheren Zinsen, weniger Angeboten und Zusatzdienstleistungen zu belasten.

Entscheidend für den Einsatz von Auswahlmöglichkeiten für Unterschichten ist daher weniger der Blick auf die Kosten- und Leistungsparameter der Konkurrenzprodukte als die Fähigkeit, die Auswirkungen der Finanzdienstleistungsprodukte auf die eigene Lebenssituation und ihre Probleme in der Zukunft abschätzen zu können.

Beim Kredit bedeutet dies, dass die Kunden lernen müssen, ihre persönliche Lebenssituation in Bezug zur Wirkung der Kosten- und Rückzahlungsbelastungen sowie der damit verbundenen Anpassungsmöglichkeiten zu setzen.

Dies bedeutet aber, dass etwa ein Verständnis für die Brutto-Zahlungen und für eine Cash Flow Betrachtung in die Zukunft hinein wesentlich wichtiger ist als das Verständnis des Effektivzinssatzes. Die Bedingungen für die Beendigung eines Kredits (Verfall von Versicherungsprämien, ungünstige Zinsrückerstattungsklauseln, Vorfälligkeitsentschädigungen, Verlust von Altersprivilegien in der Versicherung, ungünstige Umschuldungsangebote etc.) oder eines Girokontos (keine Unterstützung bei der Umbuchung von Abbuchungsvollmachten durch Adressherausgabe, Ablösegebühren, Einbehalt anteilig nicht verbrauchter Kartengebühren) oder einer Kapitallebensversicherung (drastisch reduzierter Rückkaufswert) sind dann die entscheidenden Grundlagen für die Bedrohung durch Finanzdienstleistungen ebenso wie für die durch sie eingeräumten Chancen. Verlustrisiken im Anlagebereich sind wichtiger als Renditen, Zahlungsmodalitäten weit entscheidender als Kosten.

Ebenso entscheidend ist natürlich auch die Beratungsleistung im Finanzdienstleistungsverhältnis. Prekäre Situationen privater Haushalte sind individuell und konkret und damit hochgradig komplex. Hier reicht nicht eine standardisierte Information, sondern persönliche oder zumindest auf die entsprechende Risikogruppe ausgerichtete Beratung muss die Finanzdienstleistung als Problemlösungsprozess begleiten. Dabei schneiden Banken mit höheren Kosten und größerem Filialnetz in aller Regel erheblich besser ab als automatisierte und zentralisierte Banken, wengleich auch hier über Spezialisierungen entsprechendes Gruppen Know How zu einer positiven Diskriminierung führen könnte, die, wie etwa das Beispiel der amerikanischen Entwicklungsbank South Shore Corporation zeigt, sogar gewinnbringend wirken kann.

Im Bereich der Armutsprävention geht es somit um liquiditätsorientierte Bildungsinhalte, die von der Situation des privaten Haushaltes potenziell Betroffener, seinen Chancen und Risiken ausgehen und die Sprache der Finanzdienstleistungsangebote in diese Situation über Zeiträume hinweg übersetzen können.

2. Rechtlicher Schutz

Gerade für die Unterschichten reicht die Marktfreiheit als Mittel zur Interessenwahrung nicht aus. Daran ändert sich auch grundsätzlich nichts, wenn sie eine vollkommen informierte Entscheidung treffen könnten, da sie an der Bankregel, dass zehn % der Kunden für 90 % des Gewinns verantwortlich sind und dass die unteren 30 % etwa nach der in der Presse veröffentlichten Studien der Vereins- und Westbank (HypoVereinsbank Hamburg) im Prinzip nur Kostenträger sind, nichts ändert.

Die Verbraucherschutzregeln knüpfen dabei in ihrer Hilfestellung an den verschiedenen Phasen des Gebrauchs von Finanzdienstleistungen an.⁴⁷

Die wettbewerbsrechtlichen Modelle haben dabei nur geringe Bedeutung in der Armutsprävention. Sie orientieren sich weitgehend an der Konkurrenz und nicht an den einzelnen Kundengruppen und gehen vielmehr von einem aufgeklärten und mit ausreichenden Mitteln ausgestatteten Musterkunden aus. Diese "Als-Ob-Marktbetrachtung"

47 Vgl. die idealtypische Darstellung für den Hypothekenkredit in Reifner, U./Keich, R. Risiko Baufinanzierung, 2. Aufl. S. 118 ff (Rechtliche Darstellung).

schließt damit die diskriminierenden Tendenzen des Marktes selber nicht mit ein, weil sie Gleichheit nur gegenüber der Nachfrage, also dem mit Geld ausgestatteten Wunsch, und nicht dem Bedürfnis als der unabhängig von der Ausstattung mit Geld vorhandenen Notwendigkeit verheißt.

Tabelle 7: Recht, Aufklärung, Gegenmacht

Phasen	Vorbereitung	Abschluss	Störung	Scheitern
Recht	Widerruf, Preisangabe, lautere Werbung, Berufsaufsicht	Effektivzinsangabe, Schriftlichkeit, Kostenangabe	Verzugszinsbegrenzung, Kündigungsschutz, Beratungspflichten, Fürsorgepflichten, Wucher	Schadensminimierungspflichten, Verbraucherkonkurs
Aufklärung/ Beratung	Preisvergleiche, Tests	Vorkaufberatung (Bauen, Alter, Steuer)	Rechtsberatung, Konfliktberatung, Mediation, Ombudsmann	Schuldnerberatung
Gegenmacht	Presseeinschätzung, Corporate Image	Anti-Diskriminierungsappelle, öffentlicher Druck	Betroffenenverbände, ethische Berichterstattung	Sozialhilfe, Sozialverbände

Wichtiger sind Rechte des informationellen Verbraucherschutzes wie Aufklärungsver schulden, Effektivzinsangabe und Widerruf. Sie erhalten jedoch nicht, wie der Gesetzgeber anzunehmen scheint, ihre Bedeutung in der Abschlussphase selber, sondern werden als Formen des sozialen Verbraucherschutzes in der Störungsphase aktiviert.

So wird bei schädigender Anpassung oder hohen Verlusten teilweise unwiderlegbar vermutet, dass bei gehöriger Aufklärung das Problem nicht aufgetreten wäre. Unterlassene Widerrufsbelehrungen führen zu einer kostengünstigen nachträglichen Aufhebung des Vertrages im Konflikt, weil auch hier unwiderleglich vermutet wird, eine solche Information hätte zum Widerruf geführt. Bei fehlender Effektivzinsangabe wird gar ein Kredit mit 4 % p.A. verordnet, der Überschuldete in Krisensituationen erheblich entlastet. Da wucherische Kreditgeber in der Regel auch erhebliche Rechtsmissachtung an den Tag legen, ist eine solche indirekte Nutzung von Abschlussregeln in der Praxis relativ wirksam. Anbieter von Finanzdienstleistungen wehren sich gegen solchen "Missbrauch" von Rechten für andere Zwecke häufig mit der Bemerkung, auch mit gehöriger Aufklärung wäre dasselbe passiert. Das ist in aller Regel eine durchaus korrekte Darstellung der Sachlage. Allerdings wird darin suggeriert, dass das Ziel der informationellen Regeln des Verbraucherschutzes nur darin besteht, die Verbraucher aufzuklären. Tatsächlich sind solche Regeln auch Tests für die Rechtsverbundenheit von Anbietern sowie Aufmerksamkeitsregeln für die Anbieter und ihre Angestellten selber. Es ist daher im Einzelfall häufig nicht so wichtig, dass Verbraucher diese Rechte verstehen. Sie müssen lediglich wissen, dass im Konfliktfall Experten diese Rechte für sie mobilisieren können.

Der eigentlich zentrale Punkt des rechtlichen Schutzes liegt aber in den Regeln des sozialen Verbraucherschutzes, der in Deutschland anders als in Großbritannien und den USA vor allem über die Gerichte entwickelt wurde und deutlich Elemente der Armutsprävention trägt.

So bedeutet die faktische Wuchergrenze beim Doppelten des Üblichen, dass die Konzentration der Risikokosten auf bestimmte Gruppen nicht grenzenlos möglich ist. Interessant war dabei historisch die Zurückweisung der "Sondermarkttheorie" durch die

Rechtsprechung. Danach sollte es sich bei den sozial schwächeren Kunden der Teilzahlungsbanken um einen Sondermarkt handeln, der wegen höherer Risiken und Kosten auch höhere Zinssätze ergäbe. Für die Wuchergrenze sei daher nicht der Durchschnitt aller Ratenkreditzinssätze, sondern nur derjenigen bei dieser Klientel entscheidend. In ihrem Fachorgan wiesen die Teilzahlungsbanken dann auch regelmäßig ihren höheren Durchschnittszinssatz wohl in der Hoffnung aus, dass wenigstens ein Gericht sich daran orientieren möge.

Die Rechtsprechung hat dies einhellig zurückgewiesen und dabei den interessanten Ansatz für Anti-Diskriminierung gegen Armut entwickelt, wonach ein Sondermarkt allenfalls dann vorliegen könne, wenn sich eine Bank nur an diese Klientel wende und damit besser gestellte Kundschaft ausschliesse. Interessant ist auch die Entwicklung der Verzugszinsrechtsprechung in den 80er Jahren, wo der Bundesgerichtshof die Auffassung vertrat, dass bei dem Schaden, den eine Bank dadurch erleide, dass Kredite nicht bezahlt werden, sie nicht alle Aufwendungen, die für solche Situationen entstehen, allein auf diejenigen im Verzugszinssatz überwälzen dürfe, die tatsächlich in Verzug gerieten. Es handele sich dabei um allgemeine Vorsorgekosten, die von allen Kreditnehmern und nicht nur von denjenigen, die säumig werden, zu tragen sind. Auf diese Weise wurde damals in der Rechtsprechung der Verzugszins, der bei Teilzahlungsbanken bei 28 % p.a. und bei den anderen Banken bei 18 % oder 21,6 % p.a. lag, drastisch reduziert. Der Gesetzgeber hat diese Sichtweise übernommen und in §11 Verbraucherkreditgesetz den Zinssatz im Verzug auf fünf % über den Basiszinssatz, d.h. zur Zeit auf 9,26 % p.a. und damit unter den durchschnittlichen Vertragszinssatz von 10,78 % p.a. (September 2001) reduziert. Mit der gleichen Argumentation wurden Inkassokosten ganz vom Ersatz ausgeschlossen, wenn Kunden nicht mehr bezahlen könnten. Die Beitreibung durch die Gerichte sei hier der geeignete Weg und dieser Weg ist staatlich reguliert, so dass für Marktprozesse wenig Raum bleibt.

Entsprechend wurden auch speziell erhöhte Kfz-Versicherungstarife trotz höherer Schadensnachweise bei türkischstämmigen Kunden vom Bundesverwaltungsgericht abgelehnt.

Der Bundesgerichtshof hat ferner Bareinzahlungsgebühren für unberechtigt erklärt, wenn nicht mindestens monatlich fünf Freiposten gewährt werden. Die Überwälzung der Gebühren bei nicht gedecktem Konto für die Scheckeinlösung wurde ebenso als unbillige Klausel untersagt wie die Berechnung von Kosten bei Kontoinhabern, bei denen fruchtlos in ihr Konto vollstreckt wurde. Der gesamten Rechtsprechung liegt zugrunde, dass Kosten der Krisen und Risikobewältigung im Bankensektor Allgemeinkosten sind, die über die Banken auf alle Kunden gleichmäßig zu verteilen sind. Ähnlich hatten auch vor dem Selbstverpflichtungsbeschluss der Banken, Girokonten für Überschuldete anzubieten, einige Gerichte bei der Kontokündigung entschieden. In seiner Umschuldungsentscheidung hat der Bundesgerichtshof ausgeführt, dass sich eine Bank Schadensersatzpflichtig mache, wenn sie auch in einer Krisensituation des Kreditnehmers sich rein marktwirtschaftlich verhalte und jede Gewinnchance, die sich ihr biete, ausnutze.⁴⁸

48 BGH WM 1991, 271 (Urt. v. 11.12.1990 XI ZR 24/90).

In seiner Bürgerschaftsentscheidung hat das Bundesverfassungsgericht⁴⁹ diese Schutzfunktion des Zivilrechts gegenüber marktmäßiger Diskriminierung ganz allgemein ausgesprochen:

Die Schöpfer des BGB gingen zwar, auch wenn sie verschiedene Schutznormen für den im Rechtsverkehr Schwächeren geschaffen haben, von einem Modell formal gleicher Teilnehmer am Privatrechtsverkehr aus, aber schon das RG hat diese Betrachtungsweise aufgegeben und „in eine materiale Ethik sozialer Verantwortung zurückverwandelt“ (Wieacker, Industriegesellschaft und Privatrechtsordnung, 1974, S. 24). Heute besteht weitgehende Einigkeit darüber, dass die Vertragsfreiheit nur im Falle eines annähernd ausgewogenen Kräfteverhältnisses der Partner als Mittel eines angemessenen Interessenausgleichs taugt und dass der Ausgleich gestörter Vertragsparität zu den Hauptaufgaben des geltenden Zivilrechts gehört (vgl. die Übersicht bei Limbach, JuS 1985, 10 m. w. Nachw.; zuletzt Preis, Grundfragen der Vertragsgestaltung im Arbeitsrecht, 1993, S. 216 ff.). Im Sinne dieser Aufgabe lassen sich große Teile des BGB deuten (Hönn, Kompensation gestörter Vertragsparität, 1982).

Damit ist das Recht ein bewusstes Mittel gegen diskriminierende Gruppenbildungen bei sozial schwächeren Kunden. Prozedurale Armut gerade bei Finanzdienstleistungen findet hier ihre Grenze und dient damit der Armutsprävention in dem Absatz von Finanzdienstleistungen. Damit muss auch dieses Mittel in der finanziellen Allgemeinbildung eine besondere Bedeutung erhalten, weil es den Verbraucher gerade in der Krise mit staatlichen Einflussmöglichkeiten ausstattet.

Auch das Verwaltungsrecht spielt eine Rolle, wo der Staat selber noch unmittelbare Verantwortung bei Finanzdienstleistungen übernimmt. Dazu gehört die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, in der in Zukunft die gesamte Aufsicht zusammengefasst ist. Es gehören aber auch die kommunalen Eigentümer etwa der Sparkassen dazu.

Dieselben Tendenzen, die in der Wirtschaft zu einer Verstärkung prozeduraler Armut führen, finden sich jedoch auch in diesem Kompensationsmittel wieder. Die Wuchergrenzen werden durch im Zinssatz nicht ausgewiesene Versicherungsprämien und sonstige Kosten vor allem bei Umschuldungen faktisch erhöht. Einzelne vormals inbegriffene Kontotätigkeiten, die besonders bei ärmeren Kunden anfallen, werden mit erheblichen Kosten belastet. Auch das Banken- und Versicherungsmonopol, das eine breite Kundenstreuung durch große Unternehmen garantiert, gerät ins Wanken, nachdem vor allem unter den Aspekten der Bildung der Europäischen Union sich immer mehr ein Prinzip staatlicher Nichteinmischung durchsetzt.

Außerdem entsteht durch den internationalen Wettbewerb der Druck, die Kosten der im sozialen Verbraucherschutz verordneten Mindeststandards dadurch zu senken, dass die Kostenverursacher ausgeschlossen werden. Um dem zu entgehen, werden wiederum die Mindeststandards gesenkt. Hinzukommt der Rückzug des Staates aus der Daseinsvorsorge gerade im Finanzdienstleistungsbereich bei der Sozialversicherung und im Bankgeschäft.

Im Zivilrecht findet sich dies als Tendenz wieder, deutlicher die Eigenverantwortung derjenigen zu betonen, die in eine prekäre Lage prozeduraler Armut gekommen sind. Durch das neuartige Angebot des Verbraucherinsolvenzverfahrens wird zugleich der Eindruck erweckt, dass die historisch gewachsenen Mittel der Anti-Diskriminierung nicht mehr unbedingt erforderlich sind, wenn selbst im schlimmsten Fall der Überschul-

49 WM 1993, 2199 = NJW 1994, 36.

derung noch eine Schuldbefreiung möglich ist. Der Rückzug des sozialen Verbraucherschutzes auf formale Aufklärung, das Verständnis für die wirtschaftlichen Notwendigkeiten, verdrängen solidarische Ansätze auch deshalb, weil diese teilweise mit überholten administrativen Strukturen verbunden sind.

Dieser Erosionsprozess kann nur dadurch konstruktiv gewendet werden, dass die Betroffenen ihre Rechte im sozialen Verbraucherschutz immer wieder und beispielhaft in Anspruch nehmen.

Finanzielle Allgemeinbildung hat daher auch kritisches Bewusstsein zu vermitteln, damit den Betroffenen deutlich wird, dass Rechte des sozialen Verbraucherschutzes nicht nur erkannt, sondern auch genutzt werden müssen, um nicht zu "verfallen".

3. Marktmacht

Wesentliche Grundlage der Beziehung zwischen Finanzdienstleistern und solchen Gruppen, die von Armut bedroht sind, ist der kollektive Einfluss, den die Verbraucher in Bezug auf diese Problemlagen auf dem Markt ausüben.

a. Solidarität als Verbrauchermacht

Die Gruppe der von Armut Bedrohten selber kann dabei wie ausgeführt allein keine relevante Macht auf dem Markt ausüben. Die Addition individueller Schwächen führt in diesem Fall zu keiner besseren Situation, da die finanzielle Nachfragemacht immer durch die Anzahl der Nachfrager dividiert werden muss, um die damit verbundene Kaufkraft zu evaluieren. Gleichwohl stehen solche Gruppen in der Gesellschaft nicht machtlos da. Sie können grundsätzlich auf Solidarität anderer mit höherer Marktmacht hoffen, wenn eine Identifikation mit ihren Problemen gelingt. Fühlen sich auch solche Verbraucher, die zu den Zielgruppen der Finanzdienstleister gehören, von den Auswirkungen prozeduraler Armut betroffen, so wird dies erheblichen Einfluss auf das Anbieterverhalten ausüben.

Ein solches solidarisches Bewusstsein nicht unmittelbar selber betroffener Verbraucher schafft zudem auch Handlungsspielräume bei den Anbietern, da diese ja die im Ergebnis diskriminierenden Prozesse des Ausschlusses und der Belastung nicht prinzipiell befürworten, sondern sich hierzu durch die Konkurrenz sowie das Nachfrageverhalten ihrer sonstigen Kunden gedrängt sehen. Kann z.B. eine Bank darauf hoffen, dass sie bei sozial verantwortlichem Verhalten auf eine höhere Kundenbindung auch in oberen Kundenschichten vertrauen kann, die nicht den günstigsten Zinssatz oder die höchste Rendite um jeden Preis verlangen, so kann sich solidarisches Verhalten der Anbieterseite sogar auszahlen. Da zudem die Angestellten der Finanzdienstleister selber nur ein berufliches Interesse an der Gewinnmaximierung haben, individuell aber durchaus andere Werte mit transportieren können, werden ihnen Chancen eröffnet, ihr individuelles Wertesystem auch beruflich einzusetzen. Auch hiervon lassen sich Produktivität und Kreativität der Mitarbeiter als unmittelbare Werte erwarten.

Für den Bereich der finanziellen Allgemeinbildung ist es dabei entscheidend, inwieweit das Verhalten der von Armut Bedrohten selber geeignet ist, solidarisches Verhalten anderer Verbraucher hervorzubringen oder zu repräsentieren.

Voraussetzung der Mobilisierung solidarischer Verbrauchermacht ist ein Verhalten der Personen in ihren spezifischen Konfliktlagen, das andere Verbraucher dazu anhält, in diesen Betroffenen prinzipiell Gleiche zu sehen, mit deren Interessen eine Identifikation möglich ist.

Verhaltensweisen, die auf eine Individualisierung der Problemlagen dieser Gruppen hinauslaufen, erzeugen Distanzgefühle bei den anderen. Wird z.B. eine Problemsituation bei Finanzdienstleistungen als individuelles Verschulden empfunden, so können sich andere damit nur identifizieren, wenn sie sich ein ähnliches Verschulden zutrauen. Insbesondere Sparsamkeitsinhalte⁵⁰, die z.B. den Kauf eines Mittelklassewagens für diese Schichten zum Luxus erklären, können in der oberen Mittelschicht, die für die Verbrauchermacht entscheidende Bedeutung hat, allenfalls Mitgefühl nicht aber Identifikation hervorbringen. Verbraucher, die mit einer solchen Selbstbeichtigung auftreten, erzeugen auch auf der Anbieterseite eher karitative als kundenorientierte Einstellungen und Handlungsweisen. Zwar hat Mit„leid“ von seinem Wortsinn her durchaus die Funktion der Identifikation. Praktisch zeigt sich aber etwa in der Behandlung von Armutsproblemen bei Finanzdienstleistungen durch Presse und Rundfunk, dass durch eine gönnerhafte ("da sollte man großzügig sein") und zugleich pharisäische Position ("Wie kann so etwas überhaupt passieren?") eine patriarchalische Herablassung an die Stelle des gleichberechtigten "Mit"gefühls tritt.

(Schreinemakers Live) In einer Fernsehsendung der Serie "Schreinemakers Live", die erfolgreich bei SAT I lief, wurde eine überschuldete Familie mit mehreren Kindern präsentiert und interviewt. Die Schulden waren überwiegend durch ein Schuldenkarussell aufgebaut worden, bei dem der Anteil der tatsächlich in Anspruch genommenen Kapitalien im Verhältnis zu den Kosten recht gering war. Der Zusammenbruch der Finanzen beruhte zum großen Teil auf fehlerhaften Strukturen des Kreditaufbaus. Ein Kreditexperte durfte dann auch eine vorbereitete Analyse der Verschuldungsgenese kurz vortragen. Diese Analyse ging jedoch in dem vorbereiteten Finale der Sendung unter, wo mitfühlend im Interview dann ausgebreitet wurde, dass diese Familie seit Jahren keinen Urlaub mehr gemacht habe, nur an den Schulden abbezahle, kein Fleisch mehr esse und trotzdem versuche, die Kinder in anständigen Verhältnissen großzuziehen. Am Ende der Sendung eröffnete Margarete Schreinemakers dann der Familie vor laufenden Kameras, dass der Sender die Schulden bezahlt hätte und für alle Familienmitglieder in der nächsten Zeit ein Urlaub am Mittelmeer gebucht und bezahlt sei. Die Mutter brach dann vor Freude weinend zusammen und lag der Moderatorin glücklich in den Armen.

Aus einer Bankkundin war eine Almosenempfängerin geworden, aus einer problematischen Struktur ein Unglücksfall und aus dem Prozess der Entschuldung ein Lottogewinn bzw. ein Sterntaler-Märchen. Eine solche Sendung dürfte für die armutsgenerierenden Strukturen zementierende Wirkung haben. Im nächsten Fall ist dies verhindert worden.

(Herr F.) Ein Verbraucher, der innerhalb von vier Jahren ca. 16 Kredite hatte, die größtenteils durch Umschuldungen über Vermittler und dabei sogar zu einer Bank zurückgeschuldet wurde, war vom Kreditberater nach ausführlicher Analyse der gesamten Kreditgeschichte über Monate beraten worden. Er war den Sozialarbeitern aufgefallen, als er seine Wohnungstüre zugemagelt hatte und keine Mahnungen und Mahnbescheide oder Gerichtsvollzieherbesuche mehr zulassen wollte. Die Kreditberatung mündete in einen Schuldenvergleich, bei dem jedem Gläubiger auch schriftlich erhebliche Vorwürfe wegen sitten-

50 Rehker, St.: Kinder kaufen wie im Rausch. In: Hamburger Abendblatt vom 26. Februar 2000. S. 20.

widrig überhöhter Zinsen, falscher Verzugszinssätze, schädigender Umschuldung etc. gemacht wurden und den letzten Kleinkreditgebern aus der Schweiz und Liechtenstein, die nur noch Raten finanziert hatten, jegliche Schuldentilgung verwehrt worden war, weshalb sie die Unterschrift verweigerten. Der Verbraucher erzählte nun seine Geschichte, die er nunmehr aktiv mitbekam, im Fernsehen und bat, dass er auch die Namen der Banken nennen dürfe. Dem ihn begleitenden Kreditberater wurden dann Informationen über diesen Verbraucher zugespielt, wonach er spielsüchtig sei. Man habe Verständnis und sei zu einem Schuldenerlass bereit. Der Schuldner ging auf Anraten des Kreditberaters hierauf nicht ein. Es wurde mit einer weiteren Fernsehsendung Druck auf das Liechtensteiner Institut ausgeübt. Als schließlich eine dritte Sendung drohte, gab dieses Institut den Vollstreckungsbescheid heraus, da die Journalisten drohten, das Institut anzuprangern. Der Verbraucher, der tatsächlich spielsüchtig war und dann auch in einer Sendung Bargeld für das Interview verlangte (und erhielt), hat insgesamt 13 Sendungen bestritten und war ein überzeugender Analytiker seiner Problematik geworden, die er in einer verständlichen Weise selbstbewusst vortragen konnte. Er hat seine Ratenverpflichtungen aus dem Vergleich pünktlich bezahlt. Die Sendungen mit ihm machten deutlich, dass durch die Aufschlüsselung der Probleme Identifikation möglich wurde, die schließlich auch die beteiligten Finanzdienstleister nachdenklich stimmte.

Solidarische Effekte werden nur dann erzielt und Verbrauchermacht generiert, wenn die Strukturen prozeduraler Armut im Prozess der Nutzung von Finanzdienstleistungen als Elemente der allgemeinen Kreditstruktur hervortreten. Prozedurale Armut ist dann nur die Zusammenfassung benachteiligender Strukturen bei einer Person mit geringer Kreditwürdigkeit und geringer Liquidität. Was bei anderen Verbrauchern zu Ärger und Kosten führt, führt in dieser Situation zur Verarmung. Daher ist es wichtig, dass diese Personen lernen, ihre Probleme als zusammengesetzte Probleme zu erkennen und darzustellen.

Bei gescheiterten Krediten treten häufig alle Probleme des Kreditverhältnisses extrem verschärft und gehäuft auf. Bis zu 16-fache Umschuldungen in kurzer Zeit bei einer einzigen Bank, Verkürzung der Restschuldversicherungsprämien, Umbuchung von einem Girokonto auf das andere mit Zinseszinsseffekten, Dauerzahlung von einer um 4,5 % höheren Überziehungsprovision, Vermittlercourtage trotz Kooperation mit der Bank, Kombination mit einer unsinnigen Kapitallebensversicherung oder einem auf Kredit angesparten Bausparvertrag sind für sich genommen ausreichender Grund auch für die obere Mittelschicht, sich als Verbraucher von dem Kreditgeber übervorteilt zu fühlen. Allein in der Masse der Vorkommnisse und dem im Verhältnis zum Einkommen hohen Schuldenberg wird aus einer Summe allgemeiner Situationen eine einmalige Situation, die allenfalls noch Mitleid erregt, nicht jedoch zur Identifikation einlädt. Dasselbe gilt für Bauherrenmodelle, Beteiligungsgesellschaftsanteile oder für Gebührenlawinen beim Konto.

Erst wenn die Probleme voneinander isoliert und einzeln analysiert werden, ist Teilnahme möglich. Überzogene Überziehungsprovisionen sind auch für die obere Mittelschicht ärgerlich und unverstänlich, wenn versehentlich der Rahmen nicht beachtet wurde. Verkürzte Rückerstattung von Zinsen lässt das Vertrauen in einen Kreditgeber darauf, dass schon alles seine Ordnung hat, auch wenn man es selber nicht nachprüfen kann, wanken. Kündigung des Dispokredits in der Not des Kreditnehmers ist für viele mittelständische Unternehmen nachvollziehbar, bei denen in Liquiditätsengpässen eine "Rückführung der Kreditlinie" erfolgt. Wesentlich ist nur, dass die allgemeinen Elemente herausgearbeitet werden, die Armut generieren.

Aus der Praxis der Sozialarbeit und der Schuldnerberatung wird in der Regel angeführt, dass sich eine solche Analyse der Details nicht "lohne". Bei einem Verbraucher, der mit 35.000 Euro verschuldet sei, kein pfändbares Einkommen erziele und über kein Vermögen verfüge, käme nur noch der Verbraucherkonkurs oder eine außergerichtliche Einigung mit den Gläubigern oder das Abfinden mit einem Leben von der Sozialhilfe infrage. Keine dieser drei "Lösungen" erfordert auch nur im Ansatz eine Analyse der Schuldengese. So kommt es bei einer solchen Höhe der Schulden auf ein paar Tausend Euro mehr oder weniger nicht an, die Insolvenzordnung lässt durch den Richter Forderungen auch dann als verbindlich feststellen, wenn sie unbegründet sind, dies aber nicht geltend gemacht wird, bei außergerichtlichen Einigungen meinen fast alle Schuldnerberater und Verbraucher, dass man sich hier konzilient zeigen müsse und auf kleinere Rechtsverstöße nicht hinweisen dürfe, weil das die Kompromissbereitschaft der anderen Seite herabsetze. Dass diese These nachweislich falsch ist, weil zwar im ersten Fall nicht aber auf Dauer ein Anbieter mit dem begründeten Vorwurf, seine Forderungen entbehren teilweise der Grundlage, leben kann, haben eine Vielzahl von in der Öffentlichkeit "erstrittenen" Vergleiche der Verbraucherverbände vor allem in den 80er Jahren gezeigt.

Im Ergebnis bedeutet dies, dass gerade gegenüber den Armen recht gefahrlos Praktiken angewandt werden können, die insgesamt die Verbraucherposition verschlechtern.

Dabei hat die Heranziehung von besonders hart betroffenen Verbrauchern in der Öffentlichkeit im Zusammenhang mit einzelnen strukturellen Problemen sogar noch eine wichtige Funktion für Bedenken der anderen Verbraucher. Bei den Ärmeren summieren sich die Kosten der Rechtsverletzungen und Benachteiligungen in einer Weise, dass sie sichtbar werden. So hat der ehemalige amerikanische Präsident Clinton mit der Zahl, dass ein Sozialhilfeempfänger ohne Konto 15.000 \$ mehr im Leben aufwenden müsse, die Öffentlichkeit schockieren können, die sich über die Kosten der Einlösung eines Sozialhilfeschecks durch ein sog. Cash Outlet in Höhe von zehn \$ ebenso wenig aufregt wie über den Umstand, dass ein Zugereister in den USA, der nach Kontoeröffnung sechs Wochen auf den Zugriff auf sein Konto warten muss, seine Schecks ebenfalls nur bei diesen Institutionen einlösen kann. Zudem kumulieren bei den Problemen ärmerer Verbraucher dann auch noch das Mitleid mit der Empörung über das Fehlverhalten. Moralisch werden andere Menschen im Markt doppelt angesprochen: durch den Grundsatz, dass niemand von der Not eines anderen profitieren sollte, dem Prinzip, dass man helfen muss sowie dem Prinzip, dass allgemeine Standards gelten, die gegenüber allen Verbrauchern eingehalten werden müssen, auch wenn sie im Einzelfall nicht überprüfbar sind.

Sozialschutz gegenüber prozeduraler Armut muss im Bereich der finanziellen Allgemeinbildung als Verbraucherschutz begriffen werden.

Dies erfordert vor allem

1. Selbstbewusstsein im Auftreten gegenüber den Finanzdienstleistern.
2. Artikulation und Darstellungsfähigkeit der Probleme gegenüber Anbietern, Beratern und in der Öffentlichkeit.
3. Abbau von dichotomischem Bewusstsein ("Ihr da oben, wir da unten") gegenüber nicht gefährdeten Verbrauchern und Unternehmen im Finanzdienstleistungsbereich.
4. Die Fähigkeit, auch für einzelne, relativ unbedeutende Strukturen der Verfahrensarmut zu erkennen.

b. Wege zur Solidarität

Ein ganz wesentliches Problem für die Ausgrenzung der von Armut Bedrohten aus der Solidarität der anderen Verbraucher liegt in dem fortgeltenden überholten Bild der "Verschuldung" als persönlicher "Schuld". Da sich im Bereich der Finanzdienstleistungen Not immer in Überschuldung ausdrückt, wird eine Entsolidarisierung häufig dadurch bewirkt, dass die Überschuldung auf Verschuldung zurückgeführt wird und die Verschuldung auf eine freiwillige Entscheidung zur Kreditaufnahme, was wiederum mit der Ideologie des "vorgegebenen Brots", fehlender Sparsamkeit bis hin zur Verschwendungssucht belegt wird. Beispiele dafür lassen sich scheinbar immer finden und der Verfasser kennt aus seinen Gesprächen mit Finanzdienstleistern aber auch Politikern heute so viele „Porsche fahrende Putzfrauen und Chauffeure“ (die Kontaktpersonen dieser Gesprächspartner in der Unterschicht), dass die Produktionsziffern für dieses Luxusauto deutlich gestiegen sein müssten.⁵¹

Überschuldungsprobleme sind nicht als Ursache, sondern in der Regel als Ausdruck von Armut anzusehen. Verschuldung und Überschuldung sind keine Abfolgen. Überschuldung tritt auch ohne Verschuldung durch Kredite ein, wenn ein Haushalt seine Miete nicht mehr bezahlen kann. Da Kredite dies zeitweilig kompensieren können, scheint es nur so, als ob die Kredite die Ursache seien. Die Ursachen der Überschuldung liegen im Liquiditätsengpass, der unmittelbar auf Einkommen und Ausgaben rekurriert.

Der früher erhobene Vorwurf, private Kredite seien unproduktiv, ist ebenfalls unsinnig. Entscheidend ist der Verwendungszweck: Im Lebenszyklus verbindet Kredit produktive und nicht-produktive Lebensphasen. Die Produktivität des Einzelnen kann durch Kredit erheblich gesteigert werden. Gerade bei Ärmern dient Kredit häufig der Investition in Arbeitskraft, sei es in Ausbildung, Erholungsurlaub oder sonstige Formen der Effektivitätssteigerung, wie das Auto, mit dem man den Arbeitsplatz schneller erreicht. Kapitaleinsatz ist generell ein Zeichen höherer Produktivität. Der Kredit hilft, dieses Kapital bereitzustellen und den Zugang zu ermöglichen, der dann neue Optionen erschließt. Viele Probleme der traditionellen Statusarmut können durch die Vornahme später zu erwirtschaftenden Kapitals gelöst werden.

Menschen an der Schwelle zur Armut, die diesen Unterschied begreifen, werden dabei nicht nur lernen, die Kreditaufnahme auf den produktiven Einsatz zu beschränken und die Ursachen dort anzugehen, wo sie wie in der Regel bei der Einkommenserzielung auftreten. Sie werden auch lernen, selbstbewusst gegenüber den Anbietern aufzutreten, Probleme frühzeitig zuzugeben und Lösungen einzufordern.

("Lügner aus Angst") Ein Kreditberater arbeitete mit einem Kreditnehmer die gesamte Kreditbeziehung auf und erreichte mit den Gläubigern einen Schuldenregulierungsvergleich, der die Situation angemessen berücksichtigte. Der Kreditnehmer hatte sich alle Schuld an der Überschuldung gegeben und versprach immer wieder, alle Schulden zurückbezahlen zu wollen. Er berichtete dabei vom Einkommen, das seine Frau jetzt erzielen werde, von eigenen Möglichkeiten. Schon nach wenigen Monaten teilten die Gläubiger mit, dass der Kre-

51 Das Phänomen existiert. Ein Elektroangestellter in Berlin lebte für seinen "Porsche" aber ohne Überschuldung. Alles Geld und die Freizeit floss in diesen Unternehmen. Interessanterweise war zwar die Familie dieser Person gefährdet nicht aber die Zahlungsfähigkeit. Mit der drohenden Wegnahme dieses Autos gab es ein so hohes Druckpotenzial gegenüber dem Elektriker, dass er sich niemals in das Risiko der Überschuldung begeben hätte.

ditnehmer die Raten nicht pünktlich bezahlte. Wieder in die Beratung bestellt begann der Kreditberater damit, dass er dem Kreditnehmer freundlich sagte, dass er glaube, dass dieser gar kein Geld für Raten habe und dass er das doch besser gleich gesagt hätte, weil man dann einen ratenfreien Vergleich angestrebt hätte. Der Kreditnehmer war verwirrt, dass der Kreditberater auch mit der Wahrheit leben könne. Anschließend erzählte er die Kreditgeschichte noch einmal und viel näher an der Wahrheit, weil er Vertrauen gefasst hatte. Erst dadurch, dass der Kreditnehmer die Wahrheit sagte, wurde eine echte Lösung möglich. In der vorherigen Situation waren viele Ressourcen unnötig benutzt worden. Allerdings lag das Problem auch beim Kreditberater: er hatte die falsche Erwartungshaltung des Kreditnehmers nicht aufgelöst.

Entsprechend gilt dies auch für Anlagen oder Versicherungs- und Zahlungsverkehrsprodukte. Hier verhindert eine Ideologie die selbstbewusste Problembehandlung, wonach man "dumm" sei, wenn man auf schlechte Produkte oder falsche Versprechungen hereingefallen sei. Tatsächlich ist es so, dass alles Wichtige auch einfach ist und daher auch einfach ausgedrückt werden kann. Nur der "Dumme" muss das Wesentliche unter dem Beiwerk seiner Erscheinungsformen darstellen, weil er Angst hat, in seiner Dummheit entdeckt zu werden.

Während heute etwa bei Computern jedermann empört ist, wenn so hochkomplexe Geräte verkauft wurden, die für die spezifisch angestrebte Funktion nicht taugen können, weil etwa die Taktfrequenz für die Internetgeschwindigkeit gar keine entscheidende Bedeutung hat, glaubt man bei Geldgeschäften, dass die Anbieter nur für das Produkt, nicht jedoch für seine Funktionstauglichkeit einzustehen hätten. Die Rechtsprechung und inzwischen auch der Gesetzgeber fordern demgegenüber eine "produkt- und objektgerechte Beratung". Die Finanzsprache ist vor allem in Anlagebereich mit ihren Anglizismen⁵² zur Geheimsprache von Insidern geworden. Ihre Benutzung soll dann ähnlich wie bei dem bekannten "Soziologendeutsch" Kompetenz und Zugehörigkeit dokumentieren, die die Banalität des Gegenstandes (Geldverdienen bei den Anlageexperten, Alltagsbewältigung bei den Soziologen) an sich nicht vermitteln würde. Besonders die angeblichen Steuervorteile in der Altersvorsorge dienen hier als Verschleierung und führen zu Worthülsen, die selbst von Experten nicht mehr zu durchschauen sind.

In dieser Beziehung dürfte auch ein Hausfraueneffekt eine besondere Rolle spielen. Frauen sind nach allen Statistiken die besseren Kreditnehmer. Die Geldverwaltung obliegt in Familienhaushalten ebenso den Frauen, denen die höhere Sparsamkeit zugeschrieben wird. Gleichzeitig sind die Männer aber weiterhin nach außen für die Abschlüsse der Finanzdienstleistungsgeschäfte zuständig, die Frauen für die Bezahlung. Es kann erwartet werden, dass daher Hausfrauen weniger von Finanzdienstleistungen verstehen als Männer, gleichwohl aber ideologisch das Geschäft dominieren und besondere Ehrfurcht vor dem Experteneffekt der Anbieter haben. Diese Arbeitsteilung zwischen

52 Um die Wirkungsweise von Hedge Fonds zu beschreiben, in die angeblich auch Kleinanleger risikoarm investieren können, erhält man die Erläuterung, dass solche Hedge Fonds mit Leerverkäufen, konvertible Arbitrage, Dedicated Short Bias, Short Selling, Nutzen von Emerging Markets, Event Driven oder Global Macro oder im Long/Short Equity investieren. Dies alles wohlgermerkt in Deutschland. (Siehe Süddeutsche Zeitung v. 26.9.2001, S.33 "Anleger entdecken Hedge-Fonds wieder"). Man kann Hedge Fonds auch dadurch erklären, dass sie immer dort investieren, wo die große Masse der Anleger Angst hat zu investieren und dadurch versuchen, bei allgemeinen Verlusttrends doch noch Gewinne zu machen. (Das so etwas letztendlich nicht funktionieren kann, begreift dann auch der Kleinanleger und lässt sich dort nicht hineinziehen).

Budgetverwaltung und Finanzdienstleistungsabschlüssen in der traditionellen Familie ist kontraproduktiv für ein selbstbewusstes Verbraucherverhalten. Daher sollten gerade Frauen in den Genuss finanzieller Allgemeinbildung kommen. Sie würden dann nicht mehr mit ihrem Expertenvertrauen dem Mann sein gesundes Misstrauen nehmen, und der Mann müsste umgekehrt die Illusion über sein Budget mit der Realität der Budgetverwaltung konfrontieren.

Ein wesentliches Mittel zur Kommunikationsfähigkeit von Armut bedrohter Gruppen im Finanzdienstleistungsbereich ist die Thematisierung von Recht. In einer Studie über Verbraucherprobleme und ihre Lösungsmöglichkeiten⁵³ wurde bei über 1000 ausgewählten Haushalten festgestellt, wie sie mit für sie als gravierend empfundenen Verbraucherproblemen in den letzten fünf Jahren umgegangen waren. Dabei spielte die Einschaltung von Verwandten und Bekannten ebenso wie der direkte Kontakt zum Anbieter eine entscheidende Rolle (über 80 %), während die Nutzung institutionalisierter rechtlicher Lösungsangebote (Anwalt, Gericht, Rechtsberatungsstelle, Verband) nur untergeordnete Bedeutung erhielt. Umgekehrt führte aber diese Verhaltensweise bei den meisten zu keiner Zufriedenheit. Auf die Frage, wie sie sich verhalten würden, wenn dasselbe Problem noch einmal auftreten würde, erhielten die rechtlichen Möglichkeiten dagegen eine außerordentlich hohe Präferenz.

Aus diesen Ergebnisse wurde abgeleitet, dass das Recht für die Betroffenen mit besonderen Erwartungen und Hoffnungen verbunden ist. In einem Projekt Mitte der 80er Jahre⁵⁴ wurde daraus die Hypothese abgeleitet, dass das Recht als Zugangsinstrument für rechtliche Institutionen eine relativ geringe Bedeutung hat, dagegen eine hohe Bedeutung als Kommunikationsinhalt im Verhältnis zu Anbietern und auch im Bekanntenkreis. Ein Hilfsangebot, das in Wortwahl und Thematisierung rechtlich gestaltet sein würde, gleichzeitig aber deutlich machen würde, dass dadurch nicht der Weg in institutionalisierte Rechtsangebote beschränkt werden müsste, hatte somit die größte realistische Chance, angenommen und zur eigenen Problemdefinition genutzt zu werden. Der Erfolg dieses unter den Stichworten "sittenwidrige Ratenkredite", "unlautere Buchclubwerbung" und "Handwerkerreparaturrechnungen" vor allem in den Medien umfassend beachteten Aktionsforschungsprojektes bei den Verbrauchern hat diese These bestätigt und zugleich die Verbraucherberatung in Deutschland nachhaltig beeinflusst.

Die Thematisierung von Recht in der Kommunikation von Personen, die im Finanzdienstleistungsbereich von Armut bedroht sind, mit Anbietern, Beratern und Bekannten kann Verhaltenssicherheit, Legitimation und Solidaritätsgefühle stärken und damit die Isolierung der Betroffenheit aufbrechen.

- 53 Reifner, U., Gorges, I., Schmidmann, A. Verbraucherprobleme und ihre Lösungsmöglichkeiten - Verbraucherspezifische Auswertung einer Repräsentativerhebung über Rechtshilfebedürfnisse sozial Schwacher; Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin, IIM-dp 79-110; die Gesamtuntersuchung ist wiedergegeben in Blankenburg, E./Reifner, U. Rechtsberatung - Rechtsprobleme durch soziale Definition.; Luchterhand: Darmstadt/Neuwied 198.
- 54 Reifner, U., Volkmer, M. Neue Formen der Verbraucherrechtsberatung, Frankfurt/Main - New York, Campus Verlag, 198.

Bei der Thematisierung von Recht geht es nicht um rechtliche Verfahren. Rechtliche Verfahren wie sie z.B. in der Schulung einiger Schuldnerberatungseinrichtungen für das Insolvenzverfahren Eingang finden, haben eher gegenteilige Funktionen: Idealtypisch am Gerichtsverfahren ausgerichtet führen rechtliche Verfahren nach ihrer Form zur Isolation des einzelnen von anderen (rechtlich als "Klagebefugnis" und "Rechtsschutzinteresse" definiert), verhindern die Thematisierung paralleler und struktureller Elemente (Streitgegenstand und Einzelfallorientierung) und entheben den einzelnen von der Zuständigkeit für sein Problem (Anwaltszwang, Richterzentrierung).⁵⁵

Die Thematisierung von Recht betrifft die Darstellung sozialer Tatbestände und Abläufe in den Formen des materiellen Rechts, das Rechte und Pflichten zuordnet und normative Bewertungen bereitstellt, die allgemeine Akzeptanz beanspruchen. Dabei ist die Kommunikation nicht auf bestehende Rechte beschränkt. Rechtsbehauptungen können sich auch auf alternative oder moralisch orientierte Ordnungen beziehen, die zwar überindividuelle nicht aber allgemeine Akzeptanz in der Gesellschaft haben. So ist das "Verbot, nicht die Notlage anderer auszunutzen" innerhalb einer an Segmentierung orientierten Wirtschaftsweise durchaus keine allgemeine Norm. Gleichwohl handelt es sich um ein moralisch so verfestigtes Recht, dass selbst die Rechtsprechung wie erwähnt dieses Recht in ihrem Rekurs auf "die guten Sitten" anspricht. Rechtsordnungen haben sich immer auf der Grundlage solcher neu entstehenden Rechtsvorstellungen entwickelt, die etwa im Arbeitsrecht über die gewerkschaftlichen Vorstellungen vom "Volksrecht" im ausgehenden 19. Jahrhundert, oder im Zivilrecht über die Vorstellungen von den "Verbraucherrechten" seit der Kennedy-Botschaft von 1963 ihren Weg in die offiziellen Rechtsordnungen geschafft haben. Deshalb ist es nicht, wie von Anbieterseite immer wieder vorgeworfen wurde, eine Irreführung der Verbraucher⁵⁶, wenn deren Interessen auch dann in rechtlicher Form ausgedrückt und thematisiert werden, auch wenn sie aktuell in dieser Form bei den Gerichten nicht durchsetzbar sind. Selbstverständlich muss dann auch deutlich werden, dass das Ausdrücken von Interessen in rechtlichen Formen nicht zugleich deren Durchsetzung garantiert. "Recht haben und Recht bekommen" sind, und dies ist ohnehin eine Binsenweisheit, zwei sehr unterschiedliche Möglichkeiten. "Rechtsdurchsetzungsbildung" ist daher grundsätzlich von der "Rechtswahrnehmungsbildung" bei Finanzdienstleistungen zu unterscheiden.

Thematisierung von Recht bedeutet, dass die Betroffenen in die Lage versetzt werden, ihr Problem als Rechtsverletzung und die Problemlösung als die Erreichung eines Rechts darzustellen.

Da Rechte immer allgemein und abstrakt formuliert werden müssen, geben sie auch Handlungsperspektiven über den konkret erlebten Einzelfall hinaus. In seiner negativen Form führt eine Verrechtlichung dabei zu ängstlichem, angepasstem und schematischem Verhalten, wie es für Bürokratien üblich ist. Angst vor Entscheidungen und

55 Dazu Reifner, U., *Individualistic and Collective Legalization - Two Ways of Legal Advice for Workers in Prefascist Germany*; In: Abel (Hrsg.), *Informal Justice* New York 1980, 81 ff.

56 So in dem erwähnten Aktionsforschungsprojekt der Bankenfachverband BKG (Hrsg.), *Irreführende Verbraucherberatung im Ratenkreditgeschäft - Eine Dokumentation - Neue Schriftenreihe Nr. 5* Bonn 1985.

kleinliche Orientierung an Normen erschweren die Kommunikation mit Personen, die sich ständig auf Rechte berufen. Typisch für diese Devianz ist aber auch, dass nur ein geringer Verallgemeinerungsgrad bei diesen Rechten besteht und solche Personen vornehmlich Verfahrensrechte wie eigene Rechte begreifen. Haben sie sich nach den verfahrensrechtlichen Normen "richtig" verhalten, so glauben sie, dass ihnen nichts passieren kann.

Demgegenüber verschafft die Thematisierung von materiellen Rechten durchaus eine aktive, und für den Fall nicht durchsetzbarer Rechte, auch flexible Form der Handlungssicherheit. Der Betroffene lernt durch die Formulierung seiner Interessen, sich mit sich selber konsistent zu verhalten. Wer von der Bank prinzipielle Rücksichtnahme auf Liquiditätseingpässe verlangt, wird auch in seinem eigenen Verhalten eine Zahlungsmoral aufweisen, die bei Zahlungsfähigkeit auch zur Zahlung führen wird. Im Gespräch mit den Anbietern und Dritten tritt durch diese Konsistenz im eigenen Verhalten Sicherheit auf, die zum Handeln befähigt.

Verrechtlichung vermittelt aber auch Legitimation. Indem der einzelne von seinem individuellen Problem (z.B. Geldmangel oder Arbeitslosigkeit) abstrahiert und es in die Kategorien einer unzulässigen Kreditkündigung umformuliert, begibt er sich auf ein Gebiet, in dem Ansprüche entstehen. Die Generierung von "Anspruchsdenken" bedarf dabei angesichts ihrer negativen Besetztheit gerade im Armutsbereich einer Klärung. Es geht hier nicht um Ansprüche auf Versorgung, bei denen bei mangelnder Gegenleistung unter Umständen die Legitimation im Namen eines anderen Rechtsverständnisses, als es etwa das Bundessozialhilfegesetz kennt, infrage gestellt werden kann. Es geht um zivilrechtliche Ansprüche, die sich aus der Notwendigkeit ergeben, dass Verbraucher, wollen sie den Markt beeinflussen, ihre Interessen artikulieren und notwendig über den Vertrag zu Rechten und Ansprüchen werden lassen müssen. Wer im Finanzdienstleistungsbereich das Anspruchsdenken diffamiert, stellt damit zugleich auch die Prinzipien der Marktwirtschaft wie Vertragsfreiheit und Tauschgerechtigkeit infrage. In der Praxis bedeutet dies, dass von Armut bedrohte Personen selbstbewusster auftreten und die Mechanismen der Bedrohung besser denunzieren können, wenn ihnen dazu ein Gefühl der Legitimation vermittelt wird. Hierzu ist aber die Rechtsform das prinzipiell geeignete Mittel.

Schließlich ist die Thematisierung von Recht ein wichtiges Mittel, um solidarisches Verhalten auf dem Markt zu generieren. Recht ist notwendig allgemein und abstrakt und damit überindividuell. Einkommensschwache Verbraucher, die erklären, sie seien auf ein schlechtes Angebot "hereingefallen", provozieren bei anderen Verbrauchern den Effekt des "Kann mir nicht passieren". Da Solidarität immer zugleich Ansprüche an denjenigen stellt, der dieses Gefühl erfährt, sucht jeder Mensch in der Minimierung seiner Aufwendungen nach Auswegen. Umso konkreter daher eine Problemschilderung ist, umso mehr Auswegsinterpretationen lässt sie zu. In dem Vorgehen der Gewerkschaften bei der Erreichung eines sozialeren Arbeitsrechts sowie menschlicherer Bedingungen in den Betrieben vor der Wende zum 20. Jahrhundert⁵⁷ wurde dabei das Prinzip der "abgeschichteten Generalisierung" entdeckt. Die Arbeitersekretäre sammelten symptoma-

57 Dazu die historische Untersuchung an Hand von über 150 Berichtsbüchern der gewerkschaftlichen Arbeitersekretariate zwischen 1894 und 1905 Reifner, U., Gewerkschaftlicher Rechtsgebrauch - Die Geschichte des gewerkschaftlichen Rechtsschutzes und der Rechtsberatung der Deutschen Arbeitsfront von 1894 bis 1945; Wissenschaftszentrum Berlin 1979 (IIM-dp 79-103).

tische Fälle, werteten sie auf allgemeine Elemente hin aus, generierten dann weitere Fälle zu diesem Problembereich und wählten die Repräsentativsten davon aus, um an diesen Beispielen Arbeiterrecht zu demonstrieren. Im Ergebnis glichen ihre Berichte dann Büchern mit Geschichten und ihrer Interpretation, so wie in früheren Zeiten über Märchen, Parabeln, Volksweisheiten und Geschichten allgemein gültige Rechtsordnungen transportiert wurden, von denen die Bibel sicherlich das umfassendste und bekannteste Beispiel ist.

Soweit Verbraucher bei der Darstellung solcher interpretierter Geschichten sich mit dem dahinterstehenden Rechtsverständnis eines Verbraucherrechtes identifizieren können, werden sie im Angriff auf die Betroffenen zugleich auch einen Angriff auf "ihre" Rechtsordnung sehen. Empfindungen, die sich in Sätzen wie "Das geht doch nicht, das können die doch nicht machen, das ist unverschämt, das muss man sich nicht gefallen lassen, da sollte man etwas gegen unternehmen" niederschlagen, künden von einer vor allem nach Presseberichten häufigen Identifikation. Der Journalismus spielt dabei, wie wir an Hand des ausgewerteten Materials sehen, eine in beide Richtungen verstärkende Rolle. In Zeiten der Entsolidarisierung im Finanzdienstleistungsmarkt, wo die Zuschauer das individuelle Glück als Verheißung anstreben, weil etwa der Neue Markt seine Faszination des arbeitsfreien Einkommens in den Jahren 1998 bis 2000 ausüben konnte, wird auch die Presse Gewinn als individuelles Verdienst und Verlust entweder als eigenes Verschulden oder als Pech darstellen. Zeigt sich dann wie im Jahre 2001 nach dem Börsencrash, dass letztlich doch die Gesamtlage entscheidet, dann wachsen die Berichte, die Verantwortung, Zusammenhalt, Moral, Langfristigkeit und damit auch soziale Solidarität befördern.

IV. Anforderungen an finanzielle Allgemeinbildung

Finanzdienstleistungen sind ein Bereich der Marktwirtschaft, in der die Prozesse der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums wie in einem Hohlspiegel fokussiert sind. Die sozialen Ziele und Funktionen der Menschen finden in den Finanzdienstleistungen ihre Mittler und Katalysatoren. Die Einkommenserzielung über Arbeit trifft auf Sozialversicherung und Existenzgründerkredite, auf Lohn- und Gehaltskonten, die Familiengründung steht im Zusammenhang mit Konsumentenkrediten und Versicherungen gegen Alltagsrisiken, die Vorsorge für das Alter bedarf der Anlageprodukte in der privaten Altersvorsorge einschließlich der kreditfinanzierten Möglichkeiten sowie der Versicherung des Altersrisikos, die Wohnbedürfnisse werden teils noch im Sachkredit der Miete aber zunehmend auch über die Wohnungsbaufinanzierungen vermittelt. Kommunikation in wirtschaftlichen Dingen ebenso wie Mobilität leben vom Girokonto und den Zahlungsmöglichkeiten bzw. vom Anschaffungskredit für das Auto und den Ansparmöglichkeiten sowie entsprechenden Risikoversicherungen.

Die moderne Gesellschaft ist eine Finanzdienstleistungsgesellschaft, in deren Zentrum der Kredit steht.

Die Marktwirtschaft verteilt die Chancen zur Teilhabe an ihren Möglichkeiten nicht per se gleich. Der informierte Gebrauch für den produktiven Einsatz von Finanzdienstleistungen setzt intellektuelle Fähigkeiten sowie praktischen Zugang voraus. Gleichzeitig wird das unter marktwirtschaftlichen Bedingungen entwickelte Angebot an der Nachfragemacht der Verbraucher, d.h. an dem Geldwert ihrer Wünsche ausgerichtet.

Damit werden die Chancen innerhalb des Systems über die Finanzdienstleistungen, die sich immer unentbehrlicher zwischen soziale Bedürfnisse und individuelle Möglichkeiten schieben, ungleicher. Die Kreditwürdigkeit hat den Reichtum abgelöst, der positive Cash Flow die Sicherheiten. Der Life-Time-Value bestimmt über Kosten und Zugang.

Das Ergebnis kann eine Zwei-Drittel-Gesellschaft sein, in der das untere Drittel von den normalen Marktmechanismen ausgeschlossen auf überbewertete Armutsprodukte in einer Ghettowirtschaft spezialisierter Anbieter abgedrängt und von wesentlichen gesellschaftlichen Fortschritten ausgeschlossen wird. Red lining, Filialsterben, private banking, Mindesteinlage und Mindestkreditsummen, Kontollosigkeit und bankenlose Stadtteile ebenso wie versicherungslose Landstriche können das Ergebnis einer Verslummung von Teilen vor allem der Metropolen sein. Die Informationsgesellschaft schafft die Voraussetzungen für Gruppendifferenzierungen über Datenmerkmale, automatisierte Zugangsprüfungen und Segmentierungsmodelle.

Finanzdienstleistungen sind nicht nur der sichtbare Ausdruck dieser Entwicklung, sondern sind auch ein beschleunigender Katalysator, da im reinen Geldwert das Prinzip, dass die Pfunde wuchern und die Pfennige sich aufzehren, am einfachsten sich durchsetzt.

Dies ist aber nur eine Option, wenngleich sie in den angelsächsischen Ländern einen bereits sehr sichtbaren Ausdruck bekommen hat. Die andere Option ist die Nutzung der Finanzdienstleistungen, um kompensatorisch Chancen gerade dorthin zu verteilen, wo sie schwinden. Neue Kredit scoringmodelle können die Kosten im Massengeschäft senken, kooperative Kreditvergabe befreit vom diskriminierenden Zwang der Sicherheiten und Erwartungen, kollektive Zusammenfassung vieler einzelner Bedürfnisse bringt das Gesetz der großen Zahl auch in die unteren Einkommensschichten, Überbrückungskredite verhindern die verheerende Wirkung vorübergehender Liquiditätsengpässe, Fremdmittel bringen Kapital dorthin, wo es zu Ausbildung, Konsum und Arbeit für späteren Nutzen gewinnbringend eingesetzt werden kann, der Zahlungsverkehr schafft auch für kleine Nutzer weltumspannende Kommunikationsmöglichkeiten und damit die Chance, Einheiten, die für ein Land zu klein sind, im Weltmaßstab produktiv zu betreiben.

Welche Entwicklung eingeschlagen wird, hängt, von dem Einfluss des demokratischen nach Kopfszahlen orientierten Prinzips (Parlament) auf die nach Kapitalanteilen bestimmte Wirtschaft (Hauptversammlung) ab. In der sozialen Marktwirtschaft, die Sozialstaat und freie Entfaltung der Persönlichkeit in wirtschaftlichen Dingen miteinander zu vereinen sucht, geht die Option prinzipiell hin zu solidarischen Formen des Wirtschaftens, indem auf der Grundlage prinzipieller Eigenverantwortung immer wieder Chancengleichheit herzustellen ist und diejenigen für die Gesamtgesellschaft produktiven Funktionen, die im Markt nicht entlohnt werden können, angemessen am volkswirtschaftlichen Nutzen beteiligt werden.

Für die Finanzdienstleistungen bedeutet dies, dass eine gleichmäßige Versorgung und damit die Teilhabe aller Bürger an ihrer Nutzung bei gleichzeitiger Gewährleistung von qualitativen Mindeststandards, die ihre produktive Nutzungsmöglichkeit durch den Einzelhaushalt erschließen, erreicht werden muss. Hierzu bedarf es einerseits Nutzer, die subjektiv in der Lage sind, die angemessenen Finanzdienstleistungen in Bezug auf ihre persönlichen Verhältnisse zu identifizieren, sie so zu nutzen, dass sie produktiv wirken und dafür Verantwortung einzugehen, dass sie an einem von allen geliebten gesellschaftlichen Reichtum teilhaben.

Andererseits ist es aber auch erforderlich, dass diese Nutzer auf dem Markt die notwendigen Informationen weitergeben sowie den notwendigen Druck ausüben, damit das Angebot sich zunehmend an den Interessen aller ausrichtet. Hierzu ist es erforderlich, dass die von Diskriminierung und Armut Bedrohten sich als Teil der gesamten Gesellschaft innerhalb veränderbarer Strukturen begreifen und sich dabei als Verbraucher zu allen anderen nachfragebedeutsamen Verbrauchern und Staatsbürgern fühlen und darstellen. Nur indem die Menschen sich selber in ihren Beziehungen nicht auseinander dividieren lassen, sondern als Solidargemeinschaft begreifen, kann diese Anschauung auch die Finanzdienstleistungsangebote in der Wirtschaft leiten. Der Staat hat mit seiner Rechtssetzung dabei die wesentliche Aufgabe, Rahmenbedingungen des Wirtschaftens, die in diese Richtung solidarischer und produktiver Nutzung von Finanzdienstleistungen deuten, zu setzen. Er wird dies umso eher und nachhaltiger tun, je mehr sich in der Gesellschaft das entsprechende Bewusstsein durchsetzt.

In diesem Prozess einer sozialen, im Sinne einer solidarischen und nicht sozialversorgenden Marktwirtschaft haben die vom Ausschluss Bedrohten eine besondere gesamtgesellschaftliche Rolle und Funktion. Diese Funktion muss, folgt man den gesteckten Zielen, integraler Bestandteil der finanziellen Allgemeinbildung zur Armutsprävention sein.

Die Betroffenen müssen zunächst lernen, den Nutzen der Finanzdienstleistungen für sich zu verstehen und anwenden zu können, wo sie davon unmittelbar betroffen sind. Sie müssen ferner zwischen Schein-Gebrauchswerten (schnelle Wunschbefriedigung, arbeitsloses Einkommen) und echten Gebrauchswerten (nachhaltige Allokation von Ressourcen) unterscheiden können.

In Situationen der Diskriminierung und Betroffenheit sollten sie ferner in der Lage sein, selbstbewusst ihre Probleme im Zusammenhang allgemeiner Verbraucherprobleme zu definieren und zu äußern und dabei die Solidarität der übrigen Verbraucher auf dem Markt überzeugend und aktiv als kollektiven Selbstnutzen einzufordern. Sie sollten in dem kurzfristigen Gegensatz von Gewinninteresse und Lebensbedürfnissen einerseits den Mechanismus, der dies Interesse treibt und bestimmt, verstehen, andererseits aber auch begreifen können, dass sich dieses Interesse erst in der Auseinandersetzung mit den Bedürfnissen der Nutzer von Finanzdienstleistungen als legitimes Interesse in der sozialen Marktwirtschaft ausweisen kann.

Dabei spielt der Gebrauch von Recht eine wesentliche Rolle. Recht muss in einer Weise genutzt werden, dass es lebendig bleibt und Rechte nicht verloren gehen. Das erfordert aktive und selbstbewusste Bürger, die in der Lage sind, ihre bestehenden Rechte ebenso zu thematisieren wie ihre bestehenden Bedürfnisse als Rechte zu formulieren.

Die Thematisierung von Recht in der Kommunikation zwischen Menschen in finanziellen Schwierigkeiten und Finanzdienstleistungen soll dabei zugleich Machtmittel zur Durchsetzung eigener Interessen, Schutzmöglichkeiten vor Eingriffen in die eigene Existenz aber auch Verhaltenssicherheit, Legitimation und Potenzial für Solidarität schaffen.

Finanzielle Allgemeinbildung leitet somit ihre Ziele aus den Vorgaben für das Finanzdienstleistungssystem in der demokratischen Gesellschaft selber ab. Diese Ziele verlangen eine Emanzipation der Nutzer von den Zwängen der Wirtschaft

hin zu ihrer Bestimmung, die Demokratisierung der Chancenverteilung in der Wirtschaft, Kenntnisse über sowie Fähigkeiten zum Gebrauch von Finanzdienstleistungen zur produktiven Lebens- und Krisengestaltung und einen Rechtsgebrauch, der würdebewahrende Selbstbestimmung, Legitimation und Solidarität befördert.

C. Bildungskonzepte und finanzielle Emanzipation

Wir haben in den bisherigen Ausführungen Bildung als ein mögliches Mittel zur Unterstützung von Prozessen sozialer Integration angesehen. Dabei ging es um die Frage, inwieweit die von Armut Bedrohten selber als Akteure Möglichkeiten haben, den Tendenzen ihrer Benachteiligung entgegenzuwirken, so dass eine entsprechende Bildung für sie auch strukturell hilfreich wäre. Bildung ist jedoch nicht nur ein Mittel, sondern selber auch ein Ziel im gesellschaftlichen Entwicklungsprozess.

Bildung ist menschliche Emanzipation aus den Zwängen der Abhängigkeit durch Unwissen und Unvermögen. Sie hat insoweit ihre eigene Geschichte, ihre eigenen Ideale und Erfordernisse, die weit über den hier besprochenen Anwendungsbereich hinausgehen. Insofern wäre es ebenso legitim gewesen, das Bildungskonzept für die Menschen aus ihrer Eigengesetzlichkeit heraus festzustellen und auf den Bereich der Finanzdienstleistungen anzuwenden. Finanzielle Allgemeinbildung würde dann als Anwendungsfeld von Bildung nach deren Vorgaben zu strukturieren sein. In der eingangs wiedergegebenen Literatur⁵⁸ wird weitgehend so vorgegangen, dass ökonomische Bildung als Unterfall der Pädagogik behandelt wird, während wir uns in dieser Studie von der anderen Seite, vom Anwendungsfeld her, der Pädagogik zu nähern versuchen.

Gleichwohl soll im folgenden innerhalb der zur Verfügung stehenden Möglichkeiten interdisziplinärer Arbeiten versucht werden, die gefundenen Ziele, Inhalte und methodischen Anforderungen an den Maßstäben zu messen, wie sie die Bildungsforschung allgemein und im besonderen für die ökonomische Bildung entwickelt hat.

I. Bildung als Prinzip

Es gehört zu den spezifischen Besonderheiten deutscher Kultur, dass in der Pädagogik neben der überall gebrauchten Bezeichnung Erziehung ("education" (engl. und frz.), „educazione“ (ital.)) immer auch von Bildung gesprochen wird. Im Englischen wird dieser Zusatz eher mit dem Kulturbegriff umschrieben. („to be cultured“). Obwohl vom Wortsinn her das "Herausbilden" dem "Herausziehen" oder "Aufrichten" („educere“ (lat.)) ähnelt, hat der Bildungsbegriff doch eine eigenständige und wechselvolle Geschichte gehabt, die sich heute kaum noch in der pauschalen Bezeichnung des institutio-

58 Siehe die Literaturangaben bei Fn. 19.

nalisierten Unterrichts-, Ausbildungs- und Qualifikationssystems als "Bildungsbereich" wiederfindet.⁵⁹

Bildung ist, und deshalb lohnt sich eine intensivere Betrachtung im Kontext dieser Thematik, eben nicht nur die mit beliebigen Zielen und Funktionen auszustattende Erziehung. Bildung hat immer schon ein eigenes humanes Ziel, das auf den ganzen Menschen in seinen sozialen Beziehungen abzielt und damit auch und vor allem seine wirtschaftlichen Betätigungsmöglichkeiten einbezieht. Seit der Antike ist die „Formung des Menschen nach der Idee seines Selbst“⁶⁰ Bestandteil der europäischen Philosophie. In der Konzeption der Pädagogik („paidei“ (griechisch)) wird der emanzipatorische Gedanke der Befreiung sowie der partizipatorische Gedanke der Teilhabe an der Wahrheit ausgedrückt. In dieser Form kommt er den beschriebenen Idealen solidarischer Marktwirtschaft nahe, die die Teilhabe an der Wirtschaft und die individuelle Befreiung zur eigenverantwortlichen und selbstbewussten Teilhabe postulieren.

Mitte des 18. Jahrhunderts wurde der Begriff Bildung in die pädagogische Fachsprache übernommen und von der Pädagogik der Aufklärung zu einem Schlüsselwort für den Bereich der Erziehung und des Unterrichts gemacht. Bildung wird hier als Prozess der Formierung und Gestaltung des Menschen durch den Menschen mit dem Ziel der Erfüllung der aufklärerischen Forderung des Selbstdenkens, der Bildung des Verstandes und des selbstständigen Urteilsvermögens angesehen.⁶¹ Bildung ist damit unmittelbar mit der bürgerlichen Revolution und damit der Entstehung der modernen auf der Freiheit des Individuums aufbauenden Demokratie verbunden.

Im Bildungsbegriff des deutschen Humanismus (Herausbildung um 1800), wie er im Bildungsideal Wilhelm von Humboldts geprägt wurde, tritt die Vorstellung des „Geformt-Werden“ als Bildung anderer in den Vordergrund. W. v. Humboldt fasste die Ausformung der individuellen Möglichkeiten eines Menschen als höchstes Ziel der Bildung auf. Bildung soll dabei rein und allgemein sein, nicht zweckgerichtet, indem sie Menschen auf bestimmte Zwecke festlegt.⁶² Bei Humboldt findet sich auch bereits die Unterscheidung von Allgemeinbildung und spezieller Bildung, die strikt zu trennen sind: „Durch die allgemeine sollen die Kräfte, d.h. der Mensch selbst gestärkt, geläutert und geregelt werden; durch die spezielle soll er nur Fertigkeiten zur Anwendung behalten...“⁶³ Zugleich wird Pädagogik der Politik entgegengestellt, um "dem Menschen ein wie auch immer bedrohtes Versteck zu retten"⁶⁴.

In dieser Konzeption nimmt finanzielle Allgemeinbildung bereits eine eigenartige Zwitterstellung ein. Sie ist keine berufliche Bildung, die nach Humboldt der speziellen Bildung bzw. der Vermittlung von Fertigkeiten zuzuordnen wäre. Sie ist aber auch keine Allgemeinbildung, weil sie einen bestimmten Zweck, nämlich die Nutzung der

59 Krefl, Dieter; Mielenz, Ingrid (Hg.): Wörterbuch Soziale Arbeit. 3. Auflage. Weinheim und Basel 1988, S. 113.

60 Wulf, Ch. (Hg.): Wörterbuch der Erziehung. München 1974, S. 66.

61 Wehnes, Franz-Joseph: Theorien der Bildung – Bildung als historisches und aktuelles Problem. In: Roth, Leo (Hg.): Pädagogik. Handbuch für Studium und Praxis. München 1991, S. 261.

62 Eberle, Prof. Dr. Gerhard; Hillig, Axel (Hg.): Meyers Kleines Lexikon der Pädagogik. Mannheim, Wien, Zürich 1988, S. 79.

63 Humboldt, W. v.: der Königsberger und der Litauische Schulplan. In: ders.: Schriften zur Politik und zum Bildungswesen. Bd. IV. Darmstadt 1964, S. 188.

64 Heydorn, H. J.: Über den Widerspruch von Bildung und Herrschaft. Frankfurt 1979, S.117.

Instrumente des Geldsektors für die menschliche Emanzipation zum Ziel hat. Gleichwohl meint sie den Menschen in seiner Selbstverwirklichung, weil es um die wirtschaftliche Handlungsfreiheit und nicht darum geht, einen Verbraucher als reibungslos funktionierenden Nachfrager und Nutzer im Finanzdienstleistungsmarkt herzustellen. Im Sinne Humboldts könnte man daher die finanzielle Allgemeinbildung als spezielle Allgemeinbildung ansehen, die ihre Ideale aus der Allgemeinbildung, ihre Methodik jedoch aus der speziellen Bildung entlehnt.

Im Verlauf des 19. Jahrhunderts wurde die Funktionalisierung von Bildung durch das Bürgertum zum Ausweis ihrer "Klasse" (Bildungsbürgertum) gerade gegenüber Bauern und Arbeitern als Herrschaftsinstrument, mittelklassenmäßiger Abgrenzung kritisiert.⁶⁵ Für die ökonomische Bildung interessant ist dabei die Infragestellung eines rein geistigen Bildungsbegriffs, der die materiellen Verhältnisse, über die sich das Bürgertum ideologisch erhoben hatte, vernachlässigte. Bildung ist, wie W. Klafki⁶⁶ und H. J. Heydorn⁶⁷ es auch heute vertreten, nicht nur Teil der ideellen, sondern auch der materiellen Emanzipation von Unfreiheit. Der Zusammenhang von Gesellschaftsverfassung und Bildungsinstitutionen wird thematisiert.

Die bildungstheoretische Diskussion geht ohne Aufgabe des emanzipatorischen Anspruchs heute noch stärker auf die materiellen Lebenslagen zu und verlangt nicht nur, dass Bildung zu ihrer Bewältigung beizutragen habe, sondern auch über sie hinausweisen müsse.⁶⁸ Die Rückbesinnung auf pragmatische Bildungsideale, die sich eher an den beruflichen denn an den allgemein menschlichen Zielen orientierten und eine Antwort auf die Renaissance der Aufklärung im Bildungssystem in den frühen 70ern des letzten Jahrhunderts darstellte, hat jedoch durch die explosionsartige Entwicklung der „Informations- und Wissensgesellschaft“ mit ihrem Information Overkill eine immanente Beschränkung erfahren. Niemand kann heute voraussagen, welches konkrete Wissen der Mensch bereits in 10 Jahren braucht, um beruflich bestehen zu können.

Globalisierung, Entgrenzung, Individualisierung und Pluralisierung sowie die Entwicklung von Informationstechnik, Medien und Multi-Media haben grundlegende Konsequenzen für die Bedeutung von Bildung in der Gesellschaft. In der aktuellen öffentlichen Diskussion um eine umfassende Bildungsreform in Deutschland steht der Humboldtsche Gegensatz zwischen spezieller und allgemeiner Bildung in geläuterter Form wieder im Mittelpunkt.

Der Forderung nach langlebigen Wissensbeständen als Filter für die Fülle von Informationen steht die Forderung nach der Entwicklung einer Just-in-time-Mentalität gegenüber dem Wissen auf der anderen Seite gegenüber. Schwanitz als Vertreter der zuerst genannten Position grenzt die Information von der Bildung ab:

„Information und Bildung sind nicht identisch. Gewissermaßen ist sogar das eine des anderen Gegenteil. Information ist lediglich das Futter für die neuen Medien: Sie kön-

65 Vgl. Reinhold, Gerd; Pollak Guido; Heim, Helmut (Hg.), *Pädagogik-Lexikon*, München/Wien 1999, S.78-84.

66 Eberle, Prof. Dr. Gerhard; Hillig, Axel (Hg.): *Meyers Kleines Lexikon der Pädagogik*. Mannheim, Wien, Zürich 1988, S. 79.

67 Heydorn, H. J.: *Zu einer Neufassung des Bildungsbegriffs*. In: ders.: *Ungleichheit für alle*. Frankfurt 1980, S. 100.

68 Vgl. Eberle, Gerhard; Hillig, Axel (Hg.): *Meyers Kleines Lexikon der Pädagogik*. Mannheim, Wien, Zürich 1988, S. 78.

nen sie speichern, kopieren, und transformieren. Aber in ihrer beliebigen Abrufbarkeit bildet sie einen strukturlosen Haufen mit kurzer Verfallszeit. Bildung dagegen ist geordnetes Wissen von hoher Beständigkeit. Zugleich ist sie sozial, da sie sich an einer übergeordneten Idee von Zivilisation orientiert und mit anderen geteilt wird“.⁶⁹

Dem steht etwa die Auffassung von Boeckmann gegenüber, die sich allerdings speziell auf die Schule als Bildungsinstitution bezieht: „Die Grundidee der Schule, das Lernen auf Vorrat, das Einlernen eines Wissenskanons, der für ein ganzes Leben ausrüsten sollte, ist höchst fraglich geworden.“⁷⁰ Aufgabe der Schule sei es heute, die Menschen dahingehend auszubilden, sich jederzeit Wissen nach Bedarf verfügbar zu machen (Just-in-time-Mentalität gegenüber dem Wissen) und dieses dann zu bewerten.

Schließt die Vermittlung von anwendungsorientiertem Wissen und beruflicher Qualifikation mit immer schnelleren Verwerfungen und Aktualisierungszwängen („Lebenslanges Lernen“) auf immer mehr Gebieten ein Humboldtsches Ideal von einer „allgemeinen Stärkung und Erhöhung der menschlichen Kräfte“ oder Heydorns Forderung nach einem der Bildung implizierten „unverwechselbaren Beitrag zur gesellschaftlichen Entwicklung durch die Bildungsinstitutionen“ kategorisch aus? Oder kann nicht auch die Vermittlung von vorrangig anwendungsbezogenem Wissen zu einem Teil diese geforderten Elemente aufweisen und somit als Bildung im weiteren Sinne und nicht nur als bloße Anpassung der Menschen an gesellschaftliche und/oder ökonomische Gegebenheiten im Sinne des Utilitarismus gesehen werden?

Im Bereich der finanziellen Allgemeinbildung, die auf Grund ihrer Ausrichtung auf den Reproduktionsbereich von vornherein nicht auf die berufliche Bildung reduziert werden kann, erweist sich der Gegensatz als immanent. Das System der Finanzdienstleistungen ist sicherlich ein mit hoher Geschwindigkeit sich veränderndes System. Bei der Fülle der Informationen, die zu seinem Gebrauch zu verarbeiten sind, ist nicht einmal genügend Zeit, auf sprachlichem Gebiet deutsche Ausdrücke zu finden. So gesehen könnte man als Ideal eine "just-in-time" Bildung zur gebrauchsfertigen Unterstützung alltäglicher Nutzungs- und Einkaufsprozesse verlangen. Gerade eine solche Bildung würde aber wie ausgeführt die Reflexivität des Marktsystems ignorieren, bei der der Verbraucher als Nachfrage mit seinen Bedürfnissen die eigentlich entscheidenden Informationen an die Anbieterseite gibt, mit der dann wiederum Produkte und Dienstleistungen entwickelt werden, die ihre eigenen Bildungserfordernisse ausstrahlen. Bildung als Informationsverarbeitung zur Anpassung an das System hätte gerade für die Generierung von Armut verheerende Bedeutung, da das System selbst lernen muss, diese zu vermeiden.

Allerdings ergibt sich die Emanzipation des zu Bildenden im Gegensatz zur Humboldtschen Auffassung nicht bereits aus dem Prozess der Bildung, sondern erst in dem Prozess der entsprechenden Nutzung dieses Geldsystems. Damit muss finanzielle Bildung doch unmittelbar funktional für diesen Praxisbereich Wissen, Fähigkeiten und Kompetenzen bereitstellen, ohne aber dabei dem Praxisbereich die Definition des notwendigen Wissens allein zu überlassen.

Finanzielle Allgemeinbildung darf daher in der Tat nicht die "Abrufbarkeit eines strukturlosen Haufens von Informationen mit kurzer Verfallszeit" herstellen, sondern

69 Schwanitz, D.: Lieber gebildet als nur informiert. In: Die Welt vom 29.12.1999.

70 Boeckmann, K.: Der Mythos vom Wissenskanon. Warum betreiben die Schulen in Zeiten des Internet weiter ungerührt Wissensvermittlung? In: Süddeutsche Zeitung vom 13.07.2000.

muss "geordnetes Wissen von hoher Beständigkeit" vermitteln, das die Kompetenz nicht nur zur gefahrlosen und produktiven Nutzung, sondern auch zur sozialen Veränderung der unmittelbaren Wissensanforderungen selber gibt. Praktisch bedeutet dies, dass es keinen Sinn macht, eine aus fünf verschiedenen Verträgen bestehende Bausparsofortfinanzierung zu verstehen, die ohnehin auch nach der Rechtsprechung eine vor allem Unterschichten gefährdende und schädigende sowie intransparente Konstruktion der Wohnraumfinanzierung darstellt. Es genügt zu lernen, dass "Sparen auf Kredit" prinzipiell unsinnig ist, einfache Prozesse unnötig kompliziert und es Rechte gibt, um sich gegen dessen Auswirkungen zu wehren. Das Allgemeine ("Sparen auf Kredit") wird dann problembezogen am Besonderen ("Bausparsofortfinanzierung") erfahren und gelernt, um es gerade der Bildungszumutung, die diese Konstruktion enthält, entgegenzusetzen.

II. Ökonomische Bildung und Financial Literacy

1. Ökonomische Bildung in Deutschland

Die bildungstheoretischen Ansätze, wie sie in der allgemeinen Pädagogik diskutiert werden, haben sich für den Bereich der finanziellen Bildung noch nicht niedergeschlagen. Es gibt zwar, wie im zweiten Teil zu zeigen ist, eine Fülle von entsprechenden Bildungsmaterialien. Die allgemeine Diskussion der Pädagogen ist jedoch in Deutschland noch auf die Erschließung des allgemeineren Bereichs der ökonomischen Bildung konzentriert, während die angelsächsischen Länder entsprechend der höheren Entwicklung der Kreditgesellschaft in der "financial literacy" bereits einen eigenen Bereich sehen.

Das "Handbuch zur ökonomischen Bildung"⁷¹, das Standardkompendium für die Ausbildung von Handelslehrern und Wirtschaftspädagogen, konzentriert sich in seinen knapp 600 Seiten vor allem auf volkswirtschaftliche Zusammenhänge. Die Begriffe Finanzdienstleistungen, Kredit, Konsumentenkredit oder (Kapital-)Lebensversicherung kommen im Register nicht vor.

Wenn in der Literatur von ökonomischer Allgemeinbildung gesprochen wird, so handelt es sich dabei in aller Regel nicht um einen Teil klassischer Allgemeinbildung, sondern beruflich orientierte Wirtschaftspädagogik.⁷² Hier geht es nicht so sehr um Ziele wie um die Didaktik der Berufs-, Handels- und Wirtschaftsschulen im Zusammenhang von Erziehung, Ausbildung und Wirtschaft. Auch die Ökonomie des Bildungssektors wird hier einbezogen.⁷³ Die deutlich nicht am allgemeinen Bildungsideal, sondern an einem funktionalen Wissensbegriff orientierten Konzepte repräsentieren dabei im wesentlichen den wirtschaftswissenschaftlichen Fächerkanon an den Hochschulen, wo

71 May, H. (Hg.): Handbuch zur ökonomischen Bildung. München: 3. Auflage 1997.

72 Vgl. Kruber, K.P. (Hg.), Konzeptionelle Ansätze ökonomischer Bildung. Bergisch-Gladbach 1997; Brauer-Schröder, M.; Sellin, H. (Hg.): Technik, Ökonomie und Haushalt im Unterricht. Arbeitsorientierte Allgemeinbildung in Europa. Erste Bestandsaufnahme und Perspektiven. Baltmannsweiler: 1996; Weiss, R. (Hg.): Wirtschaft im Unterricht – Anspruch und Realität ökonomischer Bildung, Köln: 1998.

73 Vgl. Reinhold, Gerd; Pollak Guido; Heim, Helmut (Hg.), Pädagogik-Lexikon, München/Wien 1999, S. 551.

die allgemeine Ökonomie (Volkswirtschaftslehre, Makro-Ökonomie) der speziellen Ökonomie (Betriebswirtschaftslehre, Management) gegenübergestellt wird. Beide sind jedoch unmittelbar berufsbezogen.

Diese Ausrichtung schlägt sich auch darin nieder, dass der Bereich weniger von Pädagogen, sondern von Wirtschaftswissenschaftlern beherrscht wird, denen auch an den Universitäten die Handelslehrer zugeordnet sind. Philosophie und Pädagogik, Wirtschaftswissenschaft und Berufsausbildung sind Diskussionskreise, in denen eher unabhängig voneinander die Fragen der Allgemeinbildung und der ökonomischen Bildung abgehandelt werden.

Allerdings ist die Diskussion im Umbruch. Über die beruflich orientierte Wirtschaftspädagogik weit hinausgehend wird der Ruf auf Einbeziehung des Wirtschaftswissens in die Inhalte des allgemeinbildenden Teils der Schule lauter. Die Deutsche Gesellschaft für ökonomische Bildung, die Bundesarbeitsgemeinschaft „Schule – Wirtschaft“, das Deutsche Aktieninstitut, die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, der Deutsche Gewerkschaftsbund ebenso wie der Deutsche Lehrerverein und der Deutsche Elternverein sehen die ökonomische Bildung in der Schule als notwendigen Bereich einer umfassenden Allgemeinbildung in der heutigen Gesellschaft. Während die einen dabei ein eigenständiges Schulfach Wirtschaftskunde verlangen, befürworten die anderen eine Integration ökonomischer Inhalte in bereits bestehende Schulfächer wie Politik, Sozialkunde, Geschichte oder Erdkunde.⁷⁴

Vom Inhalt her unterscheiden sich diese Forderungen von den bisherigen an Berufs- und Handelsschulen sowie Wirtschaftsgymnasien orientierten ökonomischen Fächern dadurch, dass sie vor allem Grundwissen im Sinne einer wirtschaftswissenschaftlichen Allgemeinbildung verlangen. Ökonomische Allgemeinbildung solle in erster Linie makroökonomisch ausgerichtet sein.⁷⁵ Konkret handlungsbezogene Inhalte, die auch die Finanzdienstleistungen berühren, finden sich in den unterschiedlichen Konzeptionen einer ökonomischen Bildung im schulischen Bereich lediglich dort, wo der private Haushalt als in sich geschlossene Wirtschaftseinheit⁷⁶ behandelt werden soll, sowie auf der „Ebene des Individuums“.⁷⁷

74 Siehe beispielsweise Klägen, M.: Schulfach Wirtschaft? Kinder wollen mehr über Ökonomie wissen. Aber das Bildungswesen macht es ihnen schwer. In: Die Zeit vom 31.08.2000, S. 20; Kraus, J. Junge Menschen brauchen ökonomische Bildung. Eine Voraussetzung für die Teilhabe an der Gesellschaft. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10.06.2000, S. 15; o.V.: Wirtschaft soll neues Schulfach werden. In: Die Welt vom 22.08.2000, S. 5; o.V.: Rüdiger von Rosen: Die Förderung der ökonomischen Bildung ist angewandte Sozialpolitik. Das Deutsche Aktieninstitut präsentiert einen Drei-Punkte-Plan für die Einführung des Fachs Wirtschaft an den Schulen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 09.09.2000.

75 Vgl. Kraus, J. Junge Menschen brauchen ökonomische Bildung. Eine Voraussetzung für die Teilhabe an der Gesellschaft. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10.06.2000, S. 15 (Kraus ist Vorsitzender des Deutschen Lehrerverbandes).

76 Vgl. Deutsches Aktieninstitut: Memorandum zur ökonomischen Bildung. Ein Ansatz zur Einführung eines Schulfaches Ökonomie an den allgemeinbildenden Schulen (vom Beirat für ökonomische Bildung des Deutschen Aktieninstituts e.V.). 2. Auflage. Frankfurt am Main, Oktober 1999.

77 Vgl. BDA, DGB, Deutscher Elternverein, Verband Deutscher Realschullehrer, Deutsche Gesellschaft für ökonomische Bildung: Wirtschaft – notwendig für schulische Allgemeinbildung. Gemeinsam Initiative von Eltern, Lehrern, Wissenschaft, Arbeitgebern und Gewerkschaften. Berlin 2000.

Insgesamt muss man daher bei einem notwendig flüchtigen Überblick über die einschlägigen Publikationen davon ausgehen, dass die Diskussion um die finanzielle Allgemeinbildung als Teil der Allgemeinbildung noch nicht begonnen hat. Die Diskussion um ihre Voraussetzungen in der allgemeinen Bildungsdiskussion steht ebenfalls noch am Anfang, so dass die allgemeine Bildungsdiskussion zunächst die Wirtschaft umfassen muss und die Wirtschaftspädagogik sich von ihrer rein beruflichen Orientierung zur allgemeinen Lebenssphäre der Menschen und ihren wirtschaftlichen Dimensionen fortentwickeln muss.

Insoweit kann der hier verfolgte Ansatz, mit den emanzipatorischen Inhalten in der (subjektiven) Armutsbekämpfung bei Finanzdienstleistungen zur allgemeinen Bildungsdiskussion aufzuschließen, vielleicht Anregungen geben.

2. Financial Literacy in den angelsächsischen Ländern

In den USA und England, wo der Zwang zur Nutzung von Finanzdienstleistungen durch entsprechend höhere Anforderungen an die Kapitalbeschaffung im Konsumsektor erheblich höher ist als in Kontinentaleuropa, ist die Kreditgesellschaft mit einer etwa doppelt so hohen Verschuldung der Verbraucher nicht nur materiell, sondern auch in den Wissensanforderungen weiter fortgeschritten. Ohne Zugang zu Finanzdienstleistungen sind die Bürger in Großbritannien ebenso wie in den USA praktisch von allen wichtigen gesellschaftlichen Funktionen kompensationslos ausgeschlossen. Mit durchschnittlich 1,3 Millionen Verbraucherkonkursen pro Jahr, bei denen alle diejenigen nicht mitgerechnet sind, bei denen sich dieses Verfahren nicht einmal mehr lohnt, ist die Überschuldungsrate so hoch, dass Armut und Überschuldung sowie Armut und Ausschluss von Finanzdienstleistungen (Exklusion) zu Synonymen geworden sind.

Um diesen Tendenzen entgegenzuwirken und die inzwischen insgesamt negative Sparquote umzukehren, wird der finanziellen Allgemeinbildung eine wesentliche Bedeutung beigemessen, die sich in einer Vielzahl von Einrichtungen und Materialien niederschlägt, die unten noch skizziert werden sollen. Die Anstrengungen, die inzwischen auch ihren Niederschlag in dem Gesetzgebungsvorschlag einer Verpflichtung zur finanziellen Allgemeinbildung vor Antritt des Verbraucherkonkurses finden, kreisen um den Begriff der "financial literacy", was zu Deutsch als "finanzielles Alphabetentum" übersetzt werden könnte.

Der Begriff bezieht sich darauf, dass alle Personen, die mit Finanzdienstleistungen zu tun haben, deren Begrifflichkeit und Mechanismen wenigstens im Ansatz verstehen müssten. Ebenso wie der Kampf gegen das Analphabetentum den Weg zur Schriftsprache öffnet, soll ein finanzielles Alphabet gelernt werden, das die Teilhabe am Finanzdienstleistungssystem eröffnet. Der Begriff, den wir in dieser Untersuchung bewusst nicht übernommen haben, transportiert dabei eine Ideologie, die ähnlich wie bei der Schriftsprache suggeriert, die Teilnahme hinge nur davon ab, dass man die Zeichen beherrscht. Wie oben gezeigt, sind aber nicht nur Ausschluss, sondern auch Fehlgebrauch des Systems von weiteren Faktoren abhängig, die nicht ohne weiteres bewältigt werden können.

Schaut man sich die Definitionen von financial literacy genauer an, dann findet man darin allerdings auch die Elemente, die über die bloße Anpassung an die Finanzdienstleistungen, wie das Erlernen einer feststehenden Sprache, hinausgehen.

Die National Community Reinvestment Coalition (Washington, USA) (NCRC) - eine Organisation alternativer Anbieter von Finanzdienstleistungen, insbesondere aber auch soziale Kreditgenossenschaften, die zur Belebung von strukturschwachen Stadtteilen Finanzdienstleistungen an sozial Schwache anbieten und dabei als "Bankersatz" erhebliche staatliche Unterstützung genießen - hat in ihrer Financial Literacy Campaign⁷⁸ mit Blick auf Geringverdiener und Kleinunternehmer Financial Literacy wie folgt definiert:

Finanzielle Alphabetisierung ist ein Prozess, durch den eine Privatperson oder eine Familie durch Veränderung grundsätzlicher Verhaltensweisen wie z.B. der Eröffnung eines Spar- oder Girokontos, um Schecks oder Geldanweisungen einzulösen statt zu teuren Scheckeinlösegeschäften zu gehen, einige Dollars pro Woche und damit Hunderte von Dollars im Jahr sparen sollen. Sie schafft ein grundsätzliches Verständnis von Bankgeschäften und Sparvorgängen und vermittelt die Bedeutung, die ein guter Kredit für Geringverdiener hat, um ein Haus zu kaufen oder eine selbstständige Existenz zu gründen. Dies unterstützt die wirtschaftliche Stabilität in einem Stadtviertel.

Finanzielle Alphabetisierung ist ebenso wie die Bildung von Vermögen ein Prozess. Er beginnt mit Bildung und Verstehen. Wenn die Grundlagen verstanden wurden, werden sich auch grundlegende Verhaltensweisen ändern - langsam aber sicher. Es werden dann grundlegende Veränderungen eintreten, die die Fähigkeit des einzelnen erhöhen, an dem örtlichen Gemeinschaftsleben (als Stakeholder) teilzunehmen.⁷⁹

Die Definition stellt einseitig auf die Veränderung des Verbraucherverhaltens ab und schreibt deren Verhaltensänderung objektive Wirkungen zu.

Noch deutlicher wird diese Zentrierung auf das Verbraucherverhalten in der Aufgabe, die sich die wohl größte US-amerikanische Organisation zur Förderung der finanziellen Allgemeinbildung von Jugendlichen unter 18, die von vielen Anbietern und staatlichen Stellen getragene Jump\$art Coalition, gesetzt hat. Finanzielle Allgemeinbildung ist hier begrenzt auf die informierte Führung des Haushaltsbudgets.⁸⁰

In ihren 12 Regeln, die jeder Jugendliche zu beachten habe, geht es darum, 1. sein Einkommen zu kennen, 2. für Unvorhergesehenes Geld zurückzulegen, 3. jung mit dem Sparen anzufangen, 4. Zinssätze zu vergleichen, 5. keinen Kredit aufzunehmen, den man nicht zurückbezahlen kann, 6. eine rationale Haushaltsführung zu betreiben, 7. auszurechnen, wie lange man braucht, um sein Geld zu verdoppeln (mit der 78er Regel), 8. erkennen, dass hohe Rendite zumeist auch hohes Risiko bedeutet, 9. wissen, dass von Nichts Nichts kommt, 10. seine finanziellen Ziele für die Zukunft definieren, 11. wis-

78 „NCRC created the Financial Literacy Campaign to help bring low-to-moderate income communities, individuals, small businesses and minorities onto the financial mainstream.“ National Community Reinvestment Coalition: Financial Literacy Campaign. Washington: o.J. (Informationsbroschüre). Vgl. auch im Internet <http://www.ncrc.org/FinLit/Finlitindex.html>.

79 National Community Reinvestment Coalition: Financial Literacy Campaign. Washington: o.J. (Informationsbroschüre), zweite unnummerierte Seite. Vgl. auch im Internet <http://www.ncrc.org/FinLit/Finlitindex.html>.

80 "The Jump\$art Coalition for Personal Financial Literacy seeks to improve the personal financial literacy of young adults. Jump\$art's purpose is to **evaluate** the financial literacy of young adults; develop, disseminate, and encourage the use of standards for grades K-12; and promote the teaching of personal finance. The Jump\$art Coalition believes that all young adults need to have the financial literacy necessary to make informed financial decisions. " (<http://www.jumpstartcoalition.org>).

sen, dass die eigene Kreditgeschichte zugleich auch die Kreditzukunft ist, 12. Versicherungen gegen Krankheit und Unfall abzuschließen.

Die Nationale Stiftung für financial literacy will dazu verhelfen, dass alle Amerikaner das notwendige Wissen und die notwendigen Fähigkeiten erwerben, um ihre eigenen Finanzen richtig zu führen.

Verbraucherrechte ebenso wie eine Veränderung des Angebots oder das Durchschauen von Problemen auf der Angebotsseite werden dabei ebenso wenig thematisiert, wie etwa eine kritische Hinterfragung der Gesamttendenzen in den USA, wo nach der offiziellen Statistik der Zugang bei Finanzdienstleistungen für Arme trotz erheblichen Drucks auf die Banken mit dem Community Reinvestment Act⁸¹ und scheinbar guten Arbeitsmarktdaten immer schwieriger wird, die Sparquote abnimmt und die Verschuldung weiter ansteigt.

Demgegenüber versucht das Woodstock Institute in Chicago, das als unabhängige Forschungseinrichtung seit Jahren die Community Reinvestment Berichte für Chicago schreibt und für die Bewegung der Stadtteilinitiativen arbeitet, Financial Literacy differenzierter zu sehen. Zwar hält auch dies Institut die finanzielle Allgemeinbildung für einen Unterbereich vom "Wissen um Geld und der Fähigkeit des Umgangs mit Geld" („Money knowledge and skills“). In der finanziellen Allgemeinbildung sind aber auch Verbraucherrechte und Qualitätsvergleiche einbezogen.

Das Wissen über Geld und die Fähigkeit damit umzugehen, kann in drei Bereiche zerlegt werden, die alle jeweils unterschiedlich dazu beitragen, dass der einzelne produktiv an der Wirtschaft teilhaben kann.

Der erste und weiteste Bereich ist die ökonomische Bildung bzw. das allgemeine Wissen darüber, wie Wirtschaft funktioniert. Dieses Konzept umfasst den Umgang mit knappen Gütern, Preise und das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage, Märkte, Inflation, Arbeitslosigkeit, Preiskontrollen, Aktien, rechtliche Regulierung, Geldpolitik und internationalen Handel.

Der zweite damit verbundene Bereich ist die Verbraucherbildung, d.h. das Wissen über Rechte und Pflichten der Teilnehmer am Marktgeschehen und die Fähigkeit, Preise und Qualität zu vergleichen, um informierte Erwerbsentscheidungen treffen zu können.

Die dritte Kategorie ist die finanzielle Allgemeinbildung, d.h. Wissen über die eigenen Finanzen und die Fähigkeit, damit umzugehen. Finanzielle Allgemeinbildung umfasst die Fähigkeit Finanztermini zu verstehen und das Verständnis fachmännisch in entsprechendes Verhalten umzusetzen. Themenbereiche dabei sind Sparen, Zinsen, Führung eines Haushaltsbudgets, Abschluss von Versicherungen, Umgang mit Krediten, sowie der Kontakt mit Finanzdienstleistern. Finanzielle Allgemeinbildung umfasst das Mindestmaß an Wissen, das notwendig ist, um produktiv mit der Wirtschaft umzugehen. Es umfasst die grundlegenden Werkzeuge die notwendig sind, um die täglich notwendigen Entscheidungen zum Geld zu treffen. Von allen drei Bereichen des Umgangs mit Geld ist die finanzielle Allgemeinbildung für die unteren Einkommenschichten die wichtigste. Ohne sie wird es kein Geld für Investitionen im Haushalt geben und ohne sie wird auch kein Warenvergleich stattfinden.⁸²

81 Vgl. dazu Reifner, U. Community Banking und Regionalprinzip – Ein deutsch-amerikanischer Vergleich, in Bundesverband deutscher Stiftungen e.V. (Hrsg.) Sparkassenstiftungen, Bd. 5 Berlin 2001, S.45 – 52; Reifner, Udo/Evers, J. /Siebert, Diana, Community Reinvestment - Eine amerikanische Besonderheit für den deutschen Banken- und Sparkassenmarkt? Schriften des Institut für Finanzdienstleistungen e.V. Bd. 1 Nomos: Baden-Baden 1998.

82 Jacob, K.; Hudson, Sh.; Bush, M.: Tools for Survival. An Analysis of Financial Literacy Programs For Lower-Income Families. Dearborn/Chicago: 2000 (Woodstock-Studie). S. 8f.

Der Bereich der economic literacy deckt sich dabei in etwa mit den deutschen Konzepten zur ökonomischen Bildung in der Schule.⁸³ Consumer literacy deutet auf Verbraucherbildung hin, während Financial literacy doch eher die traditionelle Haushaltsbildung betrifft.

In einer britischen Studie zu Financial Literacy bei Erwachsenen im Auftrag des NatWest Charitable Trust sehen Schagen und Lines Financial Literacy als "die Fähigkeit an, in Bezug auf den Gebrauch sowie die Verwaltung von Geld informierte Urteile und Entscheidungen zu treffen. Dazu sollen drei wichtige Kompetenzen gehören: finanzielle Planung (financial planning), Problemlösung und Entscheidungsfindung. Diese Kompetenzen müssen mit Fähigkeiten begleitet werden, die financial literacy ausmachen wie das Verstehen zentraler Grundlagen der Haushaltsführung, ein Arbeitswissen über Finanzdienstleister, Systeme und Angebote, allgemeine und spezifische Fertigkeiten sowie Einstellungen, die ein effektives und verantwortliches Management der finanziellen Angelegenheiten ermöglichen."⁸⁴

Auch diese Definition fasst Bildung nur im Sinne einer Befähigung zur Nutzung, nicht aber im Sinne emanzipatorischer Ansätze für ein reflexives System auf.

Insgesamt spiegelt sich damit in den anglo-amerikanischen Ansätzen der finanziellen Allgemeinbildung letztlich nur die Einstellung, die auch dem common law eigen ist, wonach die vertragliche Eigengestaltung den Vorzug vor Mindeststandards und staatlichen Rahmenbedingungen erhält. Das Fehlen sozialen Verbraucherschutzes in diesen Rechtsordnungen ebenso wie das Fehlen staatlichen Engagements in der unmittelbaren Kreditvergabe führt zu relativ reinen marktwirtschaftlichen Zielen, denen sich die Verbraucher anzupassen haben. Informationeller Verbraucherschutz, wie er im US-amerikanischen Uniform Consumer Credit Act sowie in seiner englischen Entsprechung des Consumer Credit Act verankert ist, lässt wenig Raum für soziale Schranken und vertraut auf die Selbstheilungskräfte des Marktes. Die weit kritischere Haltung der kontinentaleuropäischen Rechtsordnungen zum Finanzmarkt, wie sie sich im Konzept der sozialen Marktwirtschaft sowie im Sozialstaatsprinzip niederschlägt, muss daher zwangsläufig auch eine spezifisch kontinentaleuropäische Form der finanziellen Allgemeinbildung hervorbringen. Diese gleichermaßen gegenüber Verbrauchern wie Anbietern kritische Variante, wie sie hier skizziert wird, kann immerhin für sich beanspruchen, dass in ihrer materiellen Form des sozialen Verbraucherschutzes sowie staatlicher Verantwortung die Diskriminierungsprozesse zur prozeduralen Armut bei weitem nicht so weit fortgeschritten sind wie in den angelsächsischen Ländern.

3. Begriff und Ziele der finanziellen Bildung

Dem Konzept der finanziellen Bildung liegt ein klar umrissener Bildungsbegriff zugrunde, aus dem heraus sich die jedem Bildungsprozess impliziten Bildungsziele auf kollektiver/gesellschaftlicher Ebene ableiten lassen. Im Rahmen einer einfachen Gegenüberstellung von Allgemeinbildung und fachlicher Ausbildung soll finanzielle Bildung hier als Allgemeinbildung im Sinne des klassischen Verständnisses gesehen werden. Sie

83 Vgl. unten E II

84 Schagen, S.; Lines, A.: *Financial Literacy in Adult Life. A Report to the NatWest Group Charitable Trust*. Slough: 1996. S. 91.

wendet sich an einen breiten Kreis der Öffentlichkeit und ist auf die Bewältigung alltäglicher Probleme ausgerichtet, soll aber keine Spezialkenntnisse für berufliche oder sonstige nur in Einzelfällen auftretende Lebenssituationen liefern.

Einschlägige Wörterbücher der Pädagogik haben keine Eintragungen zur Allgemeinbildung⁸⁵, oder verweisen unter dem Stichwort nur auf den allgemeinen Begriff „Bildung“, wo der Begriff „Allgemeinbildung“ dann zwar erwähnt, aber nicht behandelt wird.⁸⁶ Nur wenige Pädagogen haben sich dezidiert mit dem Thema Allgemeinbildung auseinandergesetzt. Klafki führt zur Allgemeinbildung aus: „Sie muss, wenn Bildung tatsächlich als demokratisches Bürgerrecht und als eine Bedingung der Selbstbestimmung anerkannt wird, Bildung für alle sein. [...] Allgemeinbildung muss verstanden werden als Aneignung der die Menschen gemeinsam angehenden Frage- und Problemstellungen ihrer geschichtlich gewordenen Gegenwart und der sich abzeichnenden Zukunft und als Auseinandersetzung mit diesen gemeinsamen Aufgaben, Problemen, Gefahren. [...] Allgemeinbildung muss [...] als Bildung in allen Grunddimensionen menschlicher Interessen und Fähigkeiten verstanden werden.“⁸⁷

In der heutigen Zeit, in der die Kenntnis über Finanzdienstleistungen für ein unabhängiges und wirtschaftlich erfolgreiches Leben immer wichtiger wird und zum Alltag gehört, weist die finanzielle Bildung neben der Erlangung von finanziellem Wissen in Form von problemorientierten Produktanwendungskenntnissen ebenfalls Elemente einer Bildungskonzeption nach dem Leitbild eines aufgeklärten Bürgers in einer demokratischen Gesellschaft auf. Dies geschieht, indem zum einen das individuelle Ziel verfolgt wird, dem einzelnen den Umgang mit Finanzdienstleistungen im Sinne seiner Bedürfnisse zu erleichtern. Darüber hinaus soll diese „Stärkung der einzelnen“ aber gleichzeitig und in reflexiver Weise das kollektive Ziel einer Anpassung des Systems bzw. des Angebots von Finanzdienstleistungen an deren Bedürfnisse nach sich ziehen. Bildungsangebote müssen somit nicht nur auf bestehende Problematiken bezüglich des Umgangs mit Finanzdienstleistungen (Überschuldung, prozedurale Armut) reagieren, sie sollten darüber hinaus auch für den einzelnen präventiv Gefahren vermeiden helfen. Schließlich können sie auch zu einer für die Ärmeren günstigeren Entwicklung beitragen, indem durch größere Verhandlungssicherheit und verändertes Bewusstsein dieser Bevölkerungsgruppe auch deren Marktmacht gestärkt wird und so eine Rückwirkung auf das Angebot von Finanzdienstleistungen stattfindet. Finanzielle Bildung soll somit die Bevölkerung nicht lediglich – wie einige bestehende Bildungsansätze es tun – im System der Finanzdienstleistungen funktionsfähig, sondern darüber hinaus kritikfähig und mündig machen, indem die einzelnen sich selbst als Akteure innerhalb des Systems wahrnehmen.

Der hier zugrunde liegende Bildungsbegriff kann zum einen als sozialpraktischer Begriff gemäß Kaminski verstanden werden. Bildung ist hier „die Ausstattung des Individuums mit jenen Kenntnissen, Fähigkeiten, Einsichten, Werthaltungen, die ihm die Be-

85 Vgl. Weber, E.; Domke, H.; Gehlert, S.: Kleines sozialwissenschaftliches Wörterbuch für Pädagogen, Donauwörth 1994; Reinhold, G.; Pollak G.; Heim, H. (Hg.): Pädagogik-Lexikon, München/Wien 1999; Kaiser, F.-J.; Paetzold, G. (Hg.): Wörterbuch Berufs- und Wirtschaftspädagogik, Bad Heilbrunn 1999.

86 Vgl. Horney, W.; Ruppert, J. P.; Schulze, W.: Pädagogisches Lexikon in zwei Bänden, Gütersloh, 1970.

87 Klafki, W.: Neue Studien zur Bildungstheorie und Didaktik. Zeitgemäße Allgemeinbildung und kritisch-konstruktive Didaktik. Weinheim und Basel: 1996, S. 53f.

wältigung seiner Lebenssituation ermöglicht und es in die Lage versetzt, seine eigene individuelle und soziale Identität zu entwickeln. Nach diesem Verständnis muss sich Bildung auf Anforderungen und Herausforderungen beziehen, die sich dem Individuum in einer bestimmten historischen Situation stellen.“⁸⁸ Darüber hinaus betont der hier verwendete Bildungsbegriff jedoch den emanzipatorischen Aspekt von Bildung (Klafki). Bildung dürfe demnach nicht nur auf gesellschaftliche Bedingungen reagieren, sondern müsse sie auch selbst mitgestalten.⁸⁹

Gemäß Kruber „sollten in Bildungsprozessen die Leitziele begründet und offen gelegt werden. Bildungskonzepten liegt stets ein – im Idealfall empirisch gesichertes – Bild des Menschen, seiner Motive und Verhaltensweisen in der Gesellschaft zugrunde und eine Vorstellung darüber, welche Erkenntnisse, Einsichten, Einstellungen und Verhaltensweisen der ‚gebildete Mensch‘ aufweisen sollte.“⁹⁰

Das Ziel finanzieller Bildung ist es, den Menschen zu helfen, finanzielle Handlungskompetenz⁹¹ (Sach-, Methoden- und Sozialkompetenz) in allen sie betreffenden Lebenszusammenhängen zu entwickeln. Insbesondere richtet sich dieses Bemühen an von Armut betroffene oder an von Armut bedrohte Personen. Im Rahmen der modernen Kredit- und Dienstleistungsgesellschaft ist finanzielle Handlungskompetenz eine Schlüsselqualifikation zur sinnvollen und nachhaltigen Lebensführung, insbesondere um temporäre wirtschaftliche Krisen zu überwinden, oder solche allgemeinen Krisen oder Ereignisse, die wirtschaftliche Folgen zeitigen. Dies sind auch alltägliche Ereignisse wie Ausbildung, Kindererziehung, schwere Krankheiten, die die Fähigkeit zum Geldverdienen vorübergehend herabsetzen. Finanzielle Bildung ist ein entscheidender Baustein, um solche Phasen sinnvoll gestalten zu lernen, worin eine Parallele zur Diskussion um ökonomische Bildung gesehen werden kann: „Ökonomische Bildung soll Hilfen bieten auf dem Wege zur Mündigkeit des Menschen, indem sie grundlegende Befähigungen zur selbstbestimmten und verantwortungsbewussten Gestaltung des Lebens in der Gesellschaft vermittelt.“⁹² So soll die Erlangung einer umfassenden Handlungskompetenz bezüglich des Systems der Finanzdienstleistungen zum einen individuelles Fehlverhalten der einzelnen verhindern. Gleichzeitig und untrennbar damit verbunden soll sie sich aber auch auf die Bewusstwerdung der Bedeutung struktureller

88 Kaminski, H.: Die Bedeutung der ökonomischen Bildung in allgemein bildenden Schulen. In: Sparkasse 9/2000 (117. Jahrgang). S. 389.

89 Klafki, W.: Neue Studien zur Bildungstheorie und Didaktik. Zeitgemäße Allgemeinbildung und kritisch-konstruktive Didaktik. Weinheim und Basel: 1996. S. 49.

90 Kruber, K.P. (Hg.), Konzeptionelle Ansätze ökonomischer Bildung. Bergisch-Gladbach 1997, S. VII.

91 Handlungskompetenz und nicht etwa bestimmtes theoretisches wirtschaftswissenschaftliches Wissen oder die Überfrachtung mit Wissen aus dem Finanzdienstleistungsbereich als Ziel finanzieller Bildung zu definieren, ist ein Ansatz, der sich auch in der einschlägigen Forschungsliteratur findet. Steinmann definiert *ökonomische Handlungsfähigkeit* so: „(Mitwirkung und Teilhabe an) Entscheidungen und Handlungen in Situationen und Entwicklungen des ökonomisch geprägten gesellschaftlichen Zusammenlebens mit dem Ziel der individuellen Entfaltung, sozialen Gestaltung und Schaffung einer lebenswerten Gesellschaft.“ (Steinmann, B.: Das Konzept ‚Qualifizierung für Lebenssituationen‘ im Rahmen der ökonomischen Bildung heute. In: Kruber, K.-P. (Hg.): Konzeptionelle Ansätze ökonomischer Bildung. Bergisch-Gladbach: 1997. S. 10.).

92 Steinmann, B.: Das Konzept ‚Qualifizierung für Lebenssituationen‘ im Rahmen der ökonomischen Bildung heute. In: Kruber, K.-P. (Hg.): Konzeptionelle Ansätze ökonomischer Bildung. Bergisch-Gladbach: 1997. S. 2.

Gegebenheiten (Anbieterinteressen, Produktmechanismen) im Finanzdienstleistungsbereich für die jeweils individuelle Situation und das daraus resultierende Auftreten gegenüber den Anbietern von Finanzdienstleistungen erstrecken. Durch den Intermediär des Gebers von Bildung und durch die gesteigerte Handlungskompetenz der Nehmer sollen die Anbieter bewegt werden, die als mangelhaft erkannten Finanzdienstleistungen zu verbessern. Im Rahmen des Bildungsprozesses soll also eine Rückwirkung der Bildung auf ihren Gegenstand (System der Finanzdienstleistungen/Finanzdienstleistungsprodukte) gefördert werden.

Diese Rückwirkung finanzieller Bildung auf ihren Gegenstand kann auch als Interdependenz von Bildung bzw. Bildungsinstitutionen und Gesellschaft im Sinne Heydorns gesehen werden. Finanzielle Bildung leistet mit ihrem Ziel der Einflussnahme auf bestehende Angebotsstrukturen im Finanzdienstleistungsbereich und deren Weiterentwicklung im sozialverträglichen Sinne, welches über eine individuelle Ebene hinaus geht, auch einen eigenen, verändernden, unverwechselbaren Beitrag zur gesellschaftlichen Entwicklung (Heydorn) und weist somit auch ein emanzipatorisches Element auf, wie Klafki dies fordert.

III. Pädagogische Ansätze zur finanziellen Bildung

1. Lehrinstanzen: Lehren wo gelernt wird

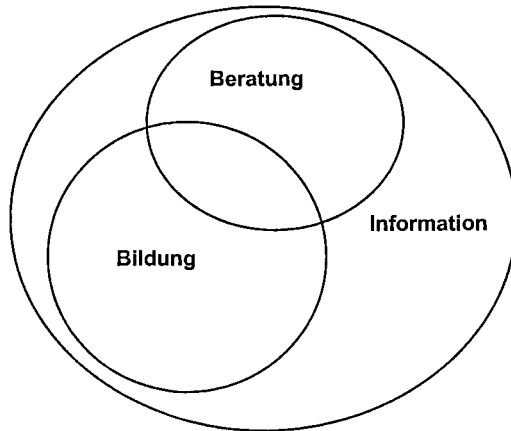
Pädagogik beschäftigt sich mit den Methoden des Lehrens und Lernens. Während im ökonomischen Teil die Anforderungen einer Praxis, die die Emanzipation von Armut bei der Nutzung von Finanzdienstleistungen zumindest befördern soll, sich als unmittelbare Lernerfordernisse für die Wirtschaftsakteure im System definieren lassen, geht es der Pädagogik um die Rolle eines Dritten, des Lehrers, in dem Prozess der Bildung. Der Pädagoge⁹³ schiebt sich zwischen die Interakteure in der Praxis. In aller Regel nimmt er an dem praktischen Prozess, für den er vorbereitet, selber nicht teil. Der Erfolg bei einer praxisorientierten Pädagogik hängt aber neben dem Eingehen auf die spezifischen Lernbedingungen seiner Schüler entscheidend davon ab, inwieweit der Pädagoge die durch ihn vorzubereitende Praxis in seiner Lehre vorwegnehmen kann.

Finanzielle Allgemeinbildung erfordert eine solche praxisorientierte Pädagogik. Allerdings kann der Begriff des Pädagogen hier nicht zu eng gefasst werden. Bereits in der allgemeinen Pädagogik geht es nicht nur um den Lehrer in der Schule. Eltern, Dozenten in der Fort- und Weiterbildung, Pastore und Festredner ebenso wie der Meister in der Lehrlingsausbildung sind ebenfalls "Erzieher" und nehmen dabei pädagogische Funktionen wahr, auch wenn ihnen die entsprechende wissenschaftliche Ausbildung fehlt.⁹⁴

93 (griech. = Knabenführer) Sklave, der Kinder beaufsichtigte und unterrichtete (<http://www.paedagoge.de/>).

94 Insofern ist die Definition des Pädagogen als "wissenschaftlich ausgebildeter Erzieher und Erziehungswissenschaftler" (<http://www.paedagoge.de/lexikon/begriffe/begriffe.html>) eher eine Wunschvorstellung denn Realitätsbezeichnung, da z.B. als Professoren (lat.: Lehrer) keinerlei pädagogische Ausbildung erhalten haben.

Die Fokussierung der Pädagogik auf den Lehrer und hier insbesondere den Schullehrer bei Kindern hat eher etwas mit seiner Professionalisierung denn mit seiner Funktion zu tun. Mit den Begriffen "Learning by doing", "Selbststudium", "gruppenorientiertes Lernen" und "lebenslanges Lernen" werden Bereiche des Lernens definiert, in denen der Lernende zugleich auch der Lehrende ist. Für die finanzielle Allgemeinbildung ist



dies insoweit entscheidend, als sie prozessnah in Augenblicken und Lebensabschnitten erfolgen muss, in denen eine spezifische Konfrontation mit den Problemen des Finanzdienstleistungssektors erfolgt. Ein "Vorratslernen" ist daher nur begrenzt möglich, zumal die Lernbedürfnisse auch in den je spezifischen Bedingungen, in denen die Probleme erfahren werden, unterschiedlich sein müssen. Wir brauchen daher in der finanziellen Allgemeinbildung eher einen funktionalen Begriff des Pädagogen.



"Lehrer" in der finanziellen Allgemeinbildung ist jede Person, die in Bezug auf den Prozess des Erwerbs und der Nutzung von Finanzdienstleistungen Wissen, Fähigkeiten, Fertigkeiten und soziale Kompetenz für diesen Prozess an die Betroffenen vermittelt.

Der Vorteil eines funktionalen Begriffs des Pädagogen besteht in seiner Praxisnähe, die das Lernen entsprechend den inhaltlichen und methodischen Vorgaben wahrscheinlicher macht als es die Schule anzubieten vermag. Da empirisch ermittelt wird, wo die Menschen im Bereich der Finanzdienstleistungen tatsächlich "lernen", wird eine Beeinflussung dieses Lernens durch ein reflektiertes "Lehren" eher die Chance der Gestaltung haben, als ein Lernen in abstrakten Situationen, in denen das Lernen erst generiert werden muss.

Damit treten neben die Schule als Lehrinstanz bei Finanzdienstleistungen die Medien mit ihrem Informationsangebot ebenso wie die Anbieter von Finanzdienstleistungen mit ihren Beratungen, Aufklärungen und Information sowie Freunde und Bekannte, die in den meisten Fällen der Nutzung von Finanzdienstleistungen befragt werden. Ferner kommen alle problemspezifisch in diesem Bereich tätigen Berater wie Schuldner- und Verbraucherberater infrage. (Hinweis: wofür stehen in der obigen Grafik diese kurzen Striche?) Bildung positioniert sich damit neben seiner eigenständigen Bedeutung in Schule und Ausbildung als überschneidender Kreis mit Information (Medien, Bücher,

Werbung) und Beratung (Kundenberatung, Schuldner- und Verbraucherberatung, Beratung im Freundeskreis). Gerade diese überlappenden Bereiche haben dabei für die finanzielle Allgemeinbildung besondere Bedeutung.

Tabelle 8: Praxisnähe und Bildungseinrichtung

Theoretisch, abstrakt			Praxis- und problemnah, eigeninteressiert	
Professionell, didaktisch, gezielt 	Schulen, Universitäten	Berufsbildende Schulen		?
		Weiterbildung		Schuldner-, Verbraucherberatung
Unpädagogisch, akzessorisch, anders interessiert 	Moralische Instanzen (Religion, Politik)		Medien	Kundenberatung
			Werbung, Selbstinformation	Freunde, Bekannte

Die Nachteile dieser nur funktionalen Lehrer liegen aber ebenso auf der Hand: sie verfolgen teilweise Eigeninteressen und sind nicht unbedingt an den Zielen emanzipatorischen Verhaltens bei Finanzdienstleistungen interessiert (Anbieter, Presse), sie sind nicht geschult und wollen sich nicht unbedingt schulen lassen, sie sind sich ihrer Rolle nicht bewusst und nicht darin geübt, auf die spezifischen Lernbedingungen der Betroffenen einzugehen. Außerdem sind sie häufig in Situationen tätig, in denen die Zeit für Reflektion und Aufarbeitung fehlt und unmittelbare Handlungszwänge die eigentliche Bildung erschweren.

2. Lernziele: aktive und solidarische Verbraucher

Von außen kann auf die in der Praxis des Lehrens ablaufenden Lernprozesse nur insoweit eingewirkt werden, als den jeweiligen Lehrinstanzen Ziele, Inhalte, Methoden und Materialien zur Verfügung gestellt werden. Die Pädagogik vermittelt dabei die Methoden. Diese Methoden sind jedoch nicht abstrakt erlern- oder vermittelbar.

Klafki⁹⁵ beschreibt diesen Zusammenhang wie folgt:

Methoden gibt es nur als Wege zu bestimmten Zielen, und ob ein Weg richtig oder falsch, angemessen oder unangemessen, erfolgreich oder nicht erfolgreich ist, das richtet sich eben danach, ob er zum Ziele führt. Man muss das Ziel kennen, um über den Weg entscheiden zu können. Das gilt auch dann, wenn das Ziel nur als Hypothese oder in relativ offener Weise formuliert ist und sozusagen nur auf Probe angesteuert wird (...). Mit anderen Worten: Über Methoden kann nur diskutiert und entschieden werden, wenn im engeren Sinn des Begriffs didaktische Vorentscheidungen, d.h. also Entscheidungen über Ziele und Inhalte gefallen sind. Umgekehrt formuliert: Jede Methode schließt immer schon – reflektiert oder nicht reflektiert – Vorentscheidungen über Zielsetzungen und Inhaltlichkeit ein.

Das methodische Umsetzungskonzept baut auf Zielen auf, die operationalisiert werden müssen. Für die Umsetzung dieser Lernziele wird dann aus den Angeboten der Pädagogik ein adäquates Methodenkonzept ausgewählt und auf den Bereich angepasst.

95 Klafki, W.: Zum Verhältnis von Didaktik und Methodik. In: Klafki, W. / Otto, G. / Schulz, W. (Hg.): Didaktik und Praxis. 2. Auflage. Weinheim, Basel 1979. S. 17.

Ein emanzipatorisches Verhalten auf dem Markt der Finanzdienstleistungen setzt bei den von Armut Bedrohten vor allem soziale und auf die konkreten Prozesse in der Praxis bezogene finanzielle Handlungskompetenz voraus.

Zur Handlungskompetenz in der Pädagogik soll hier auf die Aufgliederung bei Bootz und Hartmann zurückgegriffen werden. Danach wird Handlungskompetenz

"als die Fähigkeit verstanden, unter sich verändernden Normen und Werten das erlangte Wissen, Können und Verhalten anzuwenden. Es realisiert sich in der Verknüpfung von

- Fachkompetenz (Fach- und Allgemeinwissen, sprachliche Fähigkeiten und Fertigkeiten, EDV-Wissen, Markt-Know-how...),
- Methodenkompetenz (konzeptionelle Fähigkeiten, Problemlösefähigkeit, ganzheitliches Denkvermögen,...),
- Sozialkompetenz (Teamfähigkeit, Kommunikationsfähigkeit, Verantwortungsgefühl, Konsensfähigkeit,...) und
- Personaler Kompetenz (Leistungsbereitschaft, Flexibilität, Selbstreflexionsbereitschaft, Offenheit...)."96

Angewandt auf die finanzielle Handlungskompetenz97 bedeutet dies, dass die folgenden Kompetenzen zu vermitteln sind:

Sachkompetenz (Fachkompetenz)

Welches fachliche Wissen ist für einen Verbraucher insbesondere in armutsbedrohender Lage bei Finanzdienstleistungen erforderlich?

- Grundwissen über die Gliederung in die vier Bereiche der Finanzdienstleistungen und ihre soziale Funktion insbesondere den Kredit als Prototypen.
- (Anwendungs)Wissen, Kenntnisse, Fakten über konkrete Produkte im Finanzdienstleistungsbereich, die unmittelbar für die Betroffenen relevant sind (Konsumentenkreditformen, Girokonto, Überziehungskredit, private Altersvorsorge (Kapitallebensversicherung, Investmentsparen), Vorsorgesparen, Sozialversicherung, Massensicherungen)
- (Anwendungs)Wissen, Kenntnisse, Fakten über Anbieter / Vermittler / Berater und deren Interessen, Möglichkeiten und Beschränkungen
- Kenntnis der Pflichten aus Finanzdienstleistungen sowie situationsbezogen effektiver Verbraucherrechte und ihren Durchsetzungsmöglichkeiten.

Methodenkompetenz

Wie gehe ich vor, um eine bestimmte Tätigkeit richtig auszuführen?

- Nachvollziehen grundlegender Rechenschritte wie Zeit und Zins, Risiko und Rendite, Liquidität

96 Bootz, I./ Hartmann, Th.: Kompetenzentwicklung statt Weiterbildung? Mehr als nur neue Begriffe. In: DIE Zeitschrift für Erwachsenenbildung. IV/1997: <http://www.die-frankfurt.de/zeitschrift/497/index.htm>.

97 Vgl. hierzu auch Weitz, B. O.: Innovationspotenziale für die Gegenstandsbestimmung und Gestaltung ökonomischer Bildung. In: Kruber, K.-P. (Hg.): Konzeptionelle Ansätze ökonomischer Bildung. Bergisch-Gladbach 1997, S. 33;

- Gedruckte und elektronische Informationsquellen (von der Primärquelle über die Tagespresse bis hin zum Internet) für eigene Entscheidungen nutzen und auffinden
- Selbstbewusstsein und Sachlichkeit im Umgang mit Finanzdienstleistern
- Eingaben und Ausgaben im eigenen Haushalt erfassen
- Zusammenhänge zwischen Verarmung und Diskriminierungsproblemen im Markt erkennen
- Selektion und Reduktion von Informationsvielfalt als Basis für Entscheidungen
- Entscheidungsfähigkeit

Sozialkompetenz

Wie agiere ich im Rahmen meiner bestimmten Tätigkeit mit anderen?

- Wahrnehmung der eigenen Person als Verbraucher, Nachfrager und damit als Zentralpunkt von Wirtschaft mit entsprechendem Selbstbewusstsein
- Fähigkeit, seine eigenen Probleme als Teil eines gesamten Problemfeldes zu verstehen und sich diesbezüglich verständlich zu machen.
- Fähigkeit, Fehlverhalten zuzugestehen und daraus Schlüsse zu ziehen ohne "Schuld"bewusstsein
- „Nein“-Sagen können
- Solidarisches Gruppendenken

Personalkompetenz

Inwieweit lasse ich mich von vereinbarten Werten, Regeln, Überzeugungen bei der Ausübung meiner bestimmten Tätigkeit leiten?

- eigene Bedürfnisse erkennen, reflektieren und konkret formulieren können

3. Methodik: Lernen für konkretes Handeln

Nachdem Bildung im 20. Jahrhundert vom abstrakten Wert an sich, von der *l'art pour l'art*, in seinen sozioökonomischen Kontext zurückgeholt worden ist, kann auch finanzielle Allgemeinbildung für sich beanspruchen, Teil eines allumfassenden Bildungsprozesses zu sein. Trotz des geringen Wertes, den die Kulturwissenschaften dem Umgang mit Wirtschaft, Geld und Markt entgegenbrachten, ist finanzielle Bildung vollgültiger Teil eines Prozesses, in dem sich der Mensch in seinen menschlichen Bedürfnissen kulturell artikuliert. Er wird damit als Subjekt ernst genommen und ist nicht nur Reflex seiner materiellen Bedürfnisse oder gar eines Wirtschaftsmechanismus, in dem er arbeiten und konsumieren muss, damit das System erhalten bleibt. Das Subjekt, der von Armut bedrohte Verbraucher, soll sich im Prozess der Aneignung von Finanzdienstleistungen entfalten und dabei Bedrohungen abwehren und Chancen emanzipativ für das gesamte System wahrnehmen können. Der Mensch wird dabei nicht nur an sich, sondern sehr konkret zum Subjekt des Lernprozesses, indem die Bildung sich für ihn oder sie persönlich als nützlich erweisen muss.

Im Konzept des „subjektorientierten Lernens“ hat Holzkamp⁹⁸ hierzu den Begriff des „expansiven Lernens“ geprägt:

Beim expansiven Lernen bestehen die Lerngründe in einem subjektiven Interesse, einer sachlichen Notwendigkeit, die der/die Lernende sieht, sich einem noch nicht ausreichend erschlossenen Lerngegenstand zu nähern, diesen zu ergründen und sind somit motivationaler Art.

Das Interesse am zu Lernenden bzw. der Wunsch, sich dem Lerngegenstand mit dem Ziel der Erweiterung der eigenen Handlungsvoraussetzungen sowohl auf individueller als auch auf gesellschaftlicher Ebene zu nähern, stehen hier im Vordergrund in Abgrenzung zum defensiven Lernen, welches nicht durch den Wunsch nach Erhöhung der Handlungskompetenz, sondern durch die Abwendung möglicher oder tatsächlicher Nachteile begründet ist⁹⁹.

Das Konzept des handlungsorientierten Lernens¹⁰⁰, zu dem das expansive Lernen gehört, soll Unterrichtsformen ablösen, die den konkreten Handlungsbezug verdecken und anderes in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Schüler stellen wie z.B. „Lehrerzentrierten Unterricht“, „Verkopfter Unterricht“, „Buchschule“ o.ä.

Handlungsorientiertes Lernen ist Lernen, das darauf gerichtet ist, bei den Lernenden Handlungsfähigkeit zu erzeugen. Handlungsfähigkeit eines Individuums zeigt sich darin, dass es in den Lebenssituationen, die Handeln erfordern, tüchtig, selbstbestimmt und verantwortlich handeln kann.¹⁰¹

Lern- und Handlungsstruktur sollen sich entsprechen. Dies setzt in der Regel ein lösungsbedürftiges Problem als Lernansatz voraus. Es kann vom Lehrer extern vorgegeben als auch intern durch den Lernenden benannt werden. In beiden Fällen ist jedoch eine zumindest ansatzweise Identifikationsmöglichkeit mit dem Problem erforderlich.

Problemorientierung ist ein entscheidendes Merkmal handlungsorientierten Lernens und Grundlage finanzieller Bildung. Statt abstrakt theoretisch wird Wissen konkret am Beispiel und mit emotionaler Beteiligung vermittelt. Die Beispiele sollen aus dem Erfahrungsbereich der Lernenden stammen. „Nicht mehr das fachlich systematische Lernen – bezogen auf ein bestimmtes Thema – ist allein ausschlaggebend, sondern das problemorientierte Aufarbeiten einer Situation sowie das reflexive Vorwegnehmen

98 Holzkamp, K. Lernen: subjektwissenschaftliche Grundlegung - Studienausg. - Frankfurt am Main [u.a.]: Campus-Verl., 1995; dazu Funke, E. Subjektsein in der Schule?: eine pädagogische Auseinandersetzung mit dem Lernbegriff Klaus Holzkamps, 1. Aufl. - Bad Heilbrunn: Klinkhardt, 2000.

99 Man kann hierfür auch die Unterscheidung zwischen Sekundär- und Primärmotivation benutzen. In der schulischen Lernsituation werden Lernanforderungen motiviert durch das Streben nach guten oder zumindest für die Versetzung ausreichenden Noten, die Vermeidung von Ärger oder Strafen und aus Angst vor einer Blamage vor den Eltern, Lehrer/innen oder Mitschüler/innen akzeptiert. Das Lernen dient hier zur Bewältigung der Lernsituation, nicht aber zur Bewältigung der Lebenssituation. Anders ist in der Regel allerdings auch ein "Lernen auf Vorrat" nicht denkbar.

100 Zu den verschiedenen Konzepten vgl. Albers, H.-J.: Handlungsorientierung und ökonomische Bildung. In: Bundesfachgruppe für ökonomische Bildung/Albers, H.-J. (Hg.): Handlungsorientierung und ökonomische Bildung. Wirtschafts- und Berufspädagogische Schriften. Band 15. Bergisch-Gladbach: 1995. S. 7 ff.

101 Albers, H.-J.: Handlungsorientierung und ökonomische Bildung. In: Bundesfachgruppe für ökonomische Bildung/Albers, H.-J. (Hg.): Handlungsorientierung und ökonomische Bildung. Wirtschafts- und Berufspädagogische Schriften. Band 15. Bergisch-Gladbach: 1995. S. 713ff.

einer zukünftigen Situation. [...] Das Wissen wird überholt von der Kompetenz des Umgangs mit dem Wissen.“¹⁰²

Die Angebote finanzieller Bildung sollen nicht die gesamte Fülle theoretisch vorstellbaren Stoffes abdecken, sondern auf konkrete Zielgruppen zugeschnitten sein. Entweder orientieren sie sich an tatsächlichen Problembereichen (vor allem bei Erwachsenen, denen die gesamte Palette der Finanzdienstleistungen zumindest theoretisch offen steht), die bestimmte Entscheidungen (bewusst oder unbewusst) mit sich bringen (Erwerb von Konsumeigentum, Altersvorsorge, Überweisung),¹⁰³ oder es müssen angemessene Wege gefunden werden, wie solche Problembereiche simuliert oder für die Kinder von den Eltern etwa abgeleitet und damit "geliehen" werden können, wenn sie noch nicht eingetreten sind (vor allem im Schulunterricht).

Dies setzt erhebliche fachliche Kenntnisse der Pädagogen voraus. Da Kinder mit den Zentralelementen des Finanzdienstleistungsbereichs auf Grund rechtlichen Verbotes¹⁰⁴ nur ganz ausnahmsweise persönlich konfrontiert sein können¹⁰⁵, kann eine Kreditproblematik nur analog subjektbezogen gelernt werden.

(Handy-Vertrag) Jugendliche schließen Verträge über die Nutzung eines Handys ab. Soweit es um den Kauf des Handys geht, erhalten sie das Gut zumeist in Form des Handkaufs auch ohne elterliche Zustimmung (§110 BGB). Soweit sie einen zweijährigen Handyvertrag abschließen, wird die Zustimmung meist eingeholt. Da viele Jugendliche die Telefonkosten von ihrem Taschengeld bezahlen müssen, stellt sich ihnen die Alternative zwischen dem Kauf einer Prepaid Handkarte, bei der sie im Voraus für die Gebühren bezahlen müssen und auch noch das Handy zum vollen Preis erwerben, sowie auf der anderen Seite dem Abschluss eines zweijährigen Dauervertrages mit Vergünstigung beim Erwerbspreis des Handys. Es handelt sich hierbei um Kreditverhältnisse, deren Vor- und Nachteile nicht nur rechnerisch sondern auch psychologisch (Kontrolle über die Kosten beim Prepaid Handy) in Bezug auf den Cash Flow des Haushaltes erörtert werden können.

Werden solche Probleme im Gruppenzusammenhang erfahren, dann sind sämtliche Aktionen bereits real erfahrbar, wie z.B. eine Klassenkasse als Bankkonto im Namen des Lehrers.

(Klassenkasse als Bankkonto) Der Lehrer führt in Absprache mit einer Bank ein Girokonto mit Überziehungsmöglichkeit, auf den alle Beträge, die etwa für Klassenfahrten, zusätzliche Veranstaltungen etc. eingezahlt werden. Dieses Konto wird auf dem Schulcomputer elektronisch etwa mit Hilfe eines der Kontoführungsprogramme (Quicken oder MS-Money) geführt. Zunächst kann dort die Klassenkasse kollektiv verwaltet werden. Ver-

102 Nacke, B.; Dohmen, G. (Hg.): Lebenslanges Lernen. Erfahrungen und Anregungen aus Wissenschaft und Praxis. Ergebnisse aus einer Fachtagung vom 13. bis 15. Dezember 1995 in Bensberg. Bonn: 1996. S. 9.

103 In diese Richtung argumentiert auch die Woodstock-Studie über amerikanische Financial-Literacy-Programme Jacob, K.; Hudson, Sh.; Bush, M.: Tools for Survival. An Analysis of Financial Literacy Programs For Lower-Income Families. Dearborn/Chicago: 2000, S. iii: "Few people seek financial knowledge in absence of a specific goal that motivates such learning. Suitable goals range from saving for holiday expenses to saving for a downpayment for a home."

104 §1822 Ziff. 8. und 10. BGB lässt eine Kreditaufnahme ebenso wie eine Bürgschaft nicht einmal mit Zustimmung der Eltern zu, da hierzu eine vormundschaftsgerichtliche Genehmigung eingeholt werden muss.

105 Einige Banken erlauben Jugendlichen auch ohne vormundschaftsrechtliche Genehmigung die Kontoüberziehung und vertrauen darauf, dass diese trotz fehlender rechtlicher Verpflichtung die Schuld begleichen oder aber sie mit 18 rückwirkend genehmigen. In der Regel sind aber Jugendkonten ohne Überziehungskredite.

kaufaktionen zur Aufbesserung der Klassenkasse führen zu einem für jeden sichtbaren Ausweis des Kontostandes und der Kontobewegungen. Damit kann auch Kredit aufgenommen werden, wenn dafür zukünftige Einnahmen erkennbar sind. Das Spendensammeln etwa für ein Entwicklungsprojekt durch einen Bazar für die Eltern wird dadurch ebenso transparent und rational.

Ist die kollektive Phase abgeschlossen, so können in dem Simulationsprogramm auch Unterkonten für einzelne Schüler in Absprache mit den Eltern (Verfügungsrecht je nach Zustimmung der Eltern) eröffnet werden. Dabei ist es sogar denkbar, wie in einem Schulversuch in Brooklyn, dass die Schüler Kredite aus der Klassenkasse erhalten und zwar durch das Management einer anderen Schülerin. Hier können alle Kreditvergabekriterien (Kreditgeschichte, Perspektive der Rückzahlung, produktive Investition, Zinssatz) hautnah erlernt und erprobt werden.

Problemorientierung kann aber auch Problemantizipation oder Problemlleihe bedeuten.

Typischerweise interessieren sich Personen unmittelbar vor Entscheidungen für die Grundlagen der Entscheidung. Je wichtiger eine Entscheidung für das Leben einer Person ist, desto früher wird seine Bedeutung antizipiert und in Lernmotivation übertragen. So beginnt mit dem Führerschein das Interesse am Auto und damit auch dessen Finanzierung schon recht früh. Für die Hausfinanzierung interessieren sich Ehepaare schon nach der Hochzeit, die private Altersvorsorge wird spätestens dann wichtig, wenn die Kinder das Haus verlassen.

Bei der Problemlleihe geht es um die Identifikation mit Problemen Dritter. Die Anknüpfung an solche Probleme der Eltern, über die zu Hause aller Wahrscheinlichkeit nach gesprochen wird, ist hierfür ebenso eine Möglichkeit, wie die Besprechung eines großen Anlagebetrugsfalls, der durch die Presse ging. Hier hilft die Sensation bei der Lernmotivation. Viele Schulen haben auch altruistische Projekte, die mit Armut zusammenhängen. Die Schüler können sich häufig emotional mit den Problemen dieser Zielgruppen identifizieren. Von daher bietet es sich an, dann auch deren Probleme etwa prozeduraler Armut zu besprechen. Die Kreditverhältnisse eines bestimmten Entwicklungslandes können durchaus so einfach dargestellt werden, dass Jugendliche daran die Struktur von Finanzdienstleistungen erlernen und z.B. verstehen, warum ein einfacher Schuldenerlass keine Lösung des Problems darstellt.

(Bazar für Peru) Ein Gymnasium macht seit Jahren mit Hilfe eines peruanischen Lehrers einen Schulbazar, dessen Erlös einer Partnergemeinde in Peru zukommen soll. Dabei kommen jährlich immerhin zwischen Euro 6.000 und Euro 7.000 zusammen. Eine genaue Kontrolle der Gelderverwendung in Peru ist schwierig. Insbesondere brannte das damit erbaute Schulhaus ab und muss neu errichtet werden. Die peruanischen Partner machen zudem deutlich, dass das Geld am besten persönlich überbracht werden soll, da man den Banken vor Ort nicht trauen könne. Entsprechend reist eine Delegation von Lehrern (auf eigene Kosten) mit. Das Angebot eines Vaters an die Schule, an Hand dieses Beispiels Probleme des Zahlungsverkehrs und der Entwicklungshilfe als Projekt durchzunehmen und zu gestalten und ein Bürgerschaftsmodell der Schweizer Organisation RAFAD (Das Geld bleibt bei einer renommierten deutschen Bank, die darauf Kreditgarantien ausstellt, mit der in Peru dann durch die Partner Geld aufgenommen und gebaut wird) zu probieren, wird nicht angenommen. Da der Bazar ein wichtiges und wesentliches Schulareignis ist, die Finanzdienstleistungen bei diesem Ereignis jedoch in verlustreicher, vorsintflutlicher Weise durch die Lehrer benutzt werden, handelt es sich um ein Negativ-Beispiel für finanzielle Allgemeinbildung. Die Chancen wurden und werden vertan.

Gudjons benennt neben der Problemorientierung noch das selbstgesteuerte Lernen als weiteres unabdingbares Kriterium handlungsorientierten Lernens. Hierbei geht es

um „die Verwirklichung von Selbstbestimmung, Selbstständigkeit in der Umweltauseinandersetzung, Kritikfähigkeit, aber auch um Kreativität, undogmatisches Denken, Kommunikationsfähigkeit und Selbstvertrauen, - kurz um die Fähigkeit, sein Lernen und Handeln selbstständig zu steuern.“¹⁰⁶ Dieses Konzept steht zumindest in der Schule in Gefahr, externe Anforderungen an Problembewältigungen so weit zu banalisieren, dass ihre Erarbeitung ohne Mühe möglich ist.

„Konzeptionelle Äußerungen dieser Art bilden die Legitimation für einen Unterricht, in dem Action, Spaß und Unterhaltung vorherrschen, und die Frage nach den Lernzielen und speziell nach den Lerninhalten als unangebracht abgewiesen werden. Ein selbstgesteuerter, von den Schülerinteressen bestimmter Unterricht stellt aber weder sicher, dass notwendige Inhalte gelernt, noch dass die angestrebten Verhaltensweisen (...) erworben werden.“¹⁰⁷

Selbststeuerung und hohe Anforderungen sind jedoch kein Gegensatz. Auch schwierige Lernsituationen mit hohem Fleißaufwand werden akzeptiert, wenn sie problemadäquat erscheinen.

(Kontonachrechnung) Einem Kleinunternehmer, dem die Kredite gekündigt wurden, wurde suggeriert, dass die Bank seine Konten nicht korrekt abgerechnet hätte. Er übertrug daher die Kontoauszüge verschiedener Konten in ein Computerformular, um die vielen Zahlen nachrechnen zu lassen. Das Unverständnis bei Kontoabrechnungen, die ja immer systematisch errechnet sind und daher auch nur nach systemischen Fehlern hin untersucht werden brauchen, war ihm nicht deutlich geworden. Der gleichwohl aus Unverständnis betriebene Aufwand, den man hätte einsparen können, dass bei selbst gewählten Beschwerdewegen kein Aufwand zu hoch erscheint.

Die vorstehenden Beispiele machen aber auch die Gefahren selbstbestimmten Lernens deutlich. Da der Lernende weitgehend selbst bestimmt, ob, was, wann, wie und woraufhin er lernt, braucht er Strategien und Fertigkeiten (Schlüsselqualifikationen), um einen sinnvollen Einsatz seiner Kapazitäten zu erreichen. Sie müssen entweder zunächst vermittelt werden (eine vorherige Beratung etwa über bankübliche Kontoführung hätte den Aufwand auf das Erfassen der verwendeten Zinssätze und Verrechnungstermine reduziert), oder ergeben sich durch eine entsprechende Gestaltung von Lernumfeldern von selbst.¹⁰⁸

Bei den Konzepten des selbstgesteuerten Lernens außerhalb eines handlungsorientierten Lernarrangements, wo nur Wissensangebote bereitgestellt werden, können interaktive Verhaltensänderungen nicht mehr erreicht werden. Erreicht wird nur derjenige, der selbst lernt und nicht sein Partner. Erst in dem das Gegenüber durch den Lehrer simuliert wird, schafft man die Möglichkeit, Wissen und soziale Kompetenz zugleich zu vermitteln.

106 Gudjons, H.: Handlungsorientiertes Lehren und Lernen – Schüleraktivierung, Selbsttätigkeit, Projektarbeit. Bad Heilbrunn/Obb: 1992. S. 24.

107 Kahsnitz, D.: Handlungsorientierter Unterricht – Lernen oder action? In: In: Bundesfachgruppe für ökonomische Bildung/Albers, H.-J. (Hg.): Handlungsorientierung und ökonomische Bildung. Wirtschafts- und Berufspädagogische Schriften. Band 15. Bergisch-Gladbach: 1995. S. 57.

108 Vgl. zum selbstgesteuerten Lernen Friedrich, H. F.: Fertigkeiten und Umgebungen für selbstgesteuertes Lernen. In: Nacke, B.; Dohmen, G. (Hg.): Lebenslanges Lernen. Erfahrungen und Anregungen aus Wissenschaft und Praxis. Ergebnisse aus einer Fachtagung vom 13. bis 15. Dezember 1995 in Bensberg. Bonn: 1996. S. 42-58.

(Kontradiktorisches Lernen) In Gruppenschulungen für Überschuldete wurden nur die Kreditnehmer, die Probleme mit derselben Bank hatten, eingeladen. Nachdem den Betroffenen durch den Vortragenden, der vorher die Akten bearbeitet hatte, an Hand der Problemgruppen klar wurde, dass sie nicht alle individuell betroffen seien, schlug die Erleichterung durch Entlastung von Schuldgefühlen in emotionale Ablehnung um. In dieser Situation übernahm der Vortragende dann aber die Argumentation der Bankseite so lange, bis die Betroffenen wieder verunsichert waren. Nach Abschluss dieses Prozesses wurde dann aufgeklärt, warum man auch gegenüber diesen Argumenten noch selbstbewusst auftreten kann und wie es kam, dass keine der Anwesenden standhielt und wie man dies im direkten Kontakt verhindern könne. Diese Methode eignet sich auch für den Unterricht.

Da bei der finanziellen Allgemeinbildung durch den Prozess der Bildung eine Rückwirkung auf den zugrunde liegenden Sachbereich stattfinden soll, muss selbst gesteuertes Lernen hier immer im Rahmen handlungsorientierten Lernens erfolgen. Nur handlungsorientierte Methoden bieten die Möglichkeit, Lerngruppen zu bilden, in denen das problemorientierte Diskutieren und Argumentieren in der Gruppe eine wichtige Wissensnutzungs- und Reflexionsstrategie ist.¹⁰⁹

Finanzielle Allgemeinbildung hängt auch eng mit dem Postulat des lebenslangen Lernens zusammen, das 1996 auch Motto eines Europäischen Jahres war.¹¹⁰ In der modernen Welt schnellen technischen und gesellschaftlichen Wandels soll der Prozess des Lernens nicht mit dem Ende von Berufsausbildung oder Studium abgeschlossen sein. Folglich ist es nötig, ein Leben lang neu zu lernen, dazu zu lernen oder umzulernen.

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD) fordert dazu eine Verbindung informellen und formalen Lernens, eine breitere Kompetenzentwicklung durch lebenslanges Lernen und die Schaffung einer Lerngesellschaft. In einer konzertierten Aktion Lebenslanges Lernen sollen diese Ziele von den Ländern angegangen werden.¹¹¹

Lebenslanges Lernen baut auf dem natürlichen Lernen im Lebensalltag auf. Gefordert ist nicht lifelong education, sondern lifelong learning. Es soll schon aus Kostengründen möglichst wenig institutionalisiert vermittelt werden. Der Lehrer als Vorwand passt auch schlechter in die Erwachsenenbildung.

Möglichst vielfältige Lerngelegenheiten (Bildungsinstitutionen, gesellschaftliche Einrichtungen, Gruppen, Gemeinschaften, Vereine) sind einzubeziehen, um den fehlenden institutionalisierten Freiraum zum Lernen, wie ihn noch die Schule erzwingt, zu ersetzen. Stimuli statt Pflicht sollen zu einem ständigen Lernen anregen. Lebenslanges Lernen ist selbst gesteuertes Lernen, da die Lernenden aus den Lernmöglichkeiten nach ihren Bedürfnissen auswählen. Die neuen elektronischen Medien erleichtern hier die Angebote. Unklar ist allerdings, wie sie sinnvoll eingebaut werden. Die Erfahrung in der finanziellen Allgemeinbildung bisher hat gezeigt, dass die Betroffenen durch solche

109 Vgl. Friedrich, H. F.: Fertigkeiten und Umgebungen für selbstgesteuertes Lernen. In: Nacke, B.; Dohmen, G. (Hg.): Lebenslanges Lernen. Erfahrungen und Anregungen aus Wissenschaft und Praxis. Ergebnisse aus einer Fachtagung vom 13. bis 15. Dezember 1995 in Bensberg. Bonn: 1996. S. 48

110 Vgl. Nacke, B.; Dohmen, G. (Hg.): Lebenslanges Lernen. Erfahrungen und Anregungen aus Wissenschaft und Praxis. Ergebnisse aus einer Fachtagung vom 13. bis 15. Dezember 1995 in Bensberg, Bonn: 1996.

111 Vgl. Nacke, B.; Dohmen, G. (Hg.): Lebenslanges Lernen. Erfahrungen und Anregungen aus Wissenschaft und Praxis. Ergebnisse aus einer Fachtagung vom 13.-15. Dezember 1995 in Bensberg, Bonn: 1996, S. 11 (Einführung).

Medien unmittelbar nicht erreichbar sind. Sie mögen zwar Preise und Adressen abfragen, wenn dies ihren unmittelbaren Entscheidungsprozess rationalisiert. Für transferierbares Wissen sind jedoch persönliche Intermediäre erforderlich, die ein institutionalisiertes Interesse an der Einbringung dieses Wissens bei den Betroffenen haben.

4. Lernmodelle: Lernen an Problemen

Die pädagogische Umsetzung von Lernzielen und Methoden erfolgt in Anordnungen des Lernprozesses, die beliebig erweiterbar versuchen, die Vorgaben in Bezug auf die spezifische Lernsituation organisatorisch umzusetzen.

a. Modelle handlungsorientierten Lernens

Es gibt eine Vielzahl von Techniken, die sich für handlungsorientiertes Lernen im Rahmen finanzieller Bildung eignen und einen partizipativen Ansatz des Lernens verfolgen und teilweise auch kreative Ideenfindung begünstigen. Fallstudie, Plan- oder Simulationsspiel und Projekte sind gut erprobte Konzepte. Weitere vor allem theoretisch entwickelte Formen sind die Leittextmethode, die Systemanalyse, die Szenariotechnik und die für finanzielle Allgemeinbildung besonders interessante Zukunftswerkstatt, die wir nachfolgend noch eingehender beschreiben wollen.¹¹² Ferner werden in der Literatur Formen genannt, die auch kombiniert einsetzbar sind wie Diskussionsforum, Brainstorming, Erkundung oder Expertenhearing, Szenario, Wissensspiel¹¹³, Konferenzspiel, Rollenspiel und Regelspiel.¹¹⁴

Fallstudie: dient dem Analysieren eines komplexen Problemfalls aus der Praxis des Umgangs mit Finanzdienstleistungen, wobei auf der Grundlage der Analyseergebnisse wirklichkeitsnahe Entscheidungen zu treffen sind.

Rollenspiel: gehört zur Gruppe der Simulationsspiele und dient der Auseinandersetzung mit Konfliktfeldern der privaten Finanzen und des Umgangs mit Finanzdienstleistungen sowie zur Vermittlung von Einsichten in Konfliktsituationen.

Planspiel: dient dazu, komplexe und schwer zugängliche Zusammenhänge und Prozesse des Finanzdienstleistungsbereiches überschaubar zu präsentieren, indem historische, gegenwärtige oder zukünftige Problemsituationen in inhaltlich reduzierter und zeitlich geraffter Form in einem Modell wiedergegeben werden.

Erkundung: dient der sinnlich anschaulichen Begegnung mit der realen Lebenswelt (in diesem Falle vor allem mit Anbietern von Finanzdienstleistungen, (Verbraucher-) Beratungsangeboten u.ä. Sie kann im Rahmen eines Bildungsangebots durchgeführt werden, um etwas zu erfassen anzuschauen, zu überprüfen oder um mit jemandem ins

112 Vgl. Kaiser, F.-J.; Kaminski, H.: *Methodik des Ökonomie-Unterrichts. Grundlagen eines handlungsorientierten Lernkonzepts mit Beispielen.* Bad Heilbrunn: 1994. S.6f.

113 Planspiele sind das Kernelement einer britischen Bildungsinitiative im finanziellen Bereich: Das Programm „Face 2 Face With Finance“ der National Westminster Bank, das sich an Schulen und Colleges richtet, hat zehn Module, die überwiegend Planspiele oder Simulationen sind. Es werden darüber hinaus wahlweise Praktika in Unternehmen einbezogen.

114 Steinmann, B.: *Das Konzept „Qualifizierung für Lebenssituationen“ im Rahmen der ökonomischen Bildung heute.* In: Kruber, K.-P. (Hg.): *Konzeptionelle Ansätze ökonomischer Bildung.* Bergisch-Gladbach: 1997. S. 13f. (v.a. Schaubild, S. 14).

Gespräch zu kommen. Sie ermöglicht eine Kontrolle theoretisch erarbeiteter Annahmen in der Praxis.

Expertengespräch: ist eine Form der sozialen Kontaktaufnahme, der Mitteilung, der Meinungsäußerung und der Problemerkörterung mit einer Expertin oder einem Experten über einen bestimmten im Rahmen des Lernprozesses relevanten Gegenstand mit dem Ziel, Einsichten und Erfahrungen aus „erster Hand“ zu bekommen.

Szenario: dient der Analyse von Tendenzen beispielsweise im Bereich der privaten Finanzen in Zusammenhang mit Entwicklungen des Angebots an Finanzdienstleistungen und der Erarbeitung von Möglichkeiten zu deren Beeinflussung. Es werden folgende drei Grundtypen von Szenarien empfohlen, um damit alle prinzipiell möglichen und wahrscheinlichen Szenarien charakterisieren zu können: ein positives Extremszenario – kennzeichnet die bestmögliche Zukunftsentwicklung; ein negatives Extremszenario – kennzeichnet den schlechtestmöglichen Entwicklungsverlauf; ein Trend-Szenario – beschreibt die Fortschreibung der heutigen Situation in die Zukunft.

Projekt: bezogen auf den Einsatz in der Schule (z.B. im Rahmen von Projektwochen oder als „freiwilliges Projekt“). Schüler erarbeiten ein gemeinsames Projektthema, planen den Projektablauf, bestimmen die Handlungen, Tätigkeiten und den Arbeitsablauf. Es erfolgt die Informationsbeschaffung und eigenständige Auseinandersetzung mit dem Projektgegenstand. Projektergebnisse werden erarbeitet und anschließend der Öffentlichkeit sowie Eltern und Anbietern von Finanzdienstleistungen vorgestellt. Ein kritisches Rückbesinnen auf den Projektverlauf und das Projektergebnis schließt das Projekt ab.¹¹⁵

b. Die Zukunftswerkstatt

In der aktuellen Diskussion um handlungsorientiertes Lernen wird in methodisch-didaktischen Empfehlungen zur ökonomischen Bildung sowie in Lehr- und Rahmenplänen ökonomisch orientierter Unterrichtsfächer ebenso wie in Bildungsveranstaltungen aus der Schuldnerberatung das Lernmodell der von Robert Jungk entwickelten "Zukunftswerkstatt" als geeignete Form ökonomischer Bildung und damit auch der finanziellen Allgemeinbildung angeführt.

Kennzeichnend für das Modell der Zukunftswerkstatt ist die Verzahnung intuitiv-emotionaler und rational-analytischer Arbeitsweisen, d.h. Wissensvermittlung wird mit kreativer Ideenfindung und Zukunftsgestaltung verknüpft. Über die kreative Anwendung von Wissen kann Entscheidungs- und Handlungskompetenz erworben werden.

Das Modell der Zukunftswerkstatt wurde zunächst überwiegend in der beruflichen und politischen Erwachsenenbildung verwendet. Es bietet sich aber insbesondere für den schulischen Einsatz bei höheren Jahrgängen an, da es Problemantizipationen zum Gegenstand hat. Dadurch, dass es sich von starren Unterrichtsverfahren abhebt, findet es bei Schülern hohe Akzeptanz.

Das Modell der Zukunftswerkstatt hat einen Gruppenleiter oder Lehrer als Moderator. Es dauert mindestens einen halben Tag (Kurzwerkstatt), sollte jedoch besser über ein Wochenende oder mehrere Tage laufen. Es durchläuft eine Orientierungs- und eine

115 Vgl. insges. die Beschreibung handlungsorientierter Methoden in: Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt: Vorläufige Rahmenrichtlinien Wirtschaftslehre Gymnasium. Wahlpflichtkurs Schuljahrgänge 9-10. Grundkurs Schuljahrgänge 11-13. Magdeburg 2000. S. 15 ff.

Nachbereitungsphase, die außerhalb der eigentlichen Werkstatt liegen und für die kein persönliches Zusammentreffen notwendig ist, in drei Phasen ab:¹¹⁶

Phase 1: Kritik/Bestandsaufnahme: Das gegebene Thema wird – auch mit medialer Unterstützung – vorgestellt. Dies ist die Phase, in welcher der Moderator die größte Menge an Information vermitteln kann. An dieser Stelle sollen die Teilnehmer der Zukunftswerkstatt auch schon aus ihrer eigenen Erfahrungswelt Kenntnisse einbringen und vor allem Kritik an der vorgestellten Ist-Situation üben.

("Kehr aus") Ausschnitte aus dem kabarettistischen Versicherungsfilm "Kehr aus" mit Gerhard Polt könnten gezeigt werden, in denen ein Versicherungsvertreter einem Kunden alle möglichen Versicherungen als notwendig darlegt, die er dann ziehharmonikaartig aufgereiht unterschreibt. Dabei werden durchaus reale Bedürfnisse des Kunden angesprochen. Karikiert wird das Ganze an der Stelle, wo auch noch eine Feuerversicherung für das Haus abgeschlossen wird, obwohl der Kunde kein Haus hat. Hier ist der Wunsch nach einem Haus bereits das Überzeugungsmittel. Der Leiter könnte an dieser Stelle z.B. das Bedürfnis nach Altersvorsorge erläutern. Gleichzeitig muss dann an Hand der Situation des Kunden, der später zahlungsunfähig wird, deutlich werden, dass Liquidität für die Zukunft erforderlich ist. Anbieterbezogen könnten dann Zahlen über den Verlust bei vorzeitiger Kündigung gegeben werden ("Rückkaufwert") und dass diese Verluste sozial einseitig anfallen. Es wird über die versteckte Abschlussprovision informiert, die diese Rückkaufwerte bewirkt. Es kann dann auf die verschiedenen Arten der Vorsorge eingegangen werden, vor allem auch auf die Arten, die sich nicht in Geld darstellen (Kinder, Bildung, Gesundheit).

Phase 2: Utopie/Phantasie: Hier sind die Teilnehmer aufgefordert, Zukunftsvisionen zu entwerfen. Es geht dabei im Gegenstandsbereich um die Entwicklung einer idealen Zukunft, nicht um eine realisierbare Zukunft. Hier wird das vorhandene oder neu erworbene Wissen kreativ angewendet. Meist wird diese Phase in Gruppenarbeit realisiert und oft kommen auch kreative Techniken für die Vorstellung der Ergebnisse zum Einsatz wie insbesondere künstlerische Formen.

Die Veranstaltungsteilnehmer können nun diskutieren, welche Altersvorsorge ideal wäre. Weiter sollten sie ein ideales Modell einer Kapitallebensversicherung schaffen, das keine Umverteilung von Arm auf Reich zulässt und gleichwohl altersvorsorgetauglich bleibt.

Phase 3: Verwirklichung/Praxis: Die in der Utopie-Phase gewonnenen Zukunftsvisionen werden auf die Gegenwart angewendet, um so zu realisierbaren Perspektiven der Veränderung des zugrunde liegenden Sachbereichs zu kommen. Die eher künstlerischen (Kreativität und Phantasie erst anregenden) Formen weichen in dieser Phase wiederum der sachlichen Darstellung. Ziel ist es, konkrete Einzelschritte zu entwickeln, die Bausteine zur Umsetzung von Veränderung sind. Je nach Ausrichtung und Teilnehmerschaft der Werkstatt kann dies im wesentlichen ein verändertes Verhalten im Privaten bedeuten oder eine Änderung des diskutierten Sachbereichs bewirken. Konkrete Umsetzungen können natürlich erst nach einer Werkstatt erfolgen. Es gibt auch Werkstattformen mit regelmäßigen Nachtreffen der Teilnehmer, in welchen die Umsetzungsergebnisse diskutiert werden sollen.

116 Zu den einzelnen Phasen vgl. Burow, O.A.: Lernen für die Zukunft. Eine Einführung. In: Burow, O.A.; Neumann-Schönwetter, M. (Hg.): Zukunftswerkstatt in Schule und Unterricht. Hamburg: 1995, S. 14ff. Vgl. auch Stiftung Verbraucherinstitut (Hg.): Schuldenprävention. Eine Zukunftswerkstatt. Materialien für den handlungsorientierten Unterricht. Berlin: 1997. S. 8f. Hier werden die Phasen so benannt: Orientierungsphase, Problematisierungsphase, Phantasiephase, Umsetzungsphase, Nachbereitungsphase.

Der Leiter bringt einerseits generelle Modelle ein, die das Problem zu lösen versprechen (volle Rückrechnung der Versicherung, Laufzeitverteilung der Abschlussprovision in der "Riester"-Rente). Andererseits werden alternative Produkte besprochen, die die Nachteile nicht haben und die man mit einer Risikoversicherung koppeln könnte. Abschließend könnte diskutiert werden, unter welchen Bedingungen solche Lösungen realisiert werden.

Die Zukunftswerkstatt stellt damit eine Bildungsmöglichkeit dar, bei welcher die eigentliche Wissensvermittlung hinter innovative und kreative Nutzung von Wissen zurücktritt. Damit eignet sie sich in besonderem Maße für die Realisierung eines der wichtigsten Ziele finanzieller Bildung: die Rückwirkung auf die Ausgangssituation, über die Kenntnisse vermittelt werden.

Die Zukunftswerkstatt ist dagegen weniger geeignet, das Wissen zu vermitteln, mit welchem Konsumenten effizienter, aber affirmativ die Möglichkeiten der Finanzdienstleistungen nutzen. Vielmehr steht hier das krisisierende und verändernde Moment im Vordergrund, was durch Verknüpfung von Realität und Utopie erreicht wird.

Die Verzahnung intuitiv-emotionaler und rational-analytischer Arbeitsweisen erfolgt vor allem in der zweiten Phantasie-Phase und in der dritten Umsetzungsphase. Die entwickelten Utopien sollen in der Umsetzungsphase auf die Wirklichkeit bezogen werden, damit verwirklichtbare Projekte entwickelt werden können. Damit bleibt auch für die Verwirklichungs-/Praxis-Phase der emotionale Zugang aktuell, der allerdings sogar bereits durch die Herausforderung zu Kritik bei der Bestandsaufnahme angeregt wird.

Das Modell lässt sich, wie ein Projekt einer Schuldnerberatung in Kooperation mit einer Konsumentenkreditbank gezeigt hat, aber auch umgekehrt, nämlich affirmativ einsetzen. Indem man das Unwissen und die Fehlvorstellungen der Schüler über Geld selber zum eigentlichen Problem in der Darstellung der ersten Phase macht, dann mit einem Besuch bei der Bank Aufklärung allein durch diese selber verschafft, und ihr die alleinige Kompetenz zuweist und daraus dann Verbesserungsmöglichkeiten entwickelt, wird das Erlernte in der dritten Phase in eigene selbstreferentielle Verhaltensänderungen umgesetzt. Dadurch wird die Zukunftswerkstatt zu einem Anpassungsinstrument mit besonders überzeugenden Mechanismen der Affirmation. Die Jugendlichen "sehen ein", wie Finanzdienstleistungen funktionieren. Ihr eigenes Wissen und ihre eigenen Vorstellungen werden zum Laienwissen, dem der Fachmanneffekt gegenübersteht. Das kreative Potenzial des Alltagsbewusstseins blieb in diesem Versuch auch dann ungenutzt, als ein Schüler vermerkte, dass Geld schmutzig sei.

Es hängt somit alles davon ab, wie umfassend die Ausgangssituation dargestellt und einbezogen wird. Wird sie selektiv dargestellt, so werden dadurch Fantasie und Lösungen entsprechend gelenkt. Die Darstellung der Ausgangssituation muss daher der wissenschaftlichen Kritik von Bereichsfachleuten unterworfen werden, soll nicht der bereits mehrfach beschriebene Fehleffekt finanzieller Bildung eintreten, wonach die Probleme des Systems allein durch Verhaltensänderung der Nutzer zu lösen seien.

Zweifel werden allerdings bei der Erwachsenenbildung angemeldet, obwohl es einmal in der Friedensbewegung für Erwachsenengruppen entwickelt wurde. Auch in der Lehrerfortbildung ist das Konzept häufiger erfolgreich eingesetzt worden. In unteren sozialen Gruppen ist das kindlich spielerische Element u.U. aber schwerer vermittelbar.¹¹⁷ Im Bereich der finanziellen Allgemeinbildung könnte es aber hier einen umgekehrten

¹¹⁷ Vgl. hierzu „Vorwort“ aus Burow, O.-A.; Neumann-Schönwetter, M. (Hg.): Zukunftswerkstatt in Schule und Unterricht. Hamburg: 1995.

Effekt geben: die "Schwere" des Themas trägt durchaus die Auflockerung durch künstlerische Alltagsfantasie.

(Volkswisheit) Historisch ist finanzielle Bildung auch immer über eher skurrile Alltagsgeschichten transportiert worden. So wird mit der Volkswisheit, wonach "der Teufel immer auf die größten Haufen sch..." das Prinzip prozeduraler Armut und der Kapitalvermehrung angesprochen, im biblischen Gleichnis von den „anvertrauten Pfunden“ wird mit dem Verbrauch die unproduktive, mit dem Vergraben die neutrale und mit der Vermehrung die produktive Anlage deutlich gemacht. Das Märchen von "Hans im Glück" bringt nahe, wie man im Tauschprozess durch fortwährenden Tausch (wie es z.B. Kettenumschuldungen mit verheerender Wirkung für die Schuldenhöhe haben) alles verlieren kann.

Die Herkunft des Modells aus ökologisch-sozial motivierten Fragestellungen prädestiniert es auch für die Nutzung bei Diskussionen im Finanzsystem. Hier behindert die Eigenständigkeit des Denkens und damit die Entwicklung von sozialer Kompetenz noch weit mehr die scheinbare Sachgesetzlichkeit des Geldes. Die wiederkehrenden, jede Fantasie behindernden Argumente, dass man Verträge halten, anvertrautes Geld zurückgezahlt werden müsse, Zeit Geld sei und Schulden Schuld, können an sich nur durch eine geldtheoretische Betrachtung aufgelockert werden, wonach Geld nur Ausdruck von Wert nicht aber selber Wert ist. Dies erfordert auf Grund der Tatsache, dass Geld selber eine Abstraktion ist, auch entsprechend hohes Abstraktionsvermögen der zu Bildenden. Über die Fantasie lässt sich aber auch die geldlose Gesellschaft rekonstruieren, in der es dann keine Schulden und keine wundersame Kapitalvermehrung aus dem Geld mehr gibt. Allein die Chance, dies zu denken, befreit von der Last des Udenkbaren.

c. Die Methode der einfachen Heuristiken

Heuristiken sind einfache Daumenregeln, die es ermöglichen, Entscheidungen schnell, vor allem in unsicheren Situationen zu treffen, wenn die benötigten Informationen nicht zur Stelle sind oder die Fähigkeit zur rationalen Verarbeitung der Informationen nicht vorhanden ist. Mit ihnen arbeitet jeder Mensch im Alltagsleben, ohne sich dessen bewusst zu sein.¹¹⁸

Die Methode der einfachen Heuristiken dient der Reduktion von information overload, wie sie vor allem die Werbewirkungsforschung beschäftigt. Menschen sind meist nur in der Lage einen kleinen Bruchteil der Ihnen zur Verfügung stehenden Information aufzunehmen. Das Zuviel an Information wird herausgefiltert. Dadurch besteht die Gefahr, dass auch sehr wichtige Mitteilungen auf diese Weise ihren Empfänger nicht erreichen. Auch die Qualität einer Entscheidung kann sich durch information overload verschlechtern, wenn das kognitive System überfordert wird. In der Umgangssprache heißt dies: Man sieht den Wald vor lauter Bäumen nicht.

Das Modell der einfachen Heuristiken sagt aus, dass Menschen in Entscheidungssituationen in aller Regel nur sehr wenig kognitive Information zu verarbeiten vermögen, dies aber mit großer Effizienz tun. Daher soll finanzielle Bildung nicht mit Inhalten überfrachtet und stattdessen Handlungskompetenz in den Vordergrund gestellt werden. In der reflexiven Bildungssituation kann im Dialog auch nach und nach Wissen vermittelt werden, so dass nicht bereits von Anfang an zu viel Information die Informationsverarbeitung belastet. Auch im Schulunterricht sind Überlastungsphänomene be-

118 Definition aus <http://www.vikom.at/vikom/new/ppt/alder2/sld041.htm> (Wissensmanagement).

kannt. Es ist eine Aufgabe geeigneter didaktischer Ansätze, einen information overload zu vermeiden. Andererseits hat diese Didaktik dort Grenzen, wo der Stoffumfang in einer Lerneinheit zu groß wird.

Anders als die meisten Modelle zur Entscheidungsfindung geht das Modell der einfachen heuristischen Entscheidungen davon aus, dass gerade ein begrenztes Wissen dazu dienen kann, sinnvolle Entscheidungen zu treffen. Ausgangspunkt ist die Frage, wie bei begrenztem Wissen, begrenzter Zeit und Unsicherheit dennoch sinnvolle, rationale Entscheidungen getroffen werden können.

Das Max-Planck-Institut für Bildungsforschung (Berlin) hat diese Methodik in ein Modell umgesetzt und erprobt.¹¹⁹ Danach kann eine einfache Rekognitions-Heuristik im Bereich der Geldanlage eine sinnvolle Entscheidungsregel darstellen. So kann es z.B. für einen Konsumenten sinnvoll sein, das Produkt zu wählen, von dem er schon einmal gehört hat.

Die Botschaften der Finanzdienstleister sind voll von solchen heuristischen Regeln. Sie dienen zumeist der Werbung und dem Absatz. Einige der Volksweisheiten über Finanzdienstleistungen haben wir bereits zitiert. Andere sind etwa: „Sparsamkeit lohnt sich immer“, „Zeit ist Geld“, „Kredit erfüllt die Wünsche von Morgen schon heute“, „geliehenes Geld muss man zurückzahlen“, „wer Schulden hat, ist zumeist selber Schuld“, „Geld vermehrt sich selbsttätig“, „wer bürgt wird erwürgt“, „schau trau wem“ etc.

Das Problem dieser Heuristik besteht darin, dass sie teilweise aus anderen Wirtschaftsepochen übernommen auf die heutige Kreditgesellschaft nicht mehr passen und daher falsche Vorstellungen aufrechterhalten. Teilweise lassen sie sich nicht mehr einer bestimmten Situation zuordnen und geraten in Gefahr auf veränderte Realitäten angewandt zu werden.

Wenn die Heuristik gerade im Bereich des Geldes mit seinen immanenten Abstraktionen und damit Denkmumtionen so eine wichtige Rolle spielt, dann sollte die Wissenschaft sich damit beschäftigen, einfache Heuristiken für Finanzdienstleistungen gerade in prekären Lagen zu entwickeln, die als Handlungsanleitung dienen könnten. Grundlage könnte dafür die moderne Gesetzgebung sein.

Für Finanzdienstleistungen könnten solche alternativen heuristischen Regeln z.B. lauten:

→ Benutze niemals fremdes Geld für etwas, was du dir auch mit Sparen nicht leisten könntest!

119 In einer empirischen Studie wurden Passanten in München und Chicago nach den Namen ihnen bekannter Aktiengesellschaften gefragt. Hintergrund war die Überlegung, ob eine Rekognitions-Heuristik für eine Geldanlage in Aktien ein sinnvolles Modell sein könnte, d.h. ob der Kauf von Aktien nach Bekanntheitsgrad der Firmen bei zufälligen Passanten zu einem erfolgreichen Portfolio führt. Ergebnis: Das Portfolio aus den zehn meist genannten Firmen war mehr wert als das vieler Experten oder Aktienfonds, obwohl/weil sie nur bekannte Gesellschaften genannt wurden. Vgl. o.V.: Bildungsstudie. Schlichtes Denken führt oft zum Erfolg. In: Hamburger Abendblatt vom 22. März 2000. Vgl. auch im Internet <http://www.mpib-berlin.mpg.de/ABC/Heuristiken/Aktien.html>, wo der Forschungsansatz umfassend erläutert wird.

- Geld lebt so lange wie das Gut, das es finanziert!
- Verlang genau das vom Anbieter, was du als Angebot verstanden hast!
- Zahle nie mehr als du kannst!
- Niemand kann sich mit Kredit aus Schulden befreien!
- Glaube nur an den Gewinn, den du auch selber erarbeiten könntest!
- Im Leben ist letztlich nur das wichtig, was man erleben kann!
- Nichts einfaches wird dadurch besser, dass man es verkompliziert!
- Wenn jedes einzelne Teil nichts bringt, bringt auch das ganze nichts!
- Vertrauen ist gut, kontrolliertes Vertrauen ist besser!
- Wer deine Gefühle anspricht will auf deinen Verstand verzichten!
- Bürge nur für das, wovon du auch einen Nutzen hast!
- In der Gruppe ist man immer sicherer!
- Guter Rat ist teuer, aber nicht jeder teure Rat ist gut!
- Vertraue niemandes Rat, der an dem Rat ein eigenes Interesse hat!

An sich widerspricht es der Rationalität des Marktgeschehens, überhaupt Heuristiken anzubieten. Letztendlich muss jede Entscheidung rational überprüft werden. Es ist jedoch möglich, in Heuristiken gerade für von Armut bedrohte Verbraucher gruppenspezifische Rationalität gerinnen zu lassen, die ganz überwiegend zu richtigen Ergebnissen führt.

Im Recht ist solcher "Wert und Unwert von Rechtsfiktionen" (Josef Esser) ausführlich diskutiert worden. Fiktionen, und dazu gehören die meisten Heuristiken, erleichtern das Alltagsleben und reduzieren die Komplexität. Wenn wir meinen, dass das Eigentum einer Sache anhafte, so ist dies eine Fiktion, die aber zur Verhinderung von Diebstahl wichtig ist. Dass die Unterschrift eine Bindung erzeugt, ist ebenso fiktiv aber nützlich, wenn alle daran glauben. Allerdings wird es in einem durch Heuristiken populären System auch extrem schwierig, etwas zu verändern. Wahrheiten und Rationalitäten verändern sich mit dem Beweis des Gegenteils, Vorstellungen erst, wenn sie sich nicht mehr als nützlich erweisen.

IV. Zusammenfassung

Um dem demokratisch-emanzipatorischen / reflexiven Bildungsbegriff im Modell expansiven Lernens gerecht zu werden, müssen die Angebote und die in ihrem Rahmen verwendeten Methoden sowohl Raum für die Vermittlung von auf Finanzdienstleistungen bezogenem Wissen als auch für gegenseitigen Austausch und Reflexion des Gelernten bieten. Die Lernenden müssen die Möglichkeit haben, das Gelernte in einen systemischen Gesamtzusammenhang zu setzen und über die Thematisierung von Recht bei der Problemdarstellung die Sicherheit, das Legitimationsgefühl und das Bewusstsein

der Solidarität erhalten, das sie als Verbraucher benötigen, um eine Rückwirkung auf das Angebot von Finanzdienstleistungen zu erreichen und selbstständig an der Problemlösung teilzuhaben. Hierzu bietet sich die Arbeit in Gruppen bzw. die Partnerarbeit an. Die Vermittlung des finanziellen Wissens darf weder (ausschließlich) in Form eines „Frontalunterrichts“ erfolgen, noch eine Überfrachtung der einzelnen mit in ihrer Situation „unnützem“ Wissen darstellen. Die Ausgangsbasis auch für die Wissensvermittlung muss die Lebens- und Erfahrungswelt der Lernenden sein und an ihren eigenen, oder an geliehenen oder antizipierten Problemen ansetzen. Das Wissen muss konkret in Problemlösungen oder Handlungen umgesetzt werden (anwendungsbezogenes Wissen).

Für die Lernenden muss ein grundsätzlicher Nutzen in der Auseinandersetzung mit dem Lerngegenstand liegen, der die Motivation zur Erweiterung der eigenen Handlungsfähigkeit begründet. Auf diesem Hintergrund müssen die Bildungs- bzw. Lernziele der Finanziellen Allgemeinbildung den Lernenden offen gelegt werden. Gleichzeitig müssen die Bildungsangebote jedoch Raum dafür bieten, dass der konkrete Lernprozess von den Lernenden selbst gesteuert und gestaltet wird.

Die Rolle der im Rahmen der unterschiedlichen Modellprojekte Lehrenden müssen diese Lehrenden als Funktion und nicht als Institution begreifen. Lehrer sind eher „Lernberater“ zur Selbsthilfe, die die sich aus Eigeninteresse entwickelnden Lernprozesse und das Lernen unterstützen. Gleichzeitig müssen sie jedoch auch in der Lage sein, im Rahmen dieser Lernprozesse von den Lernenden gewünschtes oder benötigtes Wissen bereitzustellen und in Form von „Input“ in die Lernsituation hineinzugeben. Wissensvermittlung stellt somit nicht die Lernsituation dar, sondern ist ein von den Lernenden gesteuerter und eingeforderter Teil derselben.

Finanzielle Bildung in bestehenden Bildungsinstitutionen wie beispielsweise der Schule, die strukturell bedingt defensives Lernen begünstigt, sollte sich auch und vor allem in diesem Rahmen zur Ermöglichung eines expansiven Lernens an den Erfahrungen und realen Lebens- bzw. Problemsituationen der Schüler orientieren. Bevorzugt werden Bildungsangebote, in denen die Teilnahme der Lernenden freiwillig und aus Interesse am Lerngegenstand erfolgt. Im handlungsorientierten Lernen richten sich die anzuwendenden konkreten Methoden nach den jeweiligen Zielgruppen der unterschiedlichen Bildungsangebote.

Die Verwendung von einfachen Heuristiken spielt eine entscheidende Rolle in dem Prozess. Sie sind aber nicht nur nützlich, sondern zugleich gefährlich, soweit sie unreflektiert und vor allem unkontrolliert übernommen werden.

Tabelle 9: Finanzdienstleistungen und Lernziele

Finanzdienstleistung als:	Notwendigkeit	Belastung (prozedurale Armut):	Chance oder Ausschluss
Bildungsziele (gesellschaftliche/ kollektive Ebene)	Erhöhung des Wissensstandes über Finanzdienstleistungen (FD) in der Bevölkerung / Gesellschaft	Armutsprävention, Vermeidung / Verringerung prozeduraler Armut	Positive Nutzung von FD zur Armutsbekämpfung / Rückwirkung auf das Angebot von FD und dessen Veränderung aufgrund eines veränderten Nachfrageverhaltens / Qualitätswettbewerb
Lernziele (individuelle Ebene)	<p>Gesamtheit der aus gegenwärtiger Sicht notwendigen Kenntnisse und Fertigkeiten im Bereich der Finanzdienstleistungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • (Anwendungs)Wissen, Kenntnisse, Fakten über die Produkte im FD-Bereich (Wirkungsweise, Grundprodukte insbes. Kredit, Grundmechanismen /Zins, Zeit, Risiko) • (Anwendungs)Wissen, Kenntnisse, Fakten über Anbieter/Vermittler/ Berater und deren Interessen • Kenntnis der eigenen Rechte und Pflichten sowie der Möglichkeiten ihrer Realisierung • Anwendung des SALIS Konzeptes (Security, Access, Liquidity, Interest, Social Responsibility) 	<ul style="list-style-type: none"> • Gedruckte und elektronische Informationsquellen selbstständig und zweckmäßig nutzen • Berechnungen anstellen, Software für die privaten Finanzen nutzen, Haushaltsbuchführung • Fähigkeit der Einzelnen, allgemeines Wissen auf die eigene Situation anzuwenden und zu übertragen • Eigene Bedürfnisse erkennen, reflektieren und konkret formulieren können • Selektion und Reduktion von Informationsvielfalt als Basis für Entscheidungen (Heuristiken) • Problemlösungsfähigkeit durch die Thematisierung von Recht in der Kommunikation (Sicherheit, Legitimation und Solidarität) 	<ul style="list-style-type: none"> • Größere Verhandlungssicherheit im Umgang mit Finanzdienstleistungen • Wahrnehmung der eigenen Person als Akteur zusammen mit anderen Verbrauchern im System der Finanzdienstleistungen: „Nein“-Sagen können, Nutzung von Recht als Aushandlungsprozesses mit den Anbietern • Entwicklung von Solidarität und Gruppendenken im Sinne ökonomischer Rationalität: volkswirtschaftliches statt rein individuelles Denken
Umfassende Handlungskompetenz im Bereich der privaten Finanzen/Finanzdienstleistungen			

Tabelle 10: Finanzdienstleistungen und Lernkonzepte

Ausgangspunkt	FD als Notwendigkeit	FD als Belastung (prozedurale Armut):	FD als Chance od. Abschluss:
Lernkonzepte/-methoden	<p>Handlungsorientiertes Lernen: „Handlungsorientiertes Lernen ist Lernen, das darauf gerichtet ist, bei den Lernenden Handlungsfähigkeit zu erzeugen. Handlungsfähigkeit eines Individuums zeigt sich darin, dass es in den Lebenssituationen, die Handeln erfordern, tüchtig, selbstbestimmt und verantwortlich handeln kann.“ Das Erreichen dieses Ziels setzt eine Entsprechung von Lern- und Handlungsstruktur voraus, wobei sich als Ausgangspunkt ein lösungsbedürftiges Problem anbietet, welches sowohl eine externe Vorgabe (durch den Lehrer bestimmt) als auch intern durch den Lernenden benannt werden kann. Problemorientierung kann somit ebenfalls als Merkmal handlungsorientierten Lernens bezeichnet werden und sollte eine Grundlage finanzieller Bildung darstellen.</p> <p>Bildungsangebote sollen nicht die gesamte Fülle theoretisch vorstellbaren Stoffes abdecken; sie sollen vielmehr auf konkrete Zielgruppen zugeschnitten sein. Entweder orientieren sie sich an tatsächlichen Problembereichen (vor allem bei Erwachsenen, denen die gesamte Palette der Finanzdienstleistungen zumindest theoretisch offen steht), die bestimmte Entscheidungen (bewusst oder unbewusst) mit sich bringen (Erwerb von Wohneigentum, Eintritt in den Ruhestand, etc.), oder es müssen angemessene Wege gefunden werden, wie solche Problembereiche „geliehen“, „antizipiert“ oder Identifikationsstiftend „simuliert“ werden. (Dies ist vor allem im Schulunterricht relevant, da Kinder viele Finanzdienstleistungen noch nicht in Anspruch nehmen können oder dürfen und somit seltener auf eigene Erfahrungen zurückgreifen können).</p> <p>Methoden: Zukunftswerkstatt, Fallstudie, Rollenspiel, Planspiel, Erkundung, Expertengespräch, Szenariomethode, Projekt, Modell der einfachen Heuristiken</p>		
Lerninhalte (beispielhaft)	<p>Grundwissen über Kapitallebensversicherung und Altersvorsorge, Effektivzins, Nominalzins, Verhältnis von Risiko und Rendite, Finanzierungsalternativen, Sicherungsmittel und ihre Wirkung, Zins und Zeit, Lebensdauer finanzierte Produkte und Kredit; verschiedene Anbieter, Vermittlerinteressen, Lesen von Tests, Informationsbeschaffung im Rahmen der Auseinandersetzung mit konkreten Beispielen / Problemfällen</p>	<p>Ausgangspunkt für die Entwicklung von Problemlösungskompetenz ist ein konkretes Problem. Motivation zu ihrer Wahrnehmung ist das Recht als Schutz- und Machtinstrument, das in der außergerichtlichen Kommunikation angewendet. Verhaltenssicherheit, Legitimation und Solidarität vermittelt. Problembereiche sind z.B. Handyüberschuldung, Kreditbedarf bei bestehender Verschuldung, gescheiterte Baufinanzierer, Liquiditätsengpass bei der Bedienung von Dauersparverträgen, Zugangsverweigerung zu FD, Kettenkrediten, Wirkung von Kombi-Produkten, Nutzen rechtlicher Hilfen wie Schutzrechte, Ersatzansprüche, Insolvenz): Wissensvermittlung + Anwendung des Wissens auf die Situation bspw. in Form eines Rollenspiels.</p>	<p>Vermittlung von Gesamtzusammenhängen anhand konkreter Beispiele, Verständnis von der Rolle einzelner im Marktgeschehen, Wissen über das Marktgeschehen selbst. Verständnis von Kredit als Investition, von Zahlungsverkehr als Transport und Verwaltung, Transfer von Grundwissen in die produktive Nutzung von FD, Nutzung von economies of scale, Gruppenmodelle, Kostenminimierung</p>

D. Ansatzpunkte für finanzielle Allgemeinbildung in der Praxis

I. Funktionen und Zwecke

1. Zweck der Nutzung

Finanzdienstleistungen sind Mittler zwischen dem Lebenseinkommen und den Ausgaben eines Haushaltes. Durch sie werden zeitliche Versetzungen zwischen Einkommen

und Ausgaben (Sparen und Kredit), örtliche Verschiedenheiten von Wohnsitz und Zahlungsort (Zahlungsverkehr) bewältigt sowie eine Vergesellschaftung individueller Risiken (Versicherung aber auch Kredit und Anlagen mit Garantiefunktionen) erreicht.

In der nachfolgenden Grafik ist mit fiktiven Zahlen ein möglicher Lebensverlauf skizziert, bei dem das Monatseinkommen und die Monatsausgaben variieren. Mit 24 Jahren ist ein voller Verdienst angesetzt, mit 39 Arbeitslosigkeit und mit 65 das Rentenalter und ab 75 zunehmende Hilfsbedürftigkeit. Dies alles schlägt sich in den Einnahmen und Ausgaben nieder. Die Differenzen müssen über Kredit oder Vorsorgesparen ausgeglichen werden, wobei das Sparen entweder Vorsorge oder Abzahlung der Kredite bedeutet, während die Kredite selber die Differenz zum Einkommen ausgleichen. Die Summen von Ausgaben wie Einnahmen ergeben im vorliegenden Fall ausgeglichen für das ganze Leben 500.000 Euro.

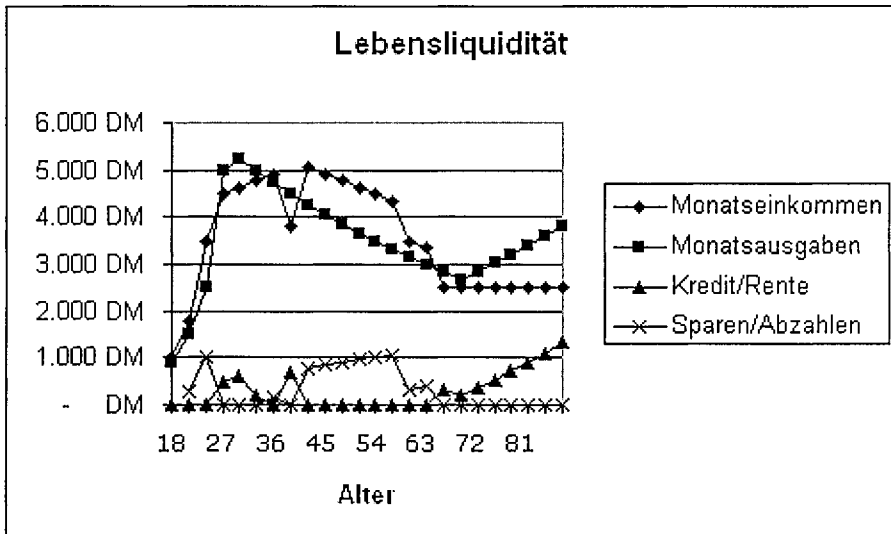


Abbildung 7: Lebensliquidität

Es ist offensichtlich, dass prozedurale Armut dann eintritt, wenn der Gesamtkredit über den Gesamtsparmöglichkeiten in einem Leben liegt. Dies kann seine Ursache nicht nur darin haben, dass ein Haushalt unter dem Lebensexistenzminimum lebt, sondern dass der Gebrauch der Finanzdienstleistungen unnötig teuer war bzw. ein produktiver Gebrauch verwehrt wurde oder aber temporäre Krisen zu unnötigen Katastrophen führen, weil die Möglichkeiten der Finanzdienstleistungen nicht ausgeschöpft wurden.

Die Probleme im Bereich der Finanzdienstleistungen, die zu Armut führen können, lassen sich dabei grundsätzlich nach den Zwecken der Nutzung in drei Bereiche einteilen:

1. Finanzdienstleistungen wurden unnötig und unsinnig genutzt. (Luxuskonsum)
2. Finanzdienstleistungen wurden zu den oben bestimmten sozialen Zielen in der Einkommens-/Ausgabenangleichung unproduktiv genutzt oder ein Zugang wurde ver-

wehrt, was entweder zu Belastungen oder zu fehlenden Entlastungsmöglichkeiten führte. (Scheitern der sozialen Funktion)

3. Finanzdienstleistungen wurden genutzt, um Probleme zu beheben, die bei der Nutzung von Finanzdienstleistungen selber entstanden. (z.B. Verschuldungskarussell)

In die erste Kategorie fallen alle Situationen, die auf individuelles Verschulden, Fehlverhalten, Irreführung, Fehlvorstellungen über Möglichkeiten u.s.w. zurückgeführt werden. Die zweite Kategorie stellt den „Normalfall“ einer angestrebten produktiven Nutzung von Finanzdienstleistungen dar. In die dritte Kategorie fallen Umschuldungen, Kettenkredite, Ausweichverhalten bei Kreditwürdigkeit und Kompensationsverhalten bei Verweigerung des Zugangs von Finanzdienstleistungen sowie die Bewältigung von Überschuldungssituationen.

Wie bereits oben ausgeführt, hat die finanzielle Allgemeinbildung historisch ihre Wurzeln im ersten Bereich. In einer früh- oder vorkapitalistischen Gesellschaft ist der Kapitalbedarf auf den unternehmerischen und staatlichen Bereich beschränkt. Entsprechend war die Kreditaufnahme durch Verbraucher oder Handwerker grundsätzlich unproduktiv. Jeder Kredit führte per definitionem zum Leben „über die Verhältnisse“. Nachdem die Notwendigkeit der Kapitalausstattung auch den Konsumbereich erfasst hat, ist das Problem unnötigen Gebrauchs von Finanzdienstleistungen zu auffälligem Konsum, zur Befriedigung von Statusdenken und Mitläufersyndrom keineswegs gelöst. Es ist jedoch nicht mehr bestimmend für die Armutsprobleme. Insbesondere besteht es nicht mehr losgelöst von der produktiven Konsumkreditaufnahme, sondern schleicht sich als Element ein. Daher wird hier ein Vorgehen vorgeschlagen, das den produktiven Kreditgebrauch in den Mittelpunkt stellt und davon ausgeht, dass die Fragen der Budgetverwaltung sowie die Fähigkeit der Verweigerung gegenüber Konsumwünschen sich notwendig innerhalb einer reflektierten Nutzung von Finanzdienstleistungen stellt.

Der Verzicht auf Mehrkredit erscheint dann als eine besonders effiziente Form der Kreditnutzung und macht zudem noch das Phänomen des Kredites um des Kredites willen (Schuldenkarussell) als einer besonders einsichtigen Form unproduktiver Kreditnutzung erschließbar. Sparen ist dann dort, wo es möglich ist, schließlich die effizienteste und wegen der negativen Kosten (Rendite) auch billigste Möglichkeit des Krediteinsatzes.

Die beste Bildung, um unnötigen und unsinnigen Gebrauch von Finanzdienstleistungen zu verhindern, besteht somit darin, den sinnvollen und produktiven Gebrauch von Finanzdienstleistungen zu vermitteln. Sie hat darüber hinaus auch den pädagogischen Anreiz konstruktiven Lernens, wonach das Erreichen von Gewinn immer leichter gelernt wird als das Vermeiden von Verlusten.

Ebenso wenig sollte finanzielle Bildung nur dort angeboten werden, wo die Probleme eines unproduktiven Gebrauchs von Finanzdienstleistungen durch weitere Überschuldung und Fehlgebrauch sich verschärfen und im System selber unlösbar werden. (Verbraucherinsolvenz) Auch hier gilt, dass ein gutes Verständnis des produktiven Gebrauchs von Finanzdienstleistungen zugleich auch die (bitteren) Grundwahrheiten für die Krise enthalten. Hier führt das Fehlen produktiver Alternativen meist zu der notwendigen Einsicht, dass die Krise akzeptiert und die Lösungen außerhalb des Finanzdienstleistungssystems zu suchen sind. (Insolvenz, Einkommen, Konsumeinsparung, Transferleistungen) Verzicht auf den Gebrauch verlockender Schnelllösungen („Sofort-Kredit“, „Kreditkarte“, „Kontoüberziehung“) ist dann ebenfalls nur Folge davon, dass die Mechanismen produktiven Einsatzes verstanden sind.

Dies bedeutet für den zeitlichen Ansatzpunkt finanzieller Allgemeinbildung zunächst, dass die größten Wirkungen nicht in den Situationen gescheiterter Krisenbewältigung erzielt werden können, auch wenn hier in der Hoffnung auf Krisenbewältigung die größte Bildungsbereitschaft erkennbar ist. Gleichwohl sind Krisensituationen auch für die Vermittlung der Kenntnisse über produktiven Finanzdienstleistungsgebrauch in doppelter Hinsicht geeignet:

Zunächst verdeutlichen sie in sehr klarer Weise die Konsequenzen eines unproduktiven Gebrauchs von Finanzdienstleistungen und lassen Ursachen besser erkennen. Darüber hinaus erlauben sie, wie in dem im letzten Teil beschriebene Modellansatz aufgezeigt, eine Betroffenengruppe indirekt aber trotzdem effektiv anzusprechen, indem sie den Effekt der Selbstinformation von Gruppen über aus Krisen „erfahrene“ Gruppenmitglieder nutzt.

Schließlich ist die Nutzung der Beispiele aus Krisensituationen auch in der zweiten Alternative sinnvoll, um öffentliche Aufmerksamkeit zu erreichen (Solidarität) und das "Leihen" sowie die "Antizipation" von Problemen zu ermöglichen.

Es besteht daher das Paradox, dass eine finanzielle Allgemeinbildung zur Armutsprävention vornehmlich gescheiterte Finanzdienstleistungsbeziehungen zum Gegenstand hat, wenn sie Wissen für deren produktiven Gebrauch vermitteln will.

Damit unterscheidet sich finanzielle Allgemeinbildung kaum von der Gesundheitsbildung, die über Krankheit informiert, von der Verkehrserziehung, die über Verkehrsunfälle und ihre Ursachen informiert, von der Umweltaufklärung, die über Umweltverschmutzung informiert, über Friedenserziehung, die über Krieg und Konflikt informiert. Auch die Armutsprävention muss über Armut informieren, nicht als emotionale Abschreckung, sondern als Information zum Verständnis ihrer Prävention.

2. Soziale Situation und Nutzungsphase

Da Finanzdienstleistungen sich auf das Lebenseinkommen beziehen, haben sie überall dort eine Bedeutung, wo es um langfristige und langlebige soziale Funktionen geht, die privat zu erfüllen sind. Da die aktuelle deutsche Gesellschaft hier im Umbruch ist, und vormals öffentliche Versorgungsbereiche nun immer stärker in die private Verantwortung verlagert werden, finanzielle Allgemeinbildung sich aber auf zukünftige Situationen bezieht, sind solche Entwicklungen möglichst schon miteinzubeziehen. Daher kommen zu den traditionellen Finanzdienstleistungsbereichen wie langlebige Konsumgüter, Lohn- und Gehaltszahlungen und Risiken des täglichen Lebens in Zukunft die Bereiche Existenzgründung, Ausbildungsfinanzierung, Wohneigentumbildung und private Altersvorsorge als wichtige und zugleich auch gefährliche Finanzdienstleistungsbereiche hinzu.

Diese Finanzdienstleistungen treffen auf soziale Risikosituationen, die aus den Untersuchungen über die Situation Überschuldeter und von Finanzdienstleistungen Ausschlossener bekannt sind. Diese Situation wie Arbeitslosigkeit, Einkommensverlust durch Kurzarbeit oder schlechter bezahlte Stelle, Ehescheidung, Familiengründung, zu knappe Mittel im Alter, Krankheit, Unfall und ähnliches mehr sind finanztechnisch

gesehen Liquiditätseingänge, für die keine ausreichende Kompensation in der Zukunft besteht.

Ein auf dem Lohneinkommen und seiner Belastbarkeit kalkulierter Kredit mit entsprechend hohen Rückzahlungsraten („So viel Kredit können sie bekommen“ verspricht die Werbung, der man sein Einkommen angeben muss) muss scheitern, wenn das Lohneinkommen sich auf 66 % in der Arbeitslosigkeit reduziert. Dieses Drittel entspricht relativ genau der oberen Belastungsgrenze, wie sie etwa in den USA im Konsumkredit gilt. Da nach der Arbeitslosigkeit kein Aufholeinkommen erwartet werden kann, muss für diese Einkommensminderung zwangsweise „nachgespart“ werden. Dieser Prozess funktioniert nicht, weil er weder institutionell angeboten (das Anhängen der Raten an das Ende Laufzeit ist kostspielig und meist nicht kalkuliert), meist zu spät die eigentlich temporäre Insolvenz erkannt wird (es werden andere Ausgaben nicht getätigt, die dann aber zu erhöhter Kostenbelastung in der Zukunft führen).

Tabelle 11: Lebensphasen der Produkte und Risikosituationen der Betroffenen

Phasen Risiko	Bedürfnis	Auswahl	Gebrauch	Anpassung	Scheitern
Familien-gründung	Zwecksparen; Risikoversicherung	Effektivzins, Rendite, Risiko, Ratenhöhe, Produktunterschiede, Zeit und Zins	Liquiditätsrechnung; Haushaltsführung	Umschuldung, Auflösung von Anlagen, Einsparung von Ausgaben,	Verzugszins, Kündigungsschutz, Inkassokosten, Verbraucherkonkurs
Altersarmut	Sozialversicherung zu privater Altersvorsorge; Hausfinanzierung	Koordination Alterserwartung, Gesundheit, Familienzusammenhalt, Haus, Einkommen, Kosten	Inflation, Zahlungseingänge	Anbieterwechsel, Abwehr von Spekulation	Auflösung mit geringsten Kosten,
Arbeitslosigkeit, Einkommensverlust	Zugang zu weiteren Krediten, Zahlung von Versicherungen	Kenntnisse über flexible Produkte, Abschätzung der Risiken, Nutzung der Sozialleistungen, Haushaltskalkulation	Berechnung von Alternativen, rationale Kostenreduktion, Auswirkungen auf Abhängige	Umschuldung, Zusatzkreditaufnahme, Verhandlung,	Pfändungsschutz, Kenntnis von Beratungsangeboten, Nutzung der Verbraucherinsolvenz
Krankheit	Verständnis von Absicherungsmöglichkeiten	Ausreichende Deckung, Verhältnis Liquiditätsbelastung und Nutzen, Einkalkulation für den Kredit	Auswirkungen der Produktkombination	Thematisierung von Krankheit als Recht zur Anpassung, Abschätzen von Dauer und Intensität, Ersatzleistungen	Pfändungsschutz, Kenntnis von Beratungsangeboten, Nutzung der Verbraucherinsolvenz
Scheidung	Eheverträge mit Scheidungsfolgenregelung	Vermeidung von Mithaftungen, Trennen von Haushaltsführungen bei Sicherheit, Gemeinsame Führung zur Kosteneinsparung	Führung von Mehrpersonenhaushalten, Verantwortlichkeiten, Sicherstellung der Kinderversorgung	Regelung der Auswirkungen auf Schulden und Anlagen durch Mediation, Verhinderung der gegenseitigen Schädigung	Gemeinsame Nutzung von Insolvenzverfahren trotz Scheidung

Bei der Ehescheidung kommen neben dem armutsfördernden Fiskus, der die Geschiedenen trotz doppelter Haushaltsführung, Wegfall von Synergien sowie künstlich verteuertem Scheidungsprozess (Anwaltszwang), noch durch Wegfall des Splitting besonders belastet, noch die unsinnigen Konstruktionen unauflösbarer Gesamtschuld-

nerschaften und Bürgschaften hinzu. Angesichts des emotionalen Stresses sind rationale und zutreffende Entscheidungen hier kaum noch zu erwarten.

Bei Krankheit und Unfall gibt ebenfalls keine automatischen Anpassungen sondern hier werden von den ohnehin Betroffenen rationale und zukunftsweisende Entscheidungen verlangt, die in der Regel dann nicht getroffen werden können.

In all diesen Situationen sind die Finanzdienstleistungen nicht die primären Probleme. In der Regel sind es Einkommens- und Kostenprobleme. Sie müssen auch in dieser Sphäre durch die dort vorhandenen Hilfs- und Beratungsmittel angegangen werden. Insofern gehört zur finanziellen Bildung zur Armutsprävention auch immer die Bildung über das auf Einkommen und Kosten in Krisen gerichtete Verhalten. Wissen und Kenntnisse über Ersatzinkommen, den Zeitpunkt und Ort, wo es erreichbar ist.

Gleichwohl spielen die Finanzdienstleistungen insoweit sie diese Situationen nicht in ihrer Struktur berücksichtigen, eine in der Regel verschärfende und vor allem verlängernde Rolle, die durch bestimmte Verhaltensweisen gemildert werden könnten. Eine strukturelle Berücksichtigung, wie etwa die Abmachung französischer Banken im Elsass mit den Verbraucherverbänden über kostenfreie Ratenstundung bei unverschuldeter Arbeitslosigkeit, würde erhebliches Wissen überflüssig machen. Auch die Sozialversicherungen als die ältesten Formen von Finanzdienstleistungen, die in den verschiedenen Phasen der Nutzung von Finanzdienstleistungen sich niederschlagen. Sie führen dort zu Entscheidungen und Verhaltensweisen, bei denen eine finanzielle Allgemeinbildung dazu verhelfen könnte, produktiver mit Kredit, Anlage, Zahlungsverkehr und Versicherungen umzugehen sowie die Schäden aus einem Fehlgebrauch zu vermeiden.

II. Produkte und Situationen

1. Aufnahme von Konsumkrediten

Im Ratenkredit geht es bei den langlebigen Konsumgütern vor allem um den PKW und die Wohnungseinrichtung. Das Ansteigen des Konsumkredits ist wesentlich dem Ansteigen des Wertes dieser Güter in den Haushalten sowie ihrer Verbreitung geschuldet. Typischer Ausdruck dieser Vermittlung von langfristigem Konsum mit kurzfristigem Einkommensbezug ist der Ratenkredit, dessen Anteil am gesamten Konsumkredit relativ gleich ansteigt. Zum Bereich der langlebigen Konsumgüter gehören auch die Sachversicherungen (Kfz-Haftpflicht; Rechtsschutz-, Unfall- und Hausratsversicherung)

Die wichtigsten Probleme liegen hier in der negativen Gruppenbildung für von Armut bedrohte Personen. Sie sind zum einen auf den Gebrauchtwagenmarkt angewiesen, der erheblich schlechtere Verbraucherbedingungen als der von den Automobilmarken kontrollierte Neuwagenmarkt hat. In den USA war bei der Präsidentenwahl der Gebrauchtwagenmarkt sogar das Kriterium für Wählbarkeit schlechthin, wenn empfohlen wurde zu prüfen, ob man von dem Kandidaten auch einen Gebrauchtwagen erstehen würde. Die Benachteiligung aus dem Automarkt setzt sich in der Autofinanzierung fort. Während im Neuwagengeschäft die eigenen Finanzierungsbanken z.T. mit subventionierten Krediten den Absatz fördern, bleibt die Finanzierung der Gebrauchtwagen entweder bei den Gebrauchtwagenhändlern oder bei den Teilzahlungsbanken mit erhöh-

ten Zinsen, zusätzlichen Versicherungen und teilweise zusätzlich verteuern den Vermittlern.

(Used Car Dealer Rochester) Eine soziale Kreditvergabeinstitution in Rochester im Staate New York vergibt nicht nur Kredite für die Finanzierung der Anschaffung des PKW an wirtschaftlich schwache Personen nach einem entsprechenden Ansparprozess. Sie genehmigt die Kredite zudem erst, wenn das fertige Angebot mit Preis für den PKW vorliegt. Nicht selten wendet sich dann die Organisation an den Gebrauchtwagenhändler und verlangt eine Preis- oder Qualitätskorrektur, weil sie festgestellt haben, dass es nicht ausreicht, den finanzschwachen Familien Kredite zu geben. Vielmehr muss der Finanzierer Sorge tragen, dass diese Kredite auch produktiv investiert werden. Da finanzschwache Haushalte die Wirkungen eines Kredites erst später erfahren, sind sie beim Erwerb besonders schwache Nachfragekunden. Dies wird von den Autohändlern ausgenutzt. Durch die restriktive Kreditvergabe und das Einschalten von Experten der Finanzierungsagentur kann dann verhindert werden, dass die Kredite unproduktiv investiert werden. Unproduktiv sind sie nämlich dann, wenn ein relevanter Teil des Kreditbetrages nicht mehr dem Konsum sondern der Begleichung von Wuchervorstellungen der Händler dient.

Zur Sachsicherheit unbrauchbar verlieren die Gebrauchtwagenkäufer erhebliche Teile des Realeinkommens an einen kostenintensiven, intransparenten Markt. Auf Grund der höheren Reparaturanfälligkeit und kürzeren Lebenszeit der Gebrauchtwagen sowie den höheren Preisen und Finanzierungskosten müssten in einem Gebrauchtwagenmarkt, der nur produktive Kredite zuließe, die Raten in Relation zum Einkommen entsprechend höher sein als im Neuwagengeschäft. Dies würde den ärmeren Verbrauchern deutlich vor Augen führen, dass ein Gebrauchtwagen u.U. „teurer“ als ein Neuwagen ist. Stattdessen wird hier der absatzfreundliche aber verheerende Weg der längeren Laufzeiten gewählt, durch den fiktiv niedrige Raten gefordert werden können. Fällt der PKW dann notwendig vor Ablauf der Kreditlaufzeit aus, so muss der nächste PKW parallel finanziert werden. Die Raten werden plötzlich doppelt so hoch. Wer schließlich an drei PKW gleichzeitig abbezahlt, der ist endgültig gescheitert. Außerdem ist diese Klientel regelmäßig an einen Finanzierer gebunden, weil sie für andere nicht mehr kreditwürdig ist und kann nur noch durch Akzeptanz extremer Bedingungen ihre Finanzdienstleistungen aufrechterhalten. In den USA ist dieses Problem eines ungezügeltten Finanzierungsmarktes überall sichtbar und hat die Prozesse der Verarmung und Überschuldung beschleunigt, die heute unumkehrbar erscheinen.

Demgegenüber hatte Belgien eine Gesetzgebung, die die Laufzeiten der Ratenkredite je nach angeschafftem Gut auf dessen Lebenszeit begrenzte. Frankreich hat in der Hausfinanzierung eine Rechtslage, wonach der Kreditgeber sich auf richterliche Anordnung bei der Zwangsversteigerung eines Hauses mit der Erlös aus der Zwangsversteigerung unter Streichung der übrigen Schulden zufrieden geben muss. Auf diese Weise haben die Kreditgeber in diesen Ländern in diesen Fällen einen gesetzlichen Anreiz, nur produktive Kredite zu vergeben.

Es gäbe auch andere Möglichkeiten etwa durch gesetzliche Lebensdauer garantien bei Gebrauchtwagen ähnlich dem Neuwagengeschäft oder durch obligatorische Reparaturversicherungen oder schärfere Mängelvorschriften oder Pooling von Risiken der Kreditvergabe die Kosten auf alle Verbraucher zu verteilen. Man könnte auch aus dem französischen und belgischen Modell ein drittes Modell entwickeln, wonach im PKW-Geschäft die Kreditgeber auf die Restwertfinanzierung beschränkt werden. Dies würde wahrscheinlich zunächst zu Zugangsbeschränkungen führen, wäre dann aber nicht nur ein Problem der Armen sondern auch der Automobilkonzerne, die den Zweitwagen-

markt für ihre Neuwagenkunden garantieren müssen, sowie der Banken, deren Märkte sich verkleinern würden. Insgesamt wäre prozedurale Armut wieder dort, wo sie hingehört, in die gesellschaftliche Verantwortung aller, die Wirtschaft steuern können.

Natürlich wären die Probleme auch gelöst, wenn sich alle Verbraucher strikt an die Regeln des produktiven Kreditgebrauchs im PKW-Geschäft halten würden. Hierzu müssten sie den Zusammenhang zwischen Konsumzeit und Kreditlaufzeit begreifen, Raten als Nutzungsentgelt verstehen und an Hand der ihnen geläufigen Wohnraummietverträgen begreifen, dass Kredit auch nur eine „Kapitalmiete“¹²⁰ ist. Für den Verbraucher ist Geld Arbeit und kostenpflichtiger Konsum daher Arbeitszeit. Wer das verstanden hat, versteht auch, warum Konsum unproduktiv wird, wenn dafür keine entgeltliche Arbeitszeit mehr zur Verfügung steht.

Allein das Wissen reicht hier nicht aus. Der PKW-Markt der neuen Bundesländer hat gezeigt, dass mit hohem Kapitaleinsatz und unmittelbaren Gratifikationen durch eine Branche genau die gegenteilige Botschaft vermittelt werden kann. Danach ist Kredit ein frei verfügbares Gut und damit eine Art Zauberstab in der Hand des Kreditvermittlers, mit dem Wünsche in Erfüllung gehen, wenn man den Vermittler bzw. vermittelnden Händler nur gewähren lasse. Finanzielle Allgemeinbildung kann innerhalb solcher Situationen sich nicht auf die einseitige Wissensvermittlung beschränken. Kurzfristige Erfolge verdecken den langfristigen Schaden.

(Rauchen in der Öffentlichkeit) Beim Rauchen ist dies der Öffentlichkeit inzwischen bewusst, indem der EU-Gesetzgeber die Zigarettenindustrie verpflichtet, ihre kurzfristige Genusswerbung ganz unfeinheitlich mit Warnhinweisen zu versehen, statt nur auf die Gesundheitsaufklärung der Verbraucher zu vertrauen. Die USA hat die Zigarettenwerbung sogar ganz verboten und belastet die Zigarettenindustrie inzwischen mit mehreren Hundert Milliarden Euro Schadensersatzleistungen für die Irreführung der Verbraucher durch Unterdrückung der Informationen über die Gefahren in den vergangenen Jahrzehnten.

Finanzielle Allgemeinbildung muss daher den Zusammenhang zwischen Kredit und produktivem Konsum doppelt kritisch vermitteln: kritisch gegenüber dem kurzfristigen Denken der Verbraucher aber auch kritisch gegenüber einer verantwortungslos einseitigen Angebotsgestaltung, bei der das Absatzinteresse das gesamtwirtschaftliche Interesse an der produktiven Kreditvergabe wesentlich überdecken soll.

Der Verbraucher muss verstehen, wie Laufzeit des Kredits und Lebenszeit des PKW zusammenhängen, wie die Sicherheit die Kreditwürdigkeit beeinflusst, dass man Rechte auf Versicherungsverzicht hat und sie thematisieren kann, dass es lohnt, auch kostenpflichtige Analysen und Hilfen in Anspruch zu nehmen und das produktive Kreditaufnahme immer auch Investition in den Abschluss selber bedeutet. Er oder sie müssten aber auch begreifen, warum Kreditgeber und Anbieter trotz eines langfristigen Interesses der ganzen anbietenden Wirtschaft am produktiven Kredit gleichwohl ein Interesse haben können, diese Interessen auszuschalten, zu verdecken und durch kurzfristige Anreize zu überwinden.

Während die Konzentration auf die Produktivität eines Kredites die wesentlichen Grundlagen erfolgreicher und das Selbstbewusstsein stärkender finanzieller Allgemeinbildung wäre, spielen die Kostenfaktoren insoweit eine sekundäre Rolle.

120 Im römischen Recht gab es drei Formen von Mietverträgen: die Sachmiete (Wohnungsmiete), die Geldmiete (Kredit) und die Dienstmiete (Arbeitsvertrag). Die Nutzer konnten hier die Zusammenhänge besser erkennen, während die Kreditgesellschaft sie undurchsichtig gestaltet hat.

Grundsätzlich ist kein Kredit für einen Haushalt „zu teuer“, solange er noch produktiv investiert ist.

(Wucherventil) Nachts begegnete einem Passanten, der selber viel Fahrrad fährt, ein Radfahrer, der sein Vehikel mit einem platten Reifen schob und noch mehrere Kilometer nach Hause fahren musste. Er hatte bereits vergeblich versucht, eine Pumpe zu erhalten und auch versucht, an einer Tankstelle mit dem Druckluftgerät für Autos sein Fahrrad aufzupumpen. Der Passant hatte in seinem Portemonnaie eine Kupplung für Fahrradventile zu Druckluftgeräten, die 1 Euro kostete. Der Radfahrer wollte das Geld sofort bezahlen, wenn er dies haben könnte. Der Passant verwies darauf, dass er diesen Anschluss erst wieder kaufen müsse und gab dem Radfahrer das Anschlussventil unter der Bedingung, dass dieser es ihm per Post sofort am nächsten Tag wieder zuschicken sollte. Die Unkosten für diesen Transport betragen 1,5 Euro. Die Nutzung eines Kapitals von 1 Euro für 1 Tag betrug damit 1,5 Euro, d.h. 150 % p.T. oder über 50.000 % p.A. Gleichwohl war dieser Wucherkredit produktiv investiert, weil der Erlös der Investition weit höher war.

Umgekehrt kann ein noch so günstiger Kredit „zu teuer“ sein, wenn er unproduktiv investiert ist wie z.B. die Lockvogelangebote der Automobilfinanzierer, die auf bestimmte (schwer absetzbare) Marken subventionierte Kreditfinanzierungen zu 0,5 % p.A. anbieten. Nicht nur, dass der Kunde hier seinen Händlererrabatt einbüßt und somit u.U. einen teuren Kredit bezahlt. Wichtiger ist der Anreiz zur unproduktiven Investition, wenn der Kunde für diesen PKW keine Arbeitszeit zur Verfügung hatte.

Wenn in der finanziellen Verbraucherbildung dagegen von „teuer“ gesprochen wird, geht es dagegen fast nie um das grundsätzlich bedeutsame Gewicht der Kreditkosten im Arbeitsbudget des Verbrauchers sondern immer um die relativen Kosten auf dem Markt. Ein Kredit ist danach immer dann teuer, wenn man ihn auf dem Markt auch billiger erhalten hätte. Dies Konzept liegt auch dem modernen Wucherbegriff zugrunde, wonach Kredite gem. § 138 Abs.1 BGB erst dann wucherisch sind, wenn sie das Doppelte des Marktüblichen kosten, während noch das BGB im Wucher des § 138 Abs.2 BGB die Belastung und Ausbeutung des Kunden das wesentliche Problem sah. („Individualwucher“)

Verbraucher sollen nach diesem Konzept als aktive Marktbürger darauf achten, dass der qualitativ beste und billigste Anbieter den größten Absatz macht. Dies ist im kollektiven Interesse aller Verbraucher aber vor allem auch der Wirtschaft selber. Die produktiven Anbieter brauchen solche Verbraucher für ihre Geschäftspolitik, um die unlautere Konkurrenz überwinden zu können. Als Belohnung für eine solche wirtschaftspolitisch wichtige Arbeit der Verbraucher winkt die Kosteneinsparung. Da billigere Kredite zugleich auch die Arbeitszeit der Verbraucher entlasten, trägt diese Arbeit auch zum Produktivitätsgewinn auf Verbraucherseite bei. Gleichwohl besteht hier grundsätzlich eine Übereinstimmung zwischen Wirtschafts- und Verbraucherinteressen insgesamt und die Verbraucher sollten erheblich selbstbewusster auftreten, wenn sie sich das Wissen hierzu aneignen und den Markt durch ihre Nachfrage regulieren.

Allerdings sind die Verbraucher hier auch tendenziell weitgehend überfordert. Zwar möchte jeder Anbieter, dass beim Konkurrent die erhöhten Kosten aufgedeckt werden, nicht jedoch bei sich selber. Die Anzahl der kostenverdeckenden Konstruktionen ist Legion. Die Produkte werden immer komplizierter durch Mischung aller Finanzdienstleistungen in einem Paket, wobei der Staat mit seinen irrationalen Steuerpräferenzen ein Übriges dazu tut.

In diesem Bereich ist eine klare Gesetzgebung zum Ausweis der Kosten zunächst einmal Grundvoraussetzung, damit die Verbraucher ihre Rolle als Marktwächter spielen

können. Vor allem für weniger gebildete und unter Zwang handelnde Verbraucher ist die Entscheidung in der Regel kaum rational machbar. Daran ändert häufig auch eine finanzielle Allgemeinbildung nichts. Wenn z.B. mit viel Mühe erläutert wird, wie der effektive Jahreszinssatz die Kosten adäquat repräsentiert, dann aber in einer staatlichen Verordnung zur Preisangabe für Kombinationsprodukte eine Ausnahme geschaffen wird, die den Effektivzinssatz etwa für mit Kapitallebensversicherungen gekoppelte Ratenkredite zu einem Nichtssagenden Parameter degradiert, dann ist diese Mühe unsinnig. Auch die rechtliche Erlaubnis, neben dem Effektivzinssatz beliebig berechnete und zusammengesetzte Nominalzinssätze auszuweisen¹²¹ und in den Vordergrund zu stellen, macht die Bildung weitgehend funktionslos.

Für von Armut bedrohte Gruppen ist hier eine Grenzkontrolle durch Experten weit wichtiger, die regelmäßig überprüfen müssten, ob wenigstens die rechtlichen Grenzen (Wucher und korrekte Effektivzinsberechnung) eingehalten sind. Die Kontrolle der Günstigkeit innerhalb dieser Grenzen ist eher utopisch. Gleichwohl könnte hier Entscheidendes erreicht werden, wenn nach der Methode der einfachen Heuristiken finanzielle Allgemeinbildung sich gruppenspezifisch auf untere Einkommensschichten beschränken könnte und dann Merksätze bilden würde, die einfach anwendbar und erfolgreich wären.

Ein ganz wesentlicher Kostenfaktor ist im Konsumkredit inzwischen die Restschuldversicherung. Natürlich hat diese Absicherung der Restschuldzahlung im Krisenfall der Verbraucher für die Bank auch ihre spezifischen Nutzungsmöglichkeiten und Vorteile für Verbraucherhaushalte. Allerdings erscheint sie in Deutschland, wo sie als Individualversicherung verkauft und berechnet, im voraus geschuldet und finanziert wird, im Verhältnis etwa zu den Gruppenversicherungen in den USA als weit überteuert. Zumindest für gefährdete Personen sollte daher die Regel gelten, keiner solchen Versicherung zuzustimmen. Sie schützt diese Haushalte in aller Regel nicht, sondern gefährdet sie. Den Erben kommt sie nicht zugute, weil meist ohnehin nur nicht zu übernehmendes negatives Vermögen übrig bleibt. Natürlich muss dann auch eine Bürgschaft oder zweite Gesamtschuld abgelehnt werden. Nach der bestehenden Rechtslage sind ohnehin diese Abschlüsse alle „freiwillig“, wobei diese Freiwilligkeit dadurch konterkariert wird, dass bei einigen Banken 90 % bei anderen nur 5 % solche Versicherungen mit dem Kredit abschließen, die seine Kosten um bis zu 30 % erhöhen können.

Das Ergebnis einer solchen Aufklärung wäre wahrscheinlich nicht, dass solche Kredite an diese Personen vergeben würden. Es könnte aber das Ergebnis sein, dass auch in Deutschland Gruppenversicherungen angeboten werden.

Eine weitere einfache Heuristik hat bereits vor Jahren der Bundesgerichtshof aufgestellt, als der damals noch verbraucherfreundliche Bankrechtssenat feststellte, dass Kreditvermittlung keinen sichtbaren Vorteil für Verbraucher bedeute.¹²² Dies ist in der Tat zutreffend, so dass diese Botschaft auch deutlich und einfach als Inhalt finanzieller Allgemeinbildung an solche Gruppen vermittelbar wäre. Dass Vermittler auch Berater sein

121 Gebräuchlich sind von Monatszinssätzen über Tageszinssätze auf fiktiver Kapitalbasis (sog. P.M.-Gebührensätze) alle Arten von „Nominal“ (=willkürlich definierten) Zinssätzen mit unterschiedlicher Zinsverrechnung, unterschiedlichen Bestandteilen und unterschiedlicher Berechnungsbasis.

122 Inzwischen will der 11. Senat in manchen Fällen im Vermittler sogar eine Vertrauensperson der Verbraucher erkennen.

können, würde ja nichts daran ändern, dass niemand für die Vermittlung von Geld sondern nur für die Beratung bezahlen sollte. Geld ist in der Kreditgesellschaft immer im ausreichenden Maße vorhanden. Ob der Zugang zum Kredit gelingt hat nichts damit zu tun, dass Geld etwa wie eine leer stehende Wohnung gefunden werden müsste. Es geht allein darum, Bedingungen für seine produktive Investition aufzuzeigen. Dies ist aber in der Regel nicht das, was Kreditvermittler leisten oder nach ihrer Qualifikation überhaupt zu leisten in der Lage wären.

Aus einer mehrjährigen Analyse von gescheiterten Kreditverhältnissen ist 1985 innerhalb eines Auftrags des Justizministeriums zu einem Verbraucherschutzprojekt das Gutachten „Ratenkredite an Konsumenten“ entstanden, das für die Gesetzgebung zum Verbraucherkreditgesetz eine gewisse Rolle spielen konnte. Es hat bisher keine Nachahmung gefunden. In diesem Gutachten sind auch mit Gültigkeit für die heutige Situation wesentliche Mechanismen beschrieben worden, wie durch einen Fehlgebrauch von Konsumentenkrediten Prozesse der Armut und Überschuldung im praktischen Fall begünstigt werden.¹²³ Seine Beschreibungen und Fallanalysen könnten fortgeschrieben und zu einem Baustein finanzieller Bildung fortentwickelt werden.

Darüber hinaus hat des Institut für Finanzdienstleistungen für die Europäische Kommission in drei Ländern (Großbritannien, Frankreich, Deutschland) alle Missbräuche der Preisgestaltung bei Konsumentenkrediten dargestellt und Maßnahmen zur Abhilfe entwickelt.¹²⁴ Die europäische Kommission ist aktuell dabei, diese und andere Vorschläge für eine Reform der Konsumentenkreditrichtlinie fruchtbar zu machen. Würde diese umgesetzt, wobei alle Kosten aus weiteren verbundenen Geschäften (Versicherungen, Anlageprodukte, Konten) sowie Zusatzkosten vorzeitiger Beendigung einzubeziehen wären, würden die Sonderbelastungen der unteren Einkommensschichten auch für diese sichtbar sein und im Rahmen der Wucherrechtsprechung auch anderweitig berücksichtigt werden können.

2. Führen eines Girokontos

Das Girokonto ist unverzichtbarer Bestandteil für rationale Haushaltsführung sowie zur Teilnahme am Berufs- und Konsumleben. Die Vermittlung von Wissen über das Girokonto und dessen Funktionsmöglichkeit als Haushaltsbuch ist ein wichtiger und rationaler Einstieg in die bei den Unterschichten erfolglosen Versuche, dort eine minimale Ausgaben-Einnahmenübersicht zu etablieren. In seiner Idealform, der Führung des Girokontos über Zugangssoftware wie Quicken oder MS-Money bzw. die vielen von den Banken bereitgestellten Pakete, ist das Konto selber bereits eine professionelle Haushaltsführung. Da solche Konten selbst ohne Überlassung der Überweisungsfunktion (keine Aushändigung der TANs) die Möglichkeit geben, durch Dritte geführt zu werden, wobei mehrere Konten in einer Software geführt werden können, besteht sogar die Möglichkeit, dass kompetente Personen im Umkreis der Betroffenen tätig werden.¹²⁵

Das Konto ist zudem der wirtschaftliche Personalausweis vor allem unterer Einkommensschichten. Wer ihn "verliert", verliert ein wichtiges Gut, ohne dass Arbeitsauf-

123 Vgl. Reifner, U. (1984): Ratenkredite an Konsumenten. Rechtsprobleme, Hintergründe und Strategien zum Verbraucherschutz gegenüber Banken. Unveröffentl., Hamburg.

124 Reifner, U.; Haidar, L. Annual Percentage Rate of Charge, 199.

nahme, Wohnung, Vereinsmitgliedschaft, Großeinkauf und selbst die Beziehung zum Staat in den Transferleistungen erschwert bzw. unmöglich gemacht werden.

Diese Bedeutung wird den Menschen regelmäßig erst deutlich, wenn sie es verloren haben. Die Anbieter suggerieren, dass Kontoverbindungen sogar gratis und gebührenfrei in unbegrenztem Maße vorhanden sind. Tatsächlich ist der Kontozugang inzwischen an so viele Voraussetzungen geknüpft, dass der Eindruck täuscht. Gebührenfreiheit gegen Mindesteinlage, Kontozugang nur bei Internetzugang, laufende Einnahmen als Voraussetzung etc. Da bisher Post und Sparkassen die sozialen Ausfallbürgen für die Kontoversorgung der Bevölkerung waren, die Post bereits privatisiert und bei den Sparkassen mit der Aufhebung der Gewährträgerhaftung der Gemeinden Ähnliches zu befürchten ist, werden die Fragen des Kontozugang an Bedeutung zunehmen. Der Verbraucher muss dann wissen, unter welchen Voraussetzungen wo ein Konto auch in schwierigen Verhältnissen erreichbar ist.

Wesentlicher Inhalt dieses Wissens ist die Lösung der Zahlungsverkehrsfunktionen des Kontos vom Kredit. Der Kunde muss die Zahlungsverkehrsfunktionen tadellos bedienen. Nur deren Verletzung berechtigt zur Kündigung. Die Kreditmöglichkeit ist zwar in der Regel untrennbar mit dem Konto verbunden, muss aber nicht, wie die Lage in den USA bis vor wenigen Jahren (keine Überziehung auf dem Konto) deutlich machte. In der Selbstverpflichtung zum Mindestgirokonto für Arme sowie im Jugendkonto wird die Überziehung auch nicht angeboten. Da Unterkonten inzwischen bei vielen Banken gebührenfrei erhältlich sind, könnte die Kreditmöglichkeit ohne weiteres auf ein Unterkonto verlagert werden, das automatisch bei Unterdeckung einspringt. Bleibt dies Konto über das Limit überzogen, so könnte es gekündigt werden, ohne das Zahlungsverkehrskonto aufzuheben. Verbraucher können dies evtl. auch durch zwei Konten erreichen.

Besonders wichtig ist dies im Fall drohender Insolvenz, wo die Vermischung zur Lähmung der Haushaltsführung führt, wenn Guthaben gepfändet, Eingänge gegen Kredite aufgerechnet, Zahlungsaufträge nicht mehr durchgeführt und sogar eine Pfändung Dritter in die offene Kreditlinie zugelassen wird. Die Haushaltsführung wird damit in der Krise erschwert, was insbesondere bei Kleinunternehmen und Selbstständigen auch zum Erliegen der Verdienst- und Rettungsmöglichkeiten führt. Sowohl in der Bildung der Verbraucher und Kleinunternehmen als auch in der Bildung der Banken geht es somit darum, die Kreditfunktion von der Zahlungsverkehrsfunktion deutlicher zu trennen. Eine wesentliche Prävention von Armut läge darin, die Handlungsfähigkeit in der Krise dadurch zu erhalten, dass das Überziehungskonto vom Zahlungsverkehrskonto getrennt wird. Diese in den USA bis vor wenigen Jahren obligatorische Trennung ist für jeden Verbraucher nützlich und würde tendenziell zu zwei Konten bei zwei verschiedenen Banken führen. Leider ist dies aber schwer erreichbar, da die kreditgebenden Banken dies ungern zulassen und daher im Falle, dass ihnen diese Trennung auffällt und das regelmäßige Einkommen nicht über das Überziehungskonto geleitet wird, den Kredit kündigen. Der Kunde müsste dann auf den Ratenkredit ausweichen, der durch

125 So können etwa die Konten von älteren Menschen auch von entfernt lebenden Kindern problemlos geführt und überwacht werden, ohne dass Betrugsmöglichkeiten bestehen, wenn den Banken deutlich gemacht wird, dass sie in Zukunft zwischen Vollkontoführung (mit PIN und TAN) und unterstützender Kontoführung (ohne TAN) zu unterscheiden haben.

seine höhere Anpassung an das Arbeitseinkommen für die finanzielle Bildung der Verbraucher durchaus vorzugswürdig wäre, wenn er flexibler gestaltet werden könnte.

Der Gesetzgeber privilegiert aber den Kontoüberziehungskredit in § 4 VerbrKreditG und stellt ihn von vielen Aufklärungspflichten frei. Die Kreditgeber erlauben nicht nur die Überziehung über das Limit sondern verdienen daran auch noch besonders, seitdem die Rechtsprechung die um 4,5 % p.A. erhöhte Überziehungsprovision zulässt. Sie hat den Überziehungszins nicht als regulierten Verzugszins sondern als freiwilliges Entgelt eingeordnet. Hier sind Kosten und Ausschluss bereits eng beieinander. Verbraucher müssen nun lernen, diesen Versuchungen zu widerstehen, Anbieter müssen lernen, durch entsprechend differenziertes und transparentes Produktangebot ohne den Stempel öffentlicher Diskriminierung armutspräventive Gestaltungen anzubieten.

Das Mindestgirokonto ist dabei erst ein Anfang. Die Praxis zeigt aber, dass es trotz des anders lautenden Regierungsberichtes, hier erst wenige Fortschritte gibt, weil bis auf die Sparkassen kein flächendeckendes Angebot existiert und seine Konditionen teilweise diskriminierend ausgestaltet sind. Gleichwohl muss finanzielle Allgemeinbildung den betroffenen Schichten das Mindestgirokonto so vermitteln, dass sie es als wesentliche Basis ihrer Haushaltsführung begreifen und selbst dort, wo sie Kreditkonten bekommen könnten, zumindest in einer Lernphase sich auf dessen Funktionen beschränken.

Schließlich ist das Girokonto auch ein erheblicher Kostenfaktor. Die Kostenunterschiede gehen bis zum 30fachen. Das Konto kann, wenn es falsch gewählt wurde, den Haushalt erheblich belasten. Natürlich könnten auch die Anbieter dafür Sorge tragen, dass Konten mit Pauschalbeträgen nur an Personen vergeben werden, die auch die darin enthaltenen Dienstleistungen effektiv nutzen können. Die Werbung suggeriert jedoch mit dem Angebot auch die Nutzungsmöglichkeit. Diese hängt aber von persönlichen Verhältnissen ab. Hier verbreiten Presse und selbst Warentest ein falsches Bild, wenn sie Konten mit durchschnittlicher Nutzung gegenüberstellen. Wesentlich für die finanzielle Allgemeinbildung ist die Darstellung der Kosten von Konten mit prekärer Nutzung. Dies sind aber ganz andere Nutzungsarten als wie sie die Werbung suggeriert.

Immerhin bemüht sich die Rechtsprechung gegen die Tendenz, prekäre Nutzungen besonders teuer zu machen, durch Gebührenbegrenzungen entgegenzutreten. Diese Rechte sind aber wenig bekannt und werden, wie die Vielzahl der immer neuen Urteile über neue Gebühren zeigen, daher auch nicht effektiv.

Schließlich ist auch eine Aufklärung über Risiken der Nutzung von Kontozugangsinstrumenten (EC-Karte, Kreditkarte, Online Banking) von Bedeutung, da solche zwar selten eintretenden Risiken gleichwohl wegen ihrer Höhe vor allem bei geringverdienenden Haushalten nicht tragbar sind. Problembereiche bestehen in erster Linie bei der Kenntnis über Gebühren und bei Haftungsfragen (z.B. bei Verlust der EC-Karte), außerdem bei den Sicherheitsaspekten des Electronic Banking. Gerade geringer Verdienende, die meist höhere Zeitbudgets als Besserverdienende haben, könnten solche Risiken bei standardisiertem Verhalten vermeiden.

(EC-Kartenverlust) Personen mit geringerem Einkommen und Bildung können sich u.U. die Geheimzahl nicht merken. Sie könnten sie aber verschlüsselt notieren. Hier können verschiedene Verschlüsselungstechniken gelehrt werden. Außerdem müssen aber auch solche Personen wissen, dass sie sich nicht selber belasten müssen. Die Beweislast für die falsche Aufbewahrung von Karte und Geheimzahl trägt die Bank. Der Kunde muss dazu keine detaillierten Angaben machen, sondern kann Nichtwissen geltend machen. Umgekehrt sollte aber gerade unteren Einkommensschichten die Bedeutung von Kredit- und EC-Kartenbetrag deutlich gemacht werden. Das Risiko, dass das Gericht sie trotz Leugnens für über-

führt ansieht, ist für diese Schicht mit hohen Geldsorgen groß. Das leichte Geld lässt sich auf diese Weise (Abheben und Verlustmeldung) nicht verdienen. Außerdem sollten die Kunden über die Schufa-Datei genau informiert sein. Die naive Vorstellung, man könne in der Wirtschaft ungestraft betrügen, stimmt sicher nicht für untere Einkommensschichten, die ohnehin kein Anbieter unbedingt in seiner Kundschaft haben will.

Wichtiger ist ferner noch der Kontoschutz. Für Personen in prekärer Lage ist es wichtig zu wissen, wie sie ihr unpfändbares Einkommen auch gegen den Zugriff der Bank schützen. Der gesetzliche Schutz der Sozialleistungen erfordert rechtzeitigen Widerspruch gegen eine Verrechnung. Im übrigen gilt auch ein allgemeines Aufrechnungsverbot. In allen Fällen genügt eine einfache Heuristik, wonach niemand an den Grundstock meines Monatseinkommen heran darf, auch wenn es auf einem Bankkonto eintrifft. Solche Rechte müssen schriftlich und beweisbar mit Androhung von Schadensersatzforderungen geltend gemacht werden. Hier hilft nur eine finanzielle Allgemeinbildung, die zugleich auch den Fundort für solche Formularbriefe mitvermittelt. Schuldnerberatungsstellen, die sie sich wiederum über das Internet herunterladen können, wären eine geeignete Anlaufstelle.

Große Probleme bestehen auch mit Einziehungsvollmachten und Daueraufträgen. Der Kunde verliert in solchen Fällen die Herrschaft über sein Bankkonto und kann sie nur mit großer Mühe durch Widerspruchsrechte zurückerlangen. Dass dies in der Praxis ausgenutzt wird, wenn etwa widerrufenen Prämienrückstellungen gleichwohl abgebucht werden, der Verein, Buchclub oder das Fitnesscenter, aus dem man ausgetreten ist, weiter abbuchen oder die Mietminderung nicht möglich ist, weil der Vermieter die Höhe des Einzugs bestimmt, führt zu erheblichen Gefährdungen. Wenn bereits Kinder in der Schule lernen, ihre Konten per Internet zu führen und dort Sammelüberweisungen und Vorratsüberweisungen einzugeben, behalten sie die Herrschaft über ihr Budget. Dies gilt auch für Ratenzahlungen und solche Bankgebühren. Selbstbedienung auf dem Bankkonto durch Gläubiger nach dem „wer zuerst kommt mahlt zuerst“ Prinzip, sind in der Krise verheerend. Indem der Schuldner frühzeitig lernt, welche Schulden am gefährlichsten sind und die schärfsten Sanktionen bei geringer Versäumnis nach sich ziehen, lernt er auch, sein Budget selbstbewusst zu führen und auch selbstbewusst einmal eine Schuld hinten anzustellen.

Tabelle 12: Auswirkungen von Ratenrückständen

Rückstände Gefahr	Hoch	Niedrig
Hohes Risiko	Miete, Ratenkredit, Steuer, Kontoüberziehung,	Steuer
Geringes Risiko		Miete, Ratenkredit, Kontoüberziehung (aber teuer)
	Vereine, Buchclubs, Kaufhausschulden, Versicherungen (aber dann kein Risikoschutz), Freunde, Verwandte	

Natürlich sind solche Ratschläge problematisch und einzelfallabhängig. Der Verwandte, der regelmäßig aushilft, muss u.U. als erster bedient werden. Mit dem Finanzamt kann man vielleicht einmal reden, ein unversichertes Risiko mag untragbar sein. Gleichwohl sollten solche Skalen der Retorsion besprochen und erläutert werden. Die Grundregel ist dabei, dass eine Schuld umso problematischer ist, je größer die Selbsthilfemöglichkeiten des Gläubigers sind. Kunden, die u.U. ihr Konto verlieren, müssen auf die Krise weit besser vorbereitet sein als normale Kunden. Sie brauchen

Listen der Einzugsberechtigten Gläubiger, Adressen zur Eröffnung eines alternativen Kontos, Wissen über Bargeldersatzmöglichkeiten u.s.w. Die Bildungsregel gilt dabei, dass ein Kunde, der für die Krise vorbereitet ist, dieser eher vorbeugt als ein Kunde, der deren Eintritt verdrängt.

3. Eigenheimfinanzierung

Das Eigenheim ist für viele Verbraucher der Wunschtraum. Sog. Schwellenhaushalte, die sich die Baufinanzierung gerade (nicht) leisten können, können durch falsche Baufinanzierungen in die Armut abgleiten.

In ca. 40.000 Fällen kommt es jährlich in Deutschland¹²⁶ zu einer Zwangsversteigerung. Dabei werden erhebliche Vermögenswerte vernichtet. Kosten für doppelte Haushaltsführung, Verluste bis zu 50 % vom Grundstückswert, hohe Verzugszinsen sowie evtl. sogar noch zusätzliche Vorfälligkeitsentschädigungen, die fast typischen Familienauflösungen bei gescheiterten Hausbauern mit erheblichen Trennungskosten bringen auch gut situierte Haushalte in den Prozess der Verarmung durch Schulden.

Betroffen sind überwiegend Familien, die finanziell bis an den Rand ihrer Möglichkeiten gegangen sind. Damit ist das Problem gescheiterter Schwellenhaushalte in Deutschland immer noch ein eher selbst gemachtes Problem. Die meisten Haushalte hätten an Stelle des Eigentums die Miete wählen können. Eine finanzielle Allgemeinbildung könnte sich daher darauf beschränken, vor dem Eigenheim zu warnen. Sie müsste damit allerdings nicht nur gegen die Werbung von Bausparkassen und Hypothekenbanken sondern auch gegen die Forderungen staatlicher Politik sowie deren Anreizsysteme zum Bauen gerade für Schwellenhaushalte angehen.

Tatsächlich wäre eine solche Bildung kurzfristig. Die Kapitalknappheit auf dem vermieteten Wohnungsmarkt, Schutzrechte und das Einfrieren des Kapitals im sozialen Wohnungsbau lassen das Angebot an bezahlbarem Mietwohnungen immer knapper werden. Die Alternative, die Erhöhung der Wohneigentumsquote, die in Deutschland bei 46 % am Ende der europäischen Skala liegt, ist unvermeidlich. Damit werden aber Haushalte mit immer geringerem Verdienst in die Baufinanzierung einbezogen. In den USA und Großbritannien ist die rückzahlungsfreie Finanzierung von Häusern und ein ausgefeiltes Risikoteilungssystem bereits die Basis der Wohnungspolitik für untere Einkommenschichten. Zur Miete wohnen eher die Sozialmieter und die reichen Innenstadtbewohner, nicht jedoch die von Armut Bedrohten. Wohneigentum hat zudem erhebliche Vorteile zur Armutsbekämpfung in strukturschwachen Stadtteilen. In der eigenen Wohnung lässt sich Arbeitszeit, die sonst brach liegt, produktiv investieren. Kosten können durch Sorgfalt und Eigenarbeit verhindert und der Nutzwert einer Wohnung durch Anpassung an die eigenen Wohnbedürfnisse erhöht werden.

Alles dies erfordert aber neue Formen der Finanzierung, die der bestehende Baufinanzierungsmarkt noch nicht in ausreichendem Maße anbietet. Er ist auf die Kreditabzahlung und damit auf die Kapitalbildung angelegt und antwortet auf die Bedürfnisse der „Sparhaushalte“, die die obere Hälfte der Bevölkerung bilden. Pfandbriefmarkt statt

126 Vgl. DM-Online. <http://www.dm-online.de/immobilien/versteigerung/zwang1.html>, recherchiert am 29.3.01.

Mortgage Backed Securities (MBS)¹²⁷, langfristige Zinsbindungen zur Liquiditätssicherung und kostenfreie Kündigungsrechte würden die Baufinanzierung auch für Schwellenhaushalte gefahrlos und produktiver gestalten. Auch der Staat zeigt mit seiner Förderpolitik, bei der pauschal der Bausparfinanzierung der Vorzug gegeben wird, dass die Eigenkapitalbildung und nicht der Wohnnutzen im Mittelpunkt der Wohnungspolitik für Schwellenhaushalte liegt.

In seiner Untersuchung für das Bundesministerium für Wohnungsbau hat das IFF¹²⁸ an Hand gescheiterter Baufinanzierungen aufgezeigt, dass das Scheitern einen deutlichen Zusammenhang mit bestimmten Finanzierungsstrukturen und Absatzwegen aufweist. Dabei spielt das Bausparen als staatlich geförderte "Einstiegsdroge" für

Tabelle 13: Phasen und Probleme gescheiterter Baufinanzierungen

Planung	Anpassung	Scheitern
a) Mangelnde Transparenz <ul style="list-style-type: none"> - Disagio - effektive Kosten - monatliche Belastung - Konditionsanpassung 	a) Einsatz von Zinsstundungs-/ Tilgungsstreckungsdarlehen zur Belastungssenkung b) Umschuldung <ul style="list-style-type: none"> - Verluste - Mangelnde Transparenz 	a) Kündigungsverluste b) Rechtliche Gegenwehr (Rechte nicht bekannt) c) Zwangsvollstreckung (hohe Restschulden)
b) Bewertung des Kreditbedarfs <ul style="list-style-type: none"> - Überbewertung der Eigenleistung - steigende Objektkosten 	c) Kettenverträge	d) Beratungshilfe (keine Anlaufstellen)
c) Öffentliche Förderung <ul style="list-style-type: none"> - Höhe geringer als erwartet - verzögerte Auszahlung - Finanzlücke bei Auslauf 		
d) Werbung und Zielgruppe <ul style="list-style-type: none"> - Suggestion, dass teure Objekte gekauft werden - Wohnen zu „mietähnlichen Belastungen“ - Bildung von Wohneigentum bei Gruppen, die keine Finanzierung tragen können 		
e) Beraterverhalten <ul style="list-style-type: none"> - steigert Kaufdruck - Falschberatung 		

Quelle: Lehrgang Baufinanzierung, IFF 1995, LB 1, S. 45

Schwellenhaushalte eine problematische Rolle. Bausparen, bei dem sich während der Ansparzeit die Wohnkosten verdoppeln (Ansparbeitrag zusätzlich zur Miete). Mit hohen Tilgungsraten (6,5 % p.a. statt den im Hypothekenkredit üblichen 1 % p.a.) wird ein weit überhöhtes Zwangssparen im Bauspardarlehen vorgeschrieben und das ganze mit einer letztlich unbedeutenden aber in der Absatzrhetorik wichtigen und irreführenden Prämie von etwas mehr als Euro 4 im Monat versehen.

127 Zu den Vorteilen vgl. Pfau, J. Pfandbriefmarkt und Mortgage Backed Securities zur Förderung des Wohneigentums bei Schwellenhaushalten, Diss. 2001 Hamburger Universität für Wirtschaft (erscheint in Schriftenreihe des Instituts für Finanzdienstleistungen e. V., 2002).

128 Reifner/Keich/Schulz-Rackoll/Sönksen/Kaatz (1996): Risiko Baufinanzierung. Rechtliche und wirtschaftliche Probleme privater Bauherren. Neuwied/Kriftel, 2. Aufl.

Die Folge besteht heute darin, dass das Bausparen lediglich Einstiegsprodukt, nicht jedoch tatsächlich auch das Finanzierungsprodukt ist. "Bausparsofortfinanzierung" ist dann eine Pervertierung des Bauspargedankens, weil hier nicht das Sparen zum Erreichen eines Kredites und damit der Kreditwürdigkeit, sondern ein Kredit, das sog. "VorschaltDarlehen", zur Einzahlung der Bausparbeiträge benutzt wird. Es wird hier nur fiktiv auf Kredit gespart, wobei Haustürvertreter 1 % Abschlussgebühr auf die gesamte Bausparsumme verdienen.

Bausparsofortfinanzierungen traten in der Untersuchung Anfang der 90er Jahre bei gescheiterten Schwellenhaushalten signifikant höher auf als bei nicht gescheiterten Haushalten. Es ist für Schwellenhaushalte rein objektiv gesehen die wohl schlimmste Konstruktion, die sie zum Bauen oder Wohneigentumserwerb wählen können. Je komplexer die Konstruktion, je länger der Absatzweg, desto höher ist das Risiko. Die Analyse zeigt immer wieder kehrende Muster in den Verläufen.

Ein erheblicher Teil der Verluste könnte verhindert werden, wenn bei Schwellenhaushalten grundsätzlich keine Bausparsofortfinanzierungen oder Lebensversicherungshypotheken verwandt würden und keine Haustürvermittler eingeschaltet wären.

(Baufinanzierungsvermittlung) Der Berater suchte die Eheleute A nach Feierabend privat auf, wo man dann auch gleich die erforderlichen Verträge unterschrieb. Das Haus, dessen Kosten mit DM 240.000,- beziffert wurden, sollte ohne Eigenkapital finanziert werden. Bei Planung der Finanzierung setzte der Berater allerdings nach Angabe des A einen Betrag von DM 6.000,- in die Kalkulation als Eigenkapital ein, obwohl dieses Vermögen nicht vorhanden war ("Damit es für die Banken besser aussieht"). Die erwartete monatliche Belastung von DM 2.000,- war bei einem Netto-Einkommen von DM 3.000,- von vornherein kaum zu leisten.

Durch Fehlkalkulationen bei Betriebskosten, Disagio, Bereitstellungszinsen und Zwischenfinanzierungskosten vergrößerte sich zudem der Kreditbedarf. Zudem verringerte sich das Einkommen durch einen Berufswechsel. Das Haus musste schließlich für DM 152.000 zwangsversteigert werden. Es verblieben noch Restschulden in Höhe von DM 192.000, die weiterhin zu bedienen sind. Später erfuhr A, dass seiner Frau als Spätaussiedlerin ein besonders zinsgünstiges Darlehen zugestanden hätte. Obwohl den beteiligten Beratern der Kreditinstitute seine Familienverhältnisse bekannt waren, hatte ihn niemand auf diesen Umstand hingewiesen.

Bausparsofortfinanzierungen wendet sich an Haushalte mit wenig oder gar keinem Eigenkapital und kumuliert damit ausgerechnet bei einer Risikogruppe die ohnehin gravierenden Nachteile des Produkts Bausparen.

- Muss der Vertrag vorzeitig abgebrochen werden, was bei den mit dem Bausparen explizit angesprochenen Zielgruppen nicht unwahrscheinlich ist, dann ist die Abschlussgebühr verloren und die Kompensation der niedrigen Sparzinsen durch die spätere Darlehenszuteilung entfällt.
- Das Bauspardarlehen selbst ist ausgesprochen inflexibel, da es eine sehr hohe Tilgungsquote von 6,5 % und damit eine sehr hohe monatliche Rate mit sich bringt und die Liquidität der Bausparer erheblich bindet. Es geht in aller Regel über die Kräfte von Haushalten, die knapp bei Kasse sind, eine Immobilie so zu finanzieren, dass sie innerhalb von 20 Jahren vollständig abbezahlt ist.

Ähnliches gilt auch für die andere gebräuchliche Spar-Kredit-Kombination, die Lebensversicherungshypothek. Die Tilgungsbeiträge auf den Hypothekenkredit werden in eine Kapital bildenden Lebensversicherung umgeleitet, mit deren Ausschüttungs-

summe am Ende der Laufzeit der Kredit zurück gezahlt werden soll. Als Vorteile dieser Kombination stellt die Werbung heraus:

- günstigere Kreditzinsen,
- gleichzeitige Absicherung im Todesfall, ohne dass hierfür zusätzliche Kosten anfallen,
- eine attraktive Auszahlung aus der Lebensversicherung, aus der nicht nur die Rückzahlung des Kredites erfolgen kann, sondern sich weitere Überschüsse ergeben, die dann als "Polster für die Rente" zur Verfügung stehen,
- steuerliche Vorteile.

Ebenso wie die Bausparsofortfinanzierung ist sie mit hohen Provisionen ausgestattet (3,5 % der Lebensversicherungssumme), macht den vorzeitigen Abbruch vor allem in den ersten drei Jahren zum Verlust, enthält erhebliche Risiken aus der Anbieterbindung, der Zinsänderung sowie der ungewissen Ausschüttung der Überschussanteile, enthält einen zu niedrig angegebenen Effektivzinssatz¹²⁹ und macht die Tilgungsaussetzung zur Überbrückung von Liquiditätskrisen unmöglich.

Konstruktionsübergreifend ergeben sich folgende Probleme für Kombinationsprodukte im Baufinanzierungsbereich:

- Die Kreditkonstruktion und deren Kosten sind auch für Fachleute kaum durchschaubar.
- Finanzierungslücken werden durch illusorisches Einplanen von utopischen Eigenleistungen "geschlossen".
- Spar-Kredit-Konstruktionen mit hoher Komplexität und nur scheinbaren Vorteilen für die Verbraucher suggerieren Gewinn wo Verluste drohen.
- Rechte sind wegen der prekären sozialen Situation beim Scheitern des Bauens (Wohnungsverlust, Überschuldung, keine Liquidität, Eheprobleme) kaum durchsetzbar. Hilfsangebote sind nicht verfügbar, weil Mieterverbände unzuständig und Haus- und Grundbesitzerverbände hier nicht tätig sind.

Auch hier wäre im Sinne der Armutsprävention viel gewonnen, wenn der Staat seine unsinnigen Subventionen für das Sparen auf Kredit einstellen würde und damit sein Vertrauenslabel solchen Konstruktionen entzöge. Wenn finanzielle Bildung Selbstbewusstsein und Legitimation vermitteln muss, dann ist dies außerordentlich schwierig, wenn dagegen der staatliche Vertrauensbeweis für das Gegenteil angeführt werden kann. Finanzielle Allgemeinbildung müsste dann auch noch Misstrauen gegenüber dem Staat und seinen Absichten mit vermitteln.

Beim Bauen ist zudem der Wunschtraum ("Traum von den eigenen vier Wänden") ein besonders gefährlicher Ratgeber. Die Wahl eines einfachen Hypothekenkredits, eine objektive Bewertung des Hauswertes, der Verzicht auf die unsinnige Berücksichtigung von Eigenleistungen in der Kalkulation, sind dagegen ein nüchterner Spiegel, der angesichts fehlender Möglichkeiten, legal tilgungsfrei und zu 100 % zu finanzieren den Schwellenhaushalten das Bauen verbietet. Mit unwahren Werbesprüchen ("Mit ihrer Miete finanzieren sie sich lieber ihr Haus") kommen dann vor allem besonders teure Konstruktionen, die den Erwerb jetzt auf Kosten der Zukunft versprechen, zum Zuge. Wollte man Personen hiergegen immun machen, dann müsste finanzielle Allgemeinbil-

129 Vgl. dazu Reifner, U. Rechtsprobleme der Lebensversicherungshypothek, Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirtschaft 1999 (H.12) S. 349-366.

dung sich gegen die vereinten Anstrengungen von Banken und Versicherungen, staatlicher Politik, Immobilienmaklern und Bauunternehmern wenden.

Hier scheint eine konstruktive Strategie finanzieller Bildung besser. Warum soll ein Bewohner, der sich den Sachkredit der Wohnungsmiete leisten kann, nicht auch den Geldkredit für das Wohneigentum zahlen können? Warum ist das erstere im tilgungsfrei und ohne Eigenkapital möglich, alles mit Abhängigkeit und Unfreiheit verbunden, während das letztere mit Zusatzlasten im angeblichen Interesse des Kunden verbunden ist? Wenn Bauinteressenten lernen, wo ihre Probleme liegen und dass es dafür auch im einfachen Hypothekenkreditmarkt Lösungen geben würde, dann können sie eher verstehen, dass ihnen Patentlösungen aus Kombinationsprodukten nicht weiterhelfen. Schwellenhaushalte brauchen Zinsstabilität, Rückzahlungsfreiheit, Eigenkapitalersatz, verlustfreie Ausstiegsmöglichkeiten und staatliche Subventionen dort, wo sie sinnvoll investieren können. Wer das begriffen hat, begreift auch, dass er oder sie nicht bauen können, solange solche Produkte nicht angeboten werden.

4. Versicherungen

257,6 Milliarden DM betragen die Beitragseinnahmen der Deutschen Versicherungsunternehmen im Jahr 2000.¹³⁰ Rechnerisch gab damit jede/r Deutsche mehr als 3.100 DM im Jahr für Versicherungen aus. Die Erfahrung aus der Verbraucher- und Versicherungsberatung zeigt jedoch, dass Verbraucher die Prioritäten bei der Auswahl der Versicherungssparten häufig falsch setzen und daher trotz des hohen Versicherungsbudgets nicht optimal versichert sind. Im Extremfall sind nachrangige Risiken abgedeckt, nicht aber alle existenzbedrohenden.

Es gibt eine sinnvolle Abfolge im Versicherungsportfolio, die weitgehend unumstritten ist. Danach sind nur zwei Versicherungen pauschal unverzichtbar: die Privathaftpflicht und die Berufsunfähigkeitsabsicherung. Alle anderen Produkte sind abhängig von Familienstand oder Lebensphase und müssen wesentlich differenzierter betrachtet werden.

In der Praxis schließen – überredet von geschickt agierenden Versicherungskäufern – häufig auch solche Personen Lebensversicherungen ab, die im Todesfall niemand abzusichern haben. Dem größten Teil der Bevölkerung dürfte sogar der Unterschied zwischen einer Kapitallebensversicherung und einer Risikolebensversicherung unbekannt sein.

Der Grund liegt weniger in der mangelnden Bildung als im falschen Etikett. Eine Kapitallebensversicherung ist keine "Versicherung" sondern ein Sparvertrag mit relativ unbedeutendem Lebensversicherungsschutz. Doch was in anderen Branchen unlauterer Wettbewerb wäre, ist als historisches Recht zur Etikettierung von den Versicherern erworben worden.

Auch bei den Berufsunfähigkeitspolicen, bei denen die Überschussanteile nicht an den Versicherten ausgeschüttet sondern in Investmentfonds angelegt werden, wird Sparen mit Versicherung gemischt. In der Lebensversicherungshypothek wird sogar Kredit, Sparen und Versicherung gemischt. Diese Mischprodukte sind in ihrer individuellen Wirkung und Sinnhaftigkeit auch für Fachleute nur aufwändig einzuschätzen. Das Versprechen, zum gleichen Preis zusätzlichen Nutzen zu erhalten, ist objektiv falsch.

130 www.gdv.de, vorläufige Zahlen, Frühjahr 2001.

Seit der Liberalisierung des EU-Versicherungsmarktes sind die Konstruktionen und Konditionen der Angebote nicht mehr zulassungspflichtig. Für Kunden mit verschiedenem Profil aus Alter, Familienstand, Vermögensverhältnisse, Beruf, Lebensperspektive, aber auch medizinische Vorgeschichte können völlig verschiedene Angebote optimal sein. Es gibt kaum falsche Versicherungsprodukte aber jedes Versicherungsprodukt kann für denjenigen, der es gekauft hat falsch sein. Die Werbung berücksichtigt immer nur diejenigen, für die es stimmt, wie z.B. den 35-jährigen Single in der Lebensversicherung.

Richtet sich ein Kunde nach den Ergebnissen von Tests und Rankings, kann es vorkommen, dass der dort günstigste Versicherer für ihn die ungünstigsten Konditionen anbietet, weil der Testsieg auf die Konditionen für einen Musterkunden zurück ging, dessen Profil nicht mit dem des betroffenen Kunden übereinstimmt. Obwohl damit die individuelle Aussagekraft und Relevanz von Tests und Konditionenvergleichen bei komplexen Finanzprodukten per se als niedrig bezeichnet werden muss, stellen sie das meist akzeptierte Entscheidungsinstrument für die Haushalte dar. Das Internet hat diese Entwicklung deutlich verstärkt. Konditionenvergleiche gehören zum Standard fast aller Finanzportale und auch der Vertrieb der Produkte selbst verläuft mittlerweile auch über dieses Medium.

In einer Marktstudie des iff im Frühjahr 2000 zeigte sich, dass ausnahmslos alle Anbieter von Marktvergleichen nicht unabhängig waren sondern sich durch Provisionen für vermittelte Adressen oder Verträge finanzieren, zum Teil ergänzt durch Werbung oder durch den Verkauf von Angebotsvergleichen. Auffällig war, dass der weit überwiegende Teil das Internet nur zur Kontaktaufnahme nutzt. Vertragsabschluss und evtl. Beratung erfolgen durch Weiterleitung an eine Versicherung oder einen konventionellen Vermittler/Makler. Nur knapp eine Hand voll Anbieter versucht, selbst das Geschäft abzuwickeln und Ansprechpartner für den Kunden auch über die Kontaktaufnahme hinaus zu bleiben.

Praktisch alle bestehenden Internet-Angebote bilden demnach lediglich den konventionellen persönlichen Versicherungsvertrieb nach und damit auch dessen Nachteile: Alle Informationsmöglichkeiten sind produktzentriert, Bedarfssituationen werden gar nicht oder nur unzureichend erfasst und bilden nicht den Ausgangspunkt des Werbeauftritts. In der Rechtsprechung zur unlauteren Versicherungswerbung ist zudem die Werbung mit der Angst vor dem Risiko mit Recht als sittenwidrig abgestempelt. Jedes versicherte Risiko ist selbstverständlich ein Vielfaches der Prämie wert, wenn es denn eintritt. Es muss nur als entsprechend wahrscheinlich suggeriert werden. Da von Armut bedrohte Menschen per definitionem von Risiken stärker betroffen sind als andere, sind sie auch besonders anfällig für Risikowerbung. Gleichzeitig sind aber auch ihre Risiken am wenigsten versicherbar. Versicherungen im Rahmen moderner Finanzdienstleistungen sind Tauschgeschäfte und keine Solidargeschäfte. Niemand übernimmt freiwillig darin die Kosten für die Risiken des anderen. Deshalb sind die Risiken der Armut, die vor allem im dauernden Einkommensverlust bei sich verstärkenden Ausgabenbelastungen ("prozedurale Armut") niederschlagen, grundsätzlich nicht versicherbar.

Die Versicherung gegen die Armut selber ist immer noch allein der Staat sowie allenfalls die Mildtätigkeit der Mitmenschen und ihrer dafür geschaffenen Organisationen. Arbeitslosigkeit und Arbeitslosengeld, Einkommensverlust und Sozialhilfe, Sozialversicherungsrente und Wohngeld, Prozesskostenhilfe und Halterhaftung, Produzentenhaftung, Haftung des Dienstherrn bei Arbeitsunfällen u.ä.m. sind die eigentlichen

"Versicherungsleistungen", über die von Armut bedrohte Bescheid wissen müssen. Dann verstehen sie auch, warum ihre spezifischen Probleme durch Caps (Versicherung gegen Zinsschwankungen), Rechtsschutzversicherung, Unfallversicherung, Hausratsversicherung häufig nur zu unverhältnismäßigen Kosten und zudem unzureichend und die Liquidität belastend versicherbar sind. Natürlich könnten auch private Versicherungen mehr solidarische Elemente einbeziehen, wenn die Gesellschaft dies akzeptiert. Allein das Hauptrisiko, die Unterbezahlung im Beruf oder die Arbeitslosigkeit kann der Markt, der sie hervorbringt, mit seinen Finanzdienstleistungen nicht lösen. Versicherungen verteilen wie alle Finanzdienstleistungen nur das individuelle Lebenseinkommen gleichmäßiger und lassen damit eintretende Risiken verteilbar erscheinen. Sie generieren aber kein Einkommen, sondern schmälern es noch.

Der Erfolg etwa der Bildung durch den Versicherungsaktivisten Hans-Dieter Meyer und seinen Publikationen¹³¹ mit dem Bund der Versicherten beruht ja im wesentlichen vor allem auch darauf, dass die Verbraucher bei dieser teilweise aggressiv vorgebrachten Kritik an der Versicherungswirtschaft lernen, dass sie selber für ihre Versicherungen verantwortlich sind. Die bei Versicherungen gerade für Unterschichten wichtige Aufmerksamkeit erreicht man nicht, wenn man sich bei dem Anbieter "gut aufgehoben" fühlt, sondern nur dann, wenn über die kritische Durchleuchtung seines Verhaltens deutlich wird, dass man "auf der Hut" sein muss. Die Anbieter sollten in ihren teilweise mimosenhaften Reaktionen auf Verbraucherkritik wissen, dass ihnen der dadurch bewirkte höhere Bildungsstand der Verbraucher in vielerlei Hinsicht nützt, Kosten einspart und neue Produkte eher zur Marktreife bringt. Dumme Verbraucher produzieren eine dumme Wirtschaft.

5. Geldanlage/Private Altersvorsorge

Finanzielle Bildung hat ihre ideologischen Grundlagen häufig noch in der Spargesellschaft des frühen 20. Jahrhunderts. Die Konsequenzen aus ihrer Verwandlung in eine Kreditgesellschaft werden nicht ausreichend gezogen. Dies liegt auch wohl daran, dass die in diesem Bereich bildend Tätigen entweder wenig über Armut oder wenig über Finanzdienstleistungen wissen. Es geht daher bei der finanziellen Allgemeinbildung nicht um die Illusion, dass in nennenswertem Umfang bei den betroffenen Schichten durch Sparen Armut verhindert werden könnte. Was in diesen Kreisen gespart werden kann, ist im Verhältnis zum Lebensbedarf weitgehend irrelevant. Die negative Sparquote in der Unterschicht in Deutschland und das Abnehmen der Sparquote in den USA signalisieren nicht Armut sondern Veränderung der Wirtschaftsform. Entscheidend ist heute der Life-Time-Value und die Kreditwürdigkeit und nicht das Vermögen.

Deshalb ist auch die Optimierung des eigenen Anlagevermögens kein wesentlicher Aspekt der finanziellen Allgemeinbildung, die Armut verhindern soll. Sie gehört zur Spezialbildung für Verbraucher der Anlageschicht. Sie werden dafür bezahlen, wenn sie begreifen, dass sie daraus unmittelbar finanziellen Nutzen ziehen können. Das Vordringen des Financial Planning, einer anbieterunabhängigen entgeltlichen Finanzbera-

131 So z.B. das Erfolgsbuch "Richtig Versichern", ähnlich geschrieben auch das Erfolgsbuch von Konz, F. 1000 ganz legale Steuertricks, Knauer 2001, das ähnlich kritisch gegenüber den Steuerbehörden das Interesse für Steuerfragen weckt und aufgreift und damit die allgemeine Steuerbildung verbessert.

tung¹³² für vermögende Schichten zeigt die Wichtigkeit und die Nützlichkeit eine Finanzdienstleistungsberatung, die dann einsetzt, wenn die Bedürfnisse, die dort behandelt werden (Risikomanagement, Hauswerb, Altersvorsorge), virulent sind. Finanzielle Allgemeinbildung kann solche individuellen Beratungsleistungen nicht erbringen. Sie muss ihren Schwerpunkt eindeutig in den Grundlagen setzen.

So ist z.B. das Ziel, Sparguthaben, die unter 2 % verzinst sind, in höher verzinsliche Anlagen umzuschichten, kein Ziel finanzieller Allgemeinbildung. "Reich werden" ist in einer schnelllebigen Zeit nicht schon an sich Armutsprävention. Aufklärung über Wertpapiere und Derivate, über die Millionen unterschiedlicher Produkte im Anlagemarkt, die im wesentlichen die Risikobereitschaft und die Spekulation im Interesse einer flexiblen und liquiden Gesamtwirtschaft begünstigen sollen, schlagen in der Armutsprävention in ihr Gegenteil um. Risiken müssen die Reichen und nicht die Armen eingehen. Wer sein Vermögen im Neuen Markt verspekuliert hat, ist zwar nicht mehr reich aber auch nicht arm. Er oder sie verlieren nicht ihre Kreditwürdigkeit und auch nicht ihre Einkommenserzielungsmöglichkeiten. Haben sie das Vermögen nur durch Erbschaft oder Zufall gewonnen, dann ist ihr Problem nicht, dass es zerronnen ist, sondern dass sie in ihren Einkommenserzielungs- und Kostenminimierungsmöglichkeiten immer arm waren.

Das Sparen der ärmeren Bevölkerungsschichten erfolgt nachgelagert über den Kredit oder kollektiv über die Versicherung.

Hierzu gibt es jedoch eine wesentliche und wichtige Ausnahme, die letztlich doch die Aufmerksamkeit immer stärker auf die Anlage lenkt: die (private) Altersvorsorge. Traditionell hatte der Staat, nach dem Absterben der geldunabhängigen familiären Altersvorsorge der Feudalgesellschaft in der Industriegesellschaft gedrängt, über die Gewerkschaften vor allem in Kontinentaleuropa die finanzielle Altersvorsorge ("Rente") in die eigene Regie übernommen und durch ein Umverteilungssystem ("Generationenvertrag") von Jung auf Alt von der individuellen Vorsorge durch Sparen befreit. Auch arme Personen brauchten keine Altersangst zu haben, weil sie im Alter in der Regel nichts Schlimmeres (häufig allerdings auch nichts besseres) als vor dem Alter erwartete. Dieses System hat allen harten Fakten nach zu urteilen entgegen den interessierten Behauptungen bisher zu keiner nennenswerten Altersarmut in Deutschland geführt. Allerdings ist das System am Scheidewege. Dies wird überall damit begründet, dass die Sozialversicherung tendenziell in den Konkurs gleite. Tatsächlich liegt der eigentliche Grund darin, dass die Menschen keine Umverteilungssysteme mehr wollen, die ihnen aufoktroiyert werden. Alterssolidarität erfolgt zunehmend über das Eigeninteresse aller Beteiligten.¹³³ Der in den meisten Ländern allmähliche, in Großbritannien, Tschechien und Chile radikale Übergang von der Umverteilung zur kapitalgedeckten und damit über Anlagen zu tätigenden privaten Altersvorsorge drängt auch die Armen

132 Dazu das amerikanische Standardbuch Mitra, S. /Rattner, J. *Practicing Financial Planning - A Complete Guide for Professionals*, Mitra & Associates Rochester Hills, 1998.

133 Wirtschaftlich ist das sog. Kapitalstockverfahren gegenüber dem Umverteilungsverfahren nichts anderes. In beiden Fällen müssen die Jungen die Waren und Dienstleistungen erarbeiten, die die Alten dann konsumieren, ohne selber noch produktiv zu sein. Geld kann man bekanntlich nicht essen und daher ist sein Auftürmen auch noch keine Altersvorsorge. Gleichwohl schafft der marktwirtschaftliche Konsens über das Geld und seinen Wert, dass die Jungen kritiklos ihre Waren gegen das aufgetürmte Geld der Alten eintauschen, während sie sich immer stärker dagegen wehren, dass ihre Arbeitseinkommen direkt an die Alten über die Sozialversicherung übertragen werden.

in die Alternative, für das Alter anzusparen oder eine wesentliche und viel unentrinnbarere Verarmung im Alter in Kauf zu nehmen.

Mit der neuen Form einer staatlich subventionierten privaten Altersvorsorge ("Rieser-Rente" und Pensionsfonds) ist zu befürchten, dass die Unterschichten dem Liquiditätsdruck nicht gewachsen sind und trotz hoher Sparanreize diese Chancen nicht ausreichend wahrnehmen werden. Dies bedeutet dann, dass die angebliche Umgruppierung der Sozialversicherungsbeiträge in die private Altersvorsorge nur schichtenspezifisch erfolgt. Wird, was zu erwarten ist, der einmal geöffnete Weg weiter beschritten und die Sozialversicherung weiter "privatisiert", so wird dies eine allmähliche Absenkung des Rentenniveaus für anlageunfähigen Unterschichten bedeuten, die in Altersarmut enden kann. Ähnliche Phänomene gibt es seit langem in den USA, wo ein großer Teil der Unterschichten kaum noch Rente beziehen.

Schon jetzt ist im System deutlich, dass hier die Diskriminierungstendenzen besonders stark sind, nachdem die Gewerkschaften sich mit den großen Arbeitgebern auf das Pensionsfondsmodell geeinigt haben, das die Sozialversicherung noch einmal zusätzlich belastet und durch Steuerfreiheit erhebliche Renditen verspricht, den von Armut gefährdeten Personenkreisen aber nicht offen steht und insbesondere dann mit der Arbeitslosigkeit endet, wenn es besonders wichtig wäre.

Auch hier müssen die von Armut bedrohten lernen, nicht nur aktiv zu sein, die Chancen wahrzunehmen, sondern sich auch gegen die Verringerung ihrer Chancen zu wehren.

Bei keinem Wirtschaftsgut liegen Einzahlung und Gegenleistung zeitlich so weit auseinander wie bei der Altersvorsorge. Die wenigsten Verbraucher sind jedoch in der Lage, aus dieser Tatsache die richtigen Schlüsse zu ziehen:

1. Fehlentscheidungen wirken bei der Altersvorsorge weit fataler als bei anderen Sparzielen und sind häufig erst spät erkennbar.
2. Die Zahlen sind für Personen, die geringe Einkommen haben, unvorstellbar groß, wenn das Lebenseinkommen 1 Mio. DM beträgt.
3. Die Belastungen und Kosten werden auf lange Zeiträume verteilt und wirken sich damit eher schleichend auf die Liquidität aus. Sie werden daher tendenziell unterschätzt.
4. Das Abschätzen der Erträge wird durch Inflation, Ungewissheit über die zukünftigen Rahmenbedingungen sehr schwierig.
5. Der Markt ist sehr betrugsanfällig, da Anlagen im Gegensatz zum Kredit immer bares Geld versprechen, beim Zahlen keine rechtliche Kontrolle kennen und das Zusammenspiel von Risiko und Rendite unklar ist.

Finanzielle Allgemeinbildung muss daher unmittelbar auf die Altersvorsorge ausgerichtet sein. Der Verbraucher lernt durch Alltagssparen nicht das, was er für das Vorsorgesparen braucht. Große Zahlen, lange Zeitabläufe, Wissen über das Alter und die Risiken sind die Basis dafür, dass hier vorsichtig vorgegangen wird. Die Propaganda des schnellen Geldes steht der rationalen Altersvorsorge entgegen. Verbraucher müssen an Beispielen und Fehlleistungen lernen, dass Altersvorsorge kein individuelles Risiko trägt und dass zwischen Spekulation und Alterssparen ein grundlegender Unterschied besteht. Außerdem muss finanzielle Allgemeinbildung hier die anderen Mechanismen der Altersvorsorge, die Sicherung des Wohnens, der Gesundheit sowie familiärer und freundschaftlicher Bande mitlernen, um abschätzen zu können, welchen

Stellenwert die privat finanzierte Rente hat. Wer im Bestreben nach einer hohen Altersabsicherung, die als sog. "Versorgungslücke" teilweise skrupellos vorgerechnet wird, sich überarbeitet, seine Gesundheit oder die Ausbildung der Kinder vernachlässigt, seine eigene Bildung hinten anstellt oder gar das Anwachsen seiner Schulden missachtet, der oder die hat durch eine höhere Altersvorsorge in Wirklichkeit sein Alter gefährdet.

Die immer häufiger gerade bei liquiditätsschwachen Haushalten anzutreffenden Betrugsfälle, bei denen eine scheinbar hohe Rente mit enormen Renditen an solche Haushalte über ungewöhnliche und als steuersparend hingestellte Konstruktionen verkauft werden, kann nur solchen Erfolg haben, weil die Menschen die Grundlagen der Altersvorsorge nicht begreifen. Das Begreifen der Finanzdienstleistung selber, die etwa wie in dem Produkt Securenta, das irreführend als sichere Rente bezeichnet und in zig Seiten verklausuliertes hoch spekulatives Produkt dargelegt wird, ist für diese Personenkreise ohnehin unmöglich. Das IFF hat in mehreren Gutachten zu solchen Altersvorsorgeprodukten Presse und Verbraucherverbände über die Gefährlichkeit informiert, die aus der Kombination aus unsicheren Gesellschafteranteilen, überhöhten Renditeversprechungen, undurchsichtigen Schachtelbeteiligungen, durch Disagio künstlich herabgesetzte Zinssätze, Währungsrisiken und fiktive Steuervorteile geprägt sind.

(Lebensversicherungsfinanzierter Immobilienfondsanteil) Ein Kunde hat ein über eine Kapitallebensversicherung zu tilgenden kreditfinanzierten Anteilskauf an einem geschlossenen Immobilienfonds getätigt, wobei die Finanzierung über ein öffentlich-rechtliches Kreditinstitut abgewickelt wurde. Die Produkte sind auch vertraglich miteinander aufs engste verbunden und werden voneinander abhängig gemacht. Es handelt sich bei dieser Konstruktion um einen immer üblicher werdenden Verkauf von Immobilienanteilen, bei denen ein Maximum an Finanzdienstleistungen mit in der Regel äußerst schädigenden Konsequenzen für die Anteilszeichner verknüpft werden. Das einzige rationale Verkaufsargument ist dabei das Steuerargument. Eine hohe steuerliche Absetzbarkeit setzt zunächst hohen Verdienst voraus und signalisiert meist ein extremes unternehmerisches Risiko, wobei zusätzlich noch eine zeitliche Disparität auftritt. Während die Steuerersparnis sofort eintritt, merkt der Kunde erst am Ende der Laufzeit, ob er sein Kapital verloren hat. Kunden mit geringerem Einkommen haben in aller Regel auch erheblich niedrigere Grenzsteuersätze, so dass bei ihnen die Musterrechnungen der Vermittler, die fast immer mit dem Spitzensteuersatz vorgenommen werden, nicht aufgehen.

Finanzielle Allgemeinbildung muss hier den Zusammenhang von Rendite und Risiko, von Steuerersparnis und Einkommenshöhe, von Vermittlungskosten und Kapitalerträgen, von formaler und materieller Sicherheit von Anlage begreifen und über die Rechte beim Erwerb informieren. Die Analyse von Betrugsmodellen kann hier beispielhaft Vorsicht schaffen, die Darstellung von Problemen der Altersarmut dagegen Sparziele verankern.

6. Existenzgründung

Die finanziellen Probleme der beruflichen Tätigkeit gehören nicht unmittelbar in den Zusammenhang der finanziellen Allgemeinbildung. Das dort notwendige Finanzwissen gehört insgesamt zu dem berufsspezifischen Wissen, das in der Berufsvorbereitung angeeignet werden muss. Hier sind die Anforderungen zudem je nach Branche so unterschiedlich, dass es wenig Sinn machen würde, hier für alle Personen eine gleiche finanzielle Allgemeinbildung anzubieten.

Für die Existenzgründung gibt es dabei jedoch eine Ausnahme. Die Gründung einer selbstständigen Existenz erfolgt in der Regel noch aus der nicht beruflichen Sphäre heraus. Dabei geht es neben den Problemen, einen geeigneten Platz zu finden, vor allem um die Beschaffung von Kapital, das vor allem für Schichten, die von Armut bedroht sind, immer zugleich Fremdkapital in Form von Bankkrediten sein wird.

Mit staatlichen Programmen etwa über die DTA oder die Kreditanstalt für Wiederaufbau sowie durch länderspezifische Programme wird zudem ein Anreiz zur Kreditaufnahme und Selbstständigkeit gewährt und der Zugang geebnet. Da die für die Ausübung der selbstständigen Tätigkeit notwendige berufliche Erfahrung dabei in aller Regel und auch idealtypischerweise in abhängiger Arbeit erworben wurde, fehlt diesem Personenkreis häufig nur das Anfangswissen, um für die Tätigkeit die richtigen Entscheidungen zu fällen. Das für die selbstständige Tätigkeit notwendige Grundwissen gehört nämlich im Rahmen der beruflichen Ausbildung in abhängiger Arbeit in aller Regel nicht zu den Mindestvoraussetzungen der Qualifikation. Insofern muss davon ausgegangen werden, dass die finanziellen Grundfragen der Existenzgründung im Rahmen der finanziellen Allgemeinbildung mit zu lösen sind.

Grundsätzlich kann dabei auf die Inhalte und Methoden verwiesen werden, die allgemein zur Konsumentenkreditaufnahme befähigen sollen. Wer in diesem Bereich gelernt hat, Kredite produktiv aufzunehmen und zu verwenden, wird auch im Bereich der Existenzgründung in der Lage sein, sich vor der Verarmung zu schützen, die auftritt, wenn den Schulden kein entsprechender Ertrag gegenübersteht.

Die Probleme der Verschuldung sind dabei für Existenzgründer noch gravierender. Sie haben erheblich mehr Unsicherheiten zu bewältigen wie die Konsumkreditnehmer, da sie nicht nur ihr persönliches Einkommen sondern auch das Einkommen und die Liquidität ihres Betriebes einschätzen müssen. Der folgende Fall, der der IFF Untersuchung zu den Gründen des Scheiterns von Existenzgründern¹³⁴ entnommen ist, zeigt die Probleme auf:

(Modeboutique) S. arbeitete zu DDR-Zeiten als Verkäuferin im Modebereich. Nach „der Wende“ war sie in der Reparaturannahme und in der Buchhaltung eines Autohauses beschäftigt. Anfang 1997 entschloss sie sich als Franchisenehmerin eines Jeansherstellers mit einer Modeboutique selbstständig zu machen. Die Finanzierung der Existenzgründung erfolgte durch eine Sparkasse und zwar zunächst über eine Zwischenfinanzierung von 100.000,- DM die einen Monat später, wie beantragt, in eine zum größten Teil öffentlich geförderte Finanzierung mündete, und zwar

- Darlehensvertrag aus Mitteln der DtA in Höhe von 50.000,- DM
- Eigenkapitalhilfedarlehen aus Mitteln der DtA in Höhe von 30.000,- DM
- Darlehenvertrag der Sparkasse in Höhe von 20.000,- DM

Bei den Finanzierungsgesprächen mit der Hausbank wurde von einer Mitarbeiterin der Sparkasse der von der Existenzgründerin vorgelegt Unternehmensplan einer von ihr zu Rate gezogenen Steuerberaterin in der Form abgeändert, dass der Umfang des Darlehensbedarfes von 131.000,- DM auf 100.000,- DM heruntersetzt und zum anderen die kalkulierten Kosten und Umsätze geändert wurden. Weiterhin wurde nach dem Vortrag der Darlehensnehmerin ihr bei der Existenzgründung von der Mitarbeiterin der Sparkasse empfohlen, den Mietvertrag über die Gewerberäume, für die statt wie in der ursprünglichen Un-

134 Probleme der Kreditfinanzierung von Kleinbetrieben - Eine Untersuchung zu den Möglichkeiten produktiver Konfliktbeilegung durch Recht – Ein Forschungsprojekt des iff finanziert durch die Volkswagenstiftung. Der Projektabschlussbericht wird 2002 vorgelegt.

ternehmensplanung 2.000,- DM nunmehr 3.073,95 DM monatlich zu zahlen waren, mit einer festen Laufzeit von zehn Jahren abzuschließen, um die Aussichten auf eine Kreditzusage zu verbessern. Die Existenzgründerin schloss einen dementsprechenden Mietvertrag ab.

Bereits nach etwas weniger als einem Jahr musste die Existenzgründerin im März 1998 den Betrieb der Modeboutique einstellen, da die notwendige Liquidität nicht mehr vorhanden war. Daraufhin kündigte die Sparkasse die Kredite. Aus der Verwertung der Ladeneinrichtung konnte das Darlehen in Höhe von 20.000,- DM abgelöst werden.

Die Existenzgründerin sah sich in der Folge nicht nur einer Klage der Sparkasse auf Zahlung der 50.000,- DM Darlehen nebst Zinsen ausgesetzt, sondern auch mit einem noch für weitere neun Jahre fest abgeschlossenen Mietvertrag konfrontiert. Mit Hilfe eines engagierten Rechtsanwalts¹³⁵ hat sie sich im Ergebnis erfolglos durch zwei Instanzen gegen die Forderung der Sparkasse mit dem Argument gewehrt, dass die Sparkasse hätte erkennen müssen, dass mit dem vorgelegten (und dann ja noch weiter veränderten) Plan eine Existenzgründung von vornherein zum Scheitern verurteilt war. Das LG Stendal wollte aus der Mitarbeit in der Buchhaltung bei dem Autohändler auf eine entsprechende Erfahrung der Gründerin in der Finanzierungsplanung des Unternehmens schließen. Das OLG Naumburg schließlich konnte letztinstanzlich keine Planungsfehler feststellen, obschon das Gericht mit Hilfe eines Gutachtens auf eine Reihe schwerwiegender und auf folgende ins Auge fallender Mängel des Unternehmensplanes, die ein Scheitern des Geschäfts zu einem vorprogrammierten Scheitern verurteilen mussten, hingewiesen worden war:

- Keine Anlaufzeit,
- Eine Umsatzplanung, die schon im ersten Jahr Umsätze in der Höhe der nächsten Jahre erreicht und schon für das erste Quartal einen Gewinn in Höhe von DM 91.000 errechnet,
- die Einsetzung von 0 DM Liquiditätsreserve unter der Vermutung, dass diese sich vom ersten Quartal an über den Gewinn aufbaut,
- direkter Zahlungsengang ohne Abschläge, obwohl im Einzelhandel hohe Umsatzzahlen mit EC- und Kreditkarten bezahlt werden und letzteres zu einem Abschlag von rund 3,5 % führt und
- das Fehlen jeglicher Ausführungen über die Herkunft der eingesetzten Umsatzzahlen und ihrer Relation zum Wareneinkauf (Stückzahlen, Kundenzahlen, Umsatz pro Kunde, Marge der Ware)

Eine der wichtigsten Voraussetzungen für den erfolgreichen Start eines jungen Unternehmens stellt ein ausreichendes und zum richtigen Zeitpunkt zur Verfügung stehendes Startkapital dar. Gerade in seiner Gründungsphase benötigt ein Betrieb nicht nur finanzielle Mittel zum Erwerb von Grundstück, Gebäude und Maschinen. In der Anfangsphase einer Existenzgründung ist vielmehr mit zusätzlicher Mittelbindung für den Aufbau des Betriebsumlaufvermögens (z. B. Rohstoffe, Zulieferprodukte), den Aufbau eines Auftragsbestandes, die Fertigstellung von Aufträgen und die Zeitverzögerung bis zum Begleichen der Rechnungen durch die Kunden, die Vorleistungen zur Gewerbe- und Mehrwertsteuer sowie für Gehälter zu rechnen. Wenn das hierfür benötigte Kapital nicht vorhanden ist, kommt der Existenzgründer in Liquiditätsschwierigkeiten, selbst wenn er inzwischen über gute Auftragsbestände verfügt. Ein solcher Liquiditätsmangel nach Gründung ist für ihn durch zusätzliche oder höhere Kredite kaum zu beseitigen, da meist nur wenige freie Sicherheiten und auch kein bzw. nur sehr

135 RA Dr. Wolfhart Bauer aus Magdeburg, der in diesem Fall eng mit dem *iff*, das hier ein Gutachten erstellte, kooperiert hat.

geringes liquides Eigenkapital vorhanden sind und gerade letzteres - im Gegensatz zum Großunternehmen - auch nicht beschafft werden kann.

Eine der wesentlichen zusätzlichen Elemente der finanziellen Allgemeinbildung für Existenzgründer ist die Erleichterung des Zugangs zum Kredit, der die Chance schafft, sich selber einen Arbeitsplatz zu schaffen und damit das Risiko der Arbeitslosigkeit entscheidend zu minimieren. Finanzdienstleistungen haben hier eine unmittelbar arbeitspräventive Funktion. Allerdings müssen sie den besonderen Bedingungen auch gerecht werden können, die bei Existenzgründerkrediten schärfer sind als bei allgemeinen Verbraucherfinanzdienstleistungen.

- Existenzgründer brauchen einen Geschäftsplan zur Dokumentation für die Kreditverwendung,
- Sie haben keine Lohnsicherheit, sondern brauchen Sachsisicherheiten, die für untere Einkommensschichten ebenfalls schwer erreichbar sind
- Sie haben einen erheblich erhöhten Beratungsbedarf, der für diese Zielgruppe bei den Banken nicht ausreichend entwickelt ist.
- Es gibt eine Vielzahl von Förderprogrammen, die einer anderen Logik folgen und damit ähnlich wie in der Baufinanzierung etwa eine anfängliche Überfinanzierung und Bedenkenlosigkeit ermöglichen, für die dann später auch privat mit Verarmung zu zahlen ist.

In den Studien des IFF zu gescheiterten Existenzgründern haben sich dabei vor allem die folgenden subjektiven Probleme ergeben:

- Das Betriebsumlaufvermögen (Working Capital) wurde unterschätzt, so dass bei Wachstum Konkurs eintrat
- Öffentliche Fördermittel wurden verspätet beantragt oder ausgezahlt und dafür teure Zwischenfinanzierungen in Kauf genommen.
- Das Verhältnis zwischen Bank und Gründer eskalierte und emotionalisierte sich gerade zu einem Zeitpunkt, als Krisen gemeinsam zu bewältigen waren.
- Falsche Berater verwirrten die Möglichkeiten.
- Variabler Kreditbedarf wurde mit starren Finanzierungsmitteln abgedeckt, fester Kreditbedarf dagegen mit hochverzinslichen und unsicheren variablen Mitteln.

Ähnlich wie in der Baufinanzierung kommt es somit auch bei der Existenzgründung darauf an, die Kreditaufnahme als Investition zu begreifen und den Kredit so aufzunehmen und einzufordern, dass auf absehbare Dauer eine produktive Anpassung an die Notwendigkeiten der unternehmerischen Tätigkeit gewährleistet ist. Da bei der Existenzgründung anders als bei der Baufinanzierung der Staat nicht nur den Zugang verlangt, sondern ihn auch aktiv fördert, kommt es zudem darauf an, dass die Gründer diese Programme so nutzen können, dass sie ihnen und nicht nur den Kreditgebern nützen. Staatliche Bürgschaften und Garantien, zinsfreie Anfangsdarlehen und rückzahlungsfreie Subventionen sind gefährliche Instrumente, wenn damit die Berechnung der Produktivität überflüssig gemacht wird. Unternehmer, die sich das Gehalt der ersten Jahre aus den Anfangskrediten zahlen, sind zum Scheitern verurteilt.

Schätzt man bei den Existenzgründern, die innerhalb der ersten drei Jahre zu ca. 60 % scheitern, dass 1/3 davon auf Finanzierungsfehler bei Beginn zurückzuführen sind, und geht man davon aus, dass das Scheitern bei der Existenzgründung erhebliche Auswirkungen für eine Verarmung haben kann, dann kann finanzielle Allgemeinbildung hier eine wichtige gesamtwirtschaftliche Funktion einnehmen.

Neben dem Hauptaspekt der Finanzierung gibt es hier auch weitere Probleme bei der spezifisch geschäftlichen Kontonutzung, der Trennung von Geschäfts- und Konsumbudget sowie bei den zu versichernden Risiken.

7. Umschuldung

Während es in den vorherigen Bereichen darum ging, die bildungsmäßigen Bedingungen produktiver Kreditaufnahme zu umschreiben, geht es bei der Umschuldung um eine Situation, in der bei wenig Verhaltensspielraum auf dem Markt besondere Belastungen drohen und aus bei Abschluss noch produktiven Kreditverhältnissen äußerst belastende und die Armutsspirale fördernde Beziehungen werden.

Eine Umschuldung bedeutet, dass bestehende Kreditbeziehungen vorzeitig beendet werden und die davon verbleibenden Restschulden über neue Kredite finanziert werden, um

- die auf Grund von Liquiditätsschwierigkeiten (Einkommensverlust) nicht mehr tragbare Ratenhöhe durch Laufzeitverlängerung zu senken,
- zusätzlichen Kreditbedarf zu befriedigen, der auf Grund der Weigerung der Bank, ihn separat zu gewähren zu einer Umschuldung führt, meist aber auch begünstigt durch den Umstand, dass der Zusatzkredit nicht zu einer höheren Ratenbelastung führen darf,
- eine drohende Kreditkündigung abzuwenden, wenn die Rückstände zu hoch sind und daher finanziert werden müssen.

Umschuldungen können zu einer anderen Bank erfolgen (externe Umschuldung), wenn die Hausbank die Krediterhöhung durch Zusatzkredit, Ratenherabsetzung oder Laufzeitverlängerung ablehnt. Sie können aber auch von einer Bank selber angeboten werden. (interne Umschuldung)

Bei überschuldeten Haushalten sind Umschuldungen praktisch die Regel. 15 und mehr Umschuldungen sind dabei keine Ausnahme, zumal Umschuldungen vor allem bei Teilzahlungsbanken häufig auch ein systematisches Mittel im Marketing zum Aufbau von dauernden Kreditabhängigkeiten sind.¹³⁶

Typisch für Umschuldungssituationen ist es, dass

- der Schuldner keine Marktmacht hat, weil ihm die Exit-Möglichkeit fehlt. Seine Bindung folgt regelmäßig daraus, dass er in einem Liquiditätsengpass agiert, für dritte Banken zumindest für nur noch sekundär zusichernden Zusatzkredit nicht kreditwürdig ist und die Bank daher frei entscheiden kann, ob sie mit Stundung, Umschuldung oder Kündigung reagieren soll.
- die Bank die Wahl hat, neue inzwischen erhöhte Zinskonditionen zu oktroyieren oder aber alte überhöhte aufrechtzuerhalten.

136 Historisch hat die Kundenkreditbank (KKB), die dann zur Citibank wurde, Kettenumschuldungen zu einer Grundlage ihrer Kreditstrategie bei Unterschichten gemacht und dabei gezeigt, dass auch bei hohem Risiko unter den Bedingungen einer sozial restriktiven Kreditgesetzgebung erhebliche Gewinne erzielt werden können. Vgl. zu einzelnen Konstruktionen schon den Bericht Reifner, U. Ratenkredite an Konsumenten a.a.O. sowie die Fälle im Ratgeber unter <http://www.money-advice.net>.

- Verluste bei der Ablösung entstehen, weil Bearbeitungsgebühren nicht anteilig zurückerstattet werden, die Zinsrückrechnung in Deutschland nicht exakt erfolgt und vor allem Versicherungsprämien mit erheblichen Verlusten neu berechnet werden.

Die Verluste durch Umschuldung können in kürzester Zeit die Schulden auf ein Mehrfaches steigern, ohne dass der Kreditnehmer zusätzliches Geld erhalten hat („Umschuldungskarussell“).¹³⁷

Die finanziellen Folgen einer Umschuldungskette der Citibank können an dem folgenden Beispiel demonstriert werden, dass das IFF in einem Servicebrief auf Anforderung der Verbraucherzentralen ökonomisch und juristisch aufbereitet hat.

(Umschuldungskarussell) Zwei Eheleute im Alter von 56 bzw. 52 Jahren nahmen zu Jahresbeginn 1996 einen Kredit von 3.000 DM auf. Es folgten Zusatzkredite am 01.07.1996, am 04.02.1998, am 20.01.1999, am 03.07.1999 und am 10.05.2000. Die Umschuldungen kamen durch einen Zusatzkreditbedarf zustande, über dessen Höhe und Verwendungen Formulare selber kein Auskunft geben. Er lässt sich jedoch indirekt erschließen, wobei zu vermuten ist, dass der Zusatzbedarf auch zur Abdeckung von Altschulden entstand. In der rechnerischen Analyse stellte sich der Kreditverlauf wie folgt dar:

In dem vorstehenden Beispiel geht es vor allem darum, aufzuzeigen, wie über eine Restschuldversicherung die Kosten- und Schuldenbelastung bei den Umschuldungen enorm ansteigt. Aus einem Kredit von 3.000 DM wurde innerhalb von vier Jahren eine Überschuldung in Höhe von 67.000 DM, wobei weit weniger als die Hälfte den Kreditnehmern als Kapital zufloss und damit eine produktive Erwirtschaftung der Zusatzkosten ausgeschlossen war. Im einzelnen ergab sich:

Tabelle 14: Umschuldungskarussell

Kreditdatum	17.01.96	01.07.96	04.02.98	20.01.99	03.07.99	10.05.00
Nettokredit	3.000 DM	7.820 DM	12.200 DM	20.962 DM	29.207 DM	36.612 DM
Bruttokredit	4.090 DM	11.830 DM	17.225 DM	32.993 DM	51.640 DM	67.022 DM
Kosten	1.090 DM	4.011 DM	5.025 DM	12.031 DM	22.433 DM	30.410 DM
RSVn (netto)	236 DM	963 DM	1.345 DM	3.547 DM	6.543 DM	9.296 DM
RSVb (+Fin)*	315 DM	1.403 DM	1.844 DM	5.288 DM	10.649 DM	15.454 DM
RSVn /. NKr	8%	12%	11%	17%	22%	25%
RSVb /. Kost.	29%	35%	37,00%	44%	47%	51,00%
Zunahme						
Nettokredit	-	2 (doppelt)	3	6	9	11
Kosten	-	3 (dreifach)	4	10	20	27
RSVb	-	3	5	16	33	48
Verluste			1.298,75 DM	1.296,14 DM	4.024,11 DM	5.808,82 DM
insges.						12.427,82 DM
Alter des Kreditnehmers	60	60	62	63	63	64

*Restschuldversicherungsprämien werden im voraus bezahlt. Dieser RSV-Wert beinhaltet die Finanzierungskosten (Zinsen)

- Der Einstieg in den Kredit erfolgte mit einem kleinen Standardbetrag (3.000 DM), wobei die Restschuldversicherungsprämie in DM-Beträgen relativ gering erscheint, obwohl dadurch bereits mehr als 1/4 der Kosten verursacht werden.

137 Vgl. Reifner, U., Ratenkredite an Konsumenten, (1984).

- Die Zusatzkredite werden nur möglich, weil die Laufzeit immer mehr gestreckt wird.
- Die Restschuldversicherungsprämien steigen überproportional durch die Altersprogression sowie die verlängerte Laufzeit von 8 % der Prämie in Bezug auf den Nettokredit auf 25 % bei der letzten Umschuldung.
- Tatsächlich ist die Restschuldversicherung erheblich teurer, da sie jeweils im voraus bezahlt wird und die Bank sie mitfinanziert. So steigt ihr Anteil an den Kosten von anfänglich 29 % auf schließlich die Hälfte der gesamten Kreditkosten, d.h. 15.000 DM von 30.000 DM. Dies zeigt sich auch am Zuwachs: Während der Nettokredit nur um den Faktor 11 steigt, steigen die Restschuldversicherungskosten um mehr als das vierfache, nämlich um den Faktor 48.

Der Umschuldungsverlust von 18.503,73 DM ergibt sich aus den verlorenen Bearbeitungsgebühren, vor allem aber aus der ungünstigen Ablösung und Wiederabschluss der Restschuldversicherungen auf die Altbeträge.

Eine Restschuldversicherung stellt eine Risikolebensversicherung in Höhe des Kredites dar, die erfahrungsgemäß bei Personen über 45 Jahren außerordentlich teuer wird. Auf dem freien Markt werden Lebensversicherungen an Personen über 60 Jahren kaum noch verkauft. Restschuldversicherungen im Alter über 45 machen in der Regel auch deshalb keinen Sinn, weil es in diesem Alter häufig keine abzusichernden unterhaltsbedürftigen Angehörigen mehr gibt und das Produkt damit ausschließlich der Bank zur Sicherung dient. Ob es Sinn macht, damit den Partner im Todesfall abzusichern, hängt davon ab, ob der Partner dann finanziell benachteiligt wäre. Dies ist z.B. nur dann der Fall, wenn die Versicherung auf den Tod des Hauptverdieners abgeschlossen wurde. Für die Vererbung von „Schulden“, eine der typischen Situationen bei Schwellen Haushalten gilt selbst, wenn man die Erbschaft nicht in der Frist von 6 Monaten ausgeschlagen hat, dass man die Einrede der Dürftigkeit des Erblassers erheben kann. Schulden werden somit in diesen Schichten nur dann vererbt, wenn man dies nicht weiß.

Es ist wirtschaftlich unsinnig, eine Lebensversicherung kurzfristig abzuschließen. Insofern sind Restschuldversicherungen in sich unsinnig. Dieser Nachteil wird aber erst dramatisch potenziert, wenn sie jedes Jahr oder teilweise zweimal im Jahr gekündigt und dann neu abgeschlossen wird.

Umschuldungen zu durchschauen und ihre Kosten zu berechnen gehört zu den komplexesten Fragestellungen im Finanzdienstleistungsbereich. An ihr scheitern regelmäßig die Gerichte und Anwälte ebenso aber auch spezialisierte Kreditberatungsstellen. Es ist illusorisch, in der finanziellen Allgemeinbildung hierzu entscheidungsrelevantes Wissen zu vermitteln.

Allerdings gelten für Umschuldungen die allgemeinen Regeln, wonach Zeit Geld ist, längere Laufzeiten den Kredit unproduktiv machen, dauernde Liquiditätsengpässe nicht über Kredite überbrückt werden können. Eigentlich ist es hier Sache der Anbieter, Kunden solche hochriskanten Geschäfte darzulegen und gar nicht erst zu verkaufen. In der Kalkulation der Kreditgeber lohnen sich aber solche Umschuldungen dann, wenn zwar die Ausfallrate steigt, die Erträge aus dem Kundenverhältnis aber überproportional steigen. Dass dadurch die Haushalte in einer Art Gruppenhaftung ruiniert werden, die letztlich nicht durchhalten können, fällt dann der Allgemeinheit zur Last.

Entsprechend hat auch der Bundesgerichtshof schon bei Schadensersatzansprüchen aus schädigender Umschuldung entschieden, dass eine Bank bei einer Umschuldung die Zwangssituation und Unerfahrenheit der Kreditnehmer sowie ihren Mangel an Ab-

schätzungsvermögen nicht ausnutzen darf. Diese Art der sozialen Rechtsanschauung ist jedoch tendenziell auf dem Rückzug. Es kommt daher immer stärker auf die Eigeninitiative der Betroffenen an.

Finanzielle Allgemeinbildung kann aber hier nicht in der Weise präventiv wirken, dass die hohen Kosten erkannt werden und daraus der Schluss des Umschuldungsverzichts nahe gelegt wird. Die mit der Umschuldung bezweckten Erfolge stehen nämlich den Verbrauchern in diesen Situationen entweder objektiv (der Kredit wird sonst gekündigt) oder subjektiv (sie können auf den Zusatzkredit für die Bezahlung der Kfz-Reparatur nicht verzichten) nicht zur Disposition. Finanzielle Allgemeinbildung muss daher hier Handlungsalternativen aufzeigen, die konstruktiv auch die Erreichung des jeweils bezweckten Zieles beinhalten.

Zusatzkredite statt Umschuldungen sind jeweils billiger. Restschuldversicherungen sind nicht obligatorisch, worauf man die Bank hinweisen kann. Verlangt sie sie gleichwohl und kann man dies beweisen, dann hat man erhebliche Erstattungsansprüche wegen Falschangabe des Effektivzinssatzes.

Einmalige Ausgaben kann man sich evtl. besser privat leihen oder durch Kontoüberziehung verschaffen, wenn man konkrete Rückzahlungsmöglichkeiten in der Zukunft hat.

Eine Kreditkündigung ist häufig besser als eine Umschuldung und kann für vermögenslose Verbraucher mehr Liquidität als vorher verschaffen. Dies lässt sich leicht ausrechnen.

Wesentliche Elemente finanzieller Allgemeinbildung in der Krise ist aber gerade der transparente, offene, selbstbewusste und solidarische Umgang mit dem Kreditgeber, der hier erhebliche Möglichkeiten hat. Sie gerade für Umschuldungsfälle zu mobilisieren ist ebenfalls eine wichtige Aufgabe finanzieller Allgemeinbildung.

E. Die Praxis finanzieller Bildung in Deutschland

I. Fragestellungen, Ziele und Methoden der Erhebung

Die folgende Übersicht will einen Überblick über die Bildungsangebote geben, die sich entweder gezielt oder rein faktisch mit dem Verhältnis von Bürgern zu den Finanzdienstleistungen beschäftigen. Dabei haben wir uns entsprechend der oben wiedergegebenen Bildungspyramide¹³⁸ nicht nur auf die klassischen Bildungsinstitutionen wie Schule und Weiterbildungseinrichtungen konzentriert sondern das in gemeinnützigen (z.B. Verbraucherzentralen und Schuldnerberatungsstellen) Beratungsleistungen sowie im Kundendienst der Anbieter von Finanzdienstleistungen sowie in den auf Information bedachten Stellungnahmen der Medien einbezogen. Diese Untersuchung ist notwendig exemplarisch und selektiv, weil es finanzielle Allgemeinbildung als umfassenden Bildungsansatz in Deutschland noch nicht gibt.

Finanzielle Allgemeinbildung findet jedoch faktisch statt und zwar überall dort, wo sich Menschen das Wissen über den Umgang mit Finanzdienstleistungen aneignen.

138 S.o. S. 22

Angefangen vom Elternhaus, wo der sparsame Umgang mit dem Taschengeld gelehrt wird, bis hin zum Beerdigungsunternehmer, der Hinweise für die Nutzung der Sterbegeldversicherung für die Beerdigungskosten gibt. Da sich die Frage, ob und wo finanzielle Allgemeinbildung stattfindet, nicht aus der Perspektive derjenigen entscheidet, die sie vermitteln wollen, sondern wie bei aller Bildung nur dort stattfindet, wo sie beim Informationsnutzer auch zu Bildungsprozessen führt, werden wir teilweise dort keine finanzielle Allgemeinbildung finden können, wo sie intendiert ist, wie z.B. in der Unzahl von ungelesenen aber regelmäßig mit öffentlichen Geldern produzierten Bildungsbroschüren. Dafür werden wir dagegen finanzielle Bildung auch dort finden, wo sie nicht beabsichtigt war.

Für eine Zukunft bewusster finanzieller Allgemeinbildung kommt es darauf an, die gut gemeinten aber wirkungslos investierten Mittel in Bereiche umzulenken, wo gelernt wird. Ohne ihn neu zu erfinden oder ergänzend einführen zu müssen, soll der Prozess finanzieller Bildung dort bewusst gemacht, unterstützt und effektiviert werden, wo er auf Grund der gemachten Erfahrungen auch tatsächlich stattfinden wird.

Für die Auswahl waren daher folgende Kriterien entscheidend:

- Zielgenauigkeit und Bildungsmethodik
- Geht es um die Nutzung von Finanzdienstleistungen?
- Wird mit dem Bildungsangebot eine potenziell von Armut gefährdete Gruppe oder eine Armut generierende Situation erreicht?
- Knüpft die Bildung am Erfahrungshorizont der Betroffenen an, bezieht sie sich auf deren Alltagssituationen und -probleme und holt sie daher die Lernenden dort ab, wo sie sind?
- Werden sozial prekäre Situationen, Krisensituationen, Fälle des Scheiterns im privaten Bereich thematisiert?
- Ist die Prävention von Armut ein Ziel der Bildung?

Für die nicht standardisierte Auswertung des empirischen Materials wurden die folgenden Forschungsfragen dabei in der nicht standardisierten Auswertung des empirischen Materials berücksichtigt:

- Wissen, Kenntnisse
- Handelt es sich bei dem Bildungsangebot um Inhalte, die auf den Bereich der privaten Finanzen bezogen sind?
- Werden Kenntnisse über Akteure im Bereich der Finanzdienstleistungen wie z.B. über Anbieter, Vermittler, Berater und über deren Interessen sowie über bestehende Produkte und deren Mechanismen vermittelt?
- Methodische Fähigkeiten und Fertigkeiten
- Wird die Fähigkeit gefördert, relevante Informationsquellen zu erschließen?
- Werden Zusammenhänge zwischen der eigenen finanziellen aktuellen und zukünftigen Situation mit der Wirkung bestimmter Produkte hergestellt?
- Wird im Rahmen des Bildungsangebots die Fähigkeit entwickelt, eigene Bedürfnisse zu erkennen und zu hinterfragen (Themenbereich Konsum, Budgetplanung, Lebensplanung etc.)?
- Soziale Kompetenz
- Ist die Wechselwirkung zwischen Angebotsgestaltung und Bildung der Nachfrage Teil des Bildungsprozesses?

- Befähigt der Bildungsprozess zum eigenständigen Handeln?
- Wird Legitimation, Sicherheit und Solidarität in Problemverarbeitung und Problembehandlung insbesondere durch die Thematisierung von Recht und Berechtigung gefördert?

Bei den gemeinnützigen Trägern, den Anbietern von Finanzdienstleistungen sowie auch bei den Medien wurde stichprobenartig Material gesichtet, das dem Projekt zugänglich war. Im schulischen Bereich wurden dagegen mangels direktem Zugang zum Unterricht die Lehr- und Rahmenpläne für den Unterricht sowie die Rahmenrichtlinien untersucht. Mit einzelnen persönlichen Nachfragen wurde versucht abzuschätzen, welchen Verbindlichkeitsgrad und welche Umsetzungsbedeutung sie in der Praxis haben.

Folgende Methoden der Recherche wurden gewählt:

- Telefoninterviews und Anfrage per E-Mail: Informationen über mögliche Aktivitäten, Beschreibung dieser Aktivitäten, Ziele und Einschätzung der Wirksamkeit, Bitte um Zusendung von Lehrplänen, Stundentafeln, Informations-, Bildungsmaterial, Rückfragen zu bestehenden Projekten/Angeboten/Materialien
- Auswertung von gedruckten Materialien: Unterrichtsmaterialien, Informations- und Bildungsmaterial von gemeinnützigen Trägern oder Anbietern
- Internetrecherche und Auswertung von online verfügbarem Material (Lehrpläne, Stundentafeln, Unterrichtsmaterialien, Materialien und Seminarangebote gemeinnütziger Träger und Anbieter von Finanzdienstleistungen, Finanzinformationsdienstleister, Online-Angebote von Print- und Rundfunkmedien)
- Expertengespräche im Rahmen der Schul- und der Medienanalyse: Der telefonischen Befragung von Lehrern und Lehrerinnen allgemeiner Schulen in Hamburg lag ein halbstandardisierter Fragebogen zugrunde, die Medienanalyse wurde durch telefonische Interviews ausgewählter Redaktionen zu Zielen, Konzepten und Kommunikationsstrategien bezüglich ihrer Bildungsangeboten im Bereich der privaten Finanzen ergänzt.

II. Schulunterricht in allgemeinbildenden Schulen

1. Erhebungsziele und -methoden

Die Schule ist die wichtigste Bildungsinstitution im Leben der Menschen. Wenn wir ihren Beitrag zur finanziellen Allgemeinbildung nicht nur nach Art einer Suchmaschine auf dem Internet für das Vorkommen dieser Begriffe aufspüren wollen, sondern nach der Praxis selber fragen, so würde dies eine repräsentative teilnehmende Beobachtung in möglichst vielen verschiedenen Unterrichtseinheiten notwendig machen.

Gemäß dem hier gezeigten Ansatz würde dies die Besprechung des Romans „Die Gebrüder Karamasow“ von Dostojewski mit seiner Wucherproblematik im Deutschunterricht ebenso einschließen wie die Beobachtung und Erläuterung von Wachstumsprozessen in der Biologie, die Berechnung der Zerfallszeiten von Atomen in der Kernphysik, die Zinseszinsrechnung in der Mathematik, die Besprechung der Kreditwirtschaft und Inflation in der Gemeinschaftskunde, der Bankenkrise der 20er Jahre in Geschichte, die Besprechung der kanonischen und biblischen Zinsverbote oder der Schulderlasse in Religion, die Besprechung der Novelle zum „anarchistischen Ban-

kier“ im Spanischunterricht, der Frage von Armut im Ethikunterricht oder etwa der Bankenarchitektur im Kunstunterricht oder der Theorien von Simmel in Philosophie. Überall könnte finanzielle Allgemeinbildung stattfinden, insbesondere, wenn die darin enthaltenen allgemeinen Grundprinzipien wie hier vorgeschlagen auch losgelöst von der Geldform in anderen Zusammenhängen vermittelt wird, wie es z.B. beim Wirtschaften unter dem Knappheitstheorem, der (Tausch)Gerechtigkeit, dem Wachstum, oder von Zeit und Wertbegriffen der Fall ist.

Eine solche Untersuchung würde reizvolle und überraschende Einsichten darüber mit sich bringen, wo und in welchem Unterrichtsfach und auf Grund welcher Bedingungen (Lehrerpersönlichkeit, Alter der Schüler, Leistungsanreize, Praxisbezug) Elemente finanzieller Allgemeinbildung am effektivsten vermittelt wurden. Sie musste jedoch den hier nur vorzubereitenden Modellprojekten überlassen bleiben, weil sie die Möglichkeiten dieses Projekts weit überzogen hätte. Die nachfolgenden Überblicke halten sich demgegenüber an die allgemein zugänglichen Faktoren für den Schulunterricht, die die schulische Unterrichtspraxis zumindest bestimmen. Dabei ist zu unterscheiden zwischen den den Lehrern vorgegebenen Lehrplänen der Schulbehörden, den Zielen und Inhalten, die die Lehrer diesen Plänen im Unterricht beimessen sowie den dabei benutzten Lehrbüchern.

Alle drei Faktoren wurden berücksichtigt. Allerdings wurde das Schwergewicht auf die Pläne gelegt, zu denen die übrigen Faktoren nur Evaluationskriterien waren.

In Telefonaten mit den zuständigen Länderministerien wurde das Konzept finanzieller Allgemeinbildung dargestellt und nach dem Vorkommen solcher Bildung¹³⁹ in den Lehrplänen der Sekundarstufen I und II gefragt. Auf diese Weise konnten zunächst die relevanten Fächer identifiziert werden, deren Lehrpläne näher zu untersuchen sind. Übereinstimmend wurden hier für alle Schularten die Fächer genannt, in denen Elemente ökonomischer Bildung im weitesten Sinne integriert sind. Auch in der Mehrheit der Bundesländer, die ökonomische Inhalte fächerübergreifend behandeln, ließ sich jeweils ein Fach identifizieren, welches speziell die Thematik der privaten Finanzen zum Inhalt hat oder haben könnte.

Auf der Grundlage dieser Informationen wurde für ausgewählte Bundesländer (Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Bayern)¹⁴⁰ eine Lehrplananalyse der relevanten Fächer der allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe I (Haupt-, Realschule und Gymnasien) sowie der Sekundarstufe II (Gymnasien) durchgeführt. Die Auswahl erfolgte nach geographischen Gesichtspunkten und ist auf Grund der Kulturhoheit der Länder nicht unbedingt repräsentativ für die nicht befragten Länder. Gleichwohl lassen sich Tendenzen aufzeigen und Thesen begründen.

Der Zugang zu den aktuellen Lehrplänen der Bundesländer erfolgte via Internet bzw. durch Zusendung aus den Ministerien. Auf die gleiche Weise erfolgte der Zugang zu

139 Die Frage fasste die Definition der finanziellen Allgemeinbildung weiter als die in dieser Studie benutzte Definition. Es wurde nach allem gefragt, was im weitesten Sinne eine Bildung im Bereich der Finanzdienstleistungen (Anlage, Kredit, Zahlungsverkehr, Massenversicherungen) mit Focus auf die Bereiche Kredit bzw. im Bereich der haushaltsökonomischen Bildung (Haushaltsplanung, Konsum, Bedürfnisse...) darstellen könnte. Im weiteren Verlauf wird hier in Abgrenzung zu finanzieller Allgemeinbildung, wie sie in dieser Studie definiert ist (emanzipatorischer Anspruch, Rückwirkung auf das Angebot), von finanzieller Allgemeinbildung gesprochen.

140 Um den Rahmen nicht zu sprengen, beschränkt sich die Studie auf ein nördliches, ein südliches, ein westliches und ein östliches Bundesland.

den aktuellen Stundentafeln als Grundlage für die Quantifizierung der Bedeutung der relevanten Fächer im Gesamtkontext.

Im zweiten Teil der Analyse wurden auf Grundlage eines halbstandardisierten Fragebogens zunächst Expertengespräche mit Lehrern und Lehrerinnen allgemeinbildender Schulen (Haupt- und Realschule, Gesamtschule, Gymnasien) geführt. Hierbei handelte es sich ausschließlich um Lehrer und Lehrerinnen Hamburger Schulen. Exemplarisch am Beispiel Hamburgs soll dargestellt werden, inwieweit in den Lehrplänen vorhandener „Raum“ für finanzielle Allgemeinbildung in der Praxis genutzt wird und ob es sich hierbei um Elemente finanzieller Allgemeinbildung im Sinne dieser Studie handelt. Eine Verallgemeinerung dieser Ergebnisse bzw. eine Übertragung auf andere Bundesländer ist an dieser Stelle unzulässig, allerdings können auch hier wiederum Thesen zum Stellenwert finanzieller Allgemeinbildung in der schulischen Praxis aufgestellt werden, die als Basis für flächendeckendere Untersuchungen dienen könnten.

Um einen detaillierteren Einblick in die im Unterricht behandelten Inhalte und Zielsetzungen zu erhalten, wurden Unterrichtsmaterialien sowohl von Finanzdienstleistungsanbietern (Banken, Sparkassen, Versicherungen etc.) als auch von gemeinnützigen Trägern (Schuldnerberatungsstellen, Verbraucherzentralen, Stiftung Verbraucherinstitut) ausgewertet, auf die nach Aussage der Lehrer und Lehrerinnen aufgrund des Mangels an Unterrichtseinheiten in Lehrbüchern häufig zurückgegriffen wird. Da es sich bei den untersuchten Materialien vorwiegend um bundesweit zugängliche und auch genutzte Materialien handelt¹⁴¹, lassen diese Ergebnisse eine gewisse Verallgemeinerung zu.

Im Internet wurden Projekte und Initiativen ermittelt, die in Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Kooperationspartnern (v.a. mit Unternehmen, Banken, Stiftungen und sonstigen Akteuren aus der ökonomischen Bildung) an Schulen durchgeführt werden und potenziell finanzielle Bildung vermitteln könnten. Dies wurde fallweise durch Expertengespräche mit Vertretern und Vertreterinnen dieser Kooperationspartner ergänzt.

2. Lehrpläne, Rahmenpläne und Rahmenrichtlinien

a. Die Wirtschaftsfächer

In den gesichteten Plänen zur Unterrichtsgestaltung in allgemeinbildenden Schulen hat der Begriff „Finanzdienstleistungen“ bisher noch keinen Eingang gefunden. Auch die privaten Finanzen als solche werden nach Aussage mehrerer zuständiger Stellen der Ministerien nur ausnahmsweise in Fächern berücksichtigt, in denen im weitesten Sinne ökonomische Inhalte vermittelt werden.

In der folgenden tabellarischen Übersicht sind nach den Schulstufen getrennt solche Fächer genannt, deren Bezeichnung etwas über die wirtschaftliche Ausrichtung aussagen.

141 Nach Aussage von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des Sparkassen-Schulservice, der Stiftung Verbraucherinstitut, der Verbraucherzentrale NRW als Herausgeber solcher Unterrichtsmaterialien.

Tabelle 15: Unterrichtsfächer mit Bezug zu finanzieller Bildung an den allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufen I und II

Bundesland	Hauptschule	Realschule	Gesamtschule	Gymnasium
Baden-Württemberg ¹⁴²	Wirtschaftslehre/ Informatik	Gemeinschaftskunde, Projekt „Wirtschaften, Verwalten und Recht“ ¹⁴³ ; fächerverbindende ökonomische Themen		Gemeinschaftskunde
Bayern ¹⁴⁴	Arbeitslehre	Wirtschafts- und Rechtslehre		Wirtschafts- und Rechtslehre als Pflichtfach; GK, LK möglich
Berlin ¹⁴⁵	Arbeitslehre, Weltkunde	Arbeitslehre/Berufsorientierung		Geschichte / Sozialkunde, hier: Sozialkunde (ca. 1/3) In Sek. I, Politische Weltkunde (Sek. II), an dafür vorgesehenen Schulen durch Wirtschaftslehre ersetzbar
Brandenburg ¹⁴⁶	Arbeitslehre	Arbeitslehre	Arbeitslehre, Wirtschaftswissenschaft	Arbeitslehre (Sek. I), Wirtschaftswissenschaft, berufsorientierender Schwerpunkt Wirtschaft möglich
Hamburg ¹⁴⁷	Geschichte/Politik und Arbeitslehre/Berufsorientierung	Geschichte/Politik und Arbeitslehre/Berufsorientierung	Politik und Arbeitslehre/Berufsorientierung	Sozialkunde/Berufsorientierung (Sek. I), Gemeinschaftskunde (Sek. II); ein Fach „Wirtschaft“ kann in der gymnasialen Oberstufe eingerichtet werden.
Hessen ¹⁴⁸	Sozialkunde (Lernbereich Gesellschaftslehre) und Arbeitslehre	Sozialkunde und Arbeitslehre	Sozialkunde und Arbeitslehre	Sozialkunde (Sek. I), Gemeinschaftskunde (Sek. II), Wahlpflicht-fach Wirtschaftswissenschaften in der gymnasialen Oberstufe

142 Vgl.: <http://www.kultusministerium.baden-wuerttemberg.de/>: Schule und Wirtschaft: Wirtschaft in den Lehrplänen.

143 Vgl.: <http://lbs.bw.schule.de/realschule/rsonline/wvr/wvrboers.htm>.

144 Angaben gem. schriftlicher Auskunft des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 22.01.01.

145 Angaben gem. schriftlicher Auskunft der Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport, Berlin vom 24.01.01.

146 Vgl. <http://www.brandenburg.de/land/mjbs/infothek/32seki-v.htm> ergänzt durch schriftliche Auskunft des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport vom 29.01.01.

147 Angaben gem. Auskunft der Behörde für Schule, Jugend und Berufsorientierung, Amt für Schule vom 19.01.01.

148 Schriftliche Angaben des Hessischen Kultusministeriums vom 22.01.01.

149 Vgl. <http://private.addcom.de/awt-online/7rahmen.htm>;
<http://private.addcom.de/awt-online/8rahmen.htm>;
<http://private.addcom.de/awt-online/9rahmen.htm>;
<http://private.addcom.de/awt-online/9rhw.htm>;
<http://private.addcom.de/awt-online/9rwi.htm>;
<http://private.addcom.de/awt-online/awt-gym.htm>;
<http://private.addcom.de/awt-online/wahlpfli.htm>

Bundesland	Hauptschule	Realschule	Gesamtschule	Gymnasium
Mecklenburg-Vorpommern ¹⁴⁹	Arbeit Wirtschaft Technik Wahlpflichtkurs Hauswirtschaft und Wirtschaft möglich	Arbeit Wirtschaft Technik Wahlpflichtkurs Hauswirtschaft und Wirtschaft möglich		Arbeit Wirtschaft Technik, Umsetzung in den Leitfächern Sozialkunde, Geschichte, Geografie; Wahlpflichtkurs Hauswirtschaft und Wirtschaft möglich
Niedersachsen ¹⁵⁰	Politik, Hauswirtschaft, Arbeit/Wirtschaft	Politik, Hauswirtschaft, Arbeit/Wirtschaft		Sozialkunde/Politik (Sek. I), Politik (Sek. II), Möglichkeit der Gymnasien, das Fach Wirtschaftslehre einzuführen.
Nordrhein-Westfalen ¹⁵¹	Arbeitslehre	Arbeitslehre		Politik (Wirtschaft) (Sek. I), Sozialwissenschaften (Sek. II)
Rheinland-Pfalz ¹⁵²	Arbeitslehre	Sozialkunde, Wahlpflichtfach Wirtschafts- und Sozialkunde möglich	Gesellschaftslehre und Arbeitslehre, Wahlfach Sozialwissenschaften	Grundfach Gemeinschaftskunde, hier: Sozialkunde, Wahlfach Sozialwissenschaften
Saarland ¹⁵³	Sozialkunde und Arbeitslehre	Sozialkunde und Wahlpflichtunterricht Technik/Wirtschaft, Schulen können Wirtschaftskunde/Sozialkunde anbieten	Arbeitslehre, Wirtschaftslehre als Schwerpunkt in der Oberstufe	Sozialkunde (Sek. I), Politik (Sek. II)
Sachsen	Keine Informationen	Keine Informationen	Keine Informationen	Gemeinschaftskunde / Rechtserziehung / Wirtschaft (GK und LK möglich) ¹⁵⁴
Sachsen-Anhalt ¹⁵⁵	Lernbereich Wirtschaft-Technik, Hauswirtschaft	Lernbereich Wirtschaft-Technik, Hauswirtschaft		Wirtschaft-Technik (Wahlpflicht, 8-9), Wirtschaftslehre als Wahlpflichtfach möglich (10-12)
Schleswig-Holstein ¹⁵⁶	Wirtschaft/Politik und Hauswirtschaft	Wirtschaft/Politik und Hauswirtschaft	Wahlpflicht Wirtschaftslehre, Hauswirtschaft	Wirtschaft/Politik (Sek. II), GK möglich, LK wenn angeboten
Thüringen ¹⁵⁷	Wirtschaft und Technik	Wirtschaft und Technik, Wahlpflichtfach Wirtschaft-Umwelt- Europa	Wirtschaft und Technik, Wahlpflichtfach Wirtschaft-Umwelt- Europa, Wirtschaft und Recht	Wirtschaft und Recht

Teilweise existieren für den Bereich Wirtschaft offizielle Lehrpläne, Rahmenpläne oder Rahmenrichtlinien. In einigen Bundesländern werden die finanziellen Inhalte in eigenständigen Fächern, in anderen fächerübergreifend in Fächern wie Arbeitslehre,

150 Angaben gem. schriftlicher Auskunft des Niedersächsischen Kultusministeriums vom 24.01.01.

151 Angaben gem. schriftlicher Auskunft des Ministeriums für Schule, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen vom 31.10.00.

152 Angaben gem. schriftlicher Auskunft des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung de Landes Rheinland-Pfalz vom 29.01.01.

153 Angaben gem. der schriftlichen Auskunft des Ministeriums für Bildung, Kultur und Wissenschaft des Saarlandes vom 14.02.01.

154 Vgl. Bertelsmann Stiftung, Heinz Nixdorf Stiftung, Ludwig-Erhard-Stiftung (Hg.): Wirtschaft in der Schule. Eine umfassende Analyse der Lehrpläne für Gymnasien. Gütersloh 1999, S. 119.

155 Angaben gem. schriftlicher Auskunft des Kultusministeriums des Landes Sachsen-Anhalt vom 25.01.01.

Geschichte, Erdkunde, Sozialkunde, Gemeinschaftskunde und Politik unterrichtet¹⁵⁸. Als unmittelbar thematisch einschlägig wurden in den Aufsichtsbehörden nur die Fächer genannt, die explizit die Wirtschaft als Thema nennen.

Deutlich dominiert in der Hauptschule der Schwerpunkt „Arbeit“, der mit seiner Berufsorientierung auch das Ziel der allgemeinbildenden Schulen in der Berufsvorbereitung sieht. Zwar wird vereinzelt das Thema „Hauswirtschaft“ oder „Wirtschaft“ schlechthin genannt. Der Begriff „Konsum“ fehlt jedoch. Dem kann eine deutliche Orientierung auf die produktive Arbeit, die durch die Einkommenserzielung definiert ist, entnommen werden. Die „unproduktive“ Konsumarbeit, bei der es um die durch die Finanzdienstleistungen vermittelten Prozesse der Verfügbarkeit des Einkommens für die eigentlich wichtigen reproduktiven Zwecke geht, ist insoweit in die Peripherie gedrängt.

Nur an den Hauptschulen Schleswig-Holsteins und Sachsen-Anhalts wird in der Grundschule explizit der Bereich Wirtschaft gelehrt (Wirtschaft/Politik und Wirtschaft-Technik). In Rheinland-Pfalz und Bayern sind ähnliche Inhalte im Fach Arbeitslehre versteckt.

In diesen beiden Ländern taucht dann in der Realschule ein Fach mit explizit wirtschaftsbezogenen Anteilen auf: Wirtschafts- und Sozialkunde in Rheinland-Pfalz sowie Wirtschafts- und Rechtslehre in Bayern. In Schleswig-Holstein und Sachsen-Anhalt gelten für die Realschule die gleichen Fächerbezeichnungen und auch Inhalte wie für die Hauptschule (ergänzt durch ein verbindliches 10. Schuljahr). An den Gesamtschulen gibt es in Schleswig-Holstein das Fach Wirtschaftslehre, in Rheinland-Pfalz könnten relevante Inhalte der finanziellen Allgemeinbildung in das Fach Gesellschaftslehre / Arbeitslehre oder in das Wahlfach Sozialwissenschaften integriert sein.

Auch in den Gymnasien gibt es lediglich Möglichkeiten der Verortung Inhalte finanzieller Allgemeinbildung im Fächerkanon nicht jedoch ihre verbindliche explizite Berücksichtigung.

In Schleswig-Holstein werden ökonomische und damit z.T. auch finanzbezogene Inhalte erst in der gymnasialen Oberstufe im Fach Wirtschaft/Politik einbezogen, in der

156 Angaben gem. schriftlicher Auskunft des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein vom 02.02.01.

157 Angaben gem. schriftlicher Auskunft des Thüringer Kultusministeriums vom 25.01.01.

158 Ein erster Versuch einer umfassenden Analyse von Lehrplänen hinsichtlich ökonomischer Inhalte für den Bereich der Gymnasien wurde in einer im Jahre 1999 von der Bertelsmann Stiftung, der Heinz Nixdorf Stiftung und der Ludwig-Erhard-Stiftung herausgegebenen Untersuchung gemacht (Vgl. Bertelsmann Stiftung, Heinz Nixdorf Stiftung, Ludwig-Erhard-Stiftung (Hg.): *Wirtschaft in der Schule. Eine umfassende Analyse der Lehrpläne für Gymnasien*. Gütersloh 1999). Selbst in diesem eingegrenzten Rahmen hatte dieses Vorhaben mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen: „Der auf der Suche nach ökonomischer Bildung über die gesellschaftlichen Fächer der Bundesländer schweifende Blick stellt allein in der Schulform Gymnasium erhebliche Unterschiede in der Bezeichnung und auch der Ausrichtung der Fächer fest, in denen Bestandteile ökonomischer Bildung erwartet werden können. Zwar existieren die Schulfächer Geschichte und Erdkunde bzw. Geografie, in denen sich angesichts der Ausdifferenzierung der jeweiligen Disziplinen auch wirtschaftshistorische und –geografische Elemente vermuten lassen, damit endet aber auch schon die Gemeinsamkeit. Die Bezeichnungen der Fächer, in denen ökonomische Bildung erwartet werden kann, differiert erheblich. Auch Fächer mit ähnlicher oder gleicher Bezeichnung verfolgen durchaus unterschiedliche Ausrichtungen.“

Sekundarstufe I fehlt ein Anknüpfungspunkt.¹⁵⁹ In Rheinland-Pfalz besteht kein eigenständiges Fach für ökonomische und damit evtl. auch finanzbezogene Inhalte. In der Sekundarstufe I und in der Sekundarstufe II können sie allerdings im Schwerpunkt Sozialkunde als Querschnittsfach einfließen. In Sachsen-Anhalt gibt es in den Sekundarstufen I und II das Fach Wirtschaftslehre. Ein ebenso eigenständiges Fach wird in Bayern mit Wirtschafts- und Rechtslehre sowohl in der Sekundarstufe I als auch in der Sekundarstufe II unterrichtet.

Im Ergebnis kann damit festgehalten werden, dass die Wirtschaft im Schulunterricht sich von der Grundschule an vom Beruf her definiert. Arbeit wird mit produktiver Arbeit und mit Einkommenserzielung gleichgesetzt.

Auf dieser Basis wird dann der Horizont je nach Bundesland erweitert hin zum Bereich der Gesellschaft, die in umfassender soziologischer Perspektive erscheint oder zum Bereich „Wirtschaft“ und „Recht“, bei dem eine eingeschränktere Sichtweise vorherrscht, die Wirtschaft bereits als den Prozess der Produktion und Distribution solcher Güter und Dienstleistungen begreift, die auf dem Markt getauscht werden.

Entscheidend für die Bedeutung dieser Fächer als Anknüpfungspunkt finanzieller Allgemeinbildung ist aber auch ihr zeitlicher Umfang. Geht man davon aus, dass Schülerinnen und Schüler zwischen 24 und 30 Stunden pro Woche bzw. etwa 1.000 Stunden Unterricht im Jahr haben, dann wäre die überwiegende Gewichtung von einer Unterrichtsstunde pro Woche etwa 4 % des Unterrichts, ein Block von 8 Stunden im Schuljahr entspräche knapp unter 1 % des Unterrichts. Wie der nachfolgende kursorische Überblick deutlich macht, sind die Bereiche Wirtschaft, Gesellschaft, Recht und Politik danach insgesamt mit max. 10 % im allgemeinbildenden Unterricht vertreten, wobei die Schüler teilweise auch noch durch Abwahlmöglichkeiten diesen Anteil reduzieren können.

In der Hauptschule sind in allen untersuchten Bundesländern die genannten Fächer verbindlich. In Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Bayern sind sie durchgehend von Klasse sieben bis neun bzw. zehn zu belegen, in Schleswig-Holstein in Klasse acht und neun. Der Umfang variiert von einer Wochenstunde Arbeitslehre in der Klasse sieben in Bayern über zwei Wochenstunden (Klasse 8-10 in Bayern, Klasse 8 und 9 in Schleswig-Holstein, Klasse 10 in Rheinland-Pfalz und Klassen 9 und 10 in Sachsen-Anhalt) bis hin zu drei Wochenstunden (Klasse 7-9 in Rheinland-Pfalz, Klasse 7 und 8 in Sachsen-Anhalt). Zusätzlich kann in Schleswig-Holstein noch das Fach Hauswirtschaft alternativ zu Textiles/Werken mit einem Umfang von 2 Wochenstunden in Klasse 7-9 gewählt werden, wobei sich dahinter weniger allgemeine Wirtschaftsprozesse als die traditionelle Hausarbeit versteckt, bei der wenig Raum für Finanzdienstleistungen besteht.¹⁶⁰

In den Realschulen sind die oben genannten Fächer in Schleswig-Holstein (Klasse 9 und 10), Sachsen-Anhalt (7-10) und Bayern (8-10 oder 9-10) verpflichtend zu belegen. Rheinland-Pfalz bietet mit Wirtschafts- und Sozialkunde ein Wahlpflichtfach an, das in den Klassen 9 und 10 aus insgesamt acht Angeboten gewählt werden kann. Der Umfang des Unterrichts variiert von einer Stunde pro Woche (Schleswig-Holstein Klasse 9, Bayern je nach Wahlpflichtfächergruppe in den Klassen 8-10) über zwei Stunden in Schleswig-Holstein Klasse 10, Sachsen-Anhalt Klasse 9 und 10 sowie Bayern Klasse 8-10 bei entsprechender Wahlpflichtfächergruppe, zu dreistündigen Kursen in Rhein-

159 Gem. Auskunft des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein vom 21.02.01.

land-Pfalz Klasse 10, Sachsen-Anhalt Klasse 7 und 8 bis hin zu einem vierstündigen Kurs in der Klasse 9 in Rheinland-Pfalz.¹⁶¹

An den Gesamtschulen in Schleswig-Holstein kann Wirtschaftslehre (7-10) alternativ zu einer zweiten Fremdsprache oder zum Fach Technik belegt werden. In Rheinland-Pfalz ist Gesellschaftslehre/Arbeitslehre ein Pflichtfach für die Klassen 7-9, in den Klassen 9 und 10 kann Sozialwissenschaften als Wahlfach belegt werden. Der Umfang der Fächer Wirtschaftslehre und Gesellschaftslehre/Arbeitslehre beträgt von Klasse 7-10 bzw. 7-9 jeweils 4 Wochenstunden, Sozialwissenschaften wird mit 3 Wochenstunden belegt.¹⁶²

An der Sekundarstufe I der Gymnasien existiert in Schleswig-Holstein kein Fach mit explizit ökonomischen oder finanzbezogenen Inhalten, in Rheinland-Pfalz wird Sozialkunde in den Klassen 9 und 10 verpflichtend unterrichtet, in Sachsen Anhalt besteht das Fach Wirtschaftslehre als Wahlpflichtfach für die Klassen 9 und 10 und in Bayern ist die Teilnahme an Wirtschafts- und Rechtslehre in den Klassen 8-10 verpflichtend. Der Umfang beträgt eine Woche (Rheinland-Pfalz Klasse 10, Sachsen-Anhalt Klasse 9 und 10, Bayern Klasse 8-10) bzw. zwei Wochenstunden (Rheinland-Pfalz Klasse 9). An den Gymnasien Schleswig-Holsteins ist lediglich in Klasse 11 ein Pflichtunterricht in Wirtschaft/Politik mit zwei Wochenstunden vorgesehen, in Rheinland-Pfalz ist das Fach Sozialkunde ebenfalls in Jahrgangsstufe 11 mit zwei Wochenstunden noch verpflichtend, in Sachsen-Anhalt wird es in der sog. Einführungsphase unterrichtet, in Bayern wird das Fach Wirtschafts- und Rechtslehre an allgemeinbildenden Gymnasien in der Jahrgangsstufe 11 nicht mehr unterrichtet. Im Kurssystem der gymnasialen Oberstufe (12 und 13) kann in allen oben genannten Fächern der beschriebenen Bundes-

160 Vgl. insges.: Kultusministerium Schleswig-Holstein: Studentafel Hauptschule. Runderlass vom 22. Mai 1980. In: NBI.KM.Schl.-H.1980. Kiel 1980. S. 204; Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung Rheinland-Pfalz: Studentafeln für die Klassenstufen 5 bis 9/10 der Hauptschule, der Realschule, des Gymnasiums, der Gesamtschule und der Sonderschule. VV. D. MfBK vom 10.04.1992 (943 A – Tgb.Nr. 1063/91) (Amtsbl. S. 289). S. 1 ff.; Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt: Studentafel für den Sekundarschulbildungsgang, gültig ab 01.08.01. Schriftliche Auskunft des Kultusministeriums des Landes Sachsen Anhalt vom 24.01.2001; Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus: Wirtschaftliche Bildung/Fach „Wirtschaft“ an bayerischen Schulen. Umfang/Studentafel. Schriftliche Auskunft des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 22.01.2001.

161 Vgl. insges.: Ministerium für Frauen, Bildung, Weiterbildung und Sport: Studentafel für die Realschule. Runderlass vom 27. Februar 1995. In: NBI.MWFK/MFBWS.Schl.-H. 1995. Kiel 1995, S. 74; Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung Rheinland-Pfalz: Studentafeln für die Klassenstufen 5 bis 9/10 der Hauptschule, der Realschule, des Gymnasiums, der Gesamtschule und der Sonderschule. VV. D. MfBK vom 10.04.1992 (943 A – Tgb.Nr. 1063/91) (Amtsbl. S. 289). S. 1 ff.; Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt: Studentafel für den Sekundarschulbildungsgang, gültig ab 01.08.01. Schriftliche Auskunft des Kultusministeriums des Landes Sachsen Anhalt vom 24.01.2001; Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus: Wirtschaftliche Bildung / Fach „Wirtschaft“ an bayerischen Schulen. Umfang/Studentafel. Schriftliche Auskunft des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 22.01.2001.

162 Vgl. insges.: Kultusministerium Schleswig-Holstein: Studentafel für die Angebotsschulen in Neumünster und Kiel-Friedrichsort. Gesamtschulen. Runderlass vom 20.12.1982. Schriftliche Auskunft des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein vom 02.02.2001; Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung Rheinland-Pfalz: Studentafeln für die Klassenstufen 5 bis 9/10 der Hauptschule, der Realschule, des Gymnasiums, der Gesamtschule und der Sonderschule. VV. D. MfBK vom 10.04.1992 (943 A – Tgb.Nr. 1063/91) (Amtsbl. S. 289). S. 1 ff.

länder wahlweise ein Grund- oder Leistungskurs belegt werden, falls letzteres an den Schulen angeboten wird.¹⁶³

b. Geld innerhalb der Wirtschaftsfächer

Der bereits bescheidene Anteil der Fächer, die finanzielle Bildung aufnehmen könnten, reduziert sich noch einmal auf etwa 1/5 des möglichen Umfangs, wenn man innerhalb der Fächer die Themen- und Unterthemen analysiert, die einen Bezug zum Geld haben. Dabei ist auch wiederum zu unterscheiden, ob das Geld als volkswirtschaftliche Größe oder ob es in Bezug auf seine Nutzung über die Finanzdienstleistungen eine Rolle spielt. Nur wenn dies Gegenstand des Lehrplans ist, kann finanzielle Allgemeinbildung, wie sie hier nutzenorientiert definiert ist, sinnvoller Inhalt dieser Unterrichtseinheiten sein. Wo z.B. der Geld- und Warenkreislauf besprochen wird, geht es um Äquivalententausch und nicht um die Schnittstelle zwischen Arbeitseinkommen, Bedürfnis und Nachfrage.

In der Hauptschule in Schleswig-Holstein ist das Fach Wirtschaft/Politik¹⁶⁴ in Klasse 8 und 9 in insgesamt 6 Themenbereiche untergliedert, die jeweils wieder eine unterschiedliche Anzahl von Unterthemen aufweisen. In einem dieser sechs Themenbereiche ist wiederum als eines von drei Unterthemen unter der Überschrift „Alle wollen nur mein Geld – Geld, Verbraucherschutz und Konsum“ ein Anknüpfungspunkt für finanzielle Allgemeinbildung zu finden. Er macht also allenfalls 5 % dieses Unterrichts aus. Ähnlich ist es im wahlweise zu belegenden Fach Haushaltslehre.¹⁶⁵ Hier ist in einem von vier in den Klassen 7-9 zu behandelnden Themenbereichen als eines von drei Unterthemen die Überschrift „Mit dem Einkommen auskommen: Bedürfnis, Bedarf und Güter, Einkommensstruktur der privaten Haushalte, das Auskommen sichern“ zu finden.

Im Fach Arbeitslehre¹⁶⁶ der Hauptschule in Rheinland-Pfalz wird in Klasse 7 einer von vier Themenbereichen für Inhalte finanzieller Allgemeinbildung relevant, die sich konkret in 4 von 11 Unterthemen dieses Themenbereichs widerspiegeln. In Klasse 8 fehlen Bezüge zu Inhalten finanzieller Allgemeinbildung gänzlich, hier wird der Schwerpunkt auf die Berufsorientierung gelegt. In Klasse 9 sind insgesamt vier The-

163 Vgl. insges.: Kultusministerium Schleswig-Holstein: Studentafeln Gymnasium Klassenstufe VI bis U II. Runderlass vom 22. Mai 1980. In: NBI.KM.Schl.-H. S. 202; Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung Rheinland-Pfalz: Studentafeln für die Klassenstufen 5 bis 9/10 der Hauptschule, der Realschule, des Gymnasiums, der Gesamtschule und der Sonderschule. VV. D. MfBK vom 10.04.1992 (943 A – Tgb.Nr. 1063/91) (Amtsbl. S. 289). S. 1 ff; Kultusministerium des Landes Sachsen Anhalt: SVBl. LSA Nr. 9/1999 vom 23.6.1999. Studentafeln Sekundarstufe I: Gymnasium. S. 278; Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus: Wirtschaftliche Bildung/Fach „Wirtschaft“ an bayerischen Schulen. Umfang/Studentafel. Schriftliche Auskunft des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 22.01.2001.

164 Vgl. Lehrplan für die Sekundarstufe I der weiterführenden allgemeinbildenden Schulen Hauptschule und Realschule: Wirtschaft/Politik:
http://www.lernnetz-sh.de/lehrplan/sek_i/faecher/wipo/wipo.doc

165 Vgl. Lehrplan für die Sekundarstufe I der weiterführenden allgemeinbildenden Schulen Hauptschule und Realschule, Gesamtschule: Haushaltslehre:
http://www.lernnetz-sh.de/lehrplan/sek_i/faecher/haushalt/haushalt.doc

166 Vgl. Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung (Hg.): Lehrplan Arbeitslehre (Klassen 7-9/10) Hauptschule. Mainz 2000.

menbereiche vorgesehen, von denen zwei einen Bezug zu Inhalten finanzieller Allgemeinbildung aufweisen: „Leben und Wirtschaften in Haushalt, Betrieb und Staat“ hat seinen Scherpunkt im Bereich der öffentlichen Haushalte und des Verhältnisses Ökologie-Ökonomie. Nur eines von sechs Unterthemen könnte Inhalte finanzieller Allgemeinbildung beherbergen. Im Bereich „Wirtschaften mit Geld – Zahlungsverkehr“ liegt der Schwerpunkt auf volkswirtschaftlichen Themen wie Geldpolitik, Geld- und Wirtschaftskreislauf und Währung. Drei von zehn Unterthemen beschäftigen sich hier mit dem Gegenstand der privaten Finanzen im weitesten Sinne.

In Klasse 10 werden in einem von vier Handlungsfeldern wiederum in zwei von fünf Unterthemen die Begriffe Konsum und Planung der sozialen Absicherung im Sinne von privaten Finanzen erwähnt. Im Handlungsfeld Arbeitslehre/Wirtschaft werden ausschließlich volkswirtschaftliche Inhalte behandelt.

In Sachsen-Anhalt berühren im Fach Wirtschaft-Technik¹⁶⁷ in Klasse 8 zwei von vier Pflichtthemen Elemente finanzieller Allgemeinbildung. Eines im Rahmen zweier von vier Unterthemen, das andere im Rahmen zweier von acht Unterthemen. Darüber hinaus existieren drei Wahlthemen, von denen ein Thema im vierten Unterpunkt finanzielle Allgemeinbildung streift. In den Klassen 9/10 könnte eines von sieben Pflichtthemen unter der Überschrift „Verbraucherin/Verbraucher und Verbraucherrecht“ mit einem Umfang von 8 Unterrichtsstunden in allen fünf Unterthemen Elemente finanzieller Allgemeinbildung umfassen. Das Unterthema „Geld und Kredit“ ist dagegen unmittelbar einschlägig. (drei von vier Unterthemen). Die drei Wahlthemen der Klassen 9/10 bieten keinen Raum für Elemente finanzieller Allgemeinbildung.

In der Klasse 7 der bayerischen Hauptschulen existieren im Fach Arbeitslehre¹⁶⁸ insgesamt vier Lehrplaneinheiten, von denen eine in zwei von vier Themenbereichen Elemente finanzieller Allgemeinbildung aufweist. In Klasse 8 ist in keiner der vier Lehrplaneinheiten ein Berührungspunkt aufzufinden, in Klasse 9 ist dies jedoch in einer kompletten Lehrplaneinheit (Die Bedeutung der Geldinstitute für den Einzelnen) von insgesamt fünf der Fall. In Klasse 10 existieren 6 Lehrplaneinheiten. Hier könnten in zwei dieser Einheiten Elemente finanzieller Allgemeinbildung verortet werden.

Für die Realschulen in Schleswig-Holstein und Sachsen-Anhalt gilt das bereits bei den Hauptschulen Ausgeführte. In Rheinland-Pfalz können im Fach Wirtschafts- und Sozialkunde¹⁶⁹ in Klasse 9 in zwei von fünf Themenbereichen Elemente finanzieller Allgemeinbildung verortet werden. Im Themenbereich „Haushalt“ geschieht dies in drei von sieben Unterthemen, im Themenbereich Geldverkehr im Wirtschaftskreislauf in einem von vier Unterthemen. In Klasse 10 sind insgesamt keine Inhalte finanzieller Allgemeinbildung vorgesehen. Wirtschafts- und Rechtslehre¹⁷⁰ an bayerischen Realschulen beinhaltet in Klasse 8 sechs Lehrplaneinheiten, von denen eine in zwei von drei Themenbereichen eine Verortung finanzieller Allgemeinbildung ermöglichte. In Klasse 9

167 Vgl. Kultusministerium Sachsen-Anhalt: Rahmenrichtlinien Sekundarschule. Schuljahrgänge 7-10. Wirtschaft-Technik. Magdeburg 1999.

168 Vgl. Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus. Lehrplan für die Hauptschule. Fach Arbeitslehre: http://www.isb.bayern.de/bf/isbl/lps/ghs/hs_al.pdf.

169 Vgl. Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung (Hg.): Lehrplan Wahlpflichtfach Wirtschafts- und Sozialkunde (Klassen 9 und 10). Realschule. Mainz 1999.

170 Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus. Rahmenplan Wirtschafts- und Rechtslehre: <http://www.isb.bayern.de/bf/isbl/lps/rs/r4e3.pdf>

kann in einer von acht Lehrplaneinheiten im Rahmen eines von zwei Themenbereichen finanzielle Allgemeinbildung stattfinden. Die Klasse 10 weist insgesamt keine Elemente finanzieller Allgemeinbildung auf.

In den Gesamtschulen Schleswig-Holsteins werden im Fach Wirtschaftslehre¹⁷¹ in dem Zeitraum von Klasse 7-10 vier große Themenbereiche bearbeitet. Die Themenbereiche I und II enthalten jeweils eines von vier bzw. sechs Themen, die einen Bezug zur finanziellen Allgemeinbildung zulassen. Das Thema „Vom Umgang mit Geld“ kann in zwei von vier Unterthemen als Anknüpfungspunkt für finanzielle Allgemeinbildung betrachtet werden, beim Thema „Chancen und Herausforderungen der Konsumgesellschaft“ ist dies in drei von sieben Unterthemen der Fall. Alle weiteren Themenbereiche, Themen und Unterthemen beinhalten keinen Ansatz der Bildung bezüglich privater Finanzen.

An den Gymnasien in Schleswig-Holstein macht der Bereich Wirtschaft im Fach Wirtschaft/Politik¹⁷² in den Jahrgängen 11 bis 13 etwa 30 % des Lehrinhaltes aus. Im Rahmen des Wahlgrundkurses können in einem von drei Themenbereichen Inhalte finanzieller Allgemeinbildung verankert werden. Im Fach Sozialkunde an rheinland-pfälzischen Gymnasien wird in Klasse 9 in einem von sechs Themenbereichen „Wirtschaft und Umwelt“ behandelt. Dort haben wiederum zwei von neun zu bearbeitenden Grundbegriffen im weitesten Sinne einen Bezug zu finanzieller Allgemeinbildung. In den Themen für die Klasse 10, Jahrgangsstufe 11 und für die Grund- und Leistungskurse der Jahrgangsstufe 12 und 13 sind keine Berührungspunkte zur finanziellen Allgemeinbildung herzustellen.

In Sachsen-Anhalt sind im Fach Wirtschaftslehre¹⁷³ in den Jahrgängen 9 und 10 vier Pflichtthemen vorgesehen, von denen zwei (vorgesehener Umfang insges. 14 Std. bzw. 12 Std.) mit drei von neun Unterthemen bzw. mit einem von fünf Unterthemen einen Bezug zu finanzieller Allgemeinbildung haben. Bei den drei Wahlthemen ist eines mit Berührungspunkten zu finanzieller Allgemeinbildung aufzufinden. In den drei Themenbereichen des Schuljahrgangs 11 berührt einer im Rahmen von einem von zwei Unterthemen, dort wiederum in einem von neun Unterpunkten die finanzielle Allgemeinbildung. In den Schuljahrgängen 12 und 13 sind vier Themenbereiche vorgesehen, von denen zwei in je einem von vier bzw. fünf Unterthemen Aspekte finanzieller Allgemeinbildung aufweisen.

Das Fach Wirtschafts- und Rechtslehre¹⁷⁴ an bayerischen Gymnasien sieht in Klasse 8 drei Lehrplaneinheiten vor, zwei von ihnen stellen in einem von vier bzw. zwei von sechs Themenbereichen einen Bezugspunkt für finanzielle Allgemeinbildung dar. Die drei Lehrplaneinheiten in Klasse 9 sind gänzlich frei von Elementen finanzieller Allgemeinbildung, wohingegen eine der vier Lehrplaneinheiten der Klasse 10 in zwei von

171 Vgl. Lehrplan für die Sekundarstufe I der weiterführenden allgemeinbildenden Schulen Gesamtschule: Wirtschaftslehre: http://www.lernnetz-sh.de/lehrplan/sek_i/faecher/w_lehre/w_lehre.doc

172 Vgl. Bertelsmann Stiftung, Heinz Nixdorf Stiftung, Ludwig-Erhard-Stiftung (Hg.): Wirtschaft in der Schule. Eine umfassende Analyse der Lehrpläne für Gymnasien. Gütersloh 1999, S. 130 ff.

173 Vgl. Kultusministerium Sachsen-Anhalt: Vorläufige Rahmenrichtlinien Wirtschaftslehre Gymnasium. Wahlpflichtkurs: Schuljahrgänge 9-10. Grundkurs: Schuljahrgänge 11-13. Magdeburg 2000.

174 Vgl. Bertelsmann Stiftung, Heinz Nixdorf Stiftung, Ludwig-Erhard-Stiftung (Hg.): Wirtschaft in der Schule. Eine umfassende Analyse der Lehrpläne für Gymnasien. Gütersloh 1999, S. 55 ff. sowie <http://www.wr-unterricht.de/>.

vier Themenbereichen einen Bezug zu finanzieller Allgemeinbildung hat. Der Grundkurs der gymnasialen Oberstufe weist keine Elemente finanzieller Allgemeinbildung auf, wohingegen im Leistungskurs in Jahrgangsstufe 12, die die Hälfte der Unterrichtszeit in Anspruch nehmende Einheit Betriebswirtschaft in einem von sieben Themenbereichen einen Anknüpfungspunkt darstellen könnte. Im Leistungskurs in Jahrgangsstufe 13 widmet $\frac{1}{4}$ eines Halbjahres betriebswirtschaftlichen Fallstudien, wobei drei von vier Wahlthemen Anknüpfungspunkte für finanzielle Allgemeinbildung darstellen könnten.

Am nächsten zur Thematik finanzieller Allgemeinbildung liegt in den Klassen 8-9 der Hauptschule in Schleswig-Holstein unter dem Oberthema „Konsumgesellschaft – Chancen und Herausforderungen“ ein Unterthema: „Alle wollen nur mein Geld – Geld, Verbraucherschutz und Konsum“. Schaut man sich die Erläuterungen an, dann geht es aber auch hier nur volkswirtschaftlich um Markt, Wettbewerb und Wirtschaftspolitik sowie das Verhältnis Ökonomie-Ökologie. Entsprechend bilden dann auch die weiteren inhaltlichen Schwerpunkte des gesamten Faches in diesen Klassenstufen die Bereiche Gesellschaft und Politik, Staat sowie Volks- und Weltwirtschaft. Das Fach Haushaltslehre der Klassen 7 bis 9 weist im Themenbereich „Wirtschaftsabläufe im privaten Haushalt“ das Unterthema „Mit dem Einkommen auskommen“ auf. Hier geht es um die klassische Budgetplanung und nicht um Finanzdienstleistungen. Weitere Unterthemen behandeln hier den privaten Haushalt aus betriebswirtschaftlicher Sicht sowie die unterschiedlichen Märkte. Weiterhin werden die großen Themenbereiche „Arbeit im Haushalt“, „Gesunde Lebensweise“ sowie „Leben in der Gemeinschaft“ behandelt.

Das Fach Arbeitslehre an den Hauptschulen Rheinland-Pfalz sieht in Klasse sieben im Lernbereich Arbeitslehre-Wirtschaft eine Einführung in Wirtschaften und Verwalten vor. Die folgenden vier Ziele machen aber deutlich, dass die Optimierung der Verbraucherentscheidung bei potenter Nachfrage im Mittelpunkt steht, nicht aber die Situation von Marktmacht, Ausschlussbedrohung, mangelnder Kreditwürdigkeit, die prozedurale Armutsprozesse bewirken können, wenn es dort heißt:

Die Fähigkeit, für den Kauf eines Gutes oder einer Dienstleistung Informationen zu sammeln, auszuwerten und daraus wirtschaftliche Entscheidungen abzuleiten; die Einsicht in die Wirkung von Werbung; die Kenntnis, dass Sachgüter und Dienstleistungen Bedürfnisse befriedigen und ihren Preis haben sowie die Fähigkeit, das ökonomische Prinzip für das eigene wirtschaftliche Handeln zu nutzen.

Die sieben weiteren Ziele gehen dann um die Themen Arbeit (Arbeitsorganisation), Wirtschaft (Angebot, Nachfrage, Preis) und Verwaltung (Büroorganisation).

Im Lernbereich Arbeitslehre-Wirtschaft der Klasse 9 werden neben den großen Themenbereichen „Vorbereiten des Berufseinstiegs“ und „regionale Wirtschaftspolitik“ die Bereiche „Leben und Wirtschaften in Haushalt, Betrieb und Staat“ behandelt. Der inhaltliche Schwerpunkt liegt hier auf den öffentlichen Haushalten sowie auf dem Verhältnis Ökonomie und Ökologie. Eines von sechs angegebenen Zielen hat wiederum das Budget zum Ausgangspunkt, wenn es dort heißt: „Bewusstsein, dass privates Einkommen planvoll verwendet werden muss“. Weiterhin stellt der Themenbereich „Wirtschaften mit Geld – Zahlungsverkehr“ einen Anknüpfungspunkt dar, der allerdings wiederum volkswirtschaftlich ausgerichtet ist. In drei von zehn Zielformulierungen geht es dabei einerseits um Verstehen und Einsicht dann aber auch um soziale Kompetenz, Handlungswissen und Fähigkeiten der Nutzung von Geld:

Einsicht, dass der private Haushalt zur Deckung seiner Grund- und Wahlbedürfnisse Geld in Umlauf bringen muss und dabei die Dienstleistungen der Kreditinstitute in Anspruch

nimmt“; der „Fähigkeit, Geldangelegenheiten des täglichen Bedarfs ausführen zu können“ und dem „Einblick in ausgewählte Spar- und Kreditgeschäfte.

Der Schwerpunkt dieses Themenbereichs liegt im Bereich Geldpolitik, Geld- und Wirtschaftskreislauf und Währung. In Klasse 10 lässt sich im Handlungsfeld Arbeitslehre-Technik/Haushalt das Thema „Lebensstil“ im Umfang von 50 % eines Halbjahres als möglicher Ort finanzieller Allgemeinbildung angeben. Hier werden zwei von fünf in Bezug auf die finanzielle Allgemeinbildung relevanten Ziele benannt: der „Einblick in Leitbilder und Modelle, die unsere Wertvorstellungen, Konsumgewohnheiten und die Art des Lebens beeinflussen“ sowie die „Fähigkeit, soziale Absicherung zu planen und Verträge zu schließen“. $\frac{3}{4}$ des Schuljahres sind im Fach Arbeitslehre allerdings durch die Bereiche Arbeitsmarkt, Volkswirtschaft und Informationstechnik (je zu $\frac{1}{4}$) geprägt.

In Klasse 8 der Hauptschule in Sachsen-Anhalt werden unter der Überschrift „Wirtschaften mit dem Einkommen“ die Unterthemen „Sicherung der menschlichen Existenz durch Befriedigung von Bedürfnissen“ sowie „Haushaltsplanung im privaten Haushalt“ behandelt. Arbeit und Einkommen bzw. Einkommensarten bilden hier den zweiten Schwerpunkt. „Markt, Verbraucher und Umwelt“ stellt einen zweiten Themenbereich dar, in dem in zwei Unterthemen ein Bezug zur finanziellen Allgemeinbildung besteht: „Beeinflussung des Verbraucherverhaltens“ sowie „Verbraucherinformation und -schutz“. Schwerpunkt dieses Themas sind allerdings eindeutig mikro- und makroökonomische (Angebot, Nachfrage, Märkte, Wettbewerb) sowie ökologische Fragestellungen. Weitere Themenbereiche beinhalten berufsorientierende, betriebswirtschaftliche und wirtschaftspolitische Schwerpunkte.

Im Wahlthema „Entwicklung und Funktion des Geldes“ wird „Bargeldloser Zahlungsverkehr“ (Scheck, Kreditkarte, Homebanking) als ein Unterpunkt eines Unterthemas genannt. Schwerpunkt ist die historische Entwicklung und die Funktion des Geldes innerhalb der Gesellschaft. In den Klassen 9/10 kann das gesamte Pflichtthema „Verbraucherin/Verbraucher und Verbraucherrecht“ (hier v.a. Verbraucherschutzgesetz, Verbraucherinformationen) als Anknüpfungspunkt für finanzielle Allgemeinbildung genannt werden. Das Pflichtthema „Geld und Kredit“ legt seinen Schwerpunkt ebenfalls in das Verständnis der Angebote als solcher: „Funktionen des Geldes“ (Geld als Zahlungsmittel in Form von Bargeld oder Buchgeld: Überweisungen, Scheckverkehr, Jugendkonten), unterschiedliche Vermögensformen: Aktien und Wertpapiere); „Formen von Krediten“ (Überziehungskredite, Barkredite, Teilzahlungskredite, Konsumentenkredite, Geschäftskredite); „Gründe für Kreditzusagen oder -absagen“ (Schufa).

Der Schwerpunkt der Klassen 9 und 10 liegt in wirtschaftlicher Hinsicht auf dem Verständnis für das System der sozialen Marktwirtschaft, der Europäischen Union und der Berufsorientierung.

Die Lehrplaneinheit „Arbeiten und Wirtschaften im privaten Haushalt“ in der Klasse 7 der bayerischen Hauptschulen beinhaltet die Themenbereiche „Auskommen mit dem Haushaltseinkommen“ (u.a. einfache Haushaltsbuchführung) sowie „Geld in Schülerhand“ (u.a. Auskommen mit dem eigenen Geld, Geschäftsfähigkeit, Taschengeldparagraph sowie Fallbeispiele auswerten). Darüber hinaus geht es in dieser Lehrplaneinheit um Arbeit und Technik im Haushalt und Einkaufen für den privaten Bereich (Schwerpunkt Angebot, Nachfrage, Markt...). Schwerpunkt des Schuljahres bilden Themen wie Arbeitswelt, Berufsorientierung und der Erwerb betriebswirtschaftlicher Kenntnisse im Rahmen eines Schülerprojekts. In Klasse 8 werden letztgenannte Schwerpunkte fortgesetzt und erst in Klasse 9 findet sich in der Lehrplaneinheit „Die

Bedeutung der Geldinstitute für den Einzelnen“ in allen vier Themenbereichen ein Bezug zu finanzieller Allgemeinbildung: „Dienstleistungen“ (Zahlungsverkehr, herkömmlich und über elektronische Bankdienstleistungen), „Geldanlage“ (Sparen, Altersvorsorge, wichtige Sparformen kennen und bewerten), „Kredit“ (Kreditformen und –kosten, Erstellen einfacher Finanzierungspläne) und „Verantwortungsbewusstes Verhalten beim Umgang mit Geld“ (Vermeidung von Überschuldung, Beratung, Fallbeispiele zu Kundenverhalten bei drohender Überschuldung auswerten). Insgesamt liegen auch in dieser Klassenstufe die Schwerpunkte bei Beruf, Arbeit, Betrieb bzw. sozialer Marktwirtschaft. In Klasse 10 könnte in der Lehrplaneinheit „Schüler üben wirtschaftliches Handeln in einem Planspiel“ ein Bezug zu finanzieller Allgemeinbildung gesehen werden, allerdings ist diese Einheit in der Praxis eher betriebswirtschaftlich ausgerichtet. Die eigenständige Einheit „Die Aktienbörse“ behandelt die Aktie als Geldanlagemöglichkeit und beinhaltet eine Simulation des Börsengeschehens.

An den Realschulen Schleswig-Holsteins und Sachsen-Anhalts gleichen die Inhalte denen der Hauptschule. In Klasse 9 der rheinland-pfälzischen Realschulen wird im Fach Wirtschafts- und Sozialkunde der Themenbereich „Haushalt“ benannt. Drei Unterthemen lassen hier einen Anknüpfungspunkt für finanzielle Allgemeinbildung vermuten: „Kenntnis unterschiedlicher Bedürfnisse“, „Verständnis der Notwendigkeit einer geplanten Haushaltsführung“ und „Überblick über die Möglichkeiten des Verbraucherschutzes“. Schwerpunkt sind hier volks- und betriebswirtschaftliche Fragestellungen auf das Beispiel des privaten Haushalts heruntergebrochen: Einkommen (Löhne), ökonomisches Prinzip, Materialkreislaufwirtschaft. Im Themenbereich „Geldverkehr im Wirtschaftskreislauf“ wird mit dem Teilziel „Einsicht in die Aufgaben der Kreditinstitute: Bargeldloser Zahlungsverkehr, Passivgeschäfte (Formen des Sparens), Aktivgeschäfte (Kreditarten)“ ein Element finanzieller Allgemeinbildung berührt. Insgesamt ist dieser Themenbereich allerdings von Grundbegriffen wie Geldarten, Geldfunktionen, einfacher Wirtschaftskreislauf und Güter- bzw. Geldströme geprägt. Weitere Themenbereiche bilden betriebs- und volkswirtschaftliche Inhalte: Unternehmen, Markt und Menschen im Betrieb.

Im Fach Wirtschafts- und Rechtslehre an bayerischen Realschulen sind in Klasse 8 zwei von drei Unterthemen der Lehrplaneinheit „Wirtschaftliches Handeln im privaten Haushalt“ mit finanzieller Allgemeinbildung in Zusammenhang zu bringen: „Verantwortungsbewusstes Verbraucherverhalten“ sowie „Zahlungsverkehr“. Schwerpunkt ist die historische Entwicklung des Wirtschaftens, das Wirtschaften in Unternehmen und das Zusammenwirken von Unternehmen und privaten Haushalten mit eher wirtschaftshistorischen, volks- und betriebswirtschaftlichen Aspekten. Darauf aufbauend werden in der Klasse 9 im Rahmen des „Geld- und Kapitalmarkts“ „verschiedene Geldanlage- und Finanzierungsmöglichkeiten“ erläutert. Arbeit, Erwerbseinkommen, Berufsorientierung und Soziale Marktwirtschaft bilden weitere Themenbereiche dieses Schuljahres.

In der Gesamtschule Schleswig-Holsteins birgt im Fach Wirtschaftslehre der Themenbereich I das Unterthema „Vom Umgang mit Geld“ zwei von vier Unterthemen mit Bezug zu finanzieller Allgemeinbildung: „Wer leiht mir Geld? Vom Sparen und Verleihen“ sowie „Der Zahlungsverkehr der Banken“. Schwerpunkte in diesem Themenbereich bilden die Themen Betriebe und Markt, öffentliche Haushalte und Privathaushalt, allerdings ohne Bezug zu finanzieller Allgemeinbildung. Im Themenbereich II werden im Unterthema „Chancen und Herausforderungen der Konsumgesellschaft“ Berührungspunkte zur finanziellen Allgemeinbildung offensichtlich. Drei von sieben Unter-

themen sind hier zu nennen: „Auch Kinder und Jugendliche haben Geld. Wofür geben sie es aus?“, „Werbung braucht Grenzen – wie schütze ich mich als Verbraucher“ sowie „Bedürfnisprägende Einflüsse (Werbung, peer groups etc.)“. Insgesamt liegen die Themenschwerpunkte in der Gesamtschule auf mikro- bzw. makroökonomischen und wirtschaftspolitischen Aspekten.

Die allgemeinbildenden Gymnasien Schleswig-Holsteins behandeln in der Jahrgangsstufe 11 und im Wahlgrundkurs der Jahrgangsstufen 12 und 13 im Fachbereich Wirtschaft die Lehrplaneinheit „Verbraucher in der Marktwirtschaft“ mit den Unterthemen Ziele des Verbrauchers und Konsum-, Spar- und Kreditentscheidungen. Weitere Ansatzpunkte für finanzielle Allgemeinbildung sind hier nicht aufzufinden, 2/3 des Lernbereichs Wirtschaft wird den Lehrplaneinheiten „Unternehmung“ und „Gesamtwirtschaftliche Aufgabenfelder“ gewidmet.

Im Schwerpunkt Sozialkunde der Gymnasien in Rheinland-Pfalz werden unter dem Thema „Wirtschaft und Umwelt“ zwei von neun Grundbegriffen behandelt, die in Zusammenhang mit finanzieller Allgemeinbildung zu bringen wären: „Bedürfnisse“ sowie „Haushalte/Verbraucher“. Konkretere Inhalte sind hier nicht spezifiziert. Weitere Elemente finanzieller Allgemeinbildung kommen weder in Klasse 10 (Schwerpunkt politische Ordnung, europäische Einigung, Friedenssicherung), noch in Jahrgangsstufe 11 und den Grund- bzw. Leistungskursen der Jahrgangsstufen 12 und 13 vor (Soziale Marktwirtschaft, Wirtschaftspolitik, Ökonomie und Ökologie).

An den Gymnasien in Sachsen-Anhalt wird in Klasse 9/10 im Rahmen des Themas „Wirtschaft geht alle an“ die Thematik der Bedürfnisse und des Bedarfs sowie „Wirtschaften mit dem Einkommen im privaten Haushalt“ mit Schwerpunkt auf Arten des Einkommens und einem Unterpunkt zur Haushaltsplanung behandelt. Insgesamt ist der Schwerpunkt dieses Oberthemas makro-/mikroökonomisch und wirtschaftstheoretisch ausgerichtet. Das Oberthema „Geld und Kredit“ hat seinen Schwerpunkt in der Behandlung des Geldes aus historischer Sicht, des Geldkreislaufs und der Funktionen des Geldes. Lediglich ein Unterthema behandelt die „Geldinstitute und ihre Leistungen“ mit Zahlungsverkehr (Girokonto), Geldanlagen und Kreditgewährung. Im Wahlthema „System der sozialen Sicherung“ beschäftigt sich eines von zwei Unterthemen mit Individualversicherungen (u.a. Vorsorgeversicherungen). In Schuljahrgang 11 wird im Themenbereich „Grundlagen des Wirtschaftsrechts“ als Unterpunkt eines Unterthemas „Der Kreditvertrag“ behandelt. Das Thema „Geld und Währung“ in Klasse 12/13 hat seinen Fokus auf den Funktionen des Geldes, der Rolle der EZB sowie dem Thema Währung. Ein weiterer Unterpunkt behandelt den Bereich der Geldanlagen und Finanzierungen, in dessen Rahmen Börsenspiele, Berechnen von Beispielen von Krediten und maximalen Schulden empfohlen werden. Das Thema Markt und Marketing hat seinen Schwerpunkt im volks- und betriebswirtschaftlichen Bereich, eine von fünf Unterthemen behandelt den Markt aus der Sicht des Verbrauchers: Einfluss von Werbung und Verbraucherschutz.

Bayerische Gymnasien behandeln in Klasse 8 im Rahmen der Lehrplaneinheit „Grundzüge des wirtschaftlichen Handelns“ das Thema „Verbraucherschutz und -beratung“. Schwerpunkt dieser Lehrplaneinheit sind Angebot und Nachfrage – Markt, Wirtschaftsbereiche und Umweltschutz. Die Lehrplaneinheit „Geld und Währung“ hat in zwei von sechs Themenbereichen einen Bezug zur finanziellen Allgemeinbildung: „Zahlungsverkehr – Electronic cash“ (z.B. Sparkassen Schul-Service, Giroverkehr, die Rolle des Geldes, Sparen und Geldanlage, Kredite) sowie „Kreditkarten“ (Übersicht,

Vergleich, Verbraucherinfos)¹⁷⁵. Die Schwerpunkte dieser Lehrplaneinheit liegen auf der historischen Entwicklung und dem Wesen bzw. der Funktion des Geldes. In Klasse 9 liegen die Schwerpunkte der ökonomischen Inhalte auf der Berufsorientierung und im Bereich der Betriebswirtschaft, Inhalte finanzieller Allgemeinbildung werden hier nicht erwähnt. Klasse 10 behandelt neben der sozialen Marktwirtschaft und der Europäischen Gemeinschaft noch die Lehrplaneinheit Geld- und Kapitalmarkt in der BRD, der als einen Schwerpunkt Geld- und Währungspolitik wie auch die Rolle der Banken beinhaltet. Ein weiterer Schwerpunkt ist allerdings im Bereich der Börsen/Aktien/Wertpapiere auszumachen, in dessen Rahmen die Teilnahme an einem Planspiel Börse geratet wird. In weitaus kleinerem Rahmen können „Kredite und Kreditsicherungen“ (z.B. Kreditarten, Kreditvergleich, Bau-Darlehen...) behandelt werden.¹⁷⁶ Der Grundkurs der Jahrgangsstufe 12 und 13 hat ausschließlich volkswirtschaftliche, wirtschaftspolitische und rechtliche Inhaltsbereiche, der Leistungskurs könnte in Jahrgangsstufe 12 mit „ausgewählten wirtschaftlichen und rechtlichen Sachverhalten aus dem Privathaushalt bzw. der Betriebswirtschaft“ einen Anknüpfungspunkt für Inhalte finanzieller Allgemeinbildung darstellen. In den betriebswirtschaftlichen Fallstudien des Leistungskurses der Jahrgangsstufe 13 könnten in den Unterthemen „Haushalt“, „Konsum als wirtschaftliche Entscheidung“ und „Geldanlage und Finanzierung“, die nicht näher ausdifferenziert sind, Anknüpfungspunkte für finanzielle Allgemeinbildung gesehen werden.

c. Zusammenfassung

Wirtschaft wird in den Lehrplänen deutscher Schulen relativ untergeordnet angesprochen. Schulen vermitteln kulturelles und technisches jedoch nur in sehr geringem Maße wirtschaftliches Wissen.

Finanzielle Wissen hat seinen Platz allein als Untergruppe in Fächern, die ökonomische Inhalte behandeln. Zumeist handelt es sich hierbei um interdisziplinär angelegte Fächer. Ökonomische und finanzbezogene Inhalte konkurrieren innerhalb der Fächer insbesondere mit Themen wie Berufsorientierung, Technik, Politik, Gesellschaft und Recht. Von den großen klassischen Wissenschaftsbereichen der Volkswirtschaftslehre, der Betriebswirtschaftslehre, der Rechtswissenschaften, Soziologie und Politologie ist an den Schulen zudem noch in relativ geringem Maße allein die Volkswirtschaftslehre und die Politologie vertreten. Sie zielen auf „Verstehen“ und „Verständnis“ von Wirtschaft und Gesellschaft ab und sind nur dort handlungsbezogen, wo sie berufsorientiert sind.

Da nur in den Haupt- und Realschulen diese Fächer überwiegend verbindlich sind, besteht auch noch ein hohes Abwählpotenzial. Insgesamt macht der Unterricht, in dem Geld explizit eine Rolle spielt, wahrscheinlich kaum mehr als 1 % der Allgemeinbildung in der Schule aus. Innerhalb dieses Bereiches spielt die Thematik finanzieller Allgemeinbildung als Bildung über die bedürfnisorientierte armutspräventive Nutzung von

175 Diese sechs Themenbereiche sind der Internetseite des Karl-Ritter-von-Frisch-Gymnasiums in Moosburg entnommen und können somit nur beispielhaft sein.

Vgl. <http://www.moosburg.org/~gymmoosb/links/wr8.html> In der konkreten Ausgestaltung der Lehrplaneinheiten haben die Gymnasien bzw. die zuständigen Lehrer und Lehrerinnen Freiraum.

176 Diese Themenbereiche der Lehrplaneinheit sind wiederum beispielhaft aus der Internetseite <http://www.moosburg.org/~gymmoosb/links/wr10.html> entnommen.

Finanzdienstleistungen bisher zumindest explizit kaum eine Rolle. Wo es etwa um Kredite und Zahlungsverkehr geht, geht es entweder um den subjektiven Anteil außerhalb des Marktes in der Haushaltsführung der traditionellen Budgetberatung oder um das objektive Verständnis der Mechanismen von Kredit und Zahlung. Der unmittelbare Schnittpunkt beider Bereiche liegt in der Nutzung der Finanzdienstleistungen für private Bedürfnisse zum Einkommenserhalt und zur Einkommenssicherung.

Tabelle 16: Arbeits- und Wirtschaftsansatz im geldbezogenen Unterricht

	Arbeitsansatz	Wirtschaftsansatz
Umfang in Bezug auf die Kreditgesellschaft	begrenzt und teilweise moralisch (sparen, arbeiten)	umfassend
Bezug zum individuellen Handeln	hoch, da an erfahrbaren Sachverhalten anknüpft	niedrig, weil auf Verständnis des Gesamtzusammenhangs abstellend
Wissenschaften	Betriebswirtschaft, Soziologie	Volkswirtschaft, Recht, Politologie
Einkommensbezug	Erzielung	Erzielung und Verausgabung

Dabei stehen sich konzeptionell der traditionelle Ansatz von Arbeit/Beruf und ein wohl modernerer Ansatz von Wirtschaft/Gesellschaft gegenüber. Während der zuerst genannte Ansatz die Einkommenserzielung in den Mittelpunkt stellt, betont der zuletzt genannte Ansatz die Mechanismen, innerhalb derer der einzelne sein Auskommen zu suchen hat. Der Vorteil des traditionellen Ansatzes ist dabei das Anknüpfen an der individuellen Situation und an unmittelbar erfahrbaren Sachverhalten. Gleichzeitig besteht der Nachteil in der Begrenzung auf die Einkommenserzielung unter Ausschaltung des Einkommenserhaltes und der Einkommensverwendung. Der Vorteil des moderneren Wirtschaftsansatzes ist die umfassendere Sichtweise, die Wirtschaft als über Geld vermittelten Kreislauf zwischen Arbeit und Konsum begreift. Allerdings fehlt hier häufig der Transfer in die individuelle Situation und auch die Bedürfnisorientierung, die die Lernmotivation für nützliche Inhalte ausmachen könnte.

Ordnet man die sechs dominierenden Themenbereiche den Inhalten finanzieller Bildung zu, dann wird auch deutlich, dass Bildung über die Nutzung von Finanzdienstleistungen eher nicht dazu gehören.

Allein aus der Lehrplangestaltung lässt sich ableiten, dass finanzielle Allgemeinbildung im Unterricht der allgemeinbildenden Schulen weder vorgeschrieben noch im Bereich des ohnehin spärlichen Angebots an wirtschaftlich relevantem Wissen intendiert ist.

3. Praxis des Unterrichts

Lehrpläne sind, wie anfangs erwähnt, im wesentlichen Leitlinien für den praktischen Unterricht. Sie beschreiben in der Regel Themenbereiche, überlassen aber die pädagogischen Zielsetzungen und die didaktische Umsetzung in der Verantwortung der Lehrer bzw. Schulen. Die Realität des wirtschaftlich orientierten Unterrichts kann daher auch dann, wenn die Leitlinien dies nicht nahe legen, finanzielle Allgemeinbildung in der Praxis verwirklichen. Da eine teilnehmende Beobachtung den Rahmen dieser Vorstudie sprengte, haben wir einige Experteninterviews mit Lehrern und Lehrerinnen an Hamburger Haupt-, Real- und Gesamtschulen sowie Gymnasien durchgeführt, die Fächer mit einem möglichen Anknüpfungspunkt für Inhalte finanzieller Allgemeinbildung unterrichten. Solche Fächer waren an den Haupt- und Realschulen die Fächer Arbeits-

lehre/Berufsorientierung sowie Geschichte/Politik, für die Gesamtschule das Fach Arbeitslehre sowie das Fach Politik (mit Erdkunde, Geschichte und Sozialkunde) und für das Gymnasium das Fach Sozialkunde/Berufsorientierung in der Sekundarstufe I sowie das Fach Gemeinschaftskunde in der gymnasialen Oberstufe. Ergänzt wurde dies durch ein Interview mit einem Mitarbeiter des Amts für Schule in Hamburg.

Tabelle 17: Geldthemen im Unterricht

	Themenbereiche in der Lehrplanung		
Haushaltsökonomie, Sparsamkeit	Auskommen mit dem Einkommen (Haushaltsplanung und Vermeidung von Überschuldung)		
Auswahlverhalten auf dem Markt	Verbraucherschutz u. -information	Anbieter von Finanzdienstleistungen	
Wirtschaftssystem	Konsum, Bedürfnisse, Verbraucherverhalten, wirtschaftliches Handeln	Geldsystem mit den Unterthemen: Zahlungsverkehr/Kontoführung, Geldanlage und Kredite	Verbraucherrecht, Minderjährigenrecht
finanzielle Allgemeinbildung	???		

Hamburg eignete sich nicht nur wegen der Erreichbarkeit sondern auch wegen des Umstandes, dass praktisch keine Inhalte mit einem Bezug zu finanzieller Allgemeinbildung ausdrücklich formuliert sind. Weder im Lernbereich Arbeitslehre/Berufsorientierung noch im Lernbereich Arbeitslehre/Haushalt der Hauptschulen¹⁷⁷ sind Inhalte finanzieller Allgemeinbildung erwähnt. Lediglich im Fach Geschichte/Politik ist in Klasse 9 das Thema „Verbraucher in der Marktwirtschaft“ ohne nähere Differenzierung vorgesehen. Gleiches gilt für die Realschulen. Im Fach Geschichte/Politik wird im 10. Schuljahr die Einheit „Soziale Marktwirtschaft“ durchgenommen. Der Lehrplan des Faches Politik in den Gesamtschulen beinhaltet als eines von zehn Themen den Bereich „Kinder als Konsumenten“. Im Fach Sozialkunde/Berufsorientierung in Klasse 10 der Gymnasien wird in einem von fünf verbindlichen Themen das „Verbraucherverhalten“ behandelt. Unterthemen sind hier Konsument, Verbraucher, Verbraucherzentrale, Warentest. In der gymnasialen Oberstufe werden im Fach Gemeinschaftskunde politische Theorien, die Europäische Union und die Dritte Welt, Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, Gesellschaft- und Gesellschaftspolitik, demokratische Willensbildung und internationale Politik behandelt. Anknüpfungspunkte für finanzielle Allgemeinbildung werden nicht explizit genannt.

Für die Haupt- und Realschule wurde in den Experteninterviews bestätigt, dass ökonomische und konkret finanzbezogene Inhalte allenfalls ihren Raum in den Fächern Arbeitslehre und Geschichte/Politik finden. Konkrete Beispiele konnten nicht genannt werden. Insgesamt wurde der mögliche Anteil als sehr gering eingeschätzt.

¹⁷⁷ Die Lehrpläne des Faches Arbeitslehre/Berufsorientierung für die Hamburger Haupt- und Realschulen werden derzeit überarbeitet. Im Rahmen des Faches fällt zukünftig ca. 30 % auf ökonomische Inhalte, finanzbezogene Bildung spielt bspw. in der Einheit „Auskommen mit dem Einkommen“ eine Rolle. Hierzu ergänzend ist das Thema „Wie gehe ich mit Verschuldung um?“ verpflichtend. Bereits bei den 12-jährigen wird das Thema „Wie gehe ich mit dem Taschengeld um?“ behandelt (gem. Auskunft des Amts für Schule vom 19.01.01).

Auch bei finanzieller Bildung herrscht der Eindruck vor, es müsse sich um volkswirtschaftliche Bildung handeln, deren Vermittlungsmöglichkeiten skeptisch eingeschätzt werden. Ökonomische Theorien überforderten die Schüler und Schülerinnen und würden daher nicht behandelt. Berücksichtigung finden eher volkswirtschaftliche Inhalte, die den Alltag der Schüler und Schülerinnen betreffen, wie z.B. das Thema EURO. Immerhin deuten die Praktikerberichte daraufhin, dass finanzielle Allgemeinbildung aus didaktischen Gründen bessere Chancen zum Einstieg in die Wirtschaftslehre gäben. Die Beschäftigung mit der Funktionsweise des Girokontos in Geschichte/Politik wird als Beispiel genannt, das für zukünftige junge Erwerbstätige von praktischer Bedeutung ist und daher vermittelt werden könne.

Es fehlt zudem aber an eigenem Unterrichtsmaterial. Zwar gäbe es einzelne Einheiten in einigen Schulbüchern. Verwendung fände aber eher das Material der Bundeszentrale für politische Bildung etwa zum EURO und zum Girokonto der Schul-Service der Sparkassen. Inhalte im Anlagebereich und Kreditbereich bzw. konkrete Schulprojekte mit ökonomischen oder finanzbezogenen Inhalten spielen keine Rolle. Dass diese praktischen Fragen der Finanzdienstleistungen eine Rolle spielen, wird auf die Eigeninitiative der Lehrer zurückgeführt. Eine Verpflichtung hierzu durch Lehrpläne gäbe es nicht. Finanzieller Allgemeinbildung sollte in die Schule durch die Einführung eines Wahlpflichtfaches Wirtschaft mit einer Einheit zur finanziellen Allgemeinbildung erfolgen. Allerdings böte auch das Fach Arbeitslehre einen Ort für eine umfassendere Behandlung dieser Thematik. die Möglichkeit, fächerübergreifend¹⁷⁸ sich mit dem Thema zu befassen, wurde mit Zurückhaltung beurteilt.

Für die Gesamtschule wurde bestätigt, dass mögliche Bildungsinhalte zum Bereich der privaten Finanzen in den Fächern Arbeitslehre und Politik ihre Behandlung finden könnten. Entsprechende Aktivitäten im Fach Arbeitslehre würden von den zuständigen Lehrern und Lehrerinnen immer mehr für wichtig befunden und beruhen auch hier nicht auf Vorgaben in Lehrplänen. In Arbeitslehre wird in Klasse 10¹⁷⁹ der Bereich der Staatsfinanzen sowie der Bereich Steuern behandelt. Weiterhin erfolgt eine Zusammenarbeit mit Versicherungsunternehmen, die Vorträge über Sozial- als auch über private Versicherungen anbieten. Ein weiteres Thema sei die Kontoführung, das Thema Kredite und Anlagen werde nicht behandelt¹⁸⁰. Diese Themen seien nur Randbereiche. Insgesamt liege der Schwerpunkt der Arbeitslehre auf der Berufsorientierung und der Vorbereitung auf ein selbstständiges Leben.

Dort, wo durch Eigeninitiative der Lehrer finanzielle Bildung vermittelt werde, müssten die Unterrichtsmaterialien z.B. über Finanzen und Steuern aus Köln und zur Kontoführung anhand der Girokontenmappe von der Hamburger Sparkasse besorgt werden. Schulbücher würden nicht herangezogen. Das Fach Arbeitslehre ab der 9. oder 10. Klasse sei die früheste Möglichkeit, um Schüler/innen einen Bezug zu dieser Thematik zu vermitteln.

178 In Hamburg besteht die Möglichkeit des Unterrichts in Aufgabengebieten, welcher in die Unterrichtsstunden integriert wird, die auf die beteiligten Fächer entfallen (vgl. Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung: Verordnung über die Stundentafeln für die Sekundarstufe I (STVO-SekI). Vom 20 Oktober 1998). Ein solches Aufgabengebiet könnte Wirtschaft, aber auch finanzielle Allgemeinbildung heißen.

179 In vorherigen Jahrgangsstufen wurden keine derartigen Thematiken bearbeitet.

180 An dieser Stelle erfolgte ein Hinweis, dass Börsenspiele und Existenzgründungssimulationen erst in der gymnasialen Oberstufe durchgeführt werden.

Ein ähnliches Bild ergibt sich für die Gymnasien. Inhalte mit Bezug zu finanzieller Allgemeinbildung finden sich rudimentär in den Fächern Sozialkunde (ab Klasse 10) und Gemeinschaftskunde (gymnasiale Oberstufe). Vor der 10. Klasse gäbe es eigentlich in keinem Fach einen Raum für diese Inhalte. Im Lehrplan der Gemeinschaftskunde sei im Sinne einer lebenspraktischen finanziellen Bildung nichts zu finden. Zur Zeit der Interviews (Ende 2000) stand allerdings eine Überarbeitung der Rahmenpläne an, die eine verstärkte Betonung der Berufsorientierung (im Bereich Sozialkunde) vorsieht. Wirtschaftsspiele hier eine große Rolle mit dem Ziel, wirtschaftliche Kompetenzen der Schüler/innen zu stärken. Eine Arbeitseinheit zum Umgang mit Taschengeld solle auch von den Gymnasien übernommen werden. Berufsfeldorientierung und volkswirtschaftliches Verständnis dominieren aber auch hier die Perspektiven. (Geldpolitik, Finanzwesen, makro-ökonomische Inhalte).

Andererseits wurden in den letzten Jahren in der gesamten Allgemeinbildung der Schulen starke Tendenzen zu lebenspraktischen Aspekten festgestellt und damit der unmittelbar Nutzwert von Bildung in den Vordergrund gestellt. Dies hat dazu geführt, dass z.B. aktuell die Diskussion um die Rentenversicherung und die private Altersvorsorge im Unterricht behandelt würde. Im 2. Semester des Grundkurses Gemeinschaftskunde wird z.B. das Thema „Soziale Unsicherheit“ behandelt, wo Einkommenssituation, Armutsspirale, eher bezogen auf arme und reiche Länder nicht jedoch die dazu passenden Finanzdienstleistungen (Altersvorsorge, Versicherung) besprochen werden.

Ausgehend von Bankinstituten werden im Gemeinschaftskundeunterricht in freiwilligen Gruppen gelegentlich Börsenspiele durchgeführt. Mit Besuchen bei Geldinstituten wird das Girokonto näher gebracht. Das Projekt „Junior“ (vgl. Schulprojekte und -initiativen) zur Existenzgründung ist an mehreren Gymnasien angelaufen und behandelt auch Finanzfragen. Alle Befragten hielten jedoch die Behandlung von privaten Finanzen (Kredite, Umgang mit Geld...) im Unterricht für unzureichend. Systematische Unterrichtseinheiten zu den o.g. Themen seien in den Schulbüchern nicht vorhanden, so dass man auf Materialien aus der Praxis (Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung, Broschüren der Banken für Jugendliche, aufbereitete Materialien aus Zeitungen und Fachzeitschriften (Statistiken)) zurückgreifen müsse. Die Lehrer und Lehrerinnen fühlten sich in dieser Hinsicht nicht ausreichend unterstützt und auch nicht unbedingt ausreichend kompetent.

Das Amt für Schule wies darauf hin, dass das Fach Mathematik hier noch interessant sei. Für den Mathematikunterricht werden zurzeit neue Bildungspläne erstellt, die die zu behandelnden Inhalte an konkreten Lernsituationen fest machen. So könnte die Zinsrechnung beispielsweise am Beispiel der Aufnahme eines Kredites behandelt werden, wobei neu ist, dass die Lernsituation selbst verstärkt thematisiert wird. Während somit in den Gymnasien verstärkt Wert auf wirtschaftspolitische Aspekte gelegt wird, dominiert an den Haupt- und Realschulen eine eher lebenspraktische und finanzbezogene Themenwahl, für die es bisher nur einen sehr engen Zeitrahmen gäbe. In Gymnasien werden finanzbezogene Inhalte eher im Anlagebereich (Börsenspiele) oder bezogen auf Existenzgründungen behandelt, in niedrigeren Schulformen kommen jedoch eher die Bereiche Kontoführung oder Umgang mit Geld vor. Kooperationen mit Finanzdienstleistern bestehen in Hamburg im Zusammenhang der Berufsorientierung. Es sind 70 langfristige Partnerschaften zwischen Schulen und Unternehmen mit dem Ziel der Verbesserung der Studien- und Berufsorientierung aufgebaut worden (Netzwerk Berufsorientierung). In diesem Rahmen setzen sich Lehrer und Vertreter des Partnerunterneh-

mens zusammen und klären die Frage, was die Schule benötigt und was das Unternehmen dazu beisteuern könnte. So haben z.B. die Deutsche Industriebank und das Wilhelm-Gymnasium ein Projekt zur Kreditfinanzierung erarbeitet, wobei allerdings nicht der Privatkredit im Mittelpunkt stand.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Lehrerinnen und Lehrer selber finanzieller Allgemeinbildung auf Grund des höheren Anwendungsbezugs gerade ab den 8ten Klassen aufgeschlossen gegenüber stünden, es jedoch an dem dazu erforderlichen Zeitbudget und entsprechenden Themenbereichen in der Lehrplanung sowie an geeigneten allgemeinen anbieterunabhängigen Unterrichtsmaterialien fehlt, die die berufsorientierte finanzielle Allgemeinbildung von der finanziellen Allgemeinbildung im Rahmen der Allgemeinbildung abgrenzt.

4. Schulbücher und Unterrichtsmaterialien

Finanzielle Allgemeinbildung ist bisher nicht bewusst in die Schulbücher integriert worden. Dies wird sogar für die auf aktuelle Themen und einen Praxisbezug orientierte ökonomische Bildung, zu der finanzielle Allgemeinbildung gehört, noch insgesamt angenommen. Themen wie Beschäftigung, Kapitalmarkt, Altersvorsorge, Arbeitsplatzsicherheit und Selbstständigkeit würden kaum angesprochen werden. „Die theoretischen Inhalte in Lehrbüchern sind häufig politischer und soziologischer Natur und gehen nicht vom Marktgeschehen aus. Ökonomische Themen tauchen episodenhaft und unvernetzt auf“¹⁸¹.

Die Schulbuchverlage rechtfertigen sich damit, dass es keine entsprechenden Rahmenbedingungen und Lehrpläne gäbe, die eine Prognose über die Nachfrage nach solchen Inhalten zulassen würde. Außerdem gäbe es in diesem Feld die „Konkurrenz“ durch die Bundes- und Landeszentralen der politischen Bildung, die Materialien unentgeltlich abgeben würden.¹⁸² Im Bereich der finanziellen Bildung kommt hinzu, dass z.B. große Stiftungen der Anbieterseite wie die Sparkassenstiftung, die Herrhausen-Stiftung oder die Citibank Stiftung unentgeltlich Material bereitstellen. Im Rahmen eines immer wichtiger werdenden Marketing für die Zielgruppe der jungen Menschen bedeutet die Abgabe solcher Materialien ebenso wie die Veranstaltung von Börsenspielen oder die Unterstützung wirtschaftlicher Schülerzeitungen und die Bereitstellung von Referenten eine nicht zu unterschätzende Imagewerbung. Im technischen Know How sowie in der Ausstattung sind diese Angebote durch die Lehrer kaum zu überbieten.

Der Staat fördert zudem noch bei den Verbraucherzentralen die Materialien im Umgang mit Geld und bei der Schuldenprävention, wobei auch Schuldnerberatungsstellen mit schulischen Aktivitäten ihre Daseinsberechtigung demonstrieren können. Insgesamt wird damit in einem Bereich, der in der Kreditgesellschaft von großer Wichtigkeit ist, eine Delegation pädagogischer Kompetenz aus dem Schulsektor auf Dritte vorgenommen, die angesichts des staatlichen Bildungsauftrages und auch der damit verbundenen

181 <http://www.netzworkshop.de/dyn/1059.htm> Ergebnis eines Workshops zum Thema Schulbücher im Rahmen des 2. NetzWorkShops zur Intensivierung der Kommunikation der vielfältigen Initiativen und Schulprojekte im Bereich Schule-Wirtschaft. Der Netzwerkshop wird von der Boston Consulting Group in Zusammenarbeit mit der Gemeinschaftsinitiative Soziale Marktwirtschaft, die von der Bertelsmann Stiftung, der Heinz Nixdorf Stiftung und der Ludwig-Erhard-Stiftung getragen.

182 Vgl. <http://www.netzworkshop.de/dyn/1059.htm>.

Verantwortung für emanzipatorische und interessenunabhängige Bildung nicht unproblematisch ist. Schulbücher werden jeweils durch die Schulbehörden zugelassen. Dies trifft aber nicht für die Materialien aus der Praxis zu. Es übersteigt auch die Kompetenz eines einzelnen Lehrers, solche Materialien insgesamt zu evaluieren und etwa selektiv einzusetzen. Erst recht fehlt die kritische Distanz, wenn etwa Banker ohne entsprechenden Gegenpart im Unterricht Finanzdienstleistungen und Banken darstellen und den Eindruck der Objektivität vermitteln.

(Bürgschaft einer Hypothekenbank) Ein knapp über 20 Jahre alter junger Mann war morgens früh, als er von der Nachtschicht zurückkam und zur Familie seiner Freundin kam, von einem Vertreter einer Großbank angesprochen und zur Abgabe einer Bürgschaftserklärung für den Vater seiner Freundin gedrängt worden, die ihn (ohne Eigeninteresse, die Beziehung ging kurz darauf auseinander) in Schulden von über 200.000 DM stürzte. Nachdem das IFF den Fall begutachtet hatte und die Bank sich weigerte, überhaupt mit dem Bürgen über eine Reduzierung der Schuld zu sprechen, wurde daraus eine Fernsehsendung. Nach Ausstrahlung der Sendung kam ein Schulleiter zum Institut und fragte, wie man als Lehrer mit den Schülern zusammen auf so ein Verhalten angemessen reagieren könnte. Ihm wurde geraten, die Bank zu einer Stellungnahme aufzufordern, wobei die Schüler die Fragen formulieren sollten. Anschließend sollte eine Diskussion in der Bank stattfinden. Die Schüler schickten diesen Brief an die Bank und erhielten eine ausführliche Stellungnahme zurück. Der Rektor war mit dieser Stellungnahme, die die Bedenken nicht beseitigte, nicht zufrieden. Er schlug der Bank vor, dass man mit den Schülern gemeinsam einen Diskussionstermin in der Bank wahrnehmen sollte. Allerdings verlangte er, dass ein Vertreter der Verbraucherzentrale oder des IFF dabei den Gegenpart vertreten könnte. Die Bank lehnte jede Beteiligung Dritter ab. Darauf sagte der Schulleiter auch den Besuch der Klasse bei der Bank ab.

Um einen stichprobenartigen Einblick in mögliche im Unterricht behandelte Inhalte finanzieller Allgemeinbildung und deren Aufbereitung zu bekommen, wird zunächst eine vom Schroedel-Verlag für die Fächer Politik, Wirtschaft, Sozialkunde oder Sozialwissenschaften der Realschulen sowie der Sekundarstufe I der Gesamtschulen und Gymnasien (ab Klasse 9) erstellte Unterrichtseinheit zum Thema „Überschuldung von Jugendlichen“ betrachtet. Aufgrund der Tatsache, dass Mathematikbücher im Rahmen der Zinsrechnung häufig auf Beispiele aus dem Bereich Finanzdienstleistungen zurückgreifen (v.a. Kredite), wird ebenfalls ein Blick in die relevanten Einheiten ausgewählter in Hamburg zugelassener Mathematikbücher geworfen. Darüber hinaus werden Unterrichtsmaterialien der Banken und Sparkassen bzw. von Schuldnerberatungsstellen und Verbraucherzentralen betrachtet. Dies geschieht insgesamt unter der Fragestellung, ob die Aufbereitung der Themen mit Bezug zu finanzieller Allgemeinbildung den in dieser Studie erhobenen Ansprüchen finanzieller Allgemeinbildung entspricht.

a. Schulbuch „Überschuldung von Jugendlichen“

Am Beispiel eines Schulbuches, das im Schroedel-Verlag zum Thema „Überschuldung von Jugendlichen“ erschienen ist¹⁸³, soll einer der wenigen Versuche analysiert werden, das Thema der „finanziellen Allgemeinbildung“ unmittelbar problembezogen in den Unterricht einzuführen.

183 Jöckel, P. Überschuldung von Jugendlichen, vollständig erhältlich über ein Download von <http://www3.schroedel.de/Lehrer/Gymnasium/Marktplatz/images/ganz.pdf>.

Das Buch problematisiert zu Anfang die Überschuldung durch den Faksimileabdruck typischer Kleinanzeigentexte, die von Kreditvermittlern geschaltet werden, um überschuldeten und kreditunwürdigen Personen zu suggerieren, dass sie über diese Vermittlung noch Kredite erhalten. In aller Regel werden von diesen Anbietern nur sehr geringe Kreditsummen vermittelt, die die Not einer aktuellen Liquiditätskrise ausnutzen und zudem exorbitante Kosten verursachen. Insgesamt repräsentieren diese Kredite weniger als 1% der Konsumentenkreditaufnahme und sind in der Praxis keineswegs die Ursachen sondern eher eine Folge der Überschuldung. Erst die mangelnde Kreditwürdigkeit führt dazu, dass solche Angebote absetzbar sind. Die Rechtsprechung hat schon frühzeitig das Problem im Angebot gesehen und festgestellt, dass die Kreditgeber sich dieser für die Kunden an sich unnützer Vermittler nicht bedienen sollten. Immerhin hat Gesetzgebung und Rechtsprechung festgestellt, dass die Zusatzkosten des Vermittlers als Kosten der Bank anzusehen und auszuweisen sind, weil es sich um ausgelagerte Akquisitionsabteilungen der Kreditgeber handele. Solche Kredite grenzen häufig an Wucher und sind weniger durch die Betroffenen als mit Hilfe des Rechtsberatungsgesetzes (sie bieten häufig Umschuldungen an, in denen verbotene Rechtsberatung enthalten ist), dem Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb über die Verbraucherverbände, die seriösen Anbieter und die Gewerbeaufsicht zu kontrollieren. Ihre Werbung ist daher auch für Kreditgeber keineswegs typisch, sondern reflektiert eine Angebotslücke.

Dieser Hintergrund wird allerdings im Schulbuch nicht thematisiert. Vielmehr wird suggeriert, es handele sich hier um einen repräsentativen Einstieg in die allgemeine Kreditproblematik.

Die Schüler lesen zunächst folgende Werbeslogans:

„Fehlt ihnen was? Nehmen Sie sich ihren Wunschkredit.“ „Vertrauenskredit per Post“, „Spontane Wuscherfüllung (Fehler im Original) – mit Dispo-Kredit“, „Heute noch Bargeld? Anruf genügt“, „Federleichte Wuscherfüllung“, „So schnell gehen ihre Wünsche in Erfüllung“, „Der Sorglos Kredit“, „Ihre Wünsche haben bei uns Kredit“

Darunter sind dann drei Einstiegsfragen vermerkt: „Womit werben diese Slogans?“, „Wofür werben sie?“, „Welcher Eindruck wird von Dispositionskrediten vermittelt?“

Anschließend wird dann unvermittelt das Girokonto dargestellt, wobei für Schüler überhöht das Girokonto aus dem Italienischen Wort „Giro“ = „Kreis“ mit der Geldzirkulation erklärt wird. Es folgt dann der Text:

Es bedeutet im Geldwesen eine Form des bargeldlosen Zahlungsverkehrs, bei dem nicht mit Bargeld, sondern mit Hilfe von Anweisungen Zahlungsaufträge an Banken gegeben werden. Es findet also eine Übertragung von Konto zu Konto statt.

Diese Erklärung dürfte nicht nur für Schüler der 8. Klasse mehr verwirren als erklären. Die Begriffe „Zahlungsaufträge“ und „Anweisungen“, die beide dasselbe bezeichnen, werden hier unterschiedlich und damit falsch gebraucht. Zudem werden sie auch nicht erklärt. Das bei bargeldlosem Zahlungsverkehr „nicht mit Bargeld“ gezahlt wird, ist überflüssig zu betonen. Dass angeblich „von Konto zu Konto“ übertragen wird, ist ebenfalls unverarbeitet. Zudem ist diese Definition nicht nur wegen der Zirkelschlüsse (Anweisung von Zahlungsaufträgen) sondern auch wegen ihrer Begrenzung unzutreffend. Natürlich sind auch Girokonten teil des Bargeldkreislaufs. Schüler haben, da sie mit den Überweisungen erst später zu tun haben werden, vor allem mit der Bargeldfunktion des Girokontos zuerst zu tun. Insofern ist für sie das Girokonto zunächst einmal eine Spardose („Geldaufbewahrungsfunktion“). Erst dann kommt die Transferfunktion und schließlich dann die Kreditfunktion, deretwegen hier so weit ausgeholt

wird. Dass historisch das Girokonto neben dem Sparbuch nur die Transferfunktion hatte (deshalb „Giro“), ändert nichts daran, dass zunächst das Konto und dann erst seine Spezialfälle zu erklären wären.

In dem Buch wird dann auch überraschend erklärt, dass das Girokonto auch zu Bar-einzahlungen und Barauszahlungen benutzt werden kann. Darauffolgende falsche Feststellungen wie „Die wichtigste Form der Einzahlung und von Auszahlungen ist die Überweisung“ machen im übrigen das Gelernte wieder zunichte und schaffen vollends Verwirrung. Auf derselben Seite wird dann aber auch noch der Scheck erklärt und im Faksimile abgedruckt und noch der Vermerk „Nur zur Verrechnung“ erläutert. Auch der Dauerauftrag wird in einem Satz erklärt. Euroscheck, EC-Karte, Kontoauszugsdrucker, die ab Ende 2001 überholte EC-Scheckgarantie folgen auf einer halben Seite.

Dies alles ist eine Informationsüberflutung mit Begriffen, die z.T. nicht korrekt gebraucht werden und zudem auch keinen inneren logischen Aufbau erkennen lassen. Der Erfahrungshorizont der Schüler wird ohne Not verlassen. Das Konto wird „beschrieben“ aber nicht „erklärt“ und der Zusammenhang zum Aufmacher ist vollends im Dunkeln. Der abschließende Satz: „Bei all diesen Möglichkeiten fällt es schwer, den Überblick über das eigene Konto zu behalten.“, hat eher etwas mit einer Darstellung zu tun, die selber den Überblick verloren hat. Problematisch ist aber nicht, das schlecht informiert wird. Problematisch ist, dass ein Bewusstsein vermittelt wird, dass alles so kompliziert sei und dass man keinen Überblick habe. Tatsächlich hat man beim Konto einen besseren Überblick als bei seiner Geldbörse.

Danach erst wird der Kontoauszug im Faksimile abgedruckt, nachdem man schon durch den Scheck verwirrt wurde. Der Kontoauszug soll die Komplexität durchsichtig machen. In Wirklichkeit ist es umgekehrt: das Konto ist einfach weil entweder Geld drauf ist oder Geld fehlt. Der Kontoauszug macht diese einfache Botschaft kompliziert, weil er sie historisch nachvollziehbar gestaltet. Er ist also viel komplizierter als das Konto selber.¹⁸⁴ Die Einführung bleibt abschreckend.

Mit Sätzen wie: „Normalerweise kann ein Girokonto erhalten, wer regelmäßige Zahlungseingänge zu erwarten hat (z.B. Lohn- und Gehaltsempfänger, Rentner u.s.w.)“ wird zudem eine Marktdiskriminierung als „normal“ hingestellt, die etwa in Frankreich aber auch bei den deutschen Sparkassen gesetzlich verboten ist. Jeder hat dort einen Anspruch auf ein Girokonto. Es ist nicht „normal“, dass Banken Girokonten zwangsweise mit Kreditfunktionen versehen und dann wegen Kreditunwürdigkeit das ganze Konto verweigern. Warum sie es doch tun, wäre eine gute Diskussion mit Schülern über Armut wert. Immerhin hat auch der ehemalige US-Präsident Clinton die Kontoverweigerung als eine wesentliche Armutsursache in den USA hingestellt. Sie ist also nicht „normal“.

Damit hier nicht nur der Eindruck Kritik um ihrer selbst willen erweckt wird, wollen wir uns mit dem folgenden alternativen Text selber der Kritik stellen. Der Text versucht logisch aufzubauen, am Erfahrungshorizont der Schüler der 8. Klasse zu bleiben, das Thema Schulden einzuleiten (wobei wir allerdings den Ratenkredit vorgezogen hätten) und auch noch Diskussionsstoff zu liefern.

Ein Girokonto ist wie eine Spardose mit meinem Geld, die ich bei einer Bank aufbewahre. Man kann das Geld dafür an der Kasse einzahlen und erhält dann ein Papier, auf dem steht,

184 Juristisch ist das das Saldo, was interessiert. Bei Kontokorrentkonten, wie es die Girokonten sind, zählt nach der Saldofeststellung nur dieser Betrag. Alle anderen sind nachrichtlich.

wie viel Geld in dieser „Spardose“ bei der Bank ist. Das Geld auf dem Konto (in der „Spar-dose“) ist das „Guthaben“ und das Papier nennt man den „Kontoauszug“. (Bild eines Kontoauszuges mit Guthaben fett gedruckt). Oben oder unten im Auszug steht das aktuelle Guthaben. Sein Guthaben kann man sich jederzeit in bar wieder auszahlen lassen und zwar nicht nur dort, wo man es eingezahlt hat, sondern überall, wo die Bank Filialen hat oder einen Bargeldautomaten. Das ist praktisch, wenn man z.B. Angst davor hat, dass es auf der Urlaubsfahrt gestohlen wird. Man braucht dann kein Geld mitzunehmen.

Das Geld wandert mit dir. Statt sein Geld selber abzuheben, kann man der Bank auch sagen, dass sie es an die Telekom bezahlen soll, weil du deine monatlichen Telefonkosten für das Handy dort bezahlen muss. Du brauchst dann nicht selber zur Telekom gehen und es dort einzahlen. Du bittest die Bank, es aus deinem Guthaben an die Telekom direkt aus-zuzahlen. Man nennt diese Zahlung deines Geldes durch deine Bank an die Telekom eine „Überweisung“, wenn das Geld direkt auf dem Bankkonto der Telekom landet. Konten, die man hauptsächlich für solche Überweisungen benutzt, nennt man Girokonten (vom Italieni-schen girare = zirkulieren (Ein Zettel zirkuliert in der Klasse, Geld zirkuliert zwischen Menschen). Konten, die man hauptsächlich nur zur Geldaufbewahrung nutzt, nennt man Sparkonten.

Wer über 18 Jahre alt ist, kann auch bei der Bank die Möglichkeit bekommen, Geld aus-gezahlt zu erhalten, bevor man es eingezahlt hat. Das nennt man einen Kredit. Und weil man mehr abhebt, als man eingezahlt hat, nennt man es auch einen „Überziehungskredit“. Das kann praktisch sein, wenn man schon heute sein Handy bezahlen muss, aber erst nächste Woche Taschengeld bekommt. Die Bank nimmt für so etwas Zinsen und zwar um so mehr, je länger es dauert, bis du das Geld dann zurückgezahlt hast. Außerdem will sie das Geld dann aber auch zurück bekommen und zwar dann, wenn sie will. Das kann zu einem Zeitpunkt sein, in dem man gerade kein Geld hat. Dann ist man „pleite“ und es wird u.U. das Handy weggenommen und verkauft, um die Schulden zu bezahlen. Wer also so einen Überziehungskredit aufnimmt, der hat einen Vorteil und zwei Probleme: sie kriegt Geld früher als erwartet, sie muss das Geld dann aber zurückbezahlen (Schulden tilgen) und dazu noch die Zinsen dafür bezahlen, dass die Bank es vorgestreckt hat.

Schafft man es nicht, seine Schulden zurückzubezahlen („das Konto auszugleichen“), dann streckt einem die Bank kein Geld mehr vor. Sie verweigert die Abhebung, wenn kein Gut-haben auf dem Konto ist. Manche Banken kündigen dann gleich das ganze Konto und mel-den dies an eine Zentrale („Schufa“), bei der dann alle Banken vor Kontoeröffnung fragen, ob der Kunde nicht schon mal seine Schulden nicht bezahlt hat. Es kann dann sein, dass man bei keiner Bank mehr ein Konto bekommt. Dies finden z.B. die Verbraucherverbände ungerecht, weil man doch auch ein Konto ohne Kredit bekommen könnte und die, die kein Konto mehr haben, alles praktisch zu Fuß machen müssen, wenn sie Geld bezahlen oder er-halten wollen. Manche Arbeitgeber verlangen sogar, dass man ein Konto hat, wenn man eine Arbeit haben will.

Deshalb haben nun die Banken versprochen, auch Konten an solche Leute zu geben, die keinen Überziehungskredit bekommen sollen. Ob sie das Versprechen auch halten, ist um-stritten. Deshalb meinen manche, man solle sie wie in Frankreich es schon der Fall ist, ge-setzlich dazu zwingen, solchen ärmeren Personen ein Konto einzuräumen. Was meinst du dazu?

Warum überhaupt auf die Einleitung mit den Werbeanzeigen das Girokonto vorge-stellt wird, das damit ja nach der Technik der Finanzdienstleistungen nichts zu tun hat, (es lädt ja nur in einem Fall zum Überziehungskredit, sonst nur zu Ratenkrediten ohne Girokonto ein), wird dann in dem anschließenden Beispielsfall deutlich.

Hier fängt eine Auszubildende „Isabel“ an wie wild zu kaufen und zwar unter Ge-brauch der EC-Karte. Sie kauft Kleidung, Schal und Modeschmuck. Anschließend gibt sie noch 15,- DM im Cafe aus. Sie unterschreibt ferner in dem Cafe noch ein Zeitschrif-tenabonnement für eine Modezeitschrift über ihre Freundin Britta und lässt sich dabei

von einem Gewinnspiel locken. Am Ende zückt sie dann noch einmal überredet von der Freundin die EC-Karte und kauft für 259,- DM Schuhe.

Die Schüler sollen dann erst einmal ausrechnen, wie viel Isabel insgesamt ausgegeben hat, was überschlägig 800,- DM sein dürfte. (Damit wird suggeriert, Isabel habe den Überblick verloren.) Auf dem abgedruckten Kontoauszug sind allerdings nur 453,- DM Guthaben vermerkt. Sie sollen dann ausrechnen, wie hoch das Minus ist. Dabei wird sogar noch ein unnötig verkomplizierender Unterschied zwischen dem Kontostand am Geldautomaten (dies ist schon sachlich falsch, weil man in Deutschland keine Auskunft über den Kontostand am Geldautomaten erhält) und dem Kontostand nach der EC-Kartennutzung über den Kontoauszugsdrucker gemacht. (Bei der Online-Nutzung der EC-Karte sind die Kontostände immer identisch)

Anschließend geht nun Isabel in die Bank und erfährt, dass sie einen negativen Kontostand hat, aber noch keinen Dispositionskredit. Dieser wird ihr aber trotz nur 450,- DM Ausbildungsvergütung sofort problemlos über 1.000,- DM Höhe eingeräumt, weshalb sie jetzt noch mal 700,-DM abheben „kann“. Freunde meinen jetzt, sie solle den „Papierkram“ lesen. Erst dann soll sie gemerkt haben, dass sie „verschuldet“ ist.

Hier ist dann wirklich kaum noch etwas richtig. Ohne Überziehungsrahmen erhält nämlich Isabel von der Bank keine EC-Karte mit Garantiefunktion. So etwas wäre höchst fahrlässig. Viel wichtiger aber wäre es zu wissen, wie alt Isabel ist. Der Text suggeriert eine Gleichaltrige, also ein Mädchen unter 18 Jahren. Die kann aber nach dem Gesetz keine Schulden machen. Auch die Eltern können darin (allenfalls mit vormundschaftlicher Genehmigung) nicht wirksam einwilligen. Tatsächlich trägt die Bank das volle Risiko, dass Isabel das Geld zurückbezahlt. Eine Bank, die wie hier gleichwohl einen Überziehungsrahmen und dann noch ohne vorherige Prüfung und ohne Schufa-Anfrage sofort und dann gleich auf 1.000,- DM bei so geringem Einkommen einen Kredit einräumt, sollte durch den Totalverlust des Geldes bestraft werden, weil sie in die gesetzliche Erziehungsfunktion des Elternhauses eingreift.

Hier sollen nicht die Schüler lernen, keine Schulden zu machen, sondern die Banken sind vom Gesetz her verpflichtet, dies gar nicht erst zu ermöglichen. Dass der Verfasser diesen Minderjährigenschutz nicht kennt, ergibt sich dann auch später, wo behauptet wird: „Kreditinstitute bieten oft auch schon Jugendlichen Girokonten und Dispositionskredite an. Erkundigt euch ...“ Da die Schüler und zudem in der Du-Form angesprochen werden, sind hier offensichtlich unter 18-Jährige gemeint.

Sollte Isabel aber über 18 sein, so ist dieser Fall eher satirisch und wird dem Ernst der Überschuldungsproblematik von fast 2 Mio. Haushalten in Deutschland in keiner Weise gerecht. Der Fall könnte wegen des lächerlichen Verhaltens der Isabel für Schüler eher noch eine andere Message der besonderen Cleverness enthalten: Stell dich dumm und kaufe ein. Schulden zu haben ist ja zumindest nach diesem Text noch kein Problem an sich, weil die eigentlichen Probleme der Verschuldung überhaupt nicht aufgezeigt wurden. Dann bekommen die Banken eben ihr Geld nicht zurück (übrigens eine Logik, die ja der Gesetzgeber in der Tat so für Jugendliche gewollt hat).

Nach diesen Einstiegsfällen werden Dispositionskredit und Ratenkredite ebenso abstrakt mit Begrifflichkeiten dargestellt, bei denen nicht erkennbar ist, warum die Schüler das lernen sollen. Der Ratenkredit wird dann auch wieder mit dem Satz eingeleitet:

„Gleich kaufen, später zahlen – nach diesem Motto bieten viele Banken, ...“ Diese Behauptung ist nicht nur falsch, aus der Kritik der 50ziger Jahre entnommen und daher irreführend. Sie suggeriert auch entgegen allen empirischen Erhebungen, dass Über-

schuldung vornehmlich auf Überkonsum und individuellem Fehlverhalten beruht. Deshalb auch der Umweg über das Girokonto und die Karten statt mit dem einfachen Ratenkredit für das Auto der Eltern anzufangen oder vielleicht sogar erst einmal die Wohnungsmiete als ein Kreditverhältnis zu erklären. (Die in der Presse zu lesende Behauptung, Familien seien überschuldet, weil die Eltern schon als Jugendliche mit Schulden überhäuft in ihre neue Familie gekommen sind, ist eine interessierte Behauptung, die das Problem der Überschuldung in den subjektiven Bereich verlagert.)

Beim Ratenkredit wird dann behauptet, dass das Kreditformular nach dem Verbraucherkreditgesetz die wichtigsten Angaben enthalte, wobei vor allem auf die Angabe des effektiven Jahreszins verwiesen wird. Die wichtigste Angabe zur Vermeidung von Überschuldung ist aber wie gezeigt die Lebensdauer des finanzierten Produktes und das, was man in Anbetracht der zu erwartenden Raten an Einkommen monatlich erübrigen kann. (Liquidität) Der Effektivzins schützt nicht vor Fehlentscheidungen zur Überschuldung. Deshalb ist es falsch, dass der Effektivzins sagt, „wie teuer ein Kredit letztlich ist“. Der einfache Kreditnehmer erkennt dies nur über die Raten und den Bruttokredit im Verhältnis zum Nettokredit. Dies muss zur Überschuldungsprävention gelernt werden. Der Effektivzins dient nur dazu, bei Auswahl das billigere Produkt wählen zu können, wobei selbst dies angesichts des Ausblendens von Nebenkosten in Deutschland nicht gewährleistet ist.

Der Text stellt nun auch das wieder falsch dar. Danach sollen die Restschuldversicherungskosten (siehe dazu oben unseren Beispielfall) nicht einzurechnen seien. Das Gesetz, das auf der entsprechenden EU-Richtlinie basiert, schreibt die Einbeziehung vor, wenn der Abschluss einer solchen Versicherung verpflichtend war. Dies ist in der Praxis häufig der Fall, weil ohne die Versicherung kein Kredit gewährt wird. Gleichwohl wird sie nirgendwo einbezogen, weil die Verbraucher es nicht wissen und die Pflicht häufig deshalb nicht beweisbar ist. Es wäre daher wichtig, dass die Schüler dieses Problem kennen lernen, zumal wiederum das Erkennen wucherischer Kredite davon abhängt.

Der eigentliche Sinn der Effektivzinsberechnung liegt nämlich für untere Einkommensschichten, die nur die teuren Kredite angeboten bekommen, darin, den Wucher zu ahnen. Durch die überschlägige Berechnung des Effektivzinssatzes kann eine Fachfrau wucherische Kredite erkennen, die man dann zinsfrei erhält.

Ohne darauf einzugehen, wird nun recht ausführlich und umständlich auf den Effektivzinssatz eingegangen, der zu kompliziert zu berechnen sei, weshalb die Verbraucherzentralen die „Uniformmethode“, die dann auch rechnerisch vorgeführt wird, benutzen würden. Auch dies ist falsch, weil diese seit über 10 Jahren von der Rechtsprechung und vom Gesetzgeber für unanwendbar erklärte Formel dort schon lange nicht mehr benutzt wird. Diese Formel kommt für langfristige Kredite zulasten der Kreditnehmer zu unannehmbaren Ergebnissen.

Niemand braucht aber den Effektivzins selber zu berechnen. Wichtiger wäre es zu erklären, was seine wirkliche Funktion ist und wo man ihn berechnet erhält (z.B. bei allen Verbraucherzentralen) und wie man die Indikatoren einfach findet, die deutlich machen, dass die Bank oder der Abzahlungsverkäufer falsch berechnet hat. (Verspätete Auszahlung, aufgezwungene Restschuldversicherung, Vermittlerprovision außerhalb der Bank u.s.w.)

Stattdessen wird den Schülern dann sogar das seit der Steuerreform überholte „Dammum oder Disagio“ im Hypothekenkredit erklärt. Der Bezug zum Thema der Überschuldung im Konsumkredit geht damit vollends verloren.

Überschuldung ist nicht mehr der Grund der Bildung sondern nur noch ein zudem wohl eher fehlgeleiteter Einstieg in eine unkritische Produktkunde. Diese ist z.T. auch noch unrichtig und unverstanden und vermittelt zudem noch den Schülern die Vorstellung, dass diese Materie auch zu komplex zum Verstehen ist. Das von Popitz u.a.¹⁸⁵ in den 50ern analysierte „dichotomische Bewusstsein“ der Arbeiter, wonach sie sich zu klein fühlen, um mit den Arbeitgebern vernünftig sprechen zu können, wird hier im Verhältnis Verbraucher und Banken durch Bildung transportiert.

Allerdings nimmt das Lehrbuch dann eine überraschende Wende im Teil 3 zur „Problemmatisierung“. Nachdem vorher durch einen Budgetplaner für die traditionelle Haushaltsberatung noch die These untermauert wird, dass Überschuldung durch vernünftige Haushaltsführung allein vermieden werden kann, werden nunmehr die globalen Verschuldungszahlen in % des Bruttoinlandsproduktes verschiedener Länder wiedergegeben. Da es sich offensichtlich nicht um Konsumentenkredite sondern um das Kreditvolumen in Deutschland insgesamt handelt, ist der Zusammenhang dieser nicht erläuterten Zahlen (unsinnigerweise wird hier das „Bruttoinlandsprodukt“ erklärt) zum Thema vollkommen unklar und auch offensichtlich falsch.

Im folgenden wird dann ein Kündigungsfall beschrieben, der so aussieht, als ob er tatsächlich so erzählt wurde. Er beginnt schon damit, dass der Überschuldete mit der 6. Klasse „keine Lust“ mehr hatte. Wenn dann folgt, dass der Schüler mit 14 „raus aus der Schule“ war, lässt dies allerdings wiederum Zweifel an der Wahrheit des Falles aufkommen, da es in Deutschland eine darüber hinausgehende Schulpflicht gibt. Nach Heirat, Kinder, Arbeitslosigkeit „kriegt man einen Kredit nach dem anderen, immer haben die uns geschrieben“. Überschuldung als Kreditüberhäufung durch die Anbieter, auf die man sorglos hereingefallen ist. Die Brücke zur Haupteingangsthese wird wieder hergestellt. Auch hier also dieselbe Suggestion subjektiven Verschuldens als wesentlicher Ursache der Überschuldung.

Aus dem „Neuen Bank und Börsen ABC“ wird dann wörtlich eine Definition als scheinbar wissenschaftlicher Beleg abgedruckt, die damit beginnt: „Sich zu Verschulden, das wird immer weniger als Problem angesehen. Leicht hat man einmal sein Girokonto überzogen. Kreditkarten sind ein einfacher Weg zum Bezahlen. Auch dann lebt es sich noch gut weiter.“ Anschließend wird in diesem Zitat dann aber falsch der Begriff der Unternehmensüberschuldung unmittelbar auf den privaten Haushalt übertragen. Der darin benutzte bilanzielle Vermögensbegriff passt nicht auf Privathaushalte, deren einziges Vermögen die Arbeitskraft ist. Deshalb hat die Insolvenzordnung gerade die gesonderte Verbraucherinsolvenz mit ihrem Rehabilitationsgedanken eingefügt. Das Zitat ist daher irreführend.

Warum dann im Anhang eine Statistik der Verbraucherzentrale NRW abgedruckt wird, woraus hervorgeht, dass Arbeitslosigkeit der Hauptgrund der Überschuldung ist, kann angesichts der Subjektivierung der Überschuldung in der gesamten Unterrichtseinheit nur vom Unterrichtenden erraten werden. Die Tabelle wird auch nicht verarbeitet.

185 Popitz, Das Gesellschaftsbild der Arbeiter

Im Ergebnis treffen durch dieses Schulbuch alle Befürchtungen für finanzielle Allgemeinbildung in der Schule ein: Kredite werden unrichtig dargestellt, die Rechtslage ist falsch, die Realität ist verzerrt wiedergegeben, viel unnötiges als „Fachwissen“ verkleidetes Wissen wird kompliziert und abschreckend dargestellt, die Überschuldeten werden als leichtsinnig und bis zur Lächerlichkeit entstellt als sorglose Ausgeber diffamiert, die dabei in Anspruch genommenen Kredite werden auf den hier relativ unbedeutenden Überziehungskredit konzentriert und nebenbei werden eine Vielzahl von Praktiken und Produkten als normal dargestellt, die kritisch zu hinterfragen wären oder deren Darstellung es nicht bedurft hätte.

Im Lichte der hier vertretenen Konzeption finanzieller Allgemeinbildung ist dieses Material unzureichend.

b. Mathematik-Lehrbücher

(1) Allgemeines

Es wurden eine Reihe von Mathematikbüchern aus der Schulbibliothek ausgeliehen, aus der auch Schüler ihre Bücher erhalten. Diese Bücher enthielten implizit in erheblichem Maße Informationen über den Gebrauch von Finanzdienstleistungen, was so nicht erwartet war. Dabei fiel aber auf, dass auch über zehn Jahre alte Mathematikbücher ausgegeben wurden. Eine Nachfrage bei den Lehrern ergab, dass diese aber immer noch im Unterricht verwendet würden. Es sei nicht genügend Geld da, um Schüler jeweils mit dem neueren Stand der Schulbuchliteratur vertraut zu machen. Daher würden auch die alten Bücher Verwendung finden. Die Fortschritte, die in den neueren Mathematikbüchern zu verzeichnen waren, die teilweise wohltuend sich von der kreditfeindlichen Ideologie unterschieden, kommen dabei den Schülern noch nicht zugute. Wir haben im folgenden beispielhaft das Buch „Mathematik Real“ Allgemeine Ausgabe 8, hrsg. von Reinhard Kullien, Cornelsen Verlag, 10/1992 ausgewählt und nach seinen sachlichen Inhalten sowie der damit vermittelten Botschaften für finanzielle Allgemeinbildung hinterfragt.

Das Lehrbuch ist ein Schulbuch für die 8. Klasse der Hauptschule. Es hat 16 Seiten für finanzmathematische Vorgänge reserviert und enthält viele Abbildungen insbesondere eines Sparkassenbuches, einer Sparkasse, einer Folie der Bundesschatzbriefe sowie ein Faksimile der Finanzierungsschätze des Bundes, eine Kleinkreditanzeige, eine Werbeanzeige über Wertzuwachssparen, die Abbildung eines Schecks sowie Erläuterung, was ein IQ ist. Außerdem findet sich dort eine Anzeige „Bausparen, ein kluger Schritt auf dem Weg in die Zukunft“, der als unkommentiertes Werbematerial angesehen werden kann.

(2) Lebensfremde Beispiele

Die Beispiele sind teilweise sehr lebensfremd und nutzen unnötig komplizierte Sachverhalte, die nicht einmal aufgeklärt werden. So heißt es auf Seite 124 "Herr Wagner will im nächsten Jahr ein Auto kaufen. Daher zahlt er DM 12.000, die er aus einer Lebensversicherung erhalten hat, für ein Jahr auf ein Sparkonto ein. Die Bank zahlt ihm nach einem Jahr 5 % von DM 12.000 Zinsen."

Es handelt sich offensichtlich um eine Kapitallebensversicherung und nicht um eine Risikolebensversicherung. Da beide Formen in der Praxis mit verheerender Bedeutung

für die Liquidität unterer Einkommensschichten verwechselt werden, ist es schon erstaunlich, dass auch ein Lehrbuch diese Frage offen lässt.

Dann werden auch noch 5 % Sparzinsen für ein Jahr genannt. Dies ist außergewöhnlich viel und praxisfremd. In der Praxis spart man kein Auto über eine Kapitallebensversicherung an. Gerade die untere Hälfte der Bevölkerung finanziert ihre Autos voll.

Der Fall wird aber noch unrealistischer: "Nach einem Jahr kauft Herr Wagner den Wagen. Ihm fehlen zum Kauf noch DM 12.000. Er leiht sich diesen Betrag bei der Sparkasse. Sie berechnet für ein Jahr 9 % von DM 12.000 Zinsen." Solche Kredite gibt es in der Praxis kaum. Tatsächlich würde Herr Wagner bei der Sparkasse einen Ratenkredit beantragen. Dann aber sind 9 % Zinsen in einem Jahr, in dem 5 % Sparzinsen gezahlt werden, unrealistisch niedrig.

In der Realität hätte Herr Wagner entweder sein Konto überzogen, um den Betrag danach zu erhalten oder aber einen entsprechenden Ratenkredit in Anspruch genommen, bei dem der effektive Jahreszins entscheidend gewesen wäre. Die Kinder lernen hier über den Mechanismus der Autofinanzierung nichts und werden zudem mit einem falschen Gebrauch von Kapitallebensversicherungen konfrontiert, die der privaten Altersvorsorge dienen.

Auch beim Girokonto werden Informationen unterstellt, die so nicht korrekt sind. Auf Seite 135 wird darauf verwiesen, dass bei Banken Schüler und Studenten für Girokonten keine Gebühren zahlen müssen. Anschließend wird über einen Dispositionskredit berichtet für den Zinsen errechnet werden sollen. Dabei wird verschwiegen, dass Kinder unter 18 Jahren keinen Dispositionskredit wirksam abschließen können und daher auch nicht zur Rückzahlung dieser Beträge verpflichtet sind. Den Schülern wird hier ein normales Kreditverhältnis suggeriert, obwohl nicht einmal die Eltern ihnen hierzu die Zustimmung wirksam erteilen können.

(3) Problematische Zinsrechnung

Die Mathematik hat Zinsen als Wachstum für den Investor darzustellen. Solches Wachstum kommt in der Natur ebenso vor. Die Finanzpraxis vereinfacht dies bei Geldgeschäften häufig dadurch, dass sie Zinsen aus der Perspektive der Kapitalnutzer als Kosten darstellt. Statt bei der Zinsberechnung mit einem Baum und seinem Wachstum anzufangen, wird diese falsche Vorstellung aus der Praxis der Geldgeschäfte zur Grundlage gemacht, um sie dann in einer höheren Klasse wieder zu revidieren. Das aus Vereinfachungsgründen in der Wirtschaft Ideologien benutzt werden, sollte den Kindern auch in der 8. Klasse nicht vorenthalten werden. Dies ist wichtig, damit sie erkennen, dass z.B. der p.M. Gebührensatz eine besonders irreführende Ideologie ist und 1 % pro Monat Zinsen dort sich im Ratenkredit auf ca. 24 % p.a. hochrechnen lassen. Im Computerzeitalter sind solche Ideologien durchaus nicht mehr sinnvoll.

Zinsen werden zudem als "Leihgebühr" bezeichnet. Die Beispiele beziehen sich dann auf Bundesschatzbriefe. Die in der Werbung im Faksimile bezeichneten Ratenkredite werden praktisch nicht korrekt behandelt. Beide beziehen sich offensichtlich auf Pro-Monats-Sätze im Ratenkredite, während daneben aber Festkredite berechnet werden. Damit unterstützt das Schulbuch praktisch die falsche Suggestion billiger Kredite im p.M. Satz.

Irreführend ist auch die Erläuterung "Die Zinsrechnung ist eine Anwendung der Prozentrechnung. Dabei werden nur andere Begriffe verwendet." Das wichtige am Zins für die Nutzer von Finanzdienstleistungen ist nicht das % Zeichen sondern das p.a. Zei-

chen. Geldbeträge werden für die Inanspruchnahme von Kapital in der Zeit gezahlt. Die Verwechslung zwischen Bearbeitungsgebühr und Zinsen, zwischen Disagio und anderen in Prozentsätzen angegebenen Anteilen vom Nettokapital, von Zinscaps und Vorfälligkeits“gebühren“ ist damit bereits im Schulbuch vorprogrammiert. Geld ist Zeit muss auch in der Mathematik die Grundlage sein.

Die Zinsrechnung ist eine Anwendung der Prozentrechnung: Dabei werden nur andere Begriffe verwendet.

Dem Prozentwert entsprechen die Zinsen für ein Jahr.	Prozentsatz - Zinsen
Der Prozentsatz heißt im Geldgeschäft Zinssatz.	Prozentsatz - Zinssatz
Der Grundwert wird Kapital genannt.	Grundwert - Kapital

Abbildung 8: Schulbuchauszug Mathematik zur Zinsrechnung

Bei der Berechnung von Zinsen wird eine Kapitalanlage als Beispiel genommen. Das verzinsliche Girokonto oder das Sparkonto wären die lebensnahen Beispiele. Hier werden Bundesschatzbriefe im Faksimile dargestellt und auch mit ihrer eigenen Werbung angepriesen. Dabei wird auch noch zwischen den Typen A und B verbal unterschieden. Es wird aber nicht gesagt, was diesen Unterschied ausmacht. Unnötige Verkomplizierungen schrecken ab.

Tatsächlich erfolgt die Berechnung für einen Bundesschatzbrief mit jährlicher Zinsauszahlung. Der Schüler soll zudem außer acht lassen, dass die Zinsen zu verschiedenen Zeitabschnitten anfallen. Die Schüler sollen sechs Jahre Zinsen ausrechnen, obwohl diese Zinsen niemals in einer Summe bei ihnen anfallen werden bzw. teilweise so frühzeitig sind, dass sie wieder angelegt werden können.

In allen Aufgaben wird nicht unterschieden zwischen einem Nominalzinssatz und einem effektiven Jahreszinssatz. Der Begriff Effektivzins kommt nicht vor.

Bei den Monatszinsen wird den Schülern nicht der Unterschied zwischen einem Nominalzinssatz und einem Pro-Monatsgebührensatz erklärt. Letzterer ist kein Zinssatz, sondern ein mathematisch unsinniger Gebührenparameter, der von Banken aus Vereinfachungsgründen benutzt wird, jedoch den Verbraucher keine Vergleichschance etwa mit Sparzinsen lässt. Hier wird sogar suggeriert, dass der Pro-Monatszinssätze 1/12 eines Jahreszinssatzes sei. Tatsächlich stellen solche im Ratenkredit immer noch üblichen Parameter annähernd nur 1/24 des entsprechenden Jahreszinssatzes dar.

Auf Seite 137 wird ein Bargeld-Sofort-Inserat analysiert und daneben ein Nominalzinssatz ausgerechnet. Diese Berechnung widerspricht der Preisangabenverordnung und vermittelt einen falschen Eindruck, weil der Ratenkredit wie ein Festkredit gerechnet wird.

Dass Personen solche Sofortkredite über Kleininserate aufnehmen, wird immerhin teilweise zutreffend damit begründet, dass solche Personen bei den Banken keine Kredite mehr bekämen. Ratschläge oder Hinweise, wie man mit dieser Situation umzugehen hat, fehlen. Vielmehr wird unterschwellig suggeriert, dass dieser Personenkreis überhaupt keine Kredite bekommen solle und dürfe. Dies ist aber eine fatalistische Einstellung für Menschen in Liquiditätskrisen.

Bei der Kapitalanlage in Bundesschatze sollen die Schüler mit der einfachen Nominalzinsformel rechnen. Dabei wird verschwiegen, dass diese Formel keine Zinseszins-

effekte berücksichtigt. Diese werden erst in einer höheren Stufe in Mathematik gelernt. Es prägen sich aber bei den Jüngeren bereits falsche Zinsberechnungen ein.

Am Beispiel eines Sparratenplanes wird (S. 132) dann an anderer Stelle doch der Zinseszins eingeführt. Allerdings wird im Unterschied zur Praxis, wo monatliche Einzahlungen erfolgen, von jährlichen Zahlungen ausgegangen.

Zinseszinsprobleme ließen sich an einem einfachen Beispiel durchaus demonstrieren, wenn man z.B. zwei Schüler denselben Betrag mit Zinsentnahme und ohne Zinsentnahme auf ein Sparguthaben einzahlen lässt oder aber die Reihe A und B der Bundesschatzbriefe aus der Werbung gegenüberstellt und die Schüler fragt, warum auch bei gleichen Renditen die Auszahlungsbeträge unterschiedlich sein müssen. Hier geht es um Verstehen und nicht um Rechnen.

Mathematiklehrer müssten zudem erklären, warum nicht auch in der 8. Klasse mit einem Tabellenkalkulationsprogramm am Computer vorgerechnet werden kann. Rechnen der Zukunft sollte zumindest, wenn finanzielle Allgemeinbildung einbezogen werden soll, eher das Verständnis der Berechnungen durch die Computer als deren Simulation im Kopf bedeuten.

(4) Liquidität von Anlagen

Immer wieder wird der Eindruck vermittelt, Sparen und Liquidität seien ein Gegensatz.

So ist z.B. der Hinweis falsch, dass man der Bundesbank beim Kauf von Bundesschatzbriefen für sechs Jahre Geld leiht. Damit wird der Eindruck erweckt, man sei bei Bundesschatzbriefen an die Kapitalhingabe gebunden. Tatsächlich ist deren Vorteil die Liquidität, wie es auch im Faksimile der Werbung kleingedruckt erkennbar ist. Die wichtige Botschaft, dass Bundesschatzbriefe eine sichere, relativ hoch verzinsliche, gefahrlose und für Liquiditätsengpässe leicht auflösbare Anlage darstellt, die gerade für untere Einkommenschichten geeignet ist, wird den Schülern nicht vermittelt.

In einem Kasten sind dann sogar die aktuellen Rechtsverhältnisse für Sparkonten falsch dargestellt. Die Aussagen waren 1992 bei Abfassung des Buches noch korrekt. Da die Schulbücher aber weiter verwandt werden, lernen die Kinder hier etwas falsches, wenn es heißt, dass bei Sparkonten der Kunde festgelegte Kündigungsfristen einhalten muss. "Die gesetzliche Kündigungsfrist ist für Beträge über DM 2.000 zur Zeit drei Monate." Die Schüler bekommen den falschen Eindruck, dass man an Sparguthaben nicht herankommt. Dies schreckt vom Sparen unnötig ab, weil nach Untersuchungen gerade Unterschichten immer eine jederzeit verfügbare Liquiditätsreserve behalten. Das Sparguthaben ist hier eine durchaus geeignete Form.

Tatsächlich war es schon immer gängige Praxis der Banken, gegen Abzinsung die Verfügung auch über größere Summen zu ermöglichen. Dieses Wissen ist auch deshalb wichtig, weil es unsinnig wäre, bei bestehenden Sparguthaben deshalb Kredite aufzunehmen, weil man an das Sparguthaben scheinbar nicht herankommt. Ein wesentliches Problem der Überschuldung besteht häufig darin, dass überredet durch Vertreter oder aufgrund eigener Fehlvorstellungen Guthaben in Kapitallebensversicherungen und Bausparverträgen unangetastet bleiben und sogar weiter aufgebaut werden, während man mit Krediten versucht, seine Liquiditätskrise zu meistern.

Ähnlich falsch ist auch der Hinweis, dass man an Festgeldkonten nicht vorzeitig herankommen kann. Die Bank kann mir dies immer erlauben. Sie tut es auch. Man verliert dann in der Praxis nur den Zinsanspruch für diesen Monat.

(5) Kredit und Sicherheit vermischt

Bei den Übungen findet sich das bei einer Hausfinanzierung. Darin heißt es "Sie belasten dann Ihr Haus mit einer Hypothek. Dadurch erhält die Bank das Recht, das Haus zu verkaufen, wenn der Käufer seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommt." Dieser Hinweis ist zunächst nicht korrekt. Es werden keine Hypotheken, sondern Grundschulden eingetragen. Diese begriffliche Unterscheidung der Sicherheiten ist wichtig, weil Bauherren und Baufrauen z.B. bei der Vorfälligkeitsentschädigung, die man nicht zahlen kann oder will, wissen müssen, dass in Deutschland die Belastung des Grundstücks auch noch besteht, wenn man die Schuld abbezahlt hat und man daher in einer Zwangslage steht. (Grundschuldenmodell gegenüber dem ausländischen Hypothekenmodell) Im vorliegenden Fall geht es aber gar nicht um Sicherheiten, sondern um den Kredit. Deshalb ist es hier auch unnötig, zusätzlich noch die falsche Behauptung aufzustellen, die Bank habe das Recht, ein Haus zu verkaufen. Sie kann nur die Zwangsversteigerung einleiten.

Stattdessen sollte man den Kredit in den Mittelpunkt stellen. Stattdessen heißt es umgangssprachlich: „Herr Grüner musste sein Haus mit drei Hypotheken beim Kauf belasten. Die angegebenen Zinssätze hatte er mit seiner Bank vereinbart.“

Es werden zwei Zinssätze miteinander verwechselt. Die Grundschulden haben einen eigenen Zinssatz, der mit dem Kreditzinssatz in der Regel nichts zu tun hat. Richtig hätte es heißen müssen, dass er Hypotheken"kredite" aufgenommen hat. Diese Hypothekenkredite belasten dann allerdings nicht sein Haus, sondern sein privates Einkommen. Daraus müssen sie auch zurückbezahlt werden.

(6) Tilgungen werden außer Acht gelassen

Wie in allen Beispielen wird bei den Kreditbeispielen die Tilgung bei der Berechnung außer Acht gelassen. Deshalb müssen sie entweder große Beträge bei der Rückzahlung erben oder eine Lebensversicherung wird fällig. Die Berechnung mit kontinuierlicher Tilgung erscheint wohl als zu kompliziert.

Dadurch wird aber ein ganz falsches Bild vermittelt. Die Tilgung ist das wesentliche Element zum Verstehen von Konsumkrediten, die monatliches Einkommen vorzeitig verfügbar machen. So wäre es wesentlich, dass die Schüler lernen, dass die Kreditaufnahme in einem Äquivalent für den Verbrauch ihrer Güter steht und damit die Verbrauchszeit und die Tilgungszeit ihres Kredites aufeinander abgestimmt werden muss. Solche Ratenkredite oder Annuitätendarlehen in der Baufinanzierung kann man auch mit 14jährigen berechnen. Hierfür beschränkt man sich auf die Berechnung der ersten beiden Monate, die jeder für sich gerechnet werden. Man muss dann lediglich statt des Zinssatzes mit dem Zinssatz die Zinsen ausrechnen. Der Lehrer kann dann die restlichen Berechnungen über den Computer ausdrucken, so dass die Schüler dies verstehen. Sie sollten das System der Berechnung lernen und nicht zu kleinen Bankern ausgebildet werden, die selber Zinssätze im Kopf errechnen, was heute niemand mehr in der Praxis tut. Nur dann würden sie auch etwas über die Realität lernen. So heißt es auf Seite 124 "Die Banken achten darauf, dass sie mehr Zinsen einnehmen, als die ihren Kunden zahlen".

(7) Komplexität und Vereinfachung

Unsinnige Verkomplizierungen enthalten Informationen über die Versteuerung der Zinsen. Hier kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, als ob hier Schüler auf ihre

zukünftige Steuerpflicht vorbereitet werden sollen, was mit der Zinsberechnung nichts zu tun hat. Außerdem enthält der Text noch den Zustand vor Einführung der Zinsabschlagsteuer und suggeriert eine allgemeine Steuerpflicht, die vor allem für Unterschichten faktisch nicht besteht.

Die Berechnung von Finanzierungsschätzen des Bundes benutzt ein Beispiel, das für den Normalbürger nur eine sehr geringe Rolle spielt, weil sie in zu geringer Stückelung angeboten werden.

(8) Werbung

Es ist problematisch konkrete Produkte bestimmter Anbieter über deren eigene Werbung und Darstellung in den Mittelpunkt zu stellen, ohne dabei auch die Kritik mit einzubeziehen. Im Mathematikunterricht könnte der Staat leicht vorführen, wie man Werbung als objektiv richtig zu akzeptieren hätte. Dass gerade die problematischsten Produkte für irreführende Werbung, die Kapitallebensversicherung und das Bausparen, die beide mit hoher Provisionsbelastung im Haustürgeschäft abgesetzt werden, quasi als Normalfall unkritisch im Mathematikunterricht auftauchen, lässt wenig kritische Distanz erkennen.

So wird auf Seite 138 direkte Werbung für Bausparen reproduziert. „Ein kluger Schritt auf dem Weg in die Zukunft.“

Dabei wird eine Abart der Bausparfinanzierung in den Vordergrund gestellt, nämlich die Bauspar-Sofortfinanzierung. Diese äußerst ungünstige Finanzierungsform, bei der Personen ihr Bausparguthaben über einen Kredit finanzieren, wird als normal hingestellt. So heißt es "Darlehen, die eine Bausparkasse gewährt, bevor man das Geld aus einem Bausparvertrag erhält, nennt man Zwischenkredit. Familie Schmidt musste bei der Bausparkasse einen Zwischenkredit über DM 36.000 für neun Monate aufnehmen. Erst nach dieser Zeit erhält sie das Geld aus einem Bausparvertrag zu günstigeren Bedingungen." Diese Information ist zunächst falsch, weil Familie Schmidt das Geld nicht aus dem Bausparvertrag erhält, sondern aus dem Bauspardarlehen. Auch ist es äußerst unratsam zu behaupten, die Familie Schmidt hätte einen Zwischenkredit „gebraucht“.

Die Zinssatzberechnung des Zwischenkredites ist deswegen inkorrekt, weil die Kreditsumme dadurch überhöht ist, dass der Kunde zur gleichen Zeit ein Guthaben in einem Bausparvertrag hat, das sich mit nur 2 % p.A. verzinst, während er genau für dieses Guthaben Kreditzinsen zahlen muss, die in diesem Beispiel bei dem vierfachen mit 8 % liegen dürften. Auch das zweite und dritte Beispiel handelt von Zwischenkrediten. Ein normales Bauspardarlehen wird überhaupt nicht erwähnt geschweige denn erläutert.

Da bei der Bausparsofortfinanzierung kein Anspargang vorliegt, sondern das Bausparen nur als Form missbraucht wird, um trotz anders lautendem gesetzlichem Auftrag im Bausparkassengesetz Sofortfinanzierungen anzubieten, befördert der Mathematikunterricht ein gefährliches Produkt. Da die Konstruktion zunächst alle Tilgungen aussetzt, verschiebt sie die gefährlichen Belastungen in die Zukunft. Dies sollte den Kindern nicht verschwiegen werden, wenn man überhaupt ein so unsinniges Produkt berechnen will. Dass die Berechnung dann auch zu einem wirtschaftlich falschen Ergebnis führen muss, ist dann schon eher nebensächlich.

(9) Zusammenfassende Beurteilung

Die Mathematiklehrbücher bemühen sich zunehmend ihre Beispiele in der Zinsrechnung aus der Finanzdienstleistungspraxis zu nehmen. Es drängt sich jedoch der Eindruck auf, als ob es dabei darum geht, die bestehende Praxis möglichst als solche so nachvollziehbar zu gestalten, dass sie als richtig erkannt werden kann.

5 Darlehen, die eine Bausparkasse gewährt bevor man das Geld aus einem Bausparvertrag erhält, nennt man Zwischenkredit. Familie Schmitt mußte bei einer Bausparkasse einen Zwischenkredit über 36000 DM für 9 Monate aufnehmen. Erst nach dieser Zeit erhält sie das Geld aus einem Bausparvertrag zu günstigeren Bedingungen. Die Bausparkasse berechnet für diesen Zeitraum 2712 DM Zinsen. Berechne den Zinssatz p.a. der Bausparkasse für den Zwischenkredit.

BAUSPAREN

ein kluger Schritt
auf dem Weg in die Zukunft



Abbildung 9: Bauspardarlehen im Schulbuch

die Mathematik sich als angewandte Wissenschaft auch der Praxis zuwendet, um die vor allem in Deutschland bei Schülern festgestellten mathematischen Defizite durch höhere Motivation und höheren Nutzwert zu überwinden, so wichtig ist es aber auch, dass dies nicht ohne Verständnis der Mathematiker für die wirtschaftlichen Abläufe, auf die sie ihre Formeln anwenden möchten, geschieht. Hier ist ebenso wissenschaftlicher Input aus Ökonomie, Rechtswissenschaft und Soziologie erforderlich wie es die eigentlichen Techniken der Mathematik selber erfordern.

Deshalb wundert es nicht, dass die Produktbeschreibungen selbst für äußerst problematische Produkte wie die Bauspar- sofortfinanzierung sogar die Anbieterwerbung wörtlich übernimmt. Bei allen Berechnungen dominiert eine Anbieterperspektive, die die Probleme der Liquidität und der Funktionalität von Finanzdienstleistungen außer Acht lassen.

Dies geht dann sogar so weit, dass die Beispiele den Zusammenhang zwischen Einkommen und Kredit vollständig auch entgegen der Realität der Produkte außer Acht lassen und Tilgungskredite ausschalten. Rechtsverhältnisse um Anlageprodukte werden falsch dargestellt. Komplizierte Produkte werden so vereinfacht, dass die wesentlichen Probleme unkenntlich werden.

Dort wo die Mathematik kritisches Potenzial hätte, wie es etwa seit Jahren in den teilweise schon polemischen Publikationen von Seckelmann¹⁸⁶ der Finanzwelt entgegengehalten wird, werden p.M. Gebührensätze, Nominalzinssätze nicht nur unkritisch hingenommen, sondern auch noch nachvollzogen.

Selbst der Zusammenhang von Zins und Zeit erscheint nicht zentral sondern unter der Prozentrechnung versteckt. Dafür werden unkritisch Verschuldungsideologien transportiert. So wünschenswert es ist, dass

186 Vgl. Seckelmann, Zinsrecht.

Mathematiklehrbücher in Schulen sind somit ein wesentliches und wichtiges Instrument der finanziellen Allgemeinbildung. In ihrer jetzigen Form zeigte das besprochene ebenso wie die anderen gesichteten Bücher jedoch noch nicht die hierzu notwendige Eignung.

c. Anbietermaterialien

Verschiedene Anbieter von Finanzdienstleistungen entwickeln für die unterschiedlichen auf allgemein ökonomische oder auch auf die privaten Finanzen bezogene Fragestellungen Unterrichtsmaterialien. Beispielhaft ist hier der Bundesverband deutscher Banken zu nennen, der das Programm SCHUL/BANK aufgelegt hat. Dieses liefert in Printform grundlegende wie auch aktuelle Informationen zu wirtschaftlichen Sachverhalten unter den übergeordneten Themenbereichen Banken, Geld und Volkswirtschaft¹⁸⁷. Hierbei gibt es getrennte Ansatzpunkte für Schüler (Fragebögen zu den einzelnen behandelten Themengebiete als Wissensüberprüfung und –festigung) und Lehrer (Musterantworten, didaktische Schrittfolgenvorschläge für den Geldunterricht). Die Unterrichtsmaterialien haben nach Auskunft des Bundesverbandes eine große Resonanz.¹⁸⁸

Der Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft bietet Unterrichtsmappen für die Sekundarstufe an. Unter dem Thema „Gesicherte Zukunft planen“ informieren diese über staatliche und private Versicherungen sowie über Altersvorsorge. Diese Informationsprospekte geben eine erste Orientierung über das Versicherungsspektrum, die Hintergründe und Eigenschaften der einzelnen Versicherungs- oder Vorsorgearten sowie Abgrenzungen untereinander in Leistung und Zielaufgabe. Das erworbene Wissen können Schüler und Lehrer in kurzen, zusammenfassenden Tests überprüfen. Eine pädagogische Handreichung bietet den Lehrenden eine Zielübersicht für die einzelnen Unterrichtsstoffabschnitte sowie methodische und didaktische Anregungen.

Der Sparkassen Schul Service wurde bereits im Rahmen der Interviews von den befragten Lehrern und Lehrerinnen als am meisten genutzte Quelle für Unterrichtsmaterialien erwähnt. In Zusammenarbeit mit dem Sparkassenverlag werden Unterrichtsmaterialien zur finanziellen Allgemeinbildung von Schülern („Geld“ und „Wirtschaft“) bereitstellt. Hierzu gehören ca. 150 Materialien wie Übungsmappen, Folien, Wissenstests, Lehrfilme etc. (vgl. hierzu auch das Angebot des DSGVO). Mehrere Sparkassen¹⁸⁹ bieten ihren Schulservice auch online an, wobei den Lehrern zunehmend Downloads von Unterrichtsmaterialien (Folien, Fragebögen...) und bald auch komplette Unterrichtseinheiten zur kostenlosen Verfügung gestellt werden. Das für diese Untersuchung relevante Thema „Geld“ ist in vier Abschnitte unterteilt: Giroverkehr, Sparen/Geldanlage, Kredit und die Rolle des Geldes.

187 Eine zuständige Mitarbeiterin des BdB äußerte, dass speziell zu den Themen Kredit und Kontoführung bezogen auf die private Lebensführung/Überschuldung nichts in den von ihnen erstellten Broschüren vorkommt. Schwerpunkt sind allgemeine Informationen zu den Themen Euro, Geld, Bankwesen, Wirtschaft allgemein und Übergang von Schule in Berufsleben.

188 Die Gesamtauflage der Wirtschaftsmappen „Materialien für den Unterricht“ beträgt ca. 25.000 Stück, in den Verteiler für das monatlicher Newsletter sind ca. 65.000 Lehrer und Lehrerinnen eingetragen.

189 Beispielsweise die Stadtsparkasse München unter <http://www.sparkassen-schulservice.de/SPK/SSKMuenchen/SSERVICE/>.

Es würde zu weit führen, diese Fülle an Material adäquat darzustellen. Grundsätzlich handelt es sich um Materialien der Anbieterseite, deren wesentliche Botschaft interessengeleitet darauf hinweist, dass die bestehenden Angebote so sind und auch so richtig sind. Man kann, auch wenn es sich um unabhängige Stiftungen handelt, wohl kaum erwarten, dass der hier verfolgte interaktive Ansatz einer Bildung beider Seiten, der Angebots- wie der Nachfrageseite, zu einem besser die Armut verhindernden System, von der Angebotsseite selber bewältigt werden kann.

Am Beispiel der Materialien der Sparkasse München wird aber auch deutlich, dass die Anbieterseite hier eine wichtige und vor allem entideologisierende Bedeutung haben kann.

Wohlthuend setzen sich die sachlichen Beschreibung unter dem Stichwort „Kredit“ von den moralisierenden Stellungnahmen zur Überschuldung ab. Dabei wird das System der Finanzdienstleistungen als technisches System dargestellt, das aus den Bedürfnissen der Wirtschaft entstanden ist. Allerdings werden dabei die Bedürfnisse der Verbraucher nur in ihrer Nachfragefunktion, nicht jedoch in ihrer Funktion als Sicherung der Sozialexistenz soziologisch hinterfragt und auf das Arbeitseinkommen bezogen, wenn es heißt:

Ein Kredit bringt Vorteile für beide: Der Kreditgeber bekommt Zinsen, und der Kreditnehmer kann z. B. mit Kredit seinen Betrieb rationalisieren, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Typisch für einen Kredit ist es, dass der Kreditgeber eine Leistung in der Gegenwart erbringt und damit zum Gläubiger wird, während der Kreditnehmer als Schuldner sich verpflichtet, die Gegenleistung erst in der Zukunft zu erfüllen. Von der Möglichkeit, fremde Mittel in Anspruch zu nehmen, um einen zeitlichen Vorsprung zu nutzen, machen sowohl Privatpersonen als auch Unternehmer und öffentliche Stellen Gebrauch.

Wo es um die Marktfunktionen der Nachfrage und des Angebots geht, sind die Ausführungen klar, präzise und auch korrekt, wie man es von einer Bank auch nicht anders erwarten sollte:

Überlegt ein Haushalt, ob es sinnvoll und wirtschaftlich ist, einen Kredit aufzunehmen, so muss er sich auch über die Kreditkosten informieren und Vergleiche anstellen. Der Vergleich wird durch unterschiedliche Zinsbelastungen wie Monatszins, Jahreszins, Auszahlungszu- und -abschläge sowie Bearbeitungsgebühren erschwert. Die Kreditgeber sind verpflichtet, in diesen Fällen jeweils den Effektivzinssatz, d.h. die effektive, jährliche Verzinsung des Kredites, anzugeben. Dieser Effektivzins ermöglicht auch bei unterschiedlichen Kreditkonditionen der einzelnen Kreditgeber problemlos den Zinsvergleich. Die wesentlichsten Informationsquellen sind: Beratung, Prospekte, Schriftverkehr, Gebührenaushang, Antragsvordrucke.

Anschließend werden dann Kreditarten wie sonstige Produkte dargestellt und unter den Rubriken „1. Kreditarten und Verträge; 2. Dispositionskredit; 3. Einteilung von Krediten; 4. Allzweckdarlehen mit Laufzeitzinssatz; 5. Grundschuld/Hypothek; 6. Der richtige Umgang mit Krediten“ korrekt beschrieben.

Dies trifft etwa auch für die Zinsangaben zu, wo der Ratenkredit korrekt erklärt wird:

Bei einem Zinssatz pro Monat von 0,5 % und einer Laufzeit von 36 Monaten beträgt er nicht 6 % im Jahr ($0,5 \times 12$). Man muss berücksichtigen, dass die Bearbeitungsgebühr hinzukommt (2 %) und die Zinsen über die gesamte Laufzeit für die ursprüngliche Kreditsumme bezahlt werden müssen. Der effektive Jahreszins beträgt hier 13,06 %.

Nachdenklich muss aber hier stimmen, dass die bei Teilen der Banken und eben auch im Sparkassensektor noch übliche Nutzung des p.M.-Gebührensatzes hier als „Zinssatz“ bezeichnet wird. In der oben wiedergegebenen Definition können die Schüler nicht ver-

stehen, dass dieser „Zinssatz“ falsch ist und nicht mit 12 multipliziert den richtigen Zinssatz ergibt. Es müsste ihnen deutlich gesagt werden, dass dieser Satz bewusst falsch gewählt wird, um angeblich die Berechnung der Kreditkosten zu vereinfachen. Damit wäre aber auch Selbstkritik verbunden.

Die Problematik wird noch dadurch verschärft, dass die Sparkasse auch noch die Aufgabenstellung für die Schüler mitgibt, mit solchen merkwürdigen Parametern zu rechnen, ohne zu verstehen, warum es sie eigentlich gibt..

SIND DIESE KREDITWÜNSCHE ZU VERWIKRLICHEN? JA NEIN

Familie Müller möchte für eine Wohnzimmereinrichtung einen Kredit in Höhe von 10.000 DM aufnehmen. Der Zinssatz beträgt 0,47 % pro Monat. Der Kredit ist nach zwei Jahren vollständig zurückzuzahlen. Die Bearbeitungsgebühr beträgt 2 %. Familie Müller kann monatlich max. 550 DM zurücklegen.

Errechne die Zinsen nach folgender Formel: $\text{Zinssatz} \times \text{Laufzeit (Monate)} \times \text{Kreditbetrag} / 100$.

In dem Beispielsfall ergeben sich bei 10.000.- DM Kreditbetrag auf 36 Monate für 0,5 % p.M. zzgl. 2 % Bearbeitungsgebühr $10.000 \times 36 \times 0,5 \% + 2 \% \times 10.000 = 2.000$ DM Kosten. Eine ähnliche Abschätzung ließe sich aber auch dadurch vornehmen, dass man den auch schon in der Werbung vorgeschriebenen korrekten Effektivzinssatz benutzt, was angeblich für Verbraucher zu schwierig sein soll.

Mit dem Effektivzinssatz von 13,6 % p.a. könnte man bei einem Ratenkredit die Hälfte der Kosten eines gleich lang dauernden Festkredits berechnen. Die Formel wäre dann $\text{Kreditbetrag} \times \text{Effektivzinssatz} \times \text{Laufzeit}/24$. Mit dem Taschenrechner wären dann $10.000 \times 13,6 \% \times 36/24 = 2.040$ DM Kosten zu errechnen. Das wäre nur ein Näherungsergebnis aber kein Kunde wird jemals der Bank die Kreditkosten ausrechnen müssen. Würden solche Berechnungen mit den Schülern durchgeführt, dann würden sie zugleich etwas über Zeit, Tilgung und Effektivzinssatz erfahren statt sich an unsinnige und mathematisch falsche Parameter zu gewöhnen.

Natürlich müssen die Schüler auch die Praxis der Sparkassen nachvollziehen können, auch wenn sie längst überholte Parameter benutzt, die schon viele Verbraucher getäuscht haben und sogar 1978 einmal beim Oberlandesgericht Köln zu einer peinlichen Gerichtsentscheidung mit falscher Zinsrechnung geführt haben. Allein ohne die kritische Hinterfragungsmöglichkeit kann dies nicht als eine mit emanzipatorischem Anspruch auftretende finanzielle Allgemeinbildung angesehen werden.

Ein weiteres Defizit neben der fehlenden Produktkritik¹⁹⁰ ist die unzureichende Problemorientierung in der Anbieterdarstellung. Anbieter tendieren in ihrer Bildung immer zur Werbung. In der Werbung funktioniert alles im wesentlichen problemlos. Insbesondere können sie keine Verantwortung für Probleme übernehmen, weil sie diese Verantwortung für das Scheitern in ihren Bedingungen gerade den Schuldnern zuweisen.

Anbieterbildungsmaterialien sind daher dort, wo sie objektiv sind, nicht problemorientiert und dort, wo sie problemorientiert sind, nicht objektiv.

Soweit Probleme behandelt werden, entstehen sie in diesen Darstellungen immer durch nicht sachgemäßen Umgang mit den Produkten und Dienstleistungen und nicht

190 Interessanterweise kritisieren die Sparkassen durchaus zutreffend die Kreditvermittler. Von daher wäre es denkbar, dass die verschiedenen Anbieter sich auch gegenseitig in den Materialien kritisieren würden und die Schulen dann die Auswahl hätten. Eine solche Kritik wird aber in Deutschland weitgehend durch das Gesetz über den unlauteren Wettbewerb behindert.

durch nicht sachgemäße Produkte und Dienstleistungen. Der Verbraucher enthält in wohlthuender Sachlichkeit gute und wohl gemeinte Ratschläge, wie er die Nutzung verbessern kann. Dies blendet jedoch gerade im Bereich prozeduraler Armut alle diejenigen Situationen aus, wo die Verbraucher kaum noch Handlungsspielräume haben, wo es darum geht, sich gegenüber der Anbieterseite durchzusetzen und wo Rechte in Anspruch genommen werden müssen, um sich der in der Marktwirtschaft angelegten Diskriminierungstendenzen zu erwehren.

Der richtige Umgang mit Krediten. Der sorgfältige Umgang mit dem Instrument Kredit will gelernt sein. Die Kaufangebote unserer Marktwirtschaft sind verlockend groß. Die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Einzelnen aber sind unterschiedlich und oft sehr begrenzt. Das bedeutet, dass insbesondere Kinder und Jugendliche lernen müssen, sich in der Fülle der Angebote zurechtzufinden und ihre eigenen Geldmittel realistisch einzuteilen. Die Kreditmentalität in Deutschland hat sich grundlegend geändert und hat einen starken Einfluss. Zwar gibt es nach wie vor eine Menge Menschen, für die das Aufnehmen von Krediten etwas Beängstigendes ist, für andere jedoch gehören Sparen und Kreditaufnehmen zusammen wie Jacke und Hose zu einem Anzug. Damit die Wunschträume jedoch nicht zu Alpträumen werden, muss in jedem Fall bevor ein Wunsch erfüllt wird überlegt werden, wie die Finanzierung darzustellen ist. Einer Kreditaufnahme sollte stets eine sorgfältige Budgetplanung vorausgehen. Nur so kann man überblicken, ob der Kredit überhaupt finanzierbar und ohne Schwierigkeiten abzahlbar ist. Dazu sind die Einnahmen sämtlichen Ausgaben gegenüberzustellen. Dies sollte als längerfristige Übersicht erfolgen, damit auch unregelmäßige Einnahmen und unregelmäßige Ausgaben erfasst werden. Hierfür gibt es brauchbare Hilfsmittel wie eine Einnahmen-/Ausgabenrechnung oder eine Haushaltsplanung, das beim Geld und Haushalt Beratungsdienst der Sparkassen Postfach 25 80 53004 Bonn angefordert werden kann.

Problematisch wird es auch, wenn solche Texte dann als Lückentexte zum ausfüllen angeboten werden, die dann zudem unvollständig sind:

Um zu verhindern, dass Ratenkäufer wegen _____ Zahlungsschwierigkeiten in eine fast ausweglose Situation geraten, schreibt das Gesetz vor, dass der Kreditgeber den Ratenkredit erst _____ darf, wenn sich der Kreditnehmer mit mindestens zwei aufeinander folgenden _____ um mindestens 10 % des Kreditbetrags im _____ befindet.

Hier fehlt die gesetzliche Verpflichtung des Kreditgebers, mit dem Kreditnehmer in einem Gespräch Lösungsmöglichkeiten zu erörtern.

Im Ergebnis kann man behaupten, dass die Beiträge der Anbieterseite dann eine wertvolle Unterlage für den Schulunterricht sind, wenn sie auf entsprechende Unterlagen aus der Verbraucherperspektive stoßen und die Schule in der Lage wäre, beide Seiten angemessen in einen moderierenden problemorientierten Unterricht einzubringen. Dies scheint allerdings bisher nicht gewährleistet zu sein, da wie die Schulbuchverlage zur Verteidigung ihrer Inaktivität vortragen, Lehrer individuell sich entweder für die eine oder andere Seite entscheiden, ihnen die Kompetenz zur Integration fehlt und zudem noch alle Materialien nicht auf Diskussion mit der Gegenseite, sondern mit dem Anspruch der abschließenden Information unentgeltlich angeboten werden.

d. Schuldnerberatungsstellen und Verbraucherzentralen¹⁹¹

Während die Anbieter vom Produkt her informieren und dessen vernünftigen Gebrauch vermitteln, nehmen vor allem sozial orientierte gemeinnützige Beratungseinrichtungen aktiv an der schulischen Bildung teil, die vom Problem des Nutzers der Finanzdienstleistungen ausgehen. Dies erscheint für die Verbraucherverbände, denen von jeher die kritische Verbraucherbildung als Aufgabe zugeordnet wurde, selbstverständlich. Tatsächlich ist aber nicht gelungen, finanzielle Allgemeinbildung als Gruppenberatung bei den Verbraucherzentralen zu etablieren. Selbst präventive Finanzberatung wird von den Verbrauchern nicht angenommen. Es gilt dort wie in der gesamten Bildungsarbeit der Grundsatz, dass dort, wo kein Zwang zur Bildung wie etwa in der Schule vorhanden ist, der Ansatz am Eigeninteresse immer spezifisch, konkret und das glaubhafte Versprechen eines erheblichen unmittelbaren Nutzens vorhanden sein muss. Gruppenberatungen und Weiterbildungsangebote der Verbraucherverbände haben daher nur in solchen Bereichen Erfolg bekommen, wo wie in der beabsichtigten Baufinanzierung oder bei der privaten Altersvorsorge vor allem die obere Mittelschicht die Bedeutung dieser Investitionen erkennt und die persönlichen Kosten der Teilnahme als tragbar ansieht sowie sich von der Bildung Hilfe bei der Auswahl des günstigsten Produktes erwartet. Probleme der Alltagsnutzung insbesondere Zielsparen, Konsumentenkredite, Kontofragen und Fragen der Risikoversicherungen reichen hierfür nicht aus.

Die von Armut bedrohten Schichten werden auf diese Weise in aller Regel nicht erreicht, zumal auch diese Angebote kostenpflichtig sind. Diese Verbraucher wollen eine individuelle Beratung und Hilfe, wenn sie ein konkretes für sie unlösbares Problem haben. Die Transaktionskosten für die Problemvermeidung sind ihnen jedoch zu hoch. Das schließt im Einzelfall nicht aus, dass eine solche Beratung auch einmal kollektiv als Gruppenberatung erfolgen kann wie in den 80er Jahren bei den sittenwidrigen Ratenkrediten oder jüngst bei den massenhaft mit Steuersparmodellen geköderten gescheiterten Immobilienanlegern. Immer aber muss es sich um hohe Gewinnmöglichkeiten aus dieser Beratung handeln.

Dieselbe Erfahrung machen auch Schuldnerberatungsstellen, die mit eigenen Angeboten die von Insolvenz Bedrohten nicht erreichen können. Die Verbraucherinnen kommen erst zu ihnen, wenn die Zahlungsunfähigkeit begonnen hat. Andererseits sehen es die hierfür geschaffenen und weitgehend mit öffentlichen Geldern unterstützten Einrichtungen als ihre Aufgabe an, die bei ihnen behandelten Probleme nicht nur zu verwalten, sondern auch zu ihrer Prävention etwas beizutragen. Da sie für diese Aufgaben auch besondere staatliche Mittel erwarten können, besteht eine entsprechend fortdauernde Interesse daran, das sich mangels eigenen Zugangs in der Weiterbildung auf die Schulen ausrichtet. Sie gelten als Problemspezialisten und als nicht Interesse geleitet, so dass auch hier ein erleichterter Zugang besteht.

Schuldnerberatungsstellen, Verbraucherzentralen und die jetzt in dem Verbraucherzentralen Bundesverband aufgegangene Stiftung Verbraucherinstitut bieten Unterrichtsmaterialien sowie auch Unterrichtseinheiten in Projektform zu den Oberthemen

191 Hinzuweisen ist noch auf die von dem Fachbereich Haushalts- und Ernährungswissenschaften der Carl v. Ossietzky Universität in Oldenburg entwickelte Unterrichtseinheit zum Thema „Schulden: Wo ist das Problem?“, die einen persönlichen Schuldencheck für Schüler zur Vermeidung von Schulden enthält.

„Umgang mit Geld“ bzw. „Schuldenprävention“ an. Teilweise werden von ihnen auch Lehrerfortbildungen in diesem Bereich durchgeführt.

So bietet der Verein Schuldnerhilfe e.V. Essen den „Schuldenkoffer“¹⁹² an, der sich an interessierte Fachkräfte in Schule und Sozialarbeit wendet und Unterrichtsmaterialien enthält. Es werden Projekte zur Durchführung praxisnaher und erlebnisorientierter Aktionen, Overheadfolien zur grafischen Veranschaulichung des Themas, Materialien zur Hintergrundinformation über Verschuldungssituation und –ursachen, Ergänzungen anderer Institutionen zur Erweiterung des Angebotsspektrums, ein Schuldenlernspiel KOHLOPOLY, ein Würfelspiel zum Thema Spaß und Geld sowie Videofilme, ein Hörspiel, ein Taschenbuch und unterschiedliche Falblätter bereit gestellt. Ziel ist vor allem die Enttabuisierung der Themen Ver- und Überschuldung in der Öffentlichkeit und in den Köpfen von jungen Menschen, die Aufklärung Jugendlicher und junger Erwachsener über die Risiken von Konsumentenkrediten, Fördern der Eigenverantwortlichkeit, wirtschaftlicher Selbstständigkeit, kritischen Umgang mit eigenen Konsumwünschen und die Stärkung der Handlungskompetenz junger Menschen in Bezug auf Geld und Konsum. In den Texten heißt es dann:

IN-sein ist das (ZWEIT)Größte; Ohne Moos nix los; Ohne den Kram bist Du ein armes Würstchen; 'Ich mach doch kene Schulden';...uuun tshüss; oder mal was anderes

Junge Menschen sollen angeregt werden, eine selbstbestimmte vorausschauende Lebensplanung anzustrengen, damit sie in der Lage sind, aktuelle Konsumwünsche ihrer wirtschaftlichen Möglichkeiten anzupassen. Jugendliche und Erwachsene sollen ferner auch über ihre rechtlichen Möglichkeiten informiert werden.¹⁹³

Nach fast zwei Jahren Laufzeit dieses Projekts wird deutlich, dass Prävention zum Thema Schulden noch in den Kinderschuhen steckt. Die Probleme Ver- und Überschuldung sind tabubesezt. Eine zielgerichtete Erziehung in den Bereichen Geld, Konsum und Kredite findet häufig weder im Elternhaus noch in der Schule statt. Die verantwortungsbewusste und kritische Erziehung der jungen Verbraucher kommt zu kurz, statt dessen greifen aggressive Marketingstrategien der Wirtschaft¹⁹⁴.

Die Schuldnerhilfe Köln e.V. hat „Didaktische Unterrichtsmaterialien zur präventiven Schuldnerberatung“¹⁹⁵ herausgegeben, welche sowohl zur Verwendung in Bildungsmaßnahmen für Jugendliche (schulischer Bereich) als auch für Erwachsene entwickelt worden sind. Zu sechs Themenbereichen aus dem finanziellen Alltag (z.B. Bankgeschäfte, Versicherung, Autokauf) werden sehr kurze inhaltliche Einführungen gegeben und verschiedene Arbeitsmaterialien vorgestellt. Es wird dabei Budgetplanung und ein sensibler Umgang mit Konsumwünschen angeregt, sowie konkrete Anleitungen

192 Verein Schuldnerhilfe e.V. Essen: Der Schuldenkoffer. Hinweise. Essen: 200.

193 Verein Schuldnerhilfe e.V. Essen (VSE): Überschuldungsprävention mit dem Schuldenkoffer. In: Bundesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung (BAG-SB) e.V. (Hg.): BAG-SB INFORMATIONEN. Heft. 4/2000. Fachzeitschrift für Schuldnerberatung. 15. Jahrgang. Kassel: Dezember 2000, S. 54.

194 Verein Schuldnerhilfe e.V. Essen (VSE): Überschuldungsprävention mit dem Schuldenkoffer. In: Bundesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung (BAG-SB) e.V. (Hg.): BAG-SB INFORMATIONEN. Heft. 4/2000. Fachzeitschrift für Schuldnerberatung. 15. Jahrgang. Kassel: Dezember 2000, S. 55.

195 Christen, I.; Matschke, F.: Didaktische Unterrichtsmaterialien zur präventiven Schuldnerberatung. Schuldnerhilfe Köln e.V. (Hg.) Köln: 1998.

zu Preis- und Leistungsvergleichen im FDL-Bereich gegeben. Die Vorlagen sind auf einen handlungsorientierten Unterricht ausgerichtet. Neben der Vermittlung kritischer Informationen über Finanzdienstleistungen sowie Sozial- und Rechtsansprüche, sollen die Handlungskompetenz und Eigenverantwortlichkeit erweitert werden.

Die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen hat mit „Let’s talk about debts!“¹⁹⁶, „Schuldenprävention mit Jugendlichen“¹⁹⁷ und „Der jugendliche Verbraucher in der Marktwirtschaft“¹⁹⁸ Materialien für die Arbeit mit Jugendlichen erstellt. Ein Themenbereich umfasst den Umgang Jugendlicher mit Geld, Konsumverhalten und Möglichkeiten der Schuldenprävention für Schulklassen von der Grundschule bis zur Sekundarstufe II. In neun unterschiedlichen Materialsammlungen werden Hintergrundinformationen, Projektideen und -materialien dargestellt, sowie auf weitere Informationsquellen verwiesen. Die Konzepte sind dabei stets handlungsorientiert und erfordern eine aktive Beteiligung der Schüler. Neben der Vermittlung von Grundwissen soll eine Reflexion im Umgang mit Geld und dem eigenen Konsumverhalten erfolgen, so dass Konsumententscheidungen kritisch getroffen und in ihren Folgen überblickt werden können. In höheren Schulstufen wird zudem die Bedeutung jugendlicher Konsumenten in der Marktwirtschaft thematisiert.

Die Stiftung Verbraucherinstitut liefert mit „Schuldenprävention – Eine Zukunftswerkstatt“¹⁹⁹ eine Materialsammlung für den handlungsorientierten Unterricht. Die Methode der Zukunftswerkstatt wird erklärt und neben den Übungsvorschlägen Informationen zur Schuldenproblematik vermittelt. Neben der Vermittlung von Wissen über die Gefahren von Verschuldung und mögliche Ursachen, sollen den Schülern Denk- und Handlungsansätze zu einem selbstbestimmten Umgang mit Geld vermittelt werden. „Wo und wie lernen Jugendliche heute mit Geld umzugehen? Wie können sie durch Steuerung ihres Budgets angeleitet werden, eine eventuelle Ver- bzw. Überschuldung zu meistern? Reflexion der Einstellung zur Warenwelt und zum Status innerhalb einer Gruppe sollen Statuskonsum und Mitläufereffekte rational machen. Die Methode der Zukunftswerkstatt mit ihren drei Phasen (Problematisierung, Phantasie, Umsetzung) soll dabei den Schülern helfen, Verschuldung als Problem zu erkennen. Insbesondere das Beispiel der Handynutzung greift auf den unmittelbaren Lebensalltag der Jugendlichen zurück.“²⁰⁰ Die Methode der Zukunftswerkstatt in der Präventionsarbeit mit Jugendlichen wird u.a. auch in den angebotenen Lehrerfortbildungen vermittelt.

196 Verbraucher-Zentrale Nordrhein-Westfalen e.V. (Hg.): Let’s talk about debts! Vom Schuldenmachen, -haben und -loswerden. Düsseldorf: o.J.

197 Verbraucher-Zentrale Nordrhein-Westfalen e.V. (Hg.): Schuldenprävention mit Jugendlichen. 2. Auflage. Düsseldorf: 1995.

198 Verbraucher-Zentrale Nordrhein-Westfalen e.V. (Hg.) / Stiftung Verbraucherinstitut (Hg.): Der jugendliche Verbraucher in der Marktwirtschaft. Wirtschaftliche Bedeutung Konsumverhalten – Wertorientierungen. 2. Auflage. Düsseldorf: 1995.

199 Stiftung Verbraucherinstitut (Hg.): Schuldenprävention. Eine Zukunftswerkstatt. Materialien für den handlungsorientierten Unterricht. Berlin: 1997.

200 Stiftung Verbraucherinstitut: Materialien und Medien für die Verbraucherbildung (Bestellfaltblatt). Schuldenprävention. Berlin: 2000.

Die Nachfrage nach dem vorhandenen Unterrichtsmaterial wird von der Verbraucherzentrale NRW und der Stiftung Verbraucherinstitut selbst als hoch bezeichnet²⁰¹. Die Materialien sind bereits in zweiter Auflage erschienen, wobei die Auflage zwischen 1.000 und 2.000 Stück beträgt. In Relation zu der Auflage der Materialien der Anbieter (25.000) ist dies jedoch relativ wenig.

Die Materialien liefern insgesamt Hintergrundinformationen, Projektideen und Arbeitshilfen für die Thematisierung vom Umgang mit Geld und Verschuldung im Schulunterricht und vereinzelt auch in der Erwachsenenbildung.

Die Thematik stellt den Nutzer von Finanzdienstleistungen und sein Verhalten in den Vordergrund. Insgesamt gehören diese Bemühungen eher in den engeren Bereich der Verbrauchererziehung denn in den allgemeinen Bereich interaktiver Bildung im System. Dazu gehört dann die meist kritische Auseinandersetzung mit der Rolle Jugendlicher als Konsumenten. Auch das Anbieterverhalten wird kritisch gesehen allerdings nicht bei der Produktbereitstellung und –abwicklung sondern in deren Akquisitions- und Marketingverhalten. Anbieter sind eher Verführer denn Dienstleister. Eine Übermaßnutzung von Finanzdienstleistungen und ihr Fehlgebrauch unterliegt den zumeist nicht von Ökonomen oder Juristen sondern von sozial beratenden Berufen verfertigten Materialien. Über Einnahmen-Ausgaben-Rechnungen werden die Realisierungsmöglichkeiten für Konsum sowie Verschuldungsrisiken dargestellt. Die angebotenen Finanzdienstleistungen werden in der Regel weder überhaupt noch in ihrer Abwicklung hinterfragt. Mit grundlegende Informationen zum Vergleich und zur Beurteilung wird das Paradigma der Auswahlfreiheit letztlich auch hier zugrunde gelegt und damit häufig prozedurale Armut als subjektiv vermeidbare Situation unterstellt.

Methodisch kommen diese Ansätze den hier favorisierten Formen von allen Anbietern am nächsten. Die Verknüpfung der Bildungsinhalte an die bisherigen Erfahrungen oder tatsächlichen Lebensumstände der Teilnehmer, die in vielen Projektideen aufgegriffen wird, erleichtert die persönliche Beteiligung und ist Grundlage für die Ausbildung von Handlungskompetenz. Sie ist allerdings in erster Linie auf die Vermeidung der Verschuldung und auf den richtigen Umgang mit Geld durch Überprüfung des eigenen Verhaltens konzentriert.

5. Schulprojekte und Initiativen

Mit dem Ziel, ökonomische Themen im Rahmen des Unterrichts oder auch in eigenständiger Projektform in die Schulen zu tragen, engagieren sich eine Vielzahl von Institutionen, Initiativen und Unternehmen im gesamten Bundesgebiet. Der Schwerpunkt liegt allerdings hier eher auf dem Anlagebereich und gehört in die von Anbieterseite und Staat gemachten Bemühungen, auch in Deutschland ähnlich wie in den USA flexibleres Anlageverhalten zu fördern.

Das konkrete Anliegen einer Integration ökonomischer Bildung in den Schulunterricht (vornehmlich mit der Forderung nach einem eigenständigen Fach) verfolgt bei-

201 Hierzu muss gesagt werden, dass in einem telefonischen Gespräch die Einschätzung vertreten wurde, dass die Behandlung von Schuldenprävention im Unterricht die Ausnahme ist und diese auch nicht verpflichtend ist. Auch der Zulauf zu den Lehrerfortbildungen (in Kooperation mit Lehrerfortbildungsstätten unterschiedlicher Bundesländer), wird als nicht sehr groß dargestellt und müssen zeitweise mangels Anmeldungen sogar ausfallen.

spielsweise das Deutsche Aktieninstitut (DAI)²⁰². Ökonomische Allgemeinbildung soll sowohl die Grundlagen der Marktwirtschaft und des Handelns der Wirtschaftssubjekte vermitteln, als auch lebenspraktische Aspekte mit Focus auf den Anlagebereich (einschließlich Altersvorsorge) beleuchten. Kredit und Zahlungsverkehr werden vom DAI zwar im Rahmen der Forderung nach ökonomischer Allgemeinbildung für wichtig erachtet, von diesem jedoch in seiner praktischen Arbeit ausgespart. Das DAI entwickelt bspw. Unterrichtseinheiten in Zusammenarbeit mit der Bertelsmann Stiftung zu den Themen „Unternehmensfinanzierung und Kapital“ sowie „Geldanlage und Vermögensbildung des privaten Haushalts“. Die Initiative „Wirtschaft in die Schule!“²⁰³ der Bertelsmann Stiftung, Heinz Nixdorf Stiftung und Ludwig-Erhardt-Stiftung in Kooperation mit dem Ministerium für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, durchgeführt vom Institut für Ökonomische Bildung der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg, hat die Entwicklung und Erprobung eines ökonomisch geprägten Curriculums im Fach Sozialwissenschaften in der Oberstufe der nordrhein-westfälischen Gymnasien zum Ziel. Trotz des Fortschritts eines eigenständigen und aufeinander aufbauenden Curriculums (welches in den Lehrplänen bisher so nicht anzutreffen ist), lassen sich Anknüpfungspunkte für finanzielle Allgemeinbildung vor allem im methodischen nicht aber im inhaltlichen Bereich feststellen.²⁰⁴

Ein weiterer Bereich der finanziellen Bildung ist im Gefolge der Thematisierung der Existenzgründungen als wichtigem Lösungsansatz aus den Problemen des aktuellen Arbeitsmarktes entstanden. Hier gibt es eine Reihe von Schulprojekten in den Bereichen Existenzgründung/Berufsorientierung/Austausch Schulen und Unternehmen. Das Projekt B.O.S.S (Berufliche Orientierung: Schüler als Selbstständige)²⁰⁵ will wirtschaft-

202 Vgl. hierzu: Deutsches Aktieninstitut: Memorandum zur ökonomischen Bildung. Ein Ansatz zu Einführung eines Schulfaches Ökonomie an den allgemeinbildenden Schulen (vom Beirat für ökonomische Bildung des Deutschen Aktieninstituts e.V.). 2. Auflage. Frankfurt am Main, Oktober 1999.

Eine Reihe weiterer Initiativen hat in Form von Memoranden die Integration ökonomischer Bildung in die schulische Bildung gefordert. Grundsätzlich lässt sich sagen, dass die konkret geforderten Inhalte in erster Linie volks- und betriebswirtschaftlich bzw. wirtschaftspolitisch orientiert sind, Anknüpfungspunkte für finanzielle Allgemeinbildung im Sinne dieser Studie bestehen - ähnlich wie in den analysierten Lehrplänen - nur als Unterpunkte einzelner geforderter Themenbereiche und sind nicht näher differenziert bzw. ausgearbeitet (vgl. BDA, DGB, Deutscher Elternverein, Verband Deutscher Realschullehrer, Deutsche Gesellschaft für ökonomische Bildung: Wirtschaft – notwendig für schulische Allgemeinbildung. Gemeinsam Initiative von Eltern, Lehrern, Wissenschaft, Arbeitgebern und Gewerkschaften. Berlin 2000; Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (Hg.): Mehr ökonomische Bildung in der Schule. Memorandum der unternehmerischen Wirtschaft zur ökonomischen Bildung im allgemeinbildenden Schulwesen. Köln 1998; Deutscher Lehrerverband (DL): Memorandum „Ökonomische Allgemeinbildung ist Teil der Allgemeinbildung“. Bonn, Mai 2000).

203 <http://www.ioeb.uni-oldenburg.de/de/projekte/wis/>.

204 Themenbereiche dieses Curriculums sind „Der private Haushalt“, „Der Betrieb/Das Unternehmen“, „Die Wirtschaftsordnung“, „Der Staat“ und „Das Ausland“. Anknüpfungspunkte für finanzielle Allgemeinbildung sind hier wiederum nur in Unterthemen zu finden, die nicht näher spezifiziert sind: „Recht und Konsumalltag“, „Geldanlage und Vermögensformen des privaten Haushalts“ oder „Verbraucherpolitik“ (vgl. Bertelsmann Stiftung: Wirtschaft in die Schule! Ein Pilotprojekt stellt sich vor. Gütersloh 1998).

205 <http://www.mwvfw.rlp.de/inhalt/themen/wirtschaft/boss.asp>.

liche Zusammenhänge vermitteln und Schüler/innen für eine spätere unternehmerische Selbständigkeit interessieren. Ebenso führt der Bundesverband Junger Unternehmer²⁰⁶ die Projekte „Schüler im Chefsessel“ und „Unternehmer im Klassenzimmer“ für die gymnasiale Oberstufe durch. Business@school²⁰⁷ der Boston Consulting Group soll Schüler/innen der Jahrgangsstufen 11-13 unternehmerische Realität nahe bringen und die Entwicklung einer Geschäftsidee samt Businessplan fördern. Auch die „Perspektive Selbständigkeit“²⁰⁸ der IHK Lübeck will berufliche Selbstständigkeit bei Schüler/innen als Zukunftsperspektive wecken. „Go to school!“²⁰⁹, die Gründungsinitiative NRW „GO!“ wird in Kooperation mit dem Wirtschaftsministerium und dem Bildungsministerium NRW durchgeführt. Das Institut der deutschen Wirtschaft unterstützt darin die Förderung des unternehmerischen Geistes der jungen Menschen. Mit dieser Initiative kooperiert das Projekt „Junior“²¹⁰ des Instituts der deutschen Wirtschaft. Hier gründen Schüler/innen ab Klasse 9 Kleinunternehmen an der Schule. Die StartUp-Gründungswerkstatt²¹¹ bietet ein Internet-Planspiel in Form eines Wettbewerbs an, in dessen Rahmen eine Geschäftsidee entwickelt und ein fiktives Unternehmen gegründet wird. Ziel ist das Erlernen eigenverantwortlichen Handelns, des Knüpfens von Kontakten und die Entdeckung neuer Arbeitswelten. Im Rahmen der Förderung des Austauschs von Schulen und Unternehmen konzentriert sich die Bundesarbeitsgemeinschaft Schule-Wirtschaft²¹², die Landesarbeitsgemeinschaften sowie die über 460 regionalen Studien- und Arbeitskreise Schule-Wirtschaft auf die Zielgruppe der Lehrer/innen und Unternehmensvertreter/innen in der Absicht, den gegenseitigen Austausch von Informationen und Erfahrungen zwischen Schule und Wirtschaft zu fördern. Die Handelskammer Hamburg führt das Projekt „Innenansichten“²¹³ durch, in dem Hospitanzmöglichkeiten für Lehrkräfte in Hamburger Unternehmen (Lehrerpraktika) geschaffen werden und dauerhafte Kontakte zwischen Schulen und Unternehmen hergestellt werden. Das Kooperationsnetz Industrie-Schule (KIS)²¹⁴ in Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg vermittelt unterschiedliche Formen der Zusammenarbeit von Schule und Unternehmen mit dem Ziel, Vorurteile bei Schülern und Lehrern gegenüber der Industrie und ihren Produkten abzubauen. All diese Projekte finden unter Mitwirkung von Unternehmen der freien Wirtschaft statt und haben sowohl eine bessere Vorbereitung der Schüler/innen auf die spätere Arbeitswelt als auch die Förderung von Existenzgründungen zum Ziel. Darüber hinaus werden in erster Linie betriebswirt-

206 <http://www.zukunft-unternehmen.de>.

207 <http://www.business-at-school.de>.

208 <http://www.ihk-luebeck.de/gemeinschaftsinitiative-existenzgruendung/schulpro.html>.

209 www.gotoschool.de.

210 <http://www.iw-junior.de>.

211 <http://www.startup-initiative.de/gruendungswerkstatt>.

212 Auch in einem Telefongespräch mit einer Vertreterin der Bundesarbeitsgemeinschaft Schule-Wirtschaft wurde bestätigt, dass die Thematik der Finanzdienstleistungen und der privaten Finanzen in ihrer Arbeit nicht schwerpunktmäßig vorkommt. Auch der These, dass v.a. der Kreditbereich und der Bereich des Zahlungsverkehrs auf dem Hintergrund der Armutsprävention bisher in der Diskussion um Wirtschaft in der schulischen Bildung vernachlässigt wird, wurde nicht widersprochen.

213 http://www.hamburger-wirtschaft.de/specific/html/auw/auw_fr.html.

214 <http://www.nrw2000.de/KIS>.

schaftliche, z.T. ergänzt durch volkswirtschaftliche, Kenntnisse vermittelt. Finanzdienstleistungen sind hier lediglich im Zusammenhang mit Unternehmensfinanzierung ein Unterthema, private Finanzen finden dagegen keine Berücksichtigung.

Da auch das Thema „Jugend und Schulden“ oder „Schuldenprävention an Schulen“ nur wenig mit einer Bildung über Finanzdienstleistungen selber hergibt²¹⁵, klafft im Bereich der Kreditnutzung sowie des Kontogebrauchs oder der Massenversicherung, wie sie hier im Zentrum der finanziellen Allgemeinbildung zur Armutsbekämpfung gesehen werden, insgesamt eine Lücke. Initiativen von Banken und Sparkassen, die z.T. Fachvorträge zum Bereich der Bankgeschäfte in den Klasse anbieten, legen häufig den Schwerpunkt auf den Anlagebereich und auf das Verständnis größerer theoretischer wirtschaftlicher Zusammenhänge²¹⁶. Eine Ausnahme bildet aber z.B. die Volksbank Wetzlar-Weilburg, die einen Workshop speziell zum Thema Schuldenprävention²¹⁷ anbietet. Die Resonanz hierauf ist jedoch gering, von allen im Umkreis angeschriebenen Schulen hat nur eine Gesamtschule das Angebot angenommen. Aber auch hier wird inhaltlich der Schwerpunkt auf die Funktion des Geldes und auf haushaltsökonomische Aspekte (z.B. Haushaltsbuch) gelegt.

6. Zusammenfassung

Finanzielle Bildung für Jugendliche in den allgemeinbildenden Schulen ist ganz offensichtlich ein wichtiges Thema und ein umworbenes Feld in der Gesellschaft. Die anbietende Wirtschaft, Stiftungen, Schuldnerberatungsstellen und Verbraucherverbände übertreffen sich gegenseitig in dem Bemühen, die Schule in dieser Aufgabenstellung zu unterstützen. Die Ziele sind dabei nicht einheitlich. Während die anbietende Wirtschaft einen sinnvollen Umgang mit ihren Produkten zugleich mit dem Verständnis für ihre Dienstleistungen und auch eine entsprechende Aufmerksamkeit für ihre Möglichkeiten verbindet, versuchen die sozialen Verbände mit meist finanzieller Unterstützung besorgter staatlicher Stellen das Problem der Überschuldung und tendenziell wohl auch des Ausschlusses von Finanzdienstleistungen über entsprechende Verhaltensschulungen potentiell Betroffener zu mildern. Produktorientierter und problemorientierter Ansatz stehen sich gegenüber.

Beide Ansätze orientieren sich aber häufig gemeinsam an der Verbraucher“erziehung“ und nicht an einem umfassenderen emanzipatorischen Bildungsbegriff.

215 Vgl. http://www.weilburger-tageblatt.de/00/1100/231100/231100_wnz1.htm.

216 Beispiel hierfür ist das Projekt „Partnerschaft HypoVereinsbank & Schule“ bzw. „bank at school“, das kostenlose Fachvorträge zu unterschiedlichen Finanzthemen durch Bankmitarbeiter und Fachreferenten in den örtlichen Schulen anbietet. Ebenso werden den Schulklassen Bankbesichtigungen und Fachkenntnis bei Beantwortung von Schülerfragen rund um das Geld angeboten. Zudem können hier die Schüler bei so genannten „Börsentrainings“ mit virtuellem Kapital erste Erfahrungen an der Börse sammeln und lernen, wirtschaftliche Zusammenhänge zu verstehen und in Kapitalmarktreaktionen wiederzufinden. Dieses Projekt zwischen Schule und HypoVereinsbank ist jedoch noch regional begrenzt.

217 Themen sind der kleine und große Kreislauf des Geldes: Geld als Tausch- und Zahlungsmittel, Wertmesse (für Arbeit), Wertübertragungsmittel (Gutscheine) und Wertspeicher (Sparbuch), Unterschiede zwischen langfristigem Kredit und kurzfristiger Kontoüberziehung, Führen eines persönlichen Haushaltsbuchs und der Euro
(vgl. http://www.weilburger-tageblatt.de/00/1100/231100/231100_wnz1.htm).

Während die Schule und Lehrerschaft so von allen Seiten umworben wird, scheint sie bisher jedoch praktisch kaum Anstalten zu machen, sich eigenständig dem Thema zuzuwenden. Die Lehrpläne übergehen diesen Bereich oder räumen praktisch keine Zeit für diese Themen ein. Die Schulbuchverlage meiden ihn und die Einbeziehung dieser Themen in andere Unterrichtsbereiche erfolgt auf dem Niveau etwa der Vorstellungen eines Mathematikers über Finanzdienstleistungen und Verbraucher. Eine wissenschaftliche geschweige denn pädagogische Durchdringung ist daher nicht ersichtlich. Dies bedeutet auch auf der praktischen Ebene, dass die Bildung nach Ziel, Inhalt und Qualität weitgehend Güte, Einstellung und Willen einzelner Lehrerinnen und Lehrer überlassen ist. Anders als in modernen Themenbereichen wie etwa der EDV, wo der Anforderungsdruck zu entsprechenden Angeboten auf der Schule lastete, können die Lehrerinnen und Lehrer diesen Druck durch Übernahme externer Materialien, personeller Angebote und ganzer Workshops von sich ableiten.

Ohne dass diese Untersuchung den Beweis führen kann, soll aber gleichwohl das Risiko aufgezeigt werden, dass aktuell

- in den allgemeinbildenden Schulen entweder mit den internen Ressourcen nach den Kriterien der Betriebswirtschaft und des Rechts ebenso wie der Forschungsergebnisse der Konsumsoziologie Falsches und Unvollständiges gelehrt wird,
- im Durcheinander der verschiedenen Interessen und Ansätze, die sich meist eher zufällig dort Eintritt verschaffen, die Schüler eher den Eindruck der Undurchdringlichkeit oder des Glaubenmüssens erhalten als mit den Anforderungen emanzipatorischer Bildung konfrontiert zu sein,
- eine unkritische und zumeist wenig Verständnis für soziale Funktionen und Auswirkungen hervorbringende Produktbeschreibung vorherrscht oder aber
- eine Subjektivierung der Probleme des Finanzdienstleistungssektors über die Paradigmen der falschen Produktauswahlentscheidung oder der mangelnden Haushaltsführung erzielt wird.

Die Untersuchung hat zudem den Eindruck vermittelt, dass ein allgemeines Fach, das sich speziell finanzieller Allgemeinbildung widmet oder dieser Thematik im Rahmen einer allgemeinen Wirtschaftskunde zumindest wesentlich widmen würde, angesichts der fehlenden personellen Ressourcen, andersartiger Ausbildungsstrukturen der Lehrer und auch einer eher kulturellen Ausrichtung des allgemeinbildenden Teils der Schule nicht wahrscheinlich ist. Die im Vordringen befindliche Berufsorientierung der Schule dürfte für die Probleme der finanziellen Allgemeinbildung im Reproduktionsbereich weniger beitragen können.

Insofern wird man auch in Zukunft die Thematik fächerübergreifend verfolgen müssen und vor allem im Mathematikunterricht aber auch in der Arbeitslehre und Sozialkunde sowie in den bisher noch vereinzelt angebotenen Angeboten an Wirtschaftskunde entsprechende Bildungsziele verankern vermitteln muss.

Der fächerübergreifende Ansatz macht aber nicht nur von der Schule selber autorisierte und verantwortete Lehr- und Unterrichtsmaterialien notwendig, die gemäß dem verfassungsrechtlichen Auftrag zur staatlichen Verantwortung für Bildung und Pädagogik das Wohl der Schüler in den Mittelpunkt stellt. Sie erfordert auch, dass die für diesen Themenbereich notwendigen Kompetenzen verfügbar gemacht werden, wobei Produktkenntnis ebenso wie soziale Kenntnis über seine Wirkungen sowie Rechtskenntnisse erforderlich sind.

Die finanzielle Allgemeinbildung wird dabei nie auf einen gesicherten unumstrittenen Bildungskanon verweisen können, da das System der Finanzdienstleistungen sich im Widerstreit der wirtschaftlichen und sozialen Interessen entwickelt und damit selber veränderbar ist. Der historische Ansatz in der Arbeitslehre erscheint dabei dem Bereich der finanziellen Bildung insoweit am nächsten, als er ähnliche Merkmale im Interessendreieck aufweist, wie sie die finanzielle Allgemeinbildung zwischen Anbieter- und Verbraucherinteresse sowie staatlichen Sozialinteressen aufweist. Wird der Bereich der Einkommenserzielung durch Arbeit um den Bereich der durch zeitliche und örtliche Verlagerung erfolgenden Einkommenssicherung erweitert, wird die produktive Arbeit um den Aspekt der unentgeltlichen aber gesellschaftlich wichtigen Arbeit ergänzt, dann kann auch die Schule ihren eigenen Ansatz hier ebenso finden, wie sie dies in den Kulturfächern von jeher vermochte.

III. Weiterbildung durch soziale Organisationen

1. Verbraucherzentralen

Die Verbraucherzentralen sind ab dem Jahr 2000 in dem Bundesverband Verbraucherzentralen (vzbv) koordiniert. Sie haben eine gemeinsam geführte Infothek, ein Ordnersystem mit Informationen zu allen Konsumbereichen, dessen Informationen aus der Presse entnommen werden. Daneben geben sie dezentral Broschüren heraus, die in der Verlagsgruppe einiger großer Verbraucherzentralen gemeinsam vertrieben werden. Individuell bieten sie Gruppenberatungen in der Baufinanzierung und bei der privaten Altersvorsorge an. Mit ihrer Pressearbeit versuchen sie, für die Anliegen der Verbraucher problembezogen Aufmerksamkeit zu erreichen. Die Verbraucherzentralen werden von den Ländern finanziert, während der Bund den Bundesverband unterhält, in den neuerdings alle ehemaligen zentralen Organisationen wie Verbraucherschutzverein (Unterlassungsklagen), Stiftung Verbraucherinstitut (Bildung) und AgV (Dachverband) integriert sind. Der Gesamtetat aller Verbraucherzentralen einschließlich des Dachverbandes beträgt etwa 50 Mio. Euro. Allein die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen hat einen Etat von ca. 15 Mio. Euro. Damit sind die deutschen Verbraucherzentralen eine relativ einmalige Einrichtung in Europa, die lediglich in den halbstaatlichen Verbraucherräten Skandinaviens sowie in den zentralen Einrichtungen Frankreichs²¹⁸ noch Entsprechungen findet.

Allerdings stagnieren die staatlichen Zuschüsse bzw. nehmen kontinuierlich ab. Der Druck zu einem höheren Eigenfinanzierungsanteil, der zwischen 5 % und 30 % liegt, hat gerade bei den Finanzdienstleistungen dazu geführt, dass das Thema Armutsprävention, das in der Konsumentenkreditberatung der 80er Jahre eine sehr große und wichtige Rolle spielte, zugunsten von Problembereichen der Mittelschicht (Altersvorsorge, Immobilienfonds, Baufinanzierung, EC-Kartenmissbrauch, Datensicherheit im Online-Banking, ethisches Investment) an Bedeutung verloren hat.

218 Frankreich hat eine Verbraucherzentrale im Elsass und eine in Lille. Ansonsten ist das Institut National de la Consommation in Paris als Unterstützung der privaten Verbrauchervereine zuständig, die wie in den anderen romanischen Ländern teilweise den Gewerkschaften nahe stehen.

Die Kernkompetenz der Verbraucherzentralen liegt in der individuelle Beratung, die vor allem problemorientiert mit deutlich rechtlichem Einschlag, am häufigsten in der Telefonberatung und im übrigen entsprechend den Kapazitäten in den persönlichen Sprechstunden erteilt wird. Der Bereich der Finanzdienstleistungen nimmt inzwischen einen Anteil von über 30 % an den mehreren hunderttausend Beratungssuchen pro Jahr ein. Damit sind die Verbraucherzentralen mit ihren problemorientierten Beratungen die wohl neben Verwandten und Bekannten und nach den Anbietern wichtigste Informationsquelle für den Bereich der Finanzdienstleistungen.

Im Bereich Versicherungen, Altersvorsorge und Baufinanzierung werden für die Beratungen speziell geschulte Fachkräfte eingesetzt, die ausschließlich in diesem Bereich tätig sind. Zu diesen Themen werden von den Experten zum Teil auch Vorträge und Seminare angeboten. Hier findet vereinzelt eine Zusammenarbeit mit örtlichen Volkshochschulen statt. Für interessierte Gruppen und Schulklassen gibt es darüber hinaus überwiegend das Angebot, Vorträge gegen Kostenerstattung vor Ort durchzuführen, bzw. hierfür in die Verbraucherzentrale zu kommen. Die Verbraucherzentralen Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz bieten zu verschiedenen Themen Unterrichtsmaterial an.

Der Bundesverband Verbraucherzentralen in Berlin bietet mit seiner Abteilung Verbraucherbildung neben Multiplikatorenschulungen für Beratungskräfte auch in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Bildungsträgern Fortbildungen für Pädagogen an. Im Internet werden in unterschiedlichem Umfang Informationstexte zu verschiedenen Verbrauchertemen angeboten, sowie das umfangreiche Informationsmaterial in Form von Ratgebern und Broschüren vorgestellt. Zwei Beratungsstellen bieten einen Online-Service zur privaten Altersvorsorge und Krankenversicherung.

Die Verbraucherberatung zielt mit ihrem Angebot darauf ab, den Ratsuchenden Informationen zu vermitteln, die sie in der Entscheidungsfindung unterstützen, vor Fehlern bewahren und Geld sparen helfen.

Reine Bildungsveranstaltungen in den Verbraucherzentralen nehmen nur einen sehr geringen Teil der Arbeit ein. Sie konzentrieren sich auf Spezialthemen sowie auf solche Bereiche, in denen eigene Mittel erwirtschaftet werden können.

Gleichwohl sind die Verbraucherzentralen die wohl wichtigste Bildungseinrichtung für Verbraucherfragen. In den 80er Jahren haben sie ihr Beratungssystem weitgehend von einer auswahlorientierten Hausfrauenberatung hin zu einer problem- und konsumorientierten Verbraucherberatung fortentwickelt.²¹⁹ Da die den Verbraucherzentralen gestattete Rechtsberatung Konsumprobleme anzieht, da sie den Verbrauchern unmittelbaren Nutzen und Machtunterstützung auch nach Vertragsabschluss verspricht, haben die Verbraucherzentralen dieses Monopol im Problemzugang dazu genutzt, die Beratungssuchen kollektiv auszuwerten und die dabei gewonnenen Einsichten über verschiedene Kanäle öffentlicher Bildung zu Zwecken der Prävention, aber auch zur Bildung von Gegenmacht, auf dem Markt einzusetzen. In einem zwar wenig abgestimmten aber gleichwohl arbeitsteiligen Vorgehen decken sie die meisten Problembe- reiche der Finanzdienstleistungen ab. Bildung erfolgt dann einmal in der Beratung selber, wenn Musterfälle bearbeitet werden, oder durch Mitgabe von Handzetteln und

219 Die neue Ausrichtung ist in einem Aktionsforschungsprojekt, das von 1983 bis 1985 lief, gerade für den Bereich des Kredites ausführlich beschrieben worden. Dazu Reifner, U./Volkmer, M. Neue Formen der Verbraucherrechtsberatung a.a.O.

Broschüren, zum anderen in spezialisierten Gruppenberatungen, durch Broschüren, durch Pressearbeit und durch den bereits beschriebenen Schulservice.²²⁰

Bei den jungen Verbrauchern soll mit Präventionsveranstaltungen zum Umgang mit Geld ein Problembewusstsein geschaffen werden. Sie sollen in ihrem Verhalten z.B. für die Gefahren des Zahlungsverkehrs sensibilisiert werden. Über die Veranstaltungen wird zudem ein erster Kontakt zu den Beratungsstellen hergestellt, so dass diese für spätere Fragestellungen als Anlaufstelle bekannt sind.

In den persönlichen Beratungen wird die Situation des Ratsuchenden analysiert. Vorliegende Angebote (Baufinanzierung) oder Verträge (Versicherungen) werden geprüft und Hinweise auf passende Angebote gegeben. Fachliche Erklärungen unterstützen den Verbraucher in seinen Verhandlungen mit den Anbietern und in der Entscheidungsfindung vor allem im Bereich der Reklamation (voice). Für die persönliche Beratung im Finanzdienstleistungsbereich und zur Baufinanzierung werden von den Verbraucherzentralen Gebühren in Höhe von 50 Euro bis 125 Euro erhoben.

Häufig besteht generell die Möglichkeit und Bereitschaft Veranstaltungen durchzuführen, wenn eine entsprechende kostendeckende Anfrage vorliegt. Der angebotene Themenbereich beschränkt sich dann zumeist auf Baufinanzierung und Geldanlage bzw. Altersvorsorge, teilweise wird das Thema „Richtig versichert, viel Geld gespart“ angeboten. Einzelne Beratungsstellen (Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern) bieten ein umfangreiches Vortragsangebot auf Anfrage vor Ort an. Dabei werden z.B. auch Themen wie „Schulden, der schnelle Weg ins (Un-)Glück“, „Leben auf Pump“, „Nep- per, Schlepper, Bauernfängerei“ angeboten. Die Verbraucherzentrale Hamburg bietet regelmäßig Vorträge zum Thema „Überschuldet, was tun?“ an. Die VZ-Bayern führt in Kooperation mit der Volkshochschule ein Versicherungsseminar durch.

Exemplarische Seminarangebote der VZ-NRW werden nachfolgend beschrieben:

(Baufinanzierungsseminar) Die Seminare dauern etwa 3 ½ Stunden und werden abends oder Samstags von Fachkräften in verschiedenen Beratungsstellen flächendeckend angeboten. Sie finden regelmäßig statt, wobei sich die Zeitabstände nach dem Bedarf in der jeweiligen Region richten. Der Kostenbeitrag beträgt 40 Euro pro Person. Ziel der Veranstaltung ist das Vermitteln von Grundwissen sowie das Verständnis der Fachausdrücke. Die Teilnehmer sollen die Bedeutung der zu treffenden Entscheidungen und ihren eigenen Bedarf realisieren, um schließlich ihre Interessen gegenüber den Kreditinstituten vertreten zu können. Einleitend werden hierzu umfangreiche Erklärungen zur Baufinanzierung gegeben und es wird ein Erläuterungsheft mit Begriffserklärungen ausgehändigt. Die Teilnehmer werden zur Budgetplanung aufgefordert (Haushaltsbuch) und es werden Hinweise auf Kontaktstellen und Fördermöglichkeiten gegeben. Schließlich werden verschiedene Finanzierungsmodelle in ihrer Funktion und ihren Vor- und Nachteilen dargestellt. Die Veranstaltungen finden in Form von Vorträgen mit der Möglichkeit zur Fragestellung statt. Die Teilnehmer erhalten neben dem bereits erwähnten Erläuterungsheft einen aktuellen Hypothekenzinsvergleich sowie Kopien der eingesetzten Folien. Positive Rückmeldungen zeigen, dass die Verbraucher sich anschließend für die anstehenden Entscheidungen „gerüstet“ fühlen.

(Altersvorsorge) Seminare zur Altersvorsorge werden in zwei bis drei Beratungsstellen regelmäßig angeboten. Die Veranstaltungen mit einer Dauer von 3-3,5 Stunden finden abends statt und kosten 30 Euro. Ziel ist es, einen Einblick in die Systematik der Altersvorsorge und der entsprechenden Produkte zu geben, sowie Hilfe zum Aufbau einer persönlichen Strategie. Es werden dazu allgemeine Informationen und gesetzliche Grundlagen vermittelt. Von den verschiedenen Anlageformen werden die Vor- und Nachteile aufgezeigt.

Hinweise, was bei der persönlichen Vorsorge zu berücksichtigen ist, sollen die Teilnehmer in ihrer Entscheidungsfindung unterstützen.

Die Vorträge richten sich an alle Interessierten ohne Vorkenntnisse oder Alterseingrenzung. Wie bei den Baufinanzierungsveranstaltungen handelt es sich um Vorträge mit der Möglichkeit zur Rückfrage. Die verwendeten Folien, sowie eine Adressenliste von Anbietern werden den Teilnehmern ausgehändigt. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass der Zuspruch zu den Veranstaltungen stark von der vorangegangenen Ankündigung in der Lokalpresse abhängig ist. Von den Teilnehmern werden verstärkt Einzelberatungen nachgefragt.

Die Verbraucherzentralen führen auf Anforderung von Schulen Informationsveranstaltungen durch, in denen die Arbeit und das Material der Verbraucherzentralen vorgestellt wird. Gelegentlich werden in Absprache mit den Lehrkräften aktuelle Problemlagen diskutiert, wie z.B. Finanzierung des Handys. Nur vereinzelt sind die Verbraucherzentralen aktiv um Bildungsangebote in den Schulen bemüht. Hierzu fehlt in der Regel die Mittelausstattung und auch das Interesse der in den Wirtschaftsministerien angesiedelten Geldgeber. Durch Projektfinanzierungen, etwa durch die Europäische Union²²¹ werden jedoch immer wieder punktuell Bildungsmaßnahmen angeboten.

Die Verbraucherzentrale Fulda veranstaltete im Jahr 2000 eine Zukunftswerkstatt zum Thema „Schuldenprävention“. Mit einer 10ten Hauptschulklasse wurde an zwei Vormittagen jeweils vier Stunden mit den Schülern gearbeitet, nachmittags fanden Multiplikatorenschulungen für die Lehrer statt. Ziel der Veranstaltung war es, die Schüler im Umgang mit Geld zu sensibilisieren und Grundwissen über bestimmte Gefahren (z.B. Bürgschaft) zu vermitteln. Die Arbeitsweise orientierte sich an den Vorschlägen des gleichnamigen Ratgebers der Stiftung Verbraucherinstitut. Ermöglicht wurde das Projekt durch die finanzielle Unterstützung von Sparkasse und Land. Die Schüler haben positiv auf das Angebot reagiert und es ist eine Weiterführung geplant.

Von der Verbraucherzentrale Darmstadt wurde 1998 in einem viermonatigen Projekt mit einer 11ten Schulklasse im Wahlfach Informatik ein Internetprojekt zum Thema „Jugend und Geld“ durchgeführt. Die Schüler waren dabei sowohl an der Themenauswahl als auch an der inhaltlichen und technischen Gestaltung der Internetseiten beteiligt. Unter dem Titel „moXBox“ (www.sozialnetz-hessen.de/moxbox/) wurden die Seiten im Sozialnetz-Hessen veröffentlicht und können zur Informationsbeschaffung oder als Anregung für weitere Schulprojekte genutzt werden.

Quelle: www.sozialnetz-hessen.de/moxbox/txausg02.html

Auf den Seiten werden Informationen zur Geldeinnahme, -ausgabe und zum Sparen gegeben. An einer illustrierten Kurzgeschichte wird der Einstieg Jugendlicher in die Verschuldung dargestellt. Es werden Sachinformationen vermittelt und konkrete Tipps zum Umgang mit Geld gegeben. Die Internetseiten dienen auch als Grundlage für Multiplikatorenveranstaltungen mit Lehrern (und Eltern), die die Verbraucherzentrale durchführt. Die Inhalte zeigen Interessen, Problemlagen und Lösungsmöglichkeiten der Jugendlichen zum Thema Geld, die im Unterricht aufgegriffen werden können. Darüber hinaus können einzelne Teile direkt im Unterricht verwendet werden. So werden z.B. Hausaufgaben formuliert, in denen Schüler Informationen zu bestimmten Fragestellungen von Banken einholen sollen. Das gesamte Projekt wurde vom hessischen Sozialministerium gefördert.

221 So z.B. die Schuldenprojekte in Hamburg und Halle.

Ebenfalls mit den Materialien der moXBox werden Veranstaltungen für Schulklassen in der Verbraucherzentrale Darmstadt durchgeführt. Die Klassen kommen aus Eigeninitiative in die Beratungsstelle, von den Schülern muss ein Kostenbeitrag in Höhe von 1,50 Euro gezahlt werden. Seit das Angebot nicht mehr kostenlos ist, ist die Nutzung auf ca. 200 Schüler pro Jahr zurückgegangen, früher kamen ca. 1.000 Schüler pro Jahr. In den Veranstaltungen werden die Zielgruppen der 14- bis 17-jährigen und der 18- bis Anfang 20-jährigen unterschieden. Während in der ersten Gruppe Themen wie Umgang mit Geld, Sparen und Zahlungsverkehr behandelt werden, richten sich die Themen der älteren Gruppe bereits in den Bereich Versicherung, eigene Wohnung, Geldanlage. Konkret werden die Themen dabei nach den aktuellen Interessen der Jugendlichen ausgewählt. Die Arbeitsform ist sehr praktisch und handlungsorientiert ausgerichtet. Über Geschichten und Beispielfälle werden die Schüler zu eigenen Aktivitäten motiviert.

Die von den Beratungsstellen im Internet veröffentlichten Informationstexte beschäftigen sich mit dem gesamten Themengebiet der Verbraucherberatung. Nach Sachgebieten geordnet werden Informationen in unterschiedlichem Umfang angeboten. Das Angebot reicht von Kurzinformationen, was beim Abschluss einer Versicherung zu berücksichtigen ist, bis zum mehrseitigen Informationstext. Teilweise wird eine Onlineberatung in der Form angeboten, dass ein Fragebogen zur persönlichen und finanziellen Situation vom Verbraucher im Internet ausgefüllt wird. Gegen Rechnung erhält der Verbraucher dann schriftlich eine Empfehlung für ein passendes Angebot im Bereich der Altersvorsorge oder Krankenversicherung.

Neben den bereits erwähnten Internetseiten „moXBox“ gibt es noch einige weitere Internetangebote, die speziell Jugendliche ansprechen bzw. das Thema Schulden behandeln. Die Verbraucherzentrale Hessen hat einen „Wegweiser Schulden“ (<http://www.sozialnetz-hessen.de/schulden/>) erarbeitet, in dem Sachverhalte erläutert, Informationen und Hilfestellungen gegeben, sowie auf Kontaktstellen hingewiesen wird. Eine spezielle Jugendseite der Verbraucherzentrale Sachsen gibt monatlich wechselnde Informationen zu Verbrauchertemen, die Jugendliche betreffen, z.B. Gebühren bei Handytelefonaten sparen.

Die Verbraucherzentrale Hamburg bietet allein zu dem Thema „Geld, Kredit, Versicherung“ 27 Ratgeber und Informationsmaterialien zu Preisen zwischen 1 Euro und 20 Euro an. Ziel der Ratgeber ist es, den Verbrauchern Grundlagen- und Produktinformationen zu geben, die es ihnen erleichtern soll, eine fundierte und sinnvolle Entscheidung zu treffen.

An 400 Stellen in Deutschland steht die „Infothek“ der Verbraucherzentralen den Verbrauchern zur Nutzung zur Verfügung. Je nach Verbreitung der Beratungsstellen ist das Angebot teilweise auch in öffentlichen Bibliotheken angesiedelt. Das Selbstinformationsangebot besteht aus 61 thematisch sortierten Ordnern. Unter dem Themenbereich „Finanzdienstleistungen“ sind u.a. Informationen zu verschiedenen Versicherungen, Geldanlage, Kredit und Zahlungsverkehr zu finden. Neben Basis-Informationen werden dabei konkrete Empfehlungen und Produkt- und Anbieterinformationen dargestellt. Das Angebot wird von Fachkräften des vzbv ständig aktualisiert. Die Gebühr beträgt 1,50 Euro bis 2,50 Euro.

Das Angebot der Verbraucherzentralen an reinen Bildungsveranstaltungen richtet sich grundsätzlich an alle interessierten Verbraucher und soll für jeden - auch ohne Vorkenntnisse - verständlich sein. Die Angebote im Finanzdienstleistungsbereich richten

sich vornehmlich an Personen, die sich aktuell in einer entsprechenden Problemsituation befinden und werden entsprechend teilweise für die Teilnehmer eingeschränkt, z.B. Baufinanzierungsseminare für Personen mit einem Bauvorhaben oder Immobilienerwerber. Die Angebote für Veranstaltungen mit Schülern sind zumeist auf die oberen Klassen ab ca. 16 Jahren ausgelegt.

Nach einzelnen Berichten sind die Erfahrungen mit Seminarangeboten zu Finanzdienstleistungsthemen in den neuen und alten Bundesländern unterschiedlich. Während das Angebot in den alten Bundesländern in der Regel gut angenommen wird, gab es in den neuen Bundesländern mehr Schwierigkeiten. Die Lebenssituationen der Bevölkerung verlagert die Interessen stärker in die Einkommenserzielung als in die Verwendung. Zudem fehlt vielfach die Bereitschaft, für das Angebot der Beratungsstellen einen Kostenbeitrag zu zahlen. Schließlich konzentrieren sich die Angebote im Westen eher im gehobenen Segment, während im Osten unmittelbare Armutsprävention, für die reine Bildungsveranstaltungen auf die beschriebenen Schwierigkeiten stoßen, im Vordergrund steht.

Bei den dargestellten Seminaren im Westen sind dagegen die Kurse ausgelastet und kostendeckend. Angebote werden durch die Teilnehmer positiv bewertet.

Das von den Stiftung Verbraucherinstitut und der Verbraucherzentrale NRW erstellte Unterrichtsmaterial wird in zweiter Auflage bei einer Auflagenstärke zwischen 1.000 und 2.000 gut nachgefragt. Über den Einsatz ist jedoch nichts bekannt.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Verbraucherzentralen ihre Bildungsarbeit im wesentlichen in der individuellen Beratung, über die Presse und mittels Broschüren durchführen. Direkte Weiterbildung ist eher die Ausnahme, konzentriert sich auf eine einkommensstärkere Schichtung und dient der Ausgabenoptimierung und weniger der Einkommenssicherung. Armutspräventive Bildung dürfte aber in den Bereichen Überschuldung und Konsumkredit, private Altersvorsorge und Versicherung eine große Rolle in der Beratung spielen. Die Printmaterialien beruhen weitgehend auf den Erfahrungen aus der Beratung und haben erhebliche Auflagen. Allein die Broschüre zur Baufinanzierung ist über ½ Million mal verkauft worden.

Damit dürften die Verbraucherzentralen der wichtigste problemorientierte Bildungsträger sein, der die Elemente einer konkreten, Verbrauchermacht und Selbstbewusstsein generierenden emanzipativen finanziellen Allgemeinbildung integrieren kann. Leider haben sie gerade im Bereich der Armutsprävention von dieser Funktion im sozialen Verbraucherschutz in den 90er Jahren erheblich eingebüßt. Die persönlichen Beratungen in armutsrelevanten Bereichen sind durch die Erhebung von Deckungsbeiträgen und die Umschichtung von Personal in einkommensgenerierende Bereiche wie Anlage und Vorkaufsberatung in der Baufinanzierung eher zurückgedrängt worden. Die Übernahme der Schuldnerberatung hat dies nicht kompensiert, weil sie nicht Problem sondern prozessbezogen auf den Entschuldungsprozess vorbereitet und damit den vorher in der Kreditberatung dominierenden Aspekt der Bewältigung von Bank-Kunden-Problemen ersetzt.

Durch das Fehlen von Mitteln zur Auswertung und Evaluation der Probleme aus den Beratungssuchen haben auch die Medienauftritte ebenso wie die einfachen Faltblätter sich in ihren Themenschwerpunkten verändert. Eine kurzsichtige staatliche Politik, die den Abbau der Subventionen auch dort vorantreibt, wo die von den Verbraucherzentralen angebotenen Produkte der Armutsprävention marktkompensatorisch wirken und daher keine geldwerte Nachfrage auf dem Markt finden können, hat inzwischen auch das

Selbstverständnis der Zentralen erreicht. Es ist zu befürchten, dass ähnlich wie in den USA und Großbritannien, bei einer allmählichen Privatisierung des Verbraucherschutzes die dann verbleibenden Initiativen sich im wesentlichen um die Konsumprobleme der Oberschicht kümmern werden, während die Armutsprobleme aus der Wirtschaft ausgeklammert an die spezialisierten Sozialverwaltungseinrichtungen und Community Groups fallen, die Armut als Problem des Staates und nicht mehr als Problem der Wirtschaft und des Marktes definieren.

2. Schuldnerberatungsstellen

Dieser Hintergrund könnte auch eine Erklärung für den Einrichtungsboom von Schuldnerberatungsstellen in den 80er Jahren sein. Während allerdings in den USA und Großbritannien Schuldnerberatungsstellen häufig von der Anbieterseite unterstützt²²², hat die weitgehende staatliche Finanzierung in Deutschland bei den Schuldnerberatern den Willen gestärkt, nicht nur die Schulden der Klienten zur besseren Tilgung zu ordnen und zu verwalten sondern auch präventiv auf die subjektiven wie objektiven Strukturen der Überschuldung einzuwirken. Durch die Integration dieser Stellen in staatliche Justizstrukturen im Rahmen der Insolvenzordnung und ihrer Anerkennung als „geeignete Stellen“ (§ 305 InsO) besteht allerdings neuerdings die Gefahr, dass sie zwar nicht zu Sozialinkassostellen werden, aber die Rolle von Insolvenzverwaltern übernehmen könnten. Bisher zeigt aber ihre Verweigerung gegenüber der Treuhandsfunktion bei der Schuldenbeitreibung, das Engagement ihrer zentralen Einrichtungen in der Insolvenzreform sowie ihre teilweise enge Beziehung zu den Verbraucherverbänden²²³, dass die deutschen (ebenso wie die skandinavischen, holländischen, belgischen und große Teile der staatlich finanzierten französischen²²⁴) Schuldnerberatungsstellen sich ihren Bildungsauftrag aus dem Blickwinkel einer emanzipativen Sozialarbeit zu erhalten suchen.

Somit ist Prävention Teil der Arbeit von Schuldnerberatungsstellen. Die Struktur dieser Stellen macht die Finanzierung solcher Arbeit aber mindestens ebenso schwierig wie bei den Verbraucherberatungsstellen. Da Schuldnerberatungsstellen in der Regel sehr viel partikularisierter unterhalten werden, ihre Qualifikation häufig durch die Sozialarbeit bestimmt ist und daher die Finanzdienstleistungen vernachlässigt werden, stehen dem Willen zu finanzieller Allgemeinbildung im Sinne einer Strukturbildung erhebliche Barrieren gegenüber, die nur bei sehr großen Stellen in Großstädten oder über

222 So z.B. die über 350 credit counselling offices in den USA sowie inzwischen auch die größte Schuldnerberatungsstelle, die BUCCS in New York mit über 10 Außenstellen und mehreren Hundert Mitarbeitern. Während die credit counselling offices direkt von den Anbietern finanziert werden erhält BUCCS (ebenso wie einige englische Schuldnerberatungsstellen im Einvernehmen mit den Gläubigern 15 % von den Zahlungen, die sie an diese weiterleiten. Dies ist praktisch die Hälfte einer Inkassogebühr und macht die Tendenz zum Sozialinkasso in der Schuldnerberatung deutlich.

223 In Hamburg ist der Verbraucherzentrale eine entsprechende Koordinationsfunktion zugeordnet worden, in Hessen wurde die Kooperation formalisiert und auf dem Internet deutlich gemacht. In Sachsen und Sachsen-Anhalt sind die Verbraucherzentralen über eigene Stellen und Projekte eng in die Schuldnerberatung integriert.

224 Frankreich unterhält hier von vornherein staatliche Beratungskommissionen bei der Zentralbank und hat den Schwerpunkt politisch weiterhin bei den Verbrauchereinrichtungen im INC sowie in dem nationalen Kreditrat.

Projektfinanzierungen überwunden werden können. Immerhin führt der Zwang der Beratungsstellen, gegenüber den staatlichen und gemeinnützigen Trägern ihre Daseinsberechtigung auch aus generalpräventiven Wirkungen abzuleiten dazu, dass sie mit kollektiven Auswertungen und vor allem Jahresberichten, Veranstaltungen und Pressekontakten auf die Probleme der Überschuldeten aufmerksam machen und damit effektiv Bildung betreiben.

Die nachfolgenden Darstellungen beziehen sich überwiegend auf Beratungsstellen, die im Präventionsbereich besonders aktiv sind. Die Auswahl erfolgte über Hinweise von verschiedenen Stellen. Die in den Verbraucherzentralen angesiedelten Schuldnerberatungsstellen werden hier nicht berücksichtigt.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung e.V., in der zwar eine Vielzahl von Schuldnerberatungsstellen organisiert ist, verfügt über keine eigenen Mittel, um direkt Bildungsarbeit durchzuführen. Sie versteht sich als verbandspolitische Repräsentanz der Schuldnerberatungsstellen und als Informationsagentur über Angebote. Sie verweist etwa bei Schulanfragen auch an den Informationsdienst der Sparkassen. Den Beratungsstellen wird über Projektfinanzierung erstelltes Material in Form eines Foliensatzes „Prävention und Öffentlichkeitsarbeit“ angeboten.

Die Haupttätigkeit der Schuldnerberatungsstellen liegt in persönlichen Beratungsgesprächen. Informationsveranstaltungen für Gruppen finden allerdings im Rahmen der Verbraucherinsolvenzberatung zunehmend statt. Präventionsveranstaltungen richten sich zumeist an Schulklassen oder Auszubildende. Vereinzelt werden Multiplikatoren-schulungen zur Präventionsarbeit mit Lehrern angeboten. Die meisten Weiterbildungsangebote richten sich jedoch an Sozialarbeiter und andere interessierte Berufsgruppen mit der Zielrichtung Schuldnerberatung und informieren über die Verfahren der Entscheidung. Die Prozesse der Verschuldung und Überschuldung, ihre wirtschaftlichen Hintergründe sowie die rechtlichen Möglichkeiten und Bewertungen überfordern etliche Schuldnerberatungsstellen. Sie werden meist nach der Anzahl der Beratungen bezahlt, die sie kurz und verfahrensorientiert halten müssen. Sie haben daher noch weit weniger als die Verbraucherzentralen eigene Auswertungsressourcen und nutzen daher Problemschilderungen in der Öffentlichkeit vor allem, um auf Not aufmerksam zu machen und die Wichtigkeit ihrer eigenen Arbeit als wirtschaftliche Sozialarbeit hervorzuheben.

Die zunehmenden Fälle der Überschuldung haben aber bei Politik und Wirtschaft wiederum den Ruf nach mehr Prävention laut werden lassen, wobei dem zum großen Teil die Vorstellung zu Grunde liegt, dies könne vor allem durch eine Verhaltensänderung der von Überschuldung Bedrohten in der Führung ihres persönlichen Budgets erreicht werden. Daher werden hierfür auch Mittel, Materialien und Kooperationsmöglichkeiten bereitgestellt, die für die meist unterbezahlten Schuldnerberatungsstellen eine erhebliche Versuchung darstellen, sich nur in der „finanziellen Erziehung“ statt in der „finanziellen Allgemeinbildung“ zu engagieren. Ersteres trifft auf ungeteilte Zustimmung, letzteres birgt erhebliche Konflikte mit potenziellen Geldgebern.

Einige Schuldnerberatungsstellen haben sich, wie schon oben erwähnt,²²⁵ inzwischen im Bereich der schulischen Bildung sowie in der Weiterbildung engagiert.

Die Schuldnerberatung Aachen hat Anfang des Jahres 2000 das Modellprojekt „Kids und Knete“ gestartet. Das Angebot ist für Kinder zwischen 6 und 12 Jahren sowie für

die Eltern ausgerichtet. Es soll zu einen verantwortungsvollen Umgang mit Konsumwünschen und Geld sensibilisiert werden. Hierzu werden gemeinsam mit den Kindern Konzepte und Materialien entwickelt, die im Anschluss für weitere Projekte verbreitet werden sollen. Die Arbeit findet zusammen mit Schulen, Jugendfreizeitstätten und Kindertagesstätten statt und wird von verschiedenen Sponsoren finanziell unterstützt.

In Zusammenarbeit mit Ausbildungsträgern veranstaltet die Schuldnerhilfe Köln e.V. Wirtschafts- und Sozialberatung für Aussiedler. Im Rahmen der regelmäßig stattfindenden 6-monatigen Sprachkurse wird diese Arbeit in den Aufgabenbereich „soziale Betreuung“ eingebunden. Eine Fachkraft der Schuldnerberatung mit entsprechenden Sprachkenntnissen informiert über das hiesige Wirtschafts- und Finanzdienstleistungssystem und führt Einzelfallberatungen durch. Die Informationen orientieren sich dabei vornehmlich an konkreten Beispielen aus dem Alltag der Teilnehmer. Die Kooperation besteht bereits seit mehreren Jahren. Insbesondere die persönliche Beratung wird stark in Anspruch genommen und kann in vielen Fällen zur Problemlösung beitragen. Die Beratungsstellen in Aachen und Köln bieten in Zusammenarbeit mit größeren Betrieben Fortbildungen für Auszubildende an. Es werden dabei Einzelveranstaltungen in den Betrieben durchgeführt. Die Themen zu dem Oberbegriff „Umgang mit Geld“ orientieren sich an der Lebenssituation der Auszubildenden. Es wird z.B. über Kredite, Handyverträge und den Umgang mit Schulden informiert. Mit einigen Firmen konnten dauerhafte Verträge über die Fortbildung abgeschlossen werden. Über Weiterbildungsangebote an Berufsschullehrer und Ausbilder soll zudem das Bildungsangebot für Auszubildende zur Schuldenprävention verbessert werden.

Die Kontakte der Beratungsstellen zu Schulen und Lehrern werden nur vereinzelt aktiv gefördert. Die Beratungsstelle DILAB e.V. in Berlin veranstaltet regelmäßig Fortbildungen für Lehrer. Insbesondere sollen die Lehrer dabei einen Einblick in die Problemlagen überschuldeter Personen bekommen und die Notwendigkeit zur Thematisierung im Unterricht erkennen. Es werden Anregungen und zahlreiche Materialien zum Einsatz im regulären Unterricht gegeben. Es finden ebenfalls regelmäßig Informationsveranstaltungen mit Schulklassen ab dem 9. Jahrgang statt. Die Schüler sollen dabei die Beratungsstelle und deren Arbeit kennen lernen, um in späteren Problemsituationen darauf zurückzugreifen. Mit einem Videofilm werden sie auf die Gefahren im Umgang mit Geld (z.B. Bürgschaft) aufmerksam gemacht. Darauf aufbauend werden im Gespräch weitere Hinweise gegeben, sowie aktuelle Probleme der Jugendlichen besprochen. Das Angebot wird sowohl von den Lehrern als auch den Schülern positiv aufgenommen und auch aus anderen Bundesländern nachgefragt.

Weitere Projekte etwa des Sozialdienstes München für ein Theaterprojekt mit Jugendlichen sowie zu einem nach Art der Börsenspiele aufgebauten „Mit-mach-Money-Spiel“ in Köln sind noch in Planungsphase.

Auf die umfangreiche Materialsammlung zur Präventionsarbeit durch den Verein Schuldnerhilfe e.V. Essen (VSE) gemeinsam mit der Schuldnerberatung Oberösterreich in Form eines „Schuldenkoffers“²²⁶ wurde schon hingewiesen. Er resultiert aus den Erfahrungen der beiden Beratungsstellen und macht Projektvorschläge, stellt Overheadfolien, inhaltliche Hintergrundinformationen, ein Würfelspiel, Videofilme und ein Hörspiel, Falblätter, Disketten mit Arbeitsmaterial zur weiteren Bearbeitung, sowie Hinweise auf Ergänzungsmaterialien anderer Institutionen zur Verfügung.

226 Oben bei Fn 164.

20 dieser Koffer wurden von dem Verein Schuldnerhilfe e.V. Essen im gesamten Bundesgebiet an interessierte Stellen für vier bis sechs Wochen verliehen. In dieser Zeit konnte das Material gesichtet, getestet und vervielfältigt werden. In den meisten Fällen fand für die Multiplikatoren eine umfangreiche Einweisung in die Materialien sowie eine Einführung in die Problematik der Verschuldung durch eine Fachkraft aus der Schuldnerberatung statt. Über zahlreiche Medienkontakte wurden Schulen und Einrichtungen der Sozialarbeit angesprochen, die mit Jugendlichen zwischen 14 und 27 Jahren arbeiten. Ziel war es, dass Thema Ver- und Überschuldung in der Öffentlichkeit bekannt zu machen und die Jugendlichen über die Risiken im Umgang mit Geld aufzuklären. Die Form der angebotenen Projekte war in der Methodik erzieherisch darauf ausgerichtet, die Handlungskompetenz der jungen Menschen zu stärken. Das Projekt wurde von der Europäische Kommission zur Verbesserung des Verbraucherschutzes gefördert. Teile des Schuldenkoffers sind über die Internetseiten des Vereins Schuldnerhilfe e.V. Essen zugänglich.

Umfangreiches Unterrichtsmaterial hat auch die Schuldnerhilfe Köln e.V. in einem Präventionsband zusammengestellt. Für die Arbeit mit Schülern, Auszubildenden, Arbeitslosen und Aussiedlern werden zu sechs verschiedenen Themenbereichen (z.B. Versicherungen, Zahlungsverzug, Das erste eigene Auto) im Umgang mit Geld Informationen und Materialien bereitgestellt. Die Vorlagen sind dabei auf einen handlungsorientierten Unterricht ausgerichtet. Neben der Vermittlung kritischer Informationen über Finanzdienstleistungen sowie Sozial- und Rechtsansprüchen, sollen die Handlungskompetenz und Eigenverantwortlichkeit erweitert werden.

Mit der Einführung der neuen Insolvenzordnung im Jahr 1999 wurden teilweise Informationsveranstaltungen über das recht komplexe Insolvenzverfahren für Betroffene angeboten. Einzelne Beratungsstellen sind zu verschiedenen Konzepten der Gruppenberatung übergegangen. Schuldner, die um eine Insolvenzberatung nachfragen, werden als erstes zu einer Informationsveranstaltung eingeladen. Hier werden der Ablauf und die wesentlichen Inhalte des Insolvenzverfahrens erklärt. Entweder folgt anschließend eine Einzelberatung oder die Betroffenen leiten selber die ersten Schritte des Verfahrens ein. Im letzteren Fall finden dann weiter Gruppenveranstaltungen statt, in denen jeweils die nächsten Verfahrensschritte erklärt werden. Es werden auch Mustertexte, Rechenbeispiele und Leitfäden zur Abwicklung herausgegeben und besprochen. Die Gruppenveranstaltungen ermöglichen es den Betroffenen in Anbetracht der bestehenden Wartezeiten für Einzelberatungen ein Insolvenzverfahren eigenständig einzuleiten und entlasten damit die Beratungskräfte. Zudem ist die aktive Beteiligung für einen erfolgreichen Abschluss des Verfahrens notwendig. Als finanzielle Allgemeinbildung kann man diese Bemühungen jedoch kaum einordnen, da sie nicht auf die Nutzung der Finanzdienstleistungen sondern auf die Nutzung staatlicher Verfahren zur Entschuldung ausgerichtet sind.

Die Schuldnerberatungsstellen greifen bei ihren Bemühungen ebenso wie die Schulen teilweise auf die Produkte der Verbraucherzentralen, der Bundesregierung und der Sparkassen zurück. Der Verein Schuldnerhilfe e.V. Essen hat eine Falblattserie zum Thema „Geld und Jugend“ herausgegeben. In sieben unterschiedlichen Falblättern werden auf einer Seite wesentliche Informationen zu Themen wie Taschengeldempfehlungen, Girokonto für Kids und Geschäftsfähigkeit und ihre Folgen gegeben. Auf der Rückseite stellt sich die Schuldnerberatungsstelle mit ihrem Angebot kurz vor.

Von verschiedenen Organisationen wurden Videos zum Thema „Jugend und Geld“ erstellt. Das von der Caritas erstellte Video „Cash for Kids“ beschäftigt sich z.B. mit den Risiken einer Bürgschaft: Am Beispiel einer Partnerschaft, in der die Freundin für den Kredit ihres Freundes bürgt, wird anschaulich und in der Sprache der Jugendlichen klar gemacht, was passiert wenn die Beziehung längst zerbrochen ist, und die Forderungen aus der Bürgschaft beglichen werden müssen.

Mit der „Einkommens- und Budgetberatung für Familien“ (eibe) in Rostock, wurde von 1995 bis 1998 ein Bundesmodellprojekt für Präventionsarbeit durchgeführt. Nach Ablauf der Modellprojektphase wurde die Beratungsstelle weiter betrieben. Die momentane Arbeit der eibe ist wie die von anderen Beratungsstellen, durch die finanziellen Möglichkeiten stark eingeschränkt.

Eibe bietet neben der Einzelberatung, Seminare, Gruppenschulungen, Jugendprojekte und Multiplikatorenschulungen im Umgang mit Geld an. In den Räumlichkeiten des „eibe-Treff“ wird Informationsmaterial verfügbar gemacht. Zu verschiedenen Themen wurden Informationsbroschüren und Multiplikatorenmappen erstellt.

Die Einzelberatungen umfassen die Bereiche Einkommensverwendung und -erzielung, Transfereinkommen, Kredit, Erwerb von Wohneigentum, Vermögensbildung und integrierte Schuldnerberatung. Auf der Grundlage eines Haushaltsbuches findet eine umfassende Budgetanalyse statt. Bei der Betrachtung der Ausgaben können auch Fragen zur Vermögensbildung und Versicherung besprochen werden. Unter Berücksichtigung der familiären Situation werden die Möglichkeiten zur Einkommenserzielung erläutert und ggf. Hilfestellung bei der Arbeitssuche gegeben. Hier wird auch auf den Bereich der Existenzgründung im Haupt- und Nebenerwerb eingegangen. Weiter wird über die Ansprüche auf Transferleistungen informiert und bei Bedarf eine individuelle Anspruchsklärung durchgeführt. Die Beratung im Kreditbereich umfasst grundsätzliche Informationen über Voraussetzungen und Alternativen sowie die Prüfung bereits vorliegender Angebote. Ebenso wird in der Planungsphase der Erwerb von Wohneigentum unterstützt mit Kostenkalkulation und Informationen über Fördermöglichkeiten. Bei der Vermögensbildung zielt die Information über Anlageformen und die Klärung der familiären Gesamtsituation auf eine möglichst hohe Realisierungswahrscheinlichkeit ab. Die integrierte Schuldnerberatung umfasst eine Haushalts- und Budgetanalyse, um weitere Verschuldung zu vermeiden.

Die Jugendprojekte finden in Zusammenarbeit mit verschiedenen Einrichtungen wie Schulen (Finanzierungsproblem!) und Weiterbildungsstätten statt. In erlebnis- und handlungsorientierten Projekten werden Themen wie „Die erste eigene Bude“, „Macht Werbung blöd und pleite“ behandelt. Es wird dabei zum Teil auf die beschriebenen Materialien der Schuldnerberatungsstellen und Verbraucherzentralen zurückgegriffen, z.B. Videos.

Weiter werden Fortbildungen für Multiplikatoren im Bereich der Sozialarbeit angeboten. Von Experten aus verschiedenen Fachbereichen werden darin unterschiedliche Themen behandelt, wie z.B. Fragen zu Trennung, Scheidung und Unterhalt oder zur Einkommensteuererklärung.²²⁷

227 Vgl. <http://www.rostock.de/stadtverwaltung/vhs/fb64.asp>.

„Ziel ist es, mittels Beratung, Aufklärung und Bildung im Bereich der primären Prävention die wirtschaftliche Selbstbewältigungskompetenz von Familien zu fördern, um einer möglichen Überschuldung entgegenzuwirken.“²²⁸

Damit lässt sich Eibe in den Bereich der Budgetberatung einordnen, die sich allerdings über die Schuldnerberatung und die Baufinanzierungsberatung sowie rechtlichen Beistand der Finanzdienstleistungsberatung öffnet.

3. Zusammenfassung

Verbraucherzentralen und Schuldnerberatungsstellen haben ihren Schwerpunkt in der problemorientierten Finanzberatung. Sie sind dadurch täglich mit den Strukturen des Finanzdienstleistungsbereichs vertraut und verfügen damit über das notwendige Wissen, um Bildung im umfassenden Sinne der finanziellen Allgemeinbildung anbieten zu können. Vor allem die Verbraucherverbände nutzen diese Möglichkeiten durch die Erstellung von Broschüren, Materialien und Büchern, durch Gruppenberatung und Unterstützung des Schulunterrichts sowie der Weiterbildung. Allerdings führt die Tendenz zur Eigenfinanzierung dazu, dass die armutsrelevanten Probleme im Finanzdienstleistungssektor gegenüber den Problemen der Mittelschicht mit Banken und Versicherungen tendenziell benachteiligt werden. War das Thema „Überschuldung“ in den 80er Jahren noch eine Kernkompetenz der rechtlich orientierten Finanzberatung der Verbraucherzentralen, so hat sich der Gravitationspunkt ihrer Beratung auf den Anlage- und Baufinanzierungsbereich und damit auch auf eine andere Klientel verschoben. Der Bereich der Überschuldung ist in besondere Beratungseinrichtungen verlagert worden. Dort wird er im Sinne der effektiven Organisation der Entschuldungsprozesse von der Problemanalyse und der präventiven Einwirkung auf die die Überschuldung bewirkenden Strukturen hin zur Schuldenverwaltung gelenkt. Damit gehen Elemente der finanziellen Allgemeinbildung, die öffentlichkeitswirksam analysiert und vermittelt wurden, allmählich wieder verloren, wenn die öffentlichen Finanzierer nicht in dieser Aufgabe eine besonders förderungswürdige Arbeit sehen. Selbstfinanzierende Verbraucherarbeit ist nämlich in diesem Bereich bereits logisch ausgeschlossen, weil Armutsprävention kein absatzfähiges Beratungsprodukt auf privaten Märkten ist.

Bei den Verbraucherzentralen müssten daher die Möglichkeiten der unentgeltlichen Konfliktberatung im Finanzdienstleistungssektor vor allem im Konsumkreditbereich aber auch bei der Existenzgründungsfinanzierung sowie in prekären Situationen der Baufinanzierung, bei der privaten Altersvorsorge sowie bei der Abwicklung von Massenversicherungen und dem Zugang zum Girokonto gestärkt, wissenschaftliches Auswertungspotenzial geschaffen und die Verarbeitung dieser Informationen für die finanzielle Allgemeinbildung etwa in Medien, Schule und Weiterbildung gestärkt werden.

Ein Teil der armutsrelevanten Arbeit bei Finanzdienstleistungen haben die Schuldnerberatungsstellen übernommen, die mit über 1.000 Stellen in Deutschland ein beachtliches unentgeltliches, von der öffentlichen Hand unterhaltenes, Beratungsnetzwerk aufgebaut haben.

228 Sobkowiak, Bettina: Neue Modelle – Einkommens- und Budgetberatung für Familien. In: Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände e.V., Deutsches Rotes Kreuz (Hg.), Baden-Baden 1998, S. 107.

Ihre Fokussierung auf Fälle der Verbraucherinsolvenz und das Abschneiden der präventiven Arbeit der Kreditberatung durch ein Entgeltssystem, das sich an den Insolvenzfällen orientiert (Bezahlung über die Fallbehandlung nach dem Bundessozialhilfegesetz bzw. nach der Insolvenzordnung) reduzieren die Möglichkeiten finanzieller Allgemeinbildung in diesem Bereich. Dazu gehören auch mangelnde Qualifizierung für die Beratung zu Finanzdienstleistungen und Verbraucherschutzrecht. Gleichwohl wird über Projektmittel und den Anspruch der Träger nach Prävention, Druck auf die Schuldnerberatungsstellen ausgeübt, sich in der finanziellen Bildung zu engagieren. Dabei gehen die Erwartungen eher einseitig auf Budgetberatung und damit finanzielle Erziehung. Die hier vorgeschlagene intensive Finanzdienstleistungsbildung als finanzielle Allgemeinbildung hat es unter diesen Umständen schwer.

Tatsächlich findet sie jedoch gleichwohl statt, weil die Schuldnerberater aus ihrer eigenen Praxis heraus und auf Grund der Unabhängigkeit gegenüber der Anbieterseite sich nicht auf eine einseitige Schulduzuweisung an ihre Klienten festlegen lassen, sondern nach Wegen suchen, auch die Anbieterseite in den wechselseitigen Bildungsprozess miteinzubeziehen.

Eine Lösung der Problematik für die Zukunft könnte in einem engen Verbund zwischen Verbraucherverbänden und Schuldnerberatung liegen, wie er in einigen Bundesländern bereits im Ansatz entwickelt ist. Während die Schuldnerberatungsstellen einen auch vor der Insolvenz angesiedelten umfassenderen Kontakt zu den von Armut bedrohten Schichten und Situationen halten, könnten die Verbraucherverbände ihre Möglichkeiten der Rechtsberatung und des Verbraucherschutzes für diese Beratungen anbieten sowie Evaluation und Bildungsarbeit kooperativ übernehmen.

Die organisatorische Trennung in den Ministerien (Schuldnerberatung in den Sozial- und Familienministerien sowie bei den Kommunen, Verbraucherschuldenförderung bei den Wirtschaftsministerien, Verbraucherschutz und Insolvenzordnung bei den Justizministerien) stellt eine solche integrierte Entwicklung an der Basis jedoch in Frage.

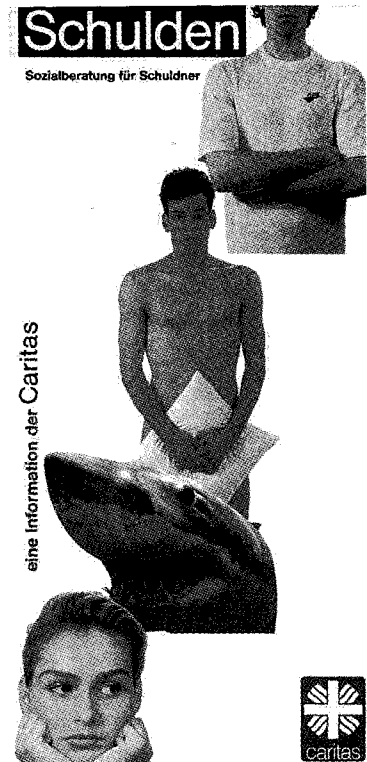


Abbildung 10: Caritas Sozialberatung für Schuldner

IV. Bildungsinformation der anbietenden Wirtschaft

Die anbietende Finanzwirtschaft, die im Bereich der Verbraucher heute einen wesentlichen und großen Absatzmarkt für Finanzdienstleistungen hat, ist nicht nur über die Werbung bei der Information und faktischen Bildung vertreten. Vielmehr bemühen sich praktisch alle Anbieter, neben der Produktkunde auch allgemeines Wissen über die Nut-

zung von Finanzdienstleistungen zu vermitteln. Genauso wie die Computer- und Softwareindustrie, die Computer Literacy entdeckt hat und zusammen mit dem Staat die Fähigkeiten zur Nutzung der EDV sowie des Internets bei den Menschen selber als wichtige Voraussetzung zum Absatz ihrer Güter erkannt hat, sehen auch die Finanzdienstleister, dass ihre Produkt- und Dienstleistungsentwicklungen ins Leere gehen, wenn die Fähigkeiten der Bürger, sie auch intelligent zu nutzen, mit dieser Entwicklung nicht Schritthalten können.

In Bezug auf finanzielle Allgemeinbildung ergeben sich jedoch bei der anbietenden Wirtschaft die grundlegende Restriktion, dass diese Informationen und Bildungsanstrengungen grundsätzlich dem ökonomischen Prinzip unterworfen sind: sie müssen sich also lohnen. Dies ist überall dort kein grundsätzliches Problem, wo beide Seiten, Nachfrager und Anbieter aus der Verbesserung des Bildungsstandes in gleicher Weise Nutzen ziehen, also Win-Win-Situationen existieren.

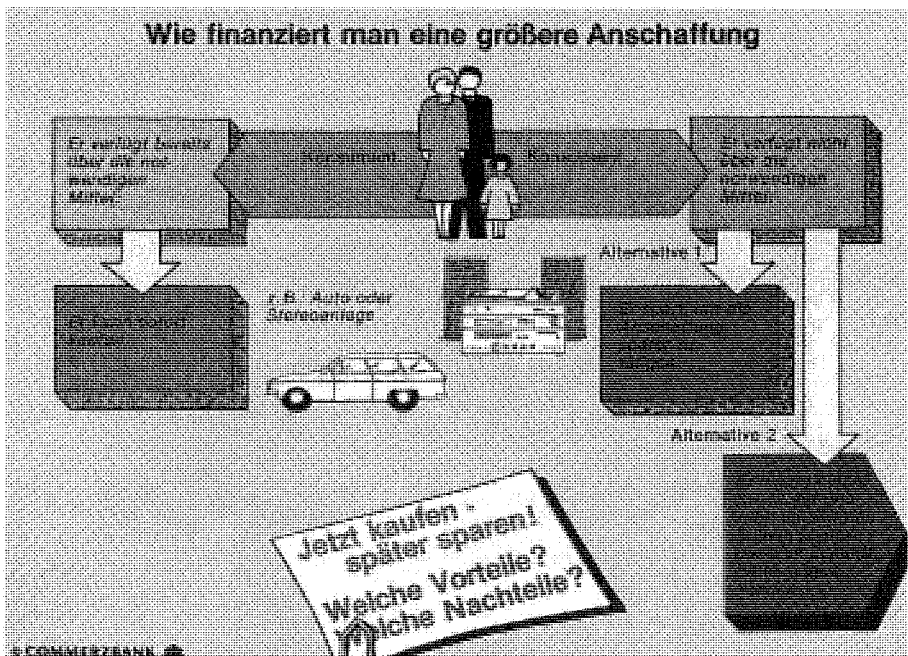


Abbildung 11: Information Commerzbank

Für eine finanzielle Allgemeinbildung, die sich als Armutsprävention versteht, kann dies jedoch nicht ohne weiteres immer angenommen werden. Zwar kann man grundsätzlich davon ausgehen, dass auf lange Sicht die Hebung des finanziellen Bildungsniveaus in der Bevölkerung gleichgültig an welchem Ort auch der anbietenden Wirtschaft insgesamt zugute kommt, eine solche Gesamt- und Langfristperspektive, die gemeinhin in dem Postulat nach „Nachhaltigkeit“ („Sustainability“) zum Ausdruck kommt, wird aber in der konkreten Wirtschaft häufig durch Interessen verdrängt, die miteinander im Wettbewerb stehenden Anbieter dazu zwingen, kurzfristig Gewinne zu erwirtschaften

und sich auf die Sektoren zu konzentrieren, die allein ihrem Unternehmen dies versprechen.

In diesem Sinne könnte man daraus die Hypothesen ableiten, dass die finanzielle Bildung der Anbieterseite sich tendenziell auf die großen Volumina bei Finanzdienstleistungen, auf die vermögende Kundschaft („private banking“), auf den Anlagebereich sowie auf die Baufinanzierung der Eigenkapital bildenden Schichten beschränken müsste. Für den Bereich der unteren und von Armut gefährdeten Schichten ginge es dann nur darum, in den Bildungsanstrengungen zu erreichen, dass die Kreditausfälle durch bessere Budgetplanung geringer werden, dass die Nutzer der Unterschichten Finanzdienstleistungen in einer immer standardisierteren und automatisierteren Form zu nutzen in der Lage sind (Automaten, Internet, Standardprodukte) und dass diejenigen von einer Nutzung abgehalten werden, die nach Risiko und Kostenstruktur keine Zielklientel darstellen.

Bei einer auch nur oberflächlichen Durchsicht der Anbieterwerbung dürften sich diese Thesen relativ leicht bestätigen lassen.

Für den Bereich der Bildungsanstrengungen der Anbieter trifft dies allerdings nicht ohne weiteres zu. Hier lassen sich Gegenthesen entwickeln. Imagewerbung, Corporate Identity, Mitarbeitermotivation über den Sinn der Arbeit statt des reinen Gewinns hinaus, der Zusammenschluss von Anbietern zur Ausschaltung allzu kurzfristiger Perspektiven, staatliche Eingriffe auf Anbieterseite wie bei der Sparkassenorganisation oder über die Form der Organisation wie bei den Genossenschaftsbanken, staatliche Förderungen im Stiftungswesen, die als Gegenleistung Gemeinwohlorientierung abverlangen, sowie die Erwartungshaltung immer größerer Kundengruppen, nicht nur ein effektives Unternehmen für die eigenen Bedürfnisse sondern auch ein sinnvolles Unternehmen für die gesamte Gesellschaft („stakeholder Ansatz, Corporate Responsibility“) alles dies sind durchaus Anreize für die Anbieterseite, bei der finanziellen Bildung die engen Grenzen des Eigeninteresses zu verlassen und Elemente der finanziellen Allgemeinbildung miteinzubeziehen.

Es wurden daher aus den verschiedenen Anbietergruppierungen einzelne Institute, Verbände und Stiftungen ausgewählt²²⁹, deren allgemeines nicht auf unmittelbarem Produktabsatz abzielendes Angebot an Informationen dem Leitmotiv der finanziellen Bildung zugeordnet werden kann. Dieses Angebot wurde daraufhin untersucht, ob ein Informationsangebot zum Thema Finanzen vorhanden war, welche Vermittlungsformen und -kanäle benutzt wurden, was der Inhalt der Informationen war.

229 Großbanken: Deutsche Bank, Dresdner Bank, Commerzbank, HypoVereinsbank / Vereins- und Westbank; Sparkassen: Hamburger Sparkasse, Nassauische Sparkasse, Frankfurter Sparkasse von 1822, Stadtparkasse München, Stadtparkasse Köln; Genossenschaftsbanken und Geno-Spitzenverband: D. Genossenschafts- u. Hypothekenbank (DG Hyp), Bundesverband dt. Volks- u. Raiffeisenbanken (BVR)); Versicherungen: Hamburg-Mannheimer Versicherung, Allianz; Dachverbände: Bundesverband dt. Banken (BdB), Gesamtverband der dt. Versicherungswirtschaft (GdV), Deutscher Sparkassen- u. Giroverband (DSGV); Stiftungen: Alfred-Herrhausen-Stiftung, Sparkassenstiftung f. internationale Kooperation; Anbieter-Interessensverband: Deutsches Aktieninstitut.

1. Geschäftsbanken

Das Informationsangebot erfolgt über die Internetseiten der Anbieter über Informations-Broschüren z.T. in Kooperation mit dem Deutschen Aktieninstitut (DAI), eigene Publikationen sowie durch eine wöchentliche Verbrauchersendung „GeldActiv“ auf n-tv. Im Internetangebot befindet sich ein Geldlexikon mit einfachen Erklärungen von Fachbegriffen, die wiederum verlinkt sind zu weitergehenden Informationen im Themengebiet. Ein Baufinanzierungs-Lexikon mit Querverweisen sowie ein Börsenlexikon der Hypo-Vereinsbank erklären ausgewählte Begriffe allgemein verständlich.

Die generellen und standardisierten Verhaltensvorschläge für die Geldanlage an der Börse sind sehr knapp und kaum ausreichend, da sie keine individuellen Vorschläge für die einzelnen Anlegertypen und -situationen bieten.

„Interaktive Berater“ sind die Teile des Angebots, indem man seine Bedarfssituation über Zahlen einbringen kann. Teilweise wird eine unverbindliche Privatkreditberechnung (Kreditsumme, Zins, Laufzeit, Ratenhöhe) zur besseren Einschätzung der eigenen finanziellen Möglichkeiten geboten. Über ein E-Mail-Kontaktcenter können darüber hinaus konkrete Fragen zu den angebotenen Produkten gestellt werden.

Die dabei angebotenen Sparten umfassen Geld & Service, Versichern & Vorsorgen, Planen & Anlegen, Bauen & Wohnen und haben eine deutliche Dominanz im Anlagebereich. Zu einzelnen Anlageformen wie Lebensversicherung und Aktienfonds werden kurze allgemein gehaltene Informationen gegeben.

Ein weiterer Schwerpunkt sind Informationen zum Euro. Die Europäische Wirtschaftsunion und deren Konsequenzen wird mit Infotexten zu Inhalt, Zeitplan, Bedeutung der EWU sowie zu der Bedeutung für die Verbraucher beschrieben.

Die Broschüren und Prospekte nehmen zwar teilweise auf globale Einschätzungen Bezug, konzentrieren sich jedoch entweder auf die Beschreibung der hauseigenen Produkte oder Markt- und Zinsentwicklungen oder berichten fachspezifisch, indem sie Informationsservice für offensichtlich finanziell gebildete Kundschaft über Konjunkturanalysen und Branchenbewertungen bieten.

Dies ist auch der Schwerpunkt der Kundenmagazine. Die HypoVereinsbank bietet mit MoneyMedia, Immobilien, EuroMagazin, Bauspar und Anleger gleich vier zielgruppenorientierte Publikationen für eine finanziell gebildete Schicht an. Hintergrundinformationen zu Steuergesetzen, Fördermöglichkeiten und Lösungsansätze werden erläutert. Fragestellungen der finanziellen Allgemeinbildung spielen hier in aller Regel keine Rolle. Ihr Wissen wird vorausgesetzt.

Die Aktien- und Wertpapierinformationshefte, die in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Aktieninstitut herausgegeben werden, bieten dagegen umfangreiche und allgemein verständliche Erläuterungen zur Aktie und zur Börse. Die Informationsschriften zur Altersvorsorge umfassen auch die Hintergründe der neueren Entwicklung, beschreiben Formen und Unterschiede von Vorsorgemaßnahmen wie Rentenversicherung und Lebensversicherung. Mit Fakten zur demographischen Entwicklung wird die Privatisierung hier als Notwendigkeit dargestellt und damit auch eine Grundstimmung für den Absatz der entsprechenden Produkte erzeugt, kritische Informationen hierzu finden sich dagegen nicht.

Die „Basisinformationen zur Vermögensanlage in Wertpapieren“ des Bankverlags konzentrieren sich ebenso wie die anderen Informationen auf aktuelle Themen der Kapitalanlage.

Wo Vorträge angeboten werden, beschränken sie sich häufig auf einige wenige Fachgebiete vor allem im Bereich der Anlagen und Wertpapiere. Eine Ausnahme bildet das Projekt „Partnerschaft HypoVereinsbank & Schule“ bzw. „bank at school“, das kostenlose Fachvorträge zu unterschiedlichen Finanzthemen durch Bankmitarbeiter und Fachreferenten in den örtliche Schulen anbietet. Schulklassen werden zudem zu Bankbesichtigungen eingeladen und fachliche Hilfe bei der Beantwortung von Schülerfragen rund ums Geld angeboten. Schüler können bei so genannten „Börsentrainings“ mit virtuellem Kapital Erfahrungen für die Börse sammeln und lernen, am Kapitalmarkt zu agieren.

Die Vereins- und Westbank hat mit „Frauen und Finanzen“ und „Campus Talk“ zwei spezielle Veranstaltungsreihen gestartet, die zielgruppenspezifische Informationsmöglichkeiten zur Altersvorsorge, Immobilien, Aktiengeschäfte, Börse und weiteren Wirtschaftsthemen bieten will. Während „Frauen und Finanzen“ Elemente der Allgemeinbildung enthält und keine deutliche Produktsteuerung erkennen lässt, wendet sich Campus Talk an zukünftig gehobene Kundschaft.

Die allgemeinbildenden Informationsquellen wie Lexika, Euroinformation und Prospekte des Deutschen Aktieninstituts sind allgemein bildend und nicht unmittelbar vertriebsorientiert. Die weiteren Broschüren lenken das allgemeine Verbraucherinteresse jedoch größtenteils in eigene Produktkanäle oder suggerieren Bedarfe, wenn es z.B. heißt „Es besteht dringender Handlungs-/ Vorsorgebedarf ...“).

Seminare und Vortragsangebote sind kaum zu finden.

Die Bildungsanstrengungen der anbieternahen Stiftungen, wie der Stiftung der Deutschen Bank, decken den produkt- und absatzunabhängigen Bereich der finanziellen Bildung aus Sicht der Anbieter ab. Statt technischem Wissen wird hier Verständnis gefördert.

Die Alfred-Herrhausen-Stiftung finanziert das Projekt „Jugend-Schule-Wirtschaft“, an dem 2.000 Schüler und 18 Tageszeitungen beteiligt sind. Selbst gestecktes Ziel dieses Projekts ist es, die wirtschaftliche Bildung verstärkt in Schulen zu tragen, die wirtschaftlichen Kenntnisse der Jugendlichen zu verbessern und sie zu unterstützen in der Entwicklung zu mündigen Wirtschaftsbürgern. Hier werden die Schüler über Freibonnetts mit dem Wirtschaftsteil von Tageszeitungen vertraut gemacht, um eigenständig wirtschaftsspezifische Recherchen zu tätigen, Sachverhalte und Zusammenhänge zu verstehen und eigene Zeitungsartikel oder eine Facharbeit zu erstellen, die dann veröffentlicht oder prämiert werden kann. Zielgruppe bei „Jugend-Schule-Wirtschaft“ der Herrhausen-Stiftung sind Schüler von (Wirtschafts-) Gymnasien und Berufsbildenden Schulen sowie ihre Lehrer. Hier geht es vor allem auch um den berufsbildenden Teil und weniger um Finanzdienstleistungen.

Neben den Stiftungen, die jede größere Bank hat, ist auch der Zusammenschluss der privaten Banken, der Bundesverband deutscher Banken (BdB) mit Informationsangeboten aktiv.

Das Informationsangebot erfolgt auch hier über Internet, Publikationen, Fachbücher und Broschüren. Besonderes Aufsehen hat eine Telefonaktionen in Kooperation mit Tageszeitungen gemacht. Für die Schulen wird das Informationsprogramm für Schüler „Schul/Bank“ angeboten.

Im Internetangebot befindet sich ein virtuelles Lexikon, das Begriffe der Finanzwelt verständlich erklärt, wobei jedoch die Inhaltsqualität und –quantität je nach Suchbegriff variieren. Außerdem werden generelle Verbraucherinformationen zum Thema Geld (z.B. Gerichtsurteile und deren finanzpolitische Auswirkungen für die Haushalte, fi-

nanzielle Trends der Bevölkerung) gegeben; ebenso Wirtschaftsinformationen wie Konjunktur-, Verbraucherdaten und Trends für Lehrer im Rahmen des Projekts „Schul/Bank“ (s.u.).

Bei den zahlreichen Telefonaktionen (seit 1979) mit anschließender Berichterstattung in den jeweils beteiligten Medien können die Verbraucher Fragen aus unterschiedlichen Finanzbereichen anonym an Experten des BdB stellen, deren Antworten in den teilnehmenden Zeitungen teilweise abgedruckt wurden.

Mein Leben habe ich voll im Griff.
Und meine Finanzen für später auch –
mit 7 PLUS.



Abbildung 12: 7 Plus

Die Informationsschriften beziehen sich auf die Themen: Euro, Haushaltskredit, Baufinanzierung, Geldanlage und Börse, Geld allgemein und volkswirtschaftliche Sachverhalte. Die Broschüre „Kreislauf der Wirtschaft“ will Grundbegriffe, wirtschaftlichen Funktionsweisen, Hintergründe und Zusammenhänge mit Text, Tabellen, Schaubildern und aktuellen Beispielen erläutern. Die Schrift „Zahlungsverkehr“ hat neben den Erläuterungen eine Übersicht von Mustervordrucken der gängigsten Formulare (Schecks, Überweisungen, Einzahlungen etc.).

Das Programm „Schul/Bank“ liefert in Printform Allgemeinwissen zur Wirtschaft sowie insbesondere zu den Themen Banken, Geld und Volkswirtschaft. Das Material ist wie überall beim Schulmaterial in Lehrer- und Schülermaterial getrennt.

„Basisinformationen für die Vermögensanlage in Wertpapieren“ liefert eine Erläuterung der Grundzüge und Zusammenhänge des Wertpapierbereiches einschließlich der Risiken bei Wertpapiergeschäften. Es ist zugleich das Muster für Kundeninformationsprospekte aller dem BdB angeschlossenen Banken.

Die Gesamtauflage der Wirtschaftsmappen „Materialien für den Unterricht“ beträgt ca. 25.000 Stück. An Broschüren und Fachbüchern sind insgesamt etwa 300.000 Stück vertrieben worden.²³⁰ Für die Zukunft plant der BdB ein Bildungsprojekt „Jugend und Wirtschaft“ in Kooperation mit der Zeitung FAZ.

In dem groß angelegten Kooperationspiel mit Schulen²³¹ wird allerdings keine finanzielle Allgemeinbildung sondern eine Qualifikation für berufliche Bildung vermittelt. Da das Wissen auf Großorganisationen abgestellt ist, kann man diese Bildung auch nicht in die Existenzgründerbildung einordnen, die eine Zwitterstellung hat. Fraglich ist hierbei im übrigen, ob durch solche mit Geldpreisen ausgerüstete Wettbewerbe

230 Quelle: mündliche Auskunft BdB, Februar 2000.

231 <http://www.schulbanker.de>.

die Schule nicht bereits als Rekrutierungsfeld für Personalauswahl missbraucht wird, da es nahe liegt, dass die privaten Banken auf diese Weise an die Adressen von hervorragenden Schülern gelangen, denen sie damit nach dem Abitur auch eine Lehre oder ein Betriebsstudium vorschlagen können. Finanzielle Allgemeinbildung sollte von unmittelbaren Verwendungszusammenhängen freigestellt bleiben.

Bei SCHUL/BANKER erleben Sie hautnah wie Marktwirtschaft und Wettbewerb funktionieren: Sie nehmen im Chefsessel einer virtuellen Bank Platz und übernehmen als Team die Aufgaben des Vorstands Ihrer Bank. Sie entwickeln eine Strategie für Ihre Bank, die Sie im Spiel konsequent verfolgen.

Ihr Ziel ist, Ihre Bank gegenüber Ihren Mitstreitern, den anderen Planspielbanken, möglichst erfolgreich zu führen. Dazu beobachten Sie die Marktentwicklung, die Konjunkturlage und das Verhalten Ihrer Konkurrenz. Natürlich müssen Sie auch die gesetzlichen Rahmenbedingungen und die Vorschriften der Europäischen Zentralbank im Blick haben. Zu Ihren geschäftspolitischen Entscheidungen gehören: Zinsentscheidungen (Kredite und Einlagen); Aufbau eines Filialnetzes; Personalentscheidungen; Qualifizierung Ihrer Mitarbeiter; Öffentlichkeitsarbeit und Werbung; Marktforschung und Konkurrenzbeobachtung. SCHUL/BANKER simuliert den Markt. Mit Ihren Entscheidungen beeinflussen Sie die Marktentwicklung und Sie erfahren, wie sich die Konjunkturlage und die Entscheidungen Ihrer Konkurrenten auf Ihren Geschäftserfolg auswirken. ... Zu den Berichten gehören: Bilanz; Gewinn- und Verlustrechnung (GuV); Zinsspannenrechnung.

Sie lernen:

- die Rolle der Banken im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang und den Einfluss der Europäischen Zentralbank auf das Bankensystem kennen
- die Funktionsweise einer Bank verstehen
- sich selbstständig Informationen zu beschaffen und sich ein fremdes Fachgebiet zu erschließen
- eigenverantwortlich Entscheidungen zu treffen und sich im Team zu organisieren

Und Sie erleben mit viel Spaß am Spiel, wie Marktwirtschaft und Wettbewerb funktionieren.

Bereits mehrfach wurde das Deutsches Aktieninstitut (DAI) erwähnt, das als kollektive Anstrengung deutscher Banken und Wertpapierhäuser versucht, den Besitz von Wertpapieren zu popularisieren und damit die großen Differenzen etwa im Aktienbesitz breiter Bevölkerungskreise zu anderen Staaten (Frankreich, USA) zu verringern.

Das Informationsangebot erfolgt über die Internetseite, über Kooperationen mit Zeitungen, Schulen und einzelnen Lehrern oder über den Versand von Informationsbroschüren.

Im Internet wird ein Glossar angeboten, das Begriffe rund um Börse und Kapitalmarkt erläutert. Die Informationsbroschüre „Alles über Aktien“ bietet eine Grundinformation über die Wesensart und die Funktionsweise von Aktien allgemein für den Börsenneuling. Ein Aktien-ABC mit kurzen Erklärungen von Grundbegriffen; steuerlichen Fragen, Funktionsabläufen bei einer AG, Orderabläufen und Grundregeln zum Aktienhandel, sowie Hinweise zum Lesen von Kurszetteln.

Die Nachfolgebroschüre „Aktien richtig einschätzen“ erläutert kursbestimmende Faktoren und Einflussgrößen, technische Analysemöglichkeiten und verschiedene Anlagestrategien für fortgeschrittene Anleger.

Das DAI hat auch Unterrichtsmaterialien für das Projekt „Wirtschaft in die Schule“ erarbeitet. „Geldanlage und Vermögensbildung des privaten Haushalts“ und „Unter-

nehmensfinanzierung und Kapitalmarkt“ sind die Leitthemen der aufeinander aufbauenden Unterrichtsmaterialien sowie des didaktischen Leitfadens und der Lehrerinformationen, die unmittelbar umsetzbar für den Schulunterricht angeboten werden.

Ab Sommer 2000 werden Lehrerseminare zur Vorbereitung auf den neu eingeführten Wirtschaftsunterricht in einigen hessischen Schulen angeboten, die das DAI konzipiert. Hier soll die für die Lehrer notwendige Grundlagenbildung für den folgenden Ökonomieverricht stattfinden.

Das DAI verleiht jährlich Preise für Schülerzeitungsartikel und Recherchen zum Thema Wirtschaft, Aktien und Börse. Außerdem vergibt das DAI jährlich für Diplomarbeiten zum Thema Aktie und Kapitalmarkt den „Hochschulpreis zur Förderung der Aktie“. Die vom DAI konzipierten Unterrichtseinheiten zur wirtschaftlichen Bildung in Schulen sind zur Zeit noch auf das Bundesland NRW beschränkt, sollen jedoch später auf alle Bundesländer ausgeweitet werden..

2. Genossenschaftsbanken

Das Informationsangebot erfolgt über die Internetseiten der Anbieter sowie Informations-Broschüren und Ratgeber.

Im Internetangebot befindet sich ein umfangreicher Ratgeber zum Thema Eigenheimfinanzierung (Baufinanzierung, Bausparen, Kreditaufnahme, Förderung etc.). In 22 Kapiteln werden Darstellungen der Zusammenhänge gegeben, die auch ohne finanzielle Vorbildung verständlich sind. Dem Verbraucher werden Planungshilfen, Fördertipps, Voraussetzungen und Folgen einer Kreditaufnahme und weitere Grundsatzinformationen gegeben. In einem Glossar werden Schlagwörter der Baufinanzierung erklärt. Das Angebot richtet sich offensichtlich auch an Bauwillige, die über knappe Liquidität verfügen.

Im „Pfandbrief 1x1“ werden Kurzerläuterungen zu Kapitalmarkt Begriffen rund um die Vermögensanlage gegeben. Ein Bezug zu Grundzusammenhängen fehlt.

Auch die Informationsbroschüren sind punktuell und ohne logische Entwicklung von Finanzdienstleistungen aufgebaut. Hier ist es auch wieder die Informationsbroschüre „Aktie, Börse, Dividende“, die Grundlagenwissen über Börse, Eigenschaften verschiedener Wertpapierarten und Veränderungen durch die EURO-Einführung vermittelt und damit deutlich macht, dass man in diesem Marktsegment auch im Allgemeinwissen der Bürger ein Absatzhemmnis sieht.

3. Sparkassen

Das Informationsangebot der Sparkassen ist sehr umfassend und erfolgt über das Internet, Informationsbroschüren, CD-Roms, Folien und Arbeitsmappen.

Im Internetangebot befinden sich Stichwortverzeichnisse und Glossarien mit einer begrenzten Begriffsauswahl. Hier finden sich auch wieder die EURO-Informationsangebote über Entstehung, Bedeutung und Folgen der EWU, wobei der Eindruck einer allzu distanzlosen Risiken aussparenden Aufklärung überwiegt. Die Börsenlexika setzen bereits finanzielle Vorbildung voraus. Die Frankfurter Sparkasse v. 1822, die ihren Internetauftritt selbstständig erstellt und die Stadtsparkasse Köln treten mit eigenen Angeboten auf und geben umfangreichere Online-Informationen zum Euro mit zeitlichen Eckdaten, Veränderungen für Privatkunden bei Anlage, Kredit und Zahlungsver-

kehr. Das Euro-Glossar mit ausführlichen Beispielfragen und -antworten, EZB-Hintergrundinformationen und die Euro-Hotline sind in dem Bemühen einer Verbraucherorientierung aufgebaut und werden ständig ergänzt. Die Stadtparkasse München bietet Kunden per Internet Grundsatzinformationen zu Themen wie Vermögensanlage, Altersvorsorge und Baufinanzierung. Ein Finanzmarkt-Onlinemagazin versucht aktuelle Informationen zu verarbeiten und damit die Servicebedürfnisse gehobener Anlageklientel zu befriedigen.

Bei einigen Sparkassen können Verbraucher online ihre voraussichtliche „Versorgungslücke“ im Rentenalter berechnen lassen oder sich Beispielrechnungen für eine Altersvorsorge erstellen lassen. Die „Versorgungslücke“, ein insgesamt in der finanziellen Anbieterinformation aktueller Begriff, stellt dabei eine problematische Reduktion des Altersproblems auf solche Bedürfnisse dar, die durch die Anbieter selber befriedigt werden können. An diesen Beispielen zeigt sich, dass die Besetzung des „Überalterungsthemas“ der westeuropäischen Gesellschaften durch Anbieter von Produkten der privaten Altersvorsorge bildungspolitisch keineswegs mehr neutral ist. Dass Probleme der Kinderfreundlichkeit, Offenheit für Ausländer, der Wohnraumversorgung für kinderreiche Familien, der Pflege und Gesundheit, der gegenseitigen Akzeptanz von alten und jungen Menschen auf die Optimierung individueller Sparvorgänge reduziert wird, macht finanzielle Allgemeinbildung geradezu als korrektiv dieser Informationen notwendig.

Im Broschürenangebot wird regelmäßig auf die Publikationen des DSGV und seines Sparkassenverlages zurückgegriffen. Mit „Money talks“ versucht dagegen die Naspa, Kunden ein eigenständige Finanzmanagement zu erleichtern. Zu jeweils wechselnden Hauptthemen wie Zahlungsmittel, Fonds, staatliche Förderung, Vorsorge etc. werden Grundlagen erläutert und Interesse an diesen Finanzthemen geweckt. Ferner setzt die Naspa als „Förderschwerpunkt Jugendarbeit“ 170 Jugendbetreuer als Ansprechpartner rund ums Geld speziell für junge Leute ein, um in diesem im Wettbewerb begehrten Segment der Zukunftssicherung präsent zu sein.

Diese Zielgruppe hat auch das „puncto!“-Wirtschaftsmagazin. Hier werden Finanztips, Hinweise zum richtigen Geldumgang und Geldsparen sowie Erklärungen rund um das Thema Geld für Schüler gegeben. Es fehlen jedoch problemorientierte Ansätze oder die kritische Hinterfragung des Finanzdienstleistungsangebots. In Sonderausgaben werden vor dem Hintergrund von Spezialthemen (z.B. „Planspiel Börse“) Grundlageninformationen zur Börse, Wertpapiereigenschaften und Fachausdrücken gegeben. Auch hier dominiert der Anlagekunde den Kreditkunden.

Der bereits erwähnte „Schulservice“ der Sparkassen bietet Unterrichtsmaterialien zur finanziellen Allgemeinbildung von Schülern („Geld“ und „Wirtschaft“) an. Hierzu gehören ca. 150 Materialien wie Übungsmappen, Folien, Wissenstests, Lehrfilme etc. Im Gegensatz zu den anderen Banken bieten die Sparkassen wohl auf Grund ihrer Nähe zu den Kommunen erfolgreich Vorträge mit Informationsmaterialien zur Förderung des Geld- und Wirtschaftsunterrichts im Schulunterricht an.

Auch zum Thema der Gelderziehung bei Kindern gibt es Informationsschriften vor allem für Erziehende, die sich auf die Budget- und Geldverwendungserziehung konzentrieren und damit dem gesetzlichen Auftrag der Sparkassen zur „Förderung des Spargedankens in der Bevölkerung“ nachzukommen versuchen.

Mehrere Sparkassen (z.B. Naspa, Frankfurter Sparkasse) unterstützen finanziell und organisatorisch die Zusammenarbeit von Schulen mit regionalen Zeitungen (z.B. Pro-

jekt „Zeitung i.d. Schule“). Schüler recherchieren u.a. zu Wirtschafts- und Finanzthemen und schreiben zu aktuellen Wirtschaftsfragen. Die Zeitungen veröffentlichen dann ausgewählte Schülerartikel. Dabei unterstützen die Sparkassen diese Aktionen finanziell und ideell. Außerdem werden unterstützende Schulbesuche von Bankmitarbeitern mit themenbezogenem Fachwissen angeboten.

Sparkassen dürften als besonders jugendorientiert in ihren Bildungsanstrengungen gelten. Allerdings wird dabei die Zielgruppe der Jugendlichen häufig nicht direkt sondern über Erzieher, Eltern und Lehrer angesprochen, so dass dieser Bildungsansatz sich sehr dezidiert zum Leitbild der finanziellen Erziehung bekennt, die mit Anforderungen an finanzielle Allgemeinbildung kollidieren kann.

Der Deutsche Sparkassen- u. Giroverband (DSGV) bietet für alle Sparkassen über seine Internetseite sowie über Informationsbroschüren, Vorträge, Folien/PC-Programme und Arbeitsmappen finanzielles Bildungsmaterial an.

Im Internetangebot werden ein Glossar sowie Informationen zum EURO angeboten. Ferner gibt es ein Fragespiel, das in einem Selbstlernprozess den eigenen finanziellen Wissensstand sichtbar machen soll.

Großer Wert wird auf die Budgetplanung und kritische Bedürfnisanalyse und ihre Umrechnung in Ausgaben gelegt:

„Was kann ich mir leisten/Wie kann ich es finanzieren?“ soll anhand von Budgetplanungshilfen und Checklisten zur privaten Budgetplanung ermittelt werden. Dazu gibt es einen interaktiven Beratungsdienst, der das Haushaltsbudget individuell analysiert. Auf Wunsch kann auch persönliche Beratung erfolgen. Das „interaktive Haushaltsbuch“ transportiert die traditionelle Form finanzieller Bildung für den privaten Haushalt in das Internetzeitalter.

Der Vortragsservice des Sparkassenverbands bietet größtenteils kostenlose Vorträge zu ca. 20 verbraucherbildenden Themen wie z.B. der Verbesserung der privaten Finanzplanung der Verbraucher an.

Der „Beratungsdienst Geld und Haushalt“ umfasst Materialien zur Einführung des EURO, Fachbegriffserklärungen durch ein „Geldwirtschafts-Lexikon“, Taschengeldplanungshilfen, Gelderziehungshilfen, Publikationen und Ratgeber zu Steuern, Eigenheimgründung, Kredite und ähnlichen Themen.

In Kooperation mit dem „Sparkassenverlag“ werden ca. 150 verschiedene Informationsmaterialien zur finanziellen Bildung in sämtlichen Schulformen angeboten. Dabei gibt es eine Schüler-Arbeitsmappe zum Thema Kontoeröffnung und Girokonto. Hier werden Bedeutungen erklärt und Benutzungshinweise für die einzelnen Produkte (Schecks, EC-Karten, Überweisungen, Lastschriften etc.) gegeben. Frage- und Antwort-Informationsblätter sind als Testmöglichkeiten angehängt.

Das Informationsbuch „Unsere Kinder und das Geld“ ist für die Zielgruppe der Eltern und Erziehenden entstanden und besitzt eine didaktisch hilfreiche Unterteilung in vier Hauptkapitel und diverse einzelne Themenabschnitte. In den Zusammenfassungen der jeweiligen Themenbereiche werden die häufigsten Probleme zusammengefasst und Lösungsansätze und Tipps für Konfliktbewältigung rund um die Gelderziehung gegeben.

4. Versicherungen

Im Internetangebot der Versicherungen befindet sich ein Glossar, das einige Schlagwörter zu den Themenbereichen Betriebliche Altersvorsorge und Baufinanzierung ohne Darstellung des allgemeinen Zusammenhangs erklärt.

Ein weiteres Informationsangebot stellt das Lexikon rund um das Thema Bausparen dar. Insbesondere das Thema Altersvorsorge lässt trotz einer anschaulichen und allgemein verständlichen Erklärung durch Texte und Grafiken und der Möglichkeit zur Erhebung des persönlichen Finanzstatus seine Verknüpfung zu hauseigenen Produkten deutlich erkennen. Hier sind die Versicherer mit ihren Angeboten näher an der Werbung als die Kreditinstitute.

Der Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft (GdV) unterhält das „Informationszentrum der deutschen Versicherungen“, das Broschüren, Informationsmappen und –übersichten bereitstellt.

Im Internetangebot befindet sich ein Versicherungslexikon „A-Z“ mit teilweise vereinfachten Erklärungen. Die Broschüren des Informationszentrums können z. T. auch online gelesen oder gespeichert werden. Weiterhin werden „Partnerlinks“ gegeben, die zu verschiedenen Informationsquellen für Versicherungsfragen führen. Hier finden sich teilweise auch Angebote, die nicht direkt auf Anbieter weisen wie z.B. das „ABC der Lebensversicherung/Krankenversicherung“.

Der „Klipp-und-klar“-Informationsservice liefert Adressen und Literaturhinweise zu verschiedenen Versicherungsthemen. Konkrete Fragen können auch hier Versicherungsexperten online zur Beantwortung gestellt werden. Die Broschüren des Informationszentrums sind Produkterläuterungen und machen die Notwendigkeit der Versicherungsarten an Hand des „Lebensphasenkonzept“ deutlich.

Die Übersicht „Versicherungen, staatlich und privat“ enthält Erläuterungen über Leistungen, Zielgruppen und Sinn der einzelnen Versicherungen. Die Sekundarstufen-Unterrichtsmappe „Gesicherte Zukunft planen“ informiert über staatliche und private Versicherungen sowie Altersvorsorge allerdings auch eingengt auf den finanziellen Vorsorgeaspekt und ohne Problemansatz. Eine „pädagogische Handreichung“ bietet den Lehrenden eine Zielübersicht für die einzelnen Unterrichtsstoffabschnitte sowie methodische und didaktische Anregungen.

Die Broschüre „Versicherungen im Klipp & Klar-Text“ erläutert ebenfalls einzelne Versicherungsarten, ihr Leistungsspektrum und Anwendungsgebiete.

5. Zusammenfassung

Die anbietende Wirtschaft dürfte das umfassendste Informationsangebot im Bereich der Finanzdienstleistungen stellen. Es unterteilt sich in die folgenden Bereiche:

- Die „Warenkunde“, in der einzelne Arten von Finanzdienstleistungen dargestellt und in Lexika die Begrifflichkeit erläutert wird. Broschüren zu einzelnen Finanzdienstleistungsarten, Lernhilfen für die Schule und Evaluationsmaterial sollen das Expertenwissen der Anbieter zum Verbraucher transportieren. Im Mittelpunkt dieser Warenkunde stehen vor allem diejenigen Waren, deren Absatz man in besonderer Weise befördern möchte. Dazu gehören vor allem die Kapitalanlage in Wertpapieren, die Baufinanzierung, und die private Altersvorsorge.

- Die allgemein wirtschaftliche Bildung, bei der es einerseits um das Erklären wirtschaftlicher Zusammenhänge sowie von technischen Abläufen („Euro“) geht, zum anderen aber auch eine bestimmte Sichtweise oder gar Notwendigkeit der Finanzdienstleistungen unterstellt wird. (z.B. private Altersvorsorge) Kritische Themen wie Filialabbau, Kontollosigkeit, Überschuldung, Automatisierung und Missbrauch werden in aller Regel ausgespart. Die Finanzdienstleistungen werden als Kernelement einer funktionierenden Wirtschaft dargestellt. Es ist hier eher das Fehlen von anderen Themen wie der historischen Rolle der Banken in Deutschland, ihrem Wirken in der Dritten Welt oder das Thema „Macht der Banken“, das vom Anspruch der kritischen Allgemeinbildung her problematisch ist.
- Die Budgeterziehung, bei der vor allem im Kreditbereich eine kritische Eigenreflektion von Bedürfnissen und Bedarfen zumeist interaktiv vermittelt und auf die Selbststeuerungsmöglichkeiten der Kunden zur Problemvermeidung verwiesen wird.
- Die Finanzdienstleistungseinübung, bei der über Schüler- und Kooperationsprojekte, über Zeitungspartnerschaften und Preise, über interaktive Programme der Bedarfsschätzung sowie im Frage- und Antwortspiel Fertigkeiten vermittelt werden sollen, um die Finanzdienstleistungen richtig zu nutzen.

Es kann nicht verwundern, dass kritisch emanzipative Inhalte mit Fragen nach dem Sinn des Geldes, Tauschwirtschaft und Solidarität, Verteilung und Akkumulation, Krise und Wachstum, sozial verantwortliches Verhalten, Wirtschaftsmacht und Politik, Benachteiligung der Armen sowie insgesamt der Bereich der Prozeduralen Armut in diesen Materialien nicht nur nicht vorkommt, sondern auf Grund ihrer abgeschlossenen Darstellung auch als nichtexistent suggeriert wird.

Die Bildungsangebote der Anbieter haben vor allem die folgenden Defizite:

- Themenbereiche und Produkte prozeduraler Armut, wie wir sie oben²³² beschrieben haben, sind entweder ganz ausgespart oder werden nur in der Form der Budgeterziehung angesprochen.
- Durchgängig wird nicht am Problemhorizont der Nutzer angesetzt.
- Probleme der Unterversorgung und Diskriminierung werden ausgespart.
- Es werden keine didaktischen Versuche erkennbar, sich dem von Armut gefährdeten Personenkreis in ihrer spezifischen Nutzung von Finanzdienstleistungen zu nähern.
- Bereits die Beschäftigung mit den Rechten der Verbraucher auch im Krisenfall stellt die absolute Ausnahme dar.

In einer pluralistischen Gesellschaft kann solche Information in einem Meinungsspektrum konstruktiv genutzt und entsprechende Ergänzungen hervorrufen. Insoweit hätten Bildungsanbieter allen Grund, sich über das große wenn auch unvollständige Angebot zu freuen. Das Problem liegt aber darin, dass bei Finanzdienstleistungen der Bildungsbereich selber über kein auch nur annähernd so umfassendes Angebot verfügt und die kritische Gegeninformation auch nur sehr rudimentär und unaufbereitet versteckt erreichbar ist. Das massierte und kostenlose Angebot, die Finanzierungsmöglichkeiten über eigene Stiftungen und Zuwendungen, die mundgerechte bis ins Detail aufbereitete und damit arbeitssparende Präsentation des Materials für Lehrer und

232 oben D II.

Öffentlichkeit geben direkte Einflussmöglichkeiten, die beobachtet werden müssen. Die Entwicklung in den USA, wo financial literacy zu einer kollektiven Belehrung der Armen über ihr Fehlverhalten im Finanzdienstleistungssektor zu degenerieren droht, und die das Armutproblem immer schwerer als ökonomisches Problem vermittelbar macht, sollte Grund genug dafür sein, wirtschaftliche Bildung weiterhin als öffentliche Aufgabe und nicht als Darstellungsweise der anbietenden Wirtschaft zu verstehen.

- Wirtschaft, die sich entwickelt, besteht aus Kapital und Arbeit, aus Investition und Konsum, aus Angebot und Nachfrage. Beide sollten daher im Prozess vor allem der Bildung der heranwachsenden Generationen präsent bleiben.
- Eine Gesellschaft, die darauf Wert legt, dass ihre Bildung dem verfassungsmäßigen Gebot der Öffentlichkeit und Objektivität folgt, wird auf Dauer nicht umhinkommen, die Flut der Angebote zu ordnen, zu klassifizieren und in einen kritisch emanzipatorischen Dialog aller am Prozess Beteiligter einzubinden.
- Soweit die Bildungsarbeit direkt an die Öffentlichkeit gerichtet ist, gibt es das Korrektiv der Presse und Medien. Soweit sie sich an Bildungsträger richtet, muss eine kritische Verarbeitung durch die Träger selber gewährleistet sein.
- Insgesamt fehlt es den Anbietern nicht am Willen zur Zusammenarbeit, weil kritische problemorientierte finanzielle Allgemeinbildung auch didaktisch den Bildungseffekt erhöht und informierte und selbstbewusste Kunden dem Finanzdienstleistungssystem im internationalen Wettbewerb insgesamt nützen.

V. Aufklärung durch die Medien

In den 90er Jahren sind Geldthemen in den Medien als Ausfluss und Trendverstärker eines im Durchschnitt größeren Bewusstseins für Finanzthemen in der Bevölkerung stärker berücksichtigt worden. Im Rahmen der folgenden Auswertung wird untersucht, inwieweit Medien einen Bildungsanspruch erheben bzw. einen allgemeinbildenden Ansatz verfolgen, der die Verbraucher zu eigenverantwortlichem und selbstbewusstem Handeln befähigt.

Der nachfolgende Überblick will wie schon in den vorhergehenden Kapiteln exemplarische Tendenzen aufzeigen.

Untersucht wurden stellvertretend 75 Medienformate, von denen 65 für die Thematik auswertbar waren.²³³ Als Hauptkriterium für die Auswahl galt der aus Selbstdarstellung oder Fremdverweisen erkennbare inhaltliche Bezug zum Studiengegenstand. Titel wie „Finanzratgeber“, „Verbrauchermagazin“ entsprechende Werbeanzeigen oder Trailer,

233 Folgende Medien wurden untersucht: Printmedien: Stern, Die Welt, BIZZ, Focus Money, DM/DM-online, Finanzen/Finanzen-online, Capital, Hamburger Abendblatt; Hörfunk: NDR1 (Fofteihn, Hamburg am Mittag, Hamburg nach 7), NDR2 (NDR2 am Vormittag, Mittagskurier, NDR2 am Nachmittag), DLF (Verbrauchertipp, Wirtschaft am Mittag, Wirtschaft & Gesellschaft), SR (Bunte Funkminuten, Forum), SWR (Thema Heute, Das Ding – Jugendsender), ORB (Finanzratgeber), Alsterradio (Themenschwerpunkt Finanzen); Fernsehen: ARD (Plusminus, Sabine Christiansen), ZDF (Heute Mittag, WISO), N3 (N3ab4, Markt im Dritten), WDR3 (Service Zeit Geld, Markt, Tele (Sommer-) Kolleg), BR3 (Familienzeit), MDR3 (Ab 12, Umschau, Ein Fall für Escher), 3Sat (3Sat-Börse); folgende Zeitschriften wurden als thematisch nicht einschlägig angesehen: Impulse, Mainvestor, Süddeutsche Zeitung, Börsen-Zeitung, Das Wertpapier, Der Aktionär, Focus, Brigitte, Petra, Hörzu, Funkuhr, Der Spiegel.

Spartenzugehörigkeiten wie z.B. „Finanzfachzeitschriften“ waren der Anknüpfungspunkt.

1. Themenschwerpunkte

In den Printmedien herrscht eine relative Homogenität bei den Finanzthemen. Aktualität und ein breiteres Spektrum an Hintergrundwissen (z.B. Grundlagen zu Aktienanlage, Versicherung und Vorsorge, Kredit etc.) werden auf dem Internet als Ergänzung zum Printmedium angesehen.

Das Thema Börse/Aktien sowie der Investmentfonds dominieren die Berichterstattung über Finanzdienstleistungen.²³⁴ Einen weiteren Schwerpunkt bilden die Themen Versicherungen (insbesondere Krankenkassenwechsel, Versicherungsschäden, neue Produkte), Immobilien, Steuern und Recht (insbesondere Steuerreform). Darin reflektiert sich die Zielgruppenausrichtung dieser Medien, die überwiegend als Bevölkerungsschicht mit gehobenem Einkommen/Bildungsstand definiert wird.

Das Angebot der überregionalen Tageszeitungen beschränkt sich meist auf die reine Information und aktuelle Nachrichten. Von den Publikumszeitschriften werden Finanzthemen eher selten aufgegriffen. Mit Ausnahme des „Stern“, der die Thematik auf seiner Website in Form von Börsenkursen, Aktiendepot, Kauftipps, Versicherungen, Zinsen, Fonds aufbereitet. In den diesjährigen Ausgaben des Printmagazins wurde das Thema in Beiträgen über Altersvorsorge, Schulden (Insolvenzrecht), Autokauf, Finanzgeschäfte online, Börsen-Serie (z.B. Fondauswahl, Gebühren, Risiken) aufgegriffen. Fallbeispiele dienen der Veranschaulichung.

In der Frage der Angebotsvielfalt muss bei den Hörfunkangeboten zwischen den privaten Sendern und den öffentlich-rechtlichen Anstalten unterschieden werden. Während Wirtschaftsthemen bei den öffentlich-rechtlichen noch relativ fester Bestandteil des Programms sind, räumt von den befragten privaten Hörfunkstationen nur ein einziger kleine wöchentliche Blöcke den hier interessierenden Themen ein.

Ein generelles Problem, das fast alle im Hamburger Sendegebiet unverkabelt empfangbaren Formate betraf, war ihre regelmäßige Gestaltung als Flow-Beiträge, d.h. als Beiträge, die ohne feste Sendezeit in das Programm genommen werden. So werden beispielsweise relevante Beiträge bei NDR2 wahlweise in den Sendeblocken „NDR2 am Vormittag“, „Mittagskurier“ und „NDR2 am Nachmittag“ ausgestrahlt. Ein ähnlicher Umgang mit relevanten Beiträgen ist bei NDR1 anzutreffen. Die Sendeblocke selbst umfassen zum Teil mehrere Stunden. Es war aus diesem Grund – mit zwei Ausnahmen (DLF und Alsterradio) – nicht möglich, die einzelnen Beiträge so zu lokalisieren, dass sie als entsprechende Audioaufnahmen in die Untersuchungsergebnisse einfließen konnten. Angaben über Themenhäufigkeiten können hier daher ausschließlich auf Basis der Interviews mit den verantwortlichen Redaktionen.

Von insgesamt 27 von den Redaktionen gemachten Nennungen entfielen 19 auf das Thema „Börse“, davon 7mal in Verbindung mit „Altersvorsorge“ und 12mal unter dem Stichwort „Börse allgemein“ (Aktienkurse, Anlageformen etc.). Dreimal genannt wurden wirtschafts- oder finanzrechtliche Themen wie Versicherung, Ökosteuer und Steu-

234 Z.B. als Titelthema in „DM“, Heft 10/2000. Hier konnten auch Hinweise für Sparer gefunden werden, wie auch kleinere Beträge sinnvoll angelegt werden können.

erreform. Zweimal genannt wurde das Thema Sozialpolitik (allgemein und Kindergeld), und jeweils einmal wurden die Themen Handy und Immobilien erwähnt.

Die beim Hörfunk erwähnte Unterscheidung zwischen privaten und öffentlich-rechtlichen Anstalten lässt sich auch bei den Fernsehsendern antreffen. Abgesehen von den beiden auf Wirtschaft spezialisierten Kanälen n-tv und N24 konnten bei lediglich drei privaten Programmen (Pro7, RTL und HH1) relevante Sendungen vorgefunden werden²³⁵, wohingegen ausnahmslos alle öffentlich-rechtlichen Sender mindestens zwei Formate anboten.

Themen der Fernsehsendungen

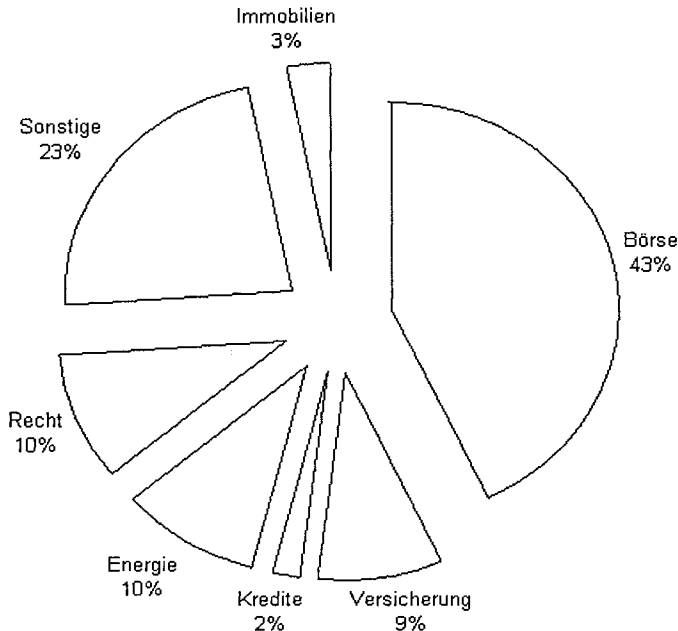


Abbildung 13: Themen von Fernsehsendungen

Innerhalb der beiden Anbietergruppen ergaben sich teilweise große qualitative Unterschiede. Das Themenangebot der öffentlich-rechtlichen Fernsehsender ist vergleichsweise vielfältig und klar strukturiert. In der Stichprobe thematisiert wurden alle Bereiche der Finanzdienstleistungen, wobei Börsen- und Versicherungsbeiträge häufiger anzutreffen waren als Berichterstattungen über Kredite oder Zahlungsverkehr. Andere bevorzugt behandelte Themen sind Mietrecht, Steuerrecht und Energiepreise.

²³⁵ Der Verbrauchernutzwert ist bei den privaten Anbietern zumindest zuweilen fraglich. So porträtierte beispielsweise die Sendung HH1 – „Hamburg-gut beraten“ am 29.09.00 ein 100%iges Tochterunternehmen ihres Sponsors.

Eine Sonderrolle bei den privaten Anbietern spielen die Sparten-Sender n-tv, bloomberg-tv und N24. Die zielgruppenspezifische Ausgestaltung führt dazu, dass die Berichterstattung in weiten Teilen beträchtliches Vorwissen bei den Rezipienten voraussetzt und zur Vermittlung von Grundlagenwissen nicht automatisch geeignet erscheint. In allen vorliegenden Aufzeichnungen wird zudem ausschließlich das Geschehen rund um die Börse thematisiert. Allerdings versucht v.a. n-tv, seine Zielgruppe durch erklärende Beiträge, Kaufvideos „Das 1x1 der Aktie“ o.ä. zu vergrößern.

Diejenigen privaten Anbieter, die überhaupt Finanzthemen abdecken, unterscheiden sich hinsichtlich der Häufigkeit dieser Themen nicht grundlegend von den öffentlich-rechtlichen Sendern. In den uns vorliegenden Aufzeichnungen von insgesamt 22 verschiedenen Sendungen wurden insgesamt 86 relevante Inhalte festgestellt:

36 betrafen das Thema Börse (in der Mehrheit Börsenanalysen) oder waren verbunden mit Rentenversicherung bzw. Altersvorsorge. Einmal wurde ein „Kleiner Aktienkurs für Einsteiger“ angeboten²³⁶ neunmal wurde das Thema Energie (Öl-, Benzinspreise, Heizkosten) behandelt, weitere neunmal rechtliche Fragen, wie z.B. Selbstständigkeit, Steuer-, Erbrecht und unfallrechtliche Fragen. Achtmal wurde das Thema Versicherung aufgegriffen, in der Mehrheit Krankenkassenvergleiche, aber auch Haftpflicht und Pflege- bzw. Berufsunfähigkeitsversicherung. Das Thema Immobilien wurde dreimal vorgefunden. Das Thema Kredite trat zweimal in Erscheinung. Die restlichen 19 untersuchten Inhalte betrafen keine für die Fragestellung eindeutig relevanten Themengebiete (z.B. Internet, Gewinnaktionen, Handy-Tarife).

Finanzdienstleistungsthemen stehen damit für knapp die Hälfte der Wirtschaftsthemen. Darin spielen aber Börsenthemen die absolut dominierende Rolle.

Alle genannten Medien bieten auf ihren Internet-Seiten die Möglichkeit, die behandelten Beiträge in einem Archiv einzusehen. Darüber hinaus sind Musterdepots, Rententarifrechner, Lexika und Börsengrafiken anzutreffen.

Der überwiegende Teil der Online-Dienste behandelt Finanzthemen allein im Anlagebereich. Die Angebote der Finanzinformationsdienstleister ähneln sich, wobei je nach Zielgruppenorientierung der Schwerpunkt auf die schnelle Börseninformation oder aber auf die Vermittlung von Grundlagen- oder Hintergrundwissen zur Geldanlage gelegt wird. Das Geschehen rund um die Börse wird in Form von News, Kursen & Charts, Analysen, Marktberichten, Neuemissionen behandelt. Darüber hinaus werden häufig Anlage-Empfehlungen gegeben, Unternehmen porträtiert und Hintergrundberichte angeboten.

Das Thema Investmentfonds wird i.d.R. gesondert aufgegriffen. Dazu kommen Lexika, Musterdepots und Börsenspiele sowie Einsteiger-Menüs für Börseninteressierte, die sich mit Fragen beschäftigen, wie z.B.:

- Was bringt welche Anlageform?
- Welcher Anlegertyp sind Sie?
- Was sind die wichtigsten Wertpapierarten?
- Was sind die häufigsten Fehler bei der Aktienanlage?

Einen anderen Schwerpunkt bei den Internetangeboten bildet das Thema Versicherungen, allerdings häufig unter dem Aspekt der Altersvorsorge und Geldanlage (Kapital bildende Lebensversicherungen). Hier findet die Rentendiskussion Berück-

236 In der Sendung BR – „Familienzeit“ vom 11.09.00.

sichtigung und es werden die Möglichkeiten der privaten Altersvorsorge erläutert. Neben Erklärungen und Vergleichen von Versicherungs- und Finanzierungsarten werden Sparpläne (z.B. Fondssparen), Rentenrechner und persönliche Finanz- und Steuer-optimierer angeboten. Weiterhin thematisiert werden Zahlungsformen, Kredite, Immobilien und Bausparen.

Zusammenfassend lässt sich aussagen, dass im Untersuchungszeitraum Ende 2000 der Schwerpunkt fast aller Medienformen auf der Geldanlage lag und hier wiederum speziell auf dem Modethema Börse. Versicherungen wurden häufiger thematisiert, sehr wenig jedoch die Bereiche Zahlungsverkehr und Kredit mit geringer Ausnahme bei der Baufinanzierung. Konsumentenkredite und Verschuldung fanden keine Berücksichtigung. Auffällig ist, dass die Medien das Thema „private Finanzen“ häufig als Unterpunkt zur allgemeinen ökonomischen Berichterstattung behandeln. Die Themenwahl ist überwiegend produktorientiert, was sich auch in der Themenstruktur widerspiegelt: Ausgangspunkt ist nicht ein Bedarf (z.B. „Wie baut man eine Altersvorsorge auf?“) sondern ein Produkt (z.B.: „Die beste Lebensversicherung“).

2. Präsentationsform

Die Medien sind unmittelbar von den Verbrauchern abhängig. Das Diktat der Einschaltquote, der Anzahl der Leser und Leserbriefe, die Zustimmung in den Leserumfragen ist für die Redakteure im öffentlichen Bereich entscheidend, während im privaten Bereich noch die Wirtschaft als Inserent hinzukommt. Diese Kundenabhängigkeit führt auch dazu, dass die didaktischen Prinzipien von praktischer Bildung, d.h. Problemorientierung und individuelle Servicequalität sowie Konkretheit und Beispielhaftigkeit der Situationen die Präsentationsform bestimmen.

Eine Präsentation finanzieller Inhalte erfolgt in erster Linie als Informationsvermittlung, d.h. Finanzthemen werden vordergründig, informierend und serviceorientiert auf konkrete Marktauswahl bezogen aufgegriffen. Sie stellen dann eine häufig zeitlich und thematisch eng begrenzte Art der Wissensvermittlung dar. Eine Vermittlung von Inhalten mit bildendem oder allgemeinbildendem Ansatz spielt keine herausragende Rolle - abgesehen von wenigen im Abschnitt „Trends“ beschriebenen Ausnahmen.

Redaktionelle Inhalte mit unmittelbar erkennbarem Bildungscharakter sind selten. Auf ihre Funktion als Vermittlung von Basiswissen wird explizit hingewiesen, z.B. als „Aktienkurs für Neueinsteiger“. Basis-Bereiche werden in Form von Erklärstücken zu Anlage und Börse, Steuern, Versicherungsarten und Rente, Börsenlexika und Börsen 1x1 aufbereitet. Diese Bereiche weisen zu einem erheblichen Teil wiederum Zielgruppenbezogenheit auf. Gerade Informationen zu Anlage und Börse sind häufig für Einsteiger ohne Vorkenntnisse ungeeignet, zudem oft knapp gehalten und nicht ausreichend verständlich erklärt.

Wenngleich die vorgefundenen Inhalte schwerpunktmäßig Wissen vermitteln, werden für die Veranschaulichung und Konkretisierung eine auf Anwendung und Praxisnähe ausgerichtete Darstellungsform benutzt. Konkretisierung hat aufklärenden Charakter, hier werden z.B. Fallbeispiele und halbdokumentarische Berichte herangezogen, wobei gerade problembezogenen Negativbeispiele als häufiges Mittel zu vorsorgenden und verbraucherschützenden Informationen eingesetzt werden, oft in Verbindung mit Interviews, Ratgebern und Tipps. Diese Art und Weise des Themenaufgriffs ist in einem besonderen Maße bei den öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten anzutreffen -

besonders genannt seien hier die ARD-Sendung „Plusminus“ und generell die Formate der dritten Programme (NDR, WDR etc.). Aufgrund des leichten Zugangs, der Anschaulichkeit und des möglichen Wiedererkennungseffekts kann diese Darstellungsform durchaus zur Schaffung eines Problembewusstseins auf Verbraucherseite beitragen. Gleichzeitig wird mit der Einbettung von finanziellen Themen in lebensnahe Situationen versucht, die Hemmschwelle für die Beschäftigung mit der Sendung herabzusetzen. Die Wahrscheinlichkeit, auf diese Weise ein breites Publikum zu erreichen, ist eher hoch.

Rechenmodule, Musterdepots, Börsenspiele u.ä. vermitteln zum einen Grundlagen spielerisch und veranschaulichen zum anderen das Geschehen rund um die Geldanlage. Diese Angebote befinden sich fast nur auf den Websites der Print- und Rundfunk-Formate und der Finanzinformationsdienstleister.

Finanzielle Bildung erfolgt in den meisten Fällen themenbezogen und wird bis auf wenige Ausnahmen nicht ad-hoc vermittelt. Oft ist eine gezielte Suche nach weiterführenden Inhalten notwendig, was wiederum Problembewusstsein und Motivation beim Rezipienten voraussetzt. Häufig erfolgt eine indirekte Informationsvermittlung durch Verweis auf andere Informationsquellen. Der Konsument wird themenbezogen auf leistungsstarke und kompetente Anbieter bzw. Angebotsformen verwiesen. Findet eine tatsächliche Inhaltsvermittlung über den bloßen Verweis hinaus nicht statt, dann handelt es sich um eine Leerinformation wie etwa in dem Beitrag der Sendung „Gut beraten“ von HH1 vom 07.09.2000, der ein Programm zur Selbstständigkeit vorstellte, ohne es inhaltlich zu behandeln. In der Sendung „Themenschwerpunkt Finanzen“ von Alsterradio wurden z.B. Themengebiete wie Immobilienkauf und Die Auswirkung der Steuerenkungsgesetze für Arbeitnehmer jeweils in Beiträgen von nicht mehr als zwei Minuten Dauer behandelt. Für ausführlichere Informationen wurde auf die aktuelle Ausgabe der Zeitschrift Finanztest verwiesen. Hörfunk und TV trauen sich daher nur begrenzten Tiefgang zu und verweisen im übrigen auf die Printmedien.

Alle Medienformate haben im Verlauf der letzten zwei Jahre zumindest einmal das Thema Börse im Sinne von Grundlagenwissen thematisiert, bis hin zu aufeinander aufbauenden Serien und Seminaren. Diese weiter führenden Inhalte werden in der Regel dauerhaft auf den Websites der Medienformate dargestellt, so dass das Internet gegenwärtig die leistungsfähigste Plattform zur Vermittlung von Grundlagenwissen im Börsenbereich darstellt, obwohl sie nur eingeschränkte Zielgruppen erreicht.

3. Zielgruppen

Die Zielgruppenausrichtung ist von zwei Komponenten abhängig. Die erste Komponente betrifft die konzeptionelle Zielgruppenausrichtung des Medientyps. Finanzzeitschriften, die Mehrheit der Finanzinformationsdienstleister im Internet und auch überregionale Tageszeitungen wenden sich in hohem Maße an eine in Bezug auf Einkommensverhältnisse und Bildungsstand gehobene Zielgruppe. Dies ist Ausfluss der Tatsache, dass es insgesamt nur wenige Medien gibt, die explizit untere Einkommens- oder Bildungsschichten bedienen, da diese im Allgemeinen nicht zu den für die Werbekunden interessanten Bevölkerungsteilen zählen und solche Medien auch nicht kaufen. Ein expliziter Bezug zu ihnen findet sich jedoch bei Boulevardzeitungen, -zeitschriften und -sendungen. Dort wiederum spielt die Information über Finanzdienstleistungen eine nur untergeordnete Rolle. Hier geht es zumeist um den Sensationseffekt oder die unmittelbare Entscheidungshilfe.

Bei der Sensation geht es um Identifikation und Empörung, um das vertraute Gefühl, nicht betroffen zu sein oder es besser gemacht zu haben. Das Problem der Sensationspresse, die sich gelegentlich gescheiterter Baufinanzierer, überschuldeter Verbraucher, ruiniertes Existenzgründer oder geprellter Anleger für die Altersvorsorge annehmen besteht darin, dass Sensationen immer personell sein müssen. Spiegelbildlich zur Erziehungsbildung in der Budgetbildung überschuldeter Verbraucher, denen die Schuld an ihrer Misere zugeordnet wird, stürzt sich die Sensationspresse auf die Personen, denen auf der Anbieterseite ein persönliches Fehlverhalten vorgeworfen werden muss. Sendungen und Artikelserien, die für die Verbraucher „kämpfen“, sind in den Unterschichten beliebt, brauchen aber wie bei jedem Kampf einen personalisierbaren Gegner. Dass ein Kunde in den Mechanismus prozeduraler Armut gelangt ist, bei ihr oder ihm sich die Strukturen der Benachteiligung überkreuzt haben, ist keine Sensation sondern Schicksal. Wenn aber ein Immobilienvertreter mit einer Bank im Rücken Gelder veruntreut hat, dann ist dies eine Sensation. Verbrauchervertreter kommen somit häufig in die missliche Lage, die strukturellen Defizite in Sendungen als Experten darstellen zu müssen, in denen es eigentlich um Personen geht und in denen die Presse im Prinzip nur die Empörung der Verbraucherexperten braucht.

Bei der Entscheidungshilfe geht es ebenfalls nicht um strukturelle Bildung sondern um unmittelbare Entscheidungsabnahme. Der Kauf eines bestimmten Wertpapiers jetzt, die Kündigung einer Kapitallebensversicherung zu einem bestimmten Datum und die Benennung einer konkreten Beratungsstelle, dies sind typische Serviceleistungen, die das Massenpublikum erwartet und mit Einschaltquoten belohnt.

Die zweite Komponente betrifft die Zielgruppenausrichtung in Abhängigkeit vom behandelten Themenkomplex. So lässt sich – mit wenigen Einschränkungen – feststellen, dass Themen aus dem Bereich der Volkswirtschaft, wie z.B. Energiepreise (Öl, Benzin, Strom etc.), breitere Zielgruppen ansprechen und entsprechend prominenter aufbereitet anzutreffen sind als Themen aus dem Finanzdienstleistungsbereich. Eine Ausnahme stellen spezielle Geldthemen dar, die aufgrund ihrer Aktualität oder eines gesellschaftlichen Trends im öffentlichen Interesse stehen. Die Berichterstattung zu Geldanlage oder zum Börsengeschehen hatte dabei etwas mit dem Aufstieg und Fall des Neuen Marktes zu tun. Krankenkassenvergleiche/-wechsel oder die Diskussion um die Rentenreform (Altersvorsorge) sind politisch vorgegeben, bleiben bei der Aktualität

und verebben schnell, auch wenn die Umsetzung dieser Informationen in der Praxis erst viel später erfolgt.

In der Summe kann festgehalten werden, dass sich der Großteil der Informationsangebote an eine gehobene Zielgruppe wendet, die hauptsächlich durch ein zumindest mittleres Einkommen charakterisiert werden kann – bei den überregionalen Tageszeitungen, Fachzeitschriften und der großen Mehrheit der Finanzdienstleister im Internet oft verbunden mit einem gehobenen Bildungsstand, was sich durch ein hohes inhaltliches und sprachliches Niveau ausdrückt.

Selbst bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, deren Berichterstattung sich am ausgeprägtesten an eine „breite Öffentlichkeit“ wendet, sind praktische Tipps und Ratschläge, z.B. in Bezug auf Anlageformen wie Aktientipps etc., meist mit finanziellen Verhältnissen und Möglichkeiten auf Konsumentenseite verbunden, die nicht allen Bevölkerungsschichten zugrunde gelegt werden können. Als Negativbeispiel möchten wir hier auf eine Sendung vom DLF, „Wirtschaft am Mittag“ am 05.09.2000, verweisen (). Obwohl dieser Beitrag über die Entwicklung der Telekommunikationswerte nicht explizit auf Einkommensverhältnisse der Verbraucher eingeht, wendet er sich durch den ausschließlichen Gebrauch von Fachtermini in einer Weise an einen vorwissenden Rezipienten, die einem in Finanzfragen unwissenden Rezipienten das Verständnis des Beitrages unmöglich macht.

Selbst im Falle einer Berichterstattung oder Themenbehandlung, die tatsächlich kein oder nur geringes Vorwissen voraussetzt, genügt dieser Umstand, um Teile der Gesellschaft, die bestimmte Einkommensverhältnisse unterschreiten, nicht zu erreichen. Es kann angenommen werden, dass zumindest im Bereich der Privatfinanzen für diese Teile der Bevölkerung keine spezielle Medienplattform existiert, die deren Interessen in einer für sie angemessenen Weise berücksichtigt. Dieses Verhältnis zwischen Zielgruppe und Medium ist hingegen überproportional repräsentiert in Bezug auf Bevölkerungsschichten mit mittlerem oder höherem Einkommen.

Eine ähnliche Relation lässt sich im Hinblick auf den Altersdurchschnitt der angesprochenen Zielgruppen beobachten. Nach Aussagen der Redaktionen ist der Anteil der Zielgruppen ab 30 Jahre²³⁷ aufwärts gegenüber den jüngeren Zielgruppen in der Regel überproportional hoch. Dieses Verhältnis wird jedoch dort unterbrochen, wo auch jüngere Bevölkerungsgruppen über ein höheres Einkommen verfügen oder ein eingangs erwähnter gesellschaftlicher Trend auch jüngere Zielgruppen erfasst²³⁸ (wie derzeit z.B. Aktien- oder Fondsanlagen, Mobilfunk etc.). Man kann also sagen, dass der Status des Einkommens den des Alters dominiert.

Gestützt wird diese Aussage durch die Tatsache, dass die Zielgruppe der unter 18jährigen in der Regel am wenigsten berücksichtigt wird. Die einzige Ausnahme stellen hier Berichterstattungen über Handy-Tarife und -Modelle dar. Die Annahme der Ungeeignetheit von Wirtschafts- und Finanzthemen für Jugendliche gehört weithin zum redaktionellen – und gesellschaftlichen - Allgemeinverständnis²³⁹. Einige der befragten

237 Die meisten Hörfunkanstalten legen bei ihrer Berichterstattung einen noch höheren Altersdurchschnitt ihrer Zuhörerschaft zugrunde.

238 So richtet sich z.B. die Sendung „BIZZ – Das Verbrauchermagazin“ (Pro7) in erster Linie an ein jüngeres und modernes, d.h. trendbewusstes Publikum. Vgl. auch Sendung vom 12.09.00.

239 In diesem Zusammenhang verweisen wir auf das Interview vom 12.09.00 mit Andreas Sorgenfrey vom NDR2/Hörfunk, der spezielle Sendeinhalte für Jugendliche unter 18 Jahren unter dem Gesichtspunkt „ihrer noch nicht erreichten Vertragsberechtigung“ für nicht sinnvoll hielt.

Redakteure vertraten die Meinung, dass Finanzthematik für Jugendliche unter 18 noch nicht sinnvoll sei, da sie auch noch nicht berechtigt seien Verträge abzuschließen²⁴⁰. Als weitere Gründe wurden die z.T. späte Sendezeiten genannt, oder die - aus den Mediadaten ersichtliche - Dominanz eines eher älteren Durchschnittsalters der Rezipienten. Ein einziges Mal wurde ein Beitrag genannt, der sich mit dem Umgang mit Taschengeld beschäftigte und sich primär an Jugendliche wendete.

Nach Auswertung von Mediadaten der untersuchten Medienformate ergab sich eine zum Teil beträchtliche Diskrepanz zwischen der von der Redaktion aus angestrebten und der tatsächlich erreichten Zielgruppe. Sendungen der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten – obgleich konzeptionell an eine „breite Öffentlichkeit“ gerichtet – erreichen selten bundesanteilige Zuschauerzahlen über drei Prozent.²⁴¹

4. Bildungsanspruch der Redaktionen

Es wurden insgesamt die Redaktionen von neun öffentlich-rechtlichen Hörfunksendern, fünf Sendungen öffentlich-rechtlicher TV-Programme, sechs Internetanbietern und einer Finanzfachzeitschrift nach ihren Zielen und Konzepten befragt.

Beim Bildungsbegriff gibt es keine - stillschweigende oder explizite - Übereinkunft zwischen den verschiedenen Redaktionen. Vielmehr wurde der Begriff Bildung bzw. Bildungsanspruch meist im Zusammenhang mit einem gegensätzlich definierten journalistischen Auftrag gleichgesetzt. Danach geht es entweder um die reine Information oder um pädagogische oder aufklärende Ziele.

Journalisten machten entweder „keinen Unterschied zwischen Bildung und Information“²⁴² – andere grenzten das „journalistische“ vom „pädagogischen“ Auftrag ab.²⁴³ Sie sahen den Bildungsaspekt „zumindest nicht im Vordergrund der redaktionellen Arbeit“²⁴⁴. Wieder andere legten den Schwerpunkt auf Elemente mit eindeutig pädagogischem Anteil, wie z.B. „eine Sensibilität“ in der Berichterstattung, damit der Zuschauer „seine Scheu verliert“ und „sich aktiv mit der [...] Situation auseinandersetzt“²⁴⁵.

Die am meisten zur Erklärung des Bildungskonzeptes verwendeten Begriffe waren „Aufklärung“, „Verbraucherschutz“ und „Service-Journalismus/Nutzwertjournalismus“. Ein pädagogisch motiviertes, umfassendes und systematisches Bildungskonzept, das die Vermittlung von finanziellem Grundlagenwissen insgesamt angeht, wurde außer bei dem gerade mit einem Frauenbildungsanspruch auftretenden Internetanbieter Motley Fool, Frauenfinanzseite und Finanzen nicht vorgefunden.

240 In diesem Sinne äußerte sich Andreas Sorgenfrey, Wortredaktion NDR2, am 12.09.00.

241 Die Sendung „3Sat Börse“ beispielsweise hatte im ersten Halbjahr 2000 einen durchschnittlichen Marktanteil von 0,6 %.

242 So Gerd Waßmund, Wortredaktion von NDR1 – „Hamburg-Welle“, am 14.09.00.

243 Mitunter wurde die Frage nach pädagogischen Elementen auch auf einen – in einem negativen Sinne moralisierenden – „warnenden Zeigefinger“ bezogen. (Wilhelm Bartnik, Wirtschaftsredaktion von Radio Bremen, am 27.09.00).

244 Harald Müller, Wirtschaftsredaktion des MDR, am 26.09.00.

245 So Gerd Niedermayer, Redaktion Familienzeit (BR), am 28.09.00. In dem gleichen Sinne äußerten sich auch die Redakteur(innen) der Finanzinformationsdienstleister im Internet, Cornelia Sternke von Motley Fool und Michael Obst von Finanzen.

Für die große Mehrheit der befragten Redaktionen waren „Aktualität“ und die Ansprache von „Zielgruppenbedürfnissen“ bestimmend für die Themenauswahl.²⁴⁶

Es gibt Hinweise darauf, dass die Redaktionen, die Information mit Bildung gleichsetzen, vom Rezipientenbild eines „reifen“ und damit implizit mündigen Bürgers ausgehen, der sich „selbst erkennen“ kann und vermittelte Informationen entsprechend kompetent benutzen kann. Demgegenüber wenden sich jene Redaktionen mit betonter sozialer oder pädagogischer Komponente eher an den Konsumenten, der „sich schon einmal die Finger verbrannt hat“²⁴⁷, bzw. der „geschützt“ und „geerdet“²⁴⁸ werden muss. Es ist also zumindest möglich, dass das Rezipientenbild des „mündigen Bürgers“ dem in Finanzfragen oft nicht ausreichend informierten Rezipienten an dieser Stelle durchaus zum Nachteil gereichen kann und sich damit ein auch in der Anbieterbildung problematisches Gegensatzpaar von mündigem Bürger und Armutsprävention herausbildet.

Obwohl die Frage, ob sich die Themengestaltung am in der Finanzberatung verbreiteten Konzept der Lebensphasen ausrichtet, von allen befragten Redaktionen verneint wurde, gab es auch hinsichtlich der Akzeptanz eines solchen Modells Differenzen. Mehrheitlich wurde auf den Gebrauch einzelner Stereotypen verwiesen, mit deren Hilfe man versuche „sich in Lebensweisen zu versetzen“²⁴⁹. Andererseits wurden auch Ansichten vertreten, nach denen man bewusst versuche „sich nicht nach Klischees zu richten“²⁵⁰.

Der weitaus größte Teil aller untersuchten Medien orientiert sich in ihrer Beitragsgestaltung an klassischen journalistischen Elementen und Formen. Generell steht den Aussagen der Redaktionen zu Folge eine „einfache Sprache“ und eine „einfache Darstellungsweise“ im Vordergrund der Themenaufbereitung. Ein Unterhaltungswert wird gelegentlich nicht ausgeschlossen, besonders wenn es um Beiträge für jüngere Zielgruppen geht. Er wird aber nur selten systematisch eingesetzt, etwa in Form von Zeichentrickelementen oder ironischen oder satirischen Darstellungsformen²⁵¹. Insgesamt sind Unterhaltungselemente im TV- und Internetbereich prozentual stärker vertreten als in den Print- oder Hörfunkmedien.

5. Trends

Aufgrund der spezifischen Struktur des Internet weisen die dortigen Angebote einen hohen Effizienz- und Massenbezug auf, der bei Ableger-Angeboten meist sogar höher ist als beim zugehörigen Stamm-Medium. In diesen Fällen besteht dann grundsätzlich eine Übereinstimmung in den Themen, jedoch wird online eine größere Palette an Wissen und Information vorgehalten, so dass tendenziell wesentlich breitere Zielgruppen angesprochen werden. Bei den Print-Medien, insbesondere den Fachzeitschriften, werden im Netz zu allen Themengebieten kontinuierlich ergänzende Tabellen, Checklisten, Tipps,

246 Von den 17 befragten Redaktionen nannten acht das Alter der Zielgruppe, sechs die Aktualität und nur fünf andere Gründe (mit Mehrfachnennungen).

247 Cornelia Sternke von Motley Fool.

248 Andreas Sorgenfrey, Wortredaktion des NDR2, am 12.09.00.

249 Harald Müller, Wirtschaftsredaktion des MDR, am 26.09.00.

250 Klaus Müller-Münter, Redakteur der Sendung „Markt“ des WDR, am 28.09.00.

251 Wie etwa bei „Plusminus“ (ARD), vgl. Interview mit Dirk Bergmann, Wirtschaftsredaktion von NDR3. Oder auch die z.T. humoristische Beitragsgestaltung bei Motley Fool.

Einsteiger-Tools, Erklärungen angeboten. Im TV-Bereich ist diese Feststellung noch markanter zu treffen, da TV-Formate nur über eine begrenzte Sendezeit verfügen und ihre Zuschauer für weiterführende Inhalte auf die entsprechenden Websites leiten müssen. Da finanzielle Bildung in den mit knappem Zeit- oder Platzbudget ausgestatteten Medien wie Rundfunk und Fernsehen sowie den Printmedien nur schwer den für Bildung notwendigen Raum erhält, kann in Zukunft das Internet als Hintergrundmedium die Anreizfunktion aktueller Kurzinformationen für finanzielle Bildung aufnehmen. Der Vorteil des Internets, dass es unbegrenzten und billigen logisch strukturierbaren Raum bietet, der mehr Sinnesorganen (Bilder, Ton und Text) Platz lässt, kann durch die Zusammenarbeit mit den Medien des ersten Einblicks den Nachteil des Internets, nämlich seinen Informationsüberfluss und seine Zugangsbarrieren, tendenziell überwinden.

Dabei kann als Mittel zur Konsumentenaktivierung und –beteiligung auf interaktive Kommunikationsformen gesetzt werden. Dies geschieht im Rundfunk-Bereich z.B. durch Telefon-Live-Schaltungen, im Internet durch Foren, Diskussions-Boards, Feedback-Tools etc. Die interaktive Wissensvermittlung bietet generell den Vorteil einer konkreteren Berücksichtigung von Verbraucherbedürfnissen, auch wenn der allgemeine Nutzwert stark teilnehmerabhängig ist.

Während im Laufe der letzten Jahre in der Berichterstattung der Medien eine „Börsen-/Anlagelastigkeit“ aufgrund eines allgemeinen Trends festzustellen war, kann – mit gewisser Vorsicht – vorausschauend erkannt werden, dass der Bereich Privatfinanzen im Internet zunehmend breiter aufbereitet wird.

Ein weiterer erkennbarer Trend sind die bei einigen Anbietern in Planung befindlichen Online-Seminare zu Finanzthemen. Was in den USA und Großbritannien bereits als interaktive Weiterbildungsmöglichkeit existiert, soll künftig auch von den deutschsprachigen Internet-Diensten angeboten werden.²⁵²

Insbesondere bei den Finanzinformationsdienstleistern im Internet, die in der Mehrzahl sehr spezialisierte Dienste darstellen, kann davon ausgegangen werden, dass Nutzer ohne entsprechend umfangreiches Vorwissen diese Dienste nicht richtig nutzen können.

Medienformate, die hinsichtlich des in dieser Studie verwendeten Bildungsbegriffes richtungsweisend sind, konnten in der Stichprobe nicht nachgewiesen werden. Auftritte, die zwar nicht nach Ziel und Inhalt aber der Form nach geeignete Beispiele für finanzielle Allgemeinbildung abgeben können, sollen im folgenden kurz dargestellt werden.

(www.frauenfinanzseite.de) Der unabhängige Finanzinformationsdienstleister, der zur Berliner Matrix AG gehört, richtet sich an Börsenneulinge und Privatanleger aller Einkommensklassen. Der Schwerpunkt liegt auf der Vermittlung von Grundlagenwissen zur Aktienanlage und Altersvorsorge. Besucher der Website werden dabei quasi an die Hand genommen. Der Hemmschwelle bei der Beschäftigung mit Finanzthemen wird durch sprachliche wie inhaltliche und gestalterische Mittel entgegen gewirkt.

Via Einsteiger-Menü wird zunächst das Thema Börse allgemeinverständlich und ausführlich erklärt (Anlageformen, Gebühren, Fundamentalanalyse, Chartanalyse, Derivate). In der Vorsorge-Rubrik werden die Themen Aktienanlage, private Altersvorsorge sowie Sparpläne in Ratgeber-Art kritisch und anbieterunabhängig unter die Lupe genommen: z.B. Alternative für Studenten: der Fonds-Sparplan, Anlagestreuung, Vor- und Nachteile der Di-

252 Siehe Interviews Finanzinformationsdienstleister im Internet / Motley Fool und www.finanzen.de: Hier sind Online-Seminare in der Planung, die auf unterschiedlichen Niveaus ansetzen sollen.

rektversicherung durch den Arbeitgeber, Versorgungslücke („Das Spiel mit der Angst gehört zum Handwerkszeug fast aller Finanzberater“).

Per Musteraktion können die User lernen, die Zusammenhänge zwischen Zeitungsmeldungen und Kursreaktionen anhand einer Beispielaktie zu erkennen. Mittels Versicherungs- und Finanzvergleich werden z.B. die preisgünstigsten Anbieter von Girokonten anhand persönlicher Vorgaben ermittelt.

Darüber hinaus gibt es eine Frage-Antwort-Rubrik, in der alle Fragen rund um das Thema Finanzen ausführlich beantwortet und ins Netz gestellt werden, sowie ein umfassendes Börsen-Lexikon, Seminarhinweise, Literaturtipps, eine Historie zum Börsengeschehen. Kurse, News, Firmenprofile, Analysen, aber auch Hintergrundberichte und Porträts namhafter Wirtschaftsgrößen sowie ein ausführlich erklärtes Musterdepot runden den Webauftritt ab, für den die Redaktion im Jahr 2000 den Helmut-Schmidt-Journalistenpreis für besonders ambitionierte und verbraucherfreundliche Berichterstattung erhielt.

(www.fool.de²⁵³) Die Website des Motley Fool (1993 in den USA gegründet), was soviel bedeutet wie „bunter Narr“, veröffentlicht im redaktionellen Teil Artikel über alle Bereiche der Geldanlage. Der Schwerpunkt liegt auf dem Börsengeschehen vor dem Hintergrund der Wichtigkeit der Aktienanlage für die private Altersvorsorge. Ziel ist laut Selbstauskunft, den Lesern dabei zu helfen, ihre finanzielle Zukunft selbst in die Hand zu nehmen sowie Transparenz in allen Bereichen der Finanzwelt zu fördern. Um dieses Ziel zu erreichen, wird in einem ausgesprochen allgemein verständlichen Deutsch erklärt. In den Diskussionsforen, wo auch die Mitarbeiter des unabhängigen Finanzinformationsdienstleisters kontrovers diskutieren, sollen die Nutzer gemeinsam lernen, wie man sich über finanzielle Fragen informiert und eigenständig Anlageentscheidungen trifft. Es werden zwar Unternehmen und deren Dienstleistungen bewertet, jedoch keine Anlageempfehlungen gegeben. Die Eigenverantwortlichkeit des Einzelnen für sich selbst wird betont und ein bestehendes Bewusstsein und Interesse auch vorausgesetzt.

In der so genannten „Narrenschele“ können die Besucher der Website einen Grundkurs zur Aktienanlage absolvieren. Die „Elf Schritte zur Geldanlage“ bieten eine weitere Hilfestellung zum Kauf von Wertpapieren. Tipps zum preiswerten Aktienhandel und Specials, z.B. zur privaten Altersvorsorge, Themen der Woche (z.B. Geschichte des B2B) gehören weiterhin zum Angebot, das sich an Privatanleger und Einsteiger richtet und deren Interessen gegenüber den Eigeninteressen der Anbieter von Finanzdienstleistungen insbesondere berücksichtigen will. Darüber hinaus beschäftigt sich ein Finanz-Bereich mit Geldthemen außerhalb der Aktienanlage. Neue Wortschöpfungen aus der Wirtschafts- und Finanzwelt werden ausführlich erklärt.

(www.geldmachtspass.de) Einen ähnlichen Anspruch wie Motley Fool vertritt dieser Finanzinformationsdienstleister. Hier wird sehr gut verständlich und ausführlich erklärt, insbesondere für Neueinsteiger. Zehn Einsteigerteile vermitteln Basiswissen zur Aktienanlage, z.B.: Warum steigen und fallen Aktien?, Die zwei wichtigsten Aktienarten, Warum Geld in Aktien anlegen? Anlagemöglichkeiten, Informationsbeschaffung, Die zehn Gebote.

Für weitergehende Fragen wird ein Mailservice angeboten. Zum Inhalt zählen auch Watch-Listen, Marktberichte, Trends, News, Neuemissionen, Diskussionsboards sowie Unternehmensporträts mit Informationen über fast 400 Unternehmen. Ein Internet-Programmguide, der alle 14 Tage aktualisiert wird, ermöglicht eine qualitative Auswahl von Anbietern verschiedener Dienstleistungen.

(Familienzeit (Bayerischer Rundfunk 3, Ratgeber – Familienzeit) Die TV-Sendung behandelt Inhalte von sozialem oder gesellschaftlichen Interesse. Unter diesem Aspekt greift sie in unterschiedlichem Maße auch Finanzthemen auf.

253 Die deutsche Ausgabe des Motley Fool wurde kurz nach Fertigstellung der vorliegenden Arbeit eingestellt.

Im Mittelpunkt der redaktionellen Konzeption steht eine „große Sensibilität in der Berichterstattung“.²⁵⁴ So werden didaktische Strategien entwickelt, um einer Hemmschwelle bei der Beschäftigung mit finanzbezogenen Inhalten entgegenzuwirken. Auf formaler Seite drückt sich dies in der Vermeidung von nicht ausdrücklich eingeführten Fachausdrücken aus. Sowohl sprachlich als auch die Darstellungsform betreffend werden einfache und übersichtliche Gestaltungsmittel – von Tabellen und Grafiken bis zu halbdokumentarischen Fallbeispielen und Experten-Interviews – eingesetzt.

Die thematische Behandlung ist übersichtlich strukturiert und an der Einbeziehung unterschiedlicher Perspektiven orientiert. Es kommen meist Betroffene und (unabhängige) Experten zu Wort. So wurde beispielsweise eine Sendung über die Börse („Keine Angst vor Aktien! Infos für Einsteiger“, 11.09.00) aus mehreren unterschiedlichen Beiträgen zusammengesetzt, die sich jeweils mit den wichtigsten Anlageformen beschäftigen. Die Beiträge reichten von einem Aktien 1x1, der Beurteilung von Anlageformen im Hinblick auf verschiedene Anlageziele und Anlagestrategien (Aktien-, Indexfonds oder Zertifikate) bis zu Beiträgen wie „Der langfristige Aufbau eines kleinen Vermögens“ u.a.

Im Anschluss an jede Sendung steht für eine Stunde ein Beratungstelefon mit unabhängigen Experten zur Verfügung, darüber hinaus können Informationsbroschüren angefordert werden oder die Beiträge aller Sendungen im Archiv der Website eingesehen werden.

6. Ergebnis

In den Medien spiegelt sich das allgemeine Bewusstsein in der Bevölkerung zu Fragen der Finanzdienstleistungen. Soweit sie viele Personen erreichen, müssen sie eingängige, aktuelle und schnell verwertbare oder sensationelle Informationen präsentieren. Soweit sie ein Spezialpublikum mit Bildungsanspruch erreichen, treffen sie nicht auf die hier für finanzielle Allgemeinbildung gedachte Zielgruppe. Printmedien haben allein deshalb eine höhere Bildungswahrscheinlichkeit, weil der Leser den Prozess der Informationsaufnahme an die individuelle Konzentrations- und Verständnisfähigkeit anpassen, sich fremder Hilfe bedienen kann und die Informationen für ihre aktuelle Nutzung aufbewahren kann. Sie haben den Nachteil, dass sie selber hohe Zugangsbarrieren aufstellen, die durch die allgemeine Bildung bedingt sind.

So gesehen erscheinen die Medien im Abseits gefangen zwischen den Alternativen von Anspruch und Nutzungshäufigkeit, von Sensation und Service, von Darstellung und Verständnis.

Eine solch pessimistische Sicht der Medien übersieht jedoch, dass sie mit den Forderungen nach emanzipatorischer Bildung auch dort noch wesentliche Gemeinsamkeiten hat, wo sie die inhaltlichen Ziele nicht erreicht. Bildung über die Medien ist immer problembezogen, identifikationsstiftend und nach Engagement verlangend. Es macht den Leser, Zuhörer und Zuschauer zum Akteur, akzeptiert ihn oder sie als selbständige Subjekte und unterwirft sich seinem Diktat des Exit.

Es lohnt sich daher in diesen Zusammenhang vorsichtig zu investieren, ohne zum Schulfernsehen und zu pädagogischen Jugendzeitungen zurückkehren zu wollen. Diese Investition wird einen Zusammenhang zwischen den Informationen in den Medien mit dem Internet, mit Beratung und schulischer Bildung herstellen müssen, bei dem arbeitsteilig die jeweils fehlenden Elemente aufeinander bezogen an anderer Stelle vermittelt sich zu einem ganzen zusammensetzen, das dann als finanzielle Allgemeinbildung bezeichnet werden kann.

254 Gerd Niedermayer, verantwortlicher Redakteur, am 28.09.00

VI. Finanzielle Allgemeinbildung in den USA

1. Die Kampagne zur „Finanziellen Alphabetisierung“

a. Überschuldung und Verarmung

Christmas without Credit

“I never thought it would happen to me,” said Mr. K. “There I was at the shopping mall two days before Christmas and someone stole my wallet. Everything gone — all my credit cards, gas card, debit card and even my department store charge cards! It took me over three months to straighten out all those cards.”

TIP: Separate your cards. Carry with you only those cards you intend to use. Also check your cards periodically and put aside those cards you use infrequently.

Mr. Phone E

“He actually crawled behind rows in the movie theaters and reached for pocket-books,” said the prosecutor to the judge. “Then he waited and telephoned the women whose purses contained debit cards identifying himself as a bank security agent. He then asked for their PIN number. If they were reluctant he would ask the women to phone his supervisor, giving out



Abbildung 14: Kreditinformation in den USA

Mit der Entwicklung der Finanzdienstleistungen zum beherrschenden Instrument im Konsumsektor sowie der Explosion der Konsumentenkredite auf weit über eine Billionen Dollar²⁵⁵, dem Ansteigen der Verbraucherkonkurse auf andert-halb Millionen pro Jahr sowie einer neuen Armut, die durch den Ausschluss vom Zugang zu Finanzdienstleistungen charakterisiert ist, hat sich auch die finanzielle Allgemeinbildung, „Financial Literacy“, in den USA zu einem wichtigen Element in der öffentlichen Bildungsdiskussion entwickelt.

Insbesondere die alarmierende Zunahme der Verschuldung Jugendlicher hat dabei die Forderung nach Financial-Literacy-Programmen sowohl für Familien als auch für die Jugend so populär gemacht²⁵⁶, dass sie nunmehr in den Gesetzentwürfen beider Häuser zum Verbraucherkonkurs verpflichtende Voraussetzung für die Restschuldbefreiung werden soll.

Treibende Kraft dieser Überschuldung sind dabei die Kreditkarten. In der Untersuchung der amerikanischen Zentralbank zur den Finanzen der privaten Haushalte²⁵⁷ war die Anzahl derjenigen Haushalte, die mehr als ein Jahreseinkommen Schulden

aus Kreditkartenkrediten hatten, von 3,6% im Jahre 1983 auf 15,8% gestiegen.²⁵⁸

Auch die Sparquote ist bei der unteren Hälfte der Bevölkerung negativ. Das Leben auf Kredit bestimmt immer stärker die US-amerikanische Gesellschaft, die zugleich

255 Verschuldung USA.

256 Jacob, K.; Hudson, Sh.; Bush, M.: Tools for Survival. An Analysis of Financial Literacy Programs For Lower-Income Families. Dearborn/Chicago: 2000. S.25.

257 Federal Reserve Survey of Consumer Finances in: Bulletin of the Federal Reserve Board 1995.

258 Bird, E.J., Hagstrom, P.A., Wild, R.: Credit Card Debts of the Poor: High and Rising“ Journal of Policy Analysis Management, Vol. 19, 1999, S. 130 in: Jacob, K.; Hudson, Sh.; Bush, M.: Tools for Survival. An Analysis of Financial Literacy Programs For Lower-Income Families. Dearborn/Chicago: 2000. S. 8.

dramatische Tendenzen der Verarmung erfährt, die inzwischen die Sicherheitspolitik, die Gesundheits- und die Schulpolitik beeinträchtigen.

Gleichzeitig sinkt aber auch der Anteil der Bevölkerung, der überhaupt noch einen Zugang zu den Finanzdienstleistungen des allgemeinen Wirtschaftssektors hat .

1995 hatten 92% der Weißen oder „non-Hispanic“ eine Bankverbindung, jedoch lediglich 69% der nicht Weißen oder „Hispanic“. Oder anders dargestellt, von den Haushalten ohne Bankkonto waren 1999 5% Weiße, 31% Schwarze und 42% Latino. Der Anteil der „Banklosen“ steigt mit sinkendem Einkommen. So verfügen 100% der Familien mit einem Einkommen von über \$100.000 über eine Bankverbindung, jedoch nur 61% der Familien, deren Einkommen unter \$10.000 liegt.²⁵⁹

b. Was ist „Financial Literacy“?

Mit dem Begriff der „finanziellen Alphabetisierung“ knüpft die amerikanische Diskussion, in der der Kredit von jeher als ein anerkanntes Mittel der Existenzbewältigung insbesondere für die Einwanderer war, nun an die Alphabetisierungskampagnen in der Erwachsenenbildung an, die die USA als klassisches Einwanderungsland von jeher beschäftigt haben. Schreiben und Lesen ist danach unbestritten eine Grundvoraussetzung für die Teilnahme am wirtschaftlichen und kulturellen Leben eines Landes. Finanzielle Allgemeinbildung ist damit bereits begrifflich subjektiviert: Es ist der Mangel an Wissen über Kredite und Anlagen sowie die Unfähigkeit, mit ihnen umzugehen, die als Ursache der Überschuldung diagnostiziert und der Bildung zugrunde gelegt werden, die dann entsprechend auch stark von der Finanzdienstleistungswirtschaft geprägt wird.

In den Definitionen, auch der, der Bürgerbewegung nahe stehenden Institutionen, wird daher auch financial literacy als einseitiger Lernprozess der Verbraucher interpretiert. Danach soll das Erlernen von Begriffen und Verhaltensweisen zur Ermöglichung täglicher Wahlentscheidungen mit und zum Geld die Teilnahme am Marktgeschehen gewährleisten.

Financial literacy is a category of money knowledge and skills. Financial Literacy involves the ability to understand financial terms and concepts and to translate that knowledge skillfully into behaviour (...) Financial Literacy embodies the minimum knowledge necessary to participate gainfully in the economy; it is the essential set of tools that will define how daily money choices are made (...) Without it, there will be no money to invest or comparison shop.²⁶⁰

Jahreseinkommen	1983	1995
unter Armutsgrenze	4,6%	23,2%
150% - 200%	4,6%	19,2%
> 200%	3,0%	14,8%
Durchschnitt	3,6%	15,8%

Tabelle 18: Kreditkartenschulden und Jahreseinkommen

Noch stärker auf die „Verhaltensänderung der Individuen oder Familien“ stellt eine anbieternahe Definition ab, die zugleich das „Verständnis für Bankgeschäfte, Sparen

259 Jacob, K.; Hudson, Sh.; Bush, M.: Tools for Survival. An Analysis of Financial Literacy Programs For Lower-Income Families. Dearborn/Chicago: 2000. S. 3 f.

260 „What is Financial Literacy?“ Jacob, K.; Hudson, Sh.; Bush, M.: Tools for Survival. An Analysis of Financial Literacy Programs For Lower-Income Families. Dearborn/Chicago: 2000. S. 8 f.

und guten Kredit bezeichnet, der niedrig verdienenden Haushalten Zugang zum eigenen Haus oder zur Selbstständigkeit eröffnet“:

Financial Literacy is a process through which an individual, or a family, can be changed by a shift in basic habits (...) It is a basic understanding of banking, savings and the importance of good credit that allow a low- or moderate income individual or family to actually buy a home or start a small business.²⁶¹

Wir haben diesen Begriff der „finanziellen Alphabetisierung“ bewusst nicht in den deutschen Kontext übernommen, weil die Analogie zur fehlenden Beherrschung der Schriftsprache gleich mehrfach irreführt:

- Finanzielle Allgemeinbildung ist begrenzter als Alphabetisierung. Sie gibt Zugang zu einem Teil der Kommunikation in der Gesellschaft. Nur dort, wo Geld das wesentliche Kommunikationsmittel ist, gewährt sie Teilhabe. Da dies weder in der Wirtschaft, die auch unbezahlte und unproduktive Bereiche umfasst, noch in der Kultur allgemein der Fall ist, hat der Begriff der financial literacy die Suggestion, dass der Umgang mit Geld ebenso wichtig ist wie der Umgang mit Sprache.
- Financial literacy suggeriert, dass es einen feststehenden Bestand an Kommunikationsregeln ähnlich der Sprache gibt, die lediglich zu erlernen sind. Tatsächlich handelt es sich bei der finanziellen Allgemeinbildung zu weiten Teilen um eine Produktkunde, deren Inhalte durch die Gestalt der angebotenen Produkte bestimmt ist. Die „Sprache des Geldes“ ist daher kein Kultur- sondern ein Wirtschaftsgut. Sie ist daher nicht öffentlich sondern privat organisiert.
- Financial literacy ist keine Sprache, die voraussetzungslos erlernt werden kann. Wenn das wesentliche Moment zur Erlernung der Schriftsprache darin besteht, dass die Menschen gleichen Zugang zu ihren Mitteln und Inhalten haben und sie daher im Alltag nutzen und einüben können, ist der Zugang zum Geld ungleich verteilt. Umso begrenzter der Zugang zum Geld aber ist, desto unsinniger muss das Erlernen seiner Sprache erscheinen. Financial literacy für Arme als Sparlehre hat daher teilweise Entsagungs- und damit religiösen Charakter. Man muss an den Nutzen glauben, um die dafür nötigen Zugangsmittel zu erlernen.

c. Ziele und Methoden der Financial Literacy

Financial literacy soll der Armut tendenziell entgegenwirken. „Financial knowledge has become not just a convenience but an essential survival tool“.²⁶²

Armut ist dabei in den USA dabei anders als in Kontinentaleuropa mit seinen Sozialstaatsmodellen nicht grundsätzlich als öffentliches Problem anerkannt. Vielmehr geht die historisch gewachsene Vorstellung vom „Tellerwäscher zum Millionär“ und vom „Selfmade Man“ davon aus, dass Armut nur prozedural besteht und durch eigene Anstrengungen überwunden werden kann, die des Anreizes der Entbehnung durch Armut bedürfen.²⁶³ Gleichwohl ist Armut in den USA zu einem beherrschenden Thema geworden, weil sie das traditionelle Verständnis von Rassen-, Geschlechter- und Altersgleichheit dadurch infragestellte, dass sie eindeutig ungleich verteilt war. „Die Haut-

261 www.ncrc.org.

262 Woodstock Institute a.a.O.

farbe des Geldes“ ist daher auch ein wesentlicher Slogan bei der Kritik am Bankverhalten gegenüber Finanzdienstleistungskunden geworden.

In vielen Gesetzen und in der Politik wird immer wieder der Grundsatz der Chancengleichheit beschworen, wenn im Equal Credit Opportunity Act etwa die Diskriminierungsverbote bei der Kreditvergabe wiederholt und der Home Mortgage Disclosure Act sowie der Community Reinvestment Act von den Banken darüber öffentliche Rechenschaft verlangen.

Financial Literacy ist dabei auch eine gewisse Gegenbewegung zur Community Reinvestment Kampagne. Erfolge bei der Beseitigung solcher Armutsschranken durch financial literacy Bemühungen werden dabei durch Zahlen untermauert, wonach Erwachsene, die ihre Schulzeit in Staaten, die Wirtschaftskunde in der Schule vorschreiben, im Durchschnitt höhere Sparquoten haben als solche aus Bundesstaaten ohne Wirtschaftsbildung.²⁶⁴

Zielgruppe der Bemühungen um Financial Literacy sind daher vornehmlich schwarze und hispanische Jugendliche der Unterschichten. Die anbietende Wirtschaft setzt dabei vor allem auf Unterricht, die durch die Erstellung von Unterrichts- und Bildungsmaterialien unterstützt werden soll. Ein großer Teil der Einzelstaaten hat inzwischen Ökonomie zum Schulfach erklärt, wobei einige Staaten wie z.B. New York unmittelbar „finanzielles Wissen“ im Unterricht vorschreiben. Trotz Zweifeln an der Effizienz werden mit recht populistischen Umfragen zu Finanzdienstleistungsdetails immer wieder scheinbar alarmierende Defizite der Unterschichten aufgedeckt, die suggerieren sollen, dass Armut und Überschuldung im wesentlichen Bildungsprobleme darstellen.

Neben der Schule werden inzwischen auch Schuldnerberatungseinrichtungen für präventive Beratung aktiviert. Kreditberatungsagenturen (Credit Counseling Offices) konkurrieren dabei mit eher kommerziellen Schuldnerberatern. Bildungsmaterialien für Überschuldete stellen Kreditinstitute oder die Federal Reserve Bank bereit.

Die meisten Bildungsanstrengungen gehen dabei davon aus, dass die unteren Schichten der Bevölkerung zu sorglos vom Kredit Gebrauch machen und daher das Sparen nicht gelernt haben. Insoweit wird der Bildung von Jugendlichen insbesondere in den überproportional von Armut bedrohten Schichten der Afro- und Latino-Amerikaner besondere Bedeutung beigemessen. Die Verschuldung ist darin nicht Ausdruck von Statusarmut sondern von mangelnder Sparfähigkeit. Diese Annahme ist angesichts der Disproportionen bei den Einkommen und Arbeitsplätzen und den fehlenden Mindeststandards in diesem Bereich²⁶⁵ durchaus fragwürdig. Dass sich die Bildungsanstrengungen bisher auch weder in der Spar- noch in der Verschuldungs- oder Überschuldungsquote niedergeschlagen hat – der Trend zur Überschuldung ist ungebrochen – lässt die in den

263 Besonders krass wurden diese Vorstellungen durch den republikanischen Kongress umgesetzt, als er ledigen Müttern unter 18 die Sozialhilfe strich und insgesamt die Sozialhilfe in den USA auf sieben Jahre des Lebens begrenzte. Die Drohung der absoluten Mittellosigkeit führt damit zu einem Anreizsystem, das in Europa Ende des 19. Jahrhunderts als unmenschlich und unsinnig qualifiziert zur Entwicklung der Sozialversicherungssysteme und des Sozialstaates führte.

264 Bernheim, D.; Garrett, D.: Education and Saving: The Long-Term Effects of High School Curriculum Mandates. National Bureau of Economic Research, Working Paper 6085, 1997 in: Jacob, K.; Hudson, Sh.; Bush, M.: Tools for Survival. An Analysis of Financial Literacy Programs For Lower-Income Families. Dearborn/Chicago: 2000. S. 17 f. (Sparquoten dürften weit eher mit der Sparfähigkeit wie mit dem Sparwillen korrelieren. U.R.)

USA kaum diskutierte Frage wichtig werden, welche Funktion eigentlich die außerordentliche Werbung für finanzielle Bildung hat. In dem folgenden Beispiel wird dann auch deutlich, dass es eigentlich eher um die Aufforderung der Erzielung zusätzlicher Arbeitseinkommen geht, wobei die darin enthaltene Lösung der Kinderarbeit sich mit kontinentaleuropäischen Vorstellungen zum solidarischen Generationenvertrag sowie überhaupt zur Verteilung individueller Lasten der Statusarmut nur schwer verträgt.

In einem Malbuch²⁶⁶ wird Kindern verdeutlicht, dass sie ihre Wünsche durch Sparen erfüllen können. In einer einfachen Bildergeschichte eröffnen drei Kinder ein Jugendkonto und erzählen wie sie sparen und wofür sie das Geld verwenden wollen. So bringen sie das Geld, was sie geschenkt bekommen zur Bank, verzichten auf Kartoffelchips und Süßigkeiten und übernehmen kleine bezahlte Arbeiten um Geld zu verdienen. Von dem Gesparten wollen sie sich später ein Fahrrad oder einen Computer kaufen.

Bei der Zielgruppe der Jugendlichen, mit denen vor allem die Schule in den Mittelpunkt des Interesses rückt, wird darauf verwiesen, dass Lernmotivationen von „Zuckerbrot und Peitsche“ (carrott and stick) übertragen auf financial literacy bedeuten würde, dass die Verbraucher lernbegierig sind, weil sie ein Bankprodukt brauchen und deshalb das hierfür gerade notwendige Wissen haben müssen. In der Situation der Bedrohung durch Überschuldung und Zwangsvollstreckung lernt die Person, um der Gefahr zu entinnen.

Beides kann aber nicht Jugendliche motivieren. Da die übergeordneten Bildungsziele des Übergangs von der Sozialhilfe zur Beschäftigung, des Sparens und des Aufbaus eines Haushaltsvermögens keine unmittelbar erfahrbaren Ziele der Jugendlichen in der Schule sind, andererseits aber selbsttragende lebenslange Wissensvermittlungsprozesse initiiert werden sollen, steht die Simulation des Sparens im Vordergrund der financial literacy Bemühungen.

Dazu wurde das Sparkonto wiederentdeckt, das durch die Freigabe der Girokontozinsen Anfang der 70er Jahre durch die mit hohen Guthabenzinsen offerierten Girokonten (NOW und Super NOW Accounts) seine allgemeine Bedeutung eingebüßt hat.

The Cooperative Extension System“ (CES) hat 1996 an mehreren Orten das Programm Money2000 gestartet. Die Teilnehmer setzten sich dabei bis zum Jahr 2000 das Ziel, auf eine bestimmte Anschaffung anzusparen oder Schulden zu reduzieren. Dazu erhielten sie kostenlos in einem lokalen CES-Büro Informationen zum Sparen und Haushalten. Ferner wurden begleitend persönliche Beratungen und Kurse durchgeführt.²⁶⁷

In Zusammenarbeit mit dem „Illinois State Treasurer’s Office“ können Schüler ein Sparkonto eröffnen. Von den Bankangestellten erhalten sie dabei Informationen über die Abwicklung von Bankgeschäften²⁶⁸

Das Individual Development Account (IDA) ist nunmehr ein speziell für das financial literacy Programm entwickeltes System, das von Banken und Staat gleichermaßen

265 Der Mindestlohn liegt bei \$5,25 pro Stunde und wird häufig unterschritten. Bei einer tatsächlichen Kaufkraft etwa in New York von \$1 entsprechend 0,7 Euro bedeutet dies, dass ohne relevante öffentliche Leistungen der einzelne bei voller Berufstätigkeit mit einem Bruttogehalt von ca. 500 Euro im Monat auskommen müsste.

266 Students of St. Monica School and J. Johnson: Your’re never too young to Save at the Youth Credit Union Program; Coloring Book (ohne Jahresangabe).

267 <http://www.money2000.org/>.

268 Jacob, K.; Hudson, Sh.; Bush, M.: Tools for Survival. An Analysis of Financial Literacy Programs For Lower-Income Families. Dearborn/Chicago: 2000. S. 19 f.

propagiert wird und dem in Deutschland bekannten vermögenswirksamen Sparen ähnelt.

Auf dieses Sparkonto können \$2000 angespart werden. Dieser Betrag wird dann am Ende einer zweijährigen Sparperiode durch Zuwendungen von einer Bank oder des Staates verdoppelt, so dass hier eine Rendite von annähernd 100% p.A. erreicht wird. Allerdings gibt es auf die Teilnahme keinen Anspruch sondern man muss individuell zugelassen werden. Dabei werden teilweise Bildungsanforderungen an die Teilnehmer gestellt. Das Programm ist modellhaft und seine empirische Ausdehnung entspricht bei weitem nicht der Bedeutung, die es in der öffentlichen Propagierung des Spargedankens einnimmt. Die Banken beteiligen sich vor allem durch Subventionierung solcher Modelle im überschaubaren Rahmen des Einzelfalls.

IDAs werden daher in erster Linie von den Alternativorganisationen, den Community Development Financial Institutions (CDFI), angeboten, die als spezialisierte „Armutsbanken“ den Rückzug der Finanzinstitutionen von den strukturschwachen Stadtteilen mildern sollen.²⁶⁹

2. Financial Literacy Programme

a. Financial Literacy im Gymnasium

Bereits in den 60er Jahren wurde in einigen US-Bundesstaaten damit begonnen, die Behandlung von Verbraucher- und Wirtschaftsfragen explizit in die Lehrpläne der Schulen aufzunehmen. Nach einer Zusammenstellung von 1997²⁷⁰ hatten 37 Staaten Verbraucherbildung als Element der Schulpolitik. Davon hatten 14 Staaten die Finanzen der Privathaushalte ausdrücklich zum Gegenstand des Unterrichts gemacht, in dessen Rahmen Themen wie Haushaltsbuchführung oder Kreditmanagement behandelt werden sollen. 28 Staaten verlangten Verbrauchererziehung, bei denen den Schülern ein Verständnis für ihre Rolle als Verbraucher am Markt vermitteln werden sollte. Allerdings sind diese Programme nur in einigen Bundesstaaten Pflichtveranstaltungen. Florida hat 1996 dieses Fach wieder zu einem freiwilligen Angebot zurückgestuft.

Parallel werden den Lehrern besondere Weiterbildungskurse zu Methoden angeboten, finanzielle Bildung für Schüler z.B. durch Computerspiele und Internetprogramme lebendig und interessant zu machen. Das „Illinois Council on Economic Education“ unterhält neun Einrichtungen, in denen jährlich 2.500 bis 3.000 Lehrer weitergebildet werden, um Wirtschaftsthemen an Schüler aller Altersstufen zu unterrichten. In Illinois, dessen Hauptstadt Chicago ist, gibt es außerdem eine Gesellschaft, die für diese Lehrer Weiterbildungen und Konferenzen veranstaltet und regelmäßige Informationen veröffentlicht.

In Florida werden jährlich 20.000 bis 22.000 der 120.000 Lehrer von öffentlichen Schulen in speziellen Programmen zur Verbraucherbildung weitergebildet. Ihnen werden Materialien zur Verfügung gestellt, mit denen sie die Finanzen des Privathaushaltes

269 Vgl. dazu unten VI.3.1.

270 Bernheim, D.; Garrett, D.: Education and Saving: The Long-Term Effects of High School Curriculum Mandates. National Bureau of Economic Research, Working Paper 6085, 1997 in: Jacob, K.; Hudson, Sh.; Bush, M.: Tools for Survival. An Analysis of Financial Literacy Programs For Lower-Income Families. Dearborn/Chicago: 2000. S. 15 f.

in den Lehrplan ihrer jeweiligen Fachgebiete wie z.B. Mathematik oder Geschichte integrieren können.

Nach der Schulstufe werden vor allem die über 14jährigen Schüler im Gymnasium weitergebildet. Kinder dieser Altersstufe geben im Durchschnitt bereits 3.000 US\$ im Jahr aus, 11% besitzen eine eigene Kreditkarte, und 44% benutzen die Kreditkarte ihrer Eltern.²⁷¹ „Problemschüler“ werden hier allerdings häufig nicht mehr erreicht, weil sie die Schule bereits vorher verlassen. Aus diesen Gründen wird gefordert, altersgerechtes Basiswissen bereits in der Grundschule zu vermitteln.

Material zur finanziellen Bildung, für den Einsatz im Unterricht, wird in den USA vor allem von privaten Institutionen bereitgestellt, die im wesentlichen durch die Wirtschaft gesponsort werden.

Die Jump\$tart Coalition²⁷² ist eine gemeinnützige Organisation, die 1995 von US-Unternehmen und Verbänden mit dem Ziel gegründet wurde, Schulen und Weiterbildungseinrichtungen mit Ideen und Materialien zur finanziellen Bildung zu versorgen und die bestehenden Materialien allgemein zugänglich zu machen. Angesprochen werden alle Altersstufen, von der Kinderbetreuung bis zur 12. Schulklasse sowie auch die Erwachsenenbildung. Über eine umfangreiche Datenbank können diese Materialien im Internet gesichtet und bestellt werden. In dieser Datenbank sind auch zahlreiche Materialien von anderen Organisationen aufgeführt. Angeboten werden u.a.: Broschüren, Bücher, Zeitschriften, Software, Videos, Unterrichtsmaterial. Die finanzielle Bildung umfasst dabei die folgenden Bereiche²⁷³:

- Umgang mit Geld: (Budgetplanung, Zahlungsverkehr)
- Sparen und Anlage (Anlagemöglichkeiten und wirtschaftliche Zusammenhänge)
- Einkommenserzielung (Ausbildung und Art der Einkommenserzielung)
- Kredite (Kosten, Rechte, Möglichkeiten).

Der Großteil des Angebotes richtet sich an Erwachsene oder Schüler der High School. Der Schwerpunkt liegt hier im Bereich der Ausgaben und des Umgangs mit Geld und Krediten. Das Thema Sparen wird vor allem für Grundschüler angeboten. Regelmäßig wird auch eine Befragung über den Bildungsstand der Schüler in finanziellen Dingen durchgeführt.

Die Nationale Stiftung für finanzielle Bildung (National Endowment for Financial Education (NEFE))²⁷⁴ ist ebenfalls eine gemeinnützige Organisation, die die Haushaltsplanung mit Finanzdienstleistungen („Financial Planning“), einer in den USA verbreiteten Form der freiberuflichen Finanzberatung für Besserverdienende fördern möchte. Mit dem NEFE High School Financial Literacy Awards Programm²⁷⁵ schreibt die Organisation einen jährlichen Wettbewerb für Schüler aus. Es wird ein Thema wie z.B. „The Time Horizon: Investing for Your Future“ vorgegeben, zu dem Arbeiten von Schülern in vier Bereichen eingereicht werden können: Aufsätze, Web-Seiten, Medien und Kunstwerke.

271 Jacob a.a.O. S. 18; Federal Reserve Board 1999.

272 <http://www.jumpstartcoalition.com/>.

273 <http://www.jumpstartcoalition.com/guide.html>.

274 <http://www.nefe.org>.

275 <http://www.nefe.org/hsfla/index.html>.

Die Finanzierung dieser Organisationen erfolgt zum Großteil über Spenden von Unternehmen. Die Spenden können dabei an Veranstaltungen geknüpft sein, wie etwa das Seminar im Juli 1999 der TD-Waterhouse Group²⁷⁶ für Anleger, bei dem das Unternehmen pro Teilnehmer eine Spende an die JumpStart Coalition zahlte.

Das Verlagshaus C.W. Publications²⁷⁷ propagiert das didaktische Konzept der praktischen Erfahrung statt der Vorlesung („An Activity is better than a lecture“) und bietet interaktives Lernmaterial zu finanzbezogenen Themen an. Neben Hintergrundinformationen für die Lehrenden werden Aktivitäten PC-Spiele und Simulationen für Schüler angeboten. Geldverwalten, Anschaffungen tätigen, Versicherungen abschließen sind die praktischen Aufgaben. Fehlinvestitionen werden dabei simuliert und aufgedeckt. Bankgeschäfte, Haushaltsplanung, Auto- und Hauskauf sowie Selbstständigkeit sind die Themenbereiche.

In einer neuen Serie von Simulationen, die 2000 erschienen ist, können Schüler in einer von drei Städten eine virtuelle Existenz aufbauen. Sie müssen dazu eine Arbeit und eine Wohnung finden, ein Konto einrichten, Versicherungen abschließen etc. Das Spiel wird über einen virtuellen Zeitraum von mehreren Jahren gespielt, wobei die Entscheidungen Auswirkungen auf die Zukunft haben. Die Aktivitäten werden protokolliert und können anschließend oder parallel im Unterricht thematisiert werden.

Weitere Organisationen der Wirtschaft sind das Consumer Information Center (CIC) und das Programm „Financial Literacy 2001“, das als Gemeinschaftsprojekt von verschiedenen Instituten für Verbraucherschutz, der Wertpapierhändlervereinigung und anderen mehr betrieben wird. Dieses Programm will den Lehrstoff der Financial Literacy in den öffentlichen Gymnasien (High Schools) etablieren.

b. Bankaufsicht

Anders als in Deutschland, wo die Bankenaufsicht zwischen Kreditaufsichtsamt und Bundesbank geteilt explizit keine Verbraucherbelange vertritt, sind in den USA die verschiedenen einander überschneidende Bankaufsichtssysteme, die federal oder einzelstaatlich (banking authorities) agieren ebenso wie die Spartenaufsicht für Wertpapiere (SEC) und Versicherungen und die staatlichen Einlagensicherungs- (FDIC) oder Refinanzierungssysteme im Wohnungsfinanzierungsbereich (Fannie Mae, Freddy Mac) alle in Kampagnen oder Initiativen zur ökonomischen und finanziellen Bildung engagiert.

Fannie Mae, die über die Hälfte aller Hypothekenkredite aufkaufen und verbriefen und damit die Wohnungsfinanzierung im Lande vor allem auch zur Versorgung der Unterschichten mit Wohneigentum steuern, hat in diesem Bereich mit ihrer Fannie Mae Foundation²⁷⁸ eine Vielzahl von Bildungsanstrengungen entwickelt. Mit Fernsehspots werden Menschen angesprochen, die Probleme mit der Finanzierung ihres Hauses haben. Interessierte Personen erhalten auf Anfrage Informationen, die ihnen neben Grundlagenwissen über Kredite und Hypotheken auch Hilfestellungen geben, wie sie ihr Haus nach der Anschaffung nicht wieder verlieren.

276 <http://www.jumpstartcoalition.com/upload/news.cfm?recordid=67>.

277 CW Publication: Catalog 2000 (www.cwpub.com).

278 <http://www.fanniemae.foundation.org/>.

Fannie Mae beteiligt sich auch an der Sparkontenkampagne und sieht in der Förderung des Raten sparens mit IDA-Konten eine Einübung in die stetige Rückzahlung der Wohnungskredite.

Die amerikanische Bundesbank (Federal Reserve Bank (FED)) will mit ihren Bildungsangeboten „ökonomische und finanzielle Bildung (...) mit erzieherischen und bildenden Materialien für aktives Lernen fördern“. Zielgruppe sind Schüler, Studenten und Multiplikatoren (Lehrer, Professoren, Eltern).

Comics zu den Oberthemen Geld, Zahlungsverkehr und Konsumentenkredit sind vor allem problembezogen aufgebaut. Kreditmissbrauch und Überschuldung werden auch im Hinblick auf problematische Anbieter kritisch gestaltet.²⁷⁹ Die Comic-Helden, verkörpern verschiedene Einstellungen zu Geld und Ausgaben.

Die Federal Reserve Bank vertreibt in ihren 12 regionalen Zentralen Bildungsmaterialien (Video, Lehrhefte, Broschüren) über eine Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit für Lehrer und eine Abteilung für Verbraucherangelegenheiten für Privatpersonen und private Vereinigungen. „Kredit“ und „Schulden“ sind hier Hauptthemen. Das Heft „Two Faces of Debt“²⁸⁰ zeigt die Folgen der Verschuldung. Die Überschuldung steht dabei auf der einen Seite der Möglichkeit zur Erhöhung des Lebensstandards, der Produktivität und zur Überbrückung von finanziellen Engpässen gegenüber. Insofern ist die Information nicht moralisch sondern sachlich und kreditneutral. Die Materialien werden kostenlos als Broschüren, Vorträge oder auch als Internet-Quellen angeboten. Preisvergleiche („shopping for the best“), Risikoauflärung und Budgetrechnung sind neben der Erläuterung von Konsumentenkrediten und Autoleasing die wichtigsten Themen.

Die Wertpapieraufsicht (U.S. Securities and Exchange Commission (SEC)) ist ausdrücklich auch Verbraucherschutzbehörde. Sie hat eine eigene Abteilung für „Consumer Education“ und gibt kostenloses Bildungs- und Informationsmaterial heraus. Selektives, kritisches Verhalten bei der Investition in Wertpapiere sowie Checklisten zum Erkennen von betrügerischen Finanzberatungsleistungen sind Lernziele in einem Gebiet, das angesichts der weitgehend privaten Altersvorsorge in den USA weit mehr für alle Schichten relevant ist, als in Deutschland.

Im SEC-Informationsprospekt „A roadmap to start you on a journey to financial security through saving and investing“ (1998)²⁸¹ wird versucht, verschiedene Bildungsinhalte auf dem Gebiet des Sparens und Anlegens zu vermitteln. Einerseits soll ein Bewusstsein für die eigene finanzielle Situation gefördert werden, z.B. durch Anregungen zur Erstellung eines haushaltsindividuellen Finanzplans mit Gegenüberstellung der täglichen Einnahmen/Ausgaben. Des weiteren werden die wesentlichen Unterschiede und Implikationen von Sparanlagen und Investitionen sowie in einem Faltblatt²⁸² die Eigenschaften von Investmentfonds erläutert. Stichpunkt- und Checklisten mit Vorschlägen für kritische Fragen gegenüber Finanzdienstleister und -berater sollen die Kritikfähigkeit der Verbraucher stärken.

279 Federal Reserve Bank of New York, *The Story of Consumer Credit*. Public Information Department. New York: 2000.

280 Federal Reserve Bank of Chicago, *Two Faces of Debt*. Public Information Center. Chicago: 1997.

281 U.S. Securities and Exchange Commission: *A Roadmap to start you on a journey to financial security through saving and investing*. Washington, DC: 1998.

282 U.S. Securities and Exchange Commission: *Invest wisely. An Introduction to Mutual Funds*. Washington, D.C.: 1996.

Weitere Bildungsangebote liefert die SEC im Rahmen ihres Programmes „Facts on Savings and Investment“, anhand von multiple choice Tests zu alltagsbezogenen Finanzfragen mit Lösungen auch über das Internet²⁸³. Die Hilfen für Finanzaktionen („Financial Facts Tool Kit“) leisten online finanzielle Aufklärungsarbeit für Erwachsene. Faltblätter, wie sie in Deutschland die Verbraucherzentralen herausgeben, vermitteln Handlungsanweisungen für Situationen der Fehlberatung, und des Betrugs.

c. Geschäftsbanken

Bank One (<http://www.bankone.com/about/cdc>), eine der amerikanischen Großbanken, hat in Chicago eine CRA-Vereinbarung abgeschlossen, bei der nicht nur 4 Mrd. \$ Investment sondern ein Pilot-Kontoprogramm in drei Stadtteilen für „Unbankable“ verabredet wurde. Danach sind die inzwischen 550 Modellkonten ohne Kreditwürdigkeitsprüfung mit niedrigem Anfangsguthaben, ohne monatliche Gebühren, unbegrenzten Scheckmöglichkeiten, freier Bargeldautomatennutzung und Bildungs- und Beratungsmaßnahmen verknüpft worden. Außerdem bietet Bank One Workshops an, die am erfolgreichsten sind, wo die Zuhörer durch eine kooperierende Organisation wie Arbeitgeber, einen Englischkurs oder ähnliche „captive“ Situationen gebunden sind.

Von der Anbieterseite wird auch Material zum Einsatz im Schulunterricht herausgegeben. Das „Fiscal Fitness“-Erziehungsprogramm²⁸⁴ der Phoenix Home Life Mutual Insurance Company (Versicherungs- und Investmentprodukte), ist hauptsächlich für Schüler der High School (grades 9-12) konzipiert bzw. für deren Lehrer zwecks Materialeinsatz im Unterricht. Methodisch wird das Lernprogramm in vier Abschnitte unterteilt. Zu Beginn erfolgt eine Sensibilisierung für eigene Finanzangelegenheiten. Es folgt eine persönliche Finanzplanung und die Erörterung von Instrumenten zur Zielerreichung. Anschließend wird auf zu erwartende Liquiditäts- und Vorsorgeprobleme eingegangen. Schließlich werden den Schülern die eigenen Einnahmen und Ausgaben sowie die Notwendigkeit von finanzieller Planung und „finanzieller Fitness“ verdeutlicht. Abschließend werden einige Finanztermini mit einfachen Worten kurz erklärt.

Von der Master Card International Inc. ist ein Lernpaket unter dem Titel „Master Your Future“ erschienen (MasterCard International Inc. And Careers & Colleges Publishing (1999)). Die Lehrplanhilfe enthält Hintergrundinfos, Materialien und Erläuterungen zum Budgeting, Banking (Spareinlagen, Girokonto, Konto-Karten) und zu Krediten. Es werden Vorschläge zur Vermeidung von Überschuldung und zu einem verantwortungsvollen Kreditgebrauch unterbreitet. In einem Video wird die finanzielle Eigenverantwortung von Jugendlichen thematisiert.

Von Master Card International²⁸⁵ und von Phoenix Home Life Mutual Insurance Company werden spezielle Informationsmaterialien für Eltern herausgegeben, um sie in der Gelderziehung der Kinder zu unterstützen. Die Eltern werden aufgefordert, finanzielle Themen auch über die Taschengelddiskussion hinaus mit ihren Kindern zu erörtern. Die Kinder sollen so unter anderem für die Bedeutung von Ausgaben und Sparen

283 www.investoreducation.org.

284 Lifetime Learning Systems: 1998-99 Fiscal Fitness Educational Program, 1998.

285 MasterCard International; U.S. Office of Consumer Affairs and the Consumer Information Center: kids, cash, plastic and YOU. o.J. [1996 oder später].

sensibilisiert werden, aber auch den Umgang mit Zahlungsmitteln und Zahlungsverkehr kennen lernen.

Die meisten Anstrengungen der Geschäftsbanken und großen Finanzdienstleistern sind jedoch indirekter Art. Sie unterstützen die Community Development Financial Institutions sowie die zentralen Einrichtungen zur Vermittlung von Financial Literacy. Beispiele für die Chase Manhattan Bank sowie Merryll Lynch sind daher in diesem Abschnitt beschrieben.

d. Schuldnerberatung (Credit Counseling Services)

Die Consumer Credit Counseling Agencies (CCA) haben sich auf die Beratung von Familien und Individuen, die (hoch) verschuldet sind, spezialisiert. Die Beratung konzentriert sich auf Budgetberatung, Ausarbeitung von Kredittilgungsplänen und Baufinanzierungskredite.

Die Kreditberatungsstellen unterteilen sich in non-profit-agencies, die zusammengeschlossen sind in der National Foundation for Consumer Credit (NFCC). Diese Organisation bietet Bildungsmaterialien zum Geldmanagement, Kredit, Schuldenberatung, Schuldentilgungspläne kostenlos oder gegen geringe Gebühren an.

Dem gegenüber stehen zahlreiche Unternehmen, die anders als in Deutschland, wo das Rechtsberatungsgesetz solche Schuldnerberatung verbietet, meist gegen hohe Gebühren z.T. dubiose Beratungsdienste anbieten. Durch ihre öffentliche Werbung sind sie jedoch oft bekannter als die unabhängigen und gemeinnützigen Anbieter. Die Schuldentilgungspläne der CCA's sehen eine schnelle Kreditrückzahlung zu sehr geringen Zinsen vor, die die Agenturen mit den Kreditoren auf Basis ihrer langjährigen Geschäftsbeziehungen aushandeln. Teile der Rückzahlungen (i.d.Regel 15%) werden dann den CCA's gewissermaßen als "Inkassoprämie" belassen. Beide Vertragsseiten sehen diese Beratungsstellen als effizienten Weg zur einvernehmlichen Schuldnerückzahlungen, mit der gleichzeitig die Möglichkeit der "Resozialisierung" der Schuldner erfolgen könne. Allerdings wird seit 2000 die Marge der Kreditgeber für diese Beratungsstellen ständig reduziert, so dass die gemeinnützigen Stellen erhebliche Überlebensprobleme bekommen. Letztlich dominiert bei den Kreditgebern doch das Inkassointeresse vor dem Interesse der finanziellen Bildung, dem sich diese Stellen verbunden fühlen.²⁸⁶

Die Ärmsten werden allerdings durch diese Stellen kaum erreicht. Haben sie kein Vermögen zur Rückzahlung mehr, entfällt auch der Anteil für die Kreditberatungsstellen, so dass sie als Kunden kein Einkommen ermöglichen. Auch die gemeinnützigen Schuldnerberatungsstellen wie BUCCS in New York tendieren daher zu den wohlhabenderen Schuldnern.

Seit dem Jahre 2000 versucht die gemeinnützige Koalition für die Ausbildung von Schuldner im Verbraucherkonkurs²⁸⁷, die von Finanzdienstleistern und der New York Law School getragen wird und ein aus Staat, Wirtschaft und Verbänden zusammengesetztes Aufsichtsgremium hat, vor dem Verbraucherkonkurs stehende Verbraucher im Vorgriff auf die gesetzlichen Verpflichtungen in der Handhabung ihrer privaten Fi-

286 Jacob, K.; Hudson, Sh.; Bush, M.: Tools for Survival. An Analysis of Financial Literacy Programs For Lower-Income Families. Dearborn/Chicago: 2000. S. 25 ff.

287 COALITION FOR CONSUMER BANKRUPTCY DEBTOR EDUCATION; Direktorin ist Prof. Karen Gross von der New York Law Scholl.

nanzen zu bilden. Die Institution möchte überschuldete Verbraucher nicht nur ausbilden sondern sie auch als Lehrer für andere Bezugsgruppen einsetzen. Hierzu werden Tests und Curricula entwickelt, Evaluationskriterien für Unterricht in financial literacy erarbeitet, Dozenten herangebildet und andere Programme zur finanziellen Bildung unterstützt.

Die Koalition entwickelt nach ihren eigenen Worten:

- tests, studies, refines, and sets standards for curricula on financial management for use in consumer bankruptcy debtor education. This effort may involve defining the content of the curriculum, adapting pre-existing and developing new course material, and consulting with trustees, judges, lawyers, counselors, educators and other professionals. It calls for organizing and implementing a pilot program, including recruiting and training of trainers, administering the program and evaluating the results.
- Assures that meaningful debtor education is offered nationwide to consumer debtors in a high quality, effective and low cost manner. This is accomplished by setting standards for the content of the curriculum and its delivery, training those who will be teaching the curriculum, offering the imprimatur of the Coalition to those who have undergone the training and maintain the standards of the Coalition in their teaching, and by seeking to ensure that debtors will be charged a fair price by such trainers for the education.
- Reviews available curricula on a regular basis and recommends revisions to reflect the changing needs of the debtor community and new characteristics of the financial environment. Inherent in this review and updating function is the need to develop standards by which curriculum, its delivery and results are to be measured, to study the financial literacy and behavior of consumer debtors who have participated in the program, and to assess the ongoing financial management needs of consumer debtors.
- Acts as an advocacy group for financial literacy and competence. This can be accomplished through information programs and the development and dissemination of informational materials.

Es handelt sich bei diesem Ansatz wohl um die professionellste Form, in der in den USA das Programm des Financial Literacy angegangen wird. Da die Koalition vor allem auch kostengünstige Wege sucht, bereitet sie nicht nur das Bildungssystem sondern auch die Anbieter auf die zukünftigen gesetzlichen Aufgaben zur finanziellen Bildung vor. Die Pilotprojekte zur Schuldnerberatung, wie sie mit dieser Studie vorbereitet und im Anschluss durchgeführt werden sollen, werden mit dieser Stelle in New York zusammenarbeiten und gegenseitig Ergebnisse, Fragebögen und Curricula austauschen.

3. Finanzdienstleistungen durch Alternativorganisationen

Nach der Erhebung des unabhängigen Woodstock Instituts misstrauen gerade viele gering verdienende Menschen den Finanzdienstleistungen der Banken. Um hier Vertrauen aufzubauen werden Kooperationsprogramme zwischen Bank und Schule vorgeschlagen, wie das „Banker in der Schule“- Programm in ("bank-at-school") mit Seminaren und Workshops zu Kredit, Geldmanagement und Eigenheimerwerb.

Tatsächlich dürfte sich das Engagement der großen Banken jedoch darauf beschränken, Materialien bereitzustellen, Führungen zuzulassen und vor allem über Stiftungen und Subventionen anderer Bildungsträger des financial literacy zu unterstützen. Da es in den USA keine den öffentlichen Sparkassen oder Genossenschaftsbanken vergleichbare Basisbanken gibt, andererseits aber etwa im Kredit und Zahlungsverkehr auch kein

Bankenmonopol besteht, sind die Kontakte zwischen der Finanzdienstleistungswelt und den ärmeren Bürgern häufig auf Finance Companies oder Scheckeinlösungsstellen beschränkt.

Erst seit den 70er Jahren versucht der Staat sowie die Bürgerbewegung durch die Förderung spezieller bürgernahe alternativer Finanzinstitutionen sich den von der Finanzwelt immer weniger bedienten Schichten zuzuwenden.

Mit dem Community Development Financial Institutions Gesetz hat der amerikanische Kongress solche alternativen Finanzinstitute besonders bevorzugt und stellt Fördermittel hierfür zur Verfügung.

a. Die Organisation der gemeinnützigen Finanzentwicklungsinstitute (CDFIs)

Die als Community Development Financial Institutions (CDFIs) bezeichneten Finanzinstitutionen betreiben Bankgeschäfte in gemeinnütziger Form für Minderheiten und Arme, und erhalten dazu staatliche Unterstützung. Sie ermöglichen diesen Personen einen Zugang zu Finanzdienstleistungen, entwickeln darüber hinaus neue Produkte und führen Bildungsaktivitäten in verschiedenen Bereichen durch

Mit dem 1994 verabschiedeten Gesetz zur Unterstützung von Finanzinstituten, die sich speziell die Quartiersentwicklung zur Aufgabe gemacht haben, hat die Regierung mit dem CDFI-Fonds²⁸⁸ ein Instrument zur Verfügung gestellt, mit dem alle diejenigen Sozialorganisationen, Stadtteilbanken, Kreditgenossenschaften und ähnliche Einrichtungen, die außerhalb des Banksektors Kredite und Sparleistungen in gemeinnütziger Form für Minderheiten und Arme anbieten, in den Genuss staatlicher Hilfe bringen. Der CDFI-Fund hat 1999 \$68 Mio an CDFIs verteilt, wobei \$45 Mio. als Kapitalhilfe für CDFIs, \$14 Mio als Kapitalbeteiligung, \$8 Mio. für Kredithilfe und \$1,4 Mio. als technische Hilfe für den Aufbau der Organisationen bereitgestellt wurden. Dabei waren 26 Kreditvergabefonds im Wohnungsbereich und 15 im Bereich der Kleinbetriebsfinanzierung die Begünstigten. In 6 Fällen wurden Einrichtungen, die wie in Delaware und Montana von den örtlichen Banken i.S. des CRA gemeinsam für Marketing und Akquisition bei der Quartiersentwicklung gegründet wurden, unterstützt.

Der andere Teil der Fondsgelder in Höhe von \$31 Mio. fließt im Bank Enterprise Award (BEA) Programm vor allem an kleinere Banken, die dafür versprechen, CDFIs durch Einlagen, technische Hilfe, Beteiligungen oder Rückbürgschaften zu unterstützen. Der Fonds gibt an, dass auf diese Weise \$437 Mio. an Unterstützung für CDFIs generiert werden konnten.

Im Unterschied zu deutschen Systemen staatlicher Ansprüche auf Unterstützung sind die Fonds in den USA nach dem Stiftungsprinzip organisiert. Es gibt keine Ansprüche auf Unterstützung dafür aber ein Gutachter- und Expertensystem, bei dem darauf geachtet wird, dass nur erfolgversprechende Projekte gefördert werden.

Unter den CDFIs gibt es im wesentlichen drei große Gruppen: Die erste Gruppe bilden die 150 Kreditgenossenschaften, die sich (im Gegensatz zu den dominierenden zumeist arbeitgebergebundenen großen Kreditgenossenschaften) auf untere Einkommensschichten beschränken und in der National Federation of Community Development Credit Unions zusammengeschlossen sind (www.nafed.org), die immerhin an der Wallstreet ihren Sitz hat. Die zweite Gruppe stellen die ca. 50 Community Banks dar, von

288 www.treas.gov/cdfi.

denen die führende, mit über \$740 Mio. Einlagen größte und in allen Fragen wegweisende South Shore Bank, Chicago (www.ssb.com, sowie <http://www.cdfi.org/shorebk.html>) mit Zweiggründungen in fünf anderen Staaten (<http://www.sbk.com/affiliates.htm>) sowie in drei Entwicklungsländern die bekannteste ist. Andere wie die Community Capital Bank, New York liegen eher bei \$40 Mio Bilanzsumme. Die dritte Gruppe bilden Kreditvergabefonds, die in der Regel als Community Development Fonds, selten als Venture Capital (www.cdvcas.org) und auch als Microenterprise Loan Funds wie Working Capital (www.workingcapital.org), Accion (www.accion-ny.org) oder Womens Self Help of Chicago arbeiten. Entwicklungsgesellschaften wie Coastal Enterprise, Maine (www.ceimaine.org), die sich um die durch die Fangquoten arbeitslos gewordenen Fischer kümmern, sind eher die Ausnahme. Viele dieser Organisationen sind dadurch stabil, dass sie Kommunen oder Banken im Rücken haben, wobei gerade letztere den häufigen Personalwechsel, das Ringen um das Überleben und die Unstetigkeit der Ressourcen ihrer Partner beklagen. Daneben gibt es einige spezialisierte Beratungsgesellschaften und Trainingsgesellschaften wie das Woodstock Institute in Chicago (<http://www.woodstockinst.org>), der South Shore Bank Advisory Service, das Community Development Institute, die Neighbourhood Reinvestment Corporation (www.nw.org) die z.T. auch Außendarstellung und Organisation der Koalition der CDFIs (www.cdfi.org) mittragen. Daneben gibt es die Koalition der Quartiersentwicklungsgesellschaften (www.ncrc.org), die teilweise die Finanzierungsinstitute mit umfassen.

Eine Kreditgenossenschaft ist in den USA im Gegensatz zu einer Bank leicht zu bilden, da zwar Professionalität, Mitgliederstamm, Eintragung etc. nicht aber Mindestkapital und Bankdirektoren erforderlich sind. Sie unterstehen einer speziellen federalen Kreditgenossenschaftsbehörde. Die Einlagen bei den Kreditgenossenschaft werden zudem noch bis \$100.000 von der Bundesregierung in Washington garantiert. Nachdem lange Jahre eine restriktive Zulassungspolitik betrieben wurde, werden solche Initiativen inzwischen gefördert. Drohen sie in Konkurs zu gehen, so kann es, wie in Brooklyn, passieren, dass sie 3 Jahre lang von der Aufsicht geführt werden, bevor sie nach Sanierung selbstständig weiterbetrieben werden können.

Keiner der im Wegweiser zu den CDFI²⁸⁹ aufgeführten 469 Institutionen machen Bankgeschäfte, bei denen herkömmliche Banken gerne tätig wären. Vielmehr arbeiten diese kleinen, zumeist gemeinnützigen, Organisationen in den Sektoren, aus denen sich die großen Banken zurückgezogen haben. Die großen Banken, auf die durch das spezielle Sozialrating Druck von der Bankenaufsicht ausgeübt wird, unterstützen die CDFIs durch Einlagen, Beratung, gemeinsame Projekte und das Sponsoring von Konferenzen und Bildungsmaßnahmen, wodurch sie sich wiederum Punkte im CRA-Rating verdienen können. Damit kann man u.U. ein ansonsten sozial diskriminierendes Portfolio ausgleichen.

Welche volkswirtschaftliche Bedeutung die CDFIs und der Fond haben, darüber herrscht jedoch keine Einigkeit. Die Nader-Organisation²⁹⁰ sieht in ihnen ein Feigenblatt für Großbanken und den fehlenden Mut des Staates, direkte Verpflichtungen für die Geschäftswelt zu normieren. Andere sehen in ihnen vor allem Volksbildungseinrich-

289 Dieser Wegweiser ist über die Homepage der Koalition zu bestellen www.cdfi.org.

290 Verbraucher- und Bürgerorganisationen, die nach dem Gründer, dem Anwalt Ralph Nader benannt werden. (siehe www.essentialinformation.org)

tungen, die die finanzielle Alphabetisierung betreiben, wieder andere sehen deren wichtigste Funktion darin, dass sie neue Produkte entwerfen, ausprobieren und soziales Wissen in den Finanzsektor einbringen, der sich nicht mehr mit Unmöglichkeit und Nichtwissen verteidigen kann. Ihre volkswirtschaftliche Bedeutung bei der Armutsbekämpfung ist eher gering. Ihre politische Beachtung in den USA dagegen sehr groß.

Die CDFIs messen ihre Wirkungen in output, outcome und impact. Neben dem Gewinn der Reichweite (output) und dem Gewinn (outcome) ist der impact, d.h. die Bedeutung für das Wohlergehen benachteiligter Quartiere das eigentlich neue Element im Bankgeschäft. Ihre günstige Kostenstruktur erzielen sie v.a. durch niedrigere Gehälter, Kooperation und dezentrale Lage. Die psychologischen Wirkungen ihrer Arbeit in den Armutsquartieren, wo sie den Menschen in den Stadtteilen wieder Hoffnung, Selbstbewusstsein und Handlungsfähigkeit vermitteln, wenn die vom Banksystem ausgeschlossenen dort wieder ein Girokonto, einen Kredit, ein Sparbuch oder ein Scheckbuch besitzen, sind enorm.

Die Qualität der Finanzdienstleistungen der CDFIs ist angesichts ihrer geringen Überwachung durch die Bankaufsicht, die mangelnde Professionalität der Angestellten sowie die Beschränkung auf kleinere Einheiten ohne Backoffice und Zugang zu Finanznetzwerken wohl eher schlecht. Aus der Sicht einer adäquaten Versorgung der Bevölkerung mit Finanzdienstleistungen würden sie wohl in Deutschland keine Berechtigung haben. Sie sind aber wichtige Bildungsinstitutionen im Bereich financial literacy, weil sie an Stelle der Trockenübungen in Schulen und in der Schuldnerberatung sowie des überbordenden Angebots an Broschüren und Aufklärungsmaterial den potenziell Betroffenen wieder Handlungs- und damit Lernmöglichkeiten mit den Finanzdienstleistungen selber einräumen. Insofern kann man die CDFIs als den wohl wichtigsten amerikanischen Beitrag zur Debatte um Financial Literacy ansehen. Ihre Volksbildungswirkung sowie ihr Innovationspotenzial gerade im Bankgeschäft mit ärmeren Schichten sollte auch in der Bankgesetzgebung überdacht werden.²⁹¹

Vor allem die Kooperation der CDFIs mit anderen Sozialorganisationen ist dabei ein wichtiges Potenzial dieser Organisationen.

So arbeitet die noch zu beschreibende PNFCU in Rochester mit den örtlichen Banken zusammen und nutzt deren Rat und Refinanzierung. Bei größeren Krediten mit höherem Risiko teilen sie sich den Kredit im Konsortium mit einer größeren Kreditgenossenschaft, die kein CDFI ist. In allen Entwicklungsprojekten werden Beratungs- und technische Hilfen von Stadtentwicklungsgesellschaften (Community Development Corporations) genutzt. Der Nationale Wohnungsdienst unterstützt die Hypothekenkreditvergabe durch flankierende Beratung. Auch die Stadt Rochester hat Geld bei ihr angelegt. Der örtliche Werberat hat das Marketing für sie unterstützt.

b. Financial Literacy durch einzelne CDFIs

(1) Bürgerorganisationen

Vor allem die großen Finanzdienstleister bevorzugen eine mittelbare Aktivität zur finanziellen Alphabetisierung, wenn sie die durch Spenden und staatliche Hilfen geförderten CDFIs unterstützen.

291 Dazu ausführlich Reifner, U. Credit by Non-Banks – The Regulation of Microcredit in the EU, Nomos: Baden-Baden 2002.

Chase Manhattan und der Microlender Accion, der aus Südamerika kommend für Latinos nicht nur in Brooklyn, New York arbeitet, haben eine Partnerschaft gebildet. Chase hat die Kreditsachbearbeiter von Accion geschult, und refinanziert die Kredite. Außerdem hat Chase ein Zweigstellenverzeichnis mit den Kundenadressen von Accion kartographiert. Die Chase Foundation unterstützt Accion ferner mit direkten Subventionen. Da ein großer Teil der Micro Kredite von Accion in Bargeld gegeben und zurückgezahlt werden, hat Chase ein Konto für die Rückzahlungen zur Verfügung gestellt, auf das alle Kreditnehmer von Accion einzahlen können, was in den USA keine Selbstverständlichkeit ist. Accion kann per Internet täglich abfragen, wer von den 400 Kreditnehmern in einer der Chase Filialen bezahlt hat. Während Chase das Back Office wahrnimmt, macht Accion das Marketing, den Abschluss der Verträge und die Schuldbeitreibung. Chase lernt dabei auch von Accion. Sie haben neben ihren Zweigstellen von der Zentrale aus arbeitende „Streetbanker“, eingesetzt, die die Leute vor Ort aufsuchen. Die generierten Kredite werden an die Community Development Abteilung verwiesen. Das gleiche gilt für die Verweisungen aus den Filialen, wo es besondere Bonuspunkte für die Generierung solcher Kredite gibt.

Das Community Development Technologies Center (CDTC) wendet sich mit einem Worker Income Security Program (WISP)²⁹² an Fabrikarbeiter mit niedrigen Gehältern und Angestellte von kleinen und mittleren Unternehmen in Gebieten mit niedrigem Einkommen. Sie können an einer Weiterbildung, die mit einem Sparprogramm gekoppelt ist, teilnehmen. Die Hälfte der Schulungszeit kann auf Kosten der Arbeitszeit genommen werden, die andere Hälfte fällt in die Freizeit. Die Arbeitgeber unterstützen das Programm, weil sie auch in der Arbeitsleistung ihrer Mitarbeiterinnen die positiven Wirkungen der Schulung erkennen. In dem Schulungsprogramm werden neben Themen Englisch als Fremdsprache oder Mathematik Workshops zu Financial literacy und – planning gehalten. Es sollen darin finanzielle Ziele erarbeitet und Möglichkeiten zum Sparen und Finanzieren gezeigt werden. Das Programm ist mit einem Individual Development Account (IDA) für die Teilnehmer verbunden. Das Projekt wird finanziell unterstützt von der California Stiftung, dem Los Angeles Handwerker Netzwerk, dem PUENTE Lernzentrum sowie dem Wertpapierhaus Merrill Lynch sowie anderen Finanzdienstleistern.

Das CDTC ist ferner mit einem College (Handelsschule) in einem Projektverbund. Ziel ist es, den Schülern in diesem Ghetto von LA eine Perspektive zu geben und über die Lehrer die Schüler und über die Schüler die Familien zu erreichen. Die Ford Foundation finanziert das finanzielle Bildungsprogramm.

Mit dem Wertpapierhaus Merrill Lynch wird ein IDA-Programm durchgeführt. Um in das Programm zu gelangen, muss man an einem Bildungsprogramm teilnehmen. Dies „Working Income Security Program“ wird über Arbeitgeber angeboten. Zur Zeit machen 5 Betriebe mit. Zwei mal die Woche wird im Betrieb eine Sitzung über 90 Minuten zur finanziellen Bildung angeboten. 45 Minuten davon steuert der Arbeitgeber bei, 45 Minuten sind aus der Freizeit der Arbeitnehmer. Die IDAs sind steuerbegünstigt. Die wesentliche Funktion wird darin gesehen: Hausbesitz anzusteuern, Selbstwertgefühl zu steigern, Bildung zu vermitteln, Investment zu fördern. Das „cash and carry folks“, also die Barzahler sollen mit Finanzdienstleistungen vertraut gemacht werden. Zielgruppen des IDA sind Familien mit Kindern, Frauen, (nicht aber junge Männer). Grenze für das IDA Programm \$12.000; pro Familie: \$28.000. Clinton will die Grenze bei \$50.000 ansetzen.

Ein weiteres Programm ist das achtwöchige „Budgeting und Credit Repair“ Programm, dass über Arbeitgeber angeboten wird. Die Bildungsveranstaltungen zum financial literacy werden beim Arbeitgeber durchgeführt, weil viele Arbeitnehmer an ihren privaten Finanzen scheitern und dies auch die Arbeit belastet. Besondere Probleme bereiten dabei die illegalen Einwanderer. Ihnen versperren die fehlenden Papiere den Weg zu den besseren Finanzdienstleistern (doppelte Identitätsprüfung), so dass sie für Kreditaufnahmen in die Schattenwirtschaft abgedrängt werden.

292 Community Development Technologies Center: Worker Income Security Program (WISP); 2433 South Grand Avenue, Los Angeles, CA 90007; Informationsfaltprospekt.

Im Mortgage Banker Programme werden zusammen mit Fannie Mae arbeitslose Jugendliche als Banker ausgebildet. Es ist ein gutes Berufsfeld für Minderheiten, da man im Rahmen des CRA Programms zunehmend Schwarze braucht. Außerdem kann man damit unterrichten und den unausgebildeten schlimmen Vermittlern entgegentreten. Allerdings gibt es auch Interessenunterschiede zu dem Refinanzierungshaus Fannie Mae will Banker andere möchten Community Developer.

Das National Community Reinvestment Coalition (NCRC)²⁹³ ist eine Dachorganisation von 700 lokalen Organisationen, die sich für einen Zugang zu Finanzdienstleistungen für unterversorgte Gruppen einsetzen. In diesem Zusammenhang bieten sie auch verschiedene Bildungsaktivitäten. So werden Multiplikatoren der Mitgliedsorganisationen aus- und weitergebildet, die regional Angebote zur Financial Literacy durchführen. Ferner werden Materialien bereitgestellt. Die Auswahl der richtigen Bank für die eigenen Bedürfnisse, Umgang mit Kreditkarten und elektronischem Zahlungsverkehr sind die Themen. Im Bereich des Kredit- und Schuldenmanagements werden sowohl grundlegende Fragen des Umgangs mit einem Budget als auch rechtliche Grundlagen erarbeitet. Rechtliche Aspekte, öffentliche Fördermöglichkeiten und Verhandlungsgeschick werden in den Materialien zur Vorbereitung auf den Eigenheimwerb und die Selbständigkeit behandelt.

(2) Kreditgenossenschaften

Die Form der Kreditgenossenschaft hat besondere Bedeutung für das financial literacy erlangt. Während die Credit Unions insgesamt eher nach dem Muster der Pensionsfonds kreditwürdige Klienten eines Arbeitgebers zusammenfassen, sind einige kleinere Kreditgenossenschaften entstanden, die sich speziell der Hilfe für ärmere Bevölkerungskreise widmen. Sie gehören zu der Gruppe der Community Development Credit Unions (CDCUs)²⁹⁴, die sich aktiv um die Entwicklung benachteiligter Stadtteile kümmern und den über 1000 amerikanischen Bürgergruppen nahe stehen. Ihre Bemühungen im ethnischen Bereich zeichnen sich durch einen großen Ideenreichtum aus, wenngleich die praktischen Wirkungen wohl nicht zu hoch eingeschätzt werden sollten.

In Brooklyn wurde mit farbigen Jugendlichen eine Kreditgenossenschaft nur für Jugendliche unter 18 Jahren geschaffen. Die Genossenschaft wurde angemeldet und genehmigt. Die Jugendlichen brauchten lange, um zu begreifen, dass es wirklich „ihre“ Genossenschaft war. Das jüngste Mitglied der Genossenschaft ist drei Jahre alt. Die Genossenschaft sammelt die Spargroschen ein und wird dabei von der Kreditgenossenschaft der Erwachsenen überwacht und unterstützt. Ausleihen können die Jugendlichen einander nur das, was sie auch eingenommen haben. Sie lernen auf diese Weise zugleich, was Zinsen sind, wie sie ausgewiesen werden und worauf man beim Kredit achten muss. Spar- ebenso wie Kreditzwecke sind dabei der Kauf von Geschenken ebenso wie Fahrrad oder Kofferradio. Ein kleiner „Kreditsachbearbeiter“, erklärte seine Kreditvergabepolitik mit dem folgenden Satz: „Wenn meine Mitschüler Kredite für Geschenke aufnehmen, dann aber nur für Geschenke an die Mutter, nicht an die Freundin, weil diese Beziehung für die Rückzahlung nicht lange genug halten wird.“, Damit ist bereits das im Konsumentenkredit so wichtige Prinzip laufzeitkongruenter Finanzierung erkannt, bei dem es etwa beim PKW-Kredit darauf ankommt, dass das Auto nicht vor der Kredittilgung „verschwindet“.

Die Progressive Neighborhood Federal Credit Union in Rochester, New York, mit 1500 zu 80% farbigen Mitgliedern hat 400 Mitglieder unter 18 Jahren. Sie sieht in den Funktionen Sparen, Kredit und Mitgliederbildung einen Funktionskreis, der sich gegenseitig bedingt. Deshalb wird auch die volle Palette an Bankdienstleistungen angeboten. Sparkonten, Club-

293 <http://www.ncrc.org/finLit/finlitindex.html>.

294 Lewis, M., Cocciarelli, S., Melcher, J.: „Combating Poverty with Assisted Self-Help: Building Assets for Independence with America's Poor“ Final Report to the Michigan Family Independence Agency and the Michigan Legislature; Michigan: 1999.

Konten, Festgeld, Scheckeinzug, Überweisungsaufträge, Sparbriefe. Ihre Personalkredite nennt die Kreditgenossenschaft „Individuelle Entwicklungskredite“, um auf ihre produktive Funktion hinzuweisen. Als Zwecke sind dabei Wohnungseinrichtung, Auto, Schuldenbereinigung, Zahnarzt, Beerdigung, Reise zugelassen. Zum Aufbau einer Kreditgeschichte kann man auch wie anderswo hier aber zum halben Zinssatz sein „eigenes Geld leihen“. Die Zinssätze beim PKW-Kredit sind nach dem Alter des Autos gestaffelt. Bei \$1,5 Mio Kredit war die Ausfallrate zunächst 15%, wurde dann mit einer Ablehnungsquote von 60% auf 2% gesenkt und liegt auf Grund einer Abwägung zwischen sozial wünschenswerter Vergabe und tragbaren Kosten bei 50% und 3%.

Die Kreditgenossenschaft hat mit einem Lehrer eine Gruppe in einer Schule gebildet, wo die Kinder in einem gesonderten Klassenraum mit drei Computern und der entsprechenden Software ihre eigenen Konten verwalten. Dabei gibt es je nach Zustimmung der Eltern Einzelkonten, Mitzeichnungskonten und Gruppenkonten, die vor allem die Abwicklung der schulischen Ereignisse (Feste, Ausflüge etc) betreffen.

Die Kinder haben mit dem Lehrer eine eigene Werbebroschüre erarbeitet und werben unter den Mitschülerinnen, da sie erkannt haben, dass die Möglichkeiten mit einer größeren Mitgliederzahl steigen. 125 Schüler verfügen inzwischen über 8600 \$.

Die Kreditgenossenschaft hält zu den üblichen Fragen regelmäßig Workshops ab, wobei es darum geht, den Effektivzins, seinen eigenen Kreditwürdigkeitsstatus, der in den USA ein Mal pro Jahr automatisch zugänglich gemacht wird, zu verstehen. Lernziel ist es auch zu wissen, was bei Zahlungsschwierigkeiten zu machen ist.

Klare Aussagen ergeben sich auch aus der Zweckbindung der Kredite. Durch Kooperation mit der Katholischen Kirche als Bürgen gibt es einen günstigen Risikokredit für Personen, die nur ihre Arbeitsperspektive als Sicherheit anbieten können. Hier muss nachgewiesen werden, dass der Kredit einen unmittelbaren Bezug zur Arbeitskraft hat wie z.B. Kinderbetreuung oder PKW-Kredit, wenn dies für den Arbeitsweg notwendig ist.

Die PNCF bietet ferner das „Progressive Youth Credit Union Programm“²⁹⁵ an, ein Ausbildungsprogramm für Schüler, von der Vorschule bis zum Gymnasium. Die Schüler können an einer „Finanzakademie“ teilnehmen, nach deren Abschluss sie in einer Bankfiliale in der Schule mitarbeiten können. Diese Filiale wird von örtlichen Kreditgenossenschaften unterstützt, die die Schüler ebenfalls in Teilbereichen ausbilden. Die Lehrer beteiligen sich mit Unterrichtsteilen zum Bankwesen.

Viele der CDCUs bieten IDA-Programme an. Voraussetzung des Zugangs zum Sparen ist dabei die Teilnahme an Kursen zur Financial-Literacy. Dies schreckt auch einen großen Teil der Interessenten ab. Insoweit kommen nur diejenigen in den Genuss der Zuwendungen, die sich zu financial literacy Programmen verpflichten.²⁹⁶

In einer Studie zur Bewertung von IDA-Programmen wurden die Programme von 23 CDCU's in 16 Staaten untersucht. Nach diesen Programmen sollen die zur Teilnahme an Bildungsveranstaltungen verpflichteten Verbraucher

- zu langfristigem Denken und finanziellem Planen angehalten werden,
- Zugang zu Finanzinstituten bekommen und Erfahrungen und Vertrauen gewinnen sowie
- zum Sparen motiviert werden.

295 Adler, D.: Kids Learn Financial ABC's at High School CU. In: Connection, Fall 1999, S. 12-13

296 „Combating Poverty with Assisted Self-Help: Building Assets for Independence with America's Poor“ Final Report to the Michigan Family Independence Agency and the Michigan Legislature by Maryellen Lewis, Susan Cocciarelli, John Melcher; Michigan 1999

In einem Programm waren 168 Teilnehmer zur Einführungsveranstaltung gekommen. 74 nahmen dann vor allem wegen der Anzahl der zu besuchenden Pflichtkurse am Programm nicht teil, so dass 94 Teilnehmer übrig blieben. 73 davon antworteten nach Abschluss des Kurses in einer Befragung durch das Women's Opportunities Resource Center.

- 46 nannten den Erwerb oder die Reparatur eines Hauses als häufigstes Sparziel
- 41% der Befragten gaben den Kursen die beste Note und 45% die zweitbeste Benotung. Die durchgeführten Schulungen wurden in den Kategorien Qualität der Information, Gruppenzusammensetzung, Materialien, Präsentation, Austausch und Diskussion durchweg sehr positiv bewertet.
- Auf die Frage, was an dem Programm am besten gefallen hat, wurden die erhaltenen Informationen höher bewertet, als die finanziellen Zuschüsse.
- Für 35 (von 73) Personen waren die vermittelten Informationen neu.

(3) Community Development Banks

Auf Grund der niedrigen Zulassungsschwellen für Banken und Finanzinstitute in den USA haben sich auch eine Reihe von Banken gegründet, die sich speziell der Armutsbekämpfung verschrieben haben. Die Community Banks (Stadtteilbanken) haben in den USA eine lange Tradition und machen einen großen Teil der ca. 11.000 selbstständigen Banken dort aus.²⁹⁷ Die meisten von ihnen sind aber dem Mittelstand verpflichtet und daher im financial literacy nicht aktiv. Daher sind diese Banken, die mit dem Community Banker eine eigene Zeitschrift herausgeben, auch nicht der eigentliche Namensgeber für die Community Development Banks. Vielmehr schließen sie sich an die Community Development Bewegung an, die ihren Sitz in Chicago mit der National Coalition for Community Development hat und in einem eigenen federalen Gesetz die Förderung ihrer Organisationen und Projekte durchgesetzt hat.

Die weltweit bekannteste Community Development Bank ist wohl die South Shore Bank in Chicago, die inzwischen in einer Vielzahl anderer Einzelstaaten der USA ebenso wie auch in Polen aktiv ist. Ihr einzigartiges Entwicklungskonzept ist bereits häufig beschrieben worden,²⁹⁸ deren Erfolg vor allem auf der Kooperation einer Bank mit sozialen Organisationen beruht, wodurch die Geschäftsfelder von Erziehung, Bildung, Stadtentwicklung und Banking nicht verwischt und jedes einzelne Prinzip seine eigene Qualifikation erweisen muss. Dadurch wird vermieden, dass eine schlechte Bank auf ihre guten Erfolge in financial literacy verweist und ein schlechter Bildungsträger sich damit brüsten kann, dass er ja auch noch das banking betreibt. Nachdenklich sollte allerdings stimmen, dass die South Shore Bank sich insgesamt in der financial literacy Kampagne in den USA sehr zurückhält und sich im wesentlichen darauf beschränkt, steuerbegünstigte IDAs anzubieten und dieses Angebot mit einer kostenlosen Hilfe bei

297 Vgl. im einzelnen. Reifner, U. Community Banking und Regionalprinzip – Ein deutsch-amerikanischer Vergleich, in Bundesverband deutscher Stiftungen e.V. (Hrsg.) Sparkassenstiftungen, Bd. 5 Berlin 2001, S.45 – 52; Reifner, Udo/Evers, Jan /Siebert, Diana, Community Reinvestment - Eine amerikanische Besonderheit für den deutschen Banken- und Sparkassenmarkt? Schriften des Institut Für Finanzdienstleistungen e.V. Bd. 1 Nomos: Baden-Baden 1998 (108 S.).

298 Dazu Shapiro, J. in: Reifner, U./Ford, J. (eds), Banking for People, Vol. 1 Social Banking and New Poverty, Vol.2 Unemployment and Consumer Debts, de Gruyter: Berlin New York 1992.

der Steuererklärung zu verbinden. Werbung für das Konto und Beratung sind dadurch integriert.

Die Community Capital Bank in Brooklyn sieht in ihrer Geschäftspolitik eine finanzielle Bildung. Sie legt Wert darauf, dass ihre Kunden verstehen, dass man Kredit pünktlich zurückzahlen muss und dass sie von Anfang an z.B. den Unterschied zwischen der Sicherheit und dem Kredit begreifen. Kreditfähigkeit ist das Ziel der Bank. Man muss eine klare Kreditvergabepolitik nach außen dokumentieren, der Prozess muss einfach, klar und durchsichtig sein, der Prozess der Schuldenbeitreibung sollte bestimmt aber persönlich und nicht formalisiert sein.

Auch bei den Existenzgründerfonds dominiert der Lernbeitrag. 70% des Budgets des Northeast Entrepreneur Fund, Inc. (www.entrepreneur-mn.org) wird dafür verwendet, dass der Gründer intellektuell gut vorbereitet ist, 30% dienen der Kreditvergabe. Selbstbestimmung in finanziellen Entscheidungen ist das wichtigste Ziel.

4. Zusammenfassung

In den USA hat sich die finanzielle Alphabetisierung (financial literacy) als Mittel zur Bekämpfung von Armut und Überschuldung von der allgemeinen ökonomischen und finanziellen Bildung abgespalten zu einem eigenständigen und den Bereich der ökonomischen Allgemeinbildung bereits dominierenden Sektor entwickelt.

Ausgehend von den alarmierenden Zahlen der Überschuldung und des Verbraucherbankrotts, dem zunehmenden Ausschluss ärmerer Bevölkerungsschichten aus dem Finanzdienstleistungssystem und der damit verbundenen Armutsspirale einer prozeduralen Armut wird der Bildung gerade der Afro- und Latinoamerikaner ein wichtiger Stellenwert eingeräumt.

So soll in Zukunft eine begrenzte finanzielle Bildung für Personen, die die Schuldbefreiung über das Verbraucherinsolvenzverfahren in Anspruch nehmen wollen, zur Voraussetzung gemacht werden.

Ideologisch geht es dabei im wesentlichen um die Förderung des Gedankens der Sparsamkeit und des Spargedankens, wie er mit den Individual Development Accounts, einer Art vermögenswirksamen Sparsens, propagiert wird. Allerdings steht auch hier der Kredit im Vordergrund, da im Ratensparen ein Mittel zur Einübung der kontinuierlichen Kreditrückzahlung gesehen wird. Vor allem die Anbieterseite unterstützt diese Sichtweise mit entsprechendem Bildungsmaterial für Schulen und gemeinnützigen Einrichtungen. Demgegenüber beziehen staatlich beeinflusste Institutionen der Finanzdienstleistungsaufsicht und –steuerung auch eine kritische Evaluation bestehender Finanzdienstleistungsangebote mit ein und informieren über die Verbraucherrechte.

Einen besonderen Stellenwert nehmen die Community Development Financial Institutions ein, die als speziell für die Kreditvergabe in prekären Stadtteilen entwickelte Einrichtungen wie Community Development Banken oder Kreditgenossenschaften oder Vereine das learning by doing praktizieren. Hier werden Bankprodukte wieder zugänglich gemacht, wobei der eigentliche Wert dieser Versuche darin besteht, dass dieser neue Zugang mit erheblichen Bildungsanstrengungen und persönlicher Betreuung verbunden ist. Sie stellen eine Art „Fahrschule des Finanzdienstleistungssystems“ dar.

Der Umfang der Bemühungen von Staat, Banken und Bürgerbewegung sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Grundprobleme der Verarmung, inadäquates Einkommen, keine soziale Absicherung und mangelnder Zugang zu primären Finanz-

dienstleistungen zu diskriminierungsfreien Konditionen dabei nicht nur nicht thematisiert sondern in gewisser Weise auch erträglicher gestaltet und in der öffentlichen Diskussion überdeckt wird. Da die Erfolge der vielfältigen Bemühungen zur Integration der unteren Einkommenschichten ins Finanzdienstleistungssystem gegenüber der Zunahme des Ausschlusses und relativer Verarmung relativ gering sind, kann eine Nachahmung dieser Politik innerhalb europäischer Verhältnisse nur mit großer Vorsicht und sehr selektiv erfolgen.

Dabei sollten aber die vielen auf Grund relativ offener gesetzlicher Strukturen möglichen Modelle sorgfältig ausgewertet werden, da auch im financial literacy der Satz gilt, dass die amerikanische Gesellschaft ein „laboratory of democracy“ ist.

F. Modelle zur Finanziellen Bildung

Das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderte Projekt „Finanzielle Allgemeinbildung“ im Rahmen der „Entwicklung eines Maßnahmenkonzepts zur Armutsprophylaxe (1999-2001)“ hat in seiner ersten Forschungs- und Entwicklungsphase, in der in- und ausländische Erfahrungen der finanziellen Allgemeinbildung („financial literacy“) ausgewertet wurden, ein Konzept entwickelt, um die finanzielle Allgemeinbildung gerade der von Armut bedrohten Schichten zu erhöhen. In der zweiten Phase soll mit ausgewählten Partnern dieser Ansatz in die Praxis übertragen werden.²⁹⁹

Der Tendenz, Verarmung allein durch Verstehen und Beherrschen des eigenen Budgets durch die Betroffenen zu begegnen und dabei die Finanzdienstleistungen in ihren Anforderungen und Auswirkungen als gegeben vorzusetzen wurde ein kritischerer Bildungsansatz entgegengestellt, der die Erfahrungen des IFF aus 15jähriger Begutachtung von Finanzdienstleistungsproblemen von Verbrauchern, Baufinanzierern und Existenzgründern berücksichtigt. Ein Bildungsprogramm darf nicht einseitig, unabhängig von Problemsituationen und konkretem Nutzen der Informationen nach Anpassung streben, sondern muss zugleich auch Veränderungspotenzial für die Angebote selber bereitstellen.

Daher wurde ein Lernkonzept entwickelt, das finanzielle Allgemeinbildung als die Summe aus Wissen über Geld, Verständnis von Finanzdienstleistungen und sozialer Kompetenz zum Verhalten gegenüber Banken und Versicherungen begreift, kritische Distanz zu den Angeboten bewahrt und das Potenzial an Rückwirkung auf das System („voice“) fördert und erhält.

Für die im Ausgangsprojekt bereits geplante zweiten Phase zur praktischen Umsetzung der Erkenntnisse wurden daher Lernorte definiert, aufgesucht und zur Kooperation bewegt, in denen Wissen über das eigene Budget, seine Beziehung zu Finanzdienstleistungen sowie über deren Produkte selber bereits Gegenstand der Wissensnachfrage und Wissensvermittlung gerade in dieser Schicht sind. Neben den klassischen Bildungsanbietern wie der Schule spielen dabei vor allem Beratungseinrichtungen als Informationsagenturen mit konkretem Nutzwert eine wichtige Rolle. Ihr häufig fallbezogener

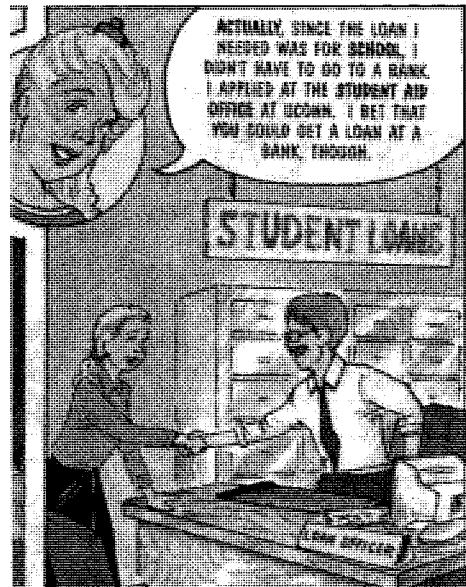


Abbildung 15: Ausbildungsdarlehen in den USA

299 Diese Pilotphase, die auf 18 Monate Dauer angelegt ist, hat im Mai 2002 begonnen.

und eher unbewusst bildender Charakter soll in den Modellprojekten aktiviert, effizienter gestaltet und in der Auswirkung nicht nur auf die Ratsuchenden sondern auch auf deren häufig schwer erschließbaren Referenzkreis evaluiert werden.

Das wichtigste Prinzip ist dabei das Prinzip der „Bildungsanreicherung“.

Es geht nicht darum neue Bildungseinrichtungen oder Bildungsprogramme vorzuschlagen. Vielmehr soll finanzielle Allgemeinbildung dort, wo sie entweder tatsächlich im Ansatz bereits vorhanden ist, ob in der Schule, in der Beratung gemeinnütziger Stellen oder in den Medien, mit den hier entwickelten Elementen angereichert werden.

In den nachfolgenden Vorschlägen soll dieses Bildungskonzept in die Praxis übertragen und erprobt werden.

I. Finanzielle Allgemeinbildung in der Schuldnerberatung

1. Projektansatz

Ein viel versprechendes Wirkungsfeld ist die Schuldnerberatung, denn von Finanzproblemen Betroffene sind innerhalb ihrer sozialen Bezugsgruppe immer Multiplikatoren. Im Rahmen eines innovativen Gruppenberatungsansatzes soll daher der Multiplikatoreffekt erfolgreicher Bewältigung von Krisenlagen gezielt zur Prävention genutzt werden.

Das Pilotprojekt „Schuldnerberatung“ nutzt die Tatsache, dass Überschuldung eine Krisensituation darstellt, zu deren Überwindung die Betroffenen häufig die Hilfe von Beratungsstellen in Anspruch nehmen. Sie haben also bereits einen Handlungsbedarf erkannt und sind für die ihnen entgegengebrachten Informationen tendenziell offen. Die persönliche Betroffenheit der Ratsuchenden von finanziellen Problemen erleichtert den Zugang zu den Bildungsthemen und ermöglicht ein problemorientiertes Lernen ohne konstruierte, abstrakte Beispiele. Zudem ist mit dem Bemühen um eine Schuldenregulierung gemäß Insolvenzordnung (InsO) von einer erhöhten Lernbereitschaft auszugehen. Die Schuldnerberatungsstellen sind dadurch eine geeignete Institution zur Vermittlung finanzieller Bildung und eignen sich für das Modellprojekt, dessen Kernelement ein Gruppenansatz ist.

Bislang ist die Schuldnerberatung in Deutschland stark individualisierend ausgerichtet, da jeder Einzelfall spezifisch ist. Es zeigt sich auch ein Strukturbruch in den bestehenden Bildungs- und Präventionsaktivitäten der Schuldnerberatungsstellen, die im Rahmen des Grundlagenprojekts untersucht wurden. Thematisch sind sie in aller Regel eingeschränkt auf die Themenfelder Geldanlage/Sparen/Altersvorsorge, Baufinanzierung/Wohneigentum und Versicherungen. Auf die in diesem Projekt vornehmlich betrachtete Gruppe der unteren Einkommenschichten zielen sie überwiegend nicht ab.

Viele Schuldnerberatungseinrichtungen reagieren auf die verstärkte Nachfrage nach Beratungen im Zuge der InsO-Reform jedoch bereits mit Gruppenberatungen und erreichen damit die relevante Zielgruppe. Gruppenberatungen bieten den Vorteil, das in der gleichen Zeit sehr viel mehr Personen informiert werden können. Zusätzlich werden die Beratungskräfte durch eine aktive Mitarbeit der Schuldner entlastet.

Das IFF-Projekt will die Beratungssituation mit Elementen finanzieller Allgemeinbildung anreichern. Diese Verknüpfung folgt dem pädagogischen Ansatz, dass vor allem bei Erwachsenen das Eigeninteresse einen wesentlichen Anreiz zur Bildung gibt.

Zwar lernt der bereits von einer akuten Krise Betroffene regelmäßig zu spät, da Bildung stets präventiven Charakter hat. Dies stimmt aber nur für eine rein statische und individualistische Betrachtungsweise. Zum einen können sich Situationen wiederholen, wodurch sich das „Lernen aus Schaden“ zum Nutzen für die Zukunft entwickelt, zum anderen sind Verschuldete in sozialen Gruppen organisiert und haben häufig den einzigen und relevanten Zugang zu anderen potenziell Betroffenen. Ihre eigene Erfahrung wird somit ein gruppenspezifisches Lerngut, dessen Qualität entscheidend von der Art der Bewältigung des Überschuldungsprozesses abhängt. Als „Experte“ kann daher ein in so weit Gebildeter entscheidenden Einfluss auf die Bildungssituation anderer nehmen. Der Zugang zur Gruppe über Gruppenmitglieder ist in jedem Fall einfacher als über äußere Instanzen.

2. Projektziel

Mit dem Projekt der Gruppenberatung in Schuldnerberatungsstellen sollen die Ziele des IFF-Forschungsprojektes exemplarisch materialisiert werden:

- Erhöhung der Handlungskompetenz der Verbraucher
- Armutsprävention durch Veränderungen der Marktbedingungen
- Positive Nutzung von Finanzdienstleistungen zur Armutsbekämpfung

Mit diesem Projekt werden Menschen erreicht, die sich in einer Überschuldungssituation befinden. Es ist davon auszugehen, dass der Großteil dieser Personen in der Vergangenheit bereits verschiedene Finanzgeschäfte getätigt hat, die ein Verarmungsrisiko in sich bergen. Diese Erfahrungen, die bisher von den Betroffenen als Ursache der Verschuldung wahrscheinlich eher negativ bewertet werden, sollen präventiv nutzbar gemacht werden.

An den Beispielen der konkreten Situationen werden in der Gruppenberatung Handlungsalternativen, Bewältigungskompetenzen sowie notwendige Hintergrundinformationen vermittelt. Zudem lernen die Teilnehmer den Wert ihrer Erfahrungen für andere Personen und damit ihr "Expertenwissen" kennen. Sie werden motiviert, sowohl die eigenen Erfahrungen als auch das Erlernte aus der Gruppenberatung weiterzugeben. Wünschenswert wäre es, wenn die Teilnehmer motiviert würden, Eigeninitiative zu entwickeln und offensiv würden. Dies könnte etwa in die Gründung von Interessengruppen übergehen.

Ver- und Überschuldete nehmen im IFF-Projekt somit eine Multiplikatorfunktion für Zielgruppen an, die mit anderen Bildungsinitiativen nicht erreicht werden. Die Schuldnerberatungsstellen präsentieren sich mit der Bildungsaktivität als „Spezialist in Finanzfragen“ und erweitern damit ihr bisheriges Aufgabengebiet der individuellen Hilfe bei Schuldenproblemen.

3. Methodik

Das Pilotprojekt folgt dem grundlegenden Ansatz, Bildung gezielt dort anzusiedeln, wo sie gebraucht wird beziehungsweise ohnehin bereits statt findet. Bestehende Gruppenberatungsmodelle, die Schuldner auf das Verbraucherinsolvenzverfahren vorbereiten, sollen daher um wesentliche Elemente der finanziellen Bildung erweitert werden. Das Verbraucherinsolvenzverfahren bietet hierzu verschiedene Ansatzpunkte:

Zur Vorbereitung und Durchführung des außergerichtlichen Einigungsversuches können dem Schuldner grundlegende Gesprächs- und Verhandlungskompetenzen vermittelt werden. Diese können über das Verfahren hinausgehend künftig auch in anderen Verhandlungen und Beratungssituationen eingesetzt werden.

Die Kontrolle der geltend gemachten Forderungen und Berechnung des Quotenplanes kann grundlegende finanzmathematische Inhalte umfassen. So können z.B. neue Kreditvereinbarungen selbstständig verglichen und bewertet werden.

In Zusammenhang mit der Gestaltung des Schuldenbereinigungsplanes können die bisherigen Erfahrungen der Teilnehmer zu verschiedenen Entschuldungsmöglichkeiten (z.B. Umschuldung) aufgegriffen und erörtert werden.

Die Diskussion verschiedener Möglichkeiten zur Beschaffung der finanziellen Mittel zur Verfahrensfinanzierung, z.B. aus dem Freundes- oder Familienkreis, bietet Gelegenheit die Möglichkeiten und Risiken derartiger Konstellationen (Bürgschaft) aufzuzeigen.

Im Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens wird nach der Überschuldungsgeschichte gefragt. Die dargestellten Einzelschicksale können als Beispiele typischer Armutsfällen und Verschuldungsrisiken genutzt werden.

Darüber hinaus kann die Gruppenarbeit zur Überwindung von Ghettoisierung, Stärkung von Motivation sowie zum Aufbau von Selbstvertrauen und Eigenverantwortung beitragen.

Die Inhalte des geplanten Modells sind weniger darauf ausgerichtet, die Schuldner dazu zu befähigen, das Verfahren und die Wohlverhaltensperiode abzuwickeln. Das Verbraucherinsolvenzverfahren wird vielmehr zum Anlass genommen, den Schuldnern an konkreten Situationen zu verdeutlichen, wie sie einer künftigen Überschuldung entgegenwirken können. Die Gruppenberatung ermöglicht hierbei über den Erfahrungsaustausch sowohl die Bestätigung eigener Erfahrungen als auch den Einblick in ähnliche oder fremde Situationen.

Die Inhalte für die Bildung ergeben sich zudem unmittelbar aus der Schuldnerberatung und -analyse. Nach dem Prinzip der abgeschichteten Generalisierung sollen die Schuldnerberater aus verschiedenen Fällen die allgemeinen Elemente herausfiltern und typische Fallkonstellationen aussuchen, mit denen sich Betroffene identifizieren können. Da jeder konkrete Fall allgemeine Elemente enthält, kommt es darauf an, in dem Bildungsaspekt so viele dieser Elemente zu vermitteln, dass die Betroffenen den Bezug zu ihrem eigenen Fall herstellen können. Die dadurch erzielte Identifikation mit dem Sachverhalt trägt zum Verständnis und zu einem anhaltenden Lerneffekt bei. In ähnlichen Situationen wird es den Beteiligten künftig leichter fallen, das Erfahrene zu reproduzieren.

Um einer Informationsüberflutung entgegenzuwirken, werden die bisherigen Konzepte der Gruppenberatung im Verbraucherinsolvenzverfahren optimiert.

Die in der Schuldnerberatung tätigen Fachkräfte sind bisher vornehmlich mit Beratungstätigkeiten beschäftigt und entsprechend ausgebildet. Zur Vermittlung der in diesem Projekt angestrebten Bildungselemente bedarf es daher einer entsprechenden Weiterbildung.

4. Form und Inhalt

Das InsO-Verfahren ist für ein Gruppenprojekt geeignet, weil die Verfahrensdauer einschließlich der Wohlverhaltensperiode die Betroffenen für einen Zeitraum bis zu ca. neun Jahren an die Beratungsstelle bindet und die Betroffenen auf deren Unterstützung angewiesen sind (captured situation). Von daher besteht eine Reihe von Anreizen für die Teilnahme:

- Kurzfristige Hilfestellung in der Gruppe ohne lange Wartezeit
- Nach der Teilnahme Vorrang in der Einzelberatung
- Grundsätzliche Ermutigung von Betroffenen in der Erstberatung, falls zum Vorschein kommt, dass sie geeignet erscheinen, an dem Modellprojekt teilzunehmen
- Gruppenveranstaltungen sind ab Beginn des Verfahrens und in der Wohlverhaltensperiode denkbar.

Für die Teilnahme sollen gezielt Betroffene ausgewählt werden, die insbesondere Kommunikations- und Gruppenfähigkeit aufweisen. Entsprechende Informationen können aus den Erstgesprächen entnommen werden. Weitere Gruppenkriterien werden für das Projekt konkret entwickelt, denkbar sind Familien-, Einkommens- oder Verschuldungssituationen, gleiche Gläubiger. Aus den Vorinformationen über die Teilnehmer werden typische Fallkonstellationen eingegrenzt und daraus die Bildungsinhalte abgeleitet, um sicherzustellen, dass sich die Inhalte an den Bedürfnissen und der Situation der Betroffenen orientieren.

Der Austausch unter den Gruppenmitgliedern wird stets von einer Fachkraft moderiert, um sachlich falsche Informationen und unerwünschte Thematisierungen zu vermeiden. Infrastruktur und Wissen der Beratungseinrichtung bieten ein gutes Dach für verschiedene Gruppen, die immer mit Service begleitet werden, um die Inhalte fachlich steuern zu können.

Die Vermittlung von Wissen über das Verbraucherinsolvenzverfahren dient als Einstieg zur Vermittlung weiterführender Wissens Elemente der finanziellen Allgemeinbildung. Das hat zur Folge, dass beispielsweise das Ausfüllen des umfangreichen Gerichtsantrages nicht im Mittelpunkt der Gruppenarbeit steht, sondern gegebenenfalls selbstständig erfolgen kann. Die Vermittlung umfangreicher finanzmathematischer Kenntnisse ist nicht Anliegen der finanziellen Allgemeinbildung. Vielmehr soll Verständnis für die Berechnungen von Finanzdienstleistungen erlangt werden, das instinktiv ein Gespür für risikoreiche Transaktionen erzeugt.

Die konkreten Inhalte werden im Pilotprojekt herausgearbeitet. Typische Ansatzpunkte wären Umschuldungen, Kettenkredite, Kredite mit überteuerten Zusatzversicherungen, Situationen des kostspieligen Sparens auf Kredit oder die unvermittelte Parallelität von niedrigverzinslichen Anlagen mit hochverzinslichen Krediten, Fehlentscheidungen bei Liquiditätsengpässen, fehlende Aktivität in Situationen, die schnelles Handeln erfordern. Sie können mit nützlichen Informationen über rechtliche Möglichkeiten wie die Inanspruchnahme der Insolvenzordnung oder über das Verhalten in Verhandlungen verknüpft werden.

5. Evaluation

Das IFF wird ein Curriculum als Grundlage des Projektes entwickeln. Zudem wird eine Evaluation des Projektes stattfinden. Sie soll zum einen in Form einer Kontrollgruppe erfolgen, die nach dem bisherigen Verfahren beraten und zum Abschluss des Projektes vergleichend evaluiert wird. Mit den Teilnehmern der Modell- und Kontrollgruppen sind Interviews geplant. Die Berater in den Schuldnerberatungen sollen – dem Ansatz der Aktionsforschung folgend – den Kursverlauf nach bestimmten Kriterien beobachten und bewerten. Die Methodik wird im Verlauf des Modellprojektes präzisiert.

II. Praxisorientierte finanzielle Allgemeinbildung an Schulen

1. Projektansatz

Jugendliche und junge Erwachsene machen bereits während der Schulzeit erste Erfahrungen im Umgang mit dem Finanzdienstleistungssystem. Sie müssen sich schnell finanzielle Handlungskompetenzen - in Form von Sach-, Methoden-, Sozial- und Personalkompetenz - aneignen, um eigenverantwortlich handeln und einen bedürfnisgerechten Nachfragedruck ausüben zu können.

Die Schule erreicht die am weitesten gefasste Zielgruppe (Schülerinnen und Schüler). Finanzielle Allgemeinbildung kann ihrem Anspruch, in der heutigen Gesellschaft ein unabdingbarer Bestandteil von Allgemeinbildung zu sein, hier am nächsten kommen. Daher sind Schulen für ein Modellprojekt von hervorragender Bedeutung.

Trotz der hohen Relevanz finanzieller Bildung, weisen die bestehenden Bildungsangebote im Bereich der finanziellen Allgemeinbildung sowohl quantitative als auch qualitative Defizite auf. In quantitativer Hinsicht wird die finanzielle Allgemeinbildung in der ohnehin knapp bemessenen ökonomischen Bildung vernachlässigt. In qualitativer Hinsicht dominieren bestimmte Spar- und Verzichtsvorstellungen, die angesichts der tatsächlichen Erfordernisse des Umgangs mit Finanzdienstleistungen in der Praxis häufig den konkreten Problembewältigungsbezug vermissen lassen und stark mittelschichtspezifisch idealisierenden Charakter tragen. Das vermittelte Wissen ist relativ weit entfernt von praktischen Anwendungsfeldern und den alltäglichen Erfahrungen ihrer Schüler.

Ökonomische und finanzbezogene Inhalte konkurrieren innerhalb der bestehenden Fächer insbesondere mit Themen wie Berufsorientierung, Technik, Politik und Gesellschaft sowie Recht. Lehrinhalte mit Bezug zur finanziellen Bildung können aufgrund der vorgesehenen Stundendeputate überwiegend als verschwindend gering bezeichnet werden. Sie sind auch in den wenigsten Fällen obligatorisch, ihre Behandlung erfolgt häufig völlig unzusammenhängend und fragmentarisch und beruht vorwiegend auf Eigeninitiative bzw. Interesse der verantwortlichen Lehrer und Lehrerinnen. Dabei müssen die Lehrkräfte häufig auf veraltete und sogar fehlerbehaftete Schulbücher zurückgreifen.

Der geringe Zeitrahmen, der in den Lehrplänen für die jeweiligen Unterthemen zur finanziellen Bildung vorgesehen ist, die mangelnde Verbindlichkeit ihrer Behandlung und die Bruchstückhaftigkeit ihres Auftauchens, stellt keine Basis für eine umfassende,

in ihren Bestandteilen zusammenhängende und aufeinander aufbauende finanzielle Allgemeinbildung dar.

2. Projektziel

Im Zuge des Modellprojekts soll in Zusammenarbeit mit Hamburger Lehrerinnen und Lehrern und dem Institut für Lehrerfortbildung sowie dem neugegründeten „Zentrum Schule & Wirtschaft“ (ZSW) ein eigenständiges Curriculum mit einzelnen Unterrichtseinheiten zur finanziellen Allgemeinbildung entwickelt und im Schulalltag erprobt werden. Darüber hinaus ist angedacht, einen Schwerpunkt finanzielle Allgemeinbildung für eine Schulprojekt-Woche zu konzipieren. Die Erfahrungen aus dem Schul-Pilotprojekt sollen in einem übertragbaren Lehrkonzept mit Lern- und Arbeitsmaterialien zusammengefasst und so weit möglich von anderen Schulen übernommen werden.

3. Methodik

Das Pilotprojekt bedient sich des Methodenkonzepts des handlungsorientierten Lernens. Problemorientierung kann als Merkmal handlungsorientierten Lernens bezeichnet werden und sollte eine Grundlage finanzieller Bildung darstellen. Es geht dabei darum, nicht abstrakt theoretisch, sondern konkret am Beispiel und mit emotionaler Beteiligung Kompetenz zu vermitteln.

Grundsätzlich heißt dies für den Bereich der finanziellen Bildung: Bildungsangebote sollen nicht die gesamte Fülle theoretisch vorstellbaren Stoffes abdecken; sie sollen vielmehr auf konkrete Zielgruppen zugeschnitten sein und mehr Übungs- als Lerncharakter aufweisen. Entweder orientieren sie sich an tatsächlichen Problembereichen, oder es müssen solche Problembereiche simuliert werden, wenn sie noch nicht eingetreten sind. Dies ist vor allem im Schulunterricht relevant, da Kinder viele Finanzdienstleistungen noch nicht in Anspruch nehmen können oder dürfen und somit seltener auf eigene Erfahrungen zurückgreifen können. Mögliche anzuwendende Methoden sind: Zukunftswerkstatt, Fallstudie, Rollenspiel, Planspiel, Erkundung, Expertengespräch, Szenariomethode, Projekt.

4. Form und Inhalte

Die Gestaltung des Unterrichts obliegt allein den Lehrerinnen und Lehrern. Strikt vorgegebene und durchstrukturierte Unterrichtseinheiten finden in den Schulen wenig Anklang. So sind diese wenig spezifisch. Das soziokulturelle Umfeld der Schüler, ihre Erfahrungen und der bei der finanziellen Allgemeinbildung gewünschte Praxisbezug kann kaum berücksichtigt werden. Im Mittelpunkt des Modellprojektes steht daher zum einen, alltagstaugliche Anknüpfungspunkte für Elemente der finanziellen Allgemeinbildung in den Unterricht zu finden und zu implementieren. Zum anderen soll finanzielle Allgemeinbildung in Form von Projekten vermittelt werden.

5. Reform innerhalb der Fächer

Finanzielle Allgemeinbildung soll in den bestehenden Fächerkanon integriert werden. In fachspezifischen Arbeitsgruppen sollen Lehrinhalte und Schulbücher überprüft und

auf ihren Realitätsbezug kritisch hinterfragt werden. Der bisherige Stoff soll mit neuen Beispielen versehen werden. Häufig auftauchende praktische Probleme dürfen vereinfacht, aber nicht verfälscht auftauchen. Eine Zusammenarbeit mit Verbraucherzentralen und Schuldnerberatungsstellen ist hierbei angedacht.

Ferner sollen Möglichkeiten gesucht werden, Unterrichtseinheiten durch Elemente finanzieller Bildung praxisnah zu bereichern. Beispielweise könnte im Informatik/EDV-Unterricht ein Excel-Spreadsheet zur Zinsberechnung erstellt und genutzt werden. Ebenso denkbar ist die Analyse einer solchen Tabelle oder (je nach Jahrgangsstufe) die Erstellung einer einfachen Einnahmen/Ausgaben- bzw. Überschussberechnung (elektronisches Haushaltsbuch). Dadurch dass die Werkzeuge von den Schülern selbst entwickelt werden, entsteht ein Anreiz, sie für ihre eigenen Finanzen einzusetzen.

Finanzielle Allgemeinbildung darf sich nicht auf mathematisch-naturwissenschaftliche Fächer beschränken. Gesellschaftskunde beziehungsweise die entsprechend vergleichbaren Fächer sollten praxisnah die Begriffe Bedürfnis, Bedarf, Nachfrage, Angebot u.ä. thematisieren. Hilfreich um Grundstrukturen zu verstehen, sind auch historische Bezüge etwa zur Frage, wie sich Finanzdienstleistungen entwickelt haben (Kneipensparen, Sparvereine, Genossenschaften im 19. Jahrhundert).

Sogar der Deutschunterricht könnte finanziell bildend wirken, wenn gezielt Literaturklassiker unter diesem Aspekt ausgewählt würden (z.B. Romane wie Dostojewski „Brüder Karamasow“).

a. Praxissimulation in Projektwochen

In Zusammenarbeit mit ausgewählten Schulen, sollen Projektwochen in problemorientiert arbeitenden Institutionen (Schuldnerberatung, Verbraucherberatung) sowie Banken durchgeführt werden.

b. Planspiel Entschuldung

Planspiele, auch in Wettbewerbsform, sind ein Erfolg versprechendes und verbreitetes methodisches Mittel auch in Schulen. Bislang jedoch beziehen sie sich vor allem auf die Vermögensseite und schulen damit nicht umfassend den Umgang mit Geld (v.a. Börsenspiele). Es wäre ein innovativer Weg, auch schwierige finanzielle Situationen in Wettbewerbsform spielerisch aufzubereiten. So könnten nach Art der Börsenspiele von den Schülern ebenso gut Entschuldungskonzepte auszuarbeiten sein. Dies würde deren Problemfähigkeit und Handlungskompetenz weit umfassender ausbilden.

c. Bank in der Schule

In New York ist das IFF im Rahmen des Grundlagenprojekts auf das Modell einer Schülerbank gestoßen, wie sie in Deutschland so bislang nicht existiert. Dort verwalten die Schülerinnen und Schüler ihre Klassenkasse in Form einer eigenen kleinen Bank (einschließlich der Kreditvergabe), was gute Lerneffekte in den Klassen hervor ruft. Das Projekt läuft unter der Patenschaft einer Bank, die auch die entsprechenden Konten simuliert. Die Schülerbank soll im Rahmen des Modellprojekts z.B. in Zusammenarbeit mit der Hamburger Sparkasse ins Leben gerufen werden.

III. Gruppenberatungen in einer Stadtteilfiliale

Banken erfüllen eine zentrale Rolle beim Zugang zu Finanzdienstleistungen. Dies gilt auch hinsichtlich der Vermittlung der notwendigen finanziellen Grundkenntnisse im Rahmen von Beratungsgesprächen. Das Modellprojekt Gruppenberatungen in Banken trägt dieser besonderen Stellung Rechnung.

1. Projektansatz

Die bedarfsgerechte Ausgestaltung von Finanzprodukten und Beratungsangeboten durch Banken und Sparkassen sind wesentliche Voraussetzungen für einen Zugang zu Finanzdienstleistungen. Banken kommt entsprechend eine entscheidende Bedeutung in diesem Bereich zu. Sie sind für den Bürger notwendiger Partner, um Finanzdienstleistungen zu nutzen, und verfügen darüber hinaus über ein besonderes Wissen.

Die Entwicklung der Finanzdienstleistungsbranche geht jedoch aus Kosten- und Wettbewerbsgründen in den letzten Jahren in eine andere Richtung. Banken ziehen sich im Massenkundengeschäft, zu dem die von Armut Bedrohten gehören, aus der persönlichen Beratung zurück. Sie konzentrieren ihre Beratungstätigkeit auf solche Kundengruppen, die als profitabel erachtet werden. Die Profitabilität von Kundengruppen wird dabei anhand der Höhe des Einkommens und des Vermögens bemessen. Während so vermögende Bürger weiter das notwendige Know-how erhalten, um ihr Vermögen möglichst rasch zu erhöhen, werden die nicht-vermögenden Bürger auf allgemeine Informationen und standardisierte Produkte verwiesen, die ihnen nicht das Wissen geben, mit begrenzteren finanziellen Mitteln ihren ökonomischen Alltag zu bestreiten und in möglichst effizienter Form Finanzdienstleistungen zu nutzen und deren Nachteile zu meiden.

Einen besonderen Ausdruck findet diese Entwicklung in der Reduzierung und Schließung von Bankfilialen, die häufig Regionen und Stadtteile mit einem hohen Anteil ökonomisch Benachteiligter betrifft. Hier werden Filialen entweder auf reine Servicedienstleistungen reduziert oder gänzlich geschlossen. Allein im Jahr 2000 nahm die Zahl der Bankfilialen um 256 ab, dies entspricht einem Rückgang von acht Prozent.

2. Projektziel

Ziel des Modellprojektes ist es, die zentrale Position von Banken und ihr besonderes Know How in das Konzept finanzieller Allgemeinbildung einzubeziehen und zu nutzen. Insbesondere soll erreicht werden, dass der Aufbau finanzieller Allgemeinbildung, wie sie in den anderen Modellprojekten unternommen werden, zu einem tatsächlichen Mehrnutzen für die Bürger führt

Nutznieser des im folgenden beschriebenen Modellprojektes „Gruppenberatungen in Bankfilialen“ sollen insbesondere solche Kundengruppen sein, denen Banken die Beratungsleistungen zunehmend entziehen. Praxisfähig kann die Gruppenberatung allerdings nur sein, wenn sie der Kostenorientierung von Finanzdienstleistern Rechnung trägt. Gruppenberatungen sollen so einerseits dem Trend des Beratungsrückzugs im Interesse der Verbraucher entgegenwirken. Gleichzeitig soll sie aber den Banken auch ein Instrument bieten, um in einer Situation verschärften Wettbewerbs kostengünstig Beratungen anzubieten und die Betreuungskosten derjenigen Kundensegmente zu senken, deren Be-

ratung bisher als ertragsschwach eingestuft wird. Weiter bieten Gruppenberatungen Banken die Möglichkeit Kunden früh anzusprechen, verstärkt an ihr Institut zu binden und darüber hinaus Kundenbedürfnisse direkt zu erheben. Letzteres kann wiederum einen Beitrag zur bedarfsgerechten Ausgestaltung von Produkt- und Beratungsangeboten an ökonomisch benachteiligte Kunden leisten.

3. Methodik

Im Rahmen des Modellprojektes werden mehrere Gruppenberatungen zu einem speziellen Themenbereich durchgeführt, hinsichtlich ihrer Eignung als Form finanzieller Allgemeinbildung überprüft und weiterentwickelt. Ergebnis des Teilprojekts ist ein praktisch erprobter Leitfaden für Gruppenberatungen in Banken, die die finanzielle Allgemeinbildung ökonomisch benachteiligter Bevölkerungsgruppen fördern.

Gruppenberatungen weisen auch im Rahmen von Bankberatungen besondere Vorteile auf. Zum einen haben sie für den Verbraucher eine niedrigere Hemmschwelle. Außerdem werden Beratungsinhalte in Gruppen auf ihre bedarfsgerechte Ausgestaltung eher hinterfragt und diskutiert. Bei homogeneren Gruppen entsteht Verhaltenssicherheit. Zum anderen haben Gruppenberatungen auch einen disziplinierenden Charakter. Bankberater bereiten sich gezielter auf die Gespräche vor und sind in der Gruppe vermehrt um eine bedarfsorientierte Information der Verbraucher bemüht. Gruppenberatungen von Banken bieten schließlich die wichtige Möglichkeit, in der lokalen Umgebung bestehende Interessen zusammenzuführen und in diesem Sinne eine Form von Marktplatz für die Realisierung gemeinsamer Interessen zu bieten.

Als Gegenstand der Gruppenberatung wird der Finanzdienstleistungsbereich private Altersvorsorge ausgewählt. Dieser Bereich eignet sich in besonderer Weise für das Pilotprojekt. Die seit kurzem geforderte eigenverantwortliche private Rentenvorsorge ist äußerst komplex geregelt, dabei aber von elementarer Wichtigkeit um den Lebensstandard im Alter zu sichern. Dies gilt in besonderer Weise für einkommensschwache Bevölkerungsteile. Bei der Gestaltung der privaten Vorsorge gilt es eine Vielzahl individueller Aspekte zu berücksichtigen und diverse Modelle - angefangen von der Betriebsrente über die klassische Lebensversicherung bis zum Fondsparen - gegeneinander abzuwägen. Aufgrund dieser Komplexität beinhaltet die private Altersvorsorge die Gefahr, dass sich viele Bürgerinnen und Bürger überfordert fühlen und sich der Thematik verschließen. Zumal die Langfristigkeit der Rente dazu verleitet, das Thema vor sich herzuschieben und zu verdrängen. Damit wird der Aufbau der privaten Vorsorge von Jahr zu Jahr erschwert, und so wiederum die Verdrängung des Themas gefördert.

Die Durchführung der Gruppenberatungen erfolgt in den Räumen zweier lokaler Bankfilialen, die das IFF derzeit konzeptioniert und die die Vereins- und Westbank AG ein Jahr lang als Pilot an mindestens zwei Standorten erproben wird. Die lokale Bankfiliale weist in zweierlei Hinsicht Überschneidungen mit den Zielsetzung der finanziellen Allgemeinbildung auf. Zum einen werden die Filialen in Stadtteilen/ Gemeinden erprobt, die die Vereins- und Westbank AG bisher als ertragsschwach eingeordnet hat und einen hohen Anteil ökonomisch benachteiligter Bevölkerungsgruppen ausweisen. Zum anderen besteht das Besondere an der lokalen Bankfiliale in ihrer Ausrichtung auf die unmittelbare Umgebung, etwa den Stadtteil. Örtliche Akteure, wie Vereine, Initiativen oder soziale Projekte sollen etwa bei der Mobilisierung der Zielgruppe gezielt einbezogen werden. Ferner müssen die Inhalte der Beratungen den örtlich bestehenden Be-

dürfnissen gerecht werden und sich speziell an verschiedene Zielgruppen wie beispielsweise klein- und mittelständische Unternehmer, Arbeiter oder Arbeitslose sowie Erwerbspersonen in finanziellen Krisensituationen wenden.

4. Form und Inhalt

In dem Pilotprojekt werden 8 Gruppenberatungen durchgeführt und hinsichtlich ihrer Ausgestaltung, ihres Nutzens für den Verbraucher und die Wirkungen für die Bank evaluiert. Die Gruppenberatungen verteilen sich zu gleichen Teilen auf zwei Pilotfilialen und werden voraussichtlich in zwei Zeitblöcken angeboten.

Die Gruppenberatungen bilden den ersten Beratungsschritt. Sie werden gemeinsam mit den Mitarbeitern der lokalen Bankfiliale organisiert und von diesen durchgeführt. Experten aus der Vereins- und Westbank können hinzugezogen werden. Die Gruppenberatung findet grundsätzlich in den Räumen der Filiale statt, kann aber gegebenenfalls auch bei lokalen Vereinen, Initiativen und anderen Institutionen durchgeführt werden.

Ziel der Gruppenberatung ist es, einen Überblick über das Thema private Altersvorsorge, deren Risiken und Potenziale zu geben. Zu den wichtigsten Themenbereichen gehören:

- Deckung verschiedener Risiken: Welche Risiken sind über die staatlichen Pflichtversicherungen (Krankenversicherung, Pflegeversicherung, Rentenversicherung, u.a. Berufsunfähigkeit) abgedeckt, welche sollen privat abgesichert werden.
- Unterschied zwischen Vermögensbildung und Altersvorsorge.
- Staatliche Fördermöglichkeiten nach dem Altersvermögensgesetz.
- Förderung der betrieblichen Altersvorsorge.
- Finanzielle Entlastungen im Alter durch selbst genutzte Immobilien.

Zu der Gruppenberatung werden auch Medien entwickelt, die eine kompetente nachhaltige Bildung ermöglichen und die Konkretisierung auf die individuellen Bedürfnisse der Ratsuchenden erlauben.

Im Rahmen des Projektes wird dabei gezielt das Mittel des Video-Conferencing angewandt, wodurch das nur in der Zentrale und in größeren Filialen verfügbare Spezialwissen auch in der lokalen Minifilialen im akuten Bedarfsfall erreichbar wird. Im Zusammenspiel mit anderen Bildungsträgern und Beratern, die über einen Internetauftritt das notwendige Material erhalten und Berechnungen durchführen können wie insbesondere Schuldnerberater, Sozialarbeiter aber auch Steuerberater und Rechtsanwälte wird versucht werden, diese Form der Gruppenberatungen zu einem Bildungserlebnis zu machen, das Breitenwirkung in dem Einzugsgebiet der Filiale hat. Es soll damit auch Banken gezeigt werden, dass die Teilnahme an allgemeinen Bildungsanstrengungen sich auch für Image, Marketing und Kundenbindung einer Bank auszahlen kann, auch wenn der unmittelbare Ertrag gering bleibt.

5. Evaluation

Die Gruppenberatungen werden jeweils im Anschluss mittels qualitativer Interviews evaluiert. Im Zentrum stehen dabei der Erfolg und die Akzeptanz von Gruppenberatungen durch Banken. Diese werden mit den Ergebnissen traditioneller Einzelbera-

tungen im Bereich der privaten Altersvorsorge verglichen. Methodik und Fragebögen werden zu Beginn des Pilotprojektes entwickelt.

IV. Finanzielle Allgemeinbildung im Nachmittagsprogramm des Fernsehens

Das Medium Fernsehen hat die größte Reichweite bei allen Informationsträgern. Es reicht insbesondere auch in Haushalte hinein, die in prekärer finanzieller Lage oder davon bedroht sind. Das IFF ist seit rund 1 ½ Jahren an der Sendung "das am Nachmittag" jeweils donnerstags zwischen 16.45 Uhr und 17.00 Uhr an einem Ratgeber rund um das Thema Finanzen beteiligt. Ein Experte des Instituts erklärt im Gespräch mit dem Moderator Hintergründe und Zusammenhänge eines Themas, das zuvor in einem Filmbeitrag dargestellt wurde. Das jeweilige Thema der Woche wählt das IFF gemeinsam mit der Redaktion aus. Zu Verfügung stehen Filmbeiträge aller ARD-Anstalten, die in Wirtschafts-, Verbraucher- und Ratgebersendungen der verschiedenen Anstalten ausgestrahlt wurden. Das IFF kann diesen Beitrag vorher sehen, sich dazu eine Meinung bilden bzw. die Aussagen darin überprüfen. Vor der Sendung wird in der Regel in einem Gespräch geklärt, welche Fragen die Moderatorin stellt und in welche Richtung die Information geht.

Die tägliche, zweistündige Sendung hat einen für den Nachmittag hohen Marktanteil. Sie ist als Servicesendung konzipiert und bietet verbraucherfreundliche Informationen aus verschiedensten Bereichen, angefangen von Tourismus, Ernährung, Hobby & Garten bis hin zu Themen wie Gesundheit, Politik und eben Finanzdienstleistungen. Das Programm basiert überwiegend auf Beiträgen, die aus anderen Sendungen verschiedener ARD-Anstalten übernommen wurden. Produktionsmittel zur Realisierung eigener Filmbeiträge stehen für diese Programm nicht zu Verfügung. In begrenztem Umfang könnten aber Mittel für ergänzende Elemente wie Grafiken oder Schaubilder in Anspruch genommen werden.

1. Projektansatz

Das IFF kann auf Grund der Programmhoheit der Sender und ihrer speziellen Struktur keinen direkten Einfluss auf die Programmgestaltung nehmen. Allerdings hat das IFF durch seine Mitwirkung an dem Programm sowie der damit eingeräumten Möglichkeit, bestimmte Filme als nicht einschlägig zurückzuweisen, eine gewisse Mitsprache in der Vergangenheit erhalten. Das Fachwissen des IFF wurde im Laufe der bisherigen Zusammenarbeit von der Redaktion zunehmend höher bewertet. Die Moderatorin oder einzelne Mitarbeiter des recht „bunten“ Nachmittagsprogramms sind kaum in Lage, Probleme und Themen aus dem Bereich Finanzdienstleistungen zu bewerten. Insofern ist der Einfluss des IFF in diesem Bereich vergleichsweise groß und kann weiter ausgebaut werden. Dies soll vorwiegend durch ein intensiveres Engagement des IFF bei Vorbereitung der Sendung erfolgen. Diese Mitgestaltung soll innerhalb des Gesamtprojekt-rahmens wissenschaftlich fundiert, koordiniert und durch Bildung von Sequenzen nachhaltiger gestaltet und im Interesse präventiver finanzieller Allgemeinbildung effektiviert werden.

2. Projektziel

Ziel des Projektes ist es, das Fernsehen als Einstiegsmedium in finanzielle Allgemeinbildung zu nutzen. Dabei soll das durch die Dauer der Mitarbeit an der Sendung entwickelte Vertrauen zur Vermittlung von Kompetenz und Wissen genutzt werden, um die für nachhaltige Bildung wichtigen persönlicheren Kommunikationswege wie Unterricht, Beratung, schriftliche und Internetmaterialien gezielter dort nachfragen zu lassen, wo ein objektives Bedürfnis besteht.

3. Methodik

In diesem Rahmen möchte das IFF verstärkt dem mit knappen personellen Ressourcen ausgestatteten Sender bei dieser Sendung Beratung anbieten. Im einzelnen geht es darum, die Planung des Sendeplatzes langfristiger und konzeptionell abgerundet zu gestalten. Einzelne Themen sollen weniger generalisierend als vielmehr punktuell in die Tiefe gehend erörtert werden. Bisher werden die Themen samt Filmbeitrag eine Woche im voraus und recht willkürlich geplant.

Durch ein stärkeres Engagement des IFF soll erreicht werden, dass Sequenzen gebildet werden, die in mehreren Sendungen komplexe Themen wie Altersvorsorge, Baufinanzierung, Verschuldung in Einzelaspekten abhandeln. Das IFF hat mit diesem Ansatz schon einmal Erfolg gehabt: Eine dreiteilige Reihe zum Thema Altersvorsorge in der ZDF-Sendung WiSo im Herbst 2000 wurde wegen der guten Zuschauerannahme sogar fortgesetzt.

Da die Sendung von einem Internet und Videotext-Angebot begleitet wird, können hier die Informationen parallel beziehungsweise ergänzend angeboten werden. Ferner könnte ein Faxabruf eingerichtet werden. Dieses zusätzliche Serviceangebot ist kostenneutral realisierbar.

Des weiteren sollen Kerninformationen in der Sendung mittels Grafiken und Schaubildern besser transportiert werden. Aktuelle Daten und Referenz-Angaben kann das IFF kompetent auswählen und aus der institutseigenen Dokumentation beschaffen. Wesentliche Inhalte können so eingänglich und pointiert vermittelt werden.

Bei der Auswahl der Themen, wird der NDR vorwiegend das Ziel verfolgen, möglichst viele Zuschauer an sein Programm zu binden und einen möglichst hohen Marktanteil zu erzielen. Hier muss man realistischer Weise einen Interessenkonflikt erkennen, wenn es dem IFF darum geht, Lerneffekte und Armutsprävention durch Elemente finanzieller Bildung in den Vordergrund zu rücken. Gleichwohl kann und muss hier ein Konsens gefunden werden. Zum kann sich der NDR als öffentlich-rechtliche Anstalt solchen Inhalten nicht verschließen. Zum anderen muss es dem Institut gelingen, das abstrakte und die Allgemeinheit wenig ansprechende Thema Finanzdienstleistungen so zu vermitteln, dass ein Zuschauerinteresse geweckt wird. Dies ist möglich, indem erstens der Service-Charakter hervorgehoben wird und zweitens indem aufmerksamkeitsregende und sachliche Aspekte miteinander verknüpft werden indem beispielsweise ein Bericht über die steigende Anzahl der Zwangsversteigerungen von Eigenheimen mit Aspekten der Baufinanzierung (Ursachen gescheiterter Baufinanzierung; nutzen staatlicher Fördermittel; Funktionsweisen von Hypothekendarlehen und anderer Baufinanzierungsformen, etc.) kombiniert wird.

Die Sendungsteile sollen auf Video-Kassetten vervielfältigt werden. Sie können dann als Unterrichtsmaterial in dem Schulprojekt sowie dem Projekt in der Schuldnerberatung eingesetzt werden.

4. Form und Inhalt

Der Inhalt wird sich im wesentlichen sich aus den allgemeinen als prekär eingestuften Situationen in Bezug auf die dazu passenden Finanzdienstleistungen ergeben, soweit entsprechende Filme verfügbar sind. Das Projekt soll sich inhaltlich und formal in die Sendung einfügen. Ihr Verlauf darf gestört sondern soll befördert werden, damit die Chance geschaffen wird, dass in der Vielzahl anderer Servicesendungen auf solches Material und entsprechende Beratung ebenfalls zurückgegriffen wird.

5. Evaluation

Der Zuschaueranteil jeder Fernsehsendung wird in zwei Minuten-Schritten stetig registriert. Diese Daten werden auch Aufschluss darüber geben, ob etwa eine Sequenz oder eine bestimmte Themenwahl abschreckend wirkt. Darüber hinaus sind Zuschauerbefragungen möglich, wenn die Sendungen der Schuldnerberatung oder in der Schule gezeigt werden. Durch solche Nachbefragung sollen Unterschiede im Merken, Bemerken und Verstehen exemplarisch getestet werden. Hier ist eine enge Zusammenarbeit mit den anderen Projektteilen wichtig.

G. Literaturverzeichnis

- Achtenhagen, F., Das kaufmännische Schulwesen zwischen Tradition und Fortschritt, in: *Wirtschaft und Erziehung*, 50. Jg., 1998 (Heft 7-8), S. 230ff.
- AgV/DRK (Hrsg.), *Schuldenreport 1999*, Nomos: Baden-Baden (Verfasser IFF)
- Albers, H.-J., Handlungsorientierung und ökonomische Bildung, in: *Bundesfachgruppe für ökonomische Bildung/Albers, H.-J. (Hg.), Handlungsorientierung und ökonomische Bildung. Wirtschafts- und Berufspädagogische Schriften, Band 15*, Bergisch-Gladbach 1995, S. 7ff., 713ff.
- Bates, T./Servon, L., Why Loans Won't Save the Poor, Inc. Magazine, April 27, 1996
- BDA, DGB, Deutscher Elternverein, Verband Deutscher Realschullehrer, Deutsche Gesellschaft für ökonomische Bildung, *Wirtschaft – notwendig für schulische Allgemeinbildung. Gemeinsame Initiative von Eltern, Lehrern, Wissenschaft, Arbeitgebern und Gewerkschaften*, Berlin 2000
- Beck, K., *Dimensionen der ökonomischen Bildung. Meßinstrumente und Befunde*, Nürnberg 1993
- Bertelsmann Stiftung/ Heinz Nixdorf Stiftung/ Ludwig-Erhard-Stiftung (Hrsg.), *Wirtschaft in der Schule. Eine umfassende Analyse der Lehrpläne für Gymnasien, Gütersloh 1999*
- BKG (Hrsg.), *Irreführende Verbraucherberatung im Ratenkreditgeschäft - Eine Dokumentation*, Neue Schriftenreihe Nr. 5, Bonn 1985
- Blankenburg, E., Reifner, U., *Rechtsberatung - Rechtsprobleme durch soziale Definition*, Luchterhand: Darmstadt/Neuwied 1981
- Boeckmann, K., Der Mythos vom Wissenskanon. Warum betreiben die Schulen in Zeiten des Internet weiter ungerührt Wissensvermittlung?, in: *Süddeutsche Zeitung* v. 13.07.2000.
- Boetz, I./ Hartmann, T., Kompetenzentwicklung statt Weiterbildung? Mehr als nur neue Begriffe, in: *DIE Zeitschrift für Erwachsenenbildung*, IV/1997: <http://www.die-frankfurt.de/zeitschrift/497/index.htm>
- Brauer-Schröder, M./ Sellin, H. (Hg.), *Technik, Ökonomie und Haushalt im Unterricht. Arbeitsorientierte Allgemeinbildung in Europa. Erste Bestandsaufnahme und Perspektiven*, Baltmannsweiler: 1996
- Burow, O.A.: Lernen für die Zukunft. Eine Einführung, in: Burow, O.A./ Neumann-Schönwetter, M. (Hg.), *Zukunftswerkstatt in Schule und Unterricht*, Hamburg 1995, S. 14ff.
- Bundesregierung, *Lebenslagen in Deutschland – Der erste Armuts- und Reichtumsbericht*, Berlin April 2001
- Caplovitz, D. *Consumers in Trouble - A Study of Debtors in Default*, New York: The Free Press 1974
- Caplovitz, D. *The Poor Pay More - Consumer Practices of Low Income Families - The Cost of Paying Later, The Instalment Plan*, Free Press of Glencoe: New York 1963
- Citigroup Foundation, *Keeping Your Financial Balance*, 2000

- Dauenhauer, E., *Kategoriale Wirtschaftsdidaktik. Anregungen inhaltlicher Neugestaltung*, Bd. I, Münster 1997
- Dehnbostel, P., *Grundbildung zwischen Schule und Beruf. Zur Bildungstheorie von historischen, beruflichen und gymnasialen Grundbildungskonzepten*, Stuttgart 1988
- Deutsches Aktieninstitut, *Memorandum zur ökonomischen Bildung. Ein Ansatz zu Einführung eines Schulfaches Ökonomie an den allgemeinbildenden Schulen*, 2. Auflage, Frankfurt am Main 1999.
- Eberle, Gerhard/ Hillig, Axel (Hg.), *Meyers Kleines Lexikon der Pädagogik*, Mannheim usw. 1988, S. 79
- Ehlers, T. / Main, K., *Women and the false promise of micro-enterprise*, *Gender and Society*, 1999 (Heft 12), S. 424-440
- Eucken, Walter, *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, 6. Aufl., Mohr: Tübingen 1990
- Eucken, Walter, *Unser Zeitalter der Misserfolge*, (Hrsg. vom Walter-Eucken-Archiv) Münster : Lit, 2001
- Financial Services Education Coalition N.Y., *Helping People in Your community Understand Basic Financial Services*, 2000
- Friedrich, H. F., *Fertigkeiten und Umgebungen für selbstgesteuertes Lernen*, in: Nacke, B./ Dohmen, G. (Hg.), *Lebenslanges Lernen. Erfahrungen und Anregungen aus Wissenschaft und Praxis. Ergebnisse aus einer Fachtagung vom 13. bis 15. Dezember 1995 in Bensberg, Bonn 1996*, S. 42-58
- Funke, E., *Subjektsein in der Schule? Eine pädagogische Auseinandersetzung mit dem Lernbegriff*, Klaus Holzkamps, 1. Auflage, Klinkhardt: Bad Heilbrunn 2000
- Geise, Wolfgang, *Ökonomische Bildung zur Bewältigung von Lebenssituationen*, Verlag Thomas Hobein: Bergisch Gladbach 2001
- Gudjons, H., *Handlungsorientiertes Lehren und Lernen – Schüleraktivierung, Selbsttätigkeit, Projektarbeit*, Bad Heilbrunn/Obb 1992, S. 24
- Hemmer, Hans-Rimbert, *Armut und Bildung: ökonomische Anforderungen an die Entwicklungszusammenarbeit*, in: *WissensWert!?*, 2000, S. 79-87
- Heydorn, H. J., *Über den Widerspruch von Bildung und Herrschaft*, Frankfurt 1979, S. 117
- Heydorn, H. J., *Zu einer Neufassung des Bildungsbegriffs*, in: ders., *Ungleichheit für alle*, Frankfurt 1980, S. 100
- Holzkamp, K., *Lernen: subjektwissenschaftliche Grundlegung*, Studienausgabe, Campus-Verlag: Frankfurt am Main [u.a.] 1995
- Horney, W/ Ruppert, J. P./ Schulze, W., *Pädagogisches Lexikon in zwei Bänden*, Gütersloh 1970
- Howells, L.A., *The dimensions of microenterprise. A critical look at microenterprise as a tool to alleviate poverty*, *Journal of Affordable Housing and Community Development*, o.J., S. 161-182
- Huls/Reifner/Haane/Domont-Naert (Hrsg.), *Overindebtedness of Consumers in the EC Member States: Facts and Search for Solutions*, Brüssel 1994
- Humboldt, W. v., *Der Königsberger und der Litauische Schulplan*, in: ders., *Schriften zur Politik und zum Bildungswesen*, Bd. IV, Darmstadt 1964, S. 188.

- Institut Für Finanzdienstleistungen (IFF) (Hrsg.), *Access to Financial Services: Strategies towards equitable provision*, Hamburg: IFF 2000
- Jacob, K.; Hudson, Sh.; Bush, M., *Tools for Survival. An Analysis of Financial Literacy Programs For Lower-Income Families*, Dearborn/Chicago 2000, S. iii, 8
- Jurik, N./ Cowgill, J./Cavender, G., *Chasing Dollars: Legislation, Ideology, and Social Service Program Identity – Paper presented to the annual Law & Society meetings, Budapest 2001*, Arizona State University 2001 (unpublished)
- Jurik, N.C./Cowgill, J., *Women and Microenterprise: Empowerment or Hegemony?*, in: Institute for Women's Policy Research (Ed), *Women's Progress on the Past, Blueprint for the Future*, Washington D.C. 1998
- Kahsnitz, D., *Handlungsorientierter Unterricht – Lernen oder action?*, in: Bundesfachgruppe für ökonomische Bildung/Albers, H.-J. (Hg.): *Handlungsorientierung und ökonomische Bildung. Wirtschafts- und Berufspädagogische Schriften, Band 15*, Bergisch-Gladbach 1995, S. 57
- Kaiser, F.-J./ Kaminski, H., *Methodik des Ökonomie-Unterrichts. Grundlagen eines handlungsorientierten Lernkonzepts mit Beispielen*, Bad Heilbrunn 1994, S. 6f.
- Kaiser, F.-J/ Paetzold, G. (Hg.), *Wörterbuch Berufs- und Wirtschaftspädagogik*, Bad Heilbrunn 1999.
- Kaminski, H., *Ökonomische Bildung und Gymnasium. Ziele, Inhalte, Lernkonzepte des Ökonomieunterrichts. Initiative Wirtschaft und Gymnasium*, Berlin 1996
- Kaminski, H., *Die Bedeutung der ökonomischen Bildung in allgemein bildenden Schulen*, in: *Sparkasse 9/2000* (117. Jahrgang), S. 389
- Kaminski, H., *Soziale Marktwirtschaft stärken - Kerncurriculum ökonomische Bildung*, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin 2001
- Katona, G., *Die Macht der Verbraucher*, Econ: Düsseldorf 1962
- Kessler, D. (Hrsg.), *Cycle de Vie et Générations*, Economica: Paris 1985
- Klafki, W., *Neue Studien zur Bildungstheorie und Didaktik. Zeitgemäße Allgemeinbildung und kritisch-konstruktive Didaktik*, Weinheim und Basel 1996, S. 49ff.
- Klafki, W., *Zum Verhältnis von Didaktik und Methodik*, in: Klafki, W. / Otto, G. / Schulz, W. (Hg.): *Didaktik und Praxis*, 2. Auflage, Weinheim und Basel 1979, S. 17
- Kläsgen, M., *Schulfach Wirtschaft? Kinder wollen mehr über Ökonomie wissen. Aber das Bildungswesen macht es ihnen schwer*, in: *Die Zeit* v. 31.08.2000, S. 20
- Konz, F., *1000 ganz legale Steuertricks*, Knauer 2001
- Korczak, *Überschuldung in Deutschland zwischen 1988 und 1999*, Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, München/Weiler 2000
- Kraus, J., *Junge Menschen brauchen ökonomische Bildung. Eine Voraussetzung für die Teilhabe an der Gesellschaft*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 10.06.2000, S. 15
- Kreft, Dieter/ Mielenz, Ingrid (Hg.), *Wörterbuch Soziale Arbeit*, 3. Auflage, Weinheim und Basel 1988, S. 113
- Kruber, K.P. (Hg.), *Konzeptionelle Ansätze ökonomischer Bildung*, Bergisch-Gladbach 1997, S. VII

- Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Vorläufige Rahmenrichtlinien Wirtschaftslehre Gymnasium. Wahlpflichtkurs Schuljahrgänge 9-10. Grundkurs Schuljahrgänge 11-13, Magdeburg 2000, S. 15ff.
- May, H. (Hg.), Handbuch zur ökonomischen Bildung, 3. Auflage, München 1997
- May, Hermann, Handbuch zur ökonomischen Bildung, 5. Auflage, Oldenbourg: München [u.a.] 2001
- Metzger, C./Seitz, H. (Hrsg.), Wirtschaftliche Bildung. Träger, Inhalte, Prozesse. Rolf Dubs zum 60. Geburtstag, Zürich 1995
- Mittra, S. /Rattner, J., Practicing Financial Planning - A Complete Guide for Professionals, Mittra & Associates, Rochester Hills 1998
- Nacke, B./ Dohmen, G. (Hg.), Lebenslanges Lernen. Erfahrungen und Anregungen aus Wissenschaft und Praxis. Ergebnisse aus einer Fachtagung vom 13. bis 15. Dezember 1995 in Bensberg, Bonn 1996, S. 9-11
- National Community Reinvestment Coalition, Financial Literacy Campaign, Washington o.J.
- o.V., Anleger entdecken Hedge-Fonds wieder, in: Süddeutsche Zeitung v. 26. 9.2001, S. 33
- o.V., Bildungsstudie. Schlichtes Denken führt oft zum Erfolg, in: Hamburger Abendblatt v. 22. März 2000
- o.V., Rüdiger von Rosen: Die Förderung der ökonomischen Bildung ist angewandte Sozialpolitik. Das Deutsche Aktieninstitut präsentiert einen Drei-Punkte-Plan für die Einführung des Fachs Wirtschaft an den Schulen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 09.09.2000.
- o.V., Wirtschaft soll neues Schulfach werden, in: Die Welt v. 22.08.2000, S. 5
- Packard, V., Die geheimen Verführer: Der Griff nach dem Unbewussten in jedermann, Ullstein: Frankfurt am Main 1987
- Pfau, J., Pfandbriefmarkt und Mortgage Backed Securities zur Förderung des Wohneigentums bei Schwellenhaushalten, Diss. 2001 Hamburger Universität für Wirtschaft (erscheint in Schriftenreihe des Instituts für Finanzdienstleistungen 2002)
- Popitz, H. Das Gesellschaftsbild des Arbeiters : soziologische Untersuchungen in der Hüttenindustrie- 5., unveränd. Aufl. - Tübingen : Mohr, 1977
- Quandagno, J., Creating a capital investment welfare state: The new American exceptionalism. American Sociological Review, 1999 (Heft 64), S. 1-11
- Räther, Harmut, Ökonomische Bildung in der gymnasialen Oberstufe : das Fachgymnasium - wirtschaftlicher Zweig, Diss., Kiel 2000
- Reetz, L., Wirtschaftsdidaktik. Eine Einführung in Theorie und Praxis wirtschaftsberuflicher Curriculumentwicklung und Unterrichtsgestaltung, Bad Heilbrunn 1984
- Rehker, S., Kindern kaufen wie im Rausch, in: Hamburger Abendblatt v. 26. Februar 2000, S. 20
- Reifner, U./ Gorges, I./ Schmidtman, A., Verbraucherprobleme und ihre Lösungsmöglichkeiten - Verbraucherspezifische Auswertung einer Repräsentativerhebung

- über Rechtshilfebedürfnisse sozial Schwacher, Wissenschaftszentrum Berlin, IIM-dp 79-110, Berlin 1979
- Reifner, U., Handbuch des Kreditrechts, 1991
- Reifner, U., Micro-Lending – A Case for Regulation in Europe, *Social Finance* vol. 5 Nomos-Verlag: Baden-Baden 2002
- Reifner, U., Banken und Verbraucherpolitik - Perspektiven einer schwierigen Partnerschaft, *Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen*, Heft 7, 1995, S. 314ff.
- Reifner, U., Community Banking und Regionalprinzip – Ein deutsch-amerikanischer Vergleich, in: Bundesverband deutscher Stiftungen e.V. (Hrsg.), *Sparkassenstiftungen*, Bd. 5, Berlin 2001, S. 45-52
- Reifner, U., Das Recht auf ein Girokonto, *Zeitschrift für Bankrecht*, 1995, S. 243-260
- Reifner, U., Gewerkschaftlicher Rechtsgebrauch - Die Geschichte des gewerkschaftlichen Rechtsschutzes und der Rechtsberatung der Deutschen Arbeitsfront von 1894 bis 1945, Wissenschaftszentrum Berlin, Berlin 1979 (IIM-dp 79-103)
- Reifner, U., Individualistic and Collective Legalization - Two Ways of Legal Advice for Workers in Prefascist Germany, in: Abel (Hrsg.), *Informal Justice*, New York 1980, S. 81ff.
- Reifner, U., Rechtsprobleme des Versicherungskredits, *ZIP* 1988, S. 820f.
- Reifner, U., Ratenkredite an Konsumenten. Rechtsprobleme, Hintergründe und Strategien zum Verbraucherschutz gegenüber Banken, Unveröffentl., Hamburg 1984
- Reifner, U., Rechtsprobleme der Lebensversicherungshypothek, *Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirtschaft (ZBB)*, 1999 (H.12), S. 349 - 366
- Reifner, U./ Volkmer, M., *Neue Formen der Verbraucherrechtsberatung*, Campus Verlag: Frankfurt am Main/ New York, 1988
- Reifner, U./ Haidar, L., Annual Percentage Rate of Charge, Gutachten im Auftrag der EU-Kommission, unveröff. Paper Hamburg 1999
- Reifner, U./ Keich, R., *Risiko Baufinanzierung*, 2. Aufl., Luchterhand: Kriftel 1995
- Reifner, U./ Evers, J./ Siebert, D., *Community Reinvestment - Eine amerikanische Besonderheit für den deutschen Banken- und Sparkassenmarkt?*, Schriften des Institut Für Finanzdienstleistungen e.V., Bd. 1, Nomos: Baden-Baden 1998
- Reifner/ Ford (Hrsg.), *Banking for People: Social Banking and New Poverty, Consumer Debts and Unemployment in Europe – National Reports*, Berlin 1992
- Reifner/Keich/Schulz-Rackoll/Sönksen/Kaatz, *Risiko Baufinanzierung. Rechtliche und wirtschaftliche Probleme privater Bauherren*, 2. Aufl., Neuwied/Kriftel 1996
- Reinhold, G.; Pollak G.; Heim, H. (Hg.), *Pädagogik-Lexikon*, München/Wien 1999. S. 78-84, 551
- Rifkin, J., *The Age of Access, – the New Culture of Hypercapitalism, Where all of Life is a Paid-for Experience*, Penguin Books: New York 2000 (deutsch: „Access - das Verschwinden des Eigentums : warum wir weniger besitzen und mehr ausgeben werden“, Campus-Verlag: Frankfurt/Main [u.a.] 2000
- Rogaly, B., *Micro-finance evangelism, 'desitute women', and hard selling of a new anti-poverty formula. Development in Practice*, 1996 (Heft 6), S.100-112
- Röpke, W., *Vorgewaschen Brot : Kritische Nachlese zur Diskussion über das Borgkaufwesen*, Heymann: Köln[u.a.] 1955
- Schagen, S./ Lines, A., *Financial Literacy in Adult Life. A Report to the NatWest Group Charitable Trust*, Slough 1996, S. 91

- Scherhorn, Gerhard, Der mündige Verbraucher. Grundlagen eines verbraucherpolitischen Bildungs- u. Informationssystems, 2. Auflage, Droste: Düsseldorf 1974
- Schwanitz, D., Lieber gebildet als nur informiert, in: Die Welt v. 29.12.1999.
- Schweitzer, J., Neue Königswege führen über Loccum. Beratung und Kontroversen zur Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung, in: Die Deutsche Schule, 87. Jg., Heft 2, S. 132ff.
- Schweitzer, J., Lohnorientierte Wirtschaftslehre?, in: Didaktik der Berufs- und Arbeitswelt, Gießener Hefte zur Arbeitslehre, Heft 4., 1996, S. 47ff.
- Seckelmann, R., Zinsrecht : das Problem, dessen Lösung es sein sollte ; ein Plädoyer für konsequent richtigen Umgang mit zu verzinsendem Geld, 1. Aufl.. - Baden-Baden : Nomos-Verl.-Ges., 1992
- Steinmann, B., Das Konzept ‚Qualifizierung für Lebenssituationen‘ im Rahmen der ökonomischen Bildung heute, in: Kruber, K.-P. (Hg.): Konzeptionelle Ansätze ökonomischer Bildung. Bergisch-Gladbach 1997, S. 2ff., S. 13 f.
- Stiftung Verbraucherinstitut (Hg.), Schuldenprävention. Eine Zukunftswerkstatt. Materialien für den handlungsorientierten Unterricht, Berlin 1997, S. 8f.
- Trigg, A., Veblen, Bourdieu, and conspicuous consumption Journal of economic issues, Bd. 35, 2001, 1, S.99-115
- Weber, E./ Domke, H./ Gehlert, S., Kleines sozialwissenschaftliches Wörterbuch für Pädagogen, Donauwörth 1994
- Wehnes, Franz-Joseph: Theorien der Bildung – Bildung als historisches und aktuelles Problem, in: Roth, Leo (Hg.), Pädagogik. Handbuch für Studium und Praxis, München 1991, S. 261.
- Weiss, R. (Hg.), Wirtschaft im Unterricht – Anspruch und Realität ökonomischer Bildung, Köln 1998
- Weitz, B.O., Innovationspotenziale für die Gegenstandsbestimmung und Gestaltung ökonomischer Bildung, in: Kruber, K.-P. (Hg.), Konzeptionelle Ansätze ökonomischer Bildung, Bergisch-Gladbach 1997, S. 33
- Wulf, C. (Hg.), Wörterbuch der Erziehung, München 1974, S. 66